STORAGE-ITEM
MAIN LIBRARY

LP9-R30B
U.B.C. LIBRARY

THE LIBRARY

THE UNIVERSITY OF
BRITISH COLUMBIA

Die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie

in ihrer geschichtlichen Entwicklung, am Erfurter Programm und an der deutschen Revolution dargestellt und beleuchtet

von

Dr. Albert Bovenschen

Berlin
Verlag von Karl Siegismund

Alle Rechte für Übertragung in
fremde Sprachen vorbehalten.

Copyright 1920
by Karl Siegismund, Berlin.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort 5

I. Die Entstehung und Entwicklung sozialistischer Ideen bis zum 19. Jahrhundert 11

II. Der Marxismus 36

III. Die Sozialdemokratische Partei 69

IV. Das Erfurter Programm 86

V. Die Internationale 211

VI. Die deutsche Revolution 226

Quellenverzeichnis 289

Namen- und Sachverzeichnis 290

Vorwort.

Am 9. November 1918 ist die Sozialdemokratische Partei in den Besitz der politischen Macht gelangt. Damit war die Vorbedingung geschaffen für die Erfüllung der grundlegenden Forderung des Erfurter Parteiprogramms, nämlich die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Durchführung dieser Forderung wäre gleichbedeutend mit einer der größten revolutionären Umwälzungen, welche die Geschichte bisher gekannt hat, auch dann, wenn diese Umwälzung sich vollzöge, ohne daß auch nur ein Tropfen Blut vergossen würde. Denn die Sozialdemokratie betrachtet sich als die Verfechterin der Klasseninteressen des Proletariats, die nach ihrer Ansicht nur befriedigt werden können in einer von der bestehenden völlig verschiedenen Gesellschaftsordnung. Man kann daher dem heute führenden Theoretiker der Sozialdemokratie, Karl Kautsky, nur beistimmen, wenn er den ersten Abschnitt seiner im Jahre 1909 erschienenen Schrift: „Der Weg zur Macht", die eine Ergänzung darstellen sollte seiner 1902 veröffentlichten Broschüre über die soziale Revolution, mit dem Satze beginnt: Freund und Feind der Sozialdemokratie stimmten darin überein, daß sie eine revolutionäre Partei ist. An dieser Tatsache wird auch nichts durch den Umstand geändert, daß innerhalb der Sozialdemokratie eine nicht unbeträchtliche Strömung zu beobachten ist und schon immer vorhanden war, die in Anlehnung an den französischen Sozialisten Pierre Joseph Proudhon, der in einer 1840 in Besançon erschienenen Schrift die Frage: Qu'est-ce que la propriété? Was ist Eigentum? damit beantwortete: „Das Eigentum ist Diebstahl", den politischen Kampf gering einschätzten, wenn nicht gar ablehnten und glaubten, daß die ökonomische Umgestaltung durch wirtschaftliche Maßregeln ohne Änderung der Staatsgewalt und ohne ihr Eingreifen durchgeführt werden könne. Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln würde, weil auf ihm seit undenklichen Zeiten die Organisation der menschlichen Gesellschaft im Staate und damit alle Kultur, alles geistige und wirtschaftliche Leben aufgebaut sind, in jedem Falle eine revolutionäre Tat bleiben, ganz ohne Rücksicht darauf, mit welchen Mitteln, ob blutigen oder unblutigen, sie vollzogen wird.

Die Aufrichtung der sozialdemokratischen Vorherrschaft im Staate ist daher ein Ereignis, das jeden seiner Angehörigen aufs tiefste aufwühlen muß, wes Berufsstandes er sei und welcher Partei auch immer er angehören möge. Da zudem von der sozialdemokratischen Regierung dem deutschen Volke eine Verfassung gegeben worden ist, die jedem männlichen und weiblichen Deutschen vom zwanzigsten Lebensjahr an durch das Wahlrecht die Möglichkeit gibt, mitbestimmend auf das Geschick und die Entwicklung unseres Vaterlandes einzuwirken, so ist es Pflicht jedes deutschen Mannes und jeder deutschen Frau, sich eingehend mit den Forderungen der Sozial-

demokratischen Partei zu beschäftigen, damit er die Fähigkeit gewinnt, über eine der wichtigsten politischen Tagesfragen ein selbständiges Urteil zu gewinnen. Denn nur in diesem Falle wird er der Gefahr überhoben, Schlagworten und Phrasen zu erliegen, einer Gefahr, die besonders unheilvolle Folgen in einem Volke auszulösen vermag, das so geringe politische Anlagen besitzt wie das deutsche.

Ich habe es mir daher zur Aufgabe gemacht, in dieser Schrift das Erfurter Programm von 1891, das auch heute noch für die Sozialdemokratische Partei maßgebend ist, in Darlegungen zu erläutern, die für jedermann verständlich, zugleich aber auch eine Kritik sein sollen an den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei, die nach dem Willen des Schicksals bis auf weiteres die Verantwortung für die zukünftige Entwicklung des deutschen Volkes und Reiches zu tragen hat. Ich werde mich bei der Lösung dieser Aufgabe vollster Unbefangenheit befleißigen in dem Bewußtsein, beim Eingang in die Wissenschaft stehe der Satz aus Dante, daß hier jede Voreingenommenheit zu schweigen habe. Ich darf daher hoffen, daß am Schlusse meiner Auseinandersetzungen keiner meiner Leser, soweit diese mich nicht persönlich kennen, zu sagen wissen wird, welcher Parteirichtung er mich zurechnen soll. Ein Versuch, diese festzustellen, würde auch um deswillen vergeblich sein, weil ich niemals eingeschriebenes Mitglied irgendeiner politischen Partei gewesen bin, auch nicht die Absicht habe, einer solchen beizutreten. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß ich eine solche Zurückhaltung meinen deutschen Volksgenossen als nachahmenswertes Beispiel empfehlen möchte. Im Gegenteil, gerade weil wir Deutschen so wenig von einem Zoon politikon, einem politischen Wesen, an uns haben, Politik aber nichts anderes ist als die Beschäftigung mit den Aufgaben und Zwecken des Staates, mit dem wir alle auf Gedeih und Verderb verbunden sind, müssen wir uns politisch betätigen, und das ist zurzeit — ich sage allerdings leider — noch nicht anders möglich, als auf dem Wege über die Parteipolitik.

Daß diese freilich unser öffentliches Leben vielfach vergiftet und in höchst unerwünschter Weise unser deutsches Volk auseinanderreißt, statt es zu einigen zu einer geistigen und nationalen Einheitsfront gegen die Feinde, die unser deutsches Volkstum vernichten wollen, haben wir schon vor dem Kriege mit Schaudern gesehen und erleben wir heute mit steigendem Entsetzen. Trotzdem hat jeder Deutsche heute mehr denn je die Pflicht, sich mit Politik zu beschäftigen, weil nur eine möglichst tiefgehende politische Bildung uns mit jener Staatsgesinnung zu erfüllen vermag, die Engländer und Franzosen ihr eigen nennen und deren Mangel bei uns nicht zum wenigsten an unserem heutigen Unglück schuld ist. Erst wenn Gefühl und Verstand, Vaterlandsliebe und Staatsgesinnung sich in jedem Deutschen zu einer Willenseinheit verbinden, durch Pflege und Förderung des eigenen Volkstums den nationalen Gedanken über alles zu stellen, erst dann sind wir reif für die hehren Aufgaben, welche die Vorsehung gerade dem deutschen Volke für die Höherentwicklung der Menschheit gestellt hat.

Bis dahin aber heißt es politisch arbeiten an uns selbst und damit an unserem deutschen Volke und Vaterlande. Diesem Zwecke dient auch meine Schrift über die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Parteilehre hat im Laufe der letzten Jahrzehnte, wie

jeder weiß, der sich mit politischen Fragen beschäftigt hat, eine gewaltige Literatur erzeugt, mit der man ganze Bibliotheken füllen kann. Namentlich für politisch Ungeschulte ist es nicht leicht, sich in diesem Übermaß zurecht zufinden. Aber auch der politisch schon Unterrichtete und ebenso der Berufspolitiker haben oft nicht die genügende Zeit zur Verfügung, um aus der fast unübersehbaren Fülle des Stoffes das für ihre Zwecke Geeignete herauszufinden. Ihnen allen will meine Schrift ein Wegweiser sein, der sie bei ihrer Beschäftigung mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm leiten und sie der Mühe überheben soll, sich durch langatmige Erörterungen mehr theoretischer Natur hindurchzuarbeiten, die für die praktische Politik vielfach nur geringe Ausbeute bieten.

Ein solcher „Leitfaden" legt mir naturgemäß manche Beschränkungen auf. Alle Fragen, die mit der sozialdemokratischen Parteilehre irgendwie zusammenhängen, gründlich und vollständig zu erörtern, wäre nur in einem Werke möglich, welches das Vielfache von dem mir zur Verfügung gestellten Raume überschreiten müßte. Aber auch wenn ich mich auf solche beschränke, die für die Tagespolitik von Bedeutung sind, so bleiben immer noch eine Reihe von Punkten übrig, die ich nur ganz kurz werde streifen können, manch andere wieder, die ich nur insoweit behandeln werde, als dies zur Aufklärung über das sozialdemokratische Parteiprogramm unbedingt nötig ist. Auf der anderen Seite hat mich der Charakter dieser Schrift genötigt, meine Aufgabe etwas weiter zu fassen. Wer die sozialdemokratische Lehre richtig verstehen will, muß auch über ihre Geschichte einigermaßen unterrichtet sein. Ich habe daher trotz aller Bedenken, die gegen einen allzu großen Umfang eines solchen Leitfadens sprechen, mich nicht darauf beschränkt, nur das Erfurter Programm zu beleuchten, sondern im ersten Kapitel auch einen Abriß aus der Geschichte des Sozialismus gegeben, den diejenigen Leser überschlagen können, denen er bekannt ist, oder die zu dieser Schrift greifen mehr aus dem Bedürfnisse praktischer Tagespolitik heraus.

Bei der Benutzung der statistischen Zahlen ließen sich nur solche berücksichtigen, die normale Friedensverhältnisse betreffen. Durch den Ausbruch des Krieges, die über Deutschland seitens England verhängte Blockade, die dadurch herbeigeführte Sperrung unserer Grenzen, weiter auch durch die allmählich notwendig gewordene öffentliche Bewirtschaftung der wichtigen Nahrungsmittel und Gebrauchsstoffe haben sich in der deutschen Volkswirtschaft während des Krieges Verhältnisse entwickelt, die zum Vergleich mit der ruhigen organischen Entwicklung im Frieden nicht herangezogen werden können. Zudem setzte die amtliche Statistik, da infolge der Einberufung das Personal in allen Ämtern aufs äußerste zusammengeschrumpft war, nach Ausbruch des Krieges notgedrungen fast ganz aus, so daß entweder überhaupt keine Veröffentlichungen von Statistiken erfolgen konnten, oder, soweit dies geschah, die gegebenen Zahlen durchaus lückenhaft und infolgedessen vielfach irreführend sind. Aus allen diesen Gründen habe ich auf die Verwendung statistischer Ziffern aus den Kriegsjahren und den ihnen folgenden Monaten zu meinem Bedauern oft genug verzichten müssen.

Noch einer besonderen Pflicht muß ich mich entledigen. Für die Abfassung dieser Schrift stand mir nur eine geringe Zeit zur Verfügung, die mir zudem noch durch die Notwendigkeit der Erfüllung laufender Berufspflichten beschnitten worden war. Ich konnte den Leitfaden daher nur unter

Zuhilfenahme solcher Stunden fertigstellen, die man als guter Hausvater seinen Angehörigen zu widmen pflegt, zumal in den Wochen, die dem echt deutschen Feste der Weihenächte vorangehen. Auf diese schönen Stunden im Kreise der Familie hat meine liebe Frau Eva in diesen Weihnachtswochen völlig verzichten müssen, was ich um so schmerzlicher bedaure, als sie aus besonderer Veranlassung einer vermehrten Pflege und Aufmerksamkeit bedurft hätte. Meine liebe Frau hat aber mir und der guten Sache, der meine Schrift dienen soll, jenes Opfer gern und freudig gebracht. Ihr dafür auch an dieser Stelle von Herzen zu danken, ist mir eine angenehme Pflicht, die ich um so lieber erfülle, als dies geschehen kann an einem Tage, an dem meine treue Lebensgefährtin vor 25 Jahren das Licht der Welt erblickt hat.

Berlin-Schöneberg, am Weihnachtsabend 1919.

Dr. Bovenschen.

Nachschrift.

Die schwierigen und von Tag zu Tag sich verschlimmernden Verhältnisse auf dem Papiermarkt haben leider das Erscheinen dieser Schrift sehr viel weiter hinausgeschoben, als Verfasser und Verleger lieb sein konnten und ihren ursprünglichen Absichten entsprach. Wer die Nöte des deutschen Buchhandels kennt, der in den vergangenen Monaten eine schwere, ihn vielleicht an seinem Lebensnerv treffende Krise durchgemacht hat, die auch zurzeit noch andauert, wird wissen, welche fast unüberwindlichen Hindernisse es heute zu beseitigen gilt, wenn man vor der Herausgabe neue[illegible] die ernsteren Zwecken als der Befriedigung eines seichten [illegible]leider bedürfnisses dienen. In diese mißliche Zeit, als ich gemeinsam mit meine[illegible] Verleger, dem ich auch an dieser Stelle für die meinem Buche von Anfang an entgegengebrachte Anteilnahme aufrichtig danken möchte, in eingehenden Besprechungen nach einem gangbaren Wege suchte, um selbst in dieser Zeit fast täglich steigender Papier- und Druckkosten mein Werk zu einem möglichst niedrigen Preise erscheinen lassen zu können, fiel, ziemlich unerwartet, die Ankündigung des frühen Termins der Reichstagswahlen. Es konnte bei der Bedeutung, die der Ausgang dieser Wahlen für die nächste Zukunft und die weitere Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes haben mußte, für mich keinen Augenblick ein Zweifel darüber bestehen, welche Stellung mein patriotisches Pflichtgefühl mir in dieser bangen Zeit der Sorge um des Volkes und Reiches Wohl zuwies. So sehr ich gewünscht hätte, daß mein Leitfaden noch vor der Reichstagswahl hätte erscheinen können, um als Rüstzeug zu dienen für den diesmal besonders schweren Wahlkampf, und so lebhaft sich auch, wie ich später während dieser bewegten Wochen immer wieder und in den verschiedensten Gauen unseres Vaterlandes habe feststellen müssen, das Fehlen eines solchen Hilfsmittels bedauert wurde, so schien es mir doch wichtiger, meine Kräfte dem vaterländischen Dienste unmittelbar zu weihen und mich persönlich am Wahlkampfe zu beteiligen. Ich ließ daher die Angelegenheit der Herausgabe meines Buches völlig ruhen, um zunächst meine nationale Pflicht als deutscher Staatsbürger zu erfüllen

und draußen im Lande durch das gesprochene Wort die Wählermassen über die uns drohenden politischen und wirtschaftlichen Gefahren aufzuklären.

Ich habe meinen Entschluß nicht zu bereuen brauchen. Was ich in einer fast zweimonatigen Wahltätigkeit, erst bei den Reichstags- und im Anschluß daran bei den thüringischen Landtagswahlen durch die unmittelbare Berührung gerade auch mit den örtlichen Führern der verschiedenen Schattierungen der Anhänger der sozialdemokratischen Lehre in Dutzenden von Versammlungen, die oft bis zum grauenden Morgen dauerten, an Erfahrungen gesammelt und an Beobachtungen gemacht habe, ist mir ein wertvoller politischer Besitz geworden, den ich unter keinen Umständen mehr missen möchte. Zweierlei hebt sich als besonders bemerkenswert aus meinen Erfahrungen heraus: einmal habe ich zu meinem Schmerze beobachten müssen, wie mangelhaft gerüstet auch heute noch vielfach — einige rühmliche Ausnahmen, die leuchtend aus dem dunklen Bilde heraustraten, ließen dessen Schatten nur um so stärker erscheinen — die Vertreter der sogenannten bürgerlichen Parteien ihren sozialdemokratischen Widersachern entgegenzutreten wagen, die häufig, trotz durchaus lückenhafter Allgemeinbildung, eine geradezu erstaunliche Belesenheit in ihrer Parteiliteratur bekundeten. Hier liegen für die nichtsozialdemokratischen Organisationen noch große Aufgaben vor, die schleunigst in Angriff genommen werden müssen, soll anders die Sache des Deutschtums nicht unheilbaren Schaden erleiden.

Eine zweite von mir gemachte Beobachtung, die ich besonders stark unterstreichen möchte, hat in mir die Überzeugung wachgerufen, daß es durchaus kein leerer Wahn zu sein braucht, wenn man sich der Hoffnung hingibt, daß es trotz allem Unerfreulichen, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, doch gelingen kann, die heute noch von den Truggebilden der sozialistischen Irrlehren [illegible]uberten Arbeitermassen allmählich wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen und ihnen klar zu machen, daß ihr Heil nie und nimmer darin liegen kann, dem Phantome einer internationalen Weltverbrüderung nachzujagen, sondern daß sie sich und ihrer Familie sowie ihren Berufsbestrebungen nur dann am besten zu dienen vermögen, wenn sie sich mit einer unerschütterlichen Staatsgesinnung erfüllen lassen und wenn sie in ehrlicher, gemeinsamer Arbeit mit allen ihren Volksgenossen, die mit ihnen die gleiche Sprache sprechen, die gleiche Luft atmen, sich zusammenschließen zur Pflege des eigenen Volkstums. Denn nur auf seinem Boden können jene geistigen und sittlichen Werte gedeihen, die berufen sind, auch der Emporentwicklung der ganzen Menschheit zu dienen. Allerdings, leicht wird es nicht sein, die Arbeitermassen dem nationalen Gedanken wiederzugewinnen. Und trotzdem muß dieser Versuch immer wieder von neuem gemacht werden: einmal, weil nach den Ereignissen der allerjüngsten Zeit doch kein Zweifel mehr daran möglich ist, daß an einem Wiederaufleben des deutschen Gedankens, den ich in einer Weltherrschaft des deutschen Geistes sehe, nur dann zu denken ist, wenn auch die deutschen Arbeiter sich des von der Vorsehung dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit, damit also auch ihnen zugewiesenen Berufes bewußt werden, und des weiteren, weil gerade die gegenwärtige Zeit wie keine andere bisher geeignet ist, die Arbeiterschaft an der Ausführbarkeit der sozialistischen Ideen irre werden zu lassen. Eine großzügige Aufklärung in diesem Augenblicke, die selbstverständlich keine parteipolitischen Zwecke verfolgen darf und von hoher Warte aus, mit den Waffen

der Wissenschaft und rein sachlich geschehen muß, könnte geradezu Wunder wirken. Meine oft stundenlangen Auseinandersetzungen mit sozialdemokratischen Gegnern während des Wahlkampfes haben mir — wenigstens draußen im Lande; gewisse Großstädte und Industriezentren könnten vorerst ausgeschieden werden, da sie sich selbst mit der Zeit innerlich ausbrennen werden — oft genug gezeigt, daß die älteren verständigen Arbeiter trotz ihrer Zugehörigkeit zu einer der sozialdemokratischen Parteien bereit sind, sachlichen Ausführungen über die ihnen am nächsten liegenden wirtschaftlichen Verhältnisse die allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken. Ja, sie haben die terroristischen Versuche jener berüchtigten Elemente aus den Kreisen hemmungsloser Halberwachsener, die Versammlungen nur besuchen, um sie durch Radau zu stören, oft genug mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit zurückgewiesen. Und wenn ich dann, wie ich es wiederholt tat, nach dem Schluß der Veranstaltungen mich noch persönlich mit gegnerischen Teilnehmern an meinen Wahlversamlungen unterhielt, habe ich zu meiner Freude nicht gar zu selten herausfühlen können, daß im tiefsten Herzensschreine dieser verirrten Brüder, die wir ein halbes Jahrhundert lang der sozialdemokratischen Agitation überlassen haben, ohne ihr mit gleicher Kraft und Zähigkeit entgegenzuarbeiten, der Funke der Vaterlandsliebe noch nicht völlig erloschen ist. Gelänge es ferner, diesen allerdings nur noch schwach glühenden Funken wieder zu einer stärkeren Flamme anzufachen — um die Zukunft unseres hart geprüften Vaterlandes brauchten wir dann nicht mehr bange zu sein.

Es kann nicht Aufgabe dieser einleitenden Zeilen sein, näher darzulegen, wie ich mir diese vaterländische Arbeit am deutschen Arbeiter denke — es soll dies an anderer Stelle und in anderer Form geschehen —, die Erfahrungen aber, die ich während der Wahlbewegung gesammelt habe, sollen auch dieser Schrift zugute kommen. Ich habe mich daher entschlossen, entgegen meiner ursprünglichen Absicht, meine Ausführungen durch ein weiteres Kapitel zu ergänzen, das sich mit den Vorgängen *nach* dem 9. November 1918 beschäftigen und an einigen Beispielen beleuchten soll, in welcher Art und in welchem Umfange die Versprechungen, mit denen die Sozialdemokratie während zweier Menschenalter ihre Anhänger gefüttert hat, von ihr erfüllt worden sind, nachdem sie durch die Revolution in Deutschland zur Herrschaft gelangt war. Wenn dies gerade auf Grund der von mir im Wahlkampfe gesammelten Erfahrungen erfolgt, so hoffe ich dadurch namentlich solchen Lesern einen Dienst zu erweisen, die in meinem Buche das Rüstzeug für praktische Tagespolitik suchen.

Berlin-Schöneberg, den 2. Juli 1920.

D. O.

I.

Die Entstehung und Entwicklung sozialistischer Ideen bis zum 19. Jahrhundert.

Soweit wir zurückblättern im Buche der Geschichte, begegnen wir schon frühe grübelnden Denkern, die, getrieben von der bitteren Erkenntnis der Unzulänglichkeiten des irdischen Lebens, in ihrer Phantasie Idealgebilde schaffen, die frei von allen Unvollkommenheiten dessen, was Menschenhand bisher hervorgebracht, den gequälten Erdbewohnern ein unermeßliches Glück vor die sehnsuchtleuchtenden Augen zaubern. Solange der Stern von Bethlehem der bangenden, der Erlösung von Schuld und Leiden harrenden Menschheit noch nicht aufgegangen war, wurde das erhoffte Paradies im Diesseits gesucht, in dem man einen Gedankenstaat baute, der jedem seiner Bürger die Erfüllung selbst seiner ausschweifendsten Wünsche bringen sollte.

Den ersten solcher Idealstaaten, von dem wir nähere Kenntnis haben, hat der große griechische Philosoph Plato (427—347 v. Chr.), ein König im Reiche des Geistes, in seinem Werke „Politeia" geschaffen, das uns in einer glänzenden, die Vorstellungswelt des Griechenvolkes aufs höchste anregenden Darstellung jenes Staatswesen schildert: auf den vier großen Tugenden der Weisheit, Tapferkeit, Selbstbeherrschung und Tüchtigkeit aufgebaut und geleitet von Königen, die zu Philosophen oder von Philosophen, die zu Königen geworden sind. Die Besten also sollten herrschen, die Tüchtigsten die Ersten sein. Und wenn auch der griechische Weise, der uns in seinen Schriften die erste grundlegende Lehre vom Wesen des Staates gab, sich dessen voll bewußt war, daß die praktische Durchführbarkeit eines Staates, wie sein umfassender Geist in himmelstürmender Gedankenarbeit ihn entworfen hatte, an den menschlichen Schwächen und Fehlern notgedrungen werde scheitern müssen, so bleibt darum doch sein Werk eine Leistung von unvergänglichem Ewigkeitswert. Gerade in diesen Tagen, in denen die Geburtswehen einer neuen Zeit die Menschheit sich krampfen lassen in zuckendem Schmerz, verdient die Schilderung der Zustände in seiner Vaterstadt, die Plato der Anlaß waren, seinen Mitbürgern in einem Idealstaate zugleich das Zerrbild einer häßlichen Gegenwart vorzuhalten, besonders beherzigt zu werden. Seine Schrift ist eine vernichtende Anklage gegen die am Ruder befindliche Volksherrschaft, deren Sünden die Stadt an den Rand des Abgrundes gebracht hatten. Sie verjagte — so schildert Adler in seiner „Geschichte des Sozialismus und Kommunismus" deren verderbliches Treiben — geniale Staatsmänner und Feldherren, richtete siegreiche Admirale ungesetzlich hin, reichte dem Weisesten der Zeit (Sokrates) den Giftbecher, führte zum Regiment der schlauesten Demagogen, erwies sich auf die Dauer als unfähig zur Großmachtpolitik, verschuldete schließlich den Zusammenbruch des Reiches und hätte um weniges sogar den Untergang der Stadt zur Folge gehabt.

Platos „Staat" enthält manche sozialistische Gedanken, wenn man unter Sozialismus die auf gemeinsame Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse

gerichtete Tätigkeit des gesellschaftlichen Körpers begreift. Von den drei Ständen oder Klassen, in die er die Staatsbürger geschieden wissen wollte, durften die beiden oberen kein Vermögen haben, in dem Plato die Hauptquellen der Selbstsucht erblickte. Nur ein Eigentum an den Verbrauchsgegenständen ward ihnen zugebilligt, nicht aber an den Produktionsmitteln. Die Mitglieder der dritten Klasse sollten Privateigentum haben dürfen, doch nicht in einem Ausmaße, das ihnen die Anhäufung von Vermögen gestattet hätte. Dies zu verhüten, war Sache des Staates, dem Plato überhaupt eine fast schrankenlose Allmacht zugestand, getragen von der Überzeugung, daß nur ein starkes Staatswesen imstande sei, das Glück der Gemeinschaft, also aller Stände, auch der untersten, zu verbürgen.

Seit jenen Zeiten, in denen in den hochentwickelten Stadtstaaten des griechischen Altertums der Gegensatz der Klassen dauernd zu schweren Erschütterungen des politischen Gemeinwesens führte, sind die Vorstellungen über eine vollkommenere Organisation der Erzeugung von Sachgütern und ihrer gerechteren Verteilung auf dem Wege gesellschaftlicher und staatlicher Reformen aus dem Gedankenkreis der Menschheit nicht wieder verschwunden. Ihnen allen ist gemeinsam eine grobsinnliche Überschätzung des irdischen Glückes, das man nicht in der inneren Zufriedenheit, nicht in der Pflege sittlich-geistiger Kräfte, nicht in dem Dienste an einer höheren Idee sucht, sondern, aus völliger Verkennung der wahren, den Menschen vom Schöpfer gestellten Aufgabe, in einer Erhöhung des irdischen Genußlebens, in der Beseitigung der Verschiedenheit des Einkommens und Vermögens, in einer mechanischen Aufhebung aller auf der natürlichen Ungleichheit beruhenden Klassenunterschiede. Sogar die Kirchenväter des Mittelalters predigten zuweilen, die Lehren des Christentums durchaus mißverstehend, daß ursprünglich alles allen gemeinsam gehört habe, daß Eigentum und Ungleichheit nur durch den Sündenfall entstanden sei, ja, einzelne unter ihnen scheuten sich nicht, zu lehren, daß jeder Reiche ein Dieb oder eines Diebes Erbe sei. In der Reformationszeit waren es die Wiedertäufer, die Versuche machten, den Ideengehalt einer sozialistischen Weltanschauung in die Tat zu überführen, Versuche freilich, die ebenso scheiterten und scheitern mußten, wie Platos Unternehmen, in Sizilien, am Hofe der Tyrannen Dionys des Älteren wie des Jüngeren, sein Staatsprogramm in die Wirklichkeit zu übertragen.

An Plato knüpfte Thomas Morus, eigentlich More, an, der später im Tower enthauptete englische Staatskanzler, der in seinem 1516 erschienenen Staatsroman „Utopia“ (aus dem Griechischen Ou topos, also ein Ort, den es nicht gibt, Nirgendheim) in dichterischer Form ein Staatswesen geschildert hat, das freilich nur denkbar wäre, wenn die Menschen Götter oder Engel wären. Dieses Buch erregte damals in der ganzen gebildeten Welt ein ungeheures Aufsehen. Da es wenige Jahre nach der Entdeckung Amerikas erschien, glaubte man an das Vorhandensein jener fernen Insel, auf die der Verfasser seinen Idealstaat verpflanzt hatte, und sogar der Papst wurde alles Ernstes ersucht, eine Gesandtschaft nach Utopien zu senden, deren Aufgabe es sein sollte, die Verfassung jenes Staates eingehend zu studieren und die mit ihr gemachten Erfahrungen für die politischen Gemeinwesen des alten Europas nutzbar zu machen. So viel Gemeinsames aber Morus' „Utopia“ auch mit Platos Buch vom Staate hat, so bestehen doch in ihren grundsätzlichen Forderungen scharfe Unterschiede, insofern

nämlich, als der griechische Weise seinen Idealstaat auf dem aristokratischen Prinzipe aufgebaut wissen wollte, während der englische Staatsmann die Menschheitsziele auf dem Wege der Demokratie zu erreichen gedachte.

Nach Mores Buch nennt man bekanntlich bis zur Stunde eine „Utopie" und „utopistisch" einen Zustand, der nur in der Idee vorstellbar ist, der wohl in den Ausgeburten einer blühenden Phantasie Gestalt anzunehmen vermag, der aber in der Nüchternheit des praktischen Lebens niemals auf Verwirklichung rechnen darf. Gleichwohl sind seitdem noch manch andere Werke erschienen, die nach dem Vorbilde Mores der leidenden Menschheit Traumgebilde vorzauberten, die sie hinwegtragen sollten aus den Niederungen dieses jammervollen Daseins in das luftige Reich eines erdichteten Wolkenkuckucksheims, in dem es keine Not mehr gibt, kein Elend die Menschen plagt und alle in Eintracht, in Gleichheit und Brüderlichkeit ein schönes, ungetrübtes Leben führen. So erschien im Jahre 1620 „Campanellas Sonnenstaat", 1753 die Basiliade von Morelly, 1840 Cabets Reise nach Ikarien, 1888 des Amerikaners Edward Bellamy berühmt gewordenes und wohl in alle Kultursprachen übersetztes Buch: „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000", 1890 Theodor Hertzkas „Freiland" und endlich der von Wilhelm Liebknecht herausgegebene utopische Roman „Kunde von Nirgendwo" aus der Feder des englischen Dichters William Morris, der in der Literaturgeschichte zusammen mit Swinburne und Roselli als Führer der englischen neuromantischen Dichterschule bezeichnet wird.

Wir sehen also, daß der Begriff des Sozialismus so alt ist, wie das Nachdenken der Menschen über die Unvollkommenheiten des menschlichen Lebens und die Verbesserungsbedürftigkeit von Menschenhand geschaffener Zustände und Einrichtungen, während das Wort selbst erst im 18. Jahrhundert zum ersten Male erscheint, und zwar in England, gebildet aus dem Lateinischen „socialis", was so viel bedeutet wie „genossenschaftlich", „gemeinschaftlich". Aus dem Zustande einer rein gedanklichen Vorstellung in die Wirklichkeit getreten ist aber der Sozialismus nur selten, und wenn dies geschah, dann war dem auf sozialistischen Anschauungen geformten Gebilde nur ein kurzes Leben beschieden. Die ersten Christengemeinden waren keineswegs solch sozialistische Schöpfungen, wie man vielfach fälschlicherweise annimmt; denn in ihnen herrschte zwar eine Gemeinsamkeit des Verbrauchs, nicht aber eine gesellschaftliche Produktion, sie trugen also mehr kommunistische (vom lateinischen communis, gemeinschaftlich) als sozialistische Züge. Während des Mittelalters lebten dann außer den Wiedertäufern noch einige andere kirchliche Sekten in sozialistischer Gemeinschaft, so die böhmischen Brüder, aber — abgesehen vielleicht von dem merkwürdigen Reiche der Inka in Peru — eigentlich sozialistische Gemeinwesen hat es bisher noch nicht gegeben, wenn man nicht die im 18. Jahrhundert von den Jesuiten in Paraguay begründete Mission als ein solches ansehen will. Dort war allerdings das Leben des einzelnen bis ins kleinste streng geregelt; aber möglich war dieser einzige sozialistische Staat, von dem die neuere Geschichte erzählt, nur, weil eine kulturell tiefstehende, gutmütige und bedürfnislose Eingeborenenbevölkerung sich der rücksichtslosen Herrschaft einer ihnen geistig weit überlegenen Macht willig unterwarf, die von dem ernsten Streben beseelt war, den wirtschaftlichen Wohlstand des Landes und Volkes nach Kräften zu heben. In dankbarer Anerkennung der ihr vom

Jesuitenorden, der natürlich aus Paraguay nicht unbeträchtliche Einkünfte bezog, erwiesenen Wohltaten widersetzte sich die eingeborene Bevölkerung der Abtretung jener jesuitischen Missionen an Portugal, als dieses auf Grund des im Jahre 1750 zwischen ihm und Spanien geschlossenen Grenzvertrages die betreffenden Gebiete in Besitz nahm. Ihr Widerstand aber wurde gebrochen, nachdem die Jesuiten des Landes verwiesen worden waren, die enttäuschten Eingeborenen kehrten in die Wildnis zurück, und damit hörte auch ihr sozialistisches Staatswesen auf zu bestehen.

Mit dem Aufkommen des Naturrechts im 17. und 18. Jahrhundert, das die geschichtliche Entwicklung völlig außer acht ließ und dadurch mit dem Rechte aller überlieferten Einrichtungen in einen scharfen Gegensatz geriet, gewannen, in Verbindung mit der individualistischen Nationalökonomie, in der Kulturwelt mehr und mehr Anschauungen an Boden, die, ausgehend von der Vorstellung einer allgemeinen Gleichheit und Gerechtigkeit, die Vorbedingungen schufen für die Ausbreitung sozialistischer Lehren, deren Vertreter nunmehr auch dazu übergingen, sie in die Praxis zu übertragen. Es geschah dies zuerst auf dem Boden Frankreichs, dessen heißblütige, allem Neuen zugewandte Bevölkerung — schon Julius Cäsar nannte die alten Gallier „novarum rerum cupidi", neuerungssüchtig — weit mehr, als der konservative, religiöse und mehr aufs Praktische gerichtete Sinn des britischen Volkes, einen ausgezeichneten Nährboden abgab für alle umstürzlerischen, auf die Vernichtung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zielenden Bestrebungen. Hier war es Franz Noël Babeuf, der in der französischen Nationalversammlung zu den Häuptern der Bergpartei gehörte (der Montagnards, so genannt, weil sie im Konvent auf den höhergelegenen Bänken des Versammlungssaales ihre Plätze eingenommen hatten) und der in der Beseitigung des Privateigentums und in allgemeiner Gütergemeinschaft das Allheilmittel für die Linderung aller Schäden seiner sturmgepeitschten Zeit erblickte. Mit einem wilden Fanatismus wollte er alles vernichten, was sich der von ihm erträumten Gleichheit in den Weg stellte. Die durch die Erklärung der Menschenrechte (1791) erzielte politische Gleichheit genügte ihm keineswegs, sie erschien ihm eine Halbheit, solange nicht auch die soziale Gleichheit verwirklicht wurde. Diesem Ziele galt seine vor nichts zurückschreckende Agitation, die er in Wort und Schrift betrieb und die ihn rasch zu einem Liebling der untersten Schichten des Pariser Pöbels machten. Mit seiner Hilfe wollte er durch einen Gewaltstreich die Direktorialregierung stürzen, deren Mitglieder erdolcht werden sollten, aber der Plan, der bereits bis ins kleinste ausgearbeitet war, kam durch einen Verräter in den eigenen Reihen zur Kenntnis der Regierung, die ihn verhaften ließ in dem Augenblicke, als er einen Aufruf an das französische Volk ausgearbeitet und eben die Worte geschrieben hatte: „Das Volk hat gesiegt, die Tyrannei ist tot, ihr seid frei!" Baboeuf wurde zum Tode verurteilt und mußte am Tage nach der Urteilsfällung das Schafott besteigen (1797).

Drei Jahre vorher war in England ein Buch erschienen, betitelt: „Über die politische Gerechtigkeit", dessen Verfasser der mit Mary Wollstonecraft, der Vorkämpferin der Frauenemanzipation, vermählte Prediger William Godwin war. Dieses Buch hat zwar in England ähnliches Aufsehen erregt, wie seinerzeit Mores „Utopia", ist aber über die Grenzen des Landes kaum hinausgedrungen und hat auch in England selbst keine irgendwie be-

merkenswerten Folgen gezeitigt. Godwin, ein Schüler Lockes und Humes, glaubte die Menschen durch seine Tugendlehre so weit umwandeln zu können, daß jede Staatsgewalt überflüssig werden würde. Er sah in jeder Regierung eine Tyrannei und die Ursache aller Laster der Menschheit und begründete damit die erste politische Theorie des Anarchismus (vom griechischen anarchia = Herrschaftslosigkeit). Jeder sollte die größte persönliche Freiheit genießen, dann werde er gern von seinem Überflusse abgeben, und die auf diesem Wege veredelten und vollendeten Menschen würden sogar Krankheit, Schlaf und Tod loswerden können. Jede Sache, so meinte er, sollte demjenigen gehören, dem sie mehr Vergnügen und Nutzen verschafft, als ob nicht beide etwas völlig Subjektives und darum Unmeßbares sind.

Alle diese Lehren, die Utopisten, Kommunisten und Anarchisten bis zum Ausgange des 18. Jahrhunderts verbreitet hatten, waren kaum mehr als wunderliche Einfälle einzelner Schwärmer und Fanatiker, die zum Teil nicht einmal selbst an die Ausführbarkeit ihrer Pläne glaubten. Ganz anders wurde das Bild, als mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts die industrielle Entwicklung durch immer weitere Verwendung der inzwischen erfundenen Maschinen eine ungeahnte Entwicklung nahm. Durch diese gewann eine Bevölkerungsklasse Bedeutung, die im Wirtschaftsprozesse bisher eine nur wenig beachtete Rolle gespielt hatte: die der Fabrikarbeiter. Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, die unbeschränkte Konkurrenz und die Freiheit des Verkehrs hatten im Vereine mit der persönlichen Ungebundenheit des Individuums, das dem Staate keine andere Aufgabe stellte als die, für den Schutz des Eigentums und für die Sicherung der von gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft geschlossenen Verträge zur Regelung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu sorgen, zu einem bis dahin unbekannten Aufblühen der Produktion geführt. Aber diesem Glanze fehlte auch der Schatten nicht: Die arbeitenden Klassen hatten an dem wirtschaftlichen Aufschwung nur in geringem Maße teilgenommen. Wenn man deren bedrängte Lage auch nicht, wie zuerst vielfach versucht wurde, völlig wegzuleugnen vermochte, so hielt man doch die unter den Fabrikarbeitern herrschenden Zustände nur für eine vorübergehende Erscheinung, an der die Arbeiter übrigens selbst nicht die wenigste Schuld trügen, weil sie zu wenig gearbeitet und darum auch nicht genug verdient hätten. Von sozialen Reformen versprach man sich nichts, fürchtete vielmehr nur eine Verschlimmerung der Lage, die nur gebessert werden könnte, wenn an den bewährten Grundsätzen des laisser faire, laisser aller nicht gerüttelt wurde.

An diese Nachtseiten der neuen wirtschaftlichen Entwicklung, die allmählich auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt hatten, legten eine Reihe von Menschenfreunden die Sonde ihrer Kritik, getragen von dem Wunsche, bei ihren Mitmenschen das Mitgefühl mit den Leiden der Schwächeren zu wecken. An erster Stelle steht hier der Genfer Simonde de Sismondi, der Abkömmling einer aus Pisa stammenden adligen Hugenottenfamilie, dessen Vater kalvinistischer Geistlicher war und den Herkner (Die Arbeiterfrage 6. Aufl. II. 43) den Klassiker der konservativen Sozialpolitik nennt. Ursprünglich ein begeisterter Anhänger der Lehren Adam Smiths, des Begründers der klassischen Nationalökonomie, änderte Sismondi, der übrigens in seinen Schriften, und zwar in einer stilistisch geradezu glänzenden Form, für die Erhaltung eines kräftigen Bauern- und

Handwerkerstandes eintrat, seine volkswirtschaftlichen Anschauungen gründlich, als er in England, dem Vaterlande des ökonomischen Liberalismus, Gelegenheit hatte, die durch die freie Konkurrenz herbeigeführten Zustände an Ort und Stelle zu beobachten. Das Programm, das er zur Verbesserung der Fabrikarbeiterverhältnisse aufstellte, umfaßte Arbeiterschutzgesetze, Koalitionsrecht und Arbeiterversicherung. Die Gedanken, die er namentlich zur Frage der Arbeiterversicherung entwickelte, haben eine auffallende Ähnlichkeit mit den Äußerungen, die sehr viel später ein anderer großer Sozialpolitiker zugunsten der deutschen reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung tat, und das war kein Geringerer als Fürst Bismarck selbst. Ob dieser zu seinen durch die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 in die Wege geleiteten Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter gegen die Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität durch Sismondi angeregt worden ist, sei dahingestellt, ist auch kaum anzunehmen. Daß die beiden konservativen Sozialpolitiker aber eine enge Seelenverwandtschaft verband, geht auch aus den Anschauungen hervor, die beide Männer von der hohen Bedeutung des Bauernstandes hatten. In dem mit Bodeneigentum ausgestatteten Bauernstand sah Sismondi die wahre Grundlage des Staates und der Gesellschaft. Man braucht, so meinte Sismondi, nicht bloß die Güter, welche die Bauern produzieren, zum Leben, sondern man braucht die Bauern selbst. Keine Gesellschaftsklasse hat so große Anhänglichkeit an das Land, als die Landwirte, die es bewirtschaften; kein Besitz mehr Kraft zu seiner Verteidigung, weil die Natur der landwirtschaftlichen Arbeiten selbst die Gesundheit kräftigt, Lebenskraft und Mut ausbildet. Man muß deshalb nicht fragen, wie man mit möglichst wenig Menschen die landwirtschaftliche Produktion erzeugen könnte, sondern im Gegenteil, unter welchen Bedingungen es möglich wäre, eine viel zahlreichere Bevölkerung auf das Land zu bringen, dort zurückzuhalten und glücklich zu machen (Herkner a. a. O. S. 47).

Einen besonderen Platz in der Reihe der Menschenfreunde, in denen das Elend der arbeitenden Klassen in England den Willen stählte, kein Mittel zur Besserung ihrer Lage unversucht zu lassen, nimmt die edle Erscheinung Robert Owens ein, dessen Name weit über England hinaus bald zu den geachtetsten der Welt gehörte. Sein Geburtstag fällt in dasselbe Jahr 1771, in dem die erste durch Pferdekraft getriebene Baumwollfabrik eröffnet wurde. Schon mit 18 Jahren gründete er in Manchester mit einem Kapital von nur 2000 M. ein kleines Unternehmen, in dem Baumwollspinnmaschinen hergestellt wurden. Zwei Jahre später wurde er Direktor der ersten mechanischen Feinbaumwollspinnerei, in der 500 Industriearbeiter beschäftigt wurden. Owen, dessen Wirksamkeit in die Blütezeit der englischen Textilindustrie fiel, die mit der Verwendung der Dampfkraft einen gewaltigen Aufschwung nahm, war ein hervorragender Techniker, weitblickender Unternehmer und tüchtiger Kaufmann in einer Person. Er war der erste, der nordamerikanische Baumwolle verspann, deren Vorzüge ihm gestatteten, ein besonders feines Garn zu verfertigen, so daß sein Unternehmen sich gut entwickelte. Seine Verheiratung mit der Tochter des Fabrikanten, Bankdirektors und Predigers Dale in New Lanark in Schottland war die Veranlassung zum Ankauf der dortigen großen Baumwollspinnereien, deren Leitung er am 1. Januar 1800 übernahm und die ihn damit zum Arbeitgeber einer Arbeiterbevölkerung von 2000 bis 2500 Personen machten.

Owens eigene Schilderungen geben uns einen tiefen Einblick in die wahrhaft grauenerregenden Zustände, die damals in der englischen Textilindustrie herrschten. Diese gedieh fast ausschließlich auf Kosten der in ihnen beschäftigten Frauen und Kinder, die in entsetzlicher Weise ausgebeutet wurden. Die armen jungen Dinger mußten vielfach Tabak kauen und ihre Füße ständig in Eiskübeln halten, damit sie bei der Arbeit nicht einschliefen. Man muß freilich, wenn man gerecht sein will, bedenken, daß an diesen Zuständen nicht etwa die Unternehmer allein die Schuld trugen. Ein vollgerüttelt Maß kommt auch auf die eigentümliche englische Armengesetzgebung, die damals noch in Geltung war und die die Ortsverwaltung berechtigte, Kinder, die von ihren Eltern nicht ernährt und unterhalten werden konnten, als Lehrlinge zu verdingen mit der Verpflichtung des Lehrherrn, die Kosten ihrer Verpflegung zu tragen. Derartige Bestimmungen mußten dazu führen, daß die Kinderarbeit durch die Gemeinden selbst begünstigt wurde. Damit soll das Verhalten der englischen Fabrikunternehmer jener Zeit, die auch Kinder ihrer Zeit waren, in keiner Weise beschönigt werden. Nur dürfen wir Deutschen eine aufrichtige Genugtuung und Befriedigung darüber empfinden, daß die deutsche Industrie sich solch grober Verstöße gegen alle Gesetze der Menschlichkeit und der Moral, wie die englische in jenen Zeiten, niemals schuldig gemacht hat.

Robert Owen trat die Leitung der Baumwollspinnereien in New Lanark mit dem festen Vorsatze an, in seinem Betriebe derartige zum Himmel schreiende Zustände niemals zu dulden und an seiner Fabrik die Richtigkeit seiner Überzeugung zu erweisen, daß durch eine weitgehende Fürsorge für das leibliche und sittliche Wohl der Arbeiterschaft das Gedeihen eines industriellen Unternehmens keineswegs gefährdet werde. Leicht allerdings wurde ihm dieser Beweis nicht gemacht. Am meisten erschwerten seine Bemühungen seine eigenen Arbeiter, die freilich zum größten Teile aus verlotterten Vagabunden bestanden hatten und die, angefüllt mit Vorurteilen sozialer und kirchlicher Art, ihm äußerst mißtrauisch gegenüberstanden. Owen aber schreckte vor keinen Schwierigkeiten zurück, in welcher Form auch immer sie ihm entgegentraten. In einer rastlosen Tätigkeit während zwölf langer und schwerer Jahre gelang es ihm, das heiß ersehnte Ziel zu erreichen und sich einen Stamm von geschulten, zuverlässigen, tüchtigen, mit hohen sittlichen Eigenschaften ausgestatteten Arbeitern zu schaffen, die einsehen gelernt hatten, daß sie auf Gedeih und Verderb mit ihrem Arbeitgeber verbunden seien, daß die Blüte des Unternehmens, dem sie dienten, für das sie ihre Arbeitskräfte hingaben, auch ihr eigenes Glück und Wohlergehen bedeutete. Die Spinnerei in New Lanark hatte nach zehnjährigem Bestande und nach Abzug einer 5%igen Verzinsung durchschnittlich in jedem Jahre 120 000 M. Überschüsse gebracht, und dies trotz der zahlreichen Wohlfahrtseinrichtungen, die recht erhebliche Summen verschlungen hatten.

Die Mittel, die Owen angewandt hatte, um zu seinem Ziele zu gelangen, waren sehr verschiedenartige. Er begann mit der Fürsorge für die Kinder und der Einschränkung der Kinderarbeit. Die Verträge mit den Armenhäusern wurden nicht mehr erneuert, Kinder unter zehn Jahren überhaupt nicht mehr beschäftigt. Wenn die 1802 nur zum Schutze der Kirchspiellehrlinge erlassene Gesetzgebung eine Erweiterung erfuhr, so war das ausschließlich der unermüdlichen Tatkraft Owens zu danken, der jahrelang zahlreiche Reisen

nach London unternahm, um Regierung, Parlament und Berufsgenossen für seine Pläne zu gewinnen. Für seine Arbeiter führte er eine zielbewußte Jugenderziehung ein, in der Anschauungsunterricht und körperliche Übungen eine große Rolle spielten. Kleinkinderschulen wurden errichtet, Bibliotheken und Lehrsäle ins Leben gerufen. Die Arbeitszeit, die bei seinen Konkurrenzunternehmungen 13—16 Stunden währte, beschränkte Owen auf 11, später auf 10½ Stunden. Die Löhne wurden unter Aufsparung des Mehrbetrages erhöht, Konsumanstalten eingerichtet, in denen Lebensmittel zum Selbstkostenpreise abgegeben wurden, der durch Wareneinkauf im großen ziemlich niedrig gehalten werden konnte. Um den Arbeitsfleiß zu heben, wurde durch ein von ihm erfundenes Belohnungssystem eine uns heute etwas eigen anmutende Fabrikdisziplin eingeführt, durch die Säumige bestraft, Fleißige mit besonderen Auszeichnungen belohnt wurden. Auch mit der Schaffung von Einrichtungen für Kranke und Invalide und mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung eilte er jener Zeit weit voraus. Während einer viermonatlichen Geschäftsstockung hatte Owen einmal seiner Arbeiterschaft sogar den ganzen Lohn in der Höhe von 140 000 M. ausgezahlt.

Alles in allem war Owen ein außergewöhnlicher Mann, dessen Name mit an erster Stelle genannt werden muß, wenn es gilt, die großen Wohltäter der Menschheit aufzuführen, denen es beschieden gewesen ist, mit dem friedlichen Mittel sozialer Fürsorge wichtige kultur- und wirtschaftsfördernde Reformen geschaffen zu haben. Seine Tätigkeit hat für die Lösung der sozialen Frage um deswillen einen hohen, ethischen Wert, weil es gerade ein Unternehmer gewesen ist, der in England den Arbeiterschutz, ohne von den unteren Klassen oder von einer Partei gedrängt zu werden, die sich als deren Anwalt hätte aufspielen können, aus freier Entschließung forderte und in seinem eigenen Betriebe zuerst praktisch durchführte. Aus diesem Grunde hätte die Arbeiterschaft aller Länder allen Grund, die Worte sich immer wieder vor Augen zu halten, die Owen, einer der ehrlichsten und aufrichtigsten Freunde, die sie je besessen, dereinst gesprochen hat: „Es ist höchst wünschenswert, daß die arbeitenden Klassen wissen, daß sie alle Verbesserungen für sich selbst weit schneller und besser mit Hilfe der höheren Klassen durchsetzen können, als indem sie sich diese zu Feinden machen."

Die bisher geschilderten Leistungen Owens hätten keinen Anlaß geboten, ihm in dieser Darstellung, die eine kurze Geschichte der sozialistischen Lehre geben will, einen Platz anzuweisen. Erst die weitere Tätigkeit Owens führte in Bahnen, auf denen er mit sozialistischen Theoretikern zusammentraf. Nachdem er in seiner Fabrik seine sozialreformatorischen Pläne durchgeführt hatte, trug er Verlangen danach, auch die Mitwelt an den Ergebnissen seiner praktischen Erfahrungen teilnehmen zu lassen. In den Jahren 1812 und 1813 ließ Owen weitere Abhandlungen erscheinen, die von seinem Wirken in New Lanark Kunde gaben und ihn rasch in allen Kreisen der Gesellschaft bekannt machten. Er wurde bewundert und gefeiert. „Tausende pilgerten Jahr für Jahr nach New Lanark, dieser Oase des sozialen Friedens in der Zeit der tiefsten Erniedrigung des englischen Arbeiterstandes. Minister, Gesandte, insbesondere der Herzog von Kent, Könige und Kaiser interessierten sich für Owen, seine Werke, seine Pläne. So glaubte er in der Tat, die Zeit nahe bereits, in der alle Kabinette Europas nach seinen Grundsätzen regieren

würden." (Herkner a. a. O. S. 34f.) Diese Erfolge mögen Owen zu Kopfe gestiegen sein, wenigstens verließ er fortan immer mehr den sicheren Boden bewährter Praxis und begab sich auf das Gebiet gefährlicher Experimente, auf dem er notgedrungen scheitern mußte.

Im Jahre 1815 war eine schwere Wirtschaftskrise ausgebrochen, der schon nach wenigen Jahren eine zweite folgte. Owen sah ihre Ursache darin, daß die aus der schlechten Lebenshaltung der Arbeiterschaft hervorgehende Unterkonsumtion diese unfähig zur Aufnahme der übermäßig erzeugten Güter mache. Das Fabriksystem habe die produktiven Kräfte Englands in ungeheurem Maße gesteigert. In der Kriegszeit habe der gestiegenen Produktionsfähigkeit auch eine starke Konsumtion entsprochen, die nunmehr im Frieden fehle. Die Einführung der Maschinen habe aber die menschliche Arbeit entwertet und somit die Kauf- und Konsumkraft der arbeitenden Klasse niedergehalten. Um das dadurch hervorgerufene Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch zu beseitigen, müßten Einrichtungen getroffen werden, die eine der Steigerung der Produktivkraft entsprechende Ausdehnung der Kaufkraft gewährleisteten. Man solle daher die Arbeitslosen von Staats wegen beschäftigen und dadurch den Wert der Arbeit wieder heben, der jetzt durch den Wettbewerb der Arbeitslosen herabgedrückt werde. Diese Beschäftigung der Arbeitslosen und Armen sollte in Arbeiterkolonien vor sich gehen, die 500 bis 1500 Mitglieder umfassen, wirtschaftlich selbständig sein und nur erzeugen sollten, was die Mitglieder für ihre Bedürfnisse gebrauchten. In diesen Kolonien sollen Gütergemeinschaft und Gleichheit herrschen. In einer kommunistischen Gesellschaftsordnung könne sich ein selbstsüchtiges Streben der Menschen nach Reichtum nicht entwickeln, und infolgedessen werde es auch nicht mehr in der wirtschaftlichen Arbeit eine Ausbeutung von Menschen durch Menschen geben.

Mit solchen Vorschlägen fand Owen in der Blütezeit des ökonomischen Liberalismus, des Manchestertums, nur wenig Gegenliebe und Verständnis. Regierung und Parlament verhielten sich ablehnend, aber vielleicht gerade dadurch wurde Owen immer mehr auf den Weg des Prophetentums gedrängt, zumal die Masse in seine Vorträge strömte und seine Volkstümlichkeit von Tag zu Tag wuchs. Diese Erfolge in der Öffentlichkeit machten ihn unvorsichtig, ließen seine Sprache der eines Messias, der der Welt ein neues Heil und Erlösung von allen Übeln bringen will, immer ähnlicher, seine Reden immer maßloser werden. In dieser hochgespannten Stimmung ließ er sich am 21. August 1807 in London zu einer heftigen Rede hinreißen, die in einer schweren Anklage gegen alle Religionen gipfelte: die Stunde seines Abstiegs hatte in diesem Augenblicke geschlagen. Sein Ansehen beim Bürgertum schwand dahin, sein mühsam aufgebautes Lebenswerk begann zu wanken, der Boden wurde ihm heiß unter den Füßen, auch in seiner Heimat, an der Stätte seiner Arbeit und seiner Erfolge schwand sein Einfluß dahin — auch Owen mußte die bittere Wahrheit erkennen, daß niemand vor seinem Ende glücklich zu preisen ist.

In dieser geistigen Not leuchtete ihm ein Hoffnungsschimmer aus der neuen Welt. Georg Rapp, ein religiöser Schwärmer aus Württemberg, war 1804 nach Amerika ausgewandert und hatte dort zehn Jahre später in New Harmony, im Staate Indiana, eine Kolonie begründet, deren Mitglieder sich Harmoniten nannten. Sie wollten die Urgemeinde von Jerusalem

wieder herstellen und gaben daher ihrem Gemeinwesen eine sozialistisch-kommunistische Organisation, in der jeder zur Ehelosigkeit verpflichtet war. Diese Kolonie kaufte Robert Owen im Jahre 1825 für 600 000 M. in der Absicht, dort ein neues Reich des Friedens und der Menschenliebe zu gründen: Aber seine Hoffnungen schlugen fehl: schon nach zwei Jahren erfolgte der Zusammenbruch dieser Gründung, die auf rein kommunistischer Grundlage aufgebaut war, und Owen büßte dabei vier Fünftel seines Vermögens ein. Sein Geist aber war noch nicht gebrochen. Kaum nach seinem Vaterlande zurückgekehrt, wendete er sich von neuem den Plänen zu, die ihn schon einmal beschäftigt hatten, als es galt, die tiefere, ökonomische Ursache der Wirtschaftskrisen zu erforschen. Er betonte immer wieder, die Wurzel des herrschenden Elends sei der Umstand, daß in der bestehenden Wirtschaftsordnung Erzeugung und Verbrauch lediglich im Wege der Profitmacherei, des Gewinnes über den Kostenpreis hinaus entwickelt werden könnte. Hohe Verdienste kämen zustande, wenn das Angebot der Nachfrage entspräche oder hinter ihr zurückbliebe. Das Interesse der Gesellschaft erheische aber das Gegenteil. Bei einer planmäßig organisierten Erzeugung könnten so viele Güter hergestellt werden, daß man ebensowenig daran denken werde, Güter in der Form von Privateigentum anzusammeln, als jetzt Wasser auf Flaschen gefüllt und aufgespeichert würde, wo es im Überfluß vorhanden sei. Die Hauptsache also sei, daß die Kaufkraft der Arbeit entsprechend der wachsenden Produktivität gesteigert würde. Dies aber sei nur möglich, wenn an die Stelle der „künstlichen" Währung eine Arbeitswährung eingeführt würde, da ja, so meinte Owen, die Arbeit das natürliche Maß des Wertes bilde. Diese Idee beherrschte Owen schließlich mit einer solchen Stärke, daß er sich entschloß, seine Theorie in die Praxis zu übersetzen und die Welt durch Experimente von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Diesem Zwecke diente die Errichtung einer Arbeitstauschbank, die er 1830—32 in London ins Leben rief, der aber auch nur eine kurze Dauer beschieden war. Schon 1834 verkrachte dieses Unternehmen Owens, und es mußte zugrunde gehen, weil sein Schöpfer nicht erkannt hatte, daß die Voraussetzung, von der er bei der Begründung der Arbeitsaustauschbank ausgegangen war, volkswirtschaftlich falsch gewesen war. Dieser Fehler, den, wie wir sehen werden, später auch noch andere sozialistische Denker begangen haben, lag in der Annahme, daß nur die Arbeit die Quelle aller Werte sei. Darum war es auch eine Selbsttäuschung, wenn Owen sich dem Glauben hingab, daß der Versuch geglückt wäre, wenn man nur genügend Kapital besessen hätte. Owen machte es sich daher zur Aufgabe, überall im Lande das Evangelium von der Notwendigkeit einer kooperativen Organisation zu predigen. Überall sollten Konsumvereine gegründet und das durch diese gewonnene Kapital schließlich zur Selbstbeschäftigung der Arbeiter gewonnen werden. Damit ist Owen der geistige Vater der Genossenschaftsbewegung geworden, mag diese sich später auch wesentlich anders entwickelt haben, als ihrem Urheber vorgeschwebt hatte.

Inwieweit Owen den Vorläufern des Sozialismus zugerechnet werden darf, ist nicht ganz unbestritten. Das Urteil wird verschieden ausfallen, je nachdem man auf den ersten Teil seines Lebens, der angefüllt ist mit der praktischen Ausführung bedeutsamer sozialer Reformen, größeren Wert legt oder ob für Owens Stellung in der Wirtschaftsgeschichte die in seinem

späteren Dasein bekundete Hinneigung zu sozialistisch-kommunistischen Ideen als entscheidend bewertet wird. Das eine aber steht fest, daß Owen sich von manchem Vertreter sozialistischer und kommunistischer Theorien sehr wohltuend darin unterscheidet, daß er es stets verschmähte, um die Gunst der Massen zu buhlen. Jeder gewaltsame Umsturz lag ihm fern, nur durch Überzeugung wollte er wirken, nur auf friedlichem Wege seine hochgesteckten Ziele erreichen. Haß und Neid zu erregen und die Leidenschaften der Menge aufzuwühlen, schien ihm ebenso verwerflich, wie er es ablehnte, das Banner des Klassenkampfes zu entrollen. Darum geht es auch nicht an, Owen, wie dies Wilhelm Liebknecht in der besonderen, ihm gewidmeten Schrift tut, für die Sozialdemokratie in Anspruch zu nehmen. Denn Owen war namentlich in der zweiten, allerdings unfruchtbaren Hälfte seines Lebens zwar Sozialist, sozialdemokratischen Bestrebungen aber stand er weltenfern.

Das gleiche gilt von einem Manne, der im selben Jahre wie Babeuf geboren war, von Claude-Henri de Rouvray, Grafen v. Saint-Simon, der als der wissenschaftliche Begründer des Sozialismus gilt. Auch Graf Saint-Simon war wie Owen ein edler und ideal gerichteter Mann, erfüllt von den besten Absichten, nicht ohne agitatorische Veranlagung, aber ohne jede Begabung für praktische Arbeit und Organisation. Sein unverwüstlicher Optimismus und reinster Idealismus und sein lauterer, von jeder Selbstsucht freier Charakter machen ihn zu einer der anziehendsten Erscheinungen seiner Zeit. Er gehörte einem der ältesten Adelsgeschlechter Frankreichs an, das sich rühmte, von Karl dem Großen abzustammen, und war der voraussichtliche Erbe eines fürstlichen Vermögens. Sein Tatendrang — bereits als siebzehnjähriger Jüngling ließ er sich täglich von seinen Dienern mit den Worten wecken: „Stehen Sie auf, Herr Graf, Sie haben große Dinge zu tun!“ — führte ihn schon in früher Jugend nach Amerika, wo er während des Unabhängigkeitskrieges mit Tapferkeit an der Belagerung und Eroberung von Bristoll-Hill teilnahm und mit dem Orden des Cincinnatus ausgezeichnet wurde, und später nach Holland, dessen Regierung er, um den englischen Einfluß zu mildern, zu einem Bündnis mit Frankreich zu bewegen suchte. Die Französische Revolution rief ihn heim; er erhoffte von ihr eine Beseitigung der unhaltbaren Zustände in seinem Vaterlande und verzichtete daher freiwillig und freudig auf alle ihm von Geburt zustehenden Rechte.

Seine Hauptaufgabe, die ihn dauernd fesseln sollte, erblickte Graf Saint-Simon darin, die treibenden Ursachen für die staatlichen Mißstände namentlich in Frankreich zu erkennen. Er wollte eine auf der Vereinigung von Politik und Naturwissenschaft beruhende Wissenschaft begründen, welche die Grundlinien einer neuen Gesellschaftsordnung vorzeichnen sollte. Die erste „physiko-politische“ Schrift erschien 1803 in Genf unter dem Titel: „Briefe eines Einwohners von Genf an seine Zeitgenossen.“ In dieser kleinen Abhandlung, die ohne Angabe des Verfassers erschienen war, machte er den Versuch, das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft wissenschaftlich zu erfassen. Damit legte er die Keime zur Soziologie (Gesellschaftswissenschaft), die später sein Schüler Auguste Comte ausbaute.

Durch seine Verschwendungssucht sowie vielen Reisen und die königliche Gastfreundschaft, die er während seiner kurzen und unglücklichen Ehe

geübt hatte, war sein Vermögen immer schneller zusammengeschmolzen, und eines Tages sah sich der auf den Höhen der Gesellschaft geborene Graf St. Simon in bitterster Armut. Er war infolgedessen gezwungen, die Stelle eines Schreibers für eine Pfandleihanstalt anzunehmen, und zwar gegen ein Gehalt von 1000 Franken. Da befiel ihn schwere Krankheit, und er mußte seine Stelle aufgeben. Einer seiner früheren Diener, der es inzwischen zu Vermögen gebracht hatte, war es, der ihm sein Haus anbot, damit er ungestört seinen Studien leben konnte. Doch als dieser starb, trat die Sorge ums Dasein abermals in ihrer erschreckendsten Gestalt an St. Simon heran. Um der drohenden Gefahr des Verhungerns zu entgehen, wandte er sich in ergreifenden Worten an Talleyrand, Cuvier und andere hervorragende Männer, die ihm einst in den Tagen des Glückes nahegestanden hatten, und bat um Unterstützung. Die meisten seiner früheren Freunde ließen seine Briefe, die in der Regel mit den Worten begannen: „Seien Sie mein Retter, mein Herr. Ich sterbe vor Hunger!“ unbeantwortet, nur Carnot erinnerte sich seiner und verschaffte ihm, wenn auch nur vorübergehend, die Stellung eines Unterbeamten bei der Staatsbibliothek. Gleichzeitig erhielt er von Verwandten eine kleine Pension, die ihn der drückendsten Nahrungssorgen enthob, und die ihm die Möglichkeit ungestörter wissenschaftlicher Tätigkeit gewährte (Otto Warschauer: Saint-Simon und der Saint-Simonismus. 1892. S. 14).

Zuerst brachte ihm diese Tätigkeit keine Erfolge. Eine neue Schrift blieb völlig unbeachtet. Erst seine 1814 erschienene Veröffentlichung über die „Neuorganisation der europäischen Gesellschaft“ erregte Aufsehen. Die in dieser Schrift — in der er unter anderem auch die Beseitigung des Erbrechts forderte — ausgesprochenen Gedanken wurden in seinen späteren Werken weiter entwickelt und näher begründet, so vor allem in den von 1821 bis 1824 veröffentlichten vier Heften, die unter dem zusammenfassenden Titel: „Katechismus der Industriellen“ erschienen. Unter „Industrie“ verstand Saint-Simon Arbeit im weitesten Sinne des Wortes, also jede absichtlich unternommene, auf einen bestimmten Zweck gerichtete produktive Tätigkeit. Zu den „Industriellen“ rechnete er daher nicht nur den Arbeiter und Handwerker, sondern auch den Gelehrten, den Landwirt, Unternehmer und Kaufmann. Bei diesen „Industriellen“ ruhe die geistige Macht und das physische Übergewicht, denn sie bildeten den Hauptbestandteil der Bevölkerung. Sie haben daher den ersten Stand im Staate zu bilden. Sie haben zu herrschen und den Staat zu lenken. Aber sie seien ohne Macht und Einfluß, während die gegenwärtigen Gewalthaber des Staates unfähige Nichtstuer wären, die dem Zufall der Geburt oder niedrigen Intrigen ihre Macht verdankten. Diese soziale Unterschätzung und politische Rechtlosigkeit der Arbeit und Wissenschaft sei jedoch nicht allein nur Schuld des Adels und der Geistlichkeit, sondern hauptsächlich der Bourgeoisie. Diese habe stets nur selbstsüchtige Zwecke verfolgt; sie war es, die die Französische Revolution hervorgerufen habe und deren dauernde Nachwirkungen zu eigenem Vorteil auszunutzen verstehe; sie habe alle Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit an sich gerissen und sträube sich, in der Gegenwart der Klasse der Industriellen Lebenslust und Arbeit an der Verwaltung des Staates zu gewähren. Der von der Bourgeoisie vertretene Liberalismus sei so wenig wert wie der Feudalismus. Er müsse daher durch eine neue Assoziation der

Menschen ersetzt werden, indem jedem die Arbeit nach seinen Fähigkeiten und jeder Fähigkeit der Lohn nach ihrer Arbeit zugewiesen werde.

Damit hatte St. Simon zunächst theoretisch den schroffen Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum geformt und zum Klassenbewußtsein der Arbeiter den ersten Anstoß gegeben. Er war kein Gegner des Kapitals, auch findet sich in keiner seiner Schriften eine scharfe Scheidung zwischen Unternehmer und Arbeiter, zwischen denen er keine Gegensätze voraussetzte, die er auch nie gefördert oder gar künstlich gezüchtet hatte. Auch kann man nicht sagen, daß er revolutionäre Gedanken gehegt hätte, vielmehr lag jede Schürung des Klassenhasses ihm durchaus fern. Aber er hatte sich nicht nur wirtschaftliche, sondern hauptsächlich politische Ziele gesteckt, und diese sind es gewesen, aus denen später der Marxismus und die aus ihm sich entwickelnde Sozialdemokratie die Bausteine holte für das Lehrgebäude, von dem aus sie die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung aus den Angeln zu heben hofften.

Die Ideen St. Simons haben erst durch seine Schüler eine strengere Systematisierung erfahren, unter denen als der bedeutendste St. Amand Bazard gelten darf. Bazard ging aber weit über das hinaus, was sein Meister gelehrt und gefordert hatte. Die Theorien, die man unter dem Namen „St. Simonismus" zusammengefaßt hat, sind nicht St. Simons, sondern Bazards Werk. Dieser hat zwar seines Lehrers Anschauungen zur Grundlage genommen, auch seinen Namen als Losungswort benutzt, aber diese Tatsache darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die beiden Männer, daß Meister und Schüler eine tiefe Kluft trennt, über die es keine Brücke gibt. Nicht die Verleihung politischer Rechte an die Vertreter von Arbeit und Wissenschaft lag Bazard am Herzen, sein Ziel war die Umgestaltung des individuellen Privateigentums. Er zuerst forderte, daß alle Produktionsmittel, Grund und Boden und Kapital zu einem Gesellschaftsfonds vereinigt werden, der jedem nach seiner Fähigkeit zur Verfügung stehen solle. Er zuerst verlangte, daß alle Vorrechte der Geburt verschwinden müßten, und daß das Vermögen nach den Leistungen des einzelnen zu bemessen sei. Also an die Stelle des Erbrechts der Blutsverwandtschaft sollte das Erbrecht des Verdienstes treten. Beim Tode des Besitzers solle nicht die Familie, sondern die Gesamtheit der Gesellschaft, unter deren Schutz und Mitwirkung das Eigentum erworben und erhalten würde, und in ihrer Vertretung der Staat zum Erben berufen sein.

Aus diesen Forderungen Bazards holte sich die sozialistische Bewegung des 19. Jahrhunderts ihr wissenschaftliches Rüstzeug. Man ist daher berechtigt, den St. Simonisten Bazard als den geistigen Urheber des wissenschaftlichen Sozialismus zu bezeichnen. In seiner Gegnerschaft gegen die freie Konkurrenz war Bazard ein Vorläufer Louis Blancs, in dem Versuche, das Erbrecht umzugestalten, ein Vorläufer Ferdinand Lassalles, und in dem Verlangen, statt des Grund- und Kapitaleigentums ein Verdiensteigentum zu schaffen, wurden Rodbertus und Karl Marx seine gelehrigen Schüler. Bazards Grundgedanken, das Recht des Eigentums in ein Recht des Besitzes umzuwandeln, alle Vorrechte der Geburt aufzuheben und den Vermögensübergang nicht nach verwandtschaftlichen Beziehungen, sondern nach den Leistungen und der Fähigkeit des einzelnen zu regeln, sind schon um deswillen unausführbar, weil es keine Macht der Welt gibt, die imstande wäre,

die Fähigkeiten jedes einzelnen richtig zu beurteilen und gerecht zu belohnen. Niemand aber würde mehr sparen, wenn er nicht mehr die Möglichkeit besäße, für seine Kinder und Enkel zu sorgen, wenn er mit dem Bewußtsein sich tragen müßte, daß das, was er mit zähem Fleiß und oft unter Opfern und Entbehrungen zusammengetragen hat, wildfremden Menschen, die er niemals gesehen oder die ihn vielleicht sogar geschädigt und ihm Übles angetan haben, dereinst nach seinem Tode zugute kommen würde. Ein solcher Erbgang würde daher nach kurzer Zeit zur Auflösung der Familie führen. Die Familie aber bildet die Grundlage des menschlichen Daseins. Die Familie wird zur Sippe, die Sippe zum Stamm, die Stämme aber wachsen zum Volk zusammen. Familie und Ehe sind daher die Keimzelle für die höchste menschliche Organisation, für den Staat, ihre Aufhebung wäre daher Vernichtung jeder Kultur, wäre gleichbedeutend mit der Herabwürdigung des Menschen zu einem Wesen, das keine höheren geistigen und sittlichen Bedürfnisse mehr kennen, das nur noch dem Sinnengenuß und dem Bauche fröhnen und darum nichts anderes sein würde, als das Tier.

Ebenso wie Owen war auch Karl Fourier, der 1779 in Besançon geboren war, durch die Erfahrungen und Beobachtungen in seinem eigenen Berufe dazu gedrängt worden, sich mit den Mißständen eingehender zu beschäftigen, die ihm während seiner geschäftlichen Tätigkeit entgegentraten. War es bei Owen die mißliche Lage der Fabrikarbeiter, die ihn zu seinen Reformgedanken angeregt hatte, so ging Fourier von den Zuständen im Handelsgewerbe aus, die seinen heftigen Widerspruch herausforderten. Als er in Marseille als Angestellter in einem größeren Warenhause tätig war, erhielt er eines Tages, gerade als in der Stadt eine Hungersnot herrschte, von seinem Prinzipal den Auftrag, eine Schiffsladung Reis heimlich ins Meer zu werfen, um die Haussespekulation seines Hauses zu fördern. Dieser Vorgang, der tiefen Eindruck auf ihn machte, verstärkte seinen Widerwillen gegen den Handel, in dem er Wahrheit und Treue vermißte, und ließ namentlich schwere Bedenken in ihm aufkommen gegen die preisverteuernden Wirkungen eines unehrlichen Zwischenhandels. Auch die fehlerhafte Organisation der wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen glaubte er zu erkennen, und während er in Lyon mißvergnügt und unzufrieden einer untergeordneten kaufmännischen Beschäftigung oblag, oder, wie er sich ausdrückte, als Makler den Lügen anderer die seinigen hinzufügte und von Haus zu Haus lief, um Aufträge zu vermitteln, stiegen in seinem ruhelosen Geiste die Umrisse einer neuen Gesellschaftsordnung auf, die er schriftlich darzustellen suchte und die ihn, wie Otto Warschauer: „Fourier, seine Theorie und Schule“ treffend bemerkt, zum Romantiker des Sozialismus gemacht haben.

Nicht nur aus diesem Grunde gebührt ihm ein hervorragender Platz in einem Überblick über die Geschichte des Sozialismus, sondern auch, weil bei Fourier sich bereits die Grundgedanken des neueren Sozialismus finden, wenn er auch den modernen Kapitalismus nur in der Form des Handels kannte, und weil seine Ideen auf das Denken der Anhänger und Nachfolger von Karl Marx einen nicht bestreitbaren Einfluß ausgeübt haben. Die orthodoxen Theoretiker des historischen Materialismus, so vor allem Kautsky, haben einen solchen Einfluß freilich geleugnet, weil ihnen der Marxismus als Wissenschaft gilt, die mit dem sozialistischen Utopismus

nichts gemein habe. Und doch ist August Bebels berühmtes Buch: „Die Frau und der Sozialismus", das bereits 50 Auflagen erlebt und zur Ausbreitung sozialistischer Ideen gerade in den breiten Massen mehr beigetragen hat als alle Werke von Marx und seinen Schülern und Auslegern zusammengenommen, ganz im Geiste Fouriers geschrieben, dem Bebel zudem noch eine besondere, sehr liebevolle Studie gewidmet hat in seinem Buche: Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Bebel hat sich dem französischen Utopisten seelen- und geistesverwandt gefühlt, wie auch der Nestor der schweizerischen Sozialdemokratie, Karl Bürkli, völlig unter dem Einflusse Fouriers stand. Wenn aber die Kritik an der sozialdemokratischen Lehre auch die Schilderungen nicht außer Betracht lassen zu können glaubt, die Bebel in seinem Buche vom sozialdemokratischen Zukunftsstaate entwirft, dann lehnen die Theoretiker der Partei einen solchen Versuch als „unwissenschaftlich" ab und weisen darauf hin, daß Bebel in der Einleitung zu seinem Werke über die Frau — aller Wahrscheinlichkeit nach auf Veranlassung der maßgebenden Parteiinstanzen und unter Verfolgung ganz bestimmter Absichten — ausdrücklich bekannt habe, daß alles, was sich auf die Darstellung von Zukunftsgebilden bezieht, nur als die persönliche Ansicht des Verfassers angesehen werden dürfte und daher auch etwaige Angriffe nur gegen seine Person zu richten wären, da er allein die Verantwortung für das Gesagte trage.

Diese scharfe Trennung zwischen den offiziellen Kundgebungen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Theoretiker, die im Gewande der Wissenschaft einherstolzieren, und den persönlichen Äußerungen einzelner Parteigenossen, mögen diese auch jahrzehntelang die anerkannten Führer der Partei gewesen sein und durch ihre phantastischen Schilderungen den betörten Massen Truggebilde vorgegaukelt haben von den paradiesischen Zuständen, die nach dem Siege des Sozialismus über die Menschheit kommen würden, erschwert naturgemäß eine kritische Würdigung der Forderungen und Ziele der Sozialdemokratie aufs äußerste. Aber auch eine völlig voraussetzungslose Betrachtung der Behauptungen des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus wird ergeben, daß die von diesem aufgestellten Grundsätze logischerweise zu Folgerungen führen müssen, deren Ausführbarkeit nur denkbar wäre unter politischen und sozialen Verhältnissen, für die es bisher in der Geschichte der Menschheit kein Vorbild gegeben hat und die man daher eben als „utopistische" zu bezeichnen berechtigt ist. Eine selbst kurzgefaßte geschichtliche Darstellung des Sozialismus darf daher an einer Erscheinung wie Fouriers nicht vorübergehen, um so weniger, als auch schon Fourier die Bedeutung der ökonomischen Verhältnisse für die Entwicklung der Menschheit empfunden und damit einem Hauptgedanken von Karl Marx vorgearbeitet hatte.

Fouriers Schriften, in denen er seine Gedanken entwickelte und seine Luftschlösser erbaute, blieben lange unbeachtet. Keiner kaufte sie, und nicht einmal die Zeitungen taten ihrer Erwähnung. Er sandte sie an König Karl X. von Frankreich, er wandte sich an alle hervorragenden Männer seiner Zeit und an alle Parteien, aber Erfolge waren ihm nicht beschieden, so daß er während seines ganzen Lebens ebenso wie Graf St. Simon in drückenden Verhältnissen lebte. Auch Fourier war ein Schwärmer, der felsenfest an seine Ideale glaubte und weder durch Spott noch durch Miß-

achtungen und Beleidigungen noch durch die Gleichgültigkeit der Menschen in der Überzeugung erschüttert werden konnte, daß in einer schöneren Zukunft seine Lehre im Mittelpunkte aller sozialreformatorischen Bestrebungen stehen werde.

Fourier ging davon aus, daß die Arbeit für die Mehrzahl der Menschen eine Last, ein elendes Mittel zum Zwecke eines elenden Daseins wäre. Da die Sklaven der Arbeit die sie belastenden Ketten nicht abschütteln könnten, seien sie träge und fänden ihre Befriedigung nicht im werktätigen Schaffen, sondern im Nichtstun. Dies entspräche aber durchaus nicht der Bestimmung des Menschen und der Eigenart seiner Triebe. Der Mensch fühle sich unbefriedigt und unglücklich, wenn er dauernd ohne Beschäftigung sei, sein Geist suche Nahrung; denn ohne Befriedigung des Arbeitstriebes könne niemand auf die Dauer leben. Die Arbeit sei daher ein unentbehrliches seelisches und körperliches Bedürfnis: sie werde nur dann zur Quelle der Unfreiheit, wenn ihre Verrichtung abstoße und zwangsweise erfolge. Da dies bei der Mehrzahl aller Menschen der Fall wäre, so sei die Arbeit offenbar falsch organisiert. Es müsse daher eine neue Organisation der Gesellschaft angebahnt werden, in der allen gegen Lohn Angestellten die Möglichkeit gegeben sein werde, an den Fortschritten der Kultur teilzunehmen.

Diese Organisation wollte Fourier durch die Errichtung von Genossenschaftsgemeinden schaffen, denen er den Namen „Phalange" gab. Sowie die berühmte Phalanx des Königs Philipp von Mazedonien alle Schlachtordnungen siegreich durchbrochen hatte, so würde auch Fourniers Phalange die bestehende Wirtschaftsordnung vernichten. Dieses Ziel sollte aber keineswegs auf gewaltsamem Wege erreicht werden, wartete doch Fourier während der letzten zehn Jahre seines Lebens jeden Mittag 12 Uhr in seiner ärmlichen Mansardenwohnung geduldig auf den edlen Menschenfreund, der kommen sollte, ihm die erste Million zur Gründung der ersten Phalange zur Verfügung zu stellen. Fourier war kein grundsätzlicher Gegner des Eigentums, in dem er vielmehr die Vorbedingung jedes sozialen Fortschrittes sah, er wollte das Privateigentum weder abschaffen noch umbilden, sondern seine Absicht war, den Besitz zu verallgemeinern und den Unternehmergewinn anders als bisher zu verteilen. Zu diesem Zwecke stellte er der isolierten Privatwirtschaft der Familie die Gemeinwirtschaft der Gemeinde gegenüber, in der einem jeden ein Mindestmaß von Einkommen gewährleistet sei und jeder das natürliche Recht habe, seinem Arbeitstriebe zu folgen; jeder sollte die zur Errichtung der Arbeit notwendigen Werkzeuge vorgeschossen erhalten, um sich den vollen Arbeitsertrag zu sichern.

Die Phalange als Gesamtkörper hatte Handelsgeschäfte zu treiben. Am Schlusse jedes Rechnungsjahres würde Inventur gemacht. Von dem zu verteilenden Reingewinn entfallen $^5/_{12}$% auf die Handarbeit, $^4/_{12}$% auf das Aktienkapital, $^3/_{12}$% auf die der Phalange geleisteten geistigen Dienste. Jede Löhnung fällt fort. Der Genosse erhält keinen Lohn, sondern eine Dividende. Die Handarbeiten sind, je nachdem sie für die Phalange nötig und nützlich oder weniger bequem und angenehm sind, verschieden zu bewerten und dementsprechend auch zu bezahlen. Allgemein nützliche Verrichtungen, wie die Dienste der Ärzte und Krankenpfleger, sowie alle Arbeiten, deren Verrichtung mit einer hohen körperlichen Anstrengung verbunden sind, haben den höchsten Anteil an der zur Verteilung gelangenden Dividende.

Da Fourier Bedenken überkamen, ob bei einer gemeinschaftlichen Produktionsweise, die bei ihm im Gegensatz zu anderen sozialistischen Denkern nicht das Anfangs-, sondern das Schlußglied der Organisation seiner neuen Gesellschaftsordnung bildete, auch mit genügendem Fleiße und ohne behördlichen Zwang gearbeitet werden würde, erfand er das Gesetz der Attraktion, das besonders kennzeichnend ist für die Luftschlösser, die Fourier baute, das aber vielleicht gerade darum auch auf Bebels Phantasie stark eingewirkt hat. Fourier behauptete, daß jeder Mensch, ohne Unterschied der Rasse, des Alters und des Standes, von drei allgemeinen Trieben beherrscht werde: Dem Luxustriebe, dem Gruppentriebe, den übrigens schon Aristoteles erkennen zu müssen glaubte, und dem Triebe nach gleichzeitiger Befriedigung der Sinne und Seele. Dem letzteren dienten drei weitere Triebe, darunter der von Fourier, der überhaupt eine förmliche Sucht hatte, fremdartige Worte zu bilden, Papillonne oder Alternante genannte Schmetterlingstrieb, der dem dauernden Bedürfnis des Menschen nach Wechsel der Arbeit und der äußeren Eindrücke entspringe: dieses Bedürfnis stelle sich bei jedem Menschen mindestens alle zwei Stunden ein. Der Lohnarbeiter zum Beispiel, der sich täglich mit nur kurzer Unterbrechung einer und derselben Beschäftigung hingebe, könne diesen berechtigten Trieb nach Abwechslung nicht befriedigen, und darum mangele ihm die Gesundheit des Geistes und Körpers, die eben nur durch eine wechselnde Beschäftigung erzielt werden könne. Daß eine solche Abwechslung in der Arbeit, bei der jedermann ganz nach Launen und Willkür am Vormittag vielleicht erst als Arzt und Maurer, nachmittags als Richter und Steinklopfer tätig wäre, ein Geschlecht erwerbsunfähiger Menschen heranziehen und jede Produktion überhaupt unmöglich machen würde, ist Fourier offenbar niemals in den Sinn gekommen.

Da die Lohnarbeit aufgehoben ist, gibt es in der Phalange keine Dienstboten. Deren Arbeiten müssen doch aber schließlich gemacht werden. Da hilft sich Fourier dadurch, daß besondere Dienergruppen gebildet werden, in denen gleichfalls jede persönliche Dienstleistung auf freiwilliger, dem Zwange nicht unterworfener Entschließung des einzelnen beruht. Wer z. B. eine besondere Neigung für Ordnung und Sauberkeit hat, tritt in die Gruppe derjenigen ein, welche die Zimmer fegen, er wird aber nicht gezwungen, die Hosen auszuklopfen oder die Stiefel zu reinigen. Diese Arbeit wird freiwillig von denen übernommen, denen sie zur Stärkung der Muskeln oder zur guten Verdauung begehrenswert erscheint. Frauen, die eine besondere Zuneigung zu kleinen Kindern haben, treten in die Gruppe der Wartefrauen ein und brauchen nicht in der Küche Dienste zu tun. Diejenigen wiederum, die gerne kochen, können ihrer Neigung in den fünf Küchen der Phalange nachgehen, in denen für alle gemeinsam die Speisen zubereitet werden, und solche, die gerne Strümpfe stopfen oder Flickarbeit machen, werden nicht gezwungen, Kinder zu warten oder Zimmer zu reinigen. Fourier glaubte, daß bei der großen Anzahl derer, die aus Neigung und innerem Beruf sich zu solchen Dienstleistungen bereit finden werden, auch die Ärmsten die Aussicht haben würden, gut bedient zu werden.

Wenn durch die dauernde Befriedigung der persönlichen inneren Triebe die gesellschaftliche Arbeit auf diese Weise organisiert ist, dann wird es möglich sein, auch Unternehmungen schnell durchzuführen, die unter anderen

Verhältnissen nur widerwillig begonnen, fortgesetzt und vollendet werden. Handelt es sich z. B. um die Abtragung oder Versetzung eines großen Berges, dann wird die Arbeit von solchen begonnen werden, die zwar Lust verspüren, alles anzufangen, nichts aber zu Ende führen. Fortgesetzt wird sie daher von denen, die von der Neigung getrieben werden, das Beispiel anderer nachzuahmen. Diesen schließen sich dann diejenigen an, die alles besser wissen und ändern wollen. Allmählich beteiligt sich dann die große Zahl derer, die der Erfolg reizt, und schließlich, wenn die Hauptarbeit getan ist, kommen die ganz Klugen, die jedes neue Unternehmen als verfehlt bekritteln, aber aus Wichtigtuerei und Eitelkeit geneigt sind, an das fast fertige Werk die letzte Hand mit anzulegen. Nur schade, daß sich kein Menschenfreund gefunden hat, die Phalange Fouriers ins Werk zu setzen. Der Bau des Gotthard-Tunnels oder anderer Riesenwerke wäre dann eine kinderleichte Arbeit gewesen.

Neben einer auf solchem Wege organisierten Arbeit werden Unterricht und Erziehung und eine auf der freien Liebe beruhende Ordnung des Verhältnisses der Geschlechter schließlich dazu führen, daß alle Menschen durch Attraktion miteinander verbunden sein werden. Dann werden die Übelstände der „Zivilisation" behoben sein, und eine universelle Harmonie wird alles, was Menschenantlitz trägt, brüderlich umfassen. Alle Rangunterschiede sind verwischt, und durch das Existenzminimum und die ausgezeichnete Kost, die jeder erhält, wird der Gesundheitszustand aller ein so ausgezeichneter sein, daß allmählich ein Riesengeschlecht von strotzender Körperkraft und -fülle und langer Lebensdauer hervorwachsen und gewaltige Taten vollbringen wird. Wenn dieses Menschengeschlecht die Erde bis zum 60. nördlichen Breitengrade bebaut hat, dann wird sich das Nordlicht auf den Nordpol heften und sein Fluidum, das bisher nur Licht ausstrahlte, auch belebende Wärme bringen, im edlen Wettbewerb mit der braven alten Sonne. Diese Entwicklung wird naturgemäß auch zu gewaltigen klimatischen Veränderungen führen. Die Nordpolgegenden werden Wärmegrade aufweisen, wie jetzt etwa Andalusien und Sizilien, in Stockholm, Petersburg und Tobolsk wird ein ähnliches mildes und herrliches Klima die Menschen ergötzen, wie heute das von Nizza und Florenz, die Küsten Sibiriens werden sich der Temperatur Neapels nähern, und auf den Boulevards von Paris wird eine frohbewegte Menge unter blühenden Orangen wandeln. Das Meer selbst werde seine Bitterkeit verlieren und süß wie Limonade schmecken. Wenn schließlich noch — allerdings erst im Laufe von Jahrhunderten — eine den Naturlauten der Tiere ähnelnde Weltsprache die Menschen verbinden wird und die Löwen ebenso nützliche Haustiere geworden sein werden wie die Hunde, dann wird die Mutter Erde ein Paradies sein, auf der die kleinsten Flecken in herrliche Gärten der Lust verwandelt sind.

Das waren die schwärmerischen Zukunftsträumereien Karl Fouriers, den einer der führenden Männer der Eisenacher Sozialdemokratischen Partei, Johann Most, der spätere Anarchist, zwar einen „Bruder Mirick" nannte, dem aber Bebel in seinem Buche über Fourier bescheinigte, daß er durch seine Entdeckung der Gesetze der Attraktion der menschlichen Trieb zugleich das Mittel entdeckt habe, das die Menschheit aus Not, Elend, Unterdrückung, Zertrümmerung und Langeweile erlöse und die Menschen mit Gott und

dem All in Harmonie setze. Die Art, in der Fourier die menschlichen Triebe für eine neue Gesellschaftsorganisation zu verwenden beabsichtigt hätte, sei so tief erdacht und erfaßt, daß die Zukunft in der Richtung seiner Gedanken nur weiterzuwandeln und aufzubauen brauche. Bebel stellte Fourier sogar Goethe gleich. Der Fouriersche Utopismus halte dem Goetheschen, wie er namentlich in den Wanderjahren hervortrete, voll die Wage; Fourier übertreffe Goethe aber an realer Menschenkenntnis, an Kenntnis der Lebenslage der Masse und in bezug auf die Naturgeschichte der Gesellschaft.

Fouriers Ideen hatten auf die große Masse nicht allzu tief gewirkt, vor allem stand die Arbeiterschaft ihnen völlig verständnislos und darum gleichgültig gegenüber. Dahingegen waren es geistig höherstehende Kreise aus dem Bürgertum, die sich an Fouriers Theorien berauschten und von ihnen eine Beseitigung ihrer Nöte auf dem Wege sozialer Reformen erhofften. Noch zu Lebzeiten Fouriers hatte sich um ihn eine kleine, aber auserlesene Schar gebildeter Männer zusammengefunden, die unter dem Namen „Ecole sociétaire" eine Vereinigung zur Verbreitung der von ihm begründeten, auf der Attraktionslehre beruhenden Sozialwissenschaft bildeten. Aus diesem Kreise hob sich besonders ein Mann hervor, der bald der Mittelpunkt der Bewegung wurde und der aus der Sozialwissenschaft seines Lehrers und Meisters eine eigene sozialistische Theorie predigte, die einen ziemlich tiefgehenden Einfluß auf die Entwicklung des Sozialismus im 19. Jahrhundert ausgeübt hat. Es war dies Victor Considerant, richtig so und nicht mit einem accent aigu geschrieben, wie das in wissenschaftlichen Lehrbüchern noch immer geschieht. Schon im Jahre 1832 war es ihm gelungen, einen reichen Engländer namens Young zur Gründung einer Phalanstère auf einem großen Gute in Condé-sur-Vègre zu veranlassen; dieser Versuch war aber, wie alle ähnlichen vor ihm, kläglich gescheitert. Considerant verband mit einer ungewöhnlichen Rednergabe eine geradezu glänzende Darstellungsweise, die er in den Dienst der von ihm mit einer wahren Begeisterung vertretenen Sache stellte. Er veröffentlichte eine stattliche Reihe packend geschriebener Bücher, gab verschiedene Zeitschriften heraus und entfaltete durch zahlreiche Vorträge, die er in Frankreichs bedeutendsten Städten hielt, eine nachhaltige Aufklärungsarbeit, die den Erfolg hatte, daß bald ganz Frankreich Kenntnis von der Lehre Fouriers erhielt und auch das Ausland, namentlich aber die Vereinigten Staaten von Nordamerika, sich mit ihm aufs eifrigste beschäftigten. In welchem Umfange dies geschah, zeigt die Tatsache, daß seit dem Jahre 1838 alljährlich am 7. April zur Erinnerung an den Tag der Geburt Fouriers in Paris große Feiern veranstaltet wurden, an denen allmählich die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und der Universität, Großindustrielle und Gelehrte, Dichter und Künstler, Handwerker und Arbeiter sowie Frauen aller Stände teilnahmen. Im Jahre 1847 wurde bereits in 47 französischen Städten der Geburtstag Fouriers festlich begangen, und in New York, in Rio de Janeiro und auf der Insel Mauritius gedachten an jenem Tage gleichzeitig die überseeischen Mitglieder der „Ecole sociétaire" in dankbarer Erinnerung ihres Begründers.

Lange Zeit hatten Considerant und seine in jener Vereinigung zusammengeschlossenen Mitkämpfer sich jeder politischen Betätigung enthalten, durchdrungen von der Überzeugung, daß die Gedanken Fouriers sich unter

jeder Regierungsform verwirklichen ließen, und daß es darum nur nötig sei, alle diejenigen zu sammeln, die, unbeeinflußt von politischen Bestrebungen, gewillt seien, mit allen Kräften wirtschaftliche Reformen zu fördern. Nach dem Ausbruch der französischen Februarrevolution (24. Februar 1848) änderten die Verfechter der Fourierschen Theorien ihre bisher beliebte Taktik: sie begrüßten die Errichtung der Republik als die ersehnte Morgenröte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sahen aber in ihr zugleich nur einen Markstein auf dem Wege zur Glückseligkeit der ganzen Menschheit, die allein durch den Sozialismus herbeigeführt werden könne. Der Sozialismus sei das Erzeugnis der großen französischen Revolution und vereinige in sich eine Fülle teilweise sich kreuzender Theorien, die jedoch insgesamt eine den Besitzlosen Freiheit und Recht gewährende Umgestaltung der Lohnverhältnisse und eine auf freiwilliger Vereinbarung beruhende, die Belange aller harmonisch verbindende Organisation der Arbeit und Gesellschaft fordern. Das geeignetste Mittel zur Erreichung dieses Zieles aber sei eine Assoziation der Arbeit, des Kapitales und des Talentes in der von Fourier vorgeschriebenen Form.

Ein am 15. Oktober 1848 in Paris abgehaltener Kongreß, eine Art Parteitag der um die „Ecole sociétaire" vereinigten Gesinnungsgenossen, nahm ein Programm an, in dem nicht mehr den Gemeinden, sondern dem Staate die Pflicht zugeteilt wurde, für den Schutz der wirtschaftlich Schwachen zu sorgen. Der Staat sollte, um das Wohl aller zu fördern und um die Begünstigung einzelner zu verhüten, alle Verkehrsmittel sowie das gesamte Versicherungswesen unter seine eigene Leitung nehmen und die bisher an ihnen Beteiligten durch Rentenbeträge entschädigen. Um nicht dauernd den Starken zum Siege zu verhelfen, sollten von Staats wegen industrielle Meldeämter eingeführt werden, die jederzeit eine Übersicht über die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen hätten, also über Angebot und Nachfrage, über die Zahl der unbeschäftigten und der verlangten Arbeiter und über die in den einzelnen Industriezweigen gezahlten Lohnsätze. Fabrikmarken, die den Ursprung jeder Ware nachweisen sollten,' um gegebenenfalls eine Haftpflicht des Fabrikanten feststellen zu können, seien einzuführen, Invaliditätskassen für Kranke oder erwerbsunfähige Arbeiter zu begründen. Zum Schluß versicherte das Parteiprogramm, daß neben den neuen Forderungen, die es aufgestellt habe, nach wie vor an den alten Grundsätzen festgehalten, so vor allem das Privateigentum geachtet und geschützt, dessen Mißbrauch allerdings wie bisher bekämpft, und daß schließlich angestrebt werden solle, ein Zeitalter herbeizuführen, in dem einem jeden ein ihn vor der äußersten Not schützendes Existenzminimum zu gewährleisten sei.

In der Nationalversammlung, der er angehörte, stellte Considerant in einer viele Stunden währenden Rede, die Fouriers System eingehend schilderte, den Antrag, die Regierung möge in der Nähe von Paris Grund und Boden zur Errichtung einer Phalange hergeben und die dazu notwendigen Bauten auf eigene Kosten errichten. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber der Gedanke, mit Staatsgeldern eine Phalange zu begründen, hatte doch eine stattliche Zahl von Anhängern gefunden. Ihn weiter zu verfolgen, war aber Considerant nicht beschieden, weil er einen heftigen Kampf gegen Louis Napoleon aufnahm, in dem er den unversöhnlichen Gegner der

Republik erkannt hatte. Considerant und seine Freunde zogen in diesem ungleichen Kampfe den Kürzeren. Considerant floh, des Hochverrats angeklagt, nach Belgien, und seine „Ecole sociétaire" löste sich auf. Dem Fourierismus in Frankreich machte der Bonapartismus ein Ende. Considerant selbst aber verlor, trotz aller bitteren Enttäuschungen, nicht den Glauben an die Richtigkeit der Gedanken Fouriers und an die Möglichkeit ihrer Durchführbarkeit.

Auch ihm schien, wie Richard Owen, die endliche Erfüllung seiner sehnsüchtigen Wünsche im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, in Amerika zu winken, wohin er sich bald nach seiner Verbannung aus Frankreich begeben hatte. Dort waren es die klimatischen und hygienischen Verhältnisse zusammen mit der außerordentlichen Fruchtbarkeit seines Bodens, die ihm Texas als das gelobte Land der Zukunft erscheinen ließen, in dem er schon Wirklichkeit werden sah, was bisher nur Gegenstand seiner Träume und Hoffnungen gewesen war. Er erließ einen Aufruf an die Sozialisten aller Länder, nach Texas auszuwandern und dort in einem neuen Staatswesen das Heil der Menschheit aufzubauen. Erst wenn die Kolonisation durchgeführt war, sollten Mustergemeinden begründet werden, die sich dann im Laufe der Entwicklung zu Phalangen umbilden oder sonst zur Durchführung irgendwelcher sozialistischer Theorien dienen sollten. Zur Verwirklichung aller dieser hochfliegenden Pläne wurde 1854 in Brüssel die „Bürgerlich-Amerikanische Kolonisations-Gesellschaft in Texas" mit einem Betriebskapital von 1 Million Dollars und in Form einer Kommanditgesellschaft auf Aktien errichtet. Aber auch die von ihm in Texas ins Leben gerufene Kolonie, die, weil sie ein Vereinigungspunkt aller Sozialisten werden sollte, den Namen „Réunion" führte, scheiterte an der unerbittlichen Härte der Tatsache, daß die Natur nun einmal ihrer nicht spotten läßt, daß alles Menschenwerk, das da glaubt, deren ewige Gesetze unbeachtet lassen zu können, zum Untergang verurteilt ist. Drei Jahre lang hüllte sich Considerant, gebrochen durch das Mißgeschick, das seinen Plänen beschieden gewesen, in völliges Schweigen; erst im Jahre 1857 gab er in einem ersten Berichte seinen Freunden in Frankreich Kenntnis von dem katastrophalen Zusammenbruch seines amerikanischen Unternehmens. Nie hätte er, so schrieb darin Considerant in der gedrückten Stimmung eines zu voller Entsagung Verurteilten, den Versuch unternommen, Texas für sozialistische Zwecke zu kolonisieren, wenn er hätte ahnen können, daß sein Unternehmen mit einem solchen Mißerfolg endigen würde. Aber auch andere Versuche, die zum Teil schon früher in Frankreich, z. B. in Citeaux in der Bourgogne, zu Palmitar in Brasilien und in der Ackerbaukolonie Sigville in Algier gemacht worden waren, hatten ein ähnlich trauriges Ende gefunden wie die Kolonie in Texas. Etwas günstiger schienen die Aussichten zu sein, die sich den in den Vereinigten Staaten errichteten Phalangen wenigstens anfangs boten. Jedoch auch sie, deren Zahl nicht gering war — 30 solcher Gründungen sind bekannt geworden, darunter eine 1843 in Pennsylvanien von Deutschen ins Leben gerufene, die mehr als 37 000 Morgen Land besaß und deren Aktien vorübergehend über 100% stiegen —, gingen sämtlich, oft schon nach kurzer Zeit, zugrunde. Nur eine Phalange, und zwar die erste, die 1841 im Freistaate Massachusetts unter dem Namen „Hopedale" (Hoffnungstal) errichtet worden war, bestand etwas länger,

jedoch auch sie löste sich nach 15 Jahren auf, so daß allmählich die Teilnahme an den Bestrebungen der Anhänger Fouriers in Amerika völlig erlosch und dessen Gedanken und Theorien dort ganz in Vergessenheit gerieten.

An die Ideen Fouriers und Considerants knüpfte in Frankreich Louis Blanc an, der es als ein besonderes Verdienst jener beiden Männer betrachtete, daß sie „mit unwiderstehlicher Logik die große Wunde der Gesellschaft aufgedeckt haben, die man den Handel nennt". Er richtete daher seine Hauptangriffe gegen den freien Wettbewerb, der die ganze Gesellschaft ruiniere und schließlich durch die Schaffung von Riesenmonopolen sich selbst aufhöbe. In diesem Gedankengange erkennen wir bereits die ersten Anzeichen des Aufkommens der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung. Louis Blanc war es auch, der den Lohnarbeitern die Staatsgewalt als eine Macht darstellte, welche die Pflicht habe, zu ihren Gunsten einzugreifen. Er meinte, der Staat habe die Möglichkeit, die ganze Volkswirtschaft so zu regeln, daß die Besitzenden verschwinden würden. Wenn der Staat von dieser ihm gegebenen Macht keinen Gebrauch mache, so trügen die Besitzenden die Schuld daran, die nicht daran dächten, die soziale Frage zugunsten der unteren Klasse zu lösen. Die Herrschaft des Kapitals über den Arbeiter bewirke einen Kampf aller gegen alle, eine unwürdige persönliche Abhängigkeit der Lohnarbeiter von den Unternehmern, die Ausbeutung jener durch niedrigere Löhne und die Übermacht der Kapitalbesitzer im öffentlichen Leben. Dagegen gebe es nur ein Heilmittel: die soziale Assoziation mit Staatshilfe. Die unteren Klassen müßten organisiert, die freie Konkurrenz müsse abgeschafft und den Armen ein Recht auf Arbeit gewährleistet werden. Dieses Ziel könne nur erreicht werden durch die Gründung von Produktivgenossenschaften zunächst für die gewerbliche, später aber auch für die landwirtschaftliche Gütererzeugung. Aufgabe des Staates sei es, die Gründung solcher Produktivgenossenschaften in die Hand zu nehmen. Denn die Macht des Privatkapitals müsse durch die Übermacht eines größeren Kapitalisten, eben durch den Staat, gebrochen werden. Mithin müßten die Besitzlosen ihre ganze Kraft darauf richten, die politische Macht im Staate zu erringen, um durch diesen dann die Organisation der Arbeit durchzusetzen. An die Stelle der Monarchie und der besitzenden Klassen müsse eine demokratische soziale Republik treten — eine Forderung, die Louis Blanc als den Begründer der Sozialdemokratie erscheinen läßt.

Schwer dagegen ist es, einen anderen Denker, P. J. Proudhon (1809—1865) in der Geschichte des Sozialismus an eine bestimmte Stelle zu setzen. Seine Erscheinung ist nicht ausgeprägt genug, um ihre Umrisse deutlich erkennen zu können. Er ließ nichts Absolutes gelten. Alles schien ihm wandelbar und nur, was der Veränderung unterworfen ist, erkannte er als richtig an. Unter solchen Anschauungen hatten auch seine eigenen Meinungen zu leiden: was er heute anbetete, verbrannte er morgen, und darum ist es nicht leicht, die sozialökonomische Physiognomie Proudhons genau zu bestimmen. Vielleicht kommt man der Wahrheit noch am nächsten, wenn man in ihm einen Vertreter des Anarchismus erblickt. Seine Gedanken drehen sich immer wieder um die ihn dauernd beschäftigende Frage, wie man sowohl im wirtschaftlichen wie im politischen Leben die Idee der Gerechtigkeit verkörpern könne. Sollte im Wirtschaftsleben die Aufhebung des arbeitslosen Einkommens, der Rente, der Weg zu diesem Ziele sein,

so galt es im Staate, die Grundsätze der Anarchie zu verwirklichen. Dem Kapital solle die Macht zur Ausbeutung entzogen, es müsse daran gehindert werden, den Diebstahl möglich zu machen.

Die im Jahre 1840 von der Akademie Besançon gestellte Preisfrage „Was ist Eigentum?“ beantwortete Proudhon in einer Schrift, die ihn mit einem Schlage bekannt machte, kurz dahin, daß Eigentum Diebstahl sei. Er führte aus, daß die für den Kapitalisten geleistete Arbeit und der dem Arbeiter dafür gezahlte Lohn nicht gleich sein könnte, weil die Arbeiter mit ihren Löhnen ihre eigenen Erzeugnisse nicht zurückkaufen könnten. Der Kapitalist empfange regelmäßig mehr vom Arbeiter, als er ihm gebe. Das Tauschgeschäft zwischen Kapitalist und Arbeiter endige stets zuungunsten dieses. Der Kapitalist sei durch sein Eigentum, das seine Mitwirkung bei der Produktion unentbehrlich mache, in den Stand gesetzt, sich einen Teil des vom Arbeiter geschaffenen Erzeugnisses ohne Gegenleistungen anzueignen. Auf diese Weise ernte der Eigentümer, obwohl er nicht säe, verzehre er, obwohl er nicht produziere, genieße er, obwohl er nicht arbeite. Das Eigentum gebe Veranlassung zum Diebstahl, der Eigentümer werde zum Dieb. Diese Wertlehre hat Proudhon dann in seinem sechs Jahre später erschienenen Hauptwerke: „Das System der wirtschaftlichen Widersprüche oder die Philosophie der Not“ weiter ausgeführt. Trotzdem lagen kommunistische Bestrebungen Proudhon durchaus fern; in einer kommunistischen Gesellschaft, so meinte er, würden die Starken von den Schwachen ebenso ausgebeutet werden, wie heute die Schwachen von den Starken. Die Entwicklung des auf kommunistischer Grundlage aufgebauten Bolschewismus in Rußland und Ungarn hat Proudhon in dieser Voraussage völlig recht gegeben.

Proudhon war mit der Philosophie des deutschen Hegel bekannt geworden, dessen dialektische Methode, nämlich die Entwicklung des Gegensatzes (Antithese) aus dem Leitsatz (These) und die Aufhebung des Widerspruchs in der Verschmelzung (Synthese), eine Denkweise war, die seinem eigenen Wesen nahe verwandt war und die er daher fortan mit Vorliebe anwendete. Im Anschlusse an die klassische Ökonomie wurden erst die vorteilhaften Seiten einer Einrichtung, mit Hilfe der sozialistischen Kritik sodann die übeln Folgen dargetan. Aber der Sozialismus war für Proudhon nur Antithese, nicht höhere Synthese (Herkner, a. a. O. S. 191). Denn Proudhon war ein scharfer Kritiker der sozialistischen Lehre, deren Schwächen er, ebenso wie die Phantastereien Fouriers, in unbarmherziger Weise geißelte: „Der Sozialismus will den Haushalt abschaffen, weil er zuviel kostet; die Familie, weil sie dem Vaterlande unrecht tut; das Eigentum, weil es den Staat beeinträchtigt. Der Sozialismus will die Rolle der Frau vertauschen; aus der Königin, wozu die Gesellschaft sie berufen, will er eine Priesterin der Kotytto machen.“ (Kotytto oder Kotys war eine thrazische Göttin, die auch in Griechenland und in Italien in nächtlichen Orgien verehrt wurde.) „Hebt die Freiheit auf, und der Mensch ist nur ein elender Galeerensklave, der die Kette seiner getäuschten Hoffnungen bis zum Grabe schleppt; hebt den Individualismus der Existenzen auf und ihr macht aus den Menschen einen großen Polypenstamm.“ „Mit der Gemeinschaft geht die Familie zugrunde; und mit der Familie verschwinden die Namen Gatte und Gattin, Vater und Mutter, Sohn und Tochter, Bruder und Schwester; die Ideen

der Verwandtschaft und der Verschwägerung, der Gesellschaft und der Häuslichkeit, der öffentlichen und des Privatlebens erlöschen; ein ganzes Reich von Beziehungen und Tatsachen hört auf. Der Sozialismus, auf welche Weise er sich auch ausdrücken mag, läuft notwendig auf diese Albernheiten hinaus." Und Fourier gegenüber leugnete Proudhon, daß die Arbeit heute eine Last sei, wie dieser behauptet hatte: „Die Arbeit trägt ebenso wie die Liebe, von der sie eine Form ist, ihren Reiz in sich; sie bedarf weder der Abwechslung, noch der kurzen Dauer, noch der Musik, noch der Plauderei, noch der Prozessionen, noch zärtlicher Gespräche, noch der Rivalitäten, noch der Polizeidiener, sondern allein der Freiheit und der Intelligenz; sie interessiert, sie gefällt, sie begeistert uns durch die Ausströmung des Lebens und des Geistes, die sie verlangt, und ihre mächtigste Bundesgenossin ist die Sammlung, sowie die Zerstreuung ihre größte Feindin ist."

In vielen Punkten stimmt mit Proudhon ein deutscher Denker überein: Karl Rodbertus von Jagetzow (1805—1875). Wiewohl grundverschieden in Abstammung, Charakter und Bildung, jener ein von Nahrungssorgen und elender Berufsarbeit gehetzter Autodidakt, dieser ein mit universeller Bildung ausgestatteter, wohlhabender Grundbesitzer, Proudhon der anarchistische Hasser jeder bureaukratischen Einmischung, Rodbertus erfüllt von der antiken Staatsidee, ein glühender Bewunderer Preußens, erblickten beide Männer ihr Ideal in einem Zustande, in dem es nur noch ein Arbeitseinkommen gibt. Nicht das Eigentum als solches soll beseitigt werden, sondern nur seine Fähigkeit, Renten vom Arbeiter zu ziehen, der allein die Werte schafft, trotzdem aber nicht genügend Lohn erhält, um die von ihm hergestellten Waren zu erstehen. Aus dieser Anschauung, in der sich beide Denker begegneten, entwickelte Rodbertus seine eigenen Gedanken, die ihn weitab von seinem französischen Geistesverwandten führten. Rodbertus war der Staat nicht eine Vereinigung der einzelnen zum Zwecke der Förderung ihrer Sonderbestrebungen, sondern ein Gebilde, dem sich die einzelnen als abhängige Glieder und als „gehorsame Funktionäre des Gesamtzweckes" einzufügen haben. Dafür ist aber der Staat auch verpflichtet, für ausgleichende Gerechtigkeit zu sorgen. Auch die Lohnregulierung soll durch den Staat erfolgen. Zunächst müßte entsprechend den verschiedenen Ansprüchen, welche die Arbeiten in den verschiedenen Gewerben an Hirn- und Muskelkraft stellen, eine Normalarbeitszeit festgestellt werden. Die Arbeitsmenge, die von einem mit Durchschnittseigenschaften begabten Arbeiter innerhalb der Normalarbeitszeit fertiggestellt wird, sollte als Normalwerk gelten. Der auf das Normalwerk entfallende Lohn ist unter der Machtbefugnis des Staates zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu vereinbaren. In weiterer Folge könne dann über die geleistete Arbeit eine Bescheinigung treten, die zugleich eine Anweisung wäre, den Magazinen Waren zu entnehmen.

Rodbertus hatte diese Vorschläge gemacht, weil er glaubte, ein neues wirtschaftliches Gesetz entdeckt zu haben, das Gesetz der fallenden Lohnquote, in dem er den Kernpunkt der sozialen Frage erblickte. Rodbertus folgte hierin den Spuren des englischen Nationalökonomen David Ricardo, der, seinerseits wiederum auf Adam Smith fußend, dessen Gedanken er vielfach eine logischere Formulierung zu geben wußte, zwar die Möglichkeit steigender Löhne auf Grund einer rascheren Kapitals- als Bevölkerungszunahme erörtert, jedoch unter dem Eindruck des Arbeiterelends jener Zeit bereits

die Behauptung aufgestellt hatte, daß der reale Arbeitslohn das Streben zeige, zu sinken. Das Angebot an Arbeitern steige rascher als die Nachfrage. Die Lebensmittelpreise steigen, und es beginne die Gefahr, daß die Unternehmer infolge der steigenden Grundrente und der mit den Getreidepreisen steigenden Löhne kleinere Gewinne machen und die Kapitalbildung stocke. Der gezahlte Arbeitslohn falle unter die Produktionskosten, aber, so meinte Ricardo, für das Gesamtinteresse komme es nur auf den Reinertrag der Nation an — eine Wendung, die fast den Anschein zu erwecken vermag, als habe Ricardo einer Lohnverminderung das Wort geredet oder doch mindestens eine gewisse Gleichgültigkeit gegen das Wohl der Arbeiter an den Tag gelegt, was freilich nicht sonderlich auffällig gewesen wäre bei einem Manne, der es schon in einem Alter von 25 Jahren durch glückliche Spekulationen zum mehrfachen Millionär gebracht hatte.

Rodbertus' Gesetz von der fallenden Lohnquote lautete: bei steigender Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, deren Gesamterträgnis sich an die Anteilsberechtigten, Grundbesitzer, Kapitalisten und Arbeiter verteilt, bleibt der Anteil der Arbeiter ziemlich gleich, während die Anteile der beiden anderen sich dauernd erhöhen. Die der Arbeiterklasse zufallende Quote, ihr Anteil an gesellschaftlichem Gesamteinkommen, wird also immer kleiner, während die Quote der Grund- und Kapitalrente stetig zunimmt. Alle Fortschritte der Kultur, besonders die Erfolge der technischen Erfindungen kommen somit nur der Minderheit der Besitzenden zugute. Aus dieser Erscheinung entwickle sich der Pauperismus: die Verarmung wachse in größerem Verhältnis als die Bevölkerung, während der Nationalreichtum im ganzen zunehme. Daraus ergebe sich sodann eine Vermehrung der Absatzkrisen, da die Arbeiter zu arm blieben, das im Lande Erzeugte zu bezahlen. Der Absatz im Auslande biete dafür keinen Ersatz, weil dieser immer unsicher bleibe. Eine solche Entwicklung widerspräche der Gerechtigkeit, weil die Arbeiter die eigentlichen Schöpfer der Werte seien. Die Herstellung aller wirtschaftlichen Güter koste Arbeit und nur Arbeit. Nur solche Güter seien daher zu den wirtschaftlichen zu rechnen, die Arbeit gekostet haben, deren Erzeugung eine, wenn auch noch so geringe Mühe verursacht habe. Wenn aber die Güter Erzeugnisse der Arbeit sind, so könne allein die auf ihre Herstellung verwendete Arbeitszeit der Maßstab für den Wert jedes Gutes sein.

Rodbertus hat auf Karl Marx und Ferdinand Lasalle ohne Zweifel einen bedeutenden Einfluß ausgeübt und manche seiner sozialistischen Gedanken finden wir wieder in den Schriften der Begründer und Führer der deutschen Sozialdemokratie. Gleichwohl stand Rodbertus deren Bestrebungen und Forderungen innerlich durchaus fern. Er war ein aufrechter Mann, der nichts vertrat, was sich nicht mit seiner durch gründliche Studien und tiefschöpfende Forschungen gewonnenen Überzeugung deckte. Rodbertus hat niemals ein Hehl daraus gemacht, und darin unterscheidet er sich besonders von anderen Vertretern des experimentellen Sozialismus, daß er an die Möglichkeit der Ausführung seiner Vorschläge innerhalb einer kurzen Zeit nicht zu glauben vermöge. Er versprach sich daher auch von den eigenen Bemühungen der Arbeiter, durch einen Zusammenschluß in besonderen Organisationen und durch Arbeitseinstellungen eine Verbesserung ihres Einkommens zu mehren, keinerlei Erfolge. Er mißbilligte daher den „Streikunsinn" und begrüßte „jede energische Unterdrückung, die das unglückliche

Koalisationsgesetz dem Staate gegen Ausschreitungen noch übrig läßt". Dieses Koalisationsgesetz beruhe auf einer so vollständigen Verkennung der sozialen Pflichten der einzelnen Klassen der Gesellschaft, daß man, so meinte er, nach hundert Jahren die Gesetzgebung für verrückt halten werde, welche die Einstellung von Dienstleistungen gestattete, die zum Leben des sozialen Körpers notwendig seien. Ihm war jenes Gesetz „die höchste Ausgeburt des Individualismus".

Rodbertus ist es auch gewesen, der sich nicht scheute, offen auszusprechen, daß die soziale Frage „nicht auf der Straße mittels Streiks, Pflastersteinen oder gar Petroleum" — heute würde er wahrscheinlich noch hinzugefügt haben: „Maschinengewehren und Handgranaten" — gelöst werden könne. Solche Mittel mochten genügen, als es nur abzuschaffen oder zu zerstören galt. Heute aber heißt es organisieren: „Die soziale Frage ist von eigentümlicher Konstitution, wie eine Sinnpflanze[1]): vor rauhen, gewalttätigen Händen fährt sie erschrocken zurück. Dauernder sozialer Friede, eine einheitliche politische Regierungsgewalt, fester vertrauensvoller Anschluß der arbeitenden Klassen an diese Gewalt, große Aufnahmen, Vorarbeiten und Anstalten, die eine Reihe tiefer Kombinationen bilden und nur in Ruhe mit Ordnung und Energie zu treffen sind — das sind die Vorbedingungen zur Lösung der sozialen Frage. Sie schließen gleichermaßen eine zerfahrene Staatsgewalt wie turbulente Arbeiterbevölkerung und „Karlsbader Beschlüsse" aus[2]). In diesem Zusammenhange sprach Rodbertus damals auch die denkwürdigen Worte, daß die Arbeiterbewegung nur dann segensreich wirken könne, wenn sie sich monarchisch, national und sozial betätigt.

II.

Der Marxismus.

Überblicken wir im Zusammenhange den Lauf der Entwicklung der sozialistischen Ideen, die wir soeben in einem geschichtlichen Überblick vor unserem geistigen Auge haben vorüberziehen lassen, so sehen wir, daß alle jene Denker, die, von Plato angefangen, in den letzten anderthalb Jahrtausenden über das sozialökonomische Leben des Menschengeschlechts nachgesonnen haben, übereinstimmen in der Forderung einer grundsätzlichen Änderung der Wirtschaftsordnung, wenn die Wohlfahrt aller gedeihen, wenn Glück und Friede über die geplagten Erdenkinder kommen sollen. Keiner von ihnen, den Grafen St. Simon vielleicht ausgenommen, bei dem wir die ersten Anklänge finden von Gedankengängen, die später Karl Marx' materialistische Geschichtsauffassung sichtlich beeinflußt haben, ist auf den Gedanken verfallen, daß ein unabänderliches Gesetz die ökonomische Entwicklung bestimme, daß dem menschlichen Willen keine Möglichkeit gegeben sei, seinen

[1]) Mimosen.

[2]) Die beim Karlsbader Ministerkongreß verabredeten, vom deutschen Bundestage angenommenen Beschlüsse vom 20. September 1819 betrafen die Überwachung der Universitäten, die Zensur der periodischen Schriften und der Bücher von weniger als 20 Bogen, sowie die Niedersetzung einer Zentraluntersuchungskommission über die demagogischen Umtriebe. Sie wurden am 2. April 1848 vom Bundestage aufgehoben.

Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse geltend zu machen, daß der schwache Mensch sich in das Unvermeidliche fügen müsse, daß er gezwungen sei, sein ökonomisches Dasein zu leben nach den Geboten von Kräften, die zu leiten nicht in seiner Macht stehe. Alle vertraten vielmehr, mit verschwindenden Ausnahmen, die Anschauung, daß eine Verbesserung der sozialen Zustände durchaus im Bereiche des Erreichbaren liege, wenn nur der Mensch die genügende Einsicht und das sittliche Streben zeige, die Voraussetzungen für eine Änderung der Wirtschaftsordnung zu schaffen, wenn er sich abmühe, die Mittel zu finden, die eine Heilung der vorhandenen Schäden erwarten lassen und wenn er den ernsten Willen habe, die durch Nachdenken gefundenen Mittel auch anzuwenden und auf ihre Wirkungen hin zu prüfen. Die Verfechter dieses experimentellen Sozialismus waren mit Ausnahme von Louis Blanc von der Überzeugung durchdrungen, daß bei einer richtigen Erziehung und Bildung die Menschen sehr wohl befähigt werden könnten, eine neue Ordnung der sozialen Zustände auf friedlichem Wege herbeizuführen, ohne daß es dazu schwererer, das wirtschaftliche Leben aufs tiefste erschütternder Kämpfe zwischen den verschiedenen Klassen bedürfe, und ohne daß diejenigen, die unter der bestehenden Gesellschaftsordnung am meisten zu leiden haben, also die Besitzlosen, es nötig hätten, auf dem Wege des Umsturzes die Staatsgewalt an sich zu reißen.

In schroffem Gegensatze zu dieser Anschauung des sogenannten utopistischen Sozialismus haben um die Mitte des 19. Jahrhunderts zwei deutsche Denker, Friedrich Engels und Karl Marx, die Lehre vorgetragen, daß die Geschichte der Menschheit nur durch die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt werde, daß der soziale, geistige und politische Lebensgang der Völker lediglich auf die materielle Gütererzeugung und Güterverteilung zurückzuführen und daß die bestehende Gesellschaftsordnung das absolut notwendige Ergebnis einer ganz bestimmten, von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschten ökonomischen Entwicklung sei. „Wer den Dichter will verstehn, muß in des Dichters Lande gehn." Auch wir werden diese Lehre, die man die materialistische Geschichtsauffassung nennt, und die so weittragende politische und soziale Folgen, vor allem für die Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes gehabt hat, besser verstehen und würdigen, wenn wir den Lebensgang jener beiden Männer, die sie aufgestellt haben, ein wenig näher kennenlernen.

Man hat sich gewöhnt, Friedrich Engels, den rein germanischen Sproß einer deutschen Mutter, lediglich als den getreuen Schildknappen seines ihn weit überragenden Herrn und Meisters zu werten, dessen Ruhm auch ihm Unsterblichkeit verlieh. Neuere Forschungen haben jedoch einwandfrei festzustellen vermocht, daß Engels einen erheblich größeren Anteil an der gewaltigen Geistesarbeit seines jüdischen Freundes hat, als man anzunehmen nur allzu leicht geneigt gewesen ist im Hinblick auf die Rolle, die er in echt deutscher Bescheidenheit und aufopfernder Vasallentreue sich selbst in diesem einzigartigen Seelenbunde zuwies. Engels hat für seinen geistigen Arbeitsgenossen alles geopfert, was er nur irgend entbehren konnte; er arbeitete und lebte nur für Marx, der wahrscheinlich, wie auch Franz Mehring in seiner Biographie von Marx darlegt, nach allem menschlichen Ermessen im Kampfe um das nackte Dasein unterlegen wäre, wenn ihm nicht in Engels ein Freund zur Seite gestanden hätte, von dessen Hingabe an selbstgewählte Pflichten

man sich erst seit der im Jahre 1913 erfolgten Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen den beiden Dioskuren ein zutreffendes Bild machen kann. Aus diesem Briefwechsel ersehen wir auch, daß Schriften, die unter dem Namen Karl Marx' gingen, gar nicht von diesem herrührten, sondern Engels zum Verfasser hatten, z. B. die Schrift: „Revolution und Konterrevolution in Deutschland." Ebenso hat Engels für Marx, solange dieser die englische Sprache für schriftstellerische Zwecke noch nicht sicher genug beherrschte, die Briefe verfaßt, die Marx als Mitarbeiter der New York Tribune dieser ständig zu liefern hatte.

Friedrich Engels wurde am 28. November 1820 in Barmen als Sohn eines wohlhabenden Fabrikanten geboren. Auf den Wunsch seines Vaters widmete er sich nach bestandenem Reifeexamen dem kaufmännischen Berufe, in dem er es zu schönen Erfolgen brachte, trotzdem ihm, wie er oftmals versicherte, „der verfluchte Kommerz" im höchsten Grade zuwider war. Von Oktober 1841 bis Oktober 1842 diente er sein freiwilliges Jahr in Berlin bei der Gardeartillerie ab, und seitdem blieben die Militärwissenschaften sein Lieblingsstudium. Im Jahre 1843 kam Engels nach Manchester in die Filiale seines väterlichen Geschäfts, der Großspinnerei Ermen und Engels, deren Teilhaber sein Vater war. Auf der Reise dorthin hatte er in Köln die Redaktion der „Rheinischen Zeitung" besucht, wo er zum ersten Male Karl Marx sah. Aber ihre Begrüßung war sehr kühl; denn sie fiel gerade in die Tage, in denen Marx soeben eine Kundgebung gegen die „Berliner Gesellschaft der Freien" erlassen hatte, deren eifriges Mitglied Engels gewesen war. In Manchester lebte Engels im Mittelpunkte des englischen Industriegebietes. Schon aus den Schilderungen Robert Owens haben wir gesehen, wie trostlos in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Lage der englischen Arbeiterschaft gewesen ist. Mit einem wahren Feuereifer und in jugendlicher Begeisterung stürzte sich Engels in das Studium dieser Verhältnisse, dessen Ergebnis seine im Jahre 1845, wie es im Titel heißt, „nach eigener Anschauung und nach authentischen Quellen" verfaßte Schrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" war, die großes Aufsehen hervorrief und Engels mit einem Schlage zu einem bekannten Manne machte, zu einer Zeit, als von Karl Marx noch niemand etwas wußte. In diesem Buche hat Engels das Elend der englischen Arbeiter in den grellsten Farben geschildert und zum Schlusse ausgeführt, daß eine furchtbare, blutige Revolution bevorzustehen scheine, wenn es nicht in letzter Stunde noch gelänge, die einander feindlichen Gesellschaftsklassen, Proletariat[1]) und Bourgeoisie, in dem höheren Prinzipe des Kommunismus zu vereinigen und zu versöhnen, der eine Sache der ganzen Menschheit sei und deshalb über diesen Klassen stehe.

Diese Engelsche Schrift hat Heinrich von Treitschke „im einzelnen parteiisch übertreibend, im wesentlichen wahrheitsgetreu, ein geistreiches und gründliches Buch" genannt. Wie groß diese Übertreibungen waren, hat der geistvolle Nationalökonom Prof. Dr. Bruno Hildebrand, der Begründer der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik" in einer vernichtenden

[1]) Aus dem lateinischen Proles = Nachkommenschaft. Proletarii waren in Rom die Bürger, die gemäß der Zensuseinteilung des Servius Tullius nicht einmal den Mindestsatz der fünften Klasse an Vermögen besaßen; so benannt, weil sie dem Staate bloß durch ihre Nachkommenschaft nützten

Kritik dieser Schrift bis in alle Einzelheiten nachgewiesen. „Sein Gemälde", so bemerkt Hildebrand, „stellt nur die Nachtseiten der britischen Industrie und der britischen Arbeiterwelt dar und ist ebenso unberechtigt wie eine Darstellung der Moralität der Menschheit, die lediglich aus den Biographien der Verbrecher entlehnt ist, oder eine Statistik der menschlichen Gesundheit, der bloß Beobachtungen in Krankenhäusern und Hospitälern zugrunde liegen . . . Die durchgreifenden Mängel des Buches liegen 1. in den falschen allgemeinen historischen und statistischen Voraussetzungen, von denen es bei der Beurteilung der Zustände der Gegenwart ausgeht; 2. in den vielen Auslassungen wesentlicher faktischer Verhältnisse und der hiermit verbundenen Generalisierung einzelner Tatsachen, endlich 3. in den Trugschlüssen, welche es aus den Tatsachen gezogen hat." Professor Hildebrand hat die einzelnen Teile der englischen Schrift gründlich nachgeprüft und seine Kritik auf ein reiches statistisches Material gestützt. Er hat nachgewiesen, daß namentlich die Voraussetzung Engels' über das Verhältnis des Geldtauschwertes in England zu dem in Deutschland falsch war. Engels habe nur dasjenige aus den britischen Arbeiterverhältnissen herausgehoben, was für seine Ansichten spricht, und diese vereinzelten und aus ihrem sachlichen Zusammenhange herausgerissenen Tatsachen zu einem falschen Gesamtbilde generalisiert. Die Engelschen Angaben der Löhne beziehen sich nur auf einzelne Arbeiterkreise und sind sämtlich aus dem Jahre 1842—1843, also der Zeit einer Handelskrise entlehnt, so daß sie nur einen außergewöhnlichen Zustand darstellen. Diese sachliche Kritik an dem Inhalt der Engelschen Schrift verdient auch heute noch um so mehr Beachtung, als Professor Hildebrand durchaus von hoher Achtung für ihren Verfasser erfüllt war, den er den „ohne Zweifel begabtesten und kenntnisreichsten unter allen deutschen Sozialschriftstellern" nannte.

In den der Veröffentlichung dieser Schrift vorangegangenen Jahren hatte sich zwischen Engels und Marx ein schriftlicher Verkehr angebahnt, dessen Gegenstand hauptsächlich der Mitarbeiterschaft an den von Marx und Ruge herausgegebenen „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" galt. So konnte es nicht wunder nehmen, daß Engels einen zweiten Besuch bei Marx folgen ließ, als er auf der Durchreise Paris berührte, wo dieser damals lebte. Aus diesem Besuch hat sich dann jenes Freundschaftsverhältnis entwickelt, das in seiner Art wohl einzig dasteht. Karl Marx war nur wenig älter als Friedrich Engels. Er war am 5. Mai 1818 in Trier als der Sohn eines jüdischen Rechtsanwalts geboren. Adolf Kohut gibt in seinem Buche „Berühmte israelitische Männer und Frauen", Band 2 Seite 317, an, daß die Familie eigentlich Mardochai geheißen habe. Franz Mehring berichtet in seiner Marx-Biographie, daß der Großvater Marx Levi geheißen, sich später aber nur Marx genannt habe und Rabbiner zu Trier gewesen war. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß Karl Marx unter seinen Vorfahren sowohl väterlicher- wie mütterlicherseits eine stattliche Reihe Rabbiner aufzuweisen hatte. Sein Vater war mit Henriette Preßburg verheiratet, einer holländischen Jüdin, die, nach einer Angabe ihrer Enkelin Eleanor Marx, sogar eine jahrhundertelange Reihe von Rabbinern zu ihren Vorfahren zählte und die infolge ihrer Herkunft während ihres ganzen Lebens nur äußerst schlecht deutsch gesprochen hat. Aus dieser Umwelt, in der Marx aufwuchs, erklärt sich seine internationale Gesinnung,

sein entsetzliches, von Fremdwörtern gespicktes Deutsch, das sein Hauptwerk — „Das Kapital" — immer noch, trotzdem Engels es in den späteren Auflagen wenigstens von den schlimmsten Fremdausdrücken gereinigt hat, für jeden, der einiges Sprachgefühl besitzt, zu einer geradezu qualvollen Lektüre macht.

Schon als junger Student verlobte sich der achtzehnjährige Marx, dessen Vater inzwischen mit seiner ganzen Familie zum Christentum übergetreten war, mit einer Gespielin seiner Kinderjahre, der um vier Jahre älteren Tochter eines Geheimen Regierungsrats in Trier, mit Jenny von Westphalen, deren ältester Stiefbruder, Ludwig von Westphalen, der spätere preußische Minister des Innern war, und die als das schönste Mädchen ihrer Heimatstadt galt. Im Jahre 1836 bezog Karl Marx, der in Bonn bereits zwei Semester jura et cameralia studiert hatte, die Universität Berlin, wo ein Freundeskreis, in dessen Mittelpunkt der Privatdozent der Theologie Bruno Bauer und der Historiker Köppen standen, von entscheidendem Einfluß auf seine geistige Entwicklung wurde. Mehr als das Brotstudium der Rechtswissenschaft lag Marx die Beschäftigung mit der Philosophie am Herzen, die ihn bald ganz gefangen nahm. Vor allem vertiefte der junge Student sich in die „groteske Felsenmelodie" Hegels, der ihm anfangs freilich nicht besonders zusagte. Während einer längeren Krankheit studierte er sie von Anfang bis zu Ende, und bald darauf kam er in einen „Doktorklub" von jungen Hegelianern, in dem er sich im Streite der Meinungen immer fester an „die jetzige Weltphilosophie" kettete. In diese Zeit fallen auch recht unerquickliche Zwistigkeiten mit seinem Vater, der den „Dämon", den er in seinem Sohne Karl immer weiter wachsen sah, als verhängnisvoll für dessen weitere Laufbahn fürchtete. Der Vater machte ihm wiederholt Vorhaltungen wegen des kostspieligen Lebens, und in der Tat war Marx in Berlin wiederholt wegen Schulden verklagt worden. Er, der spätere Theoretiker des Geldes, stand im praktischen Leben stets auf dem gespanntesten Fuße mit dem „schnöden Mammon".

Am 10. Mai 1838 starb Karl Marx' Vater. Der Tod kam zur rechten Zeit, um, wie Mehring sagt, diesem Vaterherzen die Enttäuschungen zu ersparen, an denen er Stück für Stück zerbrochen wäre. Dieses Ereignis war Marx Veranlassung, an den Abbruch seiner Studien zu denken, nachdem er im April 1841 in Jena zum Doktor promoviert hatte, und zwar, was damals noch möglich war, „in absentia". Seine Absicht war, sich der Journalistik zu widmen, trotzdem Marx seiner ganzen Veranlagung nach nicht so recht das Zeug zu diesem Beruf hatte. Er konnte den Gelehrten nie verleugnen, arbeitete nur langsam, und ließ seine für die Zeitungen bestimmten Aufsätze meist zu breiten und über das Verständnis der Durchschnittsleser weit hinausgehenden gelehrten Abhandlungen auswachsen, die noch zudem meist zu spät eingingen, wenn das Tagesinteresse sich bereits anderen Dingen zugewandt hatte. Gleichwohl trat Marx zunächst als Mitarbeiter in die 1842 begründete Rheinische Zeitung ein, deren Schriftleiter er später wurde. Er leitete das Blatt aber in so radikalem Sinne, daß es am 1. Januar 1843 von der Regierung unterdrückt wurde. Marx, der sich inzwischen mit seiner Braut verheiratet hatte, siedelte nach Paris über, wo er zusammen mit Arnold Ruge die „Deutsch-Französischen Jahrbücher" herausgab, von denen nur ein Heft erschien. In Paris schloß er sich auch der Kommunistischen Partei an. Als Engels im Jahre 1844 Marx dort be-

suchte, ergab sich zwischen beiden, im Äußern so verschiedenen Männern, zwischen dem blonden germanischen Recken Engels und dem kleinen, breitschultrigen, untersetzten Marx, dem die dichten schwarzen Haare, nach einer Schilderung Treitschkes, aus Wangen, Nase und Ohren quollen, eine starke Geistesverwandtschaft und eine so weitgehende Übereinstimmung ihrer Ansichten, daß die erste gemeinsame Arbeit, „Die Heilige Familie", verabredet wurde, zu der allerdings Engels nur einen kleinen Beitrag lieferte. Zu ihrem gedanklichen Inhalt hat der französische Utopist Fourier am meisten beigesteuert. Sie ist in der Hauptsache eine scharfe Abrechnung mit Marx' ehemaligen Berliner Freunden, mit der „Allgemeinen Literaturzeitung", die Bruno Bauer mit seinen Brüdern Edgar und Egbert seit dem Dezember 1843 in Charlottenburg herausgab. Engels meinte damals sofort, als er das fertige Buch von 22 Bogen erhielt, daß es dem großen Publikum unverständlich sein und auch nicht allgemein interessieren werde; und Franz Mehring hat in seiner Marxbiographie diesem Urteile, das heute ungleich mehr zutrifft als damals, zugestimmt, und sich auch die Worte eines neueren Kritikers zu eigen gemacht, der die „Silbenstechereien, Wortklaubereien und selbst Gedankenverirrungen" in jener Schrift getadelt hatte.

Die beiden Freunde arbeiteten ebenfalls gemeinsam an einem kleinen Revolutionsblatte, dem „Vorwärts", das in Paris in deutscher Sprache erschien und seine Hauptaufgabe darein setzte, die Regierungsform in Deutschland verächtlich zu machen. Infolgedessen wurde Marx auf Betreiben der preußischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen, siedelte 1845 nach Brüssel über, wo auch Engels sich bald einfand, und erwarb dort die belgische Staatsangehörigkeit. Marx war Stubengelehrter, der seine Kenntnisse nur aus Büchern schöpfte, dem praktischen Wirtschaftsleben aber stets völlig ferngestanden hatte. Vielleicht gerade darum hatte auf ihn das Engels'sche Buch über die Lage der arbeitenden Klasse in England, das aus der Fülle wirklicher Tatsachen geboren schien, einen besonders starken Eindruck gemacht. Nicht minder groß war der Eindruck, den besonders zwei andere in jener Zeit erschienene Werke auf Marx machten. Das im Jahre 1840 veröffentlichte Buch Proudhons über das Eigentum und Lorenz Steins Schrift „Sozialismus und Kommunismus". Lorenz Stein, der ebenfalls Hegelianer war, ist es gewesen, der Marx zuerst mit den Lehren jener französischen Sozialisten und Geschichtschreiber bekanntmachte, die wie Thierry, Guizot, L. Blanc in der Geschichte nur eine Kette von Klassenkämpfen erblickten und in der neuesten Entwicklung nichts anderes zu sehen vermochten, als einen Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Proudhon hatte seinem Hauptwerke den Titel gegeben: „Das System der ökonomischen Widersprüche", und den Nebentitel „Die Philosophie des Elends". Nach ihr benannte Marx seine Gegenschrift „Das Elend der Philosophie" und schrieb sie in französischer Sprache, um den Gegner desto sicherer zu treffen. Das ist ihm aber, wie Franz Mehring feststellt, nicht gelungen; denn Proudhons Einfluß auf die französische Arbeiterklasse und das Proletariat der romanischen Länder überhaupt stieg vielmehr, statt daß es sank, und Marx hat noch jahrzehntelang mit dem Proudhonismus zu schaffen gehabt. In dieser Schrift, die 1847 erschien und als die erste nationalökonomische Leistung von Marx betrachtet werden kann, sind die entscheidenden Gesichtspunkte des geschichtlichen Materialismus zuerst entwickelt wor-

den. Ihre Grundgedanken sind folgende: Die ökonomische Produktion und die aus ihr, wie Marx ausdrücklich betont, mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsperiode bildet die Grundlage für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Periode; demgemäß ist die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen, von Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und beherrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; dieser Kampf hat jetzt eine Stufe erreicht, auf der die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien könne, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie sei ein Kampf von Klasse gegen Klasse, ein Kampf, der auf seinen höchsten Ausdruck gebracht, eine totale Revolution bedeute. Die gesellschaftliche Bewegung schließe die politische nicht aus; denn es gebe keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre. Nur in einer Gesellschaft ohne Klassen würden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, politische Revolutionen zu sein. Bis dahin werde am Vorabend jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten: „Kampf oder Tod, blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt.“ Mit diesem Worte der George Sand schloß Karl Marx seine Schrift über das Elend der Philosophie.

Marx und Engels hatten inzwischen Beziehungen zu dem „Bunde der Kommunisten“, einer geheimen internationalen Arbeiterverbindung angeknüpft, oder richtiger, die Zentralbehörde dieses Bundes hatte eines ihrer Mitglieder, den Uhrmacher Josef Moll, nach Brüssel gesandt, um die beiden Freunde zum Eintritt in den Bund aufzufordern. Dieser Einladung kamen Marx und Engels bereitwillig nach. Auf dem im Sommer 1847 abgehaltenen Kongreß wurden die Zwecke und Ziele des Bundes dahin festgesetzt, daß der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden Gesellschaft, die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und Privateigentum angestrebt werden sollten. Im November desselben Jahres fand dann in London ein zweiter Kongreß statt, zu dem auch Engels von Paris und Marx von Brüssel aus herüberkamen und dessen Ergebnis war, daß nach mindestens zehntägigen Verhandlungen beide den Auftrag erhielten, die kommunistischen Grundsätze in einem öffentlichen Manifest zusammenzufassen.

So entstand das Kommunistische Manifest, das in scharf zugespitztem, antithesenreichem, weit über das Begriffsvermögen der proletarischen Massen hinausgehendem Stil zum ersten Male die Grundsätze entwickelte, die für die Sozialdemokratie der ganzen Welt bis zum heutigen Tage maßgebend geblieben sind.

Im großen und ganzen läßt sich heute erkennen, wenn auch nicht im einzelnen feststellen, wie sich die Urheberschaft an den verschiedenen Abschnitten des Kommunistischen Manifests, dessen Titel von Engels herrührt, auf ihre beiden Verfasser verteilt, nachdem der von Engels verfaßte erste Entwurf durch die Veröffentlichungen Eduard Bernsteins aus dessen Nachlaß bekannt geworden ist. Es mag für den Forscher, zumal dann, wenn er der sozialdemokratischen Lehre zuneigt, eines gewissen Reizes nicht entbehren, nach-

zuprüfen, wo die Grenzen zwischen dem geistigen Eigentum der beiden Männer an dem Wortlaut jener Kundgebung zu ziehen sind. Wenn sich dabei ergibt, daß Marx und Engels unabhängig voneinander zu gleichen Auffassungen gekommen sind, so erklärt sich diese Feststellung aus der einfachen Tatsache, daß beide von der Philosophie Hegels ausgegangen waren und sich dann zum Materialismus Ludwig Feuerbachs bekannt hatten. Es wird aber meist übersehen, vielleicht zuweilen auch absichtlich verschwiegen, daß die im Kommunistischen Manifest entwickelten Gedankengänge einem Werke von Considerant entlehnt sind, dem im ersten Abschnitt von uns näher behandelten Schüler des französischen Utopisten Fourier. Wladimir Tscherkesoff hat diese Anlehnung des Kommunistischen Manifests an Considerant in einer 1896 zu Paris erschienenen Schrift durch zahlreiche Gegenüberstellungen der wichtigsten Sätze im einzelnen nachgewiesen. Das Werk Considerants, um das es sich hierbei handelt, führt den Titel: „Die Grundsätze des Sozialismus. Manifest der Demokratie des 19. Jahrhunderts" und erschien zum ersten Male 1843, in zweiter Auflage 1847. Daß Marx, der ein gründlicher Kenner der französischen Literatur war, jenes Werk von Considerant gekannt haben wird, ist an sich schon mehr als wahrscheinlich. Tscherkesoff hat aber auch dargelegt, daß das Manifest Considerants bereits alle marxistischen Gesetze und Theorien enthält, so daß Marx' Arbeit in der Hauptsache darin bestanden haben dürfte, im „Kommunistischen Manifest" alten Gedanken eine neue, packende, auf Massenwirkung berechnete Form gegeben zu haben.

Das Kommunistische Manifest zerfällt in vier Teile. Im ersten Teile wird der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat geschildert und dabei die Behauptung aufgestellt, daß mit der Entwicklung der Industrie der Lohn der Arbeiter fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabgedrückt werde. Der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritte der Industrie zu heben, sinke immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter werde zum Pauper, und der Pauperismus entwickele sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. In diesem Satze liegt der Keim für die sogenannte „Verelendungstheorie", die der Sozialdemokratischen Partei später eine wirkungsvolle Waffe im Kampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung werden sollte, trotzdem die Behauptung des Kommunistischen Manifestes, auf der sie aufgebaut worden ist, den wirklichen Tatsachen ins Gesicht schlägt, wie später noch im einzelnen nachgewiesen werden soll. Ehrliche Sozialdemokraten, wie namentlich Eduard Bernstein in seiner 1899 erschienenen Schrift: „Die Voraussetzungen des Sozialismus" und weiter in seinen gesammelten Abhandlungen, die erstmalig 1900, in zweiter Auflage 1904 unter dem Titel: „Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus" erschienen sind, Rich. Calwer und andere haben offen zugegeben, daß die Entwicklung der Lage der arbeitenden Klassen in den modernen Industriestaaten, vor allem in Deutschland, eine ganz andere gewesen ist, als Marx und Engels auf Grund ihrer höchst einseitigen Beobachtungen gewisser, allerdings äußerst trauriger Verhältnisse in der englischen Industrie ihrer Zeit vorausgesagt haben. Sogar Franz Mehring, der Marx-Biograph, hat in seiner Darstellung des Inhalts des Kommunistischen Manifestes einen freilich nur leisen Tadel darüber ausgesprochen, daß in ihm so ganz allgemein als Tatsache hingestellt sei, was der Wirklichkeit

doch nicht ganz entspreche. Habe auch die kapitalistische Produktionsweise die Tendenz, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, so hätten sich doch breite Schichten der Arbeiterklasse auch auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft eine Existenz zu sichern gewußt, die sie sogar über die Existenz kleiner bürgerlichen Schichten hinaushebe.

Mehring ist dieses Geständnis, das er machen mußte, wenn er der Wahrheit keine Gewalt antun wollte, allerdings nicht ganz leicht geworden, und darum beeilt er sich, hinzuzufügen, daß man sich werde hüten müssen, aus ihm die Hinfälligkeit der „Verelendungstheorie" zu folgern, die das Kommunistische Manifest verkündet haben solle. Diese Theorie, die Behauptung, daß die kapitalistische Produktionsweise die Masse der Nationen verelende, in denen sie herrsche, sei lange aufgestellt worden, ehe das Kommunistische Manifest erschien, ja ehe Marx und Engels den ersten Federstrich taten. Sie wäre aufgestellt worden von sozialistischen Denkern, von radikalen Politikern, ja zu allererst von bürgerlichen Ökonomen. Das Bevölkerungsgesetz des Malthus habe sich bemüht, die „Verelendungstheorie" als ewiges Naturgesetz zu beschönigen. Wenn Karl Kautsky, zurzeit der Haupttheoretiker der Sozialdemokratie, in seiner Polemik gegen Eduard Bernstein sich daran klammert, daß Karl Marx auch in seinem Werke „Das Kapital" eine solche „Verelendungstheorie" gar nicht aufgestellt habe, das Wort vielmehr zuerst von Eduard Bernstein gebraucht worden sei, so ist dieses Faktum an sich richtig; die ganze Darlegung Kautskys, übrigens eines tschechischen Juden, ist aber nichts weiter als eine talmudistische Wortklauberei, die den Zweck verfolgt, die Verlegenheit der Marx-Interpreten darüber zu verhüllen, daß die Entwicklung der Lage der arbeitenden Klassen in einer völlig anderen Richtung, als Marx und seine Anhänger behauptet hatten, sich bewegt hat, und daß damit eine der Hauptsäulen, auf denen das marxistische Lehrgebäude ruht, morsch und brüchig geworden ist. Da zudem jene Behauptung des Kommunistischen Manifestes von der angeblichen Zunahme des Elends der arbeitenden Klassen auch einer der Stützpunkte des heute noch geltenden Erfurter Programms ist, wie wir später sehen werden, so wird gestattet sein, schon der Kürze halber nach wie vor von einer „Verelendungstheorie" zu sprechen. Auch verdient der Widerspruch hervorgehoben zu werden, den Mehring und andere Theoretiker der Sozialdemokratie dadurch begehen, daß sie eifrig beflissen sind, Behauptungen von Marx, die durch die Macht der Tatsachen hinfällig geworden sind, auf seine Vorgänger abzuwälzen, während sie zu gleicher Zeit, sobald es sich um Feststellungen handelt, die nach ihrer Meinung nicht erschüttert werden können, als Autorität nur Marx allein gelten lassen, dabei aber schamhaft verschweigen, daß schon andere vor ihm die gleichen Gedanken gehabt haben, die Marx in sein Lehrgebäude aufnahm, *ohne* seine Quelle namhaft zu machen. Übrigens haben, was der Vollständigkeit halber noch erwähnt sei, im Jahre 1892 Marx und Engels selbst in der Vorrede zu einer neuen Auflage des Kommunistischen Manifestes anerkannt, daß es „stellenweise veraltet" sei, sie setzten aber hinzu, daß die in ihm entwickelten Grundsätze im großen und ganzen ihre volle Richtigkeit behalten hätten.

Im zweiten Teile des Kommunistischen Manifestes werden die leitenden Gedanken des modernen wissenschaftlichen Kommunismus entwickelt. In ihm finden sich jene Worte, die in den Köpfen vornehmlich der deutschen

Arbeiter so verheerend gewirkt haben, weil sie es gewesen sind, die in ihnen jede Vaterlandsliebe und jedes Heimatsgefühl ertötet haben und die infolgedessen vielleicht die Hauptursache dafür geworden sind, daß das deutsche Volk durch einen schmachvollen Frieden zu einem Helotenvolk erniedrigt worden ist, dessen Leben fortan keinen anderen Inhalt mehr haben soll, als in drückender Fron jahrzehntelang zu schuften für seine haßerfüllten, auf Deutschlands Vernichtung sinnenden Feinde. In der Tat, welche Ironie des Schicksals, welche Tragik, aber vielleicht auch welche von der Vorsehung gewollte Vergeltung, daß diejenigen, die vergessen wollten, was der große deutsche Nationalökonom Friedrich List in seinem „Nationalen System der politischen Ökonomie" entwickelt hat, nämlich, daß das Individuum nur durch die Nation und in der Nation geistige Bildung und produktive Kraft, Sicherheit und Wohlstand erlangen kann, nunmehr die Lohnsklaven werden müssen eines volksfremden Kapitalismus — dieselben Arbeiter, die da wähnten, den Kapitalismus dadurch zu überwinden, daß sie internationalen Truggebilden nachliefen. Mögen die deutschen Arbeiter sich bei denen dafür bedanken, die im zweiten Teile des Kommunistischen Manifestes die entsetzlichen Worte prägten: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben."

Im dritten Abschnitt rechnet das Kommunistische Manifest mit dem verwässerten Sozialismus aller Richtungen ab, und es bekämpft jene Bestrebungen der Bourgeoisie, die bestimmt sind, den sozialen Mißständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern. Hierher gehören „Ökonomisten, Philanthropisten, Humanitäre, Verbesserer der Lage der arbeitenden Klassen, Wohltätigkeitsorganisierer, Abschaffer der Tierquälerei, Mäßigkeitsvereinsstifter, Winkelreformer der buntscheckigsten Art." Die Bestrebungen des kritisch-utopistischen Sozialismus und Kommunismus eines St. Simon, Fourier und Owen werden verhältnismäßig freundlich behandelt.

Im vierten und letzten Abschnitt endlich werden den Kommunisten die Vorschriften gegeben für ihr unmittelbares Verhalten in den verschiedenen Ländern. Sie haben sich überall den radikalsten Parteien anzuschließen und jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände zu unterstützen. Deutschland stehe am Vorabend einer bürgerlichen Revolution, die nur das unmittelbare Vorspiel zu einer proletarischen Revolution sein könne. Und so klingt das Kommunistische Manifest in folgenden Sätzen aus, die eine Drohung und Prophezeiung zugleich sein sollten: „Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Wir haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Die Prophezeiung einer Revolution in dem 1847 veröffentlichten Kommunistischen Manifeste ist schneller eingetroffen, als seine Urheber ahnen mochten, aber sie hat bekanntlich einen völlig anderen Verlauf genommen, als Marx und Engels vorausgesagt hatten.

Am 24. Februar 1848 hatte die Revolution das französische Bürgerkönigtum gestürzt. Sofort nach ihrem Ausbruch hatte die Londoner Zentralbehörde des Kommunistenbundes ihre Befugnisse auf die Brüsseler Kreisbehörde übertragen. Diese wiederum übertrug ihre Befugnisse auf Marx, der zugleich die Vollmacht erhielt, eine neue Zentralbehörde in Paris zu-

sammenzusetzen. Der Bund der Kommunisten aber war viel zu schwach, um als geschlossene Organisation die revolutionäre Bewegung auf dem europäischen Festlande zu beschleunigen. Marx und Engels stifteten daher in Paris einen deutschen kommunistischen Klub, dem es gelang, einige hundert Arbeiter nach Deutschland zu befördern mit der Aufgabe, für die revolutionäre Bewegung in ihrer Heimat zu wirken. Marx und seine näheren Freunde warfen sich ins Rheinland und ließen vom 1. Juni 1848 ab in Köln die „Neue Rheinische Zeitung" erscheinen, deren Ziel es war, ganz im Geiste des Kommunistischen Manifestes die revolutionäre Bewegung voranzutreiben. Von der modernen Arbeiterbewegung war in der neuen Zeitung wenig die Rede. Zunächst galt es, demokratische Forderungen durchzusetzen, allerdings keineswegs im Sinne irgendeiner parlamentarischen Linken. Vielmehr wurde der föderative Republikanismus, den die Linke des Frankfurter Parlamentes vertrat, scharf kritisiert. Denn eine Föderation von konstitutionellen Monarchien, Fürstentümchen und Republikchen mit einer republikanischen Regierung an der Spitze könne nicht die schließliche Verfassung Deutschlands sein. Es solle nicht das utopistische Verlangen gestellt werden, daß von vornherein eine einige unteilbare deutsche Republik proklamiert werde, aber es müsse von der sogenannten radikal-demokratischen Partei verlangt werden, den Ausgangspunkt des Kampfes und der revolutionären Bewegung nicht mit ihrem Ziele zu verwechseln.

Dieses Ziel konnte natürlich kein anderes sein als die im Kommunistischen Manifest erstrebte proletarische Republik. Die „Neue Rheinische Zeitung" griff daher alle Parteien, die lediglich eine parlamentarische oder gar konstitutionelle Monarchie wollten, aufs gehässigste an. Ganz im Stile der Schreckensmänner der Französischen Revolution sprach man vom: „Citoyen-Hohenzollern". Und als die Revolution in Deutschland, Österreich und Frankreich einen ganz anderen Verlauf nahm, als Marx und seine Freunde erwartet hatten, als vor allem die Erhebung der französischen Arbeiterklasse ausblieb, von der sie sich einen Weltkrieg versprochen hatten, da beschränkte sich die Neue Rheinische Zeitung auf einen Kleinkrieg gegen die Gegenrevolution, die sie überall hereinbrechen sah. Damals schrieb das Blatt: „Wir Rheinländer haben das Glück, bei dem großen Menschenschacher in Wien[1]) einen Großherzog vom Niederrhein gewonnen zu haben, der die Bedingungen nicht erfüllt hat, unter denen er ‚Großherzog' wurde. Ein ‚König von Preußen' existiert für uns erst durch die Berliner Nationalversammlung, und da für unseren ‚Großherzog vom Niederrhein' keine Nationalversammlung besteht, so existiert für uns kein ‚König von Preußen'. Dem ‚Großherzog vom Niederrhein' sind wir durch den Völkerschacher anheimgefallen. Sobald wir weit genug sind, die Seelenverkäuferei nicht mehr anzuerkennen, werden wir den Großherzog nach seinem ‚Besitztitel' fragen." Durch diese Sätze hat sich die „Neue Rheinische Zeitung", deren Schriftleiter Karl Marx gewesen ist, das Anrecht darauf erworben, von Dr. Dorten und seinen „deutschen" und französischen Hintermännern als Kronzeugin für die Berechtigung ihrer auf die Losreißung der Rheinprovinz von Preußen gerichteten Bestrebungen angerufen zu werden.

In der auswärtigen Politik war der Krieg gegen Rußland, in dem sie

[1]) Gemeint ist der Wiener Kongreß.

den gefährlichsten Feind der Revolution sah, der Angelpunkt, um den sich die Neue Rheinische Zeitung bewegte. Das Blatt begeisterte sich daher für die Unabhängigkeit Polens, für das der Besitz der Ostseeküste von Danzig bis Riga (!) geradezu eine Lebensfrage sei. Dahingegen hatte man für die Unabhängigkeitskämpfe der südslawischen Nationen nichts übrig. Maßgebend für diesen Standpunkt waren bei Marx und Engels zunächst die Rücksichten auf das Gelingen der Revolution. In dem Kampfe der Wiener Regierung gegen die revolutionären Deutschen und Ungarn hatten sich die österreichischen Slawen — mit alleiniger Ausnahme der Polen — auf die gegenrevolutionäre Seite geschlagen. Als nun der Russe Michael Bakunin, der auf dem Prager Slawenkongresse einen demokratischen Panslawismus vertreten hatte, in einem Aufruf die Forderung erhob, daß den österreichischen Slawen die Selbständigkeit gesichert werden müsse, da antwortete Engels: „Wir denken nicht daran. Auf die sentimentalen Brüderschaftsphrasen, die uns hier im Namen der konterrevolutionärsten Nationen Europas dargeboten werden, antworten wir: daß der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen war und noch ist; daß seit der Revolution der Tschechen- und Kroatenhaß hinzugekommen ist und daß wir, in Gemeinschaft mit Polen und Nordslawen, nur durch den entschiedensten Terrorismus gegen die slawischen Völker die Revolution sicherstellen können. Wir wissen jetzt, wo die Feinde der Revolution konzentriert sind: in Rußland und den österreichischen Slawenländern, und keine Phrasen, keine Anweisungen auf eine bestimmte demokratische Zukunft dieser Länder werden uns abhalten, unsere Feinde als Feinde zu behandeln." Und so kündigte Engels dem „revolutionsverräterischen Slawentum" unerbittlichen Kampf auf Leben und Tod an.

Das war jedoch, wie Mehring bemerkt, nicht oder nicht nur in einer Aufwallung heißen Zorns über die Dienste geschrieben, welche die österreichischen Slawen der europäischen Gegenrevolution geleistet hatten. Engels sprach den slawischen Völkern — mit Ausnahme der Polen, der Russen und der Balkanslawen — jede geschichtliche Zukunft ab, „aus dem einfachen Grunde, weil allen übrigen Slawen die großen historischen, geographischen, politischen und industriellen Bedingungen der Selbständigkeit fehlten". Engels war sogar bereit, dem vom Marxismus verkündeten Rechte der großen Kulturvölker auf eine revolutionäre Entwicklung all die „kleinen, verkrüppelnden, ohnmächtigen Nationchen" zu opfern, „selbst wenn dabei manch sanftes Nationenblümlein gewaltsam zerknickt würde". Wird aber, so fragen wir, das Recht auf Revolution nicht weit überragt von dem Recht auf höhere Kultur? Hat sich das Deutschtum in Preußens Osten kein Anrecht auf den dauernden Besitz jener Grenzmarken erworben, als es, von den Polen selbst ins Land gerufen, Wälder rodete, Sümpfe trocknete, Städte gründete, Handwerk und Landwirtschaft förderte? Ist etwa die schmachvolle Preisgabe der Provinz Posen und großer Teile jenes westpreußischen Gebietes, das schon vor 500 Jahren der deutsche Orden der Kultur gewann, durch die Regierung des 9. Novembers 1918 ein Marxscher Atavismus gewesen? Hat man mit vollem Bewußtsein das schwer bedrängte Deutschtum der Ostmark verraten, um die Polen noch nachträglich dafür zu belohnen, daß sie im Jahre 1848 die Revolution in Deutschland gefördert haben, von deren erfolgreicher Durchführung die Männer um Marx die Aufrichtung der kommunistischen, roten

Republik erhofften? Fragen, auf die der durch einen unerhörten Gewaltfrieden schlimmster Art in Fesseln geschlagene Deutsche vergeblich Antwort heischt, mit bebenden Lippen und zornerfüllt. Damals, als die Gründung eines südslawischen Staates im Bereiche der Möglichkeit lag, konnte Engels noch mit Nachdruck darauf verweisen, daß ohne Gewalt und ohne eherne Rücksichtslosigkeit nichts durchgesetzt werde in der Geschichte: „Hätten Alexander, Cäsar und Napoleon dieselbe Rührungsfähigkeit besessen, an die jetzt der Panslawismus zugunsten seiner verkommenen Klienten appelliert, was wäre da aus der Geschichte geworden! Und sind die Perser, Kelten und christlichen Germanen nicht die Tschechen, Oguliner und Sereschaner wert?" Und 70 Jahre später beugen sich die Epigonen desselben Engels dem sogenannten „Selbstbestimmungsrecht" der Völker, von einem Wilson erfunden, nur um es, wie wir heute an den Bestimmungen des Versailler Schmachfriedens sehen, gegen die Deutschen anzuwenden. Für national-politische Bestrebungen, und mögen sie noch so sehr innerlich berechtigt und geschichtlich begründet sein, ist im Rahmen der materialistischen Geschichtsauffassung offenbar kein Raum, wenn es sich um Deutsche handelt. —

Trotzdem das deutsche Volk in seiner Mehrheit gezeigt hatte, daß es nicht geneigt sei, die Errungenschaften der Revolution vom März 1848 durch neue Aufstände aufs Spiel zu setzen, wurden in der „Neuen Rheinischen Zeitung" die revolutionären Leidenschaften immer wieder von neuem angefacht. Ihre in einer maßlosen Sprache gehaltenen Extrablätter vom April und Mai 1849 waren ebenso viele Aufrufe an das Volk, sich zum Losschlagen bereit zu halten. Damals sprach die „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung" von der „Chimborassofrechheit" des Marx-Engelschen Blattes, gegen die der Moniteur von 1793 matt erscheine. Da entschloß sich die Regierung nach längerem Zögern, am 11. Mai 1849 Marx als Ausländer wegen Verletzung des Gastrechtes auszuweisen. Marx befand sich aber bereits auswärts, als der Ausweisungsbefehl erging. Am 19. Mai erschien die letzte rote Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung" mit dem Abschiedsliede Freiligraths und einem Abschiedsworte aus der Feder von Marx, der sich über Frankfurt, Karlsruhe und Kaiserslautern nach Paris begab. Aber auch in Frankreich war seines Bleibens nicht lange. Der Minister des Innern ließ ihm anbefehlen, seinen Wohnsitz im Departement Morbihan zu nehmen. Marx aber zog es vor, Frankreich zu verlassen und nach London überzusiedeln, wo auch Friedrich Engels bald darauf erschien.

Marx befand sich in der größten Not, als er den Boden Englands betrat. Die graue Sorge, die ihn dorthin begleitete, ist er Zeit seines Lebens nicht wieder losgeworden. Auch Krankheiten plagten ihn des öfteren und lähmten seine Arbeitskraft. „Seit Jahren hat mich nichts so niedergeworfen wie diese verdammte Hämorrhoidalkrankheit," so schrieb er einmal. Vor allem aber wurde er von dem „Gelddreck" gehetzt, der ihm jeden ruhigen Augenblick trübte. „Seit einer Woche habe ich", schreibt er ein andermal, „den angenehmen Punkt erreicht, wo ich aus Mangel an den im Pfandhaus untergebrachten Stöcken nicht mehr ausgehen und aus Mangel an Kredit kein Fleisch mehr essen kann." Manchmal besaß er nicht einmal die paar Pfennige, um sich Schreibpapier oder Zeitungen zu kaufen, und dann jagte er wieder nach ein paar Briefmarken, um ein Manuskript an seinen Verleger zu senden. In dieser trostlosen Lage, in der sich Marx dauernd befand, faßte Engels

den heroischen Entschluß, zu dem ihm so sehr verhaßten „Kommerz" zurückzukehren, nur um dem Freunde zu helfen und der Partei ihren geistigen Vorkämpfer zu erhalten. Er trat wieder als Kommis in das väterliche Geschäft in Manchester ein und hat vom ersten Tage seiner Übersiedlung dorthin Marx geholfen und immer wieder geholfen, trotzdem sein Vater ihn ziemlich knapp hielt und er selbst aus geschäftlichen Rücksichten eine ziemlich kostspielige Lebensführung beibehalten mußte. Unaufhörlich wanderten die Ein-, die Fünf-, die Zehn-, später dann auch die Hundertpfundnoten nach London. Trotz dieser dauernden Opfer ist es Engels niemals gelungen, Marx von den Sorgen des täglichen Lebens völlig zu befreien. Marx verstand nun einmal nicht zu wirtschaften, und noch weniger haushälterischen Sinn besaß seine Frau. Hatte Engels wieder einmal eine Sanierung des Haushaltes vorgenommen, dann verschwieg Frau Marx einen großen Posten ihrer Schulden in der Hoffnung, den Fehlbetrag sich von ihrem Wirtschaftsgelde allmählich abzusparen, kurz, der Marxsche Haushalt, der übrigens in ziemlich großem Stile geführt wurde, so daß Freunde, die Marx' in bester Gegend Londons belegenes Einfamilienhaus besuchten, stets den Eindruck eines behäbigen Wohlstandes erhielten, war für Engels ein Danaidenfaß, das niemals zu füllen war.

Man hätte annehmen dürfen, daß Marx die ungeheuren Opfer, die Engels ihm an Geld und Zeit brachte, durch eine gleich liebevolle Teilnahme an dessen Leben und Wohlergehen vergolten haben würde. Davon war aber zu keiner Zeit die Rede. Tieferer Gefühlsregungen war Marx unfähig, es sei denn, daß seine eigenen Angehörigen und nächsten Verwandten in Frage kamen. Ungemein bezeichnend für den Mangel an Herzensbildung bei Marx ist ein Vorfall, der durch den Briefwechsel der beiden Männer bekannt geworden ist. Engels war Junggeselle und ein Lebemann vom Scheitel bis zur Sohle. Ein Freund der Frauen und des Weines liebte er Paris nicht nur, weil es der Platz der revolutionären, kommunistischen Bewegung war. „Wenn die Französinnen nicht wären," schrieb er im März 1847, „wäre das Leben überhaupt nicht der Mühe wert," und er versicherte, daß er nichts als arbeiten und sich mit den Weibern amüsieren würde, wenn er 5000 Franken Rente hätte. In Paris versäumte er nie den Besuch der berühmtesten Balllokale, und er war immer bemüht und jederzeit bereit, die Bekanntschaft hübscher Grisetten zu machen. Hatte er Anlaß, ein freudiges Ereignis festlich zu begehen, so wurden stets einige Gläser über den Durst genehmigt — auch Marx war kein Verächter eines guten Tropfens — und oft genug hatte Engels böse Händel zu bestehen, in die er in angetrunkenem Zustande verwickelt worden war. Engels führte in Manchester eine Art Doppelleben. Im Mittelpunkt der Stadt hatte er eine offizielle Wohnung, in der er seine Freunde empfing und seine Geschäfte abwickelte, soweit nicht der Besuch der Warenbörse seine Zeit in Anspruch nahm. Dort war er Kaufmann und nur Kaufmann. Mensch aber wurde er erst in einem Vorstadthäuschen weit draußen außerhalb der Stadt, wo er mit einer heißblütigen Irländerin in wilder Ehe zusammenlebte und wo nur seine intimsten Freunde, namentlich aber auch Männer der irischen Revolutionspartei empfangen wurden.

Diese Irländerin, die Mary Burns hieß und aus kleinen Verhältnissen stammte, wurde Engels durch einen plötzlichen Tod entrissen. In tiefstem Schmerz über den erlittenen schweren Verlust gab er seinem Freunde Marx

Nachricht von dem Hinscheiden seiner geliebten Hausgefährtin. Marx antwortete nur ganz kühl in zwei Sätzen: „Die Nachricht vom Tode der Mary hat mich ebenso überrascht als bestürzt. Sie war sehr gutmütig, witzig und hing fest an Dir.“ Das war alles, was Marx in der schwersten Stunde seines Freundes diesem zu sagen wußte! Der ganze übrige Brief handelte wieder nur von Marx' eigenen Geldnöten, die Engels beseitigen helfen sollte. Engels, der nie versäumt hatte, aus den geringsten Anlässen Marx und dessen Familie seine aufrichtige und herzliche Teilnahme zu bekunden, war so fassungslos über diese Herzenskälte seines Freundes, daß er eine volle Woche brauchte, ehe er es wieder über sich gewinnen konnte, an Marx zu schreiben. Engels' Antwort verdient es, weil sie besser als alles andere den wohl in der Rasse liegenden Unterschied zwischen den beiden Männern kennzeichnet, möglichst weiten Kreisen bekannt zu werden. Sie lautete: „Du wirst es in der Ordnung finden, daß diesmal mein eigenes Pech und Deine frostige Auffassung desselben es mir positiv unmöglich machten, Dir früher zu antworten. Alle meine Freunde, einschließlich die Philisterbekannten, haben mir bei dieser Gelegenheit, die mir wahrhaft nahe genug gehen mußte, mehr Teilnahme und Freundschaft erwiesen, als ich erwarten konnte. Du fandest den Moment passend, die Überlegenheit Deiner kühlen Denkungsart geltend zu machen.“

In der Tat war der Unterschied zwischen den beiden Freunden in jeder Beziehung gewaltig. Im Temperament, Charakter, Gefühlsleben waren beide einander so unähnlich wie nur möglich. Alle Schriften von Karl Marx sind, wie Herkner mit Recht betont, in einem galligen, kalten, zynischen, gehässigen, arroganten und von Selbstbewußtsein strotzendem Ton gehalten, der sie für jeden feiner empfindenden Menschen oft geradezu ungenießbar macht. Von seiner weltgeschichtlichen Mission überzeugt und in dem Bewußtsein seiner eigenen Unfehlbarkeit durch nichts von seiner einmal gefaßten Meinung abzubringen, auch wenn die Ereignisse einen ganz anderen Weg nahmen, als er vorausgesetzt hatte, war Marx nur zu sehr geneigt, jeden, der anders dachte als er, der ihm nicht zu folgen vermochte, für einen Dummkopf oder einen Schurken zu halten, der keine Schonung verdient. Aus dieser unglückseligen Veranlagung erklärt sich auch, daß Marx als Kritiker nicht davor zurückschreckte, alle Grenzen des guten Geschmackes zu überschreiten. Auch Franz Mehring muß bekennen: „Seine Urteile über Feinde, und oft genug auch Freunde, gewannen eine schneidende Schärfe, die nicht bloß schwache Seelen verletzen konnte.“ Vielleicht verbittert durch die Ungunst seiner äußeren Lebensverhältnisse und geplagt von einem schweren Leberleiden, das an sich schon auf das seelische Befinden des Kranken niederdrückend wirkte, war Marx allmählich zu einem unglücklichen Manne geworden, der immer nur das Böse und Schlechte im Menschen und in den Verhältnissen sah und aus dem Hellen ins Dunkle drängte, und der darum unfähig blieb, auch die Lichtseiten im Menschenleben zu würdigen. Man wird daher beim Lesen aller Schriften von Marx niemals die Empfindung los, daß alles das, was er dachte, schrieb und tat, nicht so sehr dem heißen inneren Drang entsprang, aus Liebe zum Volke eine Besserung bestehender Mißstände anzustreben, als einem glühenden, leidenschaftlichen, blinden Haß gegen die oberen Gesellschaftsklassen, die ihn nach seiner Meinung in die Fremde und ins Elend gejagt hatten. Auch Zeit- und Gesinnungsgenossen von Marx haben

aus den Beobachtungen seines Auftretens im persönlichen Verkehr den Eindruck gewonnen, daß der Haß das Bestimmende seines Wesens gewesen ist. So schrieb ein Leutnant Techow, der Marx in Köln aufsuchte, nach einer Unterhaltung mit ihm: „Marx hat mir den Eindruck nicht nur einer seltenen Überlegenheit, sondern auch einer bedeutenden Persönlichkeit gemacht. Hätte er ebenso viel Herz wie Verstand, ebenso viel Liebe wie Haß, dann würde ich für ihn durchs Feuer gehen, obwohl er mir seine vollständigste Geringschätzung nicht nur verschiedentlich angedeutet, sondern zuletzt ganz unumwunden ausgesprochen hat."

Auch die Schilderung, die Karl Schurz, der Befreier Gottfried Kinkels und, wie bekannt, ein aufrichtiger Demokrat, in seinen „Lebenserinnerungen" über sein persönliches Zusammentreffen mit Marx im Sturmjahre 1848 gibt, verdient gelesen zu werden. Schurz kam als junger Student auf einem demokratischen Kongreß zu Köln mit Marx zusammen, der damals schon das anerkannte Haupt der sozialistischen Schule war, und war begierig, den berühmten Mann zu hören. Allein er wurde stark von Marx enttäuscht. „Was Marx sagte," erzählt Schurz, „war in der Tat gehaltreich, logisch und klar. Aber niemals habe ich einen Menschen gesehen von so verletzender, unerträglicher Arroganz des Auftretens. Keiner Meinung, die von der seinigen wesentlich abwich, gewährte er die Ehre einer einigermaßen respektvollen Erwähnung. Jeden, der ihm widersprach, behandelte er mit kaum verhüllter Verachtung. Jeden ihm mißliebigen Einwand beantwortete er entweder mit beißendem Spott über die bemitleidenswerte Unwissenheit oder mit ehrenrühriger Verdächtigung der Motive dessen, der es vorgebracht. Ich erinnere mich wohl des schneidend höhnischen, ich möchte sagen, des ausspuckenden Tones, mit dem er das Wort ‚Bourgeois' aussprach; und als ‚Bourgeois', d. h. als unverkennbares Beispiel einer tiefen, geistigen und sittlichen Versumpfung denunzierte er jeden, der seiner Meinung zu widersprechen wagte. Es war nicht zu verwundern, daß die von Marx befürworteten Anträge in der Versammlung nicht durchdrangen, daß diejenigen, deren Gefühl er durch sein Auftreten verletzt hatte, geneigt waren, für alles zu stimmen, was er nicht wollte, und daß er nicht allein keine Anhänger gewonnen, sondern manche, die vielleicht seine Anhänger hätten werden können, zurückgestoßen hatte."

Aus einer solchen Charakterveranlagung, einem solchen aufs Negative gerichteten Gemüts- und Seelenleben erklärt sich auch, daß Marx jeden vaterländischen Empfindens bar war und daß ihm jedes Verständnis dafür abging, welch innere Befriedigung der aufopferungsvolle Dienst am Vaterlande und die treue entsagende Arbeit für das Gedeihen und Wohlergehen des Staates auszulösen vermag, dem man angehört, und welch erhebende Freude das herrliche Glücksgefühl des Stolzes auf die Macht, die Größe und Ehre der eigenen Nation zu bereiten imstande ist. Seine Herkunft freilich und seine Lebensschicksale mögen dazu beigetragen haben, in Marx jedes nationale Gefühl zu ersticken. Seine holländische Mutter, sein langer Aufenthalt in Frankreich, Belgien und London, seine Sprachkenntnisse, die ihn dazu verleiteten, auch im vertrauten Verkehr ein Deutsch zu sprechen, das ein greuliches Gemisch aus deutschen, französischen und englischen Brocken war, die Verheiratung seiner beiden Töchter mit Franzosen, haben ihn zu einem „international" empfindenden und denkenden Menschen gemacht, der wie

kein anderer berufen war, der geistige Vater der Internationalen Arbeiterassoziation zu werden, die am 28. September 1864 in London begründet wurde. Es wurde ein Ausschuß von 50 Personen verschiedener Nationalität gewählt, dem auch Marx angehörte. Ihm wurde die Aufgabe zuteil, eine Inauguraladresse (eine feierliche Kundgebung), durch welche die Arbeiter aller Länder zum Beitritt aufgefordert werden sollten, und die Satzungen zu entwerfen, die beide am 1. November einstimmig angenommen wurden. Auch diese Inauguraladresse schloß mit denselben Worten wie das Kommunistische Manifest: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!", war aber in der Sprache sehr viel maßvoller abgefaßt als dieses.

Es liegt auf der Hand, daß ein so veranlagter Mann wie Marx auch kein Verständnis haben konnte für preußisches Wesen und die Verdienste Preußens um die deutsche Sache. Er gab selbst offen zu, daß er nur „höchst mangelhafte Kenntnisse" von der preußischen Geschichte habe. Etwas „Lausigeres", meinte Marx, habe die Weltgeschichte nie hervorgebracht. In der Geschichte der preußischen Fürsten gebe es nur die Charaktermasken: „Pietist, Unteroffizier und Hanswurst", und die preußische Geschichte bezeichnete Marx als eine „unsaubere Familienchronik". Auch diese für Marx recht bezeichnende Stellung zu Preußens und seiner Fürsten und Könige politischen Großtaten, ohne die ein Deutsches Reich, ein Deutscher Reichstag und jene durch Kaiser Wilhelm I. auf Grund seiner Botschaft vom 17. November 1881 in die Wege geleitete Sozialpolitik zugunsten der arbeitenden Klassen überhaupt nicht möglich gewesen wären, zeigt, welch tiefe Kluft, im Grunde genommen, zwischen Marx und Engels klaffte. Auch Engels beherrschte eine ungewöhnlich große Zahl von Sprachen. „Engels stottert in 20 Sprachen," hieß es gelegentlich, da er in Augenblicken erregten Sprechens ein wenig mit der Zunge anstieß. Aber wenn er die Feder zum Schreiben ansetzte, dann zwang er sich, selbst in seinen Briefen, geschweige denn in seinen Schriften, zu einem reinen klaren Deutsch und hielt das schöne Kleid seiner edlen, deutschen Muttersprache nach Möglichkeit von fremdem Aufputz frei.

Auch über den Beruf Preußens und die Bedeutung des preußischen Heeres hatte er eine von Marx weit abweichende Auffassung, die seinen tiefschürfenden militärwissenschaftlichen Forschungen entsprang. Schon als Engels in Berlin sein Freiwilligenjahr abdiente, war er ein guter, strammer Soldat gewesen. Und später im Kreise seiner Freunde und Gesinnungsgenossen führte er den Spitznamen „General", den ihm seine eifrige und ernste Beschäftigung mit den Kriegswissenschaften eingetragen hatte. Kaum war er in Manchester warm geworden, als er „Militaria zu ochsen" begann. Er fing an mit dem „Allerplattesten und Ordinärsten, was im Fähnrichs- und Leutnantsexamen gefordert und was eben deswegen als bekannt vorausgesetzt wird". Er studierte das gesamte Militärwesen bis in alle technischen Einzelheiten und ging dann zur allgemeinen Kriegsgeschichte über. Der Engländer Napier, der in der Schweiz geborene französische General Jomini und der Preuße Clausewitz waren in gleicher Weise der Gegenstand seines forschenden Fleißes.

Es ist begreiflich, daß er bei dieser Neigung für alles, was mit Heer und Krieg zusammenhing, den militärischen Unternehmen im dänischen, böhmischen und französischen Feldzuge mit Begeisterung und dauernder Anteilnahme folgte. „Moltkes Operationen sind ganz musterhaft," schrieb er einmal. Unter diesen Umständen konnte es nicht ausbleiben, daß er zur deut-

schen Frage eine ganz andere Stellung annahm als sein Freund Marx. Nach der Schlacht bei Königgrätz ließ sich Engels über die politische Lage folgendermaßen vernehmen: „Die Geschichte in Deutschland scheint mir jetzt ziemlich einfach. Von dem Augenblick an, wo Bismarck den kleindeutschen Bourgeoisieplan mit der preußischen Armee und so kolossalem Sukzeß durchführte, hat die Entwicklung in Deutschland diese Richtung so entschieden genommen, daß wir ebensogut wie andere die vollzogene Tatsache anerkennen müssen, ob sie uns gefallen mag oder nicht. Die Sache hat das Gute, daß sie die Situation vereinfacht, eine Revolution dadurch erleichtert, daß sie die Krawalle der kleinen Hauptstädte beseitigt und die Entwicklung jedenfalls beschleunigt. Am Ende ist doch ein deutsches Parlament ein ganz anderes Ding als eine preußische Kammer. Die ganze Kleinstaaterei wird in die Bewegung hineingerissen, die schlimmsten lokalisierenden Einflüsse hören auf, und die Parteien werden wirklich nationale, statt bloß lokale." Marx aber erwiderte darauf knurrend und brummend nichts anderes als die wenigen Worte: „Ich bin ganz Deiner Meinung, daß man den Dreck nehmen muß, wie er ist. Doch ist es angenehm, während dieser jungen Zeit der ersten Liebe in der Ferne zu sein."

Auch den Deutsch-Französischen Krieg sah Engels in einem anderen Lichte als Marx, mochte auch die von Marx verfaßte Adresse, in der der Generalrat der Internationale am 23. Juli 1870 zu den Ereignissen Stellung nahm, nach außen hin den Eindruck einer völligen Übereinstimmung erwecken. Am 21. Juli 1870 hatte der Norddeutsche Reichstag 120 Millionen Taler Kriegskredite bewilligt. Die im Reichstage sitzenden Lassalleaner hatten dafür gestimmt, während Liebknecht und Bebel, die parlamentarischen Vertreter der Eisenacher Richtung, sich der Stimme enthalten hatten. Einen Tag vorher hatte Marx in einem Briefe an Engels eine scharfe Kritik an den „republikanischen Chauvinisten" in Frankreich geübt. In ihm wünschte er den Franzosen „Prügel", weil Marx sich von einem Siege Preußens eine Zentralisation der Staatsgewalt und damit zugleich als deren natürliche Folge eine Zentralisation der Arbeiterklasse versprach. Dadurch würde, so hoffte Marx, der Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt, was ihr nur von Nutzen sein könne, weil die deutsche Arbeiterklasse der französischen technisch und organisatorisch überlegen sei. Während also für Marx lediglich die Rücksicht auf die einseitigen Belange einer einzigen Klasse, der Arbeiterschaft, maßgebend waren für seine Haltung zu der deutsch-französischen Auseinandersetzung, hatte Engels doch darüber hinaus auch noch volles Verständnis für die allgemeine nationale Seite dieser Angelegenheit. In seiner Antwort auf jenen Brief seines Freundes schrieb er nämlich folgendes: „Mir scheint der Kasus so zu liegen: Deutschland ist durch Badinguet[1]) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingerissen. Unterliegt es gegen Badinguet, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt. Von einer selbständigen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr; der Kampf um Herstellung der nationalen Einheit absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der fran-

[1]) Spottname für Napoleon III.; angeblich nach dem Namen des Maurers, in dessen Kleidern er 1846 aus Ham entfloh.

zösischen. Siegt Deutschland, so ist der Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakehl wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anderem nationalen Maßstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, daß es sich um die nationale Existenz in erster Linie handelt und ist darum sofort eingesprungen. Daß eine deutsche politische Partei unter diesen Umständen à la Wilhelm (Liebknecht) die totale Obstruktion predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksichten setzen kann, scheint mir unmöglich*)."

Engels erklärte es daher für absurd, den „Antibismarckismus" zum allein leitenden Prinzip zu erheben: „Erstens tut Bismarck jetzt, wie 1866, immer ein Stück unserer Arbeit in seiner Weise und ohne es zu wollen, aber er tut's doch. Er schafft uns reinere Bahn als vorher. Und dann sind wir nicht mehr anno 1815. Die Süddeutschen treten jetzt selbständig in den Reichstag ein, und damit erwächst dem Preußentum ein Gegengewicht . . . Überhaupt, à la Liebknecht, die ganze Geschichte seit 1866 rückgängig machen zu wollen, weil sie ihm nicht gefällt, ist Blödsinn. Aber wir kennen ja unsere Mustersüddeutschen." Im Laufe dieses Briefes kam Engels dann noch einmal auf Liebknechts Politik zurück: „Amüsant ist bei Wilhelm (Liebknecht) die Behauptung, weil Bismarck ein ehemaliger Spießgeselle des Badinguet, sei der wahre Standpunkt, sich neutral zu halten. Wenn das die allgemeine Stimmung in Deutschland, hätten wir bald wieder den Rheinbund*), und der edle Wilhelm sollte einmal sehen, was er in dem für eine Rolle spielte und wo die Arbeiterbewegung bliebe. Ein Volk, das immer nur Hiebe bekommt und Tritte, ist allerdings das wahre, um eine soziale Revolution zu machen, und dazu in Wilhelms geliebten Kleinstaaten! Wilhelm hatte offenbar auf Sieg des Bonaparte gerechnet, bloß damit Bismarck drauf gehe*). Du erinnerst Dich, wie er immer mit den Franzosen drohte. Du bist natürlich auch auf Wilhelms Seite*)." Heute wissen wir, wie richtig Engels prophetischer Blick die Gefahren gesehen hatte, die dem deutschen Volke und Reiche aus einem Siege der Franzosen drohten, und wenn erst die Hunderte von Paragraphen des Versailler Knechtsfriedens ausgeführt werden müssen, wird sich auch die Voraussage erfüllen, die Engels der deutschen Arbeiterschaft verkündet hatte. Seine Worte vom Jahre 1870 hätten in dem viel schwereren Kampfe, den unser Vaterland im Weltkriege um sein politisches und wirtschaftliches Dasein zu führen hatte, der deutschen Arbeiterschaft und denen, die den Anspruch erhoben, ihnen Führer zu sein, eine ernste Warnung sein können. Man ist aber nicht Engels, sondern Marx gefolgt: das deutsche Volk wird die bösen Folgen in Elend und Knechtschaft zu tragen haben, und das mit ihm die deutsche Arbeiterschaft und diese am schwersten.

Drei Jahre vor Ausbruch des französischen Krieges hat Marx den ersten Band seines Hauptwerkes, „Das Kapital", veröffentlicht, an dem er seit

*) Gesperrt vom Verfasser.

vielen Jahren gearbeitet hatte. Selten ist wohl ein Werk unter schwierigeren Geburtswehen entstanden. Immer wieder hatte sich Marx einen Zeitpunkt festgesetzt, um „in fünf Wochen", wie 1857, oder in „sechs Wochen", wie 1859, fertig zu werden, und immer wieder mußte er seine Absicht aufgeben, weil er immer noch glaubte, neue Untersuchungen anstellen zu müssen. Ende 1865 war endlich ein riesiges Manuskript fertig, das in seiner damaligen Gestalt kaum hätte erscheinen können. Aus dieser Masse von Stoff hat dann Marx vom Januar 1866 bis März 1867 den ersten Band des „Kapitals" in der Fassung, in der es dann erschienen ist, herausgearbeitet, und zwar unter den denkbar widrigsten Umständen. Lebensgefährliche Krankheiten und Berge von Schulden, die Marx „das Gehirn zusammendrückten", lasteten auf seinem Gemüt — kein Wunder, daß das unter solchen Umständen geborene Kind in jedem seiner Züge das Ebenbild der Umwelt seines geistigen Vaters geworden ist. Marx war ungeheuer belesen und hatte in den der Veröffentlichung seines Werkes voraufgegangenen Jahrzehnten eine Unsumme wissenschaftlichen Stoffes aufgesammelt, dessen Bewältigung durch den Leser auch noch dadurch in höchstem Maße erschwert wird, daß er in einem schwerfälligen, schwülstigen Stile vorgetragen wird. Professor W. Böhmert nennt in seinem Buche „Der Sozialismus und die Arbeiterfrage" 1892 das „Kapital" ein wahres Muster unpopulärer Schreibweise und schriftstellerischer Pedanterie, die sich in den Schleier tiefster und dunkelster Gelehrtenweisheit zu hüllen sucht. Die ganze griechische, assyrische und ägyptische Weltweisheit wird gegen die kapitalistischen Ungeheuer des modernen Dampfes und der Elektrizität zusammengeführt, und mathematische Formeln sollen über den wahren Wert einer Arbeitsstunde und über den mit den Individuen und Konkurrenzverhältnissen stets wechselnden Preis der Arbeit aufklären. „Wenn jeder Arbeiter, der auf den Propheten Marx schwört," so bemerkt Böhmert mit nicht unberechtigtem Sarkasmus, „verurteilt würde, sein Werk über das Kapital zu lesen, so würde sofort jede Berufung auf diesen Meister unterbleiben." Und in der Tat, die Anzahl der Arbeiter, die heute als Führer einer politischen Partei, umgürtet mit dem Schwerte Marxistischer Weisheit, in der politischen Arena gegen die bestehende Gesellschaftsordnung ankämpfen und die Marx gelesen, geschweige denn verstanden haben, dürfte nicht allzu groß sein, wie es auch außerhalb dieser Kreise nur wenige geben dürfte, die, abgesehen vielleicht von Gelehrten, die sich berufsmäßig mit Marx und seinem „Kapital" beschäftigen müssen, es fertiggebracht haben, sich durch dieses von scholastischen Haarspaltereien, dialektischen Spitzfindigkeiten und talmudistischen Wortklaubereien strotzende Buch hindurchzuarbeiten. Wenn Karl Kautsky, der sozialdemokratische Hauptausleger der Lehre von Marx, behauptet, er kenne kein ökonomisches Werk, das sich an Klarheit und Lebendigkeit der Darstellung, an mitunter wahrhaft klassischer Schönheit des Stils mit dem „Kapital" messen könnte, und trotzdem sich veranlaßt gesehen hat, eine besondere Schrift zu verfassen, in der er sich die Aufgabe stellt, Karl Marx' ökonomische Lehren „gemeinverständlich" darzustellen, so hat er offenbar den großen Widerspruch gar nicht gemerkt, der zwischen Wort und Tat hier klafft.

Das „Kapital" war ursprünglich auf vier Bände berechnet. Marx, der 1883 starb, hat nur den ersten Band herausgegeben. Der zweite erschien erst 1885 nach seinem Tode und ist ebenso wie der dritte, 1894 erschienene, von

Friedrich Engels aus Marx' Nachlaß veröffentlicht worden. Der vierte Band ist nach Engels Tode von K. Kautsky in drei Teilen 1905—1910 herausgegeben worden.

Die materialistische Geschichtsauffassung, die wir bereits oben Seite 36 f. skizziert haben, ist der Grundstein, auf dem sich Marx' ökonomisches Lehrgebäude aufbaut. Schon hier ergeben sich die ersten Schwierigkeiten bei der Feststellung, was Marx unter der materialistischen Geschichtsauffassung genau verstanden wissen wollte. Eine scharfe, ein für allemal gültige Erklärung haben weder Marx noch Engels zu geben vermocht. Die Hauptgedanken dieser Lehre sind durch Marx zum ersten Male in seiner 1847 erschienenen, gegen Proudhon gerichteten Schrift: „Das Elend der Philosophie" (siehe oben S. 41) ausgesprochen worden. Dort heißt es:

„Mit dem Moment, wo die Zivilisation beginnt, beginnt eine Produktion sich aufzubauen auf den Gegensatz der Berufe, der Stände, der Klassen, schließlich auf dem Gegensatze zwischen angehäufter und unmittelbarer Arbeit. Ohne Gegensatz kein Fortschritt: Das ist das Gesetz, dem die Zivilisation bis heute gefolgt ist. Bis jetzt haben sich die Produktionskräfte auf Grund dieser Herrschaft des Klassengegensatzes entwickelt." Und weiter: „Die sozialen Verhältnisse sind eng verknüpft mit den Produktionskräften. Mit der Erwerbung neuer Produktivkräfte verändern die Menschen ihre Produktionsweise, und mit der Veränderung ihrer Produktionsweise, der Art, ihren Lebensunterhalt zu gewinnen, verändern sich alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle mit industriellen Kapitalisten. Aber dieselben Menschen, welche die sozialen Verhältnisse gemäß ihrer materiellen Produktionsweise gestalten, gestalten auch die Prinzipien, die Ideen, die Kategorien gemäß ihren gesellschaftlichen Verhältnissen. Somit sind diese Ideen, diese Kategorien ebensowenig ewig als die Verhältnisse, die sie ausdrücken. Sie sind historische, vergängliche, vorübergehende Produkte. Wir leben inmitten einer beständigen Bewegung des Anwachsens der Produktivkräfte, der Zerstörung sozialer Verhältnisse, der Bildung der Ideen; unbeweglich ist nur die Abstraktion der Bewegung mors immortalis."

In dem berühmten Vorwort der 1859 erschienenen Schrift: „Zur Kritik der politischen Ökonomie", die neben dem „Kapital" als das zweite Hauptwerk Marx' gilt, ist die Fassung eine andere. Nach ihr bildet die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse (die einer bestimmten Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte entsprechen) die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer

Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage setzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen und philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konfliktes bewußt werden und ihn ausfechten.

Friedrich Engels hat seinerseits in seinem Werke: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" die materialistische Geschichtsauffassung folgendermaßen dargestellt:

„Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen, nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche. Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Produktionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müssen. Die Mittel sind nicht etwa aus dem Kopf zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken."

Marx und Engels haben in jeder ihrer wichtigeren Veröffentlichungen immer wieder eine Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung gegeben, die sich mit früheren Fassungen nicht deckt, vielfach sogar von ihnen abweicht, so daß schrofferen im Anfang gemäßigtere in einer späteren Zeit gegenüberstehen. Engels hat sogar in späteren Äußerungen offen zugegeben, daß die ursprünglichen Formulierungen der materialistischen Geschichtsauffassung zu einseitig ausgefallen wären, daß man den Gedanken der Wechselwirkung zu wenig betont habe. „Wir hatten," so meinte er, „den Gegnern gegenüber das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Rechte kommen zu lassen." Besteht aber überhaupt die Möglichkeit eines Streites über den Sinn der verschiedenen Äußerungen der beiden Männer, geben Marx und Engels selbst zu, daß neben den ökonomischen Kräften, selbst den höchsten Grad ihres Einflusses vorausgesetzt und zugestanden, auch noch solche anderer Art mitwirken, so fällt damit eigentlich schon die grundlegende Behauptung von der Be-

stimmtheit der sozialen Entwicklung in sich zusammen. Jedenfalls geht es dann nicht mehr an, zu sagen, daß die nächste höhere Entwicklungsstufe so und nicht anders aussehen werde, daß also die wirtschaftliche Entwicklung mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes zum Sozialismus führen müsse. Gerade wenn wir Marx' Methode, aus Vergangenheit und Gegenwart ökonomische Gesetzmäßigkeiten zu erforschen, als richtig gelten lassen, und wenn wir weiter zugeben, daß die auf Grund dieser Methode erzielten Beobachtungen den Tatsachen entsprechen, muß man, sobald die Möglichkeit der Einwirkung anderer als ökonomischer Kräfte denkbar ist, zu anderem Schlusse kommen als Marx und seine Anhänger.

In der materialistischen Geschichtsauffassung steckt der an sich richtige Gedanke, daß die wirtschaftlichen Zustände auf alle anderen Lebensgebiete wie Sitte, Recht, Religion einen gewissen, zugegeben sogar einen starken Einfluß ausgeübt haben. Wenn wir hier den von Marx und Engels gebrauchten Ausdruck „Produktivkräfte" und „Produktionsverhältnisse" vermeiden, so geschieht das mit vollem Bewußtsein und im Hinblick auf den Umstand, daß Marx und Engels uns eine authentische Auslegung dieser Begriffe schuldig geblieben sind, so daß ihre Interpretierung durch die Wissenschaft manchen Streit hervorgerufen hat, ohne daß es bis zur Stunde gelungen wäre, mit Sicherheit festzustellen, welchen Sinn die beiden Denker mit diesen von ihnen so oft gebrauchten Ausdrücken verbunden wissen wollten. Da nun neben den wirtschaftlichen Kräften, wie auch sogar Marx und Engels nicht ganz haben leugnen können, noch andere in der Geschichte der Menschheit mitwirken, ist es durchaus unzulässig, ein wissenschaftliches System — und der Marxismus erhebt den Anspruch, Wissenschaft zu sein — auf Voraussetzungen aufzubauen, die unhaltbar sind, weil sie in höchst einseitiger Weise nur ökonomische Erscheinungen gelten, ideologische aber, also politische, rechtliche, religiöse, philosophische und künstlerische als nebensächlich unberücksichtigt lassen. Masaryk hat z. B. 1899 in seiner Schrift: „Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus" an die Vertreter des ökonomischen Marxismus die Frage gerichtet, wie sich der Glaubenseifer von Hus, der eine ganze Geschichtsepoche beeinflußte, wie sich vor allem Luthers Glaubenskraft ökonomisch erklären lasse. Neuerdings, 1912, hat der Berliner Forscher E. Troeltsch in seiner Schrift „Die sozialen Lehren der christlichen Kirchen und Gruppen" sich bemüht, die Eigenbewegung der religiösen Idee nachzuweisen. Auch ist bekannt, wie oft rein nationale und rassenmäßige Momente ausschlaggebend gewesen sind für gewaltige Umwälzungen in der Geschichte. Wenn aber Brunhuber in seinem Buche „Die heutige Sozialdemokratie" als einen Fehler dieser an sich berechtigten Kritik tadelt, daß man zur Widerlegung der materialistischen Geschichtsauffassung zwar in bunter Folge eine Reihe von idealistischen Kräften aufzähle, daß man sich aber mit der bloßen Behauptung begnüge und ein auf scharfen wissenschaftlichen Einzeluntersuchungen gestützter Beweis dafür bisher noch nicht erbracht worden sei, so darf demgegenüber darauf verwiesen werden, daß auch Marx und Engels einen Beweis für die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung durch eine systematische Geschichtsbearbeitung von ihrem Standpunkte aus niemals versucht haben.

Der starken Wirkung jenes wuchtigen Einwandes, daß auch ideologische,

von den Wirtschaftszuständen durchaus unabhängige, selbständige Kräfte in der Geschichte lebendig sind, daß sie auch ihrerseits das Wirtschaftsleben beeinflussen, ja sogar den wirtschaftlichen Antrieben direkt entgegenwirken können, haben auch die Vertreter des geschichtlichen Materialismus sich nicht zu entziehen vermocht. Schon Engels hatte versucht, die weltgeschichtliche Erscheinung des Christentums aus ökonomischen Beziehungen zu entwickeln; Karl Kautsky hat diese Versuche fortgesetzt und sogar unternommen, die Ethik in eine innere Beziehung zu den Produktionsverhältnissen zu bringen — es sind Versuche geblieben mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt, sie können als abgetan gelten, da sie nicht einmal im Lager der Marxisten selbst uneingeschränkte Zustimmung gefunden haben.

Auf der anderen Seite soll nicht verkannt werden, daß die ältere Geschichtschreibung aus Unkenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge den idealistischen Trieben eine zu stark überragende Stellung unter den die Geschichte bestimmenden Kräften zugewiesen hatte. Gegen deren Alleinherrschaft war Marx' Lehre die Gegenströmung, die; wie wir gesehen haben, allerdings schon lange vor ihm mit einzelnen Stößen einsetzte, deren Wellen aber erst durch Marx zu starker Wirkung zusammengefaßt wurden. Nachdem man mit Sicherheit bewiesen zu haben glaubte, daß es in der reinen Geisteswissenschaft ewige, unwandelbare Gesetze gibt, konnte es nicht ausbleiben, daß man daran ging, auch in der Entwicklung des Menschengeschlechts nach solchen Gesetzen zu suchen. Herder hatte sich diese Aufgabe gestellt, aber sein Versuch mißlang, weil er zu stark das rein äußerliche Handeln der Menschen betrachtete, statt die Wurzeln ihrer Taten bloßzulegen. Das hat Marx getan, und darum hat dieser mit seinem Werke einen bedeutsamen Beitrag zu einer Philosophie der Geschichte der Menschheit geliefert. Dieses Verdienst wird man auch dann nicht gering anschlagen, wenn man bei einer kritischen Würdigung seiner Lehre zu der Überzeugung gelangt, daß sie von falschen Voraussetzungen zu falschen Schlüssen kommt und darum unhaltbar ist.

Marx' Lehre zeichnet sich aber auch nicht durch Folgerichtigkeit aus. Denn wenn die ökonomische Entwicklung sich mit der mechanischen Notwendigkeit eines Naturgesetzes vollzieht, dann sind die Menschen ihr willenlos unterworfen, dann ist auch eine Sittlichkeit nicht möglich, dann ist auch kein Mensch für seine Handlungen verantwortlich zu machen, dann kann es auch kein Lob mehr geben und keinen Tadel. Marx ist sich über diese Folgerungen, die man aus seiner Auffassung logischerweise zu ziehen berechtigt ist, auch nicht im Unklaren, sagt er doch in seinem „Kapital" an einer Stelle ausdrücklich, daß er von seinem Standpunkte aus, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen nicht verantwortlich machen könne für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibe. Wenn Marx trotzdem sich in einer Flut von wegwerfenden „Werturteilen" über die Kapitalisten ergeht, die als „Ausbeuter" — und wie die anderen Schlagworte sonst noch heißen mögen — sich den vom Arbeiter erzeugten Mehrwert aneigneten, so setzt er sich aus rein agitatorischen Bedürfnissen heraus, die mit Wissenschaft nichts mehr zu tun haben, mit seiner eigenen Lehre in den schärfsten Widerspruch. Führt wirklich, wie Marx weiter behauptet, die ökonomische Entwicklung zum Sozialismus, wozu dann der Klassenkampf, der sie dann doch nicht fördern

kann, wozu die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, wozu schließlich eine politische Partei, deren Programm als Hauptziel vorsieht, die Entwicklung der ökonomischen Gesetze zu fördern, die sich angeblich mit Naturnotwendigkeit vollziehen? Es ist also nur zweierlei möglich: Entweder ist es richtig, daß die ökonomische Entwicklung sich mit Naturnotwendigkeit vollzieht, dann bedarf es keiner Einwirkung mehr auf den Verlauf dieser Entwicklung durch den menschlichen Willen, dieser Verlauf nimmt seinen Weg, der ihm von vornherein vorgeschrieben ist, unbeeinflußt durch irgendwelche Tätigkeit des Menschen. In diesem Falle sind die Schlüsse, die der Marxismus aus seiner Theorie zieht, falsch; denn Klassenkampf, Eroberung der politischen Macht, Sozialdemokratische Partei, sind dann völlig überflüssig, ja ebenso eine jede Sozialpolitik, jeder Arbeiterschutz, die an der ökonomischen Entwicklung, also auch an der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter nichts zu ändern vermögen. Oder aber man sieht im Klassenkampf, in der Eroberung der politischen Macht, in politischer Parteibeteiligung und in allen den vom Staate und der Gesellschaft zur Hebung und zum Schutze der arbeitenden Klassen getroffenen Maßnahmen einen wirksamen Hebel zum Emporstieg der nach Marx „ausgebeuteten" Klassen und zu ihrer Befreiung von dieser Ausbeutung — nun, dann wird damit zugegeben, daß es der Wille, die Ideen des Menschen sind, welche die rechtliche Einrichtung einer höheren Entwicklungsstufe schaffen. In diesem Falle sind dann die Voraussetzungen, von denen die materialistische Geschichtsauffassung ausgeht und auf denen die Marxsche Lehre ruht, hinfällig, und damit stürzt das ganze Lehrgebäude zusammen.

Es wäre nunmehr unsere Aufgabe, diese Feststellung im einzelnen nachzuweisen. Wir ziehen es aber vor, diesen Nachweis nicht schon jetzt zu führen, sondern — im Interesse der Geschlossenheit unserer Darstellung — erst später bei der Erläuterung der Forderungen des Erfurter Programms, das ja ganz auf den Lehren von Marx aufgebaut ist und das nur dann richtig verstanden werden kann, wenn es im ganzen, Satz für Satz, erklärt und besprochen wird. Wollten wir daher schon an dieser Stelle die gesamte Marxsche Lehre, wie sie sich in seinem Buche über das Kapital darstellt, in allen ihren Einzelheiten behandeln, so würden diese und jene Wiederholungen nicht zu vermeiden sein, auch der Zusammenhang in der späteren Betrachtung der sozialdemokratischen Grundsätze, wie sie sich im Erfurter Programm spiegeln, nicht immer gewahrt werden können. Es sollen daher vorerst nur noch einige Tatsachen besprochen werden, deren Kenntnis für das Verständnis der Marxschen Lehre und der aus ihr gezogenen Schlüsse sowie für die Beurteilung des Wertes der Gesamttätigkeit von Karl Marx unbedingt nötig ist.

Wie schon kurz erwähnt, erhebt die materialistische Geschichtsauffassung den Anspruch, als exakte Wissenschaft zu gelten und entsprechend bewertet zu werden. Die geschlossenste Erklärung, was unter wissenschaftlichem Sozialismus zu verstehen sei, hat Friedrich Engels selbst gegeben in seinem schon einmal angeführten Buche: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft". In ihm lesen wir: „Ihre geschichtlichen Bedingungen und damit ihre Natur selbst zu ergründen und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist eine Aufgabe des theoretischen Ausdrucks

der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus." Mit anderen Worten: Der wissenschaftliche Sozialismus bezweckt 1. die Ergründung der geschichtlichen Bedingungen; 2. die Erkenntnis der Natur dieser Bewegung; 3. die Notwendigkeit, durch die beiden ersten der unterdrückten Klasse vor Augen zu führen, zu welcher Aktion sie berufen ist. Auch hier sehen wir abermals, wie unberechtigt der Anspruch des auf dem Marxschen System ruhenden Sozialismus ist, als Wissenschaft anerkannt zu werden. Denn die beiden ersten Ziele, die sich der Marxsche Sozialismus gesteckt hat, können allenfalls Wissenschaft sein, dahingegen ist das dritte Ziel ein rein politisches, weil es der „unterdrückten" Klasse eine bestimmte Aufgabe zuweist, nämlich durch Handlungen auf die zukünftige Gestaltung des Staats- und Wirtschaftslebens einzuwirken. Abgesehen davon, daß auch hier der Widerspruch zwischen der angeblichen Naturnotwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklungsgesetze und dem Streben, durch den menschlichen Willen auf sie einzuwirken, abermals offenbar wird, bedeutet diese Begriffsbestimmung des wissenschaftlichen Sozialismus nichts anderes als einen Versuch, die Wissenschaft zur dienenden Magd politischer Bestrebungen herabzuwürdigen.

In dem ersten Kapitel seines Werkes faßte Marx noch einmal zusammen, was er in seiner 1859 erschienenen Schrift über Ware und Geld ausgeführt hatte. Es geschah nicht nur der Vollständigkeit halber, sondern weil selbst gute Köpfe die Sache nicht ganz richtig begriffen hätten, also in der Darstellung etwas Mangelhaftes sein müsse, besonders die Analyse der Ware. Für die Art, wie Marx schrieb, diene das Folgende als Probe: „Eine Ware erscheint auf den ersten Blick als ein selbstverständliches, triviales Ding. Ihre Analyse ergibt, daß sie ein sehr vertracktes Ding ist, voll metaphysischer Spitzfindigkeiten und theologischer Mucken. Soweit sie Gebrauchswert, ist nichts Mysteriöses an ihr . . . Die Form des Holzes wird verändert, wenn man aus ihm einen Tisch macht. Nichtsdestoweniger bleibt ein Tisch Holz, ein ordinäres, sinnliches Ding. Er steht nicht nur mit seinen Füßen auf dem Boden, sondern er stellt sich allen anderen Waren gegenüber auf den Kopf und entwickelt aus seinem Holzkopf Grillen, viel wunderlicher, als wenn er aus freien Stücken zu tanzen begänne."

Als Waren gelten die nicht für den eigenen Bedarf, sondern für den Markt erzeugten Güter, soweit sie in beliebiger Menge hergestellt werden können. Auf dem Markte werden nach Marx Waren durch den Verkehr einander in bezug auf den Wert gleichgesetzt, z. B.: x Zentner Eisen = y Zentner Getreide = z Zentner Leinwand = einer bestimmten Menge Geld. Diese Gleichsetzung könne nur die Folge davon sein, daß sie eine gemeinsame Eigenschaft haben, und zwar sei das die gleiche Arbeitsmenge, die in ihnen verkörpert sei. Diese gleichen Arbeitsmengen würden nach der Arbeitszeit gemessen. Maßgebend aber sei nicht die im einzelnen Falle wirklich aufgewendete Arbeitszeit, sondern die gesellschaftlich notwendige Zeit, d. h. die unter gewöhnlichen Bedingungen in bezug auf Produktionstechnik, Arbeitsgeschick, Arbeitseifer angewendete Arbeitszeit. Überdies bewirke die Arbeitsmenge nur dann einen Wert, wenn sie in Erzeugnissen verkörpert werde, die dem gesellschaftlichen Bedürfnis entsprächen.

Der Arbeiter besitzt — nach Marx — nichts als seine Arbeitskraft. Diese Arbeitskraft verkauft der Arbeiter dem Kapitalisten für eine bestimmte Zeit

und unter bestimmten Bedingungen zu einem bestimmten Preise, dem Arbeitslohn. Auch die Arbeitskraft des Arbeiters ist also Ware. Wie der Wert aller Waren, so richtet sich — immer nach Marx — innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch der Wert der Arbeitskraft nach der zu ihrer Hervorbringung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, d. h. nach der Arbeitszeit, die notwendig ist, um diejenigen Existenzmittel hervorzubringen, die der Arbeiter braucht, um zu leben und sich fortzupflanzen.

Der Kapitalist würde, so entwickelt Marx weiter, aus der Beschäftigung von Arbeitern keinen Vorteil erzielen, wenn der Wert der Arbeitskraft und der Wert der von ihr geleisteten Arbeit übereinstimmten oder dieser gar hinter jenem zurückbliebe, wenn also die Arbeitskraft nur so lange tätig wäre, um die zu ihrer Reproduktion notwendigen Werte zu erzeugen, mit anderen Worten, die notwendig sind, damit der Arbeiter die Kraft zur Arbeit und zur Fortpflanzung behält und immer von neuem gewinnt. Der Arbeitgeber strebt daher danach, seine Arbeiter über die zur Wiedererzeugung der Arbeitskraft erforderliche Zeit hinaus arbeiten zu lassen. Wäre der Arbeiter z. B. imstande, innerhalb sechs Stunden den zu seiner Lebensführung notwendigen Bedarf zu erzeugen, wird er aber vom Arbeitgeber zwölf Stunden beschäftigt, so würde der Wert der in diesen zweiten sechs Stunden vom Arbeiter geleisteten Arbeit dem Arbeitgeber als sogenannter Mehrwert zufallen. Denn der Arbeitgeber, der Kapitalist, wie Marx mit Vorliebe sagt, braucht eben dem Arbeiter nur den eigentlichen Wert seiner Arbeitskraft zu bezahlen, während er selbst die Leistungen des Arbeiters nach Maßgabe der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die in ihnen steckt, auf dem Markt bezahlt erhält: „Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher ihr Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer." (Kapital I, 3. Aufl. S. 174.) An einer anderen Stelle freilich wird auf Grund dieser Tatsachen der Unternehmer der „Exploiteur" genannt, der unbezahlte Arbeit aus den Arbeitern herauspumpe. Damit jedoch der Kapitalist die Arbeitskraft als Ware auf dem Markte vorfindet, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Der Arbeiter muß über seine Arbeit frei verfügen können, also freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, seiner Person sein. Der Arbeiter darf ferner nicht die Möglichkeit haben, die Waren, in denen sich seine Arbeit „vergegenständlicht" hat, selbst zu verkaufen. Er muß genötigt sein, seine Arbeitskraft selbst als Ware feilzubieten.

Was der Kapitalist an vergangener oder sogenannter toter Arbeit in der Form von Rohstoffen, Maschinenabnutzung, Miete und anderen Unkosten in die Gütererzeugung gesteckt hat, erscheint im Werte des Erzeugnisses unverändert wieder und wird bei der nächsten Produktion immer wieder verwandt (das sogenannte „konstante" Kapital). Der durch die Zuführung von Mehrarbeit neu geschaffene Arbeitswert, bei dem, wie Marx annimmt, immer ein Unterschied zwischen dem Arbeitslohn des Arbeiters und dem vom Arbeitgeber darüber hinaus erzielten Erlös für die vom Arbeiter erzeugte Ware besteht, ist das „variable" Kapital. Der Kapitalist ist nun bestrebt, den Mehrwert — der im Verhältnis zum Kapitalteil

der Löhne die „Ausbeutungsrate", im Verhältnis zum gesamten, in die Produktion gesteckten Kapital die „Profitrate" genannt wird — möglichst zu erhöhen, jedenfalls aber nicht sinken zu lassen. Die durch die Konkurrenz herbeigeführte Verbilligung der Güter sucht der Kapitalist auf dreierlei Weise auszugleichen: durch Herabsetzung der Löhne, durch Verlängerung der Arbeitszeit oder durch Steigerung der Produktivität der Arbeit. Während es für die beiden ersteren Mittel bestimmte Grenzen gebe, bleibe das letztere Mittel vorherrschend, um die Gütererzeugung zu verbilligen. In allen Fällen sei die Folge, daß sich die organische Zusammensetzung des Kapitals, wie Marx es nennt, ändere. Das Verhältnis des auf Rohstoffe, Arbeitsmittel usw. angelegten Kapitalteiles steige, während der auf Arbeitslöhne verwandte Kapitalteil sinke, indem dieselbe Produktenmasse durch weniger Arbeiter, eine erhöhte Produktenmasse durch dieselben Arbeiter hergestellt werde.

Dies ist in großen Zügen die Wert- und Mehrwerttheorie, die freilich nicht ausschließlich auf dem eigenen Acker von Marx gewachsen ist, die vielmehr sich an David Ricardo anlehnt, den englischen Nationalökonomen und schärfsten Vertreter der Freihandelslehre, der behauptet hatte, daß aller Wert aus der Arbeit hervorgehe. „Der Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch den Wert der gewohnheitsmäßig notwendigen Lebensmittel des Durchschnittsarbeiters." Marx läßt ganz außer Betracht, daß die Arbeit, wenn sie überhaupt Werte erzeugen soll, so geleitet werden muß, daß sie einen objektiven Gebrauchswert hat. Dazu gehören wichtige Vorbedingungen: das Ausfindigmachen der günstigsten Produktionsstätte, der zweckmäßigsten und rationellsten Technik, das Aufspüren der Absatzquellen, die Eröffnung neuer Absatzmärkte usw. — alles Aufgaben des Unternehmers, ohne dessen Tätigkeit, Tüchtigkeit und Betriebsamkeit die ganze Arbeit des angeblich allein Werte erzeugenden Arbeitnehmers völlig wertlos wäre. Die Arbeit des Unternehmers erkennt Marx so gut wie gar nicht an, wie ihn überhaupt seine durchaus einseitige Überschätzung der reinen Handarbeit zu einer Mißachtung alles geistigen Schaffens geführt hat, — ein übles Vorbild für seine Nachbeter, die z. B. heute durchaus konsequent, die Übertreibungen Marx' auf die Spitze treibend, die letzte Reinemachefrau in einem Lazarett höher bezahlen als den leitenden Arzt.

Sehr temperamentvoll hat schon im Jahre 1872 Heinrich von Sybel gegen diese Einseitigkeiten Marx' Verwahrung eingelegt. Ist es denn wahr, so fragt der hervorragende Gelehrte, daß in jedem Falle der Fabrikherr seinen Gewinn einzog und allein der Ausbeutung seiner Arbeiter, dem Überschusse des Arbeitsertrages über den Arbeitslohn verdankt? Ist es wahr, daß seine eigene Tätigkeit keine andere Rolle bei dem Arbeitsprozesse spielt als die des Aufsehers, der den Arbeiter zur richtigen Leistung der versprochenen Arbeit anhält? Nehmen wir einmal an, daß ein Unternehmer seinen Arbeitern täglich 10 Mark Lohn bezahlt und für die von ihm erzeugte Ware 20 Mark einstreicht. Eines Tages fällt nun dem Unternehmer ein, unter völlig gleichen Verhältnissen den Tagelohn zu verdoppeln. Damit hätte er, ist Marx' Mehrwerttheorie richtig, auf jeden Gewinn verzichtet. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge ganz anders. Mit feinem Spürsinn und kaufmännischem Scharfblick hat er erkannt, daß infolge irgendwelcher Ereignisse, deren Einwirkungen auf dem Warenmarkt er voraussieht, eine

große Nachfrage nach den Erzeugnissen seiner Fabrik herrschen wird. Seine Konkurrenten, die auch ihr Geschäft verstehen, werden gleichfalls den sich vorbereitenden Umschwung bald erkennen und darum sich bemühen, möglichst viele Arbeiter einzustellen. Er sichert sich daher die seinigen durch die sofortige Verdoppelung des Arbeitslohnes und erntet daher nach einiger Zeit vielleicht vervierfachte Preise der von ihm auf den Markt gebrachten Waren. Seine Arbeiter haben also das Doppelte des zu ihrer Lebenshaltung notwendigen Wertes ihrer Arbeit erhalten, und trotzdem hat sich der Unternehmer in hohem Maße bereichert, aber nicht durch die Ausbeutung seiner Arbeiter, sondern einzig und allein durch die Ausbeutung der guten Konjunktur, die nur er allein, nicht aber seine Arbeiter rechtzeitig erkannt hatten. Es war nicht die Handarbeit des Arbeitnehmers, sondern die Kopfarbeit des Arbeitgebers, die den Mehrwert geschaffen hatte. Der Unternehmer ist es gewesen, der die Konjunktur geprüft und danach die Art und den Umfang der Güterherstellung bestimmt, der die dazu notwendigen Maschinen ausgewählt und die Zahl der für die erhöhte Produktion gebrauchten Arbeiter errechnet hat. Gewiß ist die Arbeit eine Quelle alles Wertes, alles Reichtums, insofern kein Wert ohne menschliche Arbeit entstehen kann. Marx, dem der Wert „kristallisierte Arbeitsgallerte" oder „geronnene Arbeit" ist — geistreichelnde Wortspiele, mit denen wissenschaftlich gar nichts anzufangen ist —, versteht unter Arbeit immer nur die Tätigkeit des gegen Lohn beschäftigten Handarbeiters und ist dadurch zu seiner schiefen Wert- und Mehrwerttheorie gelangt. Dabei hätte ihm sein schwerer Irrtum zum Bewußtsein kommen müssen, als er an einer Stelle im „Kapital" das nicht üble Bild von der Biene und dem Baumeister schuf. Eine Biene, so führt er dort aus, beschämt durch den Bau ihrer Zellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er sein Werk im Kopfe gebaut hat, bevor er es in Wirklichkeit baut. Er verwirklicht in dem Arbeitsprozeß zugleich dessen Zweck, den er kenne, dem er seinen Willen unterordnen müsse. Hätte Marx an die Stelle der Biene den Arbeitnehmer, an die Stelle des Baumeisters den Unternehmer gesetzt, dann hätte ihm die Unrichtigkeit seiner Werttheorie sofort auffallen müssen. Nicht die Arbeit schlechthin ist das Maß des Wertes, auch nicht die Zeitdauer der Arbeit, sondern die Zweckmäßigkeit der Arbeit, und zwar der wirtschaftlich und gesellschaftlich nützlichen Arbeit, und darum verleiht auch nur derjenige der Arbeit ihren Wert, der ihr die nützlichen Zwecke setzt und für deren Verwirklichung die angemessenen Mittel entdeckt und wirken läßt. Nicht die Arbeit des Handarbeiters allein ist es, die den Wert und Mehrwert schafft, sondern außer ihr und an erster Stelle die Kopfarbeit des Fabrikherrn, der den Zweck des Arbeitsprozesses bestimmt und diesen mit Unterstützung seiner geistigen Mitarbeiter, der Ingenieure, Techniker usw. leitet. Es ist also nicht wahr, daß die Aneignung der Erzeugnisse dieses Arbeitsprozesses durch den Unternehmer eine Ausbeutung seiner Lohnarbeiter bedeutet, sondern sie ist vielmehr die ihm rechtmäßig zustehende Frucht seiner eigenen schaffenden und leitenden Arbeit.

Marx begeht bei der Darstellung seiner Wert- und Mehrwerttheorie aber auch noch andere Irrtümer. Es ist grundfalsch, wenn Marx, wie wir oben sahen, behauptet, daß auf dem Markte Waren durch den Verkehr ineinander

in bezug auf den Wert gleichgesetzt werden. Beim Austausch werden gar nicht gleiche Werte gegeben. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Beim Austausch kommt nur der subjektive Tauschwert in Frage. Ein Tausch kommt nur dadurch zustande, daß jeder das Gut des anderen höher schätzt als das Preisgut, das er selbst dafür zu geben hat. Es kauft z. B. A. von B. einen Hut für 20 M. Das ist ein Kauf im juristischen Sinne; weil aber 20 M. gegen einen Hut getauscht werden und umgekehrt ein Hut gegen 20 M., ist er im volkswirtschaftlichen Sinne (wie jeder Kauf) ein Tausch. Für den Käufer hat der Hut einen subjektiv höheren Wert als die 20 M., für den Verkäufer wiederum haben die 20 M. einen subjektiv höheren Wert als der Hut. Der Kaufmann, der Hüte verkauft, hat Hüte genug, will aber mehr Zwanzigmarkscheine haben, der Käufer dagegen schätzt den Zwanzigmarkschein beim Kauf nicht so hoch ein, denn sonst würde er den Hut gar nicht begehren, sondern seinen Zwanzigmarkschein lieber in der Tasche behalten.

Es ist nicht richtig, wenn man, wie dies vielfach seitens der nichtsozialdemokratischen Kritiker an Marx' Lehre geschehen ist, in seiner Mehrwerttheorie den Kernpunkt des ganzen Marxschen Systems betrachtet. Sie war zwar auf dem Wege der wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus der entscheidende Punkt, an dem sich Marx von allen früheren Theoretikern trennte, aber für sein System selbst ist sie von nebensächlicher Bedeutung. Marx und Engels haben ihre sozialistischen Forderungen niemals auf die Werttheorie aufgebaut, sie erkannten in ihr lediglich ein Mittel, den von ihnen behaupteten Zersetzungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen, der Mehrwert wurde ihnen, wie Kautsky sich ausdrückt, zum „Schlüssel der kapitalistischen Produktionsweise". Fr. Engels hat im Vorwort zur Marxschen, gegen Proudhon gerichteten Schrift: „Das Elend der Philosophie" ausdrücklich betont, daß Marx seine kommunistischen Forderungen nie auf den Mehrwert begründet habe, sondern auf den „notwendigen, sich vor unseren Augen täglich mehr und mehr vollziehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise". Die strengsten Marxisten wie die „Revisionisten", so genannt, weil sie die Marxschen Thesen einer Revision zu unterziehen bereit waren, unter ihnen namentlich Ed. Bernstein, stimmen darin überein, daß die Werttheorie nicht als vollgültiger Bestandteil des sozialdemokratischen Lehrgebäudes anzusehen sei, daß sie mit dem Sozialismus nichts zu tun habe. Kautsky beispielsweise sagt: „Die Lehre vom Wert ist nicht die Grundlage des Sozialismus, sondern die Grundlage der heutigen kapitalistischen Ökonomie. Mit der Widerlegung der Marxschen Werttheorie war der Sozialismus noch lange nicht widerlegt: diese Theorie lehrt uns nicht den Sozialismus, sondern das Getriebe des Kapitalismus verstehen."

Diese Beiseiteschiebung der Marxschen Werttheorie hat ihren stärksten Ausdruck in der Tatsache gefunden, daß die Mehrwerttheorie im Erfurter Parteiprogramm überhaupt keine Rolle spielt. Die nachmarxistischen Theoretiker des Sozialismus haben sich allmählich doch zu der Einsicht bequemen müssen, daß nicht nur dem Arbeiter, sondern auch noch einer Reihe anderer bedeutsamer Faktoren im kapitalistischen Produktionsprozeß eine wichtige Aufgabe zugewiesen ist; sie hatten gelernt, das Unternehmertum anders zu bewerten als ihr Vorgänger und Meister. Freilich mußten solche Erfahrungen, wie die Tatsache, daß z. B. in Rußland trotz schlechtest bezahlten

Arbeitern nur geringe Profite und geringe „Ausbeutungsraten" erzielt wurden, in Amerika aber bei einer glänzenden Bezahlung der Arbeiterschaft die Profit und Mehrwertsraten sehr hoch sind, während es nach Marx' Mehrwertslehre gerade umgekehrt sein müßte, auch diejenigen stutzig machen, die sonst geneigt waren, auf alles zu schwören, was der Gedankenarbeit eines Marx entsprungen war. Mit der wissenschaftlichen Ausschaltung der Mehrwertslehre ist daher, wie nicht nachdrücklich genug betont werden kann, noch nichts getan für eine grundsätzliche und lückenlose Kritik der marxistisch-sozialdemokratischen Lehre. Man kann Wladimir Simkhowitz nur zustimmen, der in einem „Die Krisis der Sozialdemokratie" überschriebenen Aufsätze in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge Band XVII, schreibt: „Die wissenschaftliche Kritik hat ganz besondere Aufmerksamkeit der Marxschen Mehrwerttheorie gewidmet, und mit Recht. Unrecht hatte aber diese Kritik, wenn sie meinte, daß mit der Widerlegung der Marxschen Wertttheorie der marxistische Sozialismus widerlegt oder auch nur erschüttert wird. Marx' sozialistische Forderungen und seine Werttheorie sind genetisch verwandt, stehen aber, systematisch betrachtet, in keinem Zusammenhang." Franz Oppenheimer hat daher mit Recht in seiner Schrift: „Das Grundgesetz der Marxistischen Gesellschaftslehre" seine Widerlegung der Marxschen Lehre ausschließlich gegen sein Gesetz der „Akkumulation" gerichtet, getragen von der Überzeugung, daß das System von Karl Marx als im ganzen widerlegt gelten muß, wenn es gelungen ist, diese seine Zitadelle zu erobern.

Faßt man die Lehren von Karl Marx auf als einen natürlichen Rückschlag gegen die seiner Zeit vorherrschenden Anschauungen eines manchesterlichen Individualismus und gegen die Überschätzung des freien Wettbewerbs im wirtschaftlichen Leben, so wird man der vom Marxismus an den damals bestehenden Mißständen geübten Kritik eine gewisse historische Bedeutung nicht absprechen dürfen. Diese Kritik verliert aber erheblich dadurch an Wert, daß sie nur negativ wirkt, nach der Absicht ihres Urhebers auch nur negativ wirken soll. Denn ihr Ziel war darauf gerichtet, denjenigen Klassen, die unter den nicht wegzuleugnenden Übeln bestimmter wirtschaftlicher Verhältnisse am meisten zu leiden hatten, die bestehende Gesellschaftsordnung, in der derartige Zustände möglich seien, als reif zum Untergang zu schildern, den mit allen Mitteln und möglichst rasch herbeizuführen eine der Hauptaufgaben der Angehörigen jener Klassen sein müsse. Wäre es die Absicht von Karl Marx gewesen, durch seine Lehre positiv wirken zu wollen, so wäre es seine sittliche Pflicht gewesen, die Mittel anzugeben, durch die jene von ihm beobachteten Mißstände hätten beseitigt oder doch wenigstens gebessert werden können, und zwar in einem Ausmaße, daß diese Besserung allen Gliedern der bestehenden Gesellschaft, nicht nur einseitig einer bestimmten, wenn auch an Zahl sehr starken Klasse, zugute gekommen wäre. Daran wurde Marx freilich, auch wenn er ein solches Ziel ins Auge gefaßt hätte, notgedrungen durch seine, wie wir gesehen haben, durchaus falsche Theorie gehindert, daß in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die geschichtliche Entwicklung nur durch die ökonomischen Verhältnisse bedingt werde. Im Banne dieser Theorie konnte daher Marx eine wirkliche positive, dem Glück und Gedeihen aller und dem Fortschritt der gesamten Menschheit dienende Arbeit überhaupt nicht leisten: er blieb der

blutlose Theoretiker, der vom Schreibtische aus, ohne Fühlung mit den tatsächlichen Verhältnissen und mit dem blühenden Leben, das sich draußen außerhalb der Wände seines Studierzimmers abspielte und einen ganz anderen Verlauf zeigte, als Marx in seinem, von bloßer Bücherweisheit vollgepfropften Kopf sich vorgestellt hatte, ein reines Gedankenbild konstruierte, in das er dann die von ihm beobachteten Tatsachen hineinzwängte. Das war aber nur dadurch möglich, daß er ihnen Gewalt antat. Marx stellte erst sein Lehrgebäude hin und ließ sich dann die vermeintliche Richtigkeit seiner Lehren durch Tatsachen bestätigen, statt aus der richtigen Beobachtung unzähliger Einzelheiten die richtigen Schlüsse zu ziehen. Aus dieser Art, zu denken und zu arbeiten, erklären sich seine Einseitigkeiten, seine Übertreibungen, seine Verallgemeinerungen, erklärt sich weiter, daß das gewaltige, von ihm beigebrachte Material nicht unparteiisch gesammelt wurde, wie das die voraussetzungslose Wissenschaft erfordert, sondern zu einem ganz bestimmten Zwecke ausgewählt worden ist, nämlich als Stütze für sein System zu gelten. Was seine Theorien nicht stützt oder ihnen nicht entspricht, wird von Marx einfach beiseite gelassen.

Marx ist bekanntlich, ebenso wie sein Freund Friedrich Engels, von den Arbeiterverhältnissen ausgegangen, die in den Jahren 1840—1860 in der englischen Industrie, und zwar in der englischen Baumwollspinnerei, herrschten, die ihm als der Typus der kapitalistischen Produktionsweise erschien. Aber diese Verhältnisse zeigten nur dort und nirgendwo anders jene besondere Zuspitzung, die Marx zu seiner Verurteilung der bestehenden Gesellschaftsordnung verführte. Aber schon, als der erste Band seines „Kapitals“ erschien, also 1867, bestanden diese Zustände in der englischen Baumwollindustrie längst nicht mehr, sie hatten sich völlig gewandelt, und zwar hatte sich ihre Entwicklung gerade entgegengesetzt vollzogen, als Marx vorausgesagt hatte und als sie sich hätte vollziehen müssen, wäre die materialistische Geschichtsauffassung Marx' und seiner Anhänger richtig gewesen. Beispielsweise hatte im Jahre 1841 die Arbeitszeit in der englischen Baumwollspinnerei 12 Stunden, 1893 aber nur noch 9¼ Stunden betragen. Trotz dieser Herabsetzung der Arbeitszeit sind die Löhne dauernd gestiegen. Im Jahre 1841 verdiente ein Spinner in Oldham, dem Hauptsitz der englischen Baumwollspinnerei, erst 19 Schilling wöchentlich, 1893 aber bereits 40 Schilling. In der New-Spinnerei in Oldham kamen im Jahre 1894 die tüchtigsten Spinner sogar auf 72 Schilling 11 d. Wochenlohn. Diese Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der englischen Spinnereiarbeiter widerspricht Marx' angeblich mit Naturnotwendigkeit sich vollziehenden Gesetzen ebensosehr, wie die sehr beachtliche Tatsache, daß die Oldhamer Aktienspinnereien, die größten, mit den besten Maschinen versehenen und von hervorragend tüchtigen Arbeitern bedienten Baumwollspinnereien der Welt in den Jahren 1892 und 1893 mit erheblichem Kapitalverlust arbeiteten, und wie das nicht minder bemerkenswerte und lehrreiche Ereignis, daß im März 1894 die Arbeiter der Castelton-Spinnerei bei Oldham, die in Geldverlegenheit geraten war, aus eigener Entschließung der Verwaltung Kapitalzuschüsse anboten, das heißt sich bereit erklärten, Aktien zu zeichnen, um den Weiterbetrieb der Fabrik zu ermöglichen.

Schon zu Lebzeiten Marx' vollzog sich eine fortwährende Verminderung der Arbeitszeit und eine ebenso stetig fortschreitende Erhöhung der englischen

Arbeitslöhne, und niemand, der nicht absichtlich die Augen schloß, um eine solche Entwicklung nicht zu sehen, konnte darüber hinwegblicken, daß die Lebenshaltung der englischen Arbeiter dauernd besser wurde. Marx sah dies alles nicht oder wollte es nicht sehen, weil diese Tatsachen nicht in sein System hineinpaßten. Aus diesem Grunde hat er auch die erfolgreichen Bestrebungen der englischen Arbeiter, auch ohne staatliche Hilfe aus eigener Kraft ihre Lage zu verbessern, sowie die schon 1867 mächtigen Gewerkschaften, Konsumvereine und Produktivgenossenschaften nur so nebenher erwähnt. An der englischen Gesetzgebung über die Normalarbeitszeit hat er freilich nicht vorbeigehen können; er lobt sie sogar als eine Wohltat für die Arbeiter, aber man kann zwischen den Zeilen dieses Lobes deutlich den Ärger darüber lesen, daß durch den Willen des Staates eine Besserung in den wirtschaftlichen Verhältnissen herbeigeführt worden war, die nach der Lehre von Marx mit Naturnotwendigkeit doch nur zu einer dauernden Verelendung und Versklavung der Arbeiter führen mußten. Er bekrittelte daher die englische Arbeitergesetzgebung, namentlich die von 1867, von deren Verallgemeinerung er sogar eine Beschleunigung des Unterganges der kapitalistischen Produktionsweise erhoffen zu dürfen glaubte.

Aber nicht nur, daß die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in der englischen Industrie sich ganz anders vollzog, als Marx' Lehre vorausgesagt hatte, auch die Produktionsverhältnisse in der englischen Baumwollspinnerei selbst sind völlig anders gewesen, als sie in der Schilderung von Marx' Werk „Das Kapital" erscheinen. Von fachmännischer Seite, so besonders gründlich und wirksam in einer kleinen Schrift von Friedrich Bertheau, Baumwollspinner in Zürich, die den Titel führt: „Fünf Briefe über Marx an Herrn Dr. Julius Wolf", 1895, ist Marx nachgewiesen worden, daß er sich weder in der Spinnerei noch in der mechanischen Baumwollspinnerei jemals umgesehen haben kann, daß seine Darstellung des Garnproduktionsprozesses von Anfang bis zu Ende falsch ist, daß weiter die Zahl der Fabriken in England, der in ihnen aufgestellten Spindeln und der an diesen Spindeln beschäftigten Arbeiter unrichtig angegeben ist. Wenn nun trotz aller Irrtümer, die Karl Marx begangen hat, trotzdem seine Voraussetzungen sich nicht erfüllt und seine Theorien sich als unhaltbar erwiesen haben, die Lehren von Karl Marx gleichwohl bei Millionen von Menschen wie eine überirdische Offenbarung eine fast schwärmerische Verehrung genießen, so fragt man sich, worauf denn der Einfluß von Theorien beruhen kann, deren Begründung im „Kapital" die wenigsten gelesen, geschweige denn verstanden haben. Es ist die Macht der Ideen, die sich im Marxismus in einem bis ins Riesenhafte gesteigerten Ausmaße zur Geltung bringt. Welch wunderbare Ironie des Schicksals, daß eine Lehre, welche die Wirkung der Ideen auf die Geschichte strikte leugnet, ihre Erfolge eben dieser Macht verdankt! Karl Marx, der heimatlose, verbitterte Flüchtling, der seines Lebens Mißgeschick nicht in seinem zerrissenen Innern, nicht in seiner unglücklichen Veranlagung, nicht in seinem angeborenen Charakter, nicht in dem der Rasse, der er angehörte, eigenen Wesen sah, sondern ein unschuldiges Opfer verruchter politischer und wirtschaftlicher Zustände zu sein glaubte, hat in seinem revolutionären Fanatismus, in seinem leidenschaftlichen Willen zur Macht und in seinem glühenden Hasse gegen den Kapitalismus, der ihm als die Wurzel alles Übels wie auch des eigenen Leides erschien, die großen

Massen des Proletariats mit dem Gedanken zu erfüllen gewußt, daß sie berufen seien, die verrottete Gesellschaftsordnung zu stürzen und der wiedergeborenen Menschheit ein Leben ungetrübten Glückes zu bringen. Den verlorenen Glauben an ein Paradies im Jenseits vertrat nunmehr die Hoffnung auf ein Paradies auf Erden, und damit ward der Marxismus zur Weltanschauung, zu einer Art Religion, welche die in jedem Menschenherzen wohnende inbrünstige Sehnsucht nach etwas Höherem auf ihre Weise stillte. Wie sagt doch Friedrich Nietzsche: „Die unbefriedigten Massen müssen heute etwas haben, an das sie ihr Herz hängen, z. B. Gott. Jetzt, wo dieser fehlt, bekommt der Sozialismus viele solche, die ehemals sich an Gott geklammert hätten." („Nachträge zur fröhlichen Wissenschaft.") Der Glaube der Massen ward ein Glaube an ihre Macht. Jetzt kam es darauf an, diesen Glauben auch zur Tat werden zu lassen, indem man ihm ein politisches Ziel steckte, die Diktatur des Proletariats. Dieses Ziel war nur zu erreichen, wenn es der Arbeiterklasse gelang, die politische Macht zu erringen. Die Voraussetzung hierfür war die Schaffung einer weitverzweigten, bis ins kleinste gehenden Organisation. Damit wurde die Sozialdemokratie als politische Partei geboren. Wie sie sich entwickelte und ihre Aufgabe erfaßte, soll in den folgenden Kapiteln dargestellt werden.

III.

Die sozialdemokratische Partei.

Die heute bestehende Sozialdemokratische Partei geht in ihren Anfängen zurück auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, den Ferdinand Lassalle am 28. Mai 1863 in Leipzig begründet hatte. Ferdinand Lassalle war am 11. April 1825 in Breslau als Sohn des jüdischen Seidenkaufmanns Heimann Lassal geboren. Die Familie soll aus Loslau im Regierungsbezirk Oppeln stammen und ursprünglich Loslauer geheißen haben. Daraus wurde der Name Lassal, dem sein berühmtester Träger aber während eines Aufenthaltes in Paris die französische Silbe le anhängte, wohl weil diese Schreibweise geeignet war, seine Herkunft besser zu verdecken. In seinem elterlichen Hause hatte, wie Franz Mehring sagt, „noch ganz und gar der fade Dunst des polnischen Judentums geherrscht". Auch in Lassalles Sprache finden sich vielfach Anklänge an den deutschjüdischen Jargon, der in seiner Familie üblich gewesen ware. Der junge Ferdinand war lange von zionistischen Ideen erfüllt. „Es ist immer meine Lieblingsidee", so schrieb der Fünfzehnjährige, „an der Spitze der Juden mit den Waffen in der Hand sie selbständig zu machen." Nachdem Lassalle erst die Handelsschule in Leipzig besucht, dort aber weder unter den Lehrern noch Schülern Freunde gefunden hatte, entschloß er sich 1842, die Reifeprüfung abzulegen, um Philosophie und Philologie zu studieren. Auch Lassalle durchlief die Schule Hegels, der auf seinem Sterbebette von seinen Schülern gesagt haben soll: Nur einer hat mich verstanden, und gerade der eine hat mich mißverstanden. Lassalle blieb aber im Gegensatz zu Marx und Engels zeitlebenes Althegelianer. Seine wissenschaftliches Interesse galt Heraklit dem

Dunkler, dem er später 1857 ein besonderes Werk widmete, das ihm in Gelehrtenkreisen wissenschaftliches Ansehen verschaffte und ihm namentlich bei den Hegelianern Bewunderung und Anerkennung eintrug. Im Jahre 1845 ging er zu Studienzwecken nach Paris, wo es ihm Dank den Empfehlungen seines Gönners Alexander von Humboldt gelang, viele ausgezeichnete Beziehungen anzuknüpfen. Auch mit Heinrich Heine wurde er bekannt, der ihn dem Dichter Herwegh als einen „neuen Mirabeau" vorstellte und später an Varnhagen von Ense in Berlin empfahl als „einen Mann von ausgezeichneten Geistesgaben und gründlicher Gelehrsamkeit", aber auch „einen Sohn der neuen Zeit, die nichts von Entsagung und Bescheidenheit wissen will."

In Paris hatte Lassalle den französischen Sozialismus kennen gelernt. Zur selben Zeit trat er auch in Beziehungen zu Karl Marx, der freilich seinem um sieben Jahre jüngeren Rassegenossen keine allzu große Sympathie entgegengebracht zu haben scheint. Marx mag später in Lassalle die glühende Begeisterung für die Revolution und seine außerordentliche Eignung für den Klassenkampf des Proletariats geschätzt haben, jedoch hat er es niemals zu verstehen vermocht, daß ein wirklich bedeutender Mann zehn Jahre seines Lebens einer solchen „Bagatelle", wie den Kampf der Gräfin Hatzfeldt gegen ihren Gatten hatte opfern können. Seine Sucht, vornehme Beziehungen anzuknüpfen, hatte Lassalle in Verbindung gebracht mit der erheblich älteren Gräfin Sophie v. Hatzfeldt, deren Ehescheidungsprozeß bestimmend wurde für das künftige Leben und Wirken des jungen Feuergeistes. Angeblich auf Anstiften Lassalles wurde durch den Kammergerichtsassessor Oppenheim und den Arzt Dr. Mendelssohn der Baronin Mayendorf, der Geliebten des Grafen Hatzfeldt, eine Kassette gestohlen, in der man für die Verteidigung der Gräfin wichtige Papiere vermutet hatte. Mendelssohn wurde verurteilt, Lassalle wegen Teilnahme an dem Diebstahl unter Anklage gestellt und im Februar 1848 verhaftet. Die meisterhafte Rede, die sogenannte Kassettenrede, die Lassalle vor dem Kölner Geschworenengericht zu seiner Verteidigung hielt, hatte die Wirkung, daß er freigesprochen wurde: Lassalle, der ursprünglich gar keine juristischen Fachkenntnisse besessen hatte, war mit einem Schlage einer der ersten Gerichtsredner seiner Zeit geworden. Vor 36 Gerichten, wie in der Presse, focht er für die Sache seiner Freundin, sogar vom Gefängnisse aus, und mit dem glänzenden Erfolge, daß Graf Hatzfeldt sich im Jahre 1854 zu einem Vergleich bequemte, durch den die mütterliche Freundin in den Besitz ihres großen Vermögens kam, von dem sie ihrem treuen Sachverwalter eine Jahresrente von 7000 bis 8000 Talern gewährte. Da Lassalle zudem über eigenes Vermögen verfügte, das ihm einen jährlichen Zinsgenuß von 5000 Talern einbrachte und das er durch Börsenspekulationen noch weiter zu vermehren aufs eifrigste bestrebt war, standen ihm die Mittel zu einer luxuriösen Lebensführung in reichem Maße zu Gebote, die Ludwig Bamberger als „die blasierte Eleganz bis in die Fingerspitzen hinein" bezeichnet hat. Daß Lassalle seine gesamte Wäsche in Paris waschen ließ, weil man dies in Deutschland angeblich nicht gut verstand, werden die deutschen Arbeiter gewiß mit Interesse vernehmen.

An der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 sich persönlich zu beteiligen, war Lassalle versagt geblieben, weil er in den kritischen Tagen meist hinter Schloß und Riegel saß. Am 22. November 1848 wurde er wegen

seiner aufreizenden Rede in Neuß verhaftet und bis zum 5. Mai 1849 in Untersuchungshaft behalten. Seine Verteidigungsrede, die sogenannte Assisenrede, war zwar gedruckt, aber nicht gehalten worden, weil das Gericht für die Verhandlungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen hatte, so daß Lassalle auf ihren mündlichen Vortrag verzichtete. Am 6. Mai sprachen die Geschworenen ihn frei, das aus Berufsrichtern zusammengesetzte Zuchtpolizeigericht aber verurteilte ihn in Düsseldorf zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe.

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnisse betrieb Lassalle eine Reihe von Jahren hindurch eine eifrige und lebhafte Propaganda unter den Düsseldorfer Arbeitern, ohne daß ihn diese Tätigkeit sonderlich befriedigt hätte. Er kehrte daher nach Berlin und zur Wissenschaft zurück und vollendete 1857 sein Werk über die Philosophie des Heraklit.

Mit Karl Marx war Lassalle in den vergangenen Jahren in einem, wenn auch nicht häufigen, so doch fortlaufenden Briefwechsel geblieben. Lassalle war immer darauf bedacht, die Gunst und Anerkennung seines ihn überragenden Gesinnungsgenossen zu erringen, und er nahm daher gern jede sich ihm bietende Gelegenheit wahr, Marx, wo er konnte, gefällig zu sein. Er verschaffte Marx für sein Buch: „Kritik der politischen Ökonomie" den Verleger, vermittelte dessen Mitarbeit an der Wiener „Presse", zu deren Redakteuren sein Schwager Friedländer gehörte, und half gelegentlich Marx auch aus Geldverlegenheiten.

Im Frühling 1856 war in London ein Kaufmann Gustav Lewy aus Düsseldorf erschienen, mit einem angeblichen Auftrage, den er von Düsseldorfer Arbeitern erhalten haben wollte: nämlich vor Lassalle als einem unsicheren Kantonisten zu warnen, der nach dem erfolgreichen Ausgange des Hatzfeldtschen Ehescheidungsprozesses unter dem schmählichen Joche der Gräfin lebe, sich von ihr unterhalten lasse, mit ihr nach Berlin gehen wolle, um ihr einen Hof von Literaten zu halten, die Arbeiter aber als verbrauchte Werkzeuge beiseite werfe, um zur Bourgeoisie überzugehen. Wenn auch aus den Tagen des Kommunistenbundes in den Kreisen der rheinischen Arbeiter gegen Lassalle starkes Mißtrauen wegen dessen Verstrickung in die Hatzfeldtschen Händel geherrscht hatte, so ist doch kaum anzunehmen, daß Lewy ein solcher Auftrag geworden war, da dieselben Arbeiter einige Jahre später durch feierliche Adresse bekundeten, daß das Haus Lassalles in Düsseldorf in der Schreckenszeit der fünfziger Jahre „das treue Asyl der furchtlosesten und entschlossensten Parteihilfe" gewesen war. Offenbar lag ein Racheakt Lewys vor, der erbost darüber gewesen war, daß Lassalle ihm auf eine Bitte um ein Darlehn von 2000 Talern nur 500 hatte bewilligen wollen. Auf Marx schienen daher jene Mitteilungen keinen allzu großen Eindruck gemacht zu haben, während Engels schrieb: Es sei schade um den Kerl, seines großen Talentes wegen, aber diese Sachen seien doch zu arg. Lassalle sei immer ein Mensch gewesen, dem man höllisch aufpassen müßte; als echter Jud von der slawischen Grenze sei er immer auf dem Sprunge, unter Parteivorwänden jeden für seine Privatzwecke auszubeuten. Seine Sucht, sich in die vornehmen Kreise einzudrängen, sei immer widerwärtig gewesen.

Im Jahre 1858 traf in London ein Exemplar des Buches Lassalles über Heraklit ein, dessen Absendung der Verfasser in einem Dezemberbriefe angekündigt hatte, zugleich mit einigen Bemerkungen über die begeisterte Aufnahme, die das Werk in der gelehrten Welt gefunden habe. Schon die

Portokosten von zwei Schilling „sicherten ihm einen schlechten Empfang", aber auch den Inhalt beurteilte Marx ziemlich abfällig. Die „moderne Schaustellung" von Gelehrsamkeit machte keinen Eindruck auf ihn; er meinte, es sei wohlfeil, Zitate zu häufen, wenn man Zeit und Geld habe und sich nach Belieben aus der Bonner Universitätsbibliothek Bücher ins Haus schicken lassen könne; in diesem philosophischen Flitterstaate bewege sich Lassalle ganz mit der Grazie eines Kerls, der zum ersten Male einen eleganten Anzug trage. Immerhin sei der Heraklit, obgleich ungeschlacht geschrieben, besser als irgend etwas, womit die Demokraten renommieren könnten.

Auch die Haltung, die Lassalle in seiner Schrift: „Der Italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. Eine Stimme aus der Demokratie" zur italienischen Frage einnahm, fand nicht den Beifall von Marx, war Lassalle doch von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen, als Engels in seiner im Einverständnis mit Marx verfaßten Flugschrift: Po und Rhein. Demgemäß war Lassalle auch zu ganz anderen Ergebnissen gelangt, als die beiden Londoner Freunde, so daß Marx in der Stellung Lassalles zur italienischen Krisis einen „ungeheuren Fehlschluß" sah, den er ebenso bekrittelte, wie die Worte, die Lassalle im Vorwort gesprochen hatte und die lauteten: „Immer wird das Schlußresultat der jetzigen Krisis sein: Die Wiedergeburt Deutschlands." Sehr unangenehm war Marx auch berührt von dem Schauspiel „Franz von Sickingen", das Lassalle im Jahre 1859 veröffentlicht hatte. Marx verübelte es Lassalle in hohem Grade, daß dieser den Führer des untergehenden Rittertums zu einem Nationalhelden gestempelt, das Volk dagegen zu wenig gefeiert hatte.

Im Jahre 1861 trat das Leberleiden Marx' zum ersten Male in akuter Form auf. Die Ursache sah der Arzt in der ewigen Aufregung, in die Marx durch die fortwährenden Geldsorgen versetzt wurde. Nach seiner Genesung entschloß sich Marx, wie seine Frau schrieb, „einen Raubzug nach Holland, ins Land der Väter, des Tabaks und des Käses zu machen", in der Hoffnung, seinem Onkel „einige Spezies ablocken" zu können. Dieser Raubzug beim Onkel Philipp war leidlich geglückt, so daß Marx es unternehmen konnte, nach Berlin zu reisen, um dort den Plan zu verfolgen, den Lassalle wiederholt angeregt hatte, die Gründung eines eigenen Parteiorgans. In Berlin wurde Marx von Lassalle mit großer Freundschaft aufgenommen, aber zu einer Einigung beider kam es nicht. Lassalle wollte neben Marx Chefredakteur sein und als dritten Chefredakteur auch Engels zulassen, aber unter der Bedingung, daß Marx und Engels nicht mehr Stimmen haben dürften als er, da er sonst jedesmal überstimmt werden würde. Marx war jedoch überhaupt nicht geneigt, Lassalle einen irgend bestimmenden Einfluß auf das geplante Zeitungsorgan einzuräumen. Geblendet durch das Ansehen, das er in gewissen Gelehrtenkreisen durch seinen Heraklit und in einem anderen Kreise von Schmarotzern durch guten Wein und Küche habe, wisse Lassalle — so urteilte Marx — natürlich nicht, daß er im großen Publikum verrufen sei. „Außerdem seine Rechthaberei; sein Stecken im spekulativen Begriff (der Kerl träumt sogar von einer neuen Hegelschen Philosophie auf der zweiten Potenz, die er schreiben will), seine Infektion mit altem französischen Liberalismus, seine breitspurige Feder, Zudringlichkeit, Taktlosigkeit usw. Lassalle könnte als einer der Redakteure, unter strenger Disziplin, Dienste leisten. Sonst nur blamieren." So berichtete Marx an Engels über

die Verhandlungen mit Lassalle mit dem Hinzufügen, er habe, um den Gastfreund nicht zu kränken, seinen endgültigen Entschluß verschoben, bis er mit Engels beraten habe. Engels hatte ähnliche Bedenken wie Marx, er winkte ab. Damit war der Zeitungsplan begraben.

Im Sommer 1861, gerade als Marx mit seiner Familie sich in schwerster finanzieller Bedrängnis befand, stattete Lassalle seinen Gegenbesuch in London ab. Um „gewisse Dehors" ihm gegenüber aufrechtzuerhalten, hatte Frau Marx alles, was „nicht niet- und nagelfest" war, ins Pfandhaus gebracht. Lassalle hatte keine Ahnung von diesen Verhältnissen, er nahm den Schein für Wirklichkeit und scheint erst nach mehrwöchigem Aufenthalt dahinter gekommen zu sein, wie es um die wirtschaftliche Lage der Marxschen Familie damals stand. Er bot seine Hilfe an und wollte bis zum Jahreswechsel 15 Pfund liefern; auch sollte Marx erlaubt sein, bis zum beliebigen Tage Wechsel auf ihn zu ziehen, wenn ihm die Zahlung von Engels und anderen versprochen würde. Auf diese Weise versuchte Marx sich 400 Taler zu verschaffen, doch machte Lassalle nunmehr sein Akzept brieflich davon abhängig, daß „zur Ausschließung aller unvorhergesehenen Umstände und um Lebens und Sterbens willen" Engels sich schriftlich verpflichten müsse, ihn acht Tage vor Verfall des Wechsels in den Besitz der Deckungssumme zu setzen. Man kann sich vorstellen, wie dieses Mißtrauen Lassalles gegen Marx auf diesen wirkte, doch bat ihn Engels, sich nicht über „diese Eseleien" zu ereifern, und stellte die gewünschte Bürgschaft aus. Diese Geldangelegenheit, deren Verlauf nicht ganz klar ist, hat dann noch mehrfach zu brieflichen Auseinandersetzungen zwischen beiden geführt, bis Marx den Briefwechsel mit Lassalle überhaupt abbrach. „Ich habe mich," schrieb er im Jahre 1863 an Engels, „seit Anfang des Jahres nicht entschließen können, diesem Menschen zu schreiben."

Auch die politischen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Marx und Lassalle immer größer wurden, mögen dazu beigetragen haben, den Bruch zwischen beiden zu einem vollständigen zu machen. Lassalle, der im großen ganzen an dem Grundsatze der Nationalität festzuhalten entschlossen schien, hatte in der Zwischenzeit mehrere Reisen nach der Schweiz und Italien gemacht, wo er unter anderem auch Beziehungen zu dem italienischen Patrioten Garibaldi anknüpfte, den er bewogen haben soll, einen Freischarenzug gegen Österreich zu unternehmen, um auf diesem Wege die Einheit Deutschlands herbeizuführen. Lassalle hatte auch verschiedene Aufsätze über Fichte und Lessing geschrieben und 1861 sein rechtsphilosophisches Hauptwerk: „System der erworbenen Rechte" veröffentlicht, dem auch seine Gegner tiefes Wissen und scharfsinnige Dialektik nicht absprechen konnten. Mehr und mehr versuchte Lassalle, sich wieder politisch zu betätigen. Er plante eine große Arbeiteragitation und wollte für diese Absichten auch Marx gewinnen, der sich aber schroff ablehnend verhielt. Lassalle, so meinte er, lasse sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen; er wolle einen Gegensatz gegen einen Zwerg, wie Schulze-Delitzsch, zum Zentralpunkt seiner Agitation machen: Staatshilfe gegen Selbsthilfe. Damit erneuere Lassalle die Parole, mit der der katholische Sozialist Buchez[1]) in den vierziger Jahren die wirk-

[1]) Buchez war ein Freund Bazard's und aus der Schule der St. Simonisten hervorgegangen. Er wollte die Hebung der arbeitenden Klasse durch ökonomische Selbsthilfe und Assoziation versuchen.

liche Arbeiterbewegung in Frankreich bekämpft habe. Wenn er den Chartistenberuf des Allgemeinen Wahlrechts wieder aufnehme, so übersehe er die Verschiedenheit zwischen den deutschen und englischen Zuständen, sowie die Lektionen des zweiten Kaiserreichs über dieses Wahlrecht.

Trotzdem also Lassalle bei Marx gar keine Gegenliebe mehr für seine verschiedenen Pläne fand, hörte er nicht auf, ihm, Marx, regelmäßig seine Agitationsschriften zuzusenden. Sie fanden freilich eine Aufnahme, die Lassalle nicht erwartet haben mochte. Marx urteilt über sie in seinen Briefen an Engels mit einer Schärfe, die, wie Mehring sagt, sich „bis zur bittersten Ungerechtigkeit" steigern konnte. Franz Mehring geht in seiner Marx-Biographie über die „unerfreulichen Einzelheiten" dieser Marx-Kritik an Lassalles publizistischen Leistungen mit einigen kurzen Worten hinweg. Ihm, dem ehemaligen Gegner der Sozialdemokratie, dessen erste Geschichte der Partei mit zum besten gehört, was gegen die Sozialdemokratie gesagt werden kann, ist es ein Gegenstand tiefster seelischer Bekümmernis, daß Marx die Schriften Lassalles, die seitdem Hunderttausenden von deutschen Arbeitern „ein neues Leben" geschenkt hätten, als die „Plagiate eines Sextaners" abtat, wenn er sie las, oder wenn er sie nicht las, als „Schülerpensa, mit deren Lesen sich nicht lohne, seine Zeit zu töten."

Unter solchen Umständen blieb Lassalle nichts anderes übrig, als seine von ihm geplante Agitation auch ohne Zustimmung Marx' ins Werk zu setzen. Unermüdlich sprach er in Berliner Vereinen über Verfassungswesen und über sein Arbeiterprogramm, zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Arbeiter, die noch immer der von Lassalle so sehr gehaßten Fortschrittspartei folgten, dieser abspenstig zu machen. Sein Programm, das er in diesen Agitationsreden entwickelte, besagte etwa folgendes: Die Staaten seien privilegierte Klassen- und Ständestaaten, in denen ein kleiner Teil die große Masse wirtschaftlich ausgebeutet habe. Im Mittelalter seien Adel und Geistlichkeit diese Stände gewesen. Durch die Revolution seien sie in Frankreich gestürzt worden. Aber der Klassenstaat sei nicht beseitigt worden. Die Herrschaft sei übergegangen in die Hände des dritten Standes, der Bourgeoisie. Diese müsse abgelöst werden durch den vierten Stand, den Arbeiterstand, der jetzt maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung erlangen müsse. Ein Mittel hierzu sei das allgemeine Wahlrecht, das mit aller Entschiedenheit gefordert werden müsse. Marx machte von seinem Standpunkt des Internationalismus aus Lassalle zum Vorwurf, daß er die strengere Auffassung des Staatsbegriffes habe, daß der Staat Lassalles der preußische Staat sei und daß Lassalle dem preußischen Königtum Konzessionen gemacht habe. Lassalle aber ließ in seiner Agitation nicht nach. Am 17. November 1862 hielt er einen Verfassungsvortrag: „Was tun?", in dem er sich scharf gegen die Fortschrittler ausließ. Der Vortrag gipfelte in dem Vorschlage, daß durch Niederlegung aller Abgeordnetenmandate parlamentarische Obstruktion getrieben werden müsse. Ein solcher Rat war nicht nach dem Geschmacke der Fortschrittspartei: Lassalle wurde von ihr geradezu als Werkzeug der Reaktion denunziert. Er antwortete mit einer Schrift „Macht und Recht", in der er sich auf den Standpunkt stellte, daß, wie die Geschichte beweise, Macht immer vor Recht gehe.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Vaterlande hatten seit den fünfziger Jahren ein ganz anderes Gesicht bekommen. Überall regte es sich

in den deutschen Gauen, das Gewerbe blühte, die Industrie begann sich zu entwickeln, dank vor allem den maßvollen Schutzzöllen, die mit dem Ausbau des deutschen Zollvereins eine immer größere Wirkung auf die Förderung des Gewerbefleißes ausübten, und die Landwirtschaft, unterstützt durch bedeutsame Entdeckungen auf dem Gebiete der Agrikulturchemie, erzielte vom deutschen Ackerboden allmählich Erträge, die man bis dahin für unmöglich gehalten hatte. Die Regierungen waren mit Fleiß und Umsicht bemüht, überall die wirtschaftlichen Belange zu fördern, und als der Regierungswechsel der sechziger Jahre auch dem politischen Leben eine immer größere Freiheit gewährte, entwickelte sich überall eine früher unbekannte Betätigung weitester Kreise in der Öffentlichkeit mit dem Erfolge, daß Vereine und Zeitungen fast wie Pilze aus dem Boden schossen und allmählich auch die großen Massen in Bewegung setzten. Aus Junglitauen erwuchs die Fortschrittspartei, deren Macht und Einfluß sich bald im ganzen Staate ausbreitete, so daß auch in der Arbeiterschaft ihre Anhänger zu vielen Tausenden zählten. Einer ihrer Führer war der ehemalige Patrimonialrichter Hermann Schulze in Delitzsch, der sich die Aufgabe gestellt hatte, wirtschaftlich schwachen Handwerkern und Arbeitern durch Begründung von Rohstoffvereinen und Kreditgenossenschaften neben billigem Rohstoffbezug auch billigen Kredit zu verschaffen. Neben diesen Gewerkschaften sollten Bildungsvereine der sozialen Hebung der Arbeiter dienen, die man auf diese Weise für die politischen Bestrebungen und Ziele des liberalen Bürgertums zu gewinnen hoffte.

Mehr und mehr brach sich in den Kreisen der Arbeiter die Auffassung Bahn, daß diese Bildungsvereine, deren Vorsitzende meist Angehörige der bürgerlichen Intelligenz waren, nicht die geeigneten Organe seien, um die eigentlichen Interessen der Arbeiter zu pflegen. Berliner Arbeiter waren es, die Ende 1862 den Plan faßten, einen Deutschen Arbeiterkongreß nach Leipzig zu berufen. Ein vom Maschinenbauer Eichler unterzeichneter Aufruf in der „Berliner Volks-Zeitung“ wünschte auf dieser Zusammenkunft die Beratung folgender Programmpunkte: Einführung von Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, Gründung von Arbeitergenossenschaften und Invalidenkassen, Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin. Die Fortschrittspartei setzte dem Plane heftigen Widerstand entgegen, so daß der Plan vorerst vertagt wurde. Der zur Einberufung des Arbeiterkongresses gewählte Ausschuß trat darauf in Unterhandlungen mit Schulze-Delitzsch, v. Unruh und Löwe-Kalbe über den Anschluß der Arbeiter an den „Nationalverein“, der im Jahre 1859 in Eisenach begründet worden war und sich die Aufgabe gestellt hatte, alle liberal und national gesinnten Deutschen zum Zwecke der Agitation für den deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung zu vereinigen. Als Bedingung für ihren Anschluß stellten die Arbeiter die Forderung, daß das Allgemeine Wahlrecht in das Programm des Nationalvereins aufgenommen werden sollte. Hatten schon die hohen Beiträge, die der Nationalverein von den Arbeitern erheben wollte, deren Mißstimmung erregt, so steigerte sich diese zu höchster Erregung, als Schulze-Delitzsch in gutgemeinter, aber von den Arbeitern mißverstandener Absicht, erklärte, daß die Arbeiter ja „geistige Mitglieder“ und „Ehrenmitglieder“ des Nationalvereins seien, und die Fortschrittspartei eine Erweiterung des Wahlrechts und die Bildung einer Arbeiterpartei als überflüssig ablehnte. Damit war

das Tafeltuch zwischen Fortschrittspartei und Arbeiterschaft zerschnitten und der geschichtliche Augenblick war verpaßt, der, wäre er von den Führern der Fortschrittspartei in seiner Bedeutung nicht verkannt worden, vielleicht die Bildung einer besonderen Klassenpartei für lange Zeit, wenn nicht für immer, unmöglich gemacht hätte. Die Arbeiter suchten einen Führer und einen Mann, der eine Führerrolle anstrebte, suchte Anhänger. So mußten beide Parteien sich finden.

Schon seit langer Zeit hatte Ferdinand Lassalle durch seine Vorträge die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf sich zu lenken gewußt. In einem dieser Vorträge, der über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes handelte und den er im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt, dem Maschinenbauerviertel Berlins, hielt, hatte Lassalle dargelegt, wie entsprechend den Änderungen der Produktionsweise die Gesellschaft allmählich aus einer feudalen in eine kapitalistische sich verwandelt habe, und wie nun, nach Grundadel und Bürgertum, die Arbeiterklasse berufen sei, eine hervorragende Stellung im Staatsleben zu übernehmen. Diese Rede, in der die Berliner Staatsanwaltschaft revolutionären Geist entdeckte, trug ihm eine Anklage ein, die am 11. Januar 1863 mit der Verurteilung Lassalles zu vier Monaten Gefängnis endigte. Lassalle legte Berufung ein und er hatte die Genugtuung, daß das Kammergericht das Urteil aufhob und die Gefängnisstrafe in eine kleine Geldstrafe umwandelte. Seine Verteidigungsrede, die sich betitelte: „Die Wissenschaft und die Arbeiter" und die von echter, edler Begeisterung für die Wissenschaft getragen, zugleich aber auch ein Meisterwerk rabulistischer Advokatenrhetorik war, bildete gerade das Stadtgespräch Berlins. Was lag näher, als daß der zur Einberufung des Arbeiterkongresses gewählte Ausschuß gerade an diesen Mann sich wandte mit der Bitte, seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und die Mittel, deren sie sich zu bedienen habe, um die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes in politischer, materieller und geistiger Beziehung zu erreichen, sowie besonders auch über den Wert der Assoziationen für die ganze unbemittelte Volksklasse darzulegen?

Lassalle kam dieser Aufforderung mit Begeisterung nach: der Traum seiner Nächte, die Hoffnung seiner Tage, Führer einer politischen Partei zu werden, schien sich erfüllen zu sollen. Er erließ am 11. März 1863 das berühmte „Offene Antwortschreiben", das man mit Recht als die Stiftungsurkunde der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bezeichnet hat. In ihm verneinte Lassalle die Frage, ob die Schulze-Delitzschen Genossenschaften imstande seien, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken. Schulze-Delitzsch verkenne das „eherne Lohngesetz". Dieses ökonomische Gesetz besage, daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigsten Lebensunterhalt reduziert bleibe, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich sei. -Dies sei der Punkt, um den der wirkliche Tagelohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiere, ohne sich jemals lange weder über ihn erheben, noch unter ihn herunterfallen zu können. Er könne sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben, denn sonst entstünde durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebotes von Händen, die den Arbeitslohn wieder auf und unter

seinen früheren Stand herabdrücken würden. Der Arbeitslohn könne auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, die somit das Angebot von Arbeitshänden noch verringere und den Arbeitslohn wieder auf den früheren Stand zurückbringe. Wenn dieses grausame Gesetz durchbrochen werden solle, sei es notwendig, die Arbeiter im Wege der Assoziation zu ihren eigenen Unternehmern zu machen. Dann falle die Scheidung in Arbeitslohn und Unternehmergewinn fort und der Arbeiter erhalte seinen vollen Arbeitsertrag. Die Arbeiter seien indes nur dann in der Lage, erfolgreiche Produktivgenossenschaften zu gründen, wenn der Staat ihnen das nötige Kapital leihe. Dem werde sich der Staat nicht entziehen können, sobald das allgemeine und direkte Wahlrecht eingeführt werde und die Arbeiter eine ihrer ziffernmäßigen Bedeutung entsprechende Vertretung in den Parlamenten hätten. Um das Wahlrecht aber zu erringen, müßten sich die Arbeiter in einem allgemeinen Arbeiterverein organisieren und eine große Volksbewegung nach Art der englischen Agitation gegen die Kornzölle in Fluß bringen.

Das Antwortschreiben Lassalles wirkte auf die Arbeiterkreise wie eine Offenbarung, wenn auch der äußere Erfolg, den sein Verfasser sich von ihm versprochen hatte, zunächst noch ausblieb. Lassalle selbst in seiner maßlosen Eitelkeit verglich es mit dem Anschlag der 95 Thesen Martin Luthers an der Schloßkirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517. In den Kreisen der Fortschrittspartei erfuhr es heftigen Widerspruch, und auch die Arbeiterkreise, die unter dem Einflusse Schulze-Delitzsch' standen, nahmen gegen Lassalle Stellung, weil sie von höchstem Mißtrauen erfüllt waren gegen den Staat, dem in der zukünftigen Organisation der Arbeiterschaft eine so wichtige Rolle zugedacht war. Aber auch Lassalle blieb nicht untätig, indem er in zahlreichen Versammlungen mit seinem fortschrittlichen Gegner abrechnete. Am 7. Mai 1863 fand in Frankfurt a. M. ein Arbeitertag statt, zu dem außer Lassalle auch Schulze-Delitzsch geladen war, um sich in offener Redeschlacht zu messen. Schulze aber lehnte ab, während Lassalle erschien, um an zwei Tagen, am 17. und 19. Mai, in einer großangelegten Rede, die er „Arbeiterlesebuch" nannte, seinen Standpunkt auseinanderzusetzen. Diese Rede, die wohl das Eindrucksvollste ist, was Lassalle gesprochen, gab Heinrich v. Treitschke zu dem Ausspruche Veranlassung, daß Robert Blum, der Demokrat von 1848, Friedrich List, der große deutsche Volksredner, und Ferdinand Lassalle die glänzendsten agitatorischen Redner des 19. Jahrhunderts gewesen seien. Ihr Erfolg war überwältigend: für die Anträge Lassalles stimmten 400 Teilnehmer, und einen Tag später entschieden sich in Mainz 800 Versammlungsteilnehmer gegen nur zwei für Lassalle.

So konnte denn am 23. Mai 1863, nachdem Karl von Rodbertus dem ökonomischen Teile des Lassalleschen Arbeiterprogramms zum großen Teil zugestimmt hatte, der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" in Leipzig in Anwesenheit von Abgeordneten aus zehn Städten ins Leben treten. Der § 1 seiner Satzungen besagte: „Unter dem Namen ‚Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein' begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Ver-

tretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Meinung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zu wirken." Seine Organisation war streng zentralistisch. Lassalle wurde sofort auf fünf Jahre zum unabsetzbaren Präsidenten erklärt und bekam eine nahezu diktatorische Gewalt. Aber das Wachstum der Vereinigung ging nur sehr langsam voran: drei Monate nach seiner Begründung zählte er erst 200 Mitglieder.

Ob es diese Langsamkeit der von ihm entfachten Arbeiterbewegung oder gemeinsame Gegnerschaft gegen die Fortschrittspartei gewesen ist, die Lassalle veranlaßten, mit dem größten Meister der Staatskunst, mit Herrn von Bismarck, Fühlung zu suchen, mag dahingestellt bleiben. Sicher aber ist, daß es Lassalle gewesen ist, von dem die Berührung mit Bismarck gesucht wurde und daß dieser sich in einigen unverbindlichen Gesprächen mit jenem ziemlich zurückhaltend benahm. Den äußeren Anlaß zu einer persönlichen Zusammenkunft der beiden Männer boten die Reden, die Lassalle im September 1863 in Barmen, Solingen und Düsseldorf „über die Feste, die Presse und den Frankfurter Abgeordnetentag" gegen die Fortschrittspartei gehalten hatte und in denen Lassalle sich offen als ein Bewunderer Bismarckscher Staatskunst zeigte. So sagte er: „Und wenn wir Flintenschüsse mit Herrn v. Bismarck wechselten, so würde die Gerechtigkeit erfordern, noch während der Salven einzugestehen: er ist ein Mann, jene aber sind — alte Weiber!" Und an einer anderen Stelle seiner Reden bemerkte er zuversichtlich: „Dafür, daß die Fortschrittsbäume nicht in den Himmel wachsen, dafür wird Herr v. Bismarck schon sorgen." Und endlich sagte Lassalle: „Das aber, Freunde, versprecht mir, wenn es je zu einem Kampfe kommen sollte zwischen dem Königtume von Gottes Gnaden auf der einen und dieser elenden Bourgeoisie auf der anderen Seite, dann schwört mir, daß ihr auf Seiten des Königtumes stehen werdet gegen die Bourgeoisie." Lassalle suchte offenbar Bismarck zu drängen, das allgemeine Wahlrecht einzuführen, aber dieser hielt die Zeit dafür noch nicht gekommen, erst mußte die deutsche Frage mit Blut und Eisen gelöst werden, ehe der weitblickende Staatsmann an tiefeinschneidende Reformen im Innern denken konnte. Wie Bismarck seine Stellung zu Lassalle auffaßte, zeigt am besten folgende Äußerung von ihm über Lassalle: „Ich bedaure, daß seine politische Stellung und die meinige mir nicht gestatten, viel mit ihm zu verkehren, aber ich würde mich gefreut haben, einen ähnlichen Mann von dieser Begabung und geistreichen Natur als Gutsnachbarn zu haben." In gleich freundlichem Ton ist eine andere Bemerkung Bismarcks gehalten: „Lassalle war einer der geistreichsten und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der ehrgeizig in großem Stile war, durchaus nicht Republikaner; er hatte eine sehr ausgeprägte nationale und monarchische Gesinnung, seine Idee, der er zustrebte, war das deutsche Kaisertum, und darin hatten wir einen Berührungspunkt." Allerdings hat Bismarck auch bezeugt, daß es Lassalle zweifelhaft gewesen sei, ob das Kaisertum mit der Dynastie Hohenzollern oder der Dynastie Lassalle abschließen sollte. Eine politische Gesinnungsgemeinschaft mit Lassalle lehnte Bismarck jedenfalls ab, und es ist daher durchaus zutreffend, wenn H. Oncken das Verhältnis der beiden Männer also charakterisiert: „Der Agitator, der

über keine greifbare Macht verfügte, war für ihn nur ein Stein auf dem Schachbrette, und zwar ein winziger."

Im Herbste 1863 wurde Lassalle abermals in einen Prozeß verwickelt. Gegen das ergangene Urteil legte er beim Kammergericht Berufung ein. Eine für den Zweck der Verteidigung vorbereitete Rede „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klasse" wurde noch vor der Verhandlung veröffentlicht. In ihr hat Lassalle mit besonderem Nachdrucke den friedlichen Charakter der Bewegung betont, die er ins Leben gerufen hatte. Die in erster Instanz ausgesprochene Strafe von vier Monaten Gefängnis wurde in eine Geldstrafe von 100 Talern umgewandelt.

Lassalle schien auf dem Höhepunkt seines politischen Ansehens zu stehen. Seine Arbeitskraft war ungeschwächt. Unermüdlich war er tätig, in Wort und Schrift, in Prozessen und in der Agitation, vielleicht von trüben Ahnungen erfüllt, daß seinem Wirken bald ein Ziel gesetzt sein würde. Im Februar 1864 erschien sein volkswirtschaftliches Hauptwerk „Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit". Der Titel sollte besagen, daß Schulze keine eigenen Gedanken habe, sondern nur gedankenlos dem französischen Nationalökonomen Bastiat nachplappere, dem damaligen Hauptvertreter des Individualismus; so wie er, Lassalle, Julian Schmidt in literarischer Hinsicht abgestochen habe, so werde er auf wirtschaftlichem Gebiete Schulze vernichten. In dieser Schrift finden wir zwei berühmt gewordene Sätze. Der erste lautet: „Ich schreibe jede Zeile, die ich schreibe, bewaffnet mit der ganzen Bildung meines Jahrhunderts", und im Nachworte finden sich die Worte: „Schon höre ich in der Ferne den dumpfen Massenschritt der Arbeiterbataillone", die seitdem in sozialdemokratischen Aufsätzen, Reden und Flugblättern zu unzähligen Malen wiederholt worden sind.

Am 12. März 1864 stand Lassalle abermals vor dem Gerichtshof, diesmal wegen Hochverrats angeklagt. Der Oberstaatsanwalt hatte vier Jahre Zuchthaus beantragt, Lassalle aber wurde freigesprochen, nachdem er sich in einer Rede, die vier Stunden dauerte, verteidigt hatte. Es war jene Rede, in der er sagte: „Der Staatsanwalt beschuldigt mich, das allgemeine und direkte Wahlrecht herstellen und somit die Verfassung stürzen zu wollen. Nun wohl, meine Herren, obwohl ein einfacher Privatmann, kann ich Ihnen sagen: ich will nicht nur die Verfassung stürzen, sondern es vergeht vielleicht nicht mehr als ein Jahr, so habe ich sie gestürzt ... Und so verkündige ich Ihnen denn an diesem feierlichen Orte, es wird vielleicht kein Jahr mehr vergehen — und Herr von Bismarck hat die Rolle Robert Peels gespielt, und das allgemeine und direkte Wahlrecht ist oktroyiert." Was Lassalle prophetisch vorausgesehen hatte, erfüllte sich zwar nicht schon in einem, aber in drei Jahren: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht wurde in die Verfassung des Norddeutschen Bundes aufgenommen. In der gleichen Rede sprach Lassalle von dem Königtum, das, auf den Knauf des Schwertes gestützt, sich gegen die Clique (gemeint war die Fortschrittspartei) auf das Volk stützen könne, wenn es entschlossen sei, wahrhaft große, nationale und volksgemäße Ziele zu verfolgen. So kam der Sommer heran: Lassalle machte eine Reise in die Schweiz, seinem Verhängnis entgegen. Dort geriet er wegen Helene von Döniges, einer rothaarigen Schönheit von zweifelhaftem Rufe, mit dem Bojaren Janko von Racovitza in einen Ehrenhandel: Sein Gegner, der Bräutigam Helenes, verletzte Lassalle, ohne es zu wollen, am

28. August im Gehölz von Carrouge bei Genf durch eine Pistolenkugel so schwer, daß dieser drei Tage später verschied. In Breslau, seiner Heimatstadt, wurde seine Leiche auf dem jüdischen Friedhofe beigesetzt und auf sein Grabdenkmal die von dem Philologen August Boeckhs verfaßte Inschrift eingemeißelt: „Hier ruhet, was sterblich ist von Ferdinand Lassalle, dem Denker und Kämpfer."

Die wirtschaftlichen Anschauungen Lassalles gipfeln in seiner Theorie vom „ehernen Lohngesetz". Diese Theorie war nicht auf seinem eigenen Acker gewachsen. Denn seine Lehre ist, wie Schmoller bemerkt, nichts weiter als die schroffe Zuspitzung der Ricardoschen Lohnlehre im Sinne der Behauptung des wahrscheinlichen Zurücksinkens des Lohnes auf das Existenzminimum. Ricardo wiederum hatte sein Gesetz, nach dem sich der durchschnittliche Arbeitslohn auf die von einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft beschränke, aus der Bevölkerungstheorie des Malthus abgeleitet, der behauptet hatte, daß die Menschen sich schneller vermehren, als die zu ihrer Unterhaltung notwendigen Nahrungsmittel, und zwar jener in geometrischer Progression (1.2.4.8), diese aber nur in arithmetischer Progression (1.2.3.4). Die Begründung dieser Theorie durch ein angebliches Naturgesetz hat aber Lassalle nicht übernommen, er hat die Bevölkerungstheorie von Malthus vielmehr scharf bekämpft. Lassalles „ehernes Lohngesetz" geht von der falschen Voraussetzung aus, daß der Arbeitslohn eine einheitliche Größe für die Gesamtheit der Arbeiter ist, während er in Wirklichkeit großen Schwankungen und Verschiedenheiten selbst innerhalb der Gruppen der einzelnen Arbeiter ausgesetzt ist, da ja für seine Höhe die längere Vorbildung des Arbeiters, die Schwierigkeit der Arbeit und die Dauer der Arbeitszeit, also sehr verschiedenartige Faktoren maßgebend sind. Auch der Begriff des notwendigen Lebensunterhaltes schwankt durchaus, er wird bei verschiedenen Völkern und zu verschiedenen Zeiten stets einen verschiedenen Umfang haben. Überhaupt wird stets vergessen, daß es einen natürlichen oder gerechten Arbeitslohn überhaupt nicht gibt, daß es nicht eine einzige, sondern unendlich viele Lohnklassen und darum auch viele Gravitationspunkte gibt.

Inwieweit Lassalle seinen Louis Blanc entnommenen Vorschlag, Produktivgenossenschaften zu begründen, selber ernst nahm, steht dahin. Jedenfalls hielten seine Anhänger an dieser von ihm ausgegebenen Losung mit größerer Zähigkeit fest, als er selbst. Vertrauten Freunden gegenüber hatte Lassalle erklärt, daß er jederzeit bereit sei, dieses Schlagwort fallen zu lassen, sobald man ihm etwas Besseres biete. Ihm war es also nur darauf angekommen, aus demagogischen Gründen den Arbeitern ein scheinbar greifbares Ziel vor die Augen zu zaubern, denn Lassalle war klug genug, um zu begreifen, daß seine Produktivgenossenschaften notgedrungen um Gewinn und Lohn untereinander zu kämpfen haben würden. Sein Bedürfnis nach Mitteln zur Agitation verleitete ihn dazu, Forderungen aufzustellen, von deren Durchführbarkeit er unmöglich überzeugt sein konnte. Lassalle mußte wissen, daß die Unternehmungsform der Produktivgenossenschaft nur unter folgenden Voraussetzungen anwendbar ist: in Unternehmungen, in denen der Hauptfaktor der Produktion die Arbeit, nicht das Kapital ist; in Unternehmungen, in denen das Kapital kein Risiko läuft: ferner wenn man mit einem gleichmäßig gesicherten Absatz, mit keinen großen Veränderungen im

technischen Produktionsprozeß und in den Konkurrenzverhältnissen und mit keinen erheblichen Schwankungen in den Warenpreisen rechnen kann; in Unternehmungen, die für die Geschäftsleitung keine hervorragende Unternehmertüchtigkeit erfordern; und endlich in dem Falle, daß bei den Genossen hohe Arbeitsfähigkeit, großer Arbeitsfleiß, moralische Tüchtigkeit und genossenschaftlicher Sinn vorhanden sind (v. Schönberg). Alle diese Voraussetzungen sind bei großen gewerblichen Unternehmungen nur ausnahmsweise vorhanden. Wenn Lassalle gleichwohl die Begründung von Produktivgenossenschaften in den Vordergrund seiner politisch-agitatorischen Tätigkeit stellte, so bewies er damit, daß er ein gelehriger Schüler von Marx und Engels war, die, so abfällig sie auch über Lassalles persönliche Charaktereigenschaften urteilten, in ihm doch den erfolgreichen Vertreter des Klassenkampfes schätzten, der sich als unverrückbares Ziel seiner Agitation die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse gesteckt hatte. Einige Jahre nach dem Tode Lassalles hat Marx denn auch in einem Briefe an Johann Baptist von Schweitzer das „unsterbliche Verdienst" Lassalles rückhaltlos anerkannt, nach fünfzehnjährigem Schlummer die deutsche Arbeiterbewegung wieder wachgerufen zu haben.

Noch wenige Wochen vor seinem Tode war es Lassalle geglückt, in der Person des Frankfurter Advokaten J. B. von Schweitzer einen hervorragenden Mitarbeiter zu gewinnen, dem es später gelang, aus dem immer noch an Mitgliederzahl recht bescheidenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine zu politischer Arbeit befähigte Partei zu machen, der aber damals den Vorsitz im Verein noch nicht hatte übernehmen können. Schweitzer war im Jahre 1864 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, angeblich, weil er im Schloßgarten zu Mannheim unzüchtige Handlungen an einem Knaben hatte vornehmen wollen. Schweitzer selbst hat seine Unschuld stets beteuert und sein späteres Leben ließ nicht darauf schließen, daß er perversen Neigungen huldigte. Lassalle selbst, der in geschlechtlichen Dingen sehr weitherzigen Ansichten huldigte, hatte an Schweitzers Verurteilung nie Anstoß genommen, immerhin mußte mit der Stimmung in den Vereinen gerechnet werden, um so mehr, als die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Frankfurt (Main), also in der Heimatstadt Schweitzers, sich geweigert hatten, diesen in den Verein aufzunehmen. Lassalle setzte es aber durch, daß Schweitzer in Leipzig aufgenommen und bald auch in den Vorstand berufen wurde. In seinem Testament hatte Lassalle jedoch zunächst noch Bernhard Becker zu seinem Nachfolger im Vorstande bestimmt, dieser aber war eine fast komische Figur und stand völlig unter dem Einfluß der Gräfin Hatzfeldt, die immer noch regen Anteil an der Vereinstätigkeit nahm und wenigstens in der ersten Zeit, bis es zu einem offenen Bruche kam, mit Argusaugen darüber wachte, daß Lassalles Nachfolger sein politisches Erbe streng im Sinne des Verstorbenen verwaltete. Schweitzer, der eine gute Feder führte, wurde daher die Aufgabe zuteil, der Partei ein eigenes Parteiorgan zu verschaffen. Im Dezember 1864 wurde der „Sozialdemokrat" begründet, der in Berlin zunächst dreimal wöchentlich, später täglich erschien. Schweitzer, der das neue Blatt leitete, berief auch Wilhelm Liebknecht in die Redaktion. Dieser war infolge der Krönungsamnestie, 1862, aus seinem Londoner Exil nach Berlin gekommen, wo er in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", einer Gründung des Achtundvierzigers August Braß, der einst das Lied

gedichtet hatte: „Wir färben rot, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut", die auswärtige Politik im Sinne der großdeutsch-republikanischen Bestrebungen bearbeitete. Als Braß sich Bismarck zu nähern begann, hatte Liebknecht seine Stellung aufgegeben.

Schweitzer, der durch Liebknecht Beziehungen zu Marx und Engels angeknüpft hatte, um deren Unterstützung zu gewinnen, redigierte den „Sozialdemokrat", sehr zum Verdruß seiner Londoner Gönner, ganz im Sinne Lassalles, dessen Hinneigung zu Preußen und Bismarck von Schweitzer besonders stark betont wurde. Dieser hatte volles Verständnis für Preußens deutschen Beruf und für Bismarcks auf die Einigung Deutschlands gerichtete Politik. Er trug keine Bedenken, in seinem Blatte zu bekennen, daß Preußen alles, was es sei, durch die an seiner Spitze stehende Dynastie geworden sei. Auch Schweitzers Stellung zum Parlamentarismus darf in der heutigen Zeit nicht unerwähnt bleiben. Er äußerte sich zu dieser Frage folgendermaßen: „„Parlamentarismus oder Cäsarismus?" schreit man liberalerseits in die Welt hinein, ohne zu bedenken, wie wenig schmeichelhaft für die Schreienden die Stichworte gewählt sind. Denn „Parlamentarismus" heißt Regiment der Mittelmäßigkeit, heißt machtloses Gerede, während „Cäsarismus" doch wenigstens kühne Initiative, doch wenigstens bewältigende Tat heißt." Und da in jenen Tagen der damalige preußische Handelsminister, Graf Itzenplitz, die Aufhebung der Koalitionsverbote in Aussicht gestellt und die Arbeiterfrage als eines der bedeutendsten Probleme dieser Zeit bezeichnet hatte, von dessen Gewichtigkeit für das ganze Staatsleben die Regierung durchdrungen sei, konnte der „Sozialdemokrat" mit unverkennbarer Genugtuung erklären: „Die preußische Regierung sei die erste Regierung Deutschlands, die es gewagt hat, offen und bestimmt eine wahrhaft volkstümliche Sache, die Lösung der Arbeiterfrage, offiziell auf ihr Programm zu nehmen." Man kann sich denken, wie derartige preußen- und regierungsfreundliche Äußerungen auf Marx in London wirken mußten. Es kam zwischen ihm und Schweitzer zu heftigen brieflichen Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß Marx und Engels eine öffentliche Absage an die Schriftleitung des „Sozialdemokrat" ergehen ließen, worauf auch Liebknecht aus der Redaktion ausschied.

Wenige Monate nach der Begründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" war 1863 in Frankfurt (Main) in ausgesprochenem Gegensatze zu Lassalle ein zunächst nicht parteipolitischer „Verband Deutscher Arbeitervereine" begründet worden, dessen ständigem Ausschuß neben Fr. A. Lange, dem Verfasser der „Geschichte des Materialismus", und Max Hirsch auch ein in Leipzig wohnender Drechslergeselle, August Bebel, angehörten. Dieser war am 22. Februar 1840 als Sohn eines aus Ostrowo in der Provinz Posen stammenden Unteroffiziers geboren worden. Nach dem frühen Tode der Eltern wurde der Knabe zu einem tüchtigen Drechslermeister in die Lehre gegeben, nach deren Beendigung der junge Geselle die üblichen Wanderjahre durchmachte, die ihn durch viele Gegenden Mitteldeutschlands führten. Im Jahre 1860 fand er in Leipzig Arbeit, wo Bebel sich bald am politischen Leben beteiligte. Bebel war damals noch Mitglied der sächsisch-demokratischen Volkspartei und ein Gegner des allgemeinen Wahlrechts. Erst als er zu Liebknecht, der bald nach seinem Austritt aus der Schriftleitung des „Sozialdemokrat" wegen heftiger Angriffe gegen Preußen und

seine Regierung aus Preußen ausgewiesen worden war, in Leipzig in nähere Beziehungen trat, begann Bebel unter seinem Einflusse an der Haltung der liberalen Führer in Arbeiterfragen irre zu werden. Wie Bebel selbst bekannt hat, ist durch den Verkehr mit Wilhelm Liebknecht seine „Mauserung zum Sozialisten" beschleunigt worden. Schon 1865 hatte sich der „Verband Deutscher Arbeitervereine" der Beeinflussung durch die Fortschrittspartei entzogen und die Forderung des allgemeinen Wahlrechts angenommen. Im folgenden Jahr war die Befreiung von der Vormundschaft der Fortschrittler schon so weit gediehen, daß man sich offen auch gegen das Wirtschaftsprogramm von Schulze-Delitzsch erklären konnte, und als im Jahre 1867, in demselben Jahre, in dem Schweitzer den Vorsitz des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" übernahm, Bebel an die Spitze des „Verbandes Deutscher Arbeitervereine" trat, hatten in ihm die Gedanken des Marxismus und der Internationale bereits die Oberhand gewonnen. Schon im nächsten Jahre auf dem Vereinstage in Nürnberg gelang es den vereinten Bemühungen Bebels und Liebknechts, den Verband zu einer Erklärung zu bestimmen, die im wesentlichen dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation entsprach. (S. oben S. 52.) Bei dieser Gelegenheit wurde auch beschlossen, ein eigenes Verbandsorgan, das „Demokratische Wochenblatt", zu begründen, das Liebknecht durchaus im Sinne des strenggläubigsten Marxismus leitete.

Immer heftiger wurde der Streit zwischen den Lassalleanern und den Marxisten und alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung sehr bald in irgendeiner Form zum Austrag gebracht werden müsse. Bebel und Liebknecht faßten den Plan, Schweitzer zu stürzen, die Leitung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" an sich zu reißen und dann beide sozialistische Richtungen zu einem Ganzen zusammenzuschweißen. Der Anschlag scheiterte an der Wachsamkeit Schweitzers: trotz aller Angriffe behielt Schweitzer auf der Generalversammlung in Barmen (1869) die Oberhand, ohne aber verhindern zu können, daß ein Teil der Vorstandsmitglieder abtrünnig wurde und mit anderen Arbeiterführern ins gegenseitige Lager abschwenkte. Jetzt drängten die Marxisten zur Entscheidung. Ihr Organ, das „Demokratische Wochenblatt", veröffentlichte am 17. Juni 1869 einen Aufruf zu einem Einigungskongreß in Eisenach, unterzeichnet von 63 ehemaligen Mitgliedern des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins", von 106 Mitgliedern des „Verbandes Deutscher Arbeitervereine" sowie von zwei Mitgliedern der „Sektion Genf der Internationalen Arbeiterassoziation", und ließ sich zwei Tage später, am 26. Juni 1869, über den Zweck des geplanten Kongresses mit Worten, die den tiefen Riß zwischen den beiden Parteien grell beleuchteten, wie folgt aus: „Es wird sich zeigen, ob die Korruption, die Gemeinheit, die Bestechlichkeit auf jener Seite oder die Ehrlichkeit und die Reinheit der Absichten auf unserer Seite den Sieg davon trägt. Unsere Losung sei: Nieder mit der Sklaverei, nieder mit dem Personenkultus, nieder mit den Jesuiten, die unser Prinzip mit den Worten anerkennen, in den Handlungen es verraten." Seitdem nannte Schweitzer die „Eisenacher" spöttisch die „Ehrlichen", während die „Eisenacher" dadurch Vergeltung übten, daß sie von den Lassalleanern als von den „Verrätern" sprachen.

Der „Einigungskongreß" in Eisenach vom 7. August 1869 verlief so, wie man nach den vorausgegangenen Fehden nicht anders erwarten konnte, man

„einigte“ sich auseinander. Schon bei der Bureauwahl kam es zu heftigen Zwistigkeiten, so daß der Einberufer die Versammlung schließen mußte. Die Gegner der Schweitzerschen Richtung konstituierten sich sofort als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, zu deren Gunsten der „Verband Deutscher Arbeitervereine“ sich auflöste. Die neue Partei schuf sich ein neues, das sogenannte Eisenacher Programm, an dem besonders bemerkenswert war, daß es die Errichtung des freien Volksstaates, also der Demokratischen Republik, forderte, etwa nach schweizerischem Muster. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht aller Männer vom 20. Lebensjahre an sollte für alle Volks- und Gemeindevertretungen angestrebt werden, ferner unmittelbare Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr, allgemeiner unentgeltlicher Unterricht und Trennung von Staat und Kirche. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht wurde gefordert: Abschaffung der Klassenherrschaft durch Beseitigung der jetzigen Produktionsweise, Normalarbeitstag, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Das Programm enthielt also, abgesehen von dem republikanischen Endziel, nichts, was nicht auch von den Lassalleanern gefordert worden war, denen es sogar noch besondere Zugeständnisse dadurch machte, daß es jedem Arbeiter den „vollen Arbeitsertrag“ zuerkannte und „Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften“ gewährt wissen wollte. Die Organisation der neuen Partei wurde auf eine breite demokratische Grundlage gestellt. Zum Parteiorgan wurde das „Demokratische Wochenblatt“ gewählt, das vom 1. Oktober 1869 ab unter Liebknechts Leitung zweimal wöchentlich erscheinen, sich „Volksstaat“ nennen und der Partei gehören sollte. Auf Liebknechts Antrag wurde beschlossen, einen Ausschuß zur Beratung der Beziehungen zur „Internationalen Arbeiterassoziation“ einzusetzen und zugleich einen Vertreter für den bevorstehenden Baseler Kongreß der Internationale zu wählen. Schließlich empfahl der Kongreß allen Mitgliedern der Partei den persönlichen Eintritt in die Internationale, da die deutschen Vereinsgesetze einen unmittelbaren Anschluß der Partei an jene nicht gestatteten.

Der Zwiespalt, der zwischen den beiden Gruppen herrschte, trat besonders deutlich zutage, als der Krieg gegen Frankreich ausbrach. Schweitzer hatte schon gelegentlich seiner Wahl in den Reichstag erklärt, daß er, sollten ernstliche Gefahren vom Ausland her das deutsche Vaterland bedrohen, den König von Preußen, in dem jetzt die nationale Machtstellung Deutschlands gipfele, und seine Regierung mit aller Kraft, die einem einzelnen zu Gebote stehen kann, in dem Parlamente wie außerhalb zu unterstützen bestrebt sein werde. Entsprechend dieser nationalen Haltung ihres Führers stimmten außer Schweitzer auch Mende und Hasenclever, die im Reichstage die Lassalleaner vertraten, für die Kriegskredite, auch der inzwischen zur Eisenacher Partei übergetretene Fritzsche folgte ihrem Beispiel. Anders Liebknecht und Bebel. Liebknecht, der den heißersehnten Augenblick für den Zusammenbruch der Bismarckschen Politik für gekommen hielt, war entschlossen, gegen die Kriegskredite zu stimmen, erklärte sich aber schließlich auf Bebels Vorstellungen hin bereit, durch Stimmenthaltung wenigstens seine „Neutralität“ in diesem „dynastischen Kriege zwischen den Häusern Hohenzollern und Bonaparte“ zu bekunden. Als dann aber Ende November 1870 neue Mittel zur Fortsetzung des Krieges vom Reichstage gefordert wurden, stimmten alle Abgeordneten der sozialdemokratischen Gruppen dagegen. Das damals noch in seiner überwältigenden Mehrheit national gesinnte deutsche Volk hatte für dieses

unpatriotische Verhalten der sozialdemokratischen Führer im Reichstage kein Verständnis: bei den nächsten Reichstagswahlen gingen alle sozialdemokratischen Mandate verloren bis auf das Bebels, dem es gelang, den Wahlkreis Glauchau-Meerane zu behaupten. Die Lassalleaner erhielten im ganzen rund 67 000, die Eisenacher 30 000 Stimmen.

In diesem Augenblicke, der einen Wendepunkt in der Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu bedeuten schien, legte Schweitzer die Leitung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" nieder. Es geschah dies am 1. Juli 1871 und sein Nachfolger wurde Hasenclever. Schweitzer war der ewigen Vorwürfe seitens seiner Gegner, die sich nicht scheuten, auch mit vergifteten Waffen ihren Widerpart rein persönlich zu bekämpfen, allmählich müde geworden, und als vollends auch aus den eigenen Reihen ähnliche Angriffe gegen ihn erfolgten, war er entschlossen, „lieber Holz zu hacken und Steine zu klopfen, als noch einmal sozialdemokratische Parteiangelegenheiten zu betreiben". „Solche Erscheinungen des Undankes und des Blödsinns könnten nicht verwundern bei Leuten," hieß es in einer in der bürgerlichen Presse erfolgten Mitteilung, „von denen nur ein sehr kleiner Teil durch die Begeisterung für die neue Idee bewegt wird, während die weitaus meisten nur durch den Neid gegen höhere Gesellschaftsklassen oder auch andere unschöne Motive angetrieben würden, wozu dann noch ihr beschränkter Horizont käme." Schweitzer widmete sich nach seinem Ausscheiden aus der Politik ganz dem Theater. Innerhalb einiger Jahre schrieb er eine große Zahl meist erfolgreicher Schwänke, versuchte sich aber auch in Dramen. Er starb, erst 42 Jahre alt, am 28. Juli 1875.

Die Fehden zwischen den Lassalleanern und den Eisenachern hörten auch nach dem Rücktritt Schweitzers nicht auf, bis schließlich, namentlich auf das zielbewußte Betreiben Liebknechts, auf einem Vereinigungskongreß, der in den Tagen vom 22. bis 27. Mai in Gotha stattfand, eine wirkliche Vereinigung der feindlichen Brüder zustande kam. Sie ist nur dadurch möglich geworden, daß Wilhelm Liebknecht, um zu seinem Ziele zu gelangen, sich nicht scheute, eine Handlung zu begehen, die man auch dann nicht gut zu heißen vermag, wenn man in der Politik den moralisch sehr anfechtbaren Grundsatz gelten lassen will, daß der Zweck die Mittel heilige. Bereits am 15. Februar 1875 hatten in Gotha die „Vorbesprechungen über den späteren Einigungskongreß" stattgefunden. Der vorläufige Entwurf des auf ihm zu beratenden Programms war an Karl Marx zur Begutachtung geschickt worden. Die Antwort, die Marx am 5. Mai aus London an Bracke sandte und die eine vernichtende Kritik des Gothaer Programms enthielt, hatte Wilhelm Liebknecht jedoch nicht veröffentlicht. Der Brief Marx' begann:

„Lieber Bracke!

Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm sind Sie wohl so gut, nach Durchlesung zur Einsicht an Geib und Auer, Bebel und Liebknecht mitzuteilen. Ich bin überbeschäftigt und muß schon weit über das Arbeitsmaß hinausschießen, das mir ärztlich vorgeschrieben ist. Es war mir daher keineswegs ein „Genuß", solch langen Wisch zu schreiben. Doch war es notwendig, damit später meinerseits zu tuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mitteilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden ... Abgesehen davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Überzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen."

Die Parteigenossen, unter ihnen auch Bebel, haben erst im Jahre 1891, als Friedrich Engels in der Wochenschrift „Die Neue Zeit" 1890/91, Heft 18, Seite 561, den Brief Marx' und dessen Kritik des Gothaer Programms veröffentlichte, von seinem abfälligen Urteil über das Gothaer Programm Kenntnis erhalten. Auf dem Erfurter Parteitag 1891 wurde Liebknecht zur Rede gestellt, aber er rühmte sich seiner Handlungsweise, indem er stolz erklärte (Seite 328 des Protokolls): „Ich glaube in meinem Leben niemals der Partei einen größeren Dienst geleistet zu haben, als damals, wo ich den Ratschlag meines Freundes und Lehrers Marx zurückwies und in das Einigungsprogramm gewilligt habe." Daß Marx an diesem Gothaer Programm so ziemlich alles auszusetzen fand, begreift sich, da es den Gedanken, die den Lassalleanern teuer waren, noch weit mehr als das Eisenacher Programm entgegenkam. So wurde das „eherne Lohngesetz" und die Gründung von Produktivgenossenschaften durch Staatshilfe mit aufgenommen. An der Spitze des Programms stand der von Adam Smith übernommene Satz: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur." Der politische Teil des Programms erfuhr insofern eine Erweiterung, als das allgemeine Wahlrecht auch für die Frauen gefordert wurde. Die nunmehr geeinigten Gruppen gaben dem neuen Gebilde den Namen „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands", die allen bürgerlichen Parteien in aller Form den Krieg ansagte, da diese ohne Ausnahme der Sozialdemokratie gegenüber „eine reaktionäre Masse" seien. „Der Neue Sozialdemokrat", das bisherige Organ des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins", wurde von Hasselmann noch ein Jahr lang herausgegeben. Der „Volksstaat", das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, ging 1876 ein; an seine Stelle trat der „Vorwärts", der Vorläufer des heutigen offiziellen Parteiorgans der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

IV.

Das Erfurter Programm.

Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das am 19. Oktober 1878 nach den Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. durch Hödel und Nobiling vom Deutschen Reichstage mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen worden und schon am 21. Oktober desselben Jahres in Kraft getreten war, wurde durch die Reichstagsabstimmung vom 25. Januar 1890 nicht mehr verlängert. Dieses Ereignis war für die Sozialdemokratie, die nunmehr wieder auf den Boden des gemeinen Rechts gestellt war, das Signal, möglichst rasch an den Wiederaufbau der durch das Sozialistengesetz fast völlig zertrümmerten Parteiorganisationen zu gehen und sich durch die Schaffung eines neuen Parteiprogramms den veränderten politischen Verhältnissen anzupassen. Bereits auf dem Parteikongreß in Halle, dem ersten nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der vom 12. bis 18. Oktober 1890 tagte, wurde die von dem bayerischen Führer Ignaz Auer entworfene Satzung der Parteiorganisation angenommen, die Beratung des neuen Parteiprogramms aber auf den nächsten Parteitag vertagt.

Nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes war im Oktober 1879 an Stelle des verbotenen „Vorwärts“ der „Sozialdemokrat“, der damals in Zürich unter der Leitung des späteren Revisionisten Eduard Bernstein erschien, zum amtlichen Parteiorgan der deutschen Sozialdemokratie bestellt worden. Das Blatt wurde in Briefen nach Deutschland eingeschmuggelt und durch sozialdemokratische lokale Geheimorganisationen den Genossen zugestellt. Diesen Schriftenbetrieb leitete Motteler, der sich um die Verbreitung des Blattes so verdient machte, daß man ihn damals in Parteikreisen allgemein den „roten Postmeister“ nannte. Als Beispiel für die Sprache, die damals der Züricher „Sozialdemokrat“ führte, seien die Worte wiedergegeben, mit denen er die „Hinrichtung“ des Zaren Alexander II. von Rußland begleitete, der das Opfer eines nihilistischen Anschlages geworden war: „Wenn die Kanonen die ultima ratio (das äußerste Mittel) der Könige sind, so ist das Dynamit das letzte Recht der Unterdrückten. Das Dynamit, als gewaltigstes Aktionsmittel, ist der Tod der Gewaltpolitik.“ An Stelle dieses Blattes nun, des „Sozialdemokrat“, der inzwischen freiwillig sein Erscheinen eingestellt hatte, wurde das „Berliner Volksblatt“, das seither als Lokalblatt erschienen war, zum Parteiorgan gewählt und mit dem Namen „Vorwärts“ betitelt. Liebknecht wurde die Stelle des Chefredakteurs mit einem Gehalt von 7200 M. übertragen. Ein anderer Gegenstand des Halleschen Parteitages war die Austragung des Streites mit einer radikalen Berliner Gruppe, den sogenannten „Jungen“ oder „Unabhängigen“, die von der Partei eine entschiedenere Vertretung der republikanischen Grundsätze gefordert hatten. Dieser Streit erfuhr seine Erledigung erst im nächsten Jahre auf dem Erfurter Parteitag durch den Ausschluß zweier Wortführer jener Unabhängigen aus der Partei. Auch die Frage der Agitation der Partei auf dem Lande war Gegenstand der Halleschen Beratungen, bei denen unter anderem der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Blos die Äußerung tat, daß es sozialdemokratische Bauern im eigentlichen Begriffe bis heute nicht gebe.

Der Parteitag der — wie sie nunmehr offiziell hieß — Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der vom 14. bis 20. Oktober 1891 in Erfurt tagte, hatte zum wichtigsten Gegenstand die Beratung des neuen Parteiprogramms. Dieses war von Karl Kautsky, dem Redakteur des wissenschaftlichen Organs der Partei, der „Neuen Zeit“, entworfen und längere Zeit vor dem Parteitage zum Zwecke der Erörterung in Versammlungen und in der Presse veröffentlicht worden. Dieses Parteiprogramm, das nach dem Orte seiner Genehmigung durch die oberste Parteiinstanz kurzweg als „Erfurter Programm“ bezeichnet wird, wurde von Liebknecht in einer eingehenden Rede vorgetragen und erläutert. Die letzten Spuren Lassalleschen Ideen sind aus ihm ausgemerzt; es ist ganz im Geiste Marx' gehalten, dessen Theorien in der Partei nunmehr vollständig zur Herrschaft gelangt waren und darum in dem Programm der Partei zum Ausdruck gebracht werden sollten. Dieses Erfurter Programm hat folgenden Wortlaut:

> Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.
>
> Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geh-

die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und der Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung

und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigungen für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk. Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweise steigende Einkommens- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.

d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
e) Verbot des Truckſyſtems.

2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforſchung und Regelung der Arbeitsverhältniſſe in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichſtellung der landwirtſchaftlichen Arbeiter und Dienſtboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beſeitigung der Geſindeordnungen.
4. Sicherſtellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der geſamten Arbeiterverſicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Das Erfurter Programm zerfällt, wie man ſieht, in zwei ſcharf voneinander getrennte Teile, in einen theoretiſchen und in einen praktiſchen Teil. In dem erſten allgemeinen Teile werden die Grundſätze und Endziele der Sozialdemokratie behandelt, während der zweite Teil die Forderungen enthält, welche die Sozialdemokratie als politiſche Partei erhebt, um durch ihre Erfüllung die Erreichung ihrer Endziele anzubahnen. Der erſte Teil gliedert ſich wieder in drei Unterabteilungen. In der erſten, aus den erſten vier Abſätzen beſtehenden Unterabteilung, wird die heutige Geſellſchaft und deren Entwicklungsgang nach ſozialdemokratiſcher Auffaſſung geſchildert, in der zweiten werden die Endziele der Sozialdemokratie dargeſtellt und in der dritten Unterabteilung endlich die Mittel angegeben, durch deren Anwendung jene Endziele verwirklicht werden ſollen.

Im erſten Satze des erſten Abſatzes wird mit wenigen Worten die materialiſtiſche Geſchichtsauffaſſung von Karl Marx wiedergegeben, die in der Annahme gipfelt, daß die wirtſchaftliche Entwicklung der Geſellſchaft mit der Notwendigkeit von Naturgeſetzen ſich vollziehe, daß alſo die Geſchichte der Menſchheit nicht durch Ideen, ſondern durch wirtſchaftliche Verhältniſſe beſtimmt werde. Daß dieſe Vorausſetzung den wirklichen Tatſachen nicht entſpricht, alſo falſch iſt, konnte bereits im zweiten Kapitel, das vom Marxismus handelt, im einzelnen bewieſen werden. Die weiteren Sätze des erſten und des mit ihm gedanklich im engſten Zuſammenhange ſtehenden zweiten Abſatzes laſſen eine ſcharfe und jedes Mißverſtändnis ausſchließende Faſſung durchaus vermiſſen, weil in ihnen zwei Faktoren in nahe Beziehung gebracht werden, die gar nichts miteinander zu tun haben: die Konzentration der Betriebe und die Zuſammenballung (Akkumulation) der Produktionsmittel, unter denen, wie aus dem vierten Abſatz der erſten Unterabteilung hervorgeht, das Programm Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohſtoffe und Werkzeuge, Maſchinen und Verkehrsmittel verſtanden wiſſen will. Da dieſe Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig geringen Zahl von Kapitaliſten würden, das heißt, da nur eine ganz kleine Anzahl von ungeheuer reich gewordenen Leuten die Möglichkeit beſäßen, dieſe Produktionsmittel durch das in ihren Händen befindliche Rieſenkapital ſich anzueignen, findet nach dem Erfurter Programm eine Zuſammenballung von Kapitalien in der Hand nur weniger Eigentümer ſtatt. Dieſer Vorgang iſt eine Frage der Eigentumsverteilung: die Zuſammenballung der Betriebe, die Schaffung koloſſaler Großbetriebe an Stelle vieler Kleinbetriebe iſt dagegen ein Vorgang in der Produktion, die niemals durch eine Akkumulation des Kapitals

beeinflußt werden, sondern nur durch Faktoren, die im Betriebe selbst liegen, durch eine Änderung der Technik u. dgl. Es läßt sich beispielsweise der Fall denken, daß ein großes Vermögen durch Aufhäufung von Zins und Zinseszins zu einem Riesenbesitz führt, den der Eigentümer aus irgendwelchen Gründen nicht zu verwerten imstande ist. Dann führen zwar die aufgehäuften Zinsen zu einer immer größeren Zusammenballung von Kapital in der Hand eines einzelnen Menschen, eine Änderung der Produktionsweise wird aber dadurch in keiner Weise herbeigeführt. Erst dann, wenn dieses zusammengeballte Kapital in der Hand eines Unternehmers sich befände und dieser es dazu benutzte, den Betrieb seines eigenen Unternehmens etwa durch den Ankauf zahlreicher anderer mittlerer und kleinerer Betriebe zu erweitern, erst dann hätte jene Akkumulation des Kapitals zu einer erheblichen Änderung der Betriebsweise geführt. In allen anderen Fällen aber, also bei Privatleuten oder solchen Unternehmern, die ihr Kapital nicht zu Betriebsvergrößerungen verwenden, findet eine Einwirkung der Zusammenballung des Kapitals auf eine Konzentration der Betriebe und damit auf den Untergang der Kleinbetriebe überhaupt nicht statt. Weder das Erfurter Programm noch seine geistigen Väter, an ihrer Spitze Karl Kautsky, kommen zu einer scharfen Scheidung jener beiden durchaus zu trennenden Faktoren, ebensowenig wie in den sozialdemokratischen Schriften — auch Marx tut es nicht — zwischen Kapitalisten und Unternehmern scharf unterschieden wird. Dadurch, daß immer wieder von der „Konzentration der Betriebe“ und der „Akkumulation der Produktionsmittel“ oder der „Konzentration des Kapitals“ in einem Atem gesprochen wird und „Kapitalist“ und „Unternehmer“ gleichgestellt werden, ohne zu berücksichtigen, daß ein Kapitalist kein Unternehmer zu sein braucht und auch ein Unternehmer ohne jedes eigene Kapital, z. B. mit Hilfe von Leihkapital, einen Betrieb eröffnen kann, wird in die Begriffsbestimmungen der ersten Absätze des Erfurter Programms eine große Unklarheit hineingetragen, die vielleicht den Zweck verfolgt, über das Irrige der Behauptungen jener Sätze hinwegzutäuschen.

Um die Akkumulationstheorie zu begreifen, muß man auf die Ausführungen zurückgreifen, die Karl Marx in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ dieser Frage gewidmet hat. Marx sagt: „Wo das konstante Kapital im Verhältnis zum Gesamtkapital wächst, da fällt ceteris paribus in gleichem Verhältnis die Zahl der ‚Stellen‘.“ Da nach Marx das konstante Kapital im wesentlichen die Maschine samt der für sie erforderlichen Grundstücke und Gebäude ist, kann man mit Franz Oppenheimer das Gesetz der Akkumulation aus der wissenschaftlichen Kunstsprache ins Volkstümliche dahin übersetzen: die Maschine setzt den Arbeiter frei oder, um ein anderes Wort von Marx anzuführen: „Als Maschine wird das Arbeitsmittel sofort zum Konkurrenten des Arbeiters . . . Das Arbeitsmittel erschlägt den Arbeiter.“ Der Vorwurf, daß technische Verbesserungen, insbesondere die Maschinen, auch auf die Dauer die menschliche Arbeitskraft verdrängten, ist nicht zuerst von Marx erhoben worden. Schon im Jahre 1748, zu einer Zeit also, in der moderne Maschinen mit ihrer gewaltigen Leistungsfähigkeit noch gar nicht erfunden waren, meinte Montesquieu: „Jene Maschinen, welche die Vereinfachung der Arbeit des Menschen zum Zwecke haben, sind nicht immer ersprießlich. Wären die Wassermühlen nicht überall eingeführt, so

würde ich sie nicht für so nützlich halten, als sie sein sollen, weil sie die Tätigkeit zahlreicher Menschenhände lähmen." In die Wissenschaft aufgenommen wurde die Anschauung nach den Angaben von Marx zuerst von John Berton, dann von David Ricardo, der sie in dem nachträglich seinen Untersuchungen zugefügten XXXI. Kapitel der offiziellen Theorie einverleibte. Aus dieser Anschauung heraus lassen sich die Hunderte von Maschinenzerstörungen und tumultarischen Aufstände erklären, die aus Anlaß ihrer Einführung sich abspielten und vielfach sogar noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts dauerten. In neuester Zeit hat man die der Maschine feindliche Gesinnung gern in der Form zum Ausdruck gebracht, die ihr der Spezialist Most in seinem Buche „Kapital und Arbeit" gab. „Jede Verbesserung der Maschinen wirft einen Teil der Arbeiter aufs Pflaster. Schon um jeden Widerstand der Arbeiter unmöglich zu machen und deren Sklaverei fester zu begründen, ist das Kapital ununterbrochen darauf bedacht, durch neue Maschinen neue Reduzierung der Arbeiterzahl zu ermöglichen."

Wie schon erwähnt, sind es die Verhältnisse in der englischen Baumwollindustrie gewesen, an denen Marx seine Behauptungen und Theorien zu beweisen suchte. Ist doch die englische Baumwollindustrie auch diejenige gewesen, die zuerst Maschinen in großem Umfange verwendete, nachdem der selbsttätige mechanische Spinnstuhl eingeführt worden war. Man zählte in Großbritannien 1820 erst 14 000, 1835 aber schon 116 000, 1875 440 000 und 1890 615 000 Kraftstühle für Baumwollgewebe, die Cartwright im Jahre 1787 erfunden hatte. Marx läßt nun in seinem „Kapital" an einer Stelle 800 000 Baumwollweber durch Erfindung des Dampfwebstuhles auf das Pflaster geworfen werden, an einer späteren Stelle aber gibt er für das Jahr 1838 zwar dieselbe Zahl an, aber unter Einschluß der von ihnen beschäftigten Familienmitglieder. Bertheau, a. a. O. S. 35 (siehe oben S. 68) hat unter Berufung auf Ellison: „Cotton trade" S. 65 als Höchstzahl der Baumwollweber Englands für das Jahr 1833 die Ziffer 225 000 angegeben und aus einer Reihe weiterer Zahlen nachzuweisen versucht, daß Marx sich mit jener Behauptung einer starken Übertreibung schuldig gemacht habe, da höchstens 155 000 Handweber im Jahre 1838 ihr bisheriges Brot verloren hätten. In einer Erwiderung hat dann Eduard Bernstein seinerseits unter Berufung auf den Bericht des Committee on Handloomweavers für 1834/35, in dem die Gesamtzahl der Handweber Englands auf eine Million angegeben wurde, Marx gegen diesen Vorwurf in Schutz genommen. Da 1861 die Zahl der englischen Dampfstuhlweber rund 230 000 betragen habe, seien in der Zwischenzeit tatsächlich, wie Marx behauptet, 800 000 Weber verschwunden. Sei dem wie ihm wolle, daß Marx mit statistischen Zahlen äußerst leichtfertig umgegangen ist, steht fest und wird auch von ehrlichen Parteigenossen nicht abgeleugnet. Ihm erschienen seine Deduktionen stets vollkommen schlüssig, so daß er statistische Zahlen niemals nachgerechnet hat. Sonst hätte ihm, worauf Julius Wolf („Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung") aufmerksam gemacht hat, auffallen müssen, daß die 14 aus den 431 Berufen des englischen Zensus von 1861 herausgegriffenen Positionen (rund 3 Millionen von rund 13½ Millionen Erwerbstätigen) zusammengezählt ein Mehr beschäftigter Arbeiter ergaben. Ferner hat Marx, nach Franz Oppenheimer, neben die angeführten

Daten aus der Baumwollindustrie von 1861/68 auch die aus dem Jahre 1858 gestellt, aus denen er hätte berechnen können, daß trotz des gewaltigen Rückganges in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts von 1858 bis 1868 die Arbeiterschaft dieser Industrie in jenen zehn Jahren im ganzen dennoch von rund 379 000 auf rund 401 000, also um fast 6 v. H. gewachsen war! Ferner hat Marx selbst angegeben, daß die englischen Baumwollwebereien und -spinnereien im Jahre 1851 371 777, im Jahre 1861 dagegen 456 646 Arbeiter beschäftigt hatten. Hätte er diese Zahlen nachgerechnet, so hätte er gefunden, daß hier eine Vermehrung der Arbeiter um 23 v. H. stattgefunden hatte, während im gleichen Zeitraume die Bevölkerung Englands nur um 5,6 v. H. gewachsen war.

Daß aber auch später die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse in der englischen Textilindustrie ganz anders sich vollzog, als nach den Theorien Marx' zu erwarten war, zeigen weitere, von Oppenheimer beigebrachte Tatsachen. Der Rückgang zwischen 1861 und 1868 war eine Folge der „Baumwollteuerung" (Cotton-famine), die sich während des amerikanischen Sezessionskrieges eingestellt hatte. Nach der Beseitigung dieser Störung, die mit der kapitalistischen Entwicklung Großbritanniens in keinem inneren Zusammenhange stand, wuchs die Arbeiterschaft der Baumwollindustrie regelmäßig weiter und ebenso regelmäßig, trotz allem ausländischen Wettbewerb, weit stärker als die Bevölkerung. Sie betrug 1880: 487 000, 1885: 504 000, 1890: 530 000. Während die Bevölkerung Englands insgesamt von 1851 bis 1889 um 31 v. H. zunahm, wuchs die Arbeiterzahl der englischen Baumwollindustrie um nicht weniger als 43 v. H. Und wie der Meister, so der Schüler! Auch Karl Kautsky hat in seinem Buche: „Karl Marx' ökonomische Lehren" die englische Baumwollindustrie als „ein Beispiel absoluter Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter" angeführt. Er verglich darin die Jahre 1861 und 1871, für die er angab, daß die Zahl der Arbeiter in diesem Jahrzehnt von 456 000 auf 450 000 gefallen sei. Im Jahre 1880 war diese Zahl aber wieder auf 487 000 und im Jahre 1885 auf 504 000 angewachsen. Kautskys Buch aber ist — 1887 erschienen!

Die Einwohnerschaft Deutschlands hat nach Adolf Weber im 19. Jahrhundert um 135 v. H. zugenommen und gleichwohl haben wir in allen Gewerben in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Kriege über Arbeitermangel zu klagen gehabt, ganz abgesehen von der Landwirtschaft, für deren Arbeiten alljährlich fast eine Million rassefremder Arbeiter nach Deutschland herangezogen werden mußten. Sehr häufig kamen Klagen über Arbeitermangel aus den Kreisen der Industrie. So heißt es z. B. in einem Bericht der Handelskammer von Duisburg für das Jahr 1907: „Der Mangel an gelernten Arbeitern, über den im abgelaufenen Jahre die damals noch sehr angespannt tätige Eisenindustrie in fast allen ihren Zweigen zu klagen hatte, macht sich besonders fühlbar hinsichtlich des Bedarfs an Schlossern, Drehern, Walzern, Ofenarbeitern, Hoblern, und daher ist es nicht selten gewesen, daß Arbeiter, die z. B. einige Wochen zur Aushilfe an einer Drehbank gearbeitet haben, sich als Dreher ausgaben. Daß durch Anstellung solcher Leute die Arbeit leidet, ist erklärlich. Daher muß es gerügt werden, wenn manche Werke derlei ungelernten Aushilfsarbeitern den Willen tun und in den Abgangspapieren eine ihnen nur aushilfsweise übertragene Beschäftigung eines sonst gelernten Arbeiters als Beruf angeben ...

Der ständige Mangel an Arbeitern, deren Ersatz sich schwierig gestaltete, führte auch zur Einstellung von Ausländern, Italienern, Österreichern, Holländern. Neben dem Mangel an genügenden und eingearbeiteten Arbeitskräften ist es der große Wechsel, besonders der jungen Arbeiter, unter denen die Werke leiden."

Wie stark im allgemeinen sich die Zahl der Industriearbeiter vermehrt hat, mögen einige Zahlen zeigen. In Preußen wurden z. B. in der Industriegruppe Metallverarbeitung 1849: 27 334, im Jahre 1907 dagegen 737 478 Arbeiter beschäftigt, was einer Zunahme von nicht weniger als 2598 v. H. entspricht. In der Gruppe der Maschinen und Apparate waren es 1849: 43 665 und im Jahre 1907: 518 506 Arbeiter. Das bedeutet eine Vermehrung um 1087 v. H. Im Deutschen Reiche wurden hauptberufliche Erwerbstätige in Bergbau, Industrie und im Baugewerbe gezählt:

1882	6 396 465	oder 53,69 %	der überhaupt hauptberuflichen Erwerbstätigen
1895	8 281 220	„ 36,14 „	
1907	11 256 254	„ 37,21 „	

Die Zahl der hauptberuflich erwerbstätigen Lohnarbeiter in dieser Gruppe aber betrug:

1882	4 096 243	oder 64,04 %	der überhaupt im Hauptberufe industriell Erwerbstätigen
1895	5 953 711	„ 71,92 „	
1907	8 593 125	„ 76,35 „	

Die Zahl der in Bergbau, Industrie und Baugewerbe beschäftigten Lohnarbeiter war somit von 1882 auf 1907 um 109 v. H. gestiegen, während in dem Zeitraum von 1880 bis 1910, also ungefähr im gleichen Zeitraum, die Bevölkerung des Deutschen Reiches sich nur um 43,5 v. H. vermehrt hatte.

Nach Ekener, „Arbeitermangel oder Geldknappheit?" 1903, waren beschäftigt in einigen wichtigen Zweigen der Eisengewinnung und Eisenbearbeitung im Jahre 1891: 195 000 Personen, 1895: 205 000 und 1900: 293 000 Personen. Die Jahre der wirtschaftlichen Hochkonjunktur von 1895 bis 1900 wiesen eine Belegschaftsvermehrung von 43 v. H. auf. Die Volksvermehrung belief sich im gleichen Zeitraum auf nur 8 v. H.

Aus diesen Zahlen geht somit hervor, daß die Behauptung, die Maschine verdränge die Arbeiter, werfe die Arbeiter also aufs Pflaster, und zwar auf die Dauer, als durch die Statistik erledigt anzusehen ist. Es kann als unbedingt richtig zugegeben werden, daß in einzelnen Zweigen durch die Einführung von Maschinen oder ihre vermehrte Anwendung zahlreiche Arbeiter zunächst arbeitslos gemacht werden; diese „freigestellten" Arbeiter bekommen aber sehr bald eine entsprechend gelohnte Beschäftigung in anderen Zweigen, so daß die Freisetzung von Arbeitern in einzelnen Zweigen durch Mehreinstellung von Arbeitern in anderen Zweigen in hohem Maße ausgeglichen wird. Selbstverständlich hat Marx gewußt, daß in zahlreichen Fällen ein solcher Ausgleich stattfindet, daß die kapitalistische Produktionsweise eine starke Mehreinstellung von Arbeitern in einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft mit sich bringt. Aber das von ihm aufgestellte Gesetz der Akkumulation bezieht sich auf die Gesamtheit der Volkswirtschaft, es ist nach ihm ein „allgemeines absolutes Gesetz". Es sind dann drei Fälle möglich. Erstens: Die Freisetzung in den einen Zweigen überwiegt die Mehreinstellung in den anderen, so daß nur teilweise ein Ausgleich stattfindet. In diesem Falle würde das Gesetz der Akkumulation richtig sein. Im

zweiten Falle gleichen sich Freistellung und Mehreinstellung aus, so daß ein voller Ausgleich sich ergibt. Auch in diesem Falle wäre das Gesetz teilweise richtig. Nur würde dann nicht mehr von einer „absoluten" Verelendung die Rede sein können, sondern nur noch von einer relativen. Oder endlich: es überwiegt die Mehreinstellung die Freisetzung, dann gäbe es zwei Möglichkeiten. Entweder sind die in einzelnen Zweigen freigesetzten Arbeiter in der Lage, ohne weiteres in diejenigen Zweige überzutreten, in denen eine überstarke Nachfrage nach neuen Arbeitskräften herrscht. Eine solche Nachfrage würde naturgemäß zu einer allgemeinen Lohnsteigerung führen, da ja mehr offene Stellen vorhanden sind als Arbeiter, mit denen sie besetzt werden können. Oder die Freigesetzten sind nicht fähig, überzutreten, dann würde der Lohn aller anderen Zweige nur noch um so stärker steigen, da ja der Wettbewerb der „Freigestellten" mit den beschäftigten Arbeitern fortfiele und diese dann die ihnen günstige Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt zu weiteren Lohnforderungen benutzen würden, welche die Unternehmer ohne weiteres bewilligen müßten, bis das nach Marx mit Beginn der kapitalistischen Ära „durch außerökonomische Gewalt" geschaffene Heer vogelfreier Proletarier aufgesaugt und damit schließlich auch die „Existenzbedingung" der kapitalistischen Wirtschaft, das „Kapitalverhältnis", verschwunden wäre. Eine Lohnsteigerung würde also in allen Fällen eintreten, während nach Marx die kapitalistische Produktionsweise die Tendenz haben soll, den Lohn zu senken.

Marx hat sich abgemüht, diese Kompensation- oder Ausgleichtheorie zu widerlegen. Da er dies mit sachlichen Gründen nicht fertig brachte, hat er sich damit begnügt, sie mit einigen allgemeinen, seine Verlegenheit deutlich verratenden Redensarten abzutun, in denen er ausführte: „Alle zurechnungsfähigen Repräsentanten der politischen Ökonomie geben zu, daß neue Einführung der Maschinerie pestartig wirkt auf die Arbeiter in den überlieferten Handwerken und Manufakturen, womit sie zunächst konkurriert. Fast alle beächzen die Sklaverei des Fabrikarbeiters. Und was ist der große Trumpf, den sie ausspielen? Daß die Maschinerie nach den Schrecken ihrer Einführungs- und Entwicklungsperiode die Arbeitssklaven in letzter Instanz vermehrt, statt sie zu vermindern! Ja, die politische Ökonomie jubelt sich aus in dem abscheulichen Theorem . . ., daß selbst die bereits auf Maschinenbetrieb begründete Fabrik nach kürzerer oder längerer ‚Übergangszeit' mehr Arbeiter abplackt, als sie ursprünglich aufs Pflaster warf." Marx verschiebt also hier durch ein Seiltänzerkunststückchen die Problemstellung völlig, da es sich gar nicht, wie Eduard Bernstein: Zur Theorie der Geschichte des Sozialismus, 4. Aufl. S. 67 durchaus zutreffend feststellt, um die Frage handelt, ob die Beschäftigung für die Arbeiter eine Plackerei ist oder nicht, sondern ob ihre Beschäftigungs*möglichkeit* abnimmt oder nicht.

Auch Karl Kautsky hat sich zu dieser Frage nicht gerade sehr klar und bestimmt geäußert. Er schreibt einmal in der „Neuen Zeit" 1886 S. 56: „Die Akkumulation und die sie begleitende Konzentration des Betriebes" — hier begegnet uns also abermals jene oben schon gerügte Verquickung zweier miteinander nichts zu schaffen habender Vorgänge — „bedingen die Abnahme der Zahl der beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zur Ausdehnung des angewandten Gesamtkapitals, eine relative Abnahme, die mitunter so

weit geht, daß sie zur absoluten wird; sie bedingen das Anwachsen einer industriellen Überbevölkerung, einer Reservearmee." Und in dem ebenfalls von Kautsky verfaßten Teile der „Erläuterungen" zum Erfurter Programm S. 12 heißt es: „Der Markt ist im großen und ganzen in steter Erweiterung begriffen, aber viel rascher als der Markt wächst die Zahl und die Arbeitskraft der Proletarier, die dem Kapital zu Gebote stehen, dank der Ausdehnung der Arbeitszeit, der größeren Anspannung der Arbeiter, der Entwicklung des Maschinenwesens, der Einverleibung der Frauen und Kinder in die Arbeiterarmee, dem Untergange der Kleinbetriebe usw. Daher kommt es, daß die kapitalistische Produktion nie, auch in der besten Zeit nicht, alle Arbeitskräfte verwenden kann, die ihr zu Gebote stehen. Es gibt immer eine Zahl Arbeitsloser, welche die sogenannte industrielle Reservearmee bilden." Es ist bereits oben nachgewiesen worden, daß, wenigstens in den Hauptindustriestaaten, die industrielle Bevölkerung sich stärker vermehrt als die Gesamtbevölkerung. Wenn sich auch noch beweisen läßt, daß die Prozentzahl der Arbeitslosen nicht steigt und daß die Arbeitslosen immer nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der Arbeiter einnehmen, dann ist auch die Behauptung von dem angeblichen Bestehen jener industriellen Reservearmee widerlegt, und dann kann auch die Behauptung nicht aufrechterhalten werden, daß es das Kapital ist, das eine solche — gar nicht vorhandene — Reservearmee beständig von neuem schafft.

Die Arbeitslosigkeit ist schon von jeher eines der schwerst wiegenden Probleme der Volkswirtschaft gewesen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, und die Geschichte hat es wiederholt bewiesen, daß Arbeitslose in großen Massen namentlich in den größeren Städten und Industriezentren eine öffentliche Gefahr bilden. Schon das Altertum kannte die Arbeitslosigkeit. Bekannt ist, welche Maßregeln der große athenische Staatsmann Perikles (nach der Darstellung von Plutarch) ergriff, um „die Stadt von einem arbeitslosen und darum unruhigen Gesindel zu befreien". Auch in Rom sammelten sich infolge der Proletarisierung der kleinbäuerlichen Schichten arbeitslose Massen an, die in den Gewerben kein Unterkommen fanden und infolgedessen bald gänzlicher Verkommenheit anheimfielen. Bei fast allen Revolutionen der Neuzeit wirkte die Arbeitslosigkeit als treibende Kraft mit. 1830 waren es in Paris Arbeitslose, die den Straßenkampf begannen. Das Jahr 1848 folgte auf eine Weltkrise und eine überall mißratene Ernte. Der Pariser Juniaufstand war ausschließlich eine Rebellion der Arbeitslosen, und die Pariser „Kommune" von 1871 stand im engsten Zusammenhange mit der Beschäftigungslosigkeit der Handlanger und Arbeiter.

Die Bettlerscharen des 14. und 16. Jahrhunderts waren die Vorläufer der heutigen Arbeitslosen. Die englischen Armengesetze von 1576, 1601 und später wiederholen immer wieder die Mahnung an die Friedensrichter und an die Armenaufseher, sie sollten die unbeschäftigten Arbeitsfähigen zur Arbeit setzen, Vorrat an Flachs, Hanf, Wolle, Zwirn und Eisen zur Beschäftigung der Arbeiter kaufen. Wo die Bevölkerung wuchs, wo Städte und Zünfte engherzig in der Aufnahme sich zeigten, entstanden leicht Arbeitslose; die beginnenden Söldnerheere beschäftigten Tausende immer nur in den Sommermonaten oft nur auf Wochen; nachher waren die reislaufenden Knechte verdienstlos. Immerhin blieb die Beschäftigung im 17., 18.

und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch leidlich gut. Friedrich der Große legte allen größeren und privilegierten Verlegern der Heimarbeiter die Pflicht gleichmäßiger Beschäftigung auf, die älteren Reglements der Hausindustrie erstrebten das gleiche (Gustav Schmoller). Erst die gewaltige industrielle Entwicklung, die mit der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte, erzeugte in den kritischen Jahren eine größere Arbeitslosigkeit, deren Beseitigung eine der brennendsten Fragen der Neuzeit geworden ist. Unterscheiden muß man aber zwischen der alle Jahre zu gewissen Zeiten wiederkehrenden „Saisonarbeitslosigkeit", durch welche die Angehörigen solcher Betriebe betroffen werden, die nur in der besseren Jahreszeit beschäftigt werden können, wie die eigentliche, durch wirtschaftliche Krisen hervorgerufene Arbeitslosigkeit. Auch die Saisonarbeitslosigkeit führt zuweilen zu schweren Benachteiligungen der von ihr Betroffenen, allerdings meist nur dann, wenn die Arbeiter, wie man dies gerade häufig bei den Bauarbeitern hat beobachten können, die hohen Verdienste, die sie während des Sommers gehabt haben, nicht haushälterisch zu verwalten und auf das ganze Jahr zu verteilen verstehen. Auch ist es häufiger vorgekommen, daß eine starke Bevölkerungsvermehrung in den Städten zu massenhaften Spekulationsbauten an Wohnhäusern und damit zur Einstellung von Bauarbeitern führte, die dann wieder entlassen wurden, sobald die Kreditschwierigkeiten unsolider Bauunternehmer die Bauten ins Stocken geraten ließen. Ein beredtes Beispiel hierfür gibt G. Mayer in der „Sozialen Praxis", Nr. 16 vom 20. Januar 1898, in dem er die Verhältnisse in Amsterdam beleuchtet: „Im Winter 1896/97 geschah es, daß die Arbeitslosigkeit einen bedrohlichen und allen größten Bemühungen spottenden Umfang annahm. Die Ursache lag in der nach langer Blütezeit eingetretenen Stockung der Bautätigkeit. Die Nachfrage nach Wohnungen war vorläufig befriedigt, die Hypothekenbanken fingen an, den Bauunternehmern gegenüber schwieriger zu werden, und dazu kam noch endlich, daß die Stadt seit 1896 Grund und Boden nur noch in Erbpacht ausgab, wodurch natürlich der Bauspekulation das Handwerk wesentlich erschwert war. Die großen Arbeitermassen, die in den voraufgehenden 18—20 Jahren in die Hauptstadt gezogen waren, sahen sich plötzlich ohne Arbeit und Brot."

Die Frage der Arbeitslosigkeit ist um deswillen so schwer zu lösen, weil es bisher noch ebensowenig gelungen ist, die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt statistisch zu erfassen, wie eine lückenlose Statistik der Zahl der Arbeitslosen aufzustellen. In der neueren Zeit lag der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, der bis jetzt allein etwas genauer untersucht worden ist, in den Jahren 1892—1895. In letzterem Jahre haben auch in Deutschland zwei Reichsarbeitslosenzählungen stattgefunden, die für die Beurteilung dieser wichtigen Erscheinung im einzelnen viel brauchbares Material bieten.

Diese Reichsstatistiken wurden im Sommer mit der Berufszählung, im Winter mit der Volkszählung verbunden. Nicht nur aus technischen Gründen, um Kosten und Zeit für die Aufarbeitung zu sparen, sondern auch aus praktischen hatte man dieses Verfahren einer selbständigen Arbeitslosenzählung vorgezogen. Durch die Verknüpfung wurden für die Ausarbeitung und Ausbeutung des gewonnenen Stoffes die verschiedensten Berechnungen ermöglicht, die eine einigermaßen sichere Beurteilung gestatteten, weil gleichzeitige Erscheinungen zur Feststellung kamen. Die gewählten Zeitpunkte

schienen ebenfalls angebracht, weil es von Wichtigkeit war, einmal die Arbeitslosigkeit in den Monaten kennen zu lernen, in denen die Gewerbe in ihrer größten Mehrzahl in Tätigkeit waren, und weil zum zweiten im Dezember nicht der Höchstpunkt der Arbeitslosigkeit zutage tritt — der wohl mehr in den Anfang des Februars fällt, da erfahrungsmäßig nach den Weihnachtsfeiertagen eine Abstoßung von Arbeitskräften stattfindet, außerdem auch die Inventuraufnahmen des Januars manche Entlassungen herbeiführen —, sondern mehr eine Durchschnittsziffer für den Zeitraum von Oktober bis März.

Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer, die sich als Arbeitslose bezeichneten, betrug am 14. Juni 1895: 299 352, am 2. Dezember aber 771 005 Personen. In diesen Zahlen waren auch die durch Krankheit Erwerbsunfähigen enthalten. Nach deren Abzug erhielt man die wirkliche Zahl der Arbeitslosen in folgendem Bilde:

	14. Juni 1895	2. Dezember 1895
Arbeitslose:	179 004	553 640
davon männliche:	132 737	400 017
weibliche:	46 267	153 623

Setzt man diese Zahlen mit der Bevölkerungsziffer in Verbindung, so zeigte sich, daß die Arbeitslosen am 14. Juni 0,34 v. H. und am 2. Dezember 1,06 v. H. der Bevölkerung betragen hatten.

Die Zählung ergab also, daß die Zahl der Arbeitslosen im Winter dreimal so groß war wie im Sommer. Der Grund dafür liegt natürlich in der Jahreszeit, auch konnte im Winter die Zahl der Vagabunden leichter festgestellt werden. Der Einfluß der Jahreszeit zeigte sich am deutlichsten bei jenen Berufen, deren Ausübung unmittelbar vom Wetter abhängig ist. Im ganzen waren bei der Winterzählung 374 636 Personen mehr arbeitslos als bei der Sommerzählung, die vom Wetter abhängigen Berufe zeigten aber allein schon einen Unterschied von 343 313, ein Zeichen, welche bedeutsame Rolle die Saisonarbeitslosigkeit spielt.

Der Grad der Arbeitslosigkeit ergibt sich aus einer Zusammenstellung mit den Berufsangehörigen:

	14. Juni 1895:			2. Dezember 1895:		
	Arbeitnehmer:	davon Arbeitslose:		Arbeitnehmer:	davon Arbeitslose:	
		absolut	in Hundertteilen:		absolut	in Hundertteilen:
1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei	5724026	19204	0,33	5776688	162472	2,80
2. Bergbau, Hüttenwesen, Industrie, Bauwesen . .	6506845	97782	1,53	6566712	274625	4,18
3. Handel und Verkehr . .	1494954	26180	1,75	1508708	41994	2,78
4 Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art	1771807	30907	1,74	3788108	68423	3,83
5. Staats-, Gemeinde- und Kirchendienst, freie Berufe	649039	4931	0,76	655010	6116	0,93
	16146671	179004	1,11	16295226	553640	3,40

Lehrreiche Aufschlüsse ergibt ein Vergleich der Altersklassen mit der Zahl der Berufsangehörigen für Sommer und Winter. Am stärksten ist dauernd die Arbeitslosigkeit bei allen Berufsklassen in den Altersklassen von 20 bis

30 Jahren. Das 50. Lebensjahr bedeutete im Sommer wie im Winter einen starken Rückgang der Gefahr, arbeitslos zu werden, abgesehen von der Landwirtschaft, in der eine steigende Tendenz zur Arbeitslosigkeit sich noch bis zum 70. Lebensjahr geltend machte und selbst die Altersklassen von über 70 Jahren noch etwa 6 v. H. der Arbeitslosen bei der Sommerzählung stellten (Paul Berndt, Die Arbeitslosigkeit, ihre Bekämpfung und Statistik).

Jene Zahlen beweisen, wie vorsichtig man gegenüber bloßen Schätzungen der Arbeitslosen sein muß. In den Jahren von 1892 bis 1895 schätzte man die Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 2 Millionen, auch in Großbritannien auf 1,25—2 Millionen. In Deutschland sprach man damals von 200 000 bis 2 Millionen, aber alle solche Schätzungen sind durchaus unbrauchbar für die Wissenschaft, zumal da kein Zweifel darüber bestehen kann, daß solche Schätzungen wie auch viele Zählungen mit einer begreiflichen Neigung vorgenommen werden, zu übertreiben. Im Jahre 1892 konnte man in deutschen Zeitungen vielfach lesen, daß 180 000 Handlungsgehilfen stellungslos wären. Später wurde es wahrscheinlich gemacht, daß es höchstens 4000 gewesen waren. Unter den durch die deutsche Dezemberzählung von 1895 ermittelten 771005 angeblich Arbeitslosen waren aber 217 365 Kranke, es blieben also nur, wie wir oben sahen, 553 640 gesunde Arbeitslose übrig. In Stuttgart wollte man von 1892 bis 1893 2086 Arbeitslose gezählt haben, zu städtischen Notstandsarbeiten aber meldeten sich 235. In Zürich meldeten sich im Winter 1897/98 554 Arbeitslose; als man nähere Untersuchungen anstellte, ergaben sich 129 bestrafte Verbrecher und Arbeitsscheue, 206 Unauffindbare, 13 Vermögende, 37 bereits wieder in Arbeit Stehende und nur 167 wirkliche Arbeitslose. In Karlsruhe fand im Winter 1892/93 eine Versammlung Arbeitsloser statt, in der ein Ausschuß gewählt wurde, der Listen zur Einzeichnung Arbeitsloser auflegte. Es zeichneten sich 216 Arbeiter ein, von denen 44 nicht aufzufinden und 26 notorisch arbeitsscheu waren. Rechnet man alle zusammen, die in einem ganzen Jahr über zwei Tage ohne Arbeit waren, so bekommt man leicht 30—50, ja mehr Prozent Arbeitslose zusammen; rechnet man in derselben Stadt aber nur die an einem bestimmten Tage Arbeitslosen, so sind es vielleicht 1—5 v. H. und nicht viel mehr, wenn man die Prozentzahl der Tage ohne Arbeitsverdienst gegenüber allen möglichen Arbeitstagen berechnet.

Gustav Schmoller nimmt wohl zutreffend an, daß auch in guten Zeiten 1—0,5 v. H. Arbeitslose wegen Arbeits- und Stellenwechsel vorhanden sind. Und welche Rolle der Saisonwechsel in der Arbeitslosigkeit spielt, ergibt sich daraus, daß, wie wir sahen, in Deutschland die gesamten gesunden Arbeitslosen am 1. Juni 1895: 179 000, am 2. Dezember 1895 dagegen 553 640 ausmachten, daß aber von ihnen auf die wenigen durch die Saison hauptsächlich beeinflußten Gewerbe an diesen beiden verschiedenen Terminen fielen

	im Juni:	im Dezember:
auf die Landwirtschaft . . .	17150	153139
„ „ Ziegelei	708	13073
„ „ Baugeschäfte	6107	21043
„ „ Maurer	6023	79918
„ „ Kellner	5048	11818
zusammen:	35036	278991

Es sind im Winter also etwa die Hälfte der gesunden Arbeitslosen, die nicht durch Krisen, nicht durch Veränderung der Technik und der Betriebsform brotlos wurden, sondern durch die unvollkommene Organisation der Geschäfte bei der Arbeitsverteilung auf die verschiedenen Teile des Jahres. Auch was wir aus der deutschen und österreichischen Krankenkassenstatistik darüber erfahren, wie die Zahl der versicherten Arbeiter zwischen dem Höhepunkt im Herbst und dem Tiefpunkt von Januar bis März schwankt, weist darauf hin, daß diese Wechsel wesentlich mit der Saisonarbeit zusammenhängen. Der Markenverkauf der deutschen Invalidenversicherung war 1912 für das arbeitslose Vierteljahr 55,9 Millionen Mark, für das bestbeschäftigte 67,4. Man wird Schmoller recht geben, wenn er meint, daß ein großer Teil dieser Verschiedenheit in der Beschäftigung sehr wohl durch geschicktere soziale Einrichtungen beseitigt werden kann. Mit der von Marx und dem Erfurter Programm behaupteten Schaffung einer industriellen Reservearmee durch die kapitalistische Produktionsweise haben diese Erscheinungen der Arbeitslosigkeit jedenfalls nicht das Geringste zu tun.

Daß 1—3 v. H. der großstädtischen Arbeiter durchschnittlich arbeitslos sind, ist fast zur Regel geworden, und zwar deshalb, weil die Menschenmassen, wie die Motte zum Licht, in die großen Städte streben, in der Hoffnung, dort das Glück zu erjagen, dort die ersehnte goldene „Freiheit", bessere Arbeitsverhältnisse zu finden und günstigere Lebensbedingungen zu gewinnen. Die Zählung von 1895 hat für die Großstädte nachgewiesen, daß in ihnen die Arbeitslosigkeit im Sommer vierfach so groß ist wie im Reich. Besonders gern suchen Personen, die anderswo arbeitslos geworden sind, den großen Arbeitsmarkt der Städte auf, in der bestimmten Hoffnung, daß dort doch noch irgendein Plätzchen für sie frei sein wird. Nach Dresdener Erhebungen machten solche Personen 11—13 v. H. der anderen dortigen Arbeitslosen aus, und zwar gleichmäßig von 1895, 1902 und 1904 (Troeltsch: Das Problem der Arbeitslosigkeit, 1907).

An sich müßte schon die große Bevölkerungszunahme, ihre höchst unregelmäßige Verteilung auf die einzelnen Gegenden und auf die einzelnen Berufe Stauungen und Hemmungen in der Wirtschaftsproduktion hervorrufen, die höchst unerwünscht sind. Diese Hemmungen und Stauungen werden nun, worauf Adolf Weber hinweist, vielfach geradezu künstlich vermehrt durch einen überaus häufigen Stellenwechsel. Nach den Feststellungen der großen Bochumer Knappschaftskasse, die 1892: 145 000, 1905: 270 000 Mitglieder umfaßte, betrug der Ab- und Zugang zusammen in Hundertteilen der durchschnittlichen Belegschaft: 1892: 62 v. H., 1893: 75 v. H., 1894: 72 v. H., 1895: 69 v. H. Nach dem Erstarken der Bergarbeiterorganisationen aber im neuen Jahrhundert zeigten sich, was besonders hervorgehoben werden muß, folgende Zahlen: 1900: 120 v. H., 1901: 101 v. H., 1902: 92 v. H., 1903: 106 v. H., 1904: 102 v. H., 1905: 72 v. H., 1906: 106 v. H., 1907: 127 v. H. und 1908: 121 v. H.

Eingehende Mitteilungen machte der Hamburger Gewerbeinspektor in seinem Berichte für 1908 über den Arbeitswechsel in den Betrieben, in denen mehr als 100 Arbeiter beschäftigt sind. Die Zahl der Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle gewechselt hatten, betrug 1906: 31 132 = 149,9 v. H., 1907: 32 997 = 163,2 v. H., 1908: 21 136 = 101,4 v. H. Dabei war der Stamm seßhafter Arbeiter in Hamburg größer als in den meisten übrigen Industrie-

bezirken. Im Jahre 1908 wurde durch den Gewerbeinspektor festgestellt, daß in 677 Fabriken mit 40 000 Arbeitern 34,6 v. H. der Arbeiterschaft über 5 Jahre und 22,8 v. H. über 10 Jahre in den gleichen Betrieben verblieben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der starke Stellenwechsel zum Teil auch auf politische Einflüsse zurückzuführen ist, insofern nämlich, als „eine Lösung der natürlichen Bande zwischen Unternehmern und Arbeitern im Interesse der sozialdemokratischen Bewegung liegt (Troeltsch)". „Diejenigen, die immer bei Muttern bleiben," meinte der Vorsitzende des Maurerverbandes Bömelburg 1901 auf dem 6. Verbandstage, „sind in der Regel nicht die besten Kollegen. Das sind diejenigen, die später als Jubiläumsgesellen bei den Unternehmern Medaillen bekommen."

Auf ähnliche Ursachen ist wohl auch die Tatsache zurückzuführen, daß die Kündigungsfristen immer mehr abgekürzt werden. Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten geht hervor, daß in den Großstädten, z. B. in Berlin, Breslau, die Kündigungsfristen immer mehr abgekürzt oder in der Mehrzahl der Fälle sogar ganz ausgeschlossen werden. Die statistischen Untersuchungen, die in Berlin für 1826 Betriebe hinsichtlich der Kündigungsfristen aufgestellt wurden, führten zu dem Ergebnis, daß für mehr als 60 v. H. eine Kündigungsfrist nicht bestand und daß in weiteren 16 v. H. dieser Betriebe nur eine eintägige galt.

Welche unsicheren Ergebnisse die Arbeitslosenzählungen zeitigen, mögen folgende Tatsachen zeigen: Am 17. November 1908 wurde in Berlin und Vororten eine amtliche Arbeitslosenzählung veranstaltet, die insgesamt 41 468 Arbeitslose ergab. Eine zwei Monate später, am 16. Februar unternommene, ebenfalls amtliche Zählung, wies in Groß-Berlin 23670 Arbeitslose auf, während eine von den sozialdemokratischen Gewerkschaften in Berlin und Vororten, zwei Tage vorher, vom 12. bis 14. Februar 1909 veranstaltete Zählung 101 300 Arbeitslose aufwies. Bei der im ersten Vierteljahr 1909 in Dessau veranstalteten Arbeitslosenzählung ermittelten die sozialdemokratischen Gewerkschaften 300 Arbeitslose, während die amtliche Zählung nur 200 aufwies. Unter diesen befanden sich noch viele, die erst kürzlich von auswärts zugezogen waren, und überwiegend waren es Saisonarbeiter oder junge Leute im Alter von weniger als 20 Jahren. Man begreift, daß nach solchen Erfahrungen die Männer der Wissenschaft und Politik den Wert solcher Arbeitslosenzählungen nicht allzuhoch einschätzen. Der Direktor des Statistischen Amts in Düsseldorf, Dr. Otto Most, veröffentlichte beispielsweise in den Conradschen „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik" im Juniheft 1910 eine Darstellung, in der er untersuchte, weshalb die bisherige Arbeitslosenstatistik auf einem falschen Wege sei. Zuverlässige Ergebnisse erwartet Most von einer Arbeitslosenzählung nur dann, wenn sie mit einer Zählung der entsprechend Beschäftigten verbunden ist.

Bei jeder Zählung der Arbeitslosen wird also, falls man die wirklichen Ursachen ihrer Beschäftigungslosigkeit gründlich ermitteln will, stets zu berücksichtigen sein, daß es ganz verschiedene Arten von Arbeitslosigkeit gibt, verschuldete oder unverschuldete, solche wirtschaftlicher und andere politischer Natur. Überwiegend werden von der Arbeitslosigkeit unfähige und unstete Personen und solche betroffen, die eine minderwertige Arbeitsleistung aufzuweisen haben. Arbeiter selbst haben offen zugegeben, daß nur die schlech-

festen Leister in Zeiten geringeren Bedarfes an Arbeitskräften abgestoßen werden. Der tüchtige Mann, der seine Pflicht tut, findet jahrzehntelang an derselben Stelle sein Brot oder wechselt doch nur wenige Male im Laufe eines langen Lebens („Die Wehr", Organ der Werkvereine, Nr. 22, 1907). Jedenfalls sind die Unternehmer schon im eigenen Interesse darauf bedacht, auch in schwierigen Zeiten ihre guten, tüchtigen, fleißigen Arbeiter nicht zu entlassen, sondern, wenn auch unter großen Opfern, weiter zu beschäftigen. Selbst während des industriell einen Tiefstand der Konjunktur bezeichnenden Jahres 1909 ist nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeitermangel das Charakteristische in den Arbeitsverhältnissen gewesen. In dem Jahresberichte der Handelskammer Altona war hierüber folgendes zu lesen:

„Entsprechend der verringerten Beschäftigung der Industrie war das Angebot an Arbeitskräften im Berichtsjahre ausreichend. Ein Überangebot ist aber nirgends hervorgetreten, zum Teil deshalb, weil diejenigen Fabrikanten, welche nicht genügend Bestellungen hatten, durch Einlegung von Feierschichten die Entlassungen verminderten. Da eine Reihe von Fabriken eine steigende Nachfrage nach ihren Produkten zu befriedigen hatte, so fehlte es etwaigen Entlassungen gegenüber auch nicht an Neueinstellungen. Selbst in der Zigarrenindustrie, in der nach Inkrafttreten des neuen Tabaksteuergesetzes der Absatz des Fabrikates zunächst stockte, ist man mit Entlassungen vorsichtig verfahren, so daß auch hier, zumal da vor Inkrafttreten mit erhöhter Anspannung gearbeitet worden war, von einer Notlage der Arbeiterschaft nicht die Rede sein kann. Geklagt wird vielmehr im Bezirke in einzelnen Branchen über Mangel an guten gelernten Arbeitern und tüchtigen Arbeiterinnen."

Daß der Notstand der Arbeitslosigkeit vor dem Kriege an und für sich auch für den einzelnen Arbeiter, der davon betroffen wurde, erträglicher war als etwa in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, bekunden gelegentliche Statistiken über die Arbeitswilligkeit der Arbeitslosen. Für Düsseldorf macht der oben erwähnte Dr. Most folgende Angaben:

	1901/02	1902/03	1907/08
Einen Arbeitsschein erhielten	1644	877	2105
Zur Arbeitsstelle ließen sich überweisen	1624	848	2047
Die Arbeit traten an	1399	736	1640

Im Jahre 1907/08 hatten also 465 = 22,1 v. H. der Arbeitslosen von dem Angebot überhaupt keinen Gebrauch gemacht, und von denen, die sich zur Arbeit meldeten, hielten viele nicht lange aus. Es arbeiteten 1907/08:

		absolut	v. H.
Unter	1—3 Arbeitstagen	347	21,2
Über	3—10 „	313	19,1
„	10—20 „	375	22,8
„	20—30 „	347	21,2
„	30—60 „	242	14,7
„	60 „	16	1,0

Bei solchen Zahlenangaben wie diesen darf nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß Notstandsarbeiten nicht immer für jeden Arbeitslosen geeignet sind: für den einen werden sie zu schwer, den anderen hindern sie am Suchen nach Arbeit in seinem eigentlichen Berufe. Aber gerade der Umstand, daß so viele Arbeitslose die Arbeitsgelegenheit annahmen, dann die Arbeit aber nicht antraten oder bald wieder verließen, spricht dafür, daß ihre Notlage nicht

besonders gewesen sein konnte. Auch von sozialdemokratischer Seite ist gelegentlich zugegeben worden — allerdings nur von Vertretern des Revisionismus, d. h. derjenigen Gruppe, die eine Abänderung des Erfurter Programms und eine Entfernung solcher Theorien aus ihm fordern, die durch die Tatsachen und die wirtschaftliche Entwicklung der auf das Erscheinen des Marxschen „Kapitals" folgenden Jahrzehnte widerlegt sind — daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland keineswegs erschreckend groß gewesen ist. Im März 1909 hatten 50 Arbeiterverbände, die 1 500 000 Mitglieder zählten, eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit in deren Reihen veranstaltet mit folgendem Ergebnis: es waren arbeitslos Ende März 1904: 2 v. H., 1905: 1,6 v. H., 1906: 1,1 v. H., 1907: 1,3 v. H., 1908: 2,5 v. H., 1909: 3,5 v. H. Mit diesen Zahlen stimmt auch die amtliche Statistik ziemlich überein. Sie ergab ähnliche Zahlen auch für die folgenden Jahre und für den Zeitraum 1907 bis 1913 einen Durchschnitt von 2,3 v. H. Jene Ergebnisse gaben im Dezember 1909 den „Sozialistischen Monatsheften" Veranlassung, zu schreiben: „Welcher Gewerkschaftler wird noch zugeben, daß die wachsende Produktivität der menschlichen Arbeit für die Arbeiter nur die wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung bedeute?"

Daß die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse in dem Deutschland einer großzügigen Sozialpolitik und einer die produktiven Kräfte stützenden und fördernden Wirtschaftspolitik im Vergleich zu allen anderen Kulturstaaten besonders günstig war, muß angesichts der unglückseligen Neigung gewisser politischer Kreise in unserem Vaterlande, alles Ausländische zum Schaden des eigenen Nestes zu verhimmeln, noch besonders unterstrichen werden. Nach einer Angabe von Professor Dr. Dade-Berlin in einem Vortrage auf der 35. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 22. Februar 1910 gab es in England unter den Mitgliedern der Arbeiterverbände im Jahre 1903: 6,7 v. H. Arbeitslose, 1904: 7,6 v. H., 1905: 4,9 v. H., 1906: 4,9 v. H., 1907: 6,1 v. H. In dem zur Beurteilung dieser Frage wichtigsten Jahre, dem wirtschaftlichen Krisenjahr 1908, das die deutsche Industrie dank einem guten inneren Markte und dank einer starken leistungsfähigen Landwirtschaft ohne tiefgehende Erschütterungen glücklich überwinden konnte, waren in England fast 10 v. H. der Mitglieder der Gewerkschaften arbeitslos, in Frankreich sogar 11,4 v. H., in Deutschland aber, wie wir sahen, nur 2,5 v. H. Das Deutschland von damals war wirklich in der Welt voran!

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Frage des Schutzes gegen Arbeitslosigkeit durch ein Reichsgesetz zu regeln. Unter diesen Umständen erschiene es angebracht, die Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit aus Reichsmitteln noch einer näheren Betrachtung zu unterziehen, aber der knappe Raum verbietet leider die Ausführung einer solchen Absicht.

Im Zusammenhange mit der Arbeitslosigkeit steht die Frage der wirtschaftlichen

Krisen,

die nach der Behauptung des Erfurter Programms angeblich „immer umfangreicher und verheerender" werden. In den von Kautsky und Schönlank verfaßten „Erläuterungen" zum Erfurter Programm wird behauptet, daß

die Arbeitslosen an Zahl immer zunehmen, wenn eine wirtschaftliche Krisis hereinbricht, und an solchen fehle es nicht. Das zeitweilige Eintreten einer Überproduktion sei in der heutigen Gesellschaft eine naturnotwendige Erscheinung. Sei der Anstoß, welcher der Produktion gegeben worden sei, ein gewaltiger, dann führe auch die naturnotwendig darauf folgende Überproduktion zu einer Weltkrise, die das Getriebe der kapitalistischen Produktionsländer überall auf das gewaltigste erschüttere. Je mehr eine kapitalistische Produktionsweise sich entwickle, desto gewaltiger müßten die zeitweise eintretenden Krisen werden, desto öfter müßten sie eintreten. Sie folgten einander immer rascher und dauerten immer länger. Das ist die ebenfalls schon von Marx aufgestellte sogenannte Krisentheorie, die ebenso falsch ist, wie die Behauptung, daß das Gespenst der Arbeitslosigkeit über jedem Arbeiter schwebe und daß zunehmende Arbeitslosigkeit eine industrielle Reservearmee schaffe, die das „Kapital" immer von neuem hervorbringe.

Diese Krisenlehre hat im Rahmen des sozialdemokratischen Lehrgebäudes nur eine nebensächliche Bedeutung, zumal es der Wissenschaft bisher noch nicht gelungen ist, trotz erschöpfender Einzeluntersuchungen, z. B. durch den „Verein für Sozialpolitik", eine allgemeine Theorie über das Erscheinen der Krisen aufzustellen, die sowohl nach ihren Ursachen wie nach ihrem Verlauf außerordentlich verschieden sind. Auch die Ausleger von Marx, vor allem Engels, konnten angesichts der von jedermann zu beobachtenden Tatsache, daß die Wirtschaftskrisen immer seltener werden und auf die Lage des Arbeitsmarktes durchaus nicht verheerend wirken, die ursprünglichen Behauptungen ihres Meisters nicht mehr vollinhaltlich aufrechterhalten. Schon Ende 1884 hatte Fr. Engels im Vorwort zur deutschen Ausgabe der Marxschen Schrift „Das Elend der Philosophie" die Vermutung ausgesprochen, daß unter den veränderten Verhältnissen des Weltmarktes sich eine neue Ausgleichsform der „Produktionsanarchie" geltend mache: dauernder Stillstand mit nur geringen Schwankungen bei Ausbleiben der eigentlichen Prosperität. Zehn Jahre darauf stellte Engels in einer Note zum dritten Bande des „Kapital" eine neue Vermutung auf, nämlich die, daß der industrielle Kreislauf (Zyklus), der in der Kindheit des Welthandels fünf Jahre, später zehn Jahre umspannt habe, und der geschilderte Zustand nur die Vorbereitungszeit eines neuen Weltkrachs von ungeheurer Heftigkeit bilde. Engels stellte an jener Stelle ausdrücklich fest, daß die große Ausdehnung der Verkehrsmittel und der Märkte die alten Krisenherde teils abgeschwächt, teils beseitigt habe, erblickte aber in jedem der Elemente, die einer Wiederholung der alten Krisen entgegenstreben, den „Keim einer weit gewaltigeren künftigen Krise". Wohl gemerkt, den Keim. Ob aber Keime zur vollen Entfaltung gelangen oder durch Gegenkräfte daran gehindert werden, das ist, wie Ed. Bernstein mit Recht betont, eine Frage der Umstände, die kein Mensch von vornherein zu beantworten vermag. Auch Engels drückte sich bei seinen Ausführungen hierüber so vorsichtig wie nur möglich aus, indem er den betreffenden Satz in die Frageform hüllte: Sollten wir? Jedenfalls ist der von Engels vorausgesagte ungeheure Weltkrach ausgeblieben trotz mancher kritischer Jahre, die es seitdem bis zum Ausbruch des Weltkrieges gegeben hatte.

Wenn gleichwohl einige sozialdemokratische Tempelwächter, um die alte Lehre zu retten, das Ausbleiben der fälligen Krisen mit dem Hinweis auf

gewisse, vorher nicht vorauszuberechnende Zwischenfälle oder Ausnahmeerscheinungen, wie den Bau von Eisenbahnen nach und in Ostasien, in Afrika, Vermehrung der Kriegsheere und Kriegsflotten zu erklären versucht haben, so haben sie eben vergessen, daß wir in einer Gesellschaft gelebt haben, in der dauernd sich neue Möglichkeiten für Riesenaufträge an die Industrie ergaben. Aber nicht das „Wettrüsten" der Völker, über das die sozialdemokratischen Führer im Parlament und Presse so oft die Schale ihres Zorns ergossen, nicht der „Moloch Militarismus", dessen nunmehrige Vernichtung das deutsche Volk wehr- und ehrlos und zum verächtlichen Spielball seiner haßerfüllten Gegner gemacht hat, spielte auf dem Arbeitsmarkt die entscheidende Rolle, sondern, wie Sombart in der „Sozialen Praxis" seinerzeit berechnet hat, war es in Deutschland vor allem der innere Markt, dessen Aufnahmefähigkeit ein gewaltiger Anreiz für die Steigerung der industriellen Produktivität gewesen ist. Nicht weniger als 72 v. H. der deutschen gewerblichen Erzeugnisse sind nach Professor Hitze im Inland verbraucht worden, und wie Professor Sombart an der oben angeführten Stelle nachgewiesen hat, ist die Ausfuhr des Deutschen Reiches an gewerblichen Erzeugnissen in den beiden letzten Jahrzehnten des verflossenen Jahrhunderts um mindestens 50 v. H. hinter der Steigerung der gewerblichen Produktion zurückgeblieben. Nicht die Ausfuhrmasse war zurückgegangen, wohl aber die Ausfuhrquote, es war also von der deutschen Gesamterzeugung ein immer größerer Teil im Inlande vom deutschen Volke selbst verbraucht worden, dank der Zunahme des allgemeinen Wohlstandes, an dem, wie wir später in anderem Zusammenhange nachweisen werden, auch der deutsche Arbeiter in immer steigendem Maße Anteil nahm.

So steht denn fest, daß die Krisen, an die Marx und Engels gedacht haben und die auch im Erfurter Programm eine Rolle spielen, die Rückschläge der Konjunktur, die einer wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung zu folgen pflegen, wie die Welle auf das Tal, das Tal auf die Welle folgt, weder an Häufigkeit noch an Schwere zugenommen haben. Noch niemals hatte die kapitalistische Wirtschaftsordnung auch nur annähernd einen so mächtigen Aufschwung erlebt, wie seit Mitte der neunziger Jahre bis zur Wende des Jahrhunderts, und doch war der Rückschlag, der im Jahre 1900 folgte — der erste heftige Rückschlag seit 25 Jahren — milder gewesen als jemals einer zuvor. Noch in den siebziger Jahren konnte Professor Hitze unter dem frischen Eindruck der damaligen schweren Krisis schreiben, daß die Produktionskrisen „die Todeswunde der kapitalistischen Gesellschaftsordnung" sind. Und schon anderthalb Jahrzehnte später konnte ein anderer Forscher, Julius Wolf in seinem „Grundriß der Nationalökonomie" diese Krisen preisen, da sie einen Anreiz bilden für den technischen und sonstigen Fortschritt, zu herabgesetzten Preisen führen und diese Errungenschaften an die Masse ausfolgen, derart Einkommen der „Reichen" an die „Armen" übertragend, also ein sozialer Mechanismus sind, der zwar zuerst Werte zerstört und Elend erzeuge, aber schließlich doch als Kraft- und Wohlfahrtsquelle der Volkswirtschaft wirke. Vielleicht hat darum Heinrich Dietzel recht, der im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" (3. Aufl. Aufsatz: Ernte) behauptet, daß das Schwanken der Konjunktur seinen Grund habe in der natürlichen Ordnung. Bald in kürzeren, bald in längeren Zwischenräumen greifen gewisse Zufälle in die soziale Wirtschaft ein, die, welche

Produktionsweise auch herrsche, mag die Organisation vorkapitalistisch, kapitalistisch oder kollektivistisch sein, einen Wirtschaftszyklus auszulösen berufen sind. —

Wir haben oben gesehen, daß die Voraussetzungen, von denen aus Marx und nach ihm das Erfurter Programm zur Aufstellung des Gesetzes vor der Akkumulation, der Zusammenballung des Kapitals kamen, falsch sind. Damit ist aber die Akkumulation selbst noch nicht als unrichtig erwiesen, denn es kann eine Tatsache richtig sein auch dann, wenn sich ergibt, daß ihre Ursachen falsch dargestellt sind. Es wird daher nunmehr zu untersuchen sein, ob tatsächlich, wie das Erfurter Programm behauptet, die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden und ob das Kapital sich immer mehr in der Hand weniger Kapitalisten und Großgrundbesitzer zusammenballt. Den Weg zur Erkenntnis weisen uns hier die Einkommenverhältnisse. Auch Marx und Engels haben sich dieses Weges bedient, aber sie griffen mit ihren Schlußfolgerungen aus den gefundenen Ergebnissen ihrer Untersuchungen daneben, weil es zur Zeit, als sie lebten, irgendwelche brauchbaren Statistiken über die Einkommen und Vermögen der physischen Personen in den Kulturstaaten überhaupt noch nicht gab. Marx, der Vater der Akkumulationstheorie, berief sich zum Beweise ihrer Richtigkeit auf die allerdings höchst ungünstigen Ergebnisse der preußischen Einkommensteuer in den Jahren 1840—1860, die in der Tat eine teils wirkliche, teils scheinbare Verkümmerung des Mittelstandes und der unteren Klassen vermuten ließen. Auch Ferdinand Lassalle konnte nach der damaligen preußischen Statistik seinen gespannt lauschenden Zuhörern die fürchterliche „Wahrheit" verkünden, daß 72,55 v. H. der preußischen Bevölkerung in allerelendester Lage, 16,75 v. H. in elender, 7,25 v. H. in gedrückter, 3,25 v. H. in erträglicher und nur 0,5 v. H. in guter Lage sich befänden. Diese Zahlen hatte Lassalle zur Verwertung in seinem „Offenen Antwortschreiben" vom 1. März 1863, Seite 24, den Veröffentlichungen des damaligen Leiters des Preußischen Statistischen Bureaus, Geheimrat Prof. Dieterici, entnommen, sie gehörten aber bereits dem Jahre 1851 an. Wäre Lassalle in seiner Agitation ehrlicher gewesen, so hätte er nicht verschweigen dürfen, daß seit jenem Jahre, was Lassalle sicherlich gewußt hat, die Steuererträge dauernd eine stärkere Vermehrung aufwiesen, als die Zahl der Steuerpflichtigen. Diese Entwicklung setzte sich auch nach dem Tode Lassalles fort. Nach einer Veröffentlichung des Kgl. Preußischen Statistischen Bureaus im VIII. Jahrgang, S. 83, ergab sich für den fünfzehnjährigen Zeitraum von 1852 bis 1867 folgendes Bild:

Es betrug in diesem Zeitraum in Prozenten die Vermehrung der Bevölkerung und der Steuererträge

bei der Klassensteuer	18,60	26,71
„ „ Einkommensteuer . . .	67,61	81,65
„ „ Mahl- und Schlachtsteuer	43,45	42,57
Insgesamt:	21,89	40,61

Die Steuererträge waren also etwa doppelt so stark gewachsen wie die steuerzahlende Bevölkerung. Diese Erscheinung wurde durch die stärkere Anziehung der Steuerschraube nur zum Teil erklärt, es mußte also angenommen werden, daß unter den Steuerpflichtigen durchgängig eine wesentliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, ein Aufrücken in höhere Vermögens- und Einkommensstufen stattgefunden hatte.

Seine Behauptung von dem Elend der preußischen Bevölkerung erhärtete Lassalle durch ein Beispiel aus Frankreich, das später auch August Bebel in seiner zum ersten Male 1871 erschienenen Schrift: „Unsere Ziele" verwendet hat, deren 11. Auflage 1902 erschien und die sogar noch im Jahre 1919 von neuem aufgelegt wurde, trotzdem ihr Verfasser seit 1885 im Vorwort zu jeder neuen Auflage ausdrücklich erklärte, daß der in ihr vertretene Standpunkt als längst überwunden zu betrachten sei. Nach jenem Beispiel wurden also in Frankreich im Jahre 1861 346 000 ländliche Wohnungen ohne Fenster und 1 817 328 mit nur einem Fenster und einer Tür gezählt; hieraus folgerte Lassalle, daß es 2 163 328 Wohnungen in Frankreich gäbe, deren Einwohner, die man hiernach auf über 10 000 000 Menschen schätzen müsse, sich im höchsten menschlichen Elend befänden. In Wirklichkeit aber lag die Sache ganz anders. In Frankreich bestand seit 1789 als Ergänzung der Mobiliarsteuer die Tür- und Fenstersteuer. Türen und Fenster, die nach den Straßen, Höfen und Gärten der Gebäude und Fabriken hinausgingen, waren steuerpflichtig. Der Steuersatz wuchs mit der Zahl der Öffnungen. Sie gab infolgedessen einen Anreiz dazu, an Fenstern und damit an Licht und Luft zu sparen, war also eine gesundheitlich höchst bedenkliche Steuer. In dieser Steuer, nicht aber wie Lassalle meinte, in der Verelendung war also der Grund dafür zu suchen, daß in Frankreich so viele Wohnungen ohne Fenster oder mit nur einem Fenster gezählt wurden. Jedenfalls darf nicht vergessen werden, daß Wissenschaft und Statistik damals, als Lassalle wirkte und schrieb, noch in den Kinderschuhen steckten, daß es keinen Zwang zur Abgabe einer richtigen Steuererklärung gab und daß infolgedessen der größere Teil der Einkommen und Vermögen überhaupt nicht oder nur sehr unvollkommen erfaßt werden konnte. Einen grundlegenden Wandel hat darin erst die Steuerreform des preußischen Finanzministers v. Miquel geschaffen, so daß erst von dieser Zeit an die Steuerstatistik für einigermaßen zuverlässig gelten kann.

Aber auch wenn Marx sich auf England beschränkt hätte, das klassische Land des Kapitalismus, von dem seine Betrachtungen regelmäßig ausgehen, so hätte ihn doch die Tatsache stutzig machen müssen, daß selbst in diesem Lande, das, wie wir schon mehrfach sahen, stets sehr viel ungünstigere Arbeitsverhältnisse gehabt hat, als das später in die industrielle Entwicklung eingetretene Deutschland, die Zahl der Armen sich dauernd verringerte. Es betrug nämlich die Zahl der offiziellen Armen in England:

1855—1859	4,7 v. H.	1875—1879	3,1 v. H.
1860—1864	4,7 v. H.	1880—1884	3,0 v. H.
1865—1869	4,5 v. H.	1885—1889	2,8 v. H.
1870—1874	4,2 v. H.	1890—1894	2,6 v. H.

der Gesamtbevölkerung.

Hält man damit zusammen, daß in England in diesen Jahrzehnten der Verbrauch beispielsweise an Kolonialwaren auf den Kopf der Bevölkerung in englischen Pfunden betragen hat:

im Jahre 1840 an Kaffee 0,85, an Tee 1,39, an Zucker 16,3, an Bier in Liter 96,
dagegen
im Jahre 1896 „ „ 1,72, „ „ 5,8 „ „ 81 „ „ „ „ 136,

so erkennt man, daß auch für England die Behauptungen von Karl Marx schon damals nicht zutreffend gewesen sein konnten.

Wie steht es nun mit den Einkommensverhältnissen im Deutschen Reiche? In Preußen bezogen ein Einkommen von weniger als 900 M.

im Jahre	1892	. . . . .	70,27 v. H.	der Bevölkerung
„ „	1896	nur noch	67,20 v. H.	„ „
„ „	1900	„ „	62,41 v. H.	„ „
„ „	1907	„ „	50,30 v. H.	„ „
„ „	1908	„ „	47,20 v. H.	„ „
„ „	1909	„ „	45,80 v. H.	„ „
„ „	1910	„ „	42,84 v. H.	„ „
„ „	1911	„ „	41,19 v. H.	„ „
„ „	1912	„ „	39,78 v. H.	„ „
„ „	1913	„ „	38,15 v. H.	„ „
und „ „	1914	„ „	36,70 v. H.	„ „

Von der Gesamtbevölkerung Preußens waren also im Jahre 1892 noch 20 952 059 Personen, die keine Einkommensteuer bezahlten, weil ihr Einkommen weniger als 900 M. betrug, im Jahre 1913 aber waren es nur 15 545 129, und im Jahre 1914 nur noch 15 136 123 Personen, die völlig einkommensteuerfrei waren. Dabei hatte sich die preußische Bevölkerung von 30 558 323 Personen im Jahre 1892 auf 41 649 062 im Jahre 1913 und auf 42 223 455 im Jahre 1914 vermehrt. Es hatte sich mithin in diesem Zeitraum von 1892—1914 die preußische Bevölkerung um 38,5 v. H. vermehrt, die Zahl derjenigen unter ihr dagegen, die ein so geringes Einkommen bezogen, daß sie zur Einkommensteuer nicht herangezogen werden konnten, sich um 27,7 v. H. vermindert.

Von den physischen Einkommensteuerpflichtigen in Preußen gab es (in Tausenden)

		im Jahre 1893	1902	1910	1913	1914
mit einem Einkommen von	900 — 3000 Mk.	2118	3310	5538	6489	6795
„ „ „ „	3000 — 6500 „	204	291	491	598	639
„ „ „ „	6500 — 9500 „	55	77	101	99	102
„ „ „ „	9500 — 30500 „	46	64	90	104	116
„ „ „ „	30500 — 100000 „	9	13	19	22	24
„ „ „ „	über 100000 „	1,5	2,7	3,9	4,7	5,2

Es bezogen in Preußen ein Einkommen zwischen 900 und 3000 M.

im Jahre	1892	2118969	Zensiten =	81,89 v. H.	aller Zensiten
„ „	1900	2963213	„ =	87,74 v. H.	„ „
„ „	1907	4825065	„ =	89,61 v. H.	„ „
„ „	1908	5284090	„ =	89,92 v. H.	„ „
„ „	1909	5477056	„ =	89,81 v. H.	„ „
„ „	1910	5537741	„ =	88,72 v. H.	„ „
„ „	1911	5806107	„ =	88,62 v. H.	„ „
„ „	1912	6122621	„ =	88,65 v. H.	„ „
„ „	1913	6489373	„ =	88,67 v. H.	„ „

Rechnen wir diese Zahlen auf die Gesamtbevölkerung um, so ergibt sich, daß in Preußen im Jahre 1896 mit einem Einkommen von 900—3000 M. nur 29,17 v. H. der Bevölkerung veranlagt waren, 1911 dagegen bereits 43,74 v. H., 1912: 45,08 v. H. und 1913: 46,80 v. H. Im Jahre 1895 hatten in Preußen nur rund 7 000 000 Köpfe der Gesamtbevölkerung ein Einkommen von 900—3000 M., im Jahre 1910: 16 707 687, 1911: 17 397 284, 1912: 18 138 941 und 1913: 19 070 161 Köpfe. Während also im Jahre 1895 in Preußen nur 7 000 000 Köpfe in Lohnverhältnissen standen, durch die sie einkommensteuerpflichtig wurden, ist deren Zahl bis zum Jahre 1913 um nicht weniger als rund 12 000 000 gestiegen.

Dem entspricht es auch, daß, wie wir sahen, die Zahl der zur Einkommensteuer herangezogenen Personen dauernd stieg. Waren im Jahre 1892 nur 29,73 v. H. der Bevölkerung einkommensteuerpflichtig, so waren es, wenn man die nach § 19 oder § 20 des preußischen Einkommensteuergesetzes Freigestellten (wegen großer Kinderzahl oder wegen anderer außerordentlicher Belastungen) mit hinzurechnet, im Jahre 1911: 58,81 v. H., 1912: 60,22 v. H. und 1913: 61,85 v. H. der Bevölkerung. Gestatteten schon diese Feststellungen einen günstigen Schluß auf die durchschnittlichen Einkommensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung Preußens und damit auch des ganzen Deutschen Reiches vor dem Kriege, so war dabei außerdem noch folgendes zu beachten: Die Einkommensteuer ging bisher nicht mehr, wie früher die Klassensteuer und die klassifizierte Einkommensteuer, von der unter einem Vorstand zusammengefaßten Haushaltung aus. Es wurde vielmehr — abgesehen von der Ehefrau — jede Einzelperson, insbesondere auch jedes Kind, individuell veranlagt, sofern irgendein der Verfügung des Vaters nicht unterliegendes Einkommen vorhanden war. Infolgedessen finden sich in den Listen zahlreiche Personen als Einzelsteuernde aufgeführt, die tatsächlich in einer Haushaltung mitlebten und ein eigenes Einkommen, sei es von mehr, sei es von weniger als 900 M. bezogen, das ganz oder teilweise dem Haushaltungsvorstand überlassen war, von diesem im Haushalt mit verwendet wurde und auf diese Weise wesentlich dazu beitrug, die Lebensstellung der gesamten Familie günstig zu beeinflussen und oft über die wirtschaftliche Stufe hinauszuheben, auf welche die steuerliche Veranlagung an sich schließen ließ. Hierher gehörten insbesondere die zahlreichen, in der Vorbildung zu einem Berufe befindlichen Leute, die noch im elterlichen Haushalt mitlebten, ebenso Gesellen, junge Kaufleute, weibliche Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen usw. Sie alle traten in den Steuerlisten als Einzelsteuernde auf mit einem Einkommen von weniger als 900 M. oder von vielleicht wenig mehr als 900 M., während ihre Lebenshaltung tatsächlich durch ihr Zusammenleben mit den Eltern und ähnlich gestellten Geschwistern oft weit über die Grenze der Dürftigkeit hinausragte. Als Einzelsteuernde mit Einkommen unterhalb der staatssteuerpflichtigen Grenze waren aber in den Steuerlisten auch alle diejenigen Personen aufgeführt, die außerhalb des elterlichen Hauses lebten, aber von den Eltern unterhalten wurden, weil sie noch kein eigenes oder wenigstens kein ausreichendes Einkommen hatten, z. B. Studenten, Referendare, unbesoldete Assessoren, in der Vorbildung zu einem Berufe befindliche Töchter, ferner Söhne und Töchter ländlicher Besitzer, die in fremden Wirtschaften tätig sind u. dgl. Sie vermehrten gleichfalls wesentlich die Zahl der dem äußeren Anschein nach gering bemittelten Personen, ohne daß man sie jedoch im entferntesten ihrer Gesamtlage nach zu den Bedürftigen zählen konnte. Endlich waren für die Betrachtung hier auch solche Personen auszuscheiden, die zeitweise als aktive Militärpersonen oder Anstaltsinsassen erwerbslos waren oder deren Einkommen zwar 900 M. — vielleicht weit — überstieg, aber nach den Vorschriften des Doppelsteuergesetzes ganz oder mit seinem 900 M. übersteigenden Teile nur in anderen Bundesstaaten zur Besteuerung herangezogen werden durften.

Betrachten wir weiter das Einkommen der kleinen Zensiten, also der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 900—3000 M., so ergibt sich für Preußen das folgende Bild:

1892	2 911,98	Millionen Mark
1896	3 196,74	„ „
1900	4 011,18	„ „
1905	5 209,29	„ „
1910	7 675,64	„ „
1911	8 078,45	„ „
1912	8 580,59	„ „
1913	9 205,25	„ „

Das Einkommen der mit einem Einkommen von weniger als 3000 M. veranlagten Steuerpflichtigen war somit von rund 3 Milliarden M. im Jahre 1892 gestiegen auf mehr als 9 Milliarden M. im Jahre 1913, hatte sich also in diesen 21 Jahren um mehr als 6 Milliarden erhöht.

In Preußen hatten jährlich ein Einkommen von

	über 100 000 bis 500 000 Mk.	über 500 000 bis 1 Million Mk.	über 1 Million Mk.
1911	3847 Personen	214 Personen	81 Personen
1912	4136 „	233 „	87 „
1913	4416 „	242 „	89 „

Eine Statistik für das Königreich Sachsen ergibt für die Zeit vor dem Kriege ein gleich günstiges Bild. Nach einer vom Direktor des Kgl. Statistischen Landesamtes, Geh. Regierungsrat Dr. Eugen Würzburger, im Heft 2, Jahrgang 56 der „Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Landesamtes" veröffentlichten Berechnung hatten in Sachsen im Jahre 1904 68,67 v. H. der eingeschätzten Personen ein Einkommen unter 1250 M., im Jahre 1908 aber nur noch 63,09 v. H. In der gleichen Zeit waren die Einkommen von 1250—5300 M. von 27,62 v. H. auf 33,27 v. H. gestiegen. Die Bewegung zeigte dasselbe günstige Bild, wenn die Einkommen der Haushaltungen und Familien in Betracht gezogen wurden. Es trafen bei den Einschätzungen

	auf 100 Haushaltungsvorstände			auf 100 Familien		
	bis 1250	von 1250 bis 5300	über 5300	bis 1250	von 1250 bis 5300	über 5300
1904	49,97	43,27	6,76	37,52	54,84	7,64
1906	47,18	46,23	6,59	34,49	57,92	7,59
1908	41,97	51,41	6,62	29,52	62,71	7,77

Auch die Ergebnisse der Vermögens- oder, wie sie in Preußen offiziell genannt wurde, der Ergänzungssteuerveranlagung, widerlegen die Theorie, daß sich das Kapital in wenigen Händen zusammenballe, daß die Armen immer ärmer, die Reichen immer reicher und an Zahl geringer würden. Das preußische Ergänzungssteuergesetz vom 14. Juni 1893, das mit dem 1. April 1895 in Kraft trat, setzte im § 37 eine Veranlagungsperiode von drei Steuerjahren fest. Mit dem Jahre 1899 war die erste, mit 1902 die zweite, mit 1905 die dritte, mit 1908 die vierte und mit 1911 die fünfte durch das Gesetz vorgesehene Veranlagung für einen dreijährigen Zeitraum erfolgt. Diese Veranlagungen hatten folgende Ergebnisse:

Es betrug:	1895	1897/98	1899/1901	1902/04	1905/07	1908/10	1911/13
a) Die Gesamtzahl der Zensiten ohne Angehörige in Millionen (rund)	1,15	1,18	1,23	1,30	1,38	1,50	1,77
b) Vom Hundert der Bevölkerung . .	4,33	4,44	4,57	4,77	5,00	5,36	6,43

Es betrug:	1895	1897/98	1899/1901	1902/04	1905/07	1908/10	1911/13
c) das veranlagte Vermögen in Millionen Mark . .	63857,17	65676,92	70042,20	75657,48	82410,29	91653,30	104056,99
d) im Durchschnitt kamen auf 1 Zensiten Mark	55468	55665	57057	58311	59751	60998	58888
e) die Vermögenssteuer betrug in Mill. Mark (rund)	31,05	31,38	34,18	36,92	40,27	45,01	50,51

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß die Zahl der Zensiten von Anbeginn an bis zum Jahre 1895 um 58,7 v. H., das steuerpflichtige Vermögen dieser Zensiten um 62,9 v. H. gestiegen ist. Dabei ist der Durchschnitt des einzelnen Vermögens nicht erheblich gewachsen, nämlich nur von 55 468 M. im Jahre 1895 auf 60 998 M. im Jahre 1908/10. Im Jahre 1911/13 war dieses Durchschnittsvermögen sogar auf 58 888 M. gefallen.

Es könnte eingeworfen werden, daß die starke Steigerung der Vermögen auf die ganz großen Vermögen entfällt. Dem ist aber nicht so, wie man sofort erkennt, wenn man die Zensiten gruppenweis ordnet. Es betrug dann im Jahre 1911/13 die Anzahl der Zensiten mit einem Vermögen von mehr als

6000	bis	20000	Mk.	896208	oder	50,72	v. H. der Gesamtzahl
20000	„	32000	„	301927	„	17,09	v. H. „ „
32000	„	52000	„	229501	„	12,99	v. H. „ „
52000	„	100000	„	180393	„	10,21	v. H. „ „
100000	„	200000	„	88356	„	5,00	v. H. „ „
200000	„	500000	„	47507	„	2,69	v. H. „ „
500000	„	1000000	„	13793	„	0,78	v. H. „ „
1000000	„	2000000	„	5923	„	0,34	v. H. „ „
2000000	Mk.			3426	„	0,19	v. H. „ „

Wir sehen also hieraus, daß die Zensiten mit den kleinen Vermögen von 6000—20 000 M. mehr als die Hälfte aller Zensiten bildeten, während ein Vermögen von mehr als 500 000 M. nur 1,31 v. H. aller Zensiten besaßen!

Greifen wir aus den Vermögensveranlagungen einige Einzelheiten heraus, die geeignet sind, die sozialdemokratischen Behauptungen ad absurdum zu führen, so ist es lehrreich, daß man z. B. im Regierungsbezirk Arnsberg im Jahre 1855 erst 40 Millionäre zählte, 1895 aber 240. Im Regierungsbezirk Düsseldorf gab es im Jahre 1877 322 Millionäre, 1895 aber 895. In Berlin wurden im Jahre 1854 nur 6 Talermillionen gezählt, 1900 dagegen 639. In ganz Preußen stieg die Zahl der Millionäre von 5236 im Jahre 1895 auf 7409 im Jahre 1905 und auf 9349 im Jahre 1911/13. Zensiten von über 2 000 000 M. Vermögen fanden sich im Jahre 1895 im ganzen 1830 innerhalb der preußischen Monarchie, 1905 aber waren es 2667 und 1911/13 3426.

Von welcher Seite man also alle jene hier angeführten Zahlenreihen betrachten mag, immer ergibt sich das gleiche Bild: die ganz kleinen Einkommen unter 900 M., die in Preußen überhaupt keine Steuer zahlten, nahmen ab wie im Königreich Sachsen; die Zahl der wegen ihres geringen Einkommens Steuerfreien ging zurück wie in Preußen, während die mittleren Einkommen in Preußen bis 3000 M., in Sachsen bis 5300 M. erheblich zunahmen. Die Reichen wurden zwar reicher (derselbe reichste Privatmann z. B. in Preußen hatte 1875 5 000 000 M.,

1901 aber 20 000 000 M. Einkommen), aber ihre Zahl nahm stetig und erheblich zu. Der Satz, daß die Armen immer ärmer, die Reichen immer reicher und geringer an Zahl werden und die mittleren Einkommen ganz verschwinden, ist also falsch, ja, er ist gerade umgekehrt richtig. Mit dieser Feststellung dürfte der zwingende Gegenbeweis gegen die sozialdemokratische Akkumulations- oder Zusammenballungstheorie geliefert sein. Einige weitere, diesen Beweis erhärtende Tatsachen werden später noch in anderem Zusammenhange bei der Besprechung der sogenannten Verelendungstheorie zu betrachten sein.

Ebensowenig wie sich das Kapital immer mehr in den Händen einiger weniger Kapitalisten zusammenballt, ebensowenig findet eine Konzentration der Betriebe statt. Die Behauptung des Erfurter Programms, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit Naturnotwendigkeit zum Untergange der zersplitterten Kleinbetriebe führe, die durch kolossale Großbetriebe verdrängt würden, und daß unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Vorteile des Großbetriebes, die ja für gewisse Gewerbebetriebe gar nicht zu bestreiten sind, das Vorrecht einiger Wenigen bleiben, die ausschließlich imstande seien, die Produktionsmittel der Großbetriebe zu erwerben und auszubeuten, trifft in dieser Verallgemeinerung weder für die Industrie noch für die Landwirtschaft zu. In dieser zeigt sich sogar eine gerade entgegengesetzte Entwicklung. Auch diese Lehre, die unter dem Namen

Konzentrationstheorie

bekannt geworden ist, kann vor den nüchternen und wirklichen Tatsachen ebensowenig standhalten wie alle anderen marxistischen Theorien der Sozialdemokratie, die wir bisher betrachtet haben. Allerdings muß diese Theorie in drei Teile zerlegt werden, wenn man sie richtig verstehen und im einzelnen widerlegen will. Sie bezieht sich nämlich 1. auf die Industriebetriebe, 2. auf den handwerksmäßigen Kleinbetrieb und 3. auf die landwirtschaftlichen Betriebe. Da auch bis zum heutigen Tage noch immer keine scharfe Grenze dafür hat bestimmt werden können, wo der handwerksmäßige Betrieb aufhört und der Fabrikbetrieb beginnt, soll Punkt 1 und 2 zusammen, Punkt 3 aber besonders betrachtet werden. Die gewerbliche Entwicklung, die der sozialdemokratischen Lehre zur Aufstellung ihrer Konzentrationstheorie Anlaß gegeben hat, setzte ein, als der Grundsatz der Gewerbefreiheit den vollen Sieg über das Zunftrecht davongetragen hatte. Die Gewerbefreiheit ist, wie nicht geleugnet werden kann, der Bildung von Großbetrieben in der eigentlichen Industrie, unter welchen Begriff man auch den Bergbau und das Baugewerbe einzubeziehen pflegt, ganz besonders günstig gewesen. Zwar ist die uneingeschränkte Herrschaft der Gewerbefreiheit nicht von allzulanger Dauer gewesen, da namentlich im Deutschen Reiche und in Österreich eine starke Gegenbewegung einsetzte, die in Österreich sogar bis zu Versuchen zur Wiederherstellung der Zunftverfassung geführt haben. Aber diese zum Schutze des Handwerks getroffenen Maßnahmen haben erklärlicherweise einen Vorgang noch nicht erheblich zu beeinflussen vermocht, der in Deutschland immerhin lange genug hat wirken können und der zudem in den meisten anderen Kulturstaaten schrankenlos sich austobte, ohne durch staatliche Eingriffe oder Akte der Selbsthilfe der von ihnen am meisten Betroffenen gehemmt zu werden. Da die Länder, in denen die Gewerbefreiheit sich siegreich behauptet hat, eine

genaue gewerbliche Betriebsstatistik nicht besitzen, läßt sich leider ein genaues Bild von dem Umfange, in dem der handwerksmäßige Betrieb dort noch besteht, nicht entwerfen. Immerhin steht so viel fest, daß selbst in England, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Belgien von einer vollständigen Vernichtung der Klein- und Mittelbetriebe nicht gesprochen werden kann. Nach den Berechnungen des Gewerbevereins der Schweiz, in der auch noch volle Gewerbefreiheit besteht, wo aber auch bereits zahlreiche Gewerbetreibende für eine Zwangsorganisation des Handwerks eintreten, zählte das dortige Gewerbe (ausschließlich der Fabrik- und Hausindustrie) im Jahre 1899 287 000 Gewerbebetriebe, die sich eines Gesamtverdienstes von 340 750 000 Fr. erfreuten und Erzeugnisse im Werte von 1 133 300 000 Fr. hergestellt hatten, Zahlen, die ebenfalls beweisen, daß von einem Untergang des Kleingewerbes nicht die Rede sein kann.

Besser sind wir über diese Frage durch die Statistik des Deutschen Reiches unterrichtet, wenn auch sie bei der ungeheuren Schwierigkeit des Stoffes noch nicht restlos alle Zweifel zu lösen vermag, die gerade auf diesem schwierigen Gebiete immer wieder und wieder auftauchen. Immerhin werden uns die zur Verfügung stehenden Zahlen beweisen, daß auch in Deutschland der Kleinbetrieb noch keineswegs auf den Aussterbeetat gesetzt ist, daß vielmehr überall in ihm starke Kräfte sich regen, die, wenn sie mit Liebe und Verständnis gepflegt werden, sehr wohl in absehbarer Zeit zu einer neuen Blüte führen könnten, vorausgesetzt natürlich, daß man die Lehren der Geschichte beherzigt, die uns auf jedem ihrer Blätter zeigt, daß die Vorsehung eine Höherentwicklung der Menschheit offenbar nur auf dem Wege organischer Fort- und Weiterbildung des Bestehenden vollzogen wissen will.

Heinrich Herkner stellt in seinem Werke: Die Arbeiterfrage (6. Auflage), um auf den Rückgang in der relativen Bedeutung des deutschen Handwerks hinzuweisen, folgende Betriebsstatistik auf:

Es waren Personen tätig im Industrie-, Bergbau- und Baugewerbe:

Im Jahre	Allein-Betriebe	Gehilfen-Betriebe	In Gehilfenbetrieben					
			bis 5 Personen	v. H.	bis 50 Personen	v. H.	51 und mehr Personen	v. H.
1882	1430465	4503198	1839939	55,1	1109128	18,6	1554131	26,2
1907	994743	9858130	2205539	29,5	2714664	25,0	4937927	45,5
	— 30 v. H.	+111 v. H.	+ 22 v. H.		+ 147 v. H.		+ 218,5 v. H.	

Man wird Herkner recht darin geben, wenn er betont, daß die Verhältnisse erst dann in das rechte Licht treten, wenn nicht der gegenwärtige Zustand, sondern die Entwicklungstendenzen ins Auge gefaßt werden. Und diese Tendenz zeigt nach jener Tabelle, wie nicht geleugnet werden kann, die stärkste Zunahme bei den größten Betrieben. Gleichwohl wäre es, wie Herkner ebenfalls zutreffend bemerkt, durchaus falsch, anzunehmen, daß die Großindustrie sich immer auf Kosten der kleineren Betriebe ausbreite. Mit einer summarischen Statistik, wie sie hier gegeben wird, kommen wir für unseren Zweck, dieses wichtige Problem nach Möglichkeit aufzuhellen, überhaupt nicht aus, denn nur eine völlige Klarheit in den Einzelerscheinungen

gestattet erst eine scharfe Beleuchtung und damit ein lückenloses Erkennen des Gesamtbildes.

Eduard Bernstein hat in einem seiner gegen Kautsky gerichteten polemischen Aufsätze, der 1898 erschien und später in dem schon erwähnten Sammelwerke: „Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus" Aufnahme gefunden hat, sich das Verdienst erworben, die Übertreibungen, die sozialdemokratische Blätter nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der preußischen Gewerbestatistik von 1898 sich zuschulden kommen ließen, auf das rechte Maß zurückgeführt zu haben. Er wies darauf hin, daß Behauptungen, wie die von der angeblich „reißend schnellen Verdichtung der Industrie", aus der sie äußerst pessimistische Folgerungen für die Lebensdauer der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zogen, in den Köpfen der sozialdemokratischen Parteigänger Vorstellungen zu erwecken geeignet seien, die dem wirklichen Stande der Dinge nicht entsprechen. Für die eigentliche Industrie zeigten die veröffentlichten Zahlen allerdings die stärkste Verdichtung der Betriebe. Die von einzelnen Personen allein versorgten Betriebe zeigten gegen das Jahr 1882 einen Rückgang um 12 v. H., die Kleinbetriebe mit bis 5 Gehilfen einen solchen von 3—4 v. H., während die Mittelbetriebe um 60 v. H., die Großbetriebe sogar um 83 v. H. zugenommen hatten. Ganz anders aber war das Bild, das die einfachen Zahlen der Betriebe ergaben. Es sah folgendermaßen aus:

	1882		1895	
	Zahl der Betriebe	Hundertteile der Betriebe	Zahl der Betriebe	Hundertteile der Betriebe
Alleinbetriebe	755176	61,8	674042	57,5
Kleinbetriebe (1—5 Gehilfen) .	412424	33,7	409332	34,9
Mittelbetriebe (6—50 „) .	49010	4,0	78627	6,7
Großbetriebe (51 und mehr) .	5529	0,5	10139	0,9
	1222139	100,0	1172140	100,0

Nach dieser Tabelle mußte die Verschiebung ziemlich unbedeutend erscheinen; denn Zwerg- und Kleinbetriebe machten noch immer 90 v. H. aller industriellen Betriebe aus. Aber auch diese Zahlen täuschten und zwar nach der im vorhergegebenen Bilde entgegengesetzten Seite hin, denn sie ließen das Verhältnis der Großbetriebe zu den kleinen Betrieben als erheblich geringer erscheinen, als es in Wirklichkeit ist. Bernstein stellte daher die Zahl der in den verschiedenen Berufsgruppen tätigen Personen zusammen, was folgende Entwicklung zeigte:

	1882	Hundertteile	1895	Hundertteile
Alleinbetriebe	755176	22,3	674042	14,78
Kleinbetriebe	1031141	30,4	1078396	23,66
Mittelbetriebe	641594	18,9	1070427	23,48
Großbetriebe	962382	28,4	1734884	38,06
	3390293	100,0	4557749	100,0

Hiernach stellte sich der Anteil der Großbetriebe an der in der Industrie geleisteten Arbeit somit als unvergleichlich beträchtlicher heraus, als nach den für die bloßen Betriebe gegebenen Zahlen. Erheblich anders aber wird das Bild, wenn man die in der letzten Reihe als Großbetriebe aufgeführten Betriebsklassen teilt, und zwar in Betriebe mit 51—200 Personen und in Betriebe, die 201 und mehr Personen beschäftigen. Dann sieht die Tabelle folgendermaßen aus:

	1882	Hundertteile	1895	Hundertteile
Mäßige Großbetriebe (51—200 Personen)	403049	11,9	757357	16,62
Ganz große Betriebe (201 Pers. u. mehr)	559333	16,5	977527	21,44
	962382	28,4	1734884	38,06

Nach dieser Trennung zeigt sich, daß die ganz großen Betriebe verhältnismäßig nicht so bedeutend gewachsen waren. Die in ihnen beschäftigten Personen machten 1895 erst etwas über ein Fünftel der gesamten in der Industrie beschäftigten Personen aus, während Mittel- und mäßige Großbetriebe zusammen noch zwei Fünftel in Anspruch nahmen. Und trennte man außerdem noch die kleineren Betriebe, so zeigte sich, daß gerade die größten unter ihnen, die mit 3—5 Personen, einen absoluten und relativen Zuwachs aufwiesen. Sie hatten 1882 564652, 1895 aber 665607 Personen beschäftigt, was ein Mehr von 17,88 v. H. bedeutete. Es waren somit nur die ganz kleinen, die Zwergbetriebe mit zwei und weniger Gehilfen, die teils absolut, teils relativ zurückgegangen waren.

Auch für die Gruppe Handel und Verkehr zeigte sich, daß das Verhältnis der Mittelbetriebe zu den Großbetrieben noch erheblich stärker war als in der Industrie, wenn auch berücksichtigt werden mußte, daß im Handel Betriebe mit 10—15 Personen schon zu den Großbetrieben zu rechnen sind. Es waren im Handel und Verkehr beschäftigt:

	1882	1895
In Betrieben mit 2 u. weniger Gehilfen	411509	467656
„ „ „ 3—5 „	176867	342112
„ „ „ 6—50 „	157328	303078
„ „ „ 51 und mehr „	25619	62056
	771323	1174902

Betrachten wir nunmehr, wie sich für das Deutsche Reich die Betriebsstatistik darstellt. Nehmen wir zunächst das gesamte Gewerbe überhaupt, also 1. Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei, 2. Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe und 3. Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft, so bekommen wir folgendes Bild:

	1882	1895	Zunahme + in Hundertteilen	1907	Zunahme + in Hundertteilen
Kleinbetriebe 1—5 Pers.	2882768	2934723	+ 1,8 v. H.	3124198	+ 6,45 v. H.
Mittelbetriebe 6—50 „	112715	191301	+ 69,72 v. H.	267410	+ 39,78 v. H.
Großbetriebe 51 u. mehr	9974	18953	+ 90,02 v. H.	32007	+ 68,87 v. H.

Aus diesen Zahlen verdient hervorgehoben zu werden, daß im ganzen Gewerbe die Zunahme bei den Kleinbetrieben von 1895 bis 1907 eine steigende Richtung aufwies, während bei den Mittel- und Großbetrieben die Zunahme von 1895 auf 1907 geringer war als von 1882 auf 1895. Hatten die Kleinbetriebe im gesamten Gewerbe sich von 1882 auf 1895 um fast 2 v. H., von 1895 auf 1907 aber um fast 6½ v. H. vermehrt, so war bei den Mittelbetrieben die Vermehrung in diesem Zeitraume von rund 70 v. H. auf 40 v. H. zurückgegangen, bei den Großbetrieben von 90 v. H. auf rund 69 v. H. Betrachten wir die Zahl der Betriebe in der Industrie mit Bergbau und Baugewerbe allein, so zeigt sich folgendes:

	1882	1895	Zunahme + Abnahme −
Kleinbetriebe (1—5 Personen)	2175857	1989572	— 8,6 v. H.
Mittelbetriebe (6—50 „)	85001	139459	+ 64,1 v. H.
Großbetriebe (51 und mehr)	9481	17941	+ 89,3 v. H.

Hier sehen wir also eine Abnahme der Kleinbetriebe, eine erhebliche Zunahme der Mittelbetriebe und eine sehr starke Zunahme der Großbetriebe. Diese Entwicklungstendenz schien nach der Betriebsstatistik von 1907 sich fortzusetzen. Man zählte in der Industrie:

	1895	1907	Zunahme + Abnahme −
Kleinbetriebe (1—5 Personen)	1989572	1870261	— 5,99 v. H.
Mittelbetriebe (6—50 „)	139459	187074	+ 34,14 v. H.
Großbetriebe (51 und mehr)	17941	29033	+ 61,82 v. H.

Auch in diesem Zeitraume haben also die Kleinbetriebe abermals abgenommen, die Mittelbetriebe zugenommen und die Großbetriebe waren am meisten gewachsen. Aber es zeigt sich zugleich, daß die Abnahme der Kleinbetriebe in der Zeit von 1895 bis 1907 geringer geworden ist und daß die Mittel- und Großbetriebe nicht mehr so stark gewachsen sind wie im Zeitraume von 1882 bis 1895. Diese Erscheinung wird auch bestätigt, wenn man nicht die Betriebe, sondern die Arbeiter zählt. Es waren nämlich in der Industrie beschäftigt:

	Arbeiter		Zunahme + Abnahme −
	1882	1895	
In Kleinbetrieben (1—5 Personen)	3270404	3191125	— 2,4 v. H.
„ Mittelbetrieben (6—10 „)	358457	572482	+ 71,5 v. H.
„ „ (11—50 „)	750671	1329567	
„ Großbetrieben (51 und mehr)	1554131	2907329	+ 87,2 v. H.

Also auch die Arbeiter der Kleinbetriebe haben in der Zeit von 1882 bis 1895 abgenommen, jedoch nicht so stark wie die Betriebe selbst, während die Arbeiterschaft der Mittel- und Großbetriebe erheblich gewachsen ist. Die Zählung von 1907 ergab aber folgendes Bild: man fand Arbeiter in der Industrie beschäftigt:

	1895	1907	Zunahme
In Kleinbetrieben	3191125	3200282	+ 0,3 v. H.
„ Mittelbetrieben	1902049	2714664	+ 42,7 v. H.
„ Großbetrieben	2907329	4937927	+ 69,8 v. H.

Die absolute Abnahme der Arbeiterschaft der Kleinbetriebe hatte in diesem Zeitraum also aufgehört, ja, es war sogar eine, wenn auch nur sehr geringe, Zunahme zu verzeichnen gewesen, während die Zunahme der Arbeiterschaft in den Mittel- und Großbetrieben sich ebenso verlangsamte wie die Zunahme der Mittel- und Großbetriebe selbst. Wenn man aber die gewerbliche Entwicklung richtig beurteilen will, so genügt es nicht, nur die Gesamtziffern in Betracht zu ziehen, sondern man muß auch einzelne Gewerbegruppen heranziehen, da nur auf diese Weise völlige Klarheit darüber zu gewinnen ist, an welcher Stelle sich erhebliche Veränderungen und Umwälzungen vollzogen haben, sei es innerhalb der Gruppe selbst, sei es, daß das Absterben alter und das Aufkommen neuer Geschäftszweige dem gewerblichen Körper ein anderes Gesicht gegeben haben. Da sehen wir beispielsweise, daß sogar die Gruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, die im Jahre 1907 die größte Zahl aller überhaupt in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter aufzuweisen

hatte, in dem Zeitraume von 1895 bis 1907 wiederum eine Aufwärtsbewegung der Kleinbetriebe an Zahl wie an Arbeitern zeigte. Es wurden nämlich gezählt im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen im Jahre 1882 2774 Kleinbetriebe mit 6082 Arbeitern, 1885 nur noch 1741 mit 3640 Arbeitern, 1907 dagegen wieder 2432 Kleinbetriebe mit 4903 Arbeitern, so daß, dieselbe Weiterentwicklung vorausgesetzt, der alte Stand bald wieder erreicht worden sein dürfte. In einer Reihe anderer Gewerbegruppen konnte eine Vermehrung der Kleinbetriebe von Anfang an beobachtet werden. Das war beispielsweise der Fall in der Lederindustrie, die 1882 42 403 Kleinbetriebe mit 76 477 Arbeitern, 1895 43 847 mit 81 225 und 1907 45 668 Kleinbetriebe mit 83 961 Arbeitern zählte. Eine ähnliche Aufwärtsentwicklung zeigten die Kleinbetriebe in der Papierindustrie, die 1882 13 425 Kleinbetriebe mit 25 428 Arbeitern, 1895 14 019 mit 27 150 und 1907 14 810 Kleinbetriebe mit 28 225 Arbeitern aufwies. Eine recht erhebliche Vermehrung haben auch die Kleinbetriebe in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel erfahren, wie folgendes Bild zeigt:

	Kleinbetriebe	Arbeiter
1882	231 531	449 314
1895	246 567	530 163
1907	277 589	615 847

Diese Tatsachen beweisen, daß in der Industrie, wie ja auch gar nicht anders zu erwarten ist, eine ständige Bewegung herrscht. Da werden allerhand bisher dem Kleingewerbe eigene Betriebe durch die Großindustrie aufgesaugt, auf der anderen Seite aber bilden sich auf Grund einer neuen Technik oder neuer Verhältnisse, wie sie gerade die Industrie hervorbringt, neue Klein- und Mittelbetriebe. Das blühende wirtschaftliche Leben läßt sich eben nicht in starre Dogmen zwängen, wie sie Marx und das Erfurter Programm und die Theoretiker der Sozialdemokratischen Partei vom Schlage Kautsky's ersonnen haben und immer wieder ersinnen, ganz unbekümmert darum, daß die ökonomische Entwicklung ganz anders sich vollzieht, als der Marxismus und seine Anhänger vorausgesagt hatten. Nicht mit Unrecht hat daher Ed. Bernstein in dem schon erwähnten Aufsatze die Schale seines Spottes über diejenigen seiner Parteigenossen ausgegossen, die vor der Wirklichkeit krampfhaft ihre Augen schließen. „Wir unterstellen", so schrieb damals Bernstein, „eine Starrheit und Beengtheit der gewerblichen Beziehungen, die dem Zeitalter der Manufaktur und dem Beginn der Maschinenära, wo die gewerbliche Welt die Eierschalen des überkommenen Wirtschaftszustandes noch nicht abgestreift hatte, entsprechen mögen, aber mit den charakteristischen Eigenheiten des modernen Geschäftslebens in klaffendem Widerspruche stehen. Wir argumentieren oft, als seien uns das moderne, so ausgebildete und ausgebreitete Kreditwesen, die mit jedem Tage sich steigernden Erweiterungen und Erleichterungen des Verkehrs böhmische Dörfer oder mindestens ganz nebensächliche Dinge, während sie doch ökonomische Faktoren von grundlegender Bedeutung für das Gesellschaftsleben und die gesellschaftliche Entwicklung sind."

Mit beißendem Sarkasmus hat derselbe Eduard Bernstein an derselben Stelle, woran gerade heute zu erinnern seinen eigenen Reiz hat, auch die Tatsache glossiert, daß in den 13 Jahren zwischen der Gewerbezählung von 1882 und der von 1895 die Zahl der selbständigen Geschäftsleiter in der

Industrie von rund 1 861 000 auf 1 774 000, also um 87 000, d. h. um noch nicht 5 v. H., gefallen war. Er führte folgendes aus: „Nehmen wir für die nächsten 13 Jahre selbst eine verdoppelte Proportion des Rückganges an, und so steigend von Epoche zu Epoche, so würden wir im Jahre 1908 noch mit 1 600 000, im Jahre 1921 mit 1 280 000 selbständigen Geschäftsleitern oder Betrieben zu rechnen haben. 1882 wurden zusammen 40 000 Groß- und Mittelbetriebe gezählt. Wenn ein Teil von diesen ebenfalls allmählich der Verdichtung der Betriebe zum Opfer fällt, so steigen dafür in vermehrter Zahl Betriebe in die Lücken, die sich in der gleichen Zeit aus handwerksmäßigen zu Mittel- und Großbetrieben entwickelt haben. Es heißt sicher den Gang der Verdichtung nicht unterschätzen, wenn wir im Durchschnitt für jede 20 Kleinbetriebe, die ausfallen, das Aufkommen eines neuen Mittel- oder Großbetriebes unterstellen. Nehmen wir aber selbst eine Proportion von 25 zu 1 an, so würden für rund 600 000 verschwundene Kleinbetriebe 24 000 neue Mittel- und Großbetriebe zu rechnen sein. Mit den obigen 40 000 gäbe das zusammen 64 000, wovon wir 4000 auf das Konto der von ganz großen Betrieben verschlungenen Mittel- und mäßig großen Betriebe setzen wollen. Die handwerksmäßigen Betriebe ganz ausgenommen (die hausindustriellen Betriebe sind hier überhaupt nicht mitgezählt) hätte im Jahre 1921 in der Industrie allein die „Gesellschaft" in Deutschland mit gegen 60 000 Groß- und Mittelbetrieben zu tun. Weiß man, was das heißt? Die Zahl ist sehr leicht niedergeschrieben und noch leichter ausgesprochen. Aber man versuche es einmal ernsthaft, sich ihre sozialpolitische Bedeutung vorzustellen, sich klarzumachen, was dazu gehört, die Leitung von 60 000 Betrieben unter die direkte Kontrolle der „Gesellschaft" zu nehmen. Diese Zahl allein, zu der aber noch die mindestens ebenso große, wenn nicht sehr viel größere der Mittel- und Großbetriebe in der Landwirtschaft kommt, läßt erkennen, auf wie lange hinaus es nicht vielmehr als eine Abstraktion sein kann, zu sagen, daß „die Gesellschaft" produziert. Selbst wenn die Gesellschaft nur mit den Groß- und Mittelbetrieben zu tun hätte, setzte die direkt für sie geleitete Produktion eine Verwaltungsmaschine voraus, von deren Umfang und Ausbildung selbst die heutigen Post- und Eisenbahnverwaltungen nur eine schwache Vorstellung geben und die man am allerwenigsten in einer bewegten Zeit aus dem Boden stampfen kann."

Aber abgesehen hiervon, auch die Tatsache, daß trotz ihrem Rückgange die Kleinbetriebe 1882 95,83 v. H., 1895 92,66 v. H. und auch 1907 noch 89,64 v. H. aller Betriebe in der Industrie ausgemacht haben, ist eine so handgreifliche Wirklichkeit, daß an ihr allein die sozialdemokratische Theorie von dem Untergang der Kleinbetriebe und der Konzentration der Großbetriebe in der Hand weniger Kapitalisten scheitern muß. Die sozialdemokratischen Theoretiker, die das Erfurter Programm auf dem Gewissen haben, sind bei ihrem düsteren Prophezeien über die Vernichtung der Kleinbetriebe und bei ihren Vergleichen zwischen der Entwicklung dieser und der Großbetriebe stets mit Hartnäckigkeit an dem Umstande vorbeigegangen, daß es eine stattliche Reihe von fabrikmäßig betriebenen Gewerben gibt, die, wie die chemische Industrie, die Maschinenindustrie, der Bergbau, die Walzwerke und Elektrotechnik niemals in die Sphäre des Handwerks, also der Kleinbetriebe, gefallen sind. Läßt man diese Gewerbegruppen außerhalb der Berechnung, dann bleibt zwar die Tatsache bestehen, daß die Großbetriebe das

stärkste Wachstum aufzuweisen haben, daß aber auch die handwerksmäßigen Kleinbetriebe noch lebensfähig sind und eine Zukunft haben, wenn ihre Träger sich nur der Bedeutung ihres Berufsstandes für den Staat und die allgemeine Wohlfahrt gründlich bewußt und danach auch zu handeln verstehen.

Karl Kautsky hat in einer seiner Broschüren („Die Vernichtung der Sozialdemokratie") zugegeben, daß die Kleinbetriebe im Handel, dessen Verhältnisse hier nicht auch noch eingehend geschildert werden können, in starkem Maße zunehmen. Sie wuchsen von 1882 bis 1907 um 78 v. H., die Bevölkerung aber vermehrte sich im gleichen Zeitraum nur um etwas über 36 v. H. Die kleinen Handelsbetriebe nahmen also während dieser Zeit um mehr als doppelt so schnell zu wie die Bevölkerung, während freilich gleichzeitig die Zahl der Großbetriebe im Handel um 541 v. H., also 15mal so rasch wuchs wie die Bevölkerung. Kautsky glaubt daher den Schluß ziehen zu müssen, daß dieses Zusammentreffen gerade vom Rückgange des Kleinbetriebes im Handwerke herrühre. Die zugrunde gehenden Arbeiter müßten doch irgendwo ein Unterkommen finden; soweit sie nicht Lohnarbeiter würden, strömten sie dem Zwischenhandel zu, den sie überfüllten. Diese Überfüllung sei kein Zeichen von Gesundheit des Kleinbetriebes, sondern eine Folge des Niederganges und eine Ursache weiteren Niederganges. Da eine ähnliche Beweisführung auch in den „Erläuterungen" zum Erfurter Programm angewendet wird und die Sozialdemokratische Partei einen zielbewußten Kampf gegen den handwerksmäßigen Mittelstand führt, wird es notwendig sein, auch im Hinblick auf die hohe wirtschaftliche Bedeutung, die ein gesunder Handwerksstand für das Blühen und Gedeihen jedes Staatswesens hat, die Verhältnisse im

Handwerk

noch mit einigen Worten zu beleuchten.

Wenn auch die Maschine in einzelnen wichtigen Handwerkszweigen, wie beispielsweise in der Weberei, das Handwerk beseitigt hat, so ist dieser Prozeß keineswegs allgemein gewesen. Es ist auf verschiedenen Gebieten ein bedeutendes Arbeitsfeld offen geblieben, das an sich für handwerksmäßige Betätigung geeigneter ist, auch sind manche neue Gebiete gewonnen worden. Glaubte doch ein Werner Siemens (auf dem Berliner Naturforschertag) dem modernen Handwerk im Hinblick auf die mögliche und absehbare Entwicklung der Elektrotechnik für die Zukunft sogar ein neues „goldenes Zeitalter" weissagen zu dürfen. Es wird auch vielfach übersehen, daß viele industrielle Dienste nur am Orte geleistet werden können und daß die Summe dieser Dienste an den meisten Orten viel zu klein ist, um die Niederlassung auch nur eines einzigen Großunternehmers zu ermöglichen. Auch die Versandgeschäfte finden hierin die Schranke ihres Betriebes. Aber auch da, wo die Großindustrie sich geltend macht, gibt es eine Menge Anbringungs-, Anpassungs- und Reparaturarbeit, für welche die bewegliche Kleinindustrie den natürlichen Vermittler bildet. So ist es z. B. gekommen, daß gerade in der Metallindustrie trotz deren gewaltiger Entwicklung die Handwerke, denen sie zunächst Konkurrenz machte, nicht nur nicht zum Erliegen gekommen sind, sondern einen vermehrten Aufschwung genommen haben. Auch die Art und Weise, in der das Erzeugnis dem Verbraucher zugänglich gemacht werden muß, spricht in vielen Fällen zugunsten des kleineren Betriebes, z. B.

der Bäcker, Hufschmiede, Stellmacher, Schneider, Schuhmacher, Sattler, Tischler, Tapezierer, Uhrmacher usw. Häufig kann sich das Handwerk die Maschine und damit die Vorteile des industriellen Betriebes zu eigen machen. Auch der kleinste Schlosser arbeitet mit der Bohrmaschine.

Wichtiger noch als die Technik sind bei dem Verhältnis von Handwerk und Industrie die kaufmännischen Fragen: der Ankauf der Rohprodukte und Halbfabrikate, der Absatz der fertigen Ware, die Berechnung des Preises, die Beschaffung billigen Kredits. Hier tritt ganz besonders die Frage der Organisation in den Vordergrund, die eine Handhabe bietet, die Überlegenheit, die dem Großbetriebe in dieser Beziehung eigen ist, zu erreichen und unwirksam zu machen.

Auf Veranlassung des „Vereins für Sozialpolitik" war seinerzeit über die Lebensfähigkeit des Handwerkes im Deutschen Reiche und in Österreich eine Enquete veranstaltet worden, um die sich Professor Bücher besondere Verdienste erworben hat. Auf Grund der Ergebnisse dieser Untersuchungen kam Professor Bücher zu der Überzeugung, daß das ganze Handwerk zwar einem Verwitterungs- und Umbildungsprozeß unterliegt, daß es aber als Betriebsform nie untergehen kann. Es werde nur immer mehr auf die Stellung im Wirtschaftsleben beschränkt, in der es die ihm eigentümlichen Vorzüge am meisten zur Geltung zu bringen vermag. Und das ist heute auf dem Lande der Fall, wo sich ihm die gleichen Existenzbedingungen bieten, die es fand, als es im Mittelalter in den Städten entstand. Auf dem Lande haben wir 675 000 selbständige Handwerksmeister mit etwa ½ Million Lehrlingen und Gesellen, also über 1 200 000 erwerbstätige Menschen, und der größte Teil des Gebietes, das diese beherrschen, ist dem Handwerke in diesem Jahrhunderte gewonnen worden. Was der Handwerker in großen und in Mittelstädten verloren hat, konnte er in den Kleinstädten und auf dem Lande wiedergewinnen, wo sich heute mehr als die Hälfte aller Handwerksmeister befindet. Von diesen ländlichen Betrieben beschäftigten 61 v. H. überhaupt kein Hilfspersonal, von den anderen 55 v. H.

Aber auch sonst bietet das Handwerk noch immer manche Vorzüge. Es gewährt auch heute noch vielen seiner Arbeitskräfte die Aussicht, selbständig zu werden, seine Arbeitsvorgänge sind der Gesundheit weniger schädlich, die geringere Ausbildung der Arbeitsteilung und das Vorwalten der Handarbeit bringen den Arbeiter in ein innigeres seelisches Verhältnis zu dem Werke, das er schafft, gewähren ihm eine größere Befriedigung und regen auch zu künstlerischem Schaffen an. Der Arbeiter ist in ihm mehr Mensch als Arbeitsmaschine; die Arbeiter suchen daher häufig lieber in handwerksmäßigen Betrieben Beschäftigung als in Fabriken. Gelegentlich einer Umfrage, die Professor Herkner im Sommer 1904 unter Züricher Arbeitern über die Gründe der Berufswahl und das Maß der Berufsfreude in einzelnen Gewerben veranstaltete, wurde von den Auskunftspersonen, trotzdem sie auf dem Boden der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung standen, sehr oft die Erklärung abgegeben, daß sie am liebsten in den handwerksmäßigen Betrieben mit 10 bis 12 Gehilfen arbeiteten. Als Hauptvorzüge einer solchen Beschäftigung wurden dabei genannt: 1. bessere Gelegenheit zu gewerblicher Ausbildung wegen geringerer Arbeitsteilung und größerer Mannigfaltigkeit der Arbeitsaufgaben; 2. günstigere Lohnverhältnisse, da größere und verschiedenartigere Ansprüche an das technische Können gestellt werden, deshalb auch Vorherrschen

des Zeitlohnes; 3. größere Aussichten für den tüchtigen Arbeiter, seinen Leistungen entsprechend behandelt zu werden, da der Arbeitgeber täglich selbst die Arbeit seiner Leute kennenlernt, während in größeren Betrieben eine unbequeme und drückende Abhängigkeit von Vorarbeitern und Werkmeistern und deren oft parteiischem Urteile eintritt; 4. bessere Behandlung. Darunter verstehen die Arbeiter vor allem einen Verkehrston, durch den sie als ebenbürtig und gleichberechtigt anerkannt werden.

In diesem Zusammenhange verdient auch eine Untersuchung Aufmerksamkeit, die A. Voigt über die gesundheitlichen Verhältnisse der kleingewerblichen und großgewerblichen Arbeiter in Wien angestellt hat und über die er seinerzeit im „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft" berichtete. Das Ergebnis dieser Untersuchung war für das Handwerk durchaus günstig. Sowohl für Männer wie für Frauen war die Zahl der Krankheitstage im Kleingewerbe, und zwar fast in allen Altersklassen, geringer als in der Fabrikindustrie. Dieselbe Einschränkung zeigte sich auch in bezug auf die Sterblichkeit. Selbst die Tuberkulose, die gewöhnlich als besondere Geißel des Kleingewerbes betrachtet wird, trat unter den Fabrikarbeitern häufiger auf. Offenbar waren die besseren Werkstättenverhältnisse und hygienischen Schutzvorrichtungen zu jener Zeit in Wien noch nicht imstande gewesen, die an sich größeren gesundheitlichen Gefahren des Fabrikbetriebes auszugleichen.

Alles in allem genommen kann man sagen, daß das Handwerk auch heute noch eine ganze Reihe von besonderen Vorzügen besitzt, welche dessen Lebensfähigkeit auch vom Standpunkte des Arbeiters aus zu einer erfreulichen Tatsache machen. Es muß daher noch untersucht werden, wie die Sozialdemokratische Partei, die doch vorgibt, die Interessen der Arbeiterschaft vornehmlich zu vertreten, sich zum Handwerk stellt, das noch auf lange hinaus eine der wertvollsten Stützen des deutschen Mittelstandes bleiben wird. In den Beiträgen zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts sagt der Herausgeber Prof. Dr. F. J. von Neumann-Tübingen: „Mag der jetzige Mittelstand sich immerhin weniger als früher aus ‚Selbständigen' im alten Sinne zusammensetzen — an sich dürfte er auch für die Folge eher in Zunahme als in Abnahme begriffen sein. Trotz aller Wandlungen wird, was man Handwerk nennt, sich erhalten in dieser oder jener Gestalt. Und eben dieses Handwerk tunlichst zu befestigen und zu fördern, bleibt eine hohe, herrliche Aufgabe." Sehen wir zu, wie die Sozialdemokratie diese Aufgabe zu „lösen" gedenkt.

Im Jahre 1890 hatte bereits Friedrich Engels erklärt: „Wenn der Kapitalismus die kleinen Handwerker und Kaufleute vernichtet, die durch und durch reaktionär sind, tut er ein gutes Werk." Im Juli desselben Jahres 1890 schrieb die „Sächsische Arbeiterzeitung": „Wir werden immer bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen; je eher es verschwindet, desto besser." Diese Äußerung suchte die im Vorwärtsverlage erschienene Schrift „Wahllügen der bürgerlichen Parteien", Berlin 1907, von den Rockschößen der Sozialdemokratischen Partei abzuschütteln, und zwar dadurch, daß sie behauptete, die „Sächsische Arbeiterzeitung" sei im Frühjahr 1890, als jene Äußerung veröffentlicht wurde, ein von anarchistelnden Elementen geleitetes Blatt gewesen. Die „anarchistelnden Elemente" waren aber die sogenannten „Jungen", von denen sich die Partei erst auf der Erfurter Tagung im Jahre 1891 lossagte. Auch im Protokoll des Parteitages zu

Köln (Rhein) 1893 sind auf Seite 71 noch die Strafen der „unabhängigen" Sozialisten und Anarchisten mit in die Tabelle aufgenommen worden.

Unter vielen ähnlichen Äußerungen seien einige Sätze erwähnt, die im „Schuhmacher-Fachblatt" des damaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bock-Gotha am 26. April 1903 veröffentlicht wurden: „Uns als Arbeiter kann der Untergang des sogenannten Mittelstandes gleichgültig sein, im Gegenteil, je eher er verschwindet, desto besser ist es, denn derselbe ist der größte Hemmschuh in ökonomischer, sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Bewegung, überall tritt er uns hindernd in den Weg, und darum können wir dessen Untergang nicht früh genug herbeiwünschen."

Diese mittelstandsfeindliche Bemerkung war auch in den Wahlkämpfen von 1907 im Wahlkreise des Abgeordneten Bock von bürgerlicher Seite verbreitet worden, und Herr Bock war infolgedessen genötigt, sich zu ihr zu äußern. Er verwahrte sich in einem Flugblatt dagegen, daß der oben angeführte Satz von ihm herstamme. Die betreffende Äußerung sei nur ein „Eingesandt" des „Schuhmacher-Fachblattes" (Redaktion, Druck und Verlag von W. Bock) gewesen. Nun verschaffte sich aber die „Gothaische Zeitung" (Nr. 11 vom 14. Januar 1907) selbst eine Nummer des Bockschen Blattes vom 21. April 1903, und was ergab sich da? Hören wir die „Gothaische Zeitung" selbst: „Wer aber beschreibt unser Erstaunen, als wir bei Durchsicht des Blattes die Entdeckung machten, daß der Artikel gar kein ‚Eingesandt' war, geschweige denn äußerlich als solches kenntlich gemacht ist." Herr Bock trug also für jene Äußerung die vollständige Verantwortung und muß auch mit ihrem Inhalt einverstanden gewesen sein, sonst hätte er als Redakteur einen Zusatz machen müssen, daß er diese Anschauung seines Mitarbeiters nicht teile.

Nicht nur die Sozialdemokratische Partei fördert den Untergang des Kleinbetriebes, auch die unter ihrem Einflusse stehenden Konsumvereine und Genossenschaften sehen in dem Vorhandensein eines selbständigen Handwerks und Kleingewerbes ein Hindernis für die Ausbreitung dieser sozialdemokratischen Gründungen. Folgerichtig sagte daher auf der Kreuznacher Versammlung (1902) des Genossenschaftsverbandes der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Peus: „Wer ehrlich das Genossenschaftswesen fördern will, muß anerkennen, daß es keinen anderen Weg gibt, als daß der Mittelstand wegfällt." Karl Kautsky hat im zweiten Teile seiner Schrift „Die soziale Revolution", 3. Auflage, Seite 89 klipp und klar gesagt, daß ohne entwickelten Großbetrieb der Sozialismus unmöglich sei. Wo der Großbetrieb in ausgedehntem Maße vorhanden wäre, sei es für eine sozialistische Gesellschaft ein leichtes, in ihm die Produktion zu konzentrieren und den Kleinbetrieb raschestens los zu werden. Von welcher Gesinnung gegen das Handwerk der geistige Vorkämpfer der Sozialdemokratie beseelt ist, hat Kautsky sehr drastisch gezeigt in einer Bemerkung, mit der er in der ersten 1903 erschienenen Auflage seiner oben erwähnten Schrift (2. Teil, Seite 35), allerdings nur in ihr, die Zahlen begleitete, die zeigten, in welcher Industrie der Kleinbetrieb damals noch fast ausschließlich, der Großbetrieb dagegen noch gar nicht herrschte. Seine damaligen Worte verdienen für alle Zeiten festgehalten zu werden und lauteten: „Wenn man absieht von Künstlern, Friseuren, Schornsteinfegern, Geigenmachern und meinetwegen noch Abdeckern und Stiefelwichsern, dann ist das Gebiet des ohne Konkurrenz bestehenden Kleinbetriebes

im Gewerbe so gut wie auf Null reduziert . . . Die Grundlage des Produktionsprozesses wird der mit Maschinen betriebene Großbetrieb bleiben." Diese mit Abdeckern und Stiefelwichsern in einem Atem genannten, gewisse Kleinbetriebe herabsetzenden Bemerkungen haben der sozialdemokratischen Agitation unter den Handwerkern nicht wenig geschadet. Offenbar mit Rücksicht auf den schlechten Eindruck, den seine Worte in diesen Kreisen gemacht hatten, hat dann Kautsky in den späteren Auflagen seiner Schrift „Die soziale Revolution" jene Sätze gestrichen, ein Umstand, der nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Sozialdemokratie nach wie vor als glühende Feindin des Mittelstandes und des Handwerks zu gelten hat.

Am 28. Januar 1895 meinte der damalige sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Max Schippel, heute Regierungsrat, im „Sozialpolitischen Zentralblatt": „Nicht die Erhaltung, sondern die Auflösung der zwischen Arbeit und Kapital haltlos hin und her geworfenen Mittelschichten liegt im Interesse der Lohnarbeiter." Auch der langjährige Vorsitzende des Sozialdemokratischen Parteitages, Abgeordneter Paul Singer, sagte laut „Vorwärts" im Jahre 1903 im Deutschen Reichstage: „Es ist uns nicht eingefallen, die fortschreitende Entwicklung des Großbetriebes, auch im Warenverkehr, und die allmähliche Vernichtung des Kleinbetriebs durch Großbetrieb als bekämpfenswert hinzustellen. Es ist wünschenswert, daß dieser Entwicklungsprozeß sich möglichst rasch vollende." Erwähnt zu werden verdient auch, was das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts", in einem in Nr. 71, 1906, über die Sozialdemokratie als Klassenpartei veröffentlichten Aufsatze sagte. Seine damaligen Ausführungen gipfelten in folgenden Sätzen: „Soll die Sozialdemokratie auch jene kleinbürgerlichen Interessen vertreten, die denen der Arbeiterklasse widersprechen, soll sie für eine Politik der Aufrechterhaltung solcher Berufsschichten eintreten, die durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt, sich der historischen Mission der Arbeiterklasse als Hindernisse in den Weg stellen? Soll sie, wo das Interesse der kleinbürgerlichen „Arbeitgeber" als Mehrwertsaneigner mit dem der Lohnarbeiter als Arbeitskraftverkäufer kollidiert, sich vielleicht für die kleinbürgerlichen oder kleinbäuerlichen Mehrwertsaneigner entscheiden? Es sind ganz unmögliche Aufgaben, die der Sozialdemokratie mit solchen Forderungen gestellt werden. Die Verfechter einer derartigen Erweiterung der sozialdemokratischen Politik beweisen nur, daß sie noch völlig in den Eierschalen der bürgerlichen Ideologie stecken."

Und dann noch einige Stimmen aus den letzten Jahren. Der sozialdemokratische Abgeordnete Peus brachte es bei Beratung einer Petition über die Einschränkung der Konsumvereine über sich, in öffentlicher Reichstagssitzung am 25. November 1913 wörtlich zu erklären: „Es ist wirtschaftlich und sozial durchaus kein Unglück, wenn die armseligen, durch und durch abhängigen, elenden wirtschaftlichen Existenzen des sogenannten kleinen Mittelstandes verschwinden." In der Nationalversammlung hat die Sozialdemokratie am 21. Juli 1919 Artikel 164 der Verfassung abgelehnt, der besagt: „Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aussaugung zu schützen." Weiter erklärte der mehrheitssozialistische Abgeordnete Stock in der 130. Sitzung der Nationalversammlung vom 16. Dezember 1919: „Es hat durchaus keinen Zweck, wenn Deutschland wirtschaft-

lich wieder hochkommen soll, unnötige Zwischenexistenzen künstlich aufrechterhalten zu wollen." Am 17. Dezember 1919 endlich setzten die Mehrheitssozialdemokraten zusammen mit den Demokraten durch, daß Filial- und Warenhaussteuern in allen Einzelheiten aufgehoben werden müssen.

Zum Schluß noch einige Sätze, mit denen im Jahre 1908 die schon erwähnte „Sächsische Arbeiterzeitung" eine Zusammenkunft von Innungsmännern in Löbau (Sachsen) begrüßte: „71 Zünftler aus allen Gewerben und allen Gauen des Sachsenlandes sollen herbeigeeilt sein, . . . in bezug auf ihren äußeren Adam war ihr Eindruck nicht besonders günstig, vielfach auch hatte er etwas Stupides an sich. Schmale, eingedrückte Stirn mit darüber herabhängenden Haaren, stierem Blick aus kleinen tiefliegenden Augen und dicke Lippen am breiten Munde mit jenen zwei eigentümlichen Falten in dessen Winkeln, die in der Regel Erkennungszeichen dafür sind, daß ihre Besitzer bei der Austeilung von Bosheit, Selbstsucht und Verschmitztheit nicht zu kurz gekommen sind."

Fassen wir zusammen, so ist folgendes zu sagen: Die Großbetriebe haben eine starke Neigung, sich an Zahl zu vermehren und an Umfang zu vergrößern. Auch die Mittelbetriebe nehmen zu, während die Kleinbetriebe zwar einen stärkeren Verwandlungsprozeß vornehmen, aber noch keine Neigung zeigen, zu verschwinden, zumal sie in ihrer Gesamtheit noch immer neun Zehntel aller gewerblichen Betriebe ausmachen. Die Behauptung des sozialdemokratischen Programms, daß die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft mit Naturnotwendigkeit zum Untergange des Kleinbetriebes führen müsse, ist daher falsch, zunächst nur gemessen an der Entwicklung der gewerblichen Betriebe. Daß die landwirtschaftlichen Betriebe eine den sozialdemokratischen Behauptungen gerade entgegengesetzte Entwicklung zeigen, wird später noch im einzelnen nachgewiesen werden. Ebenso falsch ist aber auch die Auffassung der Sozialdemokratie, daß die Konzentration der Großbetriebe zugleich eine Zusammenballung des Vermögens bedeute, denn immer deutlicher geht die wirtschaftliche Entwicklung dahin, die Großbetriebe in

Aktiengesellschaften

umzuwandeln, was nichts anderes bedeutet als das Gegenteil einer Akkumulation von Kapital. Denn die Form der Aktiengesellschaft wirkt der Tendenz, auf dem Wege einer Konzentration der Betriebe zugleich zu einer Zentralisation des Vermögens zu gelangen, in starkem Umfange geradezu entgegen. Die Aktiengesellschaften erlauben eine weitgehende Spaltung schon zusammengeballter Kapitale und machen eine Aneignung von Kapitalien durch einzelne Großkapitalisten zum Zwecke der Konzentration gewerblicher Betriebe völlig überflüssig.

Die Aktiengesellschaften sind erwachsen aus der Geschäftspraxis und den Privilegien der großen Kompanien des 17. und 18. Jahrhunderts. Diese waren teils im Anschluß an die Sitten der älteren Handelsgesellschaften und Partnerschaften entstanden, teils hatten sie anderen Einrichtungen einzelnes entnommen, beispielsweise die Teilung eines großen Kapitals in viele kleine gleich große Anteile den älteren italienischen Staatsanleihen. Diese Kompanien, von denen uns nähere Nachrichten nicht erhalten sind, wurden im 17. Jahrhundert ebenso von Praxis und Theorie als das wichtigste Mittel gerühmt, Handel und Industrie emporzubringen, wie von 1750

an von der individualistischen Tagesmeinung verurteilt: die Mißbräuche der Beamten, die Unterschlagungen, die teure Wirtschaft des ganzen Apparates hatten 1700—1800 viele von ihnen bis zum Bankrott gebracht. Infolgedessen wurden beispielsweise von der Französischen Revolution 1793 alle Aktiengesellschaften verboten. Erst von 1840 bis 1860 begann das Bedürfnis nach großen, dauernden, lebensfähigen Geschäftsanstalten mit riesigen Kapitalien sich wieder geltend zu machen. Die neue Technik, die neuen Verkehrs- und Krediteinrichtungen drängten dahin, ein neuer Aufschwung kam in das Aktiengesellschaftswesen (Schmoller).

Eine genaue Statistik der Aktiengesellschaften gibt es nicht. In Großbritannien und Irland bestanden von den 31 951 in den Jahren 1844 bis 1886 gegründeten Gesellschaften im Jahre 1886 nur noch 9471. Immerhin schätzte man 1887, daß ein Drittel des in der englischen Industrie angelegten Kapitals bereits der Aktienform angehöre. Die Zahl der deutschen Aktiengesellschaften schätzte der „Ökonomist" für das Jahr 1883 auf 1311, für 1900 auf 3000. Eine von van der Borght aufgestellte Statistik für das Jahr 1896 führt 2870 Gesellschaften auf, von denen 698 keine, 689 0—5, 1029 5—10, 454 über 10 v. H., darunter 20 über 40 v. H. Dividende gaben. Im Jahre 1909 waren nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 5222 Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vorhanden mit einem Stammkapital von 14 110 700 000 M. Von den 4773 Aktiengesellschaften, deren Bilanzen bekanntgeworden waren, hatten 1912/13 nur 3486 eine Dividende bezahlt. Im letzten Friedensjahre 1913/14 betrug die Dividendensumme aller deutschen Aktiengesellschaften rund 1,3 Milliarden M. Die durchschnittliche Verzinsung des gesamten Aktienkapitals belief sich in jenem Jahre mithin auf nur 8 v. H. Die sämtlichen an der Berliner Börse gehandelten Papiere erzielten übrigens damals sogar nur eine Durchschnittsdividende von 6 v. H. Dabei darf nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß die Papiere der gut rentierenden Aktiengesellschaften meist einen hohen Kursstand aufweisen. Wenn also eine Aktiengesellschaft eine Dividende von 10 v. H. bringt, die Aktie aber auf 200 steht, so erzielt der Erwerber, der sie kauft, in Wirklichkeit nur eine Verzinsung seines Geldes zu 5 v. H. Übrigens hatten im Jahre 1913/14 15 v. H. aller Aktiengesellschaften überhaupt keine Dividende bezahlt, im Jahre 1914/15 waren es sogar 20 v. H. der Aktiengesellschaften, die ihren Aktionären eine Verzinsung ihres Kapitals nicht gewähren konnten.

Die Aktienform wurde notwendig, weil der moderne Großbetrieb zur Gründung oder zur Erweiterung von Betrieben Mittel erfordert, die über das Vermögen der einzelnen Kapitalbesitzer oder Unternehmer hinausgingen. Richard Calwer wirft daher in seiner Schrift: „Das sozialdemokratische Programm", in der er an diesem eine sehr scharfe Kritik übt, mit Recht die Frage auf, wozu es nötig wäre, die mittleren und kleineren Kapitalien zur finanziellen Beteiligung an den Großunternehmungen heranzuziehen, wenn, wie das Erfurter Programm behauptet, die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig nur kleinen Zahl von Kapitalisten wären. Die reichen und reichsten Leute allein sind eben nicht in der Lage, mit ihrem eigenen Kapitale auch nur entfernt sich das Eigentum an den Produktionsmitteln zu sichern, sie zum wirklichen Monopol zu machen. Ohne die Mitwirkung und Mithilfe des zahlreichen mittleren und kleinen Kapitals geht

es selbst bei der Finanzierung der Großindustrie nicht ab. Man kann sogar weitergehen und behaupten, daß die meisten Großkapitalisten die Produktionsmittel gar nicht monopolisieren wollen, weil sie sich bewußt sind, die gesamten Produktionsmittel niemals mit Beschlag belegen zu können, und weil das volle Eigentum an einzelnen Großunternehmungen oder gar einzelnen Gewerbezweigen auch viel zu gefährlich erscheint. Sie verteilen daher ihren Reichtum auf zahlreiche Unternehmungen und begnügen sich bei einer gewissen Höhe ihres Reichtums sogar, wie die Erfahrung lehrt, lieber mit einer geringeren Verzinsung, als daß sie mit einem Risiko behaftete Anlagen aufsuchen. Ein solches Verhalten wäre wahrlich nicht nötig, wenn sie in der Lage wären, die Produktionsmittel in ihrer Hand zu vereinigen.

Durch die Beteiligung an solchen Aktienunternehmungen haben eben auch die kleinen Kapitalisten die Möglichkeit, sich mit ihren geringen Beträgen, die ihnen zur Verfügung stehen, an der Produktion zu beteiligen, und zwar nicht etwa an irgendeiner Produktion in veralteter Betriebsform, sondern der modernsten, vollkommensten Art des Großbetriebes überhaupt. Auch die Arbeiter, die nach den „Erläuterungen" zum Erfurter Programm angeblich von den Produktionsmitteln völlig getrennt, das soll heißen, von dem Eigentum an ihnen ausgeschlossen sind, haben die Möglichkeit, ihre Ersparnisse in Aktien anzulegen und auf diesem Wege an der kapitalistischen Produktion selbst teilzunehmen. Diese Möglichkeit ist allerdings in England mehr gegeben, weil dort die Pfund-Shares, also die auf 1 Pfund = 20 M. lautende Aktien weit verbreitet sind, während das Aktienrecht für Deutschland bekanntlich einen Mindestsatz von 1000 M. verlangt. In der Tat haben auch in England sich zahlreiche Kleinkapitalisten an Aktienunternehmungen stets rege beteiligt. Gerade in der englischen Baumwollindustrie, die, wie wir sahen, Marx als der Typus für die Entwicklung gewerblicher Verhältnisse galt, hat eine Zersplitterung des Kapitals stattgefunden, wie in keiner anderen Industrie. Eine große Anzahl Privatspinnereien sind dort (nach Bertheau a. a. O.) in Aktiengesellschaften umgewandelt, neue Spinnereien seit 1878 meist in Form von Aktiengesellschaften begründet worden, und zwar lauteten die Aktien überwiegend auf 5—100 Pfund, bei einer Einzahlung von etwa 3—70 Pfund, also von 60 bis 1400 M. Infolgedessen sind die Aktionäre dort meist sogenannte kleine Leute. Man kann sagen: ganz Lancashire ist Aktionär. In den Städten sind es namentlich die Eigentümer von Grund und Boden, die Gewerbetreibenden, die von den Arbeitern und Fabrikanten leben, die vielen Lieferanten der Spinnereien usw. Zum Beweise hierfür teilt Bertheau eine Liste von 86 Oldhamer Spinnereiverwaltungsräten mit, also von Leuten, die, um eine solche Stelle bekleiden zu können, eine Anzahl Aktien besitzen müssen. Unter ihnen fanden sich:

6 Abganghändler.
2 Hutfabrikanten.
15 Oberaufseher.
2 Maschinenwärter.
15 Gentlemen.
1 Lederfabrikant.
1 Färber.
2 Geschäftsreisende.
1 Mechaniker.
1 Wollenkrämer.
8 Spinner (Fabrikanten).
1 Kohlenhändler.
5 Makler.
5 Garnverkäufer.
3 Maschinisten
2 Spinner (Arbeiter).
1 Zollstabmacher.
1 Angestellter i. Gütermag.
1 Zollbeamter.
1 Gemüsehändler.
2 Krämer.
2 Sekretäre.
1 Lieferant.
1 Kassierer.
2 Lehrer.
3 Spinnereisaalaufseher.
2 Zeitungsschreiber.
1 Arzt.

Wie man sieht, waren wenig Arbeiter unter ihnen, und bei dem Streik von 1885 gab damals auch ein Arbeiterführer an, daß sich nur etwa 600 Aktien im Besitze von Arbeitern befanden, was an sich durchaus begreiflich ist, da ja der Arbeiter nicht gut gegen sich selbst streiken und sich auch durch Aussperrung nicht selbst aus dem Betriebe hinauswerfen kann. Dagegen hatten damals die Arbeitervereinigungen keine Bedenken, einen Teil ihrer Kassenbestände als Darlehen den Spinnereien anzuvertrauen, bekamen sie doch von diesen 1—2 v. H. mehr Zinsen als von den Sparkassen, denen übrigens die englischen Arbeiter erheblich weniger ihre Spargroschen anzuvertrauen pflegen, als ihre Berufsgenossen auf dem Festlande. Und als im Sommer 1897 wegen der Geschäftsstockung die Fabrikanten von Lancashire ihren Arbeitern eine Herabsetzung der Löhne vorschlugen, konnte Mawdsley, der Sekretär der Spinnergewerkschaft, mit einer gewissen Genugtuung an demokratische Blätter schreiben, die Arbeiter hätten sich nur wenig auf das riskante Geschäft der Anlegung ihrer Gelder in Aktien eingelassen, sie hätten es vielmehr vorgezogen, Obligationen einzutun, die ziemlich sicher seien!

Sehr stark sind aber in England die kleineren Kapitalisten an den Aktienunternehmungen beteiligt. Nach einer von Ed. Bernstein gemachten Mitteilung zählte der im Jahre 1898 gegründete Nähgarn-Trust nicht weniger als 12 300 Anteilinhaber. Davon waren 6000 Inhaber von Stammaktien mit 1200 M. Durchschnittskapital, 4500 von Prioritätsaktien mit 3000 M., 1800 von Obligationen mit 6300 M. Durchschnittskapital. Die Zahl der Aktionäre des großen Manchester Schiffahrtskanals belief sich auf rund 40 000, die des bekannten großen Geschäftes von P. Lipton auf 74 262. Ein Riesenspeisewarenhaus in London, Spiers and Pond, das man als Beispiel für die Kapitalsakkumulation gewählt hatte, besaß bei einem Gesamtkapital von 26 000 000 M. 4650 Aktionäre, unter ihnen waren aber nur 550, deren Aktienbesitz 10 000 M. überstieg. Der Vermögensbesitz an einem einzigen Trust der Baumwollspinnerei verteilte sich auf 12 000 Personen, der eines anderen auf 5000. Zu jenem gehörten genau 20, zu diesem etwa 15 Betriebe.

In Deutschland scheinen die Verhältnisse ähnlich zu liegen. Von sachverständiger Seite, dem bekannten ersten Direktor der Allgmeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, Geh. Kommerzienrat Felix Deutsch, ist gelegentlich, um einen Anhalt zu gewinnen für die Art der Verteilung des Aktienbesitzes, festgestellt worden, wie groß die Anmeldungen für die Generalversammlungen einiger Gesellschaften gewesen sind. Geheimrat Deutsch wählte zu diesem Zwecke die größten Gesellschaften: 1. die Deutsche Bank, 2. die Diskonto-Gesellschaft, 3. die Dresdner Bank, 4. die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, 5. die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. und 6. die Phönix-A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb und fand dabei, daß nur etwa 40 v. H. der Aktien angemeldet werden. Die große Mehrheit der Aktien, nämlich 60 v. H., wurde also nicht angemeldet, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil sie sich in den Händen unzähliger kleiner Privatleute befinden, die an solchen Generalversammlungen niemals teilzunehmen pflegen. Nach der Annahme von Deutsch dürfte sich der durchschnittliche Besitz des einzelnen Aktionärs jener sechs Gesellschaften auf nicht höher als 3—5000 M. belaufen, was nichts anderes besagen will, als daß das Gros des deutschen Aktienkapitals schon heute so gut wie sozialisiert ist.

Nun wird gewöhnlich der Einwand gemacht, daß bei der Aufstellung des Gewinns der Aktiengesellschaft die sogenannten stillen Reserven niemals berücksichtigt werden. Was hat es mit diesen stillen Reserven für ein Bewenden? Diese Frage beantwortet Geheimrat Deutsch in seiner Schrift „Das Verhältnis des Anteils von Arbeit und Kapital am Ertrage", in der er alle diese äußerst lehrreichen Dinge behandelt, folgendermaßen:

Die stillen Reserven sind entstanden durch Abschreibungen auf Maschinen, Werkzeuge und Modelle und durch vorsichtige Bewertung von Effekten und Lägern. Ohne sie gäbe es keine Sicherung für den Bestand der Gesellschaften, keine Gewähr für Dividenden an die Aktionäre und die Existenz der Angestellten. Die stillen Reserven ermöglichen es den Gesellschaften, den nie ruhenden Fortschritt in der ganzen Welt zu verfolgen und zu benutzen, ihre Fabrikation auf eine hohe Stufe zu bringen und dem Absatz ihrer Erzeugnisse einen immer größeren Markt zu schaffen. Eine Gesellschaft, die nicht die Möglichkeit hat, ohne ihre augenblickliche Situation zu schwächen, erhebliche Summen für Patente, Neukonstruktionen und Versuche bereitzustellen, kann ihre Stellung und ihren Ruf im Weltgeschäft nicht behaupten. Die Bedeutung der stillen Reserven reicht aber bis an die Fundamente des Unternehmens und berührt damit auch sehr nahe das Schicksal der Angestellten und Arbeiter; denn sie allein ermöglichen einen Ausgleich zwischen guten und schlechten Jahren. Wer nicht bei guter Konjunktur für Reserven sorgt, wird vom ersten widrigen Windhauch umgeworfen, wie wir dies leider zu häufig erlebt haben. Die Gesellschaften könnten Verluste der schlechten Jahre nicht decken, zeitweise unlohnende Fabrikationen nicht weiterbetreiben, sondern wären gezwungen, Gehälter und Löhne herabzusetzen und Beamte und Arbeiter zu entlassen. Die Reserven allein setzen die Gesellschaft in den Stand, alles über Wasser zu halten und bessere Tage abzuwarten. Dabei wird man dem Einwand sofort entgegentreten können, daß die stillen Reserven sehr groß sind und das Resultat ändern können. Angenommen, eine Gesellschaft sammelte „enorme" stille Reserven an, also in zehn Jahren 30 v. H. des gesamten Aktienkapitals, so ergäbe dies jährlich einen Zuschuß zur Rente von 1½ v. H., denn 1½ v. H. muß man mindestens für Verluste zurückstellen. Eine wirkliche Rolle spielen also die stillen Reserven für das Gesamtresultat nicht. Über die zwingende Notwendigkeit von starken inneren Reserven kann danach wohl kein Zweifel bestehen, und auch ein sozialisierter Betrieb wird sie nicht entbehren können.

Auch Karl Kautsky verkennt nicht die Bedeutung dieser Form der Kapitalsbildung für unsere Volkswirtschaft, wenn er sagt: „Die Tatsache besteht darin, daß die Form der Aktiengesellschaft die Spaltung schon vorhandener Kapitale erlaubt, die Aneignung von Kapitalien durch einzelne Magnaten überflüssig macht." Aber wenn er dieses Anerkenntnis dann dadurch abzuschwächen sucht, daß er in Zweifel zieht, ob von dieser Erlaubnis auch wirklich Gebrauch gemacht werde, so übersieht er oder will er es übersehen, daß das wertvollste dieser Entwicklung zur Gesellschaftsbildung innerhalb der modernen Volkswirtschaft darin besteht, daß überhaupt eine *Möglichkeit* vorhanden ist, die nach und nach ausgenutzt werden kann. Nach den Anschauungen von Marx und nach den Behauptungen des Erfurter Programms ist aber eine solche Möglichkeit *nicht* gegeben. Dort wird nur von der Vereinigung der Produktionsmittel in der Hand von nur

wenigen Kapitalisten gesprochen und jede Möglichkeit bestritten, daß der Lohnarbeiter ein Kapital erwerben könne, das groß genug wäre, ein modernes Betriebsunternehmen zu schaffen. Es genügt aber zur Widerlegung der marxistischen Lehre von der geschichtlichen Notwendigkeit der Akkumulation des Kapitals die Feststellung, daß überhaupt ein Weg vorhanden ist, auf dem auch der kleine Kapitalist und Sparer sich in irgend einer Form an großkapitalistischen Unternehmungen mit Erfolg beteiligen kann, daß durch die Aktiengesellschaft nicht eine Zusammenballung des Kapitals zu Riesenkapitalien, sondern eine Spaltung in viele kleine Teile herbeigeführt wird. Wir können daher diese Darlegungen mit den Worten Ed. Bernsteins schließen: „Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet." So sprach Ed. Bernstein, nach der Revolution von 1918 einer der Unentwegtesten, in einer Zuschrift an den im Jahre 1898 in Stuttgart versammelten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, einen Parteitag, der sich — einmütig auf den Boden der marxistischen Lehre und des Erfurter Programms stellte!

* * *

Es bleibt nunmehr noch übrig, nachzuprüfen, ob die Behauptung des Erfurter Programms richtig ist, daß auch die

landwirtschaftlichen Kleinbetriebe

dem Untergange geweiht sind. In seinem Vorwort zur fünften, im Jahre 1904 erschienenen und auch in der neuesten Auflage seines großen Kommentars zum Erfurter Programm, der nach dem Urteil des Sozialdemokraten Dr. Ludwig Quessel alle Charakterzüge Kautskyschen Denkens aufweist, sagt Karl Kautsky Seite X: „Nur in einem mußte ich das in den früheren Auflagen Gesagte etwas einschränken: in den Erwartungen über den Rückgang des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft. Die Auflösung des bäuerlichen Kleinbetriebes vollzieht sich in den letzten zwei Jahrzehnten nicht so rasch wie ehedem, stellenweise gewinnt er sogar an Boden. Das lag 1892 noch nicht so klar zutage. Hier mußte ich mich reservierter ausdrücken als damals." Das Vorwort, in dem diese Sätze sich finden, ist von neuem abgedruckt in der neuesten 14., 1919 erschienenen Auflage seiner Schrift. Mit jenem Zugeständnis Kautskys, so verklausuliert es auch gemacht wird, könnte man sich zufrieden geben. Da aber das Erfurter Programm sowie die „Erläuterungen" zu ihm immer noch von dem Untergange des bäuerlichen Kleinbetriebes sprechen, und da zudem die Agrarfrage der schwächste Punkt im politischen System der Sozialdemokratischen Partei ist, kann eine eingehende Behandlung dieser Dinge nicht unterlassen werden.

Daß in der Behandlung der Agrarfrage der schwächste Punkt der sozialdemokratischen Lehre liegt, hat auch der Sozialdemokrat Dr. Ludwig Quessel in seiner Schrift: „Der moderne Sozialismus" unumwunden zugegeben. Er nennt es einen schweren Fehler, daß Kautsky die Entwicklung in der Landwirtschaft der Entwicklung in der Industrie vollkommen gleich setzte, während sie in Wirklichkeit eine gerade entgegengesetzte gewesen ist.

Lese man, so meint Quessel a. a. O. S. 43, das Erfurter Programm und den Kommentar, den Kautsky dazu geschrieben hat, so sehe man, daß er von dieser Entwicklung gar keine Ahnung hatte und die Dinge auf dem flachen Lande so sah, wie sie Marx und Engels vor vierzig Jahren gesehen hatten. „Eine vierzigjährige ökonomische Entwicklung, die die Verhältnisse auf dem flachen Lande von Grund aus umgestaltet hatte, war an ihm spurlos, ungesehen vorbeigerauscht." Zur Verteidigung der alten Anschauung hat Kautsky auch noch ein dickes Buch über die Agrarfrage geschrieben, das jedoch, wie Quessel a. a. O. S. 198 bemerkt, „seiner wissenschaftlichen Unzulänglichkeit wegen wenig Eindruck machte".

Überhaupt scheint Dr. Quessel den Einfluß, den Karl Kautsky auf die Abfassung des Erfurter Programms gehabt hat, für recht verhängnisvoll zu halten. So schreibt er a. a. O. S. 38: „Die geniale Skizze der sozialen Entwicklung, die die jugendlichen Denker Marx und Engels kurz vor Ausbruch der ersten deutschen Revolution (1848) im Kommunistischen Manifest entworfen hatten, ist von ihm im Erfurter Programm streng dogmatisch zusammengefaßt worden, und zwar ohne jede Bezugnahme auf den Verlauf des sozialen Geschehens in dem Zeitraum von 1848 bis 1891. Wenn Marx und Engels im Jahre 1848 lehrten, daß der Arbeiter zum Pauper werde und der Pauperismus sich noch schneller entwickle als Bevölkerung und Reichtum, so war dies für ihre Zeit eine durchaus realistische Kennzeichnung der sie umgebenden sozialen Verhältnisse; im Jahre 1891 aber, nach dem glänzenden Aufschwung der Arbeiterschutzgesetzgebung, der sozialen Versicherung und der durch Selbsthilfe der Arbeiterschaft erzielten Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, durfte man nicht mehr schreiben, daß die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe für das Proletariat die wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung bedeutet. Daß das Proletariat in wachsendem Maße geknechtet, erniedrigt und ausgebeutet werde, entsprach nicht den ökonomischen Tatsachen und mußte von den Gewerkschaften als unrichtig durch ihre Lohn- und Arbeitsstatistiken nachgewiesen werden." Und Dr. Quessel schließt diese Kritik am Erfurter Programm mit folgenden Sätzen: „Im ganzen läßt sich sagen, daß die Theorie der sozialen Entwicklung, die uns von Kautsky im Erfurter Programm dargelegt wird, gegenüber den Lehren des Kommunistischen Manifestes nicht nur keinen Fortschritt, sondern einen offenbaren Rückschritt darstellt, der ungeheuer viel zu den Wirren beigetragen hat, die vor, während und nach dem Kriege den deutschen Sozialismus durchtobten. Der theoretischen Unzulänglichkeit des Erfurter Programms wird man es auch zuschreiben müssen, daß die Internationale dem Weltkrieg gegenüber, der von der englischen Bourgeoisie vom ersten Tage an als echter Merkantilkrieg geführt wurde, so hilflos und schwankend gegenüberstand."

Kehren wir zur Agrarfrage zurück. Schon seit dem Beginn der sozialdemokratischen Bewegung ist das Agrarprogramm stets ein Schmerzenskind der Sozialdemokratie gewesen. Bereits auf den Kongressen der „Internationalen Arbeiter-Assoziation", die 1864 in London gegründet wurde, war die Agrarfrage Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen. Im großen und ganzen ist die moderne Sozialdemokratie nach dem Zeugnis Ed. Davids („Sozialismus und Landwirtschaft", I. Die Betriebsfrage

Seite 22) über die damals entwickelten Ideen nicht wesentlich hinausgekommen. Auf dem Kongreß zu Lausanne vom Jahre 1867 wurde die Grundeigentumsfrage zum Mittelpunkt ausgedehnter Auseinandersetzungen zwischen den proudhonistischen Elementen und den Marxisten. Die Proudhonisten verteidigten das Kleinprivateigentum an Grund und Boden als eine Voraussetzung der persönlichen Freiheit, eine Forderung, der sich die Marxisten natürlich nicht anschließen konnten. Diese verlangten vielmehr das Gemeineigentum und faßten ihre Begründung in einer Resolution zusammen, die sie im Jahre 1868 dem Brüsseler Kongreß vorlegten. In dieser Entschließung stellten die Marxisten die Lehre auf, daß die wirtschaftliche Entwicklung es zur Notwendigkeit machen werde, „Grund und Boden in gemeinschaftliches, gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln".

Der Kongreß zu Basel (1869) betonte wieder das Recht und die Notwendigkeit, das Privateigentum aufzuheben. Kurze Zeit darauf (6. November 1869) erschien das „Genfer Manifest" an die landwirtschaftliche Bevölkerung, das wörtlich sagte: „Die kleinbäuerliche Bewirtschaftung ist durch die Allmacht des Kapitals, durch den Einfluß der Wissenschaft, den Gang der Tatsachen und das Interesse der Gesamtgesellschaft unwiderruflich und ohne Gnade zum allmählichen Tode verurteilt." Das Manifest gab den Kleinbesitzern als Vorbereitung auf diesen Tod den guten Rat, „ihre Grundstücke, Viehbestände, Wirtschaftsgebäude, Ackergerätschaften, Arbeitskräfte" an eine Genossenschaft zu schenken, die sie mit den besitzlosen Arbeitern, Tagelöhnern, Knechten und Mägden bilden sollten. Trotz einem starken Aufwande von begeisternden Worten fanden die sozialdemokratischen Vorschläge bei den bäuerlichen Kleinbesitzern durchaus keine Gegenliebe. Ja, die Wirkung war nicht selten geradezu abstoßend. Um der unangenehmen Wirkung der „so viel verschrienen Beschlüsse über das Grundeigentum" zu begegnen, schrieb Wilhelm Liebknecht, der in Basel mitgewirkt hatte, seine Schrift: „Zur Grund- und Bodenfrage". Natürlich war es auch für Liebknecht eine ausgemachte Sache, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb und sogar der „wohlsituierte Bauernstand" dem Untergange geweiht sind, weil nur der landwirtschaftliche Großbetrieb leistungsfähig sei. Von dem „wohlsituierten Bauernstande" heißt es z. B. (2. Aufl. S. 139/140): „Sein Todesurteil ist gesprochen, und durch Palliativmittel kann höchstens eine qualvolle Verlängerung des Todeskampfes erreicht werden. Wirksame Mittel, Mittel zur Abwendung des Unterganges gibt es nicht." Infolgedessen war auch Liebknecht der Meinung, daß das bäuerliche Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum übergeleitet werden müsse, nur dürfe die Überleitung nicht plötzlich oder gewaltsam vorgenommen werden; denn Liebknecht befürchtete, daß ein Enteignungsbeschluß unzweifelhaft die Mehrzahl der Bauern zum heftigen Widerstand, vielleicht zur offenen Rebellion gegen die Sozialdemokratie reizen werde . . . Der Staat müsse mit peinlicher Sorgfalt alles vermeiden, was ihn den Kleinbauern als Feind könnte erscheinen lassen. „Die französische Februarrepublik ist an der Nichtbeachtung dieser Regel zugrunde gegangen . . . Die Lehre wollen wir uns merken," meinte Liebknecht (a. a. O. S. 174/175). Auf diesem Wege hoffte er zum Ziele zu gelangen; denn die Sozialdemokratie braucht Landarbeiter und Kleinbauern, wie Liebknecht selbst sagte (S. 187), soll ihr Ringen nicht hoffnungslos sein.

Liebknechts Schrift galt bis zum Beginn der 90er Jahre als ein Katechismus für die Landagitation und beherrschte auch ein Referat Bebels auf dem Stuttgarter Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1870. Auch der Gothaer Kongreß vom Jahre 1875, auf dem sich die Eisenacher und die Lassalleaner miteinander verschmolzen, wurde von den gleichen Anschauungen geleitet und fügte demgemäß dem neu entworfenen Parteiprogramm den Satz ein: „Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtheit entsteht." („Die ersten deutschen Sozialisten-Kongresse", Frankfurt a. M. 1906, S. 116.)

Die Grundlage dieser sozialdemokratischen Anschauungen über den vermeintlichen Untergang der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe bildeten die Lehren von Karl Marx, der aus der Beobachtung der englischen Verhältnisse den ländlichen Kleinbetrieb schon überall im Todeskampfe sah. In dem ersten Bande seines Werkes „Das Kapital" nennt er z. B. am Schlusse des 13. Kapitels die bäuerlichen Betriebe die „gewohnheitsfaulsten" und „irrationellsten". In Deutschland zeigte sich der Bauernstand zunächst freilich sehr zähllebig, bis die gegen 1880 beginnende schlechte Zeit zu einer stärkeren Verschuldung der Landwirtschaft führte. Jetzt sah die Sozialdemokratie die marxistische Lehre bestätigt und das Schicksal der Bauern endgültig besiegelt. Unter diesen Umständen konnte das Erfurter Programm vom Jahre 1891 nur die alten Lehren über den Untergang der Bauernschaft wiederholen. Der erste Satz des Erfurter Programms lautet, wie wir wissen: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes." Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb ist hierin stillschweigend mit einbezogen. Im zweiten Absatz werden dann die Bauern ausdrücklich als zu den versinkenden Mittelschichten gehörig bezeichnet. Es ist genau derselbe Standpunkt, der in den sechziger Jahren festgelegt worden war. Da nun aber auch jetzt die Anwendung dieser Anschauungen auf die Landagitation zu keinem Ergebnis führen wollte, so wurde der Wunsch nach einer Neugestaltung und Umformung dieses Teiles im sozialdemokratischen Programm immer lebhafter. Der Kölner Parteitag vom Jahre 1893 setzte daher auf Antrag des Abgeordneten Schoenlank die Agrarfrage auf die Tagesordnung des auf das Jahr 1894 nach Frankfurt (Main) berufenen Parteitages.

Die Erfahrungen, die man bei der Agitation auf dem Lande hatte machen müssen, hatten Zweifel an der Richtigkeit des bis dahin allein und allgemein gültigen Agrarprogramms erweckt. Jedenfalls konnte man sich der Einsicht nicht verschließen, daß man mit dem bisherigen Programm auch in Zukunft Anhänger in der Bauernschaft nicht gewinnen werde. Dieser Einsicht stand auf der anderen Seite die Notwendigkeit gegenüber, auch die Grundlinien eines neuen Agrarprogramms mit der marxistischen Lehre in Einklang zu bringen. Auf diese Weise konnte es zu einer klaren und bestimmten Stellung auch jetzt nicht kommen.

Die auf dem Frankfurter Parteitag von 1894 von Bruno Schoenlank und Georg von Vollmar gemeinsam vorgelegte und mit großer Mehrheit angenommene Resolution trug denn auch deutlich den Stempel eines Verlegenheitskompromisses zwischen programmatischer Theorie und agitatorischer Praxis. Der Wunsch, endlich auch die Bauern zu gewinnen, war so

stark, daß v. Vollmar bei der Begründung dieser Entschließung geradezu agrarisch anmutende Auseinandersetzungen machen durfte und damit sogar stürmischen Beifall erntete. Der Leitgedanke seines Referats war die Idee des Bauernschutzes.

Aber Vollmars Rede blieb, wie dies bei dem Vorherrschen marxistischer Ideen in der Sozialdemokratischen Partei nicht anders zu erwarten war, nur ein Augenblickserfolg. Friedrich Engels veröffentlichte bald nach dem Frankfurter Parteitage in der „Neuen Zeit" (1894/95 I., S. 292 ff.) einen Aufsatz, betitelt „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", in dem er den marxistischen Standpunkt zum schärfsten Ausdruck brachte. Engels sagte wörtlich (a. a. O. S. 303):

> „Es ist Pflicht unserer Partei, den Bauern immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offene Köpfe machen für unsere Worte."

Diese vom Standpunkt des reinen Marxismus allein folgerichtigen Anschauungen wurden von der großen Mehrheit der sozialdemokratischen Parteigenossen geteilt. Es war daher vorauszusehen, daß die vom Frankfurter Parteitag eingesetzte Agrarkommission, die den Versuch machen sollte, ein wirksames Bauernschutzprogramm zu entwerfen, an der ihr gestellten unmöglichen Aufgabe scheitern würde. Die Kommission hatte sich entsprechend den außerordentlich verschiedenen Produktivverhältnissen in den einzelnen landwirtschaftlichen Bezirken Deutschlands in drei Unterausschüsse geteilt: Der süddeutsche (Baßler, Birk, David, Geck, v. Vollmar) sollte sich besonders den kleinbäuerlichen Verhältnissen zuwenden; der mitteldeutsche (Bock, Hug, Katzenstein, Schulze-Cossebaude, Quarck) sollte die Verhältnisse in den mittelbäuerlichen Gegenden, der norddeutsche (Bebel, Liebknecht, Molkenbuhr, Schippel, Schoenlank) die des Großgrundbesitzes ins Auge fassen. Diese drei Unterausschüsse arbeiteten die Entwürfe aus, die die Grundlage bildeten für die Vorschläge der Agrarkommission an den nächsten Parteitag, der im Jahre 1895 in Breslau abgehalten wurde. Die Agrarkommission hatte aber nicht etwa diese Vorschläge dem Parteitage zur Annahme empfohlen, sie beschränkte sich vielmehr, offenbar im Bewußtsein der unzulänglichen Erledigung ihrer Aufgabe, auf den Antrag, daß der Parteivorstand beauftragt werde, unter Berücksichtigung der Anregungen der Agrarkommission eine Anzahl geeigneter Personen mit der Aufgabe zu betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen zu veröffentlichen. Mit anderen Worten: die Agrarkommission konnte die ihr gestellte Aufgabe, die in der Tat auch eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Lösung der Quadratur des Zirkels hatte, nicht lösen, und nun sollten andere Parteigenossen veranlaßt werden, den mißglückten Versuch zu wiederholen. Aber auch dieser Versuch mißlang völlig. Das dem Breslauer Parteitage vorgelegte Agrarprogramm, das eine gesunde Bauernpolitik treiben wollte, wurde heftig bekämpft und

schließlich abgelehnt. Dahingegen wurde ein Antrag Kautsky angenommen, der in seinem ersten Teil folgendermaßen lautete (Protokoll S. 104 f.): „Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigentums-Fanatismus; es erklärt das Interesse der Landeskultur und der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landeskultur ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarprogramms dem Ausbeuterstaat neue Machtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats, und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staate Aufgaben, die nur ein Staatswesen ersprießlich zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat." Dieser erste Teil des Antrages Kautsky wurde, nachdem auf Antrag Antricks die Worte in ihm: „und trägt dadurch bei zur Neubelebung ihres Eigentums-Fanatismus" gestrichen worden waren, mit 158 gegen 63 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Bezeichnend war auch, daß zu dieser namentlichen Abstimmung die Genossen Müller-Darmstadt, Galm-Seligenstadt und Simon-Offenbach die folgende Begründung zu Protokoll gaben: „Wir haben gegen den ersten Teil der Resolution Kautsky und Genossen gestimmt, weil durch seine Annahme die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Einzellandtagen bedenklich, eventuell lahmgelegt wird, und aus diesem Grunde in logischer Folgerung Wahlen zu diesen Landtagen zu unterbleiben hätten." Im zweiten Teile des Antrages Kautsky, der das einzige war, was von den Anträgen der Agrarkommission übriggeblieben war, wurde der Parteitag beauftragt, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Anregungen eine Anzahl Personen mit der Aufgabe betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen zu veröffentlichen als „Sammlung agrarpolitischer Schriften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands". Dieser zweite Teil des Kautskyschen Antrages wurde gegen eine Stimme angenommen.

Zu diesem durchaus negativen Ergebnis der Beratungen des Breslauer Parteitages über das vorgelegte Agrarprogramm hatten vor allem die schroff ablehnenden Ausführungen Kautskys beigetragen, der eine beißende Kritik an jenem Programm übte. Unter anderem führte Kautsky (Protokoll S. 125/126) aus: „Wir können die Bauern nicht gewinnen, solange sie im Vollbesitz ihres Eigentums sind und sich wirklich als Bauern fühlen ... Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten haben wir keinen Grund, denn das könnte nur geschehen, indem wir sie in ihrem Besitze befestigen, also ganz entgegengesetzt verfahren wie sonst . . . Wenn wir den Bauern mit dem Agrarprogramm kommen, so würden wir uns in unser eigenes Fleisch schneiden. Zuerst setzen wir ihnen den ersten Teil des Erfurter Programms auseinander. Wir sagen, ihre Lage ist hoffnungslos, ihnen ist nicht zu helfen. Und dann sagen wir: mit dem Agrarprogramm wollen wir euch helfen. (Heiterkeit.) Die Bauern werden verwundert den Kopf schütteln ...

Das Agrarprogramm verlangt, daß wir den Bauern auf dem Lande das gewähren, was wir den Industriearbeitern in der Stadt nicht gewähren: die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz, das können wir nicht. Die Aufrechterhaltung des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft ist das beste Mittel, die Bevölkerung zu degenerieren; deshalb haben wir keinen Grund, diese elenden Leistungen zu fürchten."

Auch was andere Redner auf dem Breslauer Parteitage über die Stellung der Sozialdemokratie zum bäuerlichen Mittelstande sagten, verdient gerade mit Rücksicht auf die Versuche, die von seiten der Sozialdemokratischen Parteien, der Mehrheitssozialisten wie der Unabhängigen, gerade neuerdings gemacht werden, um die Bauern für den Sozialismus zu gewinnen, der Vergessenheit entrissen zu werden. Herm. Molkenbuhr-Hamburg erklärte (Protokoll S. 170): „Dem Bauern zu schmeicheln ist mir widerlich; aber es ist auch unklug, wenn man ihn nutzlos insultiert, wenn man von bäuerlicher Einsichtslosigkeit und Besitzfanatismus spricht," eine Warnung, die, wie die späteren Verhandlungen und zahlreichen Äußerungen sozialdemokratischer Redner und Zeitungen immer wieder gezeigt haben, in den Wind gesprochen war. „Charakteristisch für das Wesen dieser Vorschläge (der Agrarkommission) war", so führte Klara Zetkin-Stuttgart aus, „der ursprünglich vorgeschlagene Einleitungspassus, daß wir im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung demokratisieren und sozialisieren wollen. Damit wurden der Sozialdemokratie Aufgaben gestellt, die sie im Rahmen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht erfüllen kann. Jede Demokratisierung zertrümmert einen Teil des Rahmens der heutigen Staatsordnung. Den Rahmen der bestehenden Staatsordnung demokratisieren wollen, läuft auf die bekannte „Republik mit dem Großherzog an der Spitze" hinaus. Dieser Geist des Widerspruchs, das Findenwollen der Quadratur des Zirkels beherrscht die Vorschläge der Kommission nach wie vor . . . Der antikollektivistische Bauernschädel ist trotz Molkenbuhrs gegenteiliger Behauptung keine fromme Sage" (Protokoll S. 139). „Wir werden durch die Vorschläge der Kommission seine (des Bauern) Sympathie nicht gewinnen, vor allem nicht auf die Dauer! Von heute auf morgen würde er es vielleicht mit uns versuchen, nach dem Sprichwort, neue Besen kehren gut. Von morgen auf übermorgen würde er uns hassen, hassen mit der ganzen Wut der enttäuschten Hoffnung" (Protokoll S. 142). Wilhelm Liebknecht trat für die Vorschläge der Agrarkommission ein, trotzdem er ausdrücklich betonte, kein Mitglied dieser Kommission hätte behauptet, daß der Kleinbauer im Besitz erhalten werden könne durch jene Vorschläge. Denn den Bauern die Existenz sichern als Besitzer, wolle die Sozialdemokratie nicht. Es waren also rein agitatorische Beweggründe, die den alten Liebknecht für das Agrarprogramm eintreten ließen; er gab dies auch offen zu: „Wenn wir alles verwerfen, so bereiten wir unseren Gegnern ohne Ausnahme einen großen Triumph. Sie werden einen solchen negativen Beschluß für sich ausbeuten und dem Landvolk sagen: die Sozialdemokratie, die euch durch ihre Agitation auf Grund lokaler Programme so viel versprochen hat, hat auf dem Parteitag erklärt, daß jeder Versuch, der ländlichen Bevölkerung innerhalb des heutigen Staates zu helfen, gegen ihr eigenes Prinzip und Programm verstoße" (Protokoll S. 148). Lux-Langenbielau meinte, daß es unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes als

Bauernfang treiben heiße, wenn die Sozialdemokratie Bauernschutz treiben wolle. Dr. Geck Offenburg sprach von der „Affenliebe" des auf der Grenze zwischen Proletarier und Besitzer stehenden Bauern zum Privateigentum (Protokoll S. 157). Breuer-Königsberg führte aus, daß die Sozialdemokratie die ostdeutschen Bauern nie als Bauern, sondern höchstens als Mensch für ihre Grundsätze gewinnen könne: „Wenn wir mit dem neuen Programm aufs Land kommen, so lacht man uns aus" (Protokoll S. 159). Hoffmann-Bielefeld vertrat die Ansicht, daß Arbeiterschutz und Bauernschutz sich nicht vertrügen. Nur die kleinsten Bauern wären zu gewinnen, denn sie seien keine Eigentumsfanatiker.

Schon von Anbeginn an hatte die Sozialdemokratie von ihrem Standpunkte aus, der in der Entwicklung zum Großbetriebe eine naturnotwendige Folge der kapitalistischen Produktionsweise sah, durchaus folgerichtig in den Kleinbetrieben das Hemmnis für den Sieg ihrer Ideen bekämpft. Bereits das Kommunistische Manifest verfocht die Anschauung, daß auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb siegen werde. Das geschah natürlich nicht aus irgendwelcher Vorliebe für den Großbetrieb, für dessen technische Fortschritte und Errungenschaften, die selbstverständlich stets auch den bäuerlichen Betrieben aller Größenklassen zugute gekommen sind, sondern weil sie nach der von ihr vertretenen „Konzentrationstheorie", wie wir sahen, ein schnelles Verschwinden der Mittelbetriebe erwarten durfte und infolgedessen auch bestrebt sein mußte, alles zu tun, was eine solche Entwicklung beschleunigen, und alles zu unterlassen, was diese verlangsamen konnte. Da die Landwirtschaft jedoch der Sozialdemokratie den Gefallen nicht tat, die von ihr vorausgesagte Entwicklung zum Großbetriebe zu nehmen, sondern da, wie wir unten noch näher nachweisen werden, in der Landwirtschaft die Zahl der Großbetriebe abnahmen, die der bäuerlichen Mittel- und Kleinbetriebe aber sich vermehrten, wurden die Angehörigen dieses Berufsstandes geradezu mit Haß verfolgt. Schon Karl Marx hatte gesagt: „Das kleine Grundeigentum sei ein Mittel, das eine außerhalb der Gesellschaft stehende Klasse von Bauern schafft, die alle Roheiten primitiver Gesellschaftsformen mit allen Qualen und aller Misere zivilisierter Länder verbindet." Und ähnlich äußerte sich, wie wir oben (S. 133) sahen, Friedrich Engels in der „Neuen Zeit" 1894/95 I, S. 303 (siehe auch „Jahrb. für Nationalökonomie" 37, XXVIII, 696). Für August Bebel war der kleine Bauer „ein kulturhemmendes Moment". Auf dem Frankfurter Parteitage 1894 (Prot. S 118) sagte Bebel: „Wenn die Bauern sich nicht überzeugen lassen, so haben wir nicht nach den Bauern zu fragen. Ihre Vorurteile, ihre Unwissenheit, ihre Beschränktheit dürfen uns nicht veranlassen, von unserem Prinzip etwas nachzulassen." In seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus" (37. Aufl. 1913, S. 403) ist wörtlich zu lesen: „Wer die Rückwärtsserie liebt, weil er dabei seine Rechnung findet, mag an der Fortexistenz dieser Schicht (nämlich des Bauernstandes) Genugtuung empfinden; der menschliche Fortschritt bedingt, daß sie verschwindet." Und die „Neue Zeit", das wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie, ließ sich 1906 über den Bauernstand also vernehmen: „Mit wenigen Ausnahmen ist der Bauer heute nur noch ein mit Scheinkultur übertünchter Barbar. Er befindet sich in einem Stadium der vorgeschrittensten Selbstsucht, aller höheren Ideale bar."

Auch die sozialdemokratische Parteipresse hat manche unfreundliche Äußerungen gegen den Bauernstand auf dem Gewissen. So nannte das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts", vom 1. November 1902 (Nr. 256) die Bauern „Graf Spees habgierige Garde". Die sozialdemokratische „Mannheimer Volksstimme" sprach in Nr. 118 vom Jahre 1907 in einem Gedichte von der „Pöbelbrut der Bauern". Ferner veröffentlichte nach der Landtagswahl im Kreise Kottbus-Kalau-Spremberg die „Märkische Volksstimme" vom 18. Juni 1908 in Nr. 140 folgende Sätze: „Man kennt den Bauerntypus an der glattrasierten oder mit kecken Stoppeln besetzten Visage. Jedes Kind weiß den Bauern vom Städter nicht nur an seiner Kleidung, sondern auch an seiner Bartlosigkeit zu erkennen. Diese schwerfälligen und denkfaulen Scharen waren es, welche der Abgeordnetenwahl in Kottbus ihr charakteristisches Gepräge gaben. — Schleppenden Ganges und ihre Stinkadores schmauchend, bewegten sich gestern die Bartlosen und ihre adeligen und hochadeligen Treiber vom Hotel Michlitz zum Wahllokal von Kolkwitz. — — — So haben die Konservativen (Herr Minister von Dirksen und Herr Henning) noch einmal den Sieg davongetragen, dank des Dreiklassenwahlrechts, des ländlichen Terrorismus der feudalen Schnapphähne und der chimborassohohen Dummheit der ländlichen Bevölkerung. Hoffentlich haben wir nach diesem albernen und nichtsnutzigen Wahlsystem zum letztenmal gewählt."

Die „Leipziger Volkszeitung" ließ sich in ihrer Nr. 57 vom 11. März 1909 also vernehmen: „Sie (die Bauern) geben heute der Reaktion in Bayern den Rückhalt und sie werden sicher in Zukunft noch brutaler und stupider mit stierartigem Unverstand jedem sozialen Fortschritt sich entgegenstellen." In derselben Nummer der „Leipziger Volkszeitung" fand sich auch noch folgende Schmeichelei: „Daß der Bauer bei den Arbeitern stets als der brutalste Menschenschinder gegolten hat, weiß jedes Kind."

In der „Dortmunder Arbeiterzeitung" endlich war in Nr. 158 vom 9. Juli 1910 im zweiten Blatt die Rede von der „hochmütigen Bauernsippe".

An dieser Blütenlese, die sich noch beliebig vermehren ließe, wollen wir uns vorerst genügen lassen. Seit dem Breslauer Parteitage hat die Sozialdemokratische Partei die „Agrarfrage", dieses für sie so heiße Eisen, nicht wieder behandelt. Alle auf sie hinzielenden Anträge auf den Parteitagen wurden regelmäßig, so auch in Magdeburg 1910, dem Parteivorstande überwiesen, der es aber unterließ, ihnen stattzugeben. Für die Haltung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft bleiben somit bis auf weiteres maßgebend die einschlägigen Sätze im Erfurter Programm, durch das, so lange es in Kraft bleibt, die Lösung der für die Sozialdemokratie so überaus peinlichen Agrarfrage auf den St. Nimmermehrstag hinausgeschoben wird. Denn Erfurter Programm und ein Agrarprogramm, durch das die bäuerliche und landarbeitende Bevölkerung für die Sozialdemokratie gewonnen werden könnte, schließen sich aus wie Feuer und Wasser. Kautsky hatte daher vollkommen recht, als er im („Vorwärts" Nr. 189 vom 15. August 1895, 2. Beilage) ein sozialdemokratisches Agrarprogramm ein Unding nannte. Wie die gesamten ökonomischen Voraussetzungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms durch die Tatsachen der wirtschaftlichen Entwicklung längst überholt sind, so hat sich im besonderen auch die Behauptung von dem Untergange des bäuerlichen Kleinbetriebes nicht im entferntesten bestätigt.

Die Statistik tut vielmehr dar, daß die Landwirtschaft gerade die entgegengesetzte Entwicklung genommen hat und daß die Voraussagungen der marxistischen Lehre, auf der das Erfurter Programm sich aufbaut, in bezug auf die Landwirtschaft völlig in der Luft schweben. Die Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907 haben nämlich folgendes ergeben:

A. Zahl der Betriebe:

Größenklasse und Betriebsgröße	1882	1895	1907	Gewinn (+) oder Verlust (—) seit 1882
1. Parzellenbesitz und kleinst. Betr. unt. 2 ha	3 061 831	3 236 367	3 378 509	+ 316 678 = + 10,3 v. H.
2. Kleinbesitz und kleine Betriebe, 2—5 ha . .	981 407	1 016 318	1 006 277	+ 24 970 = + 2,5 v. H.
3. Gewöhnl. bäuerlicher Besitz, 5—20 ha . .	926 605	998 804	1 065 539	+ 138 934 = + 15,0 v. H.
4. Mittlerer Besitz 20 bis 100 ha	281 510	281 767	262 191	— 19 319 = — 6,9 v. H.
5. Größerer und Großgrundbesitz, 100 und mehr ha	24 991	25 061	23 556	— 1 425 = — 5,7 v. H.

Diese statistische Zusammenstellung zeigt unwiderleglich, daß die Anzahl der größten und großen Betriebe sich bedeutend verringert, dagegen die Anzahl der kleinen und mittleren Betriebe sich ansehnlich vermehrt hat. Diese Ergebnisse erhalten eine Vertiefung durch die Statistik der landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche der einzelnen Größenklassen. Hier ergibt sich folgendes Bild:

B. Flächengröße der Betriebsklassen in 1000 ha:

Betriebsgröße	1882	1895	1907	Gewinn (+) oder Verlust (—) seit 1882.
Unter 2 ha . .	1 826	1 808	1 731	— 95 = — 5,2 v. H.
2—5 ha . . .	3 190	3 286	3 305	+ 115 = + 3,6 v. H.
5—20 ha . . .	9 158	9 722	10 422	+ 1 263 = + 18,8 v. H.
20—100 ha . .	9 908	9 870	9 322	— 586 = — 5,9 v. H.
100 ha und mehr	7 786	7 832	7 055	— 731 = — 9,4 v. H.

Die Statistik beweist, daß die Großbetriebe überall im Rückgange begriffen sind, während die eigentlichen bäuerlichen Betriebe, das heißt, diejenigen Betriebe, die groß genug und nicht größer sind als nötig, um einer Bauernfamilie volle Arbeit und Existenz zu gewähren, auf dem Vormarsche sich befinden. Diese Entwicklung ist für den Marxismus natürlich sehr peinlich. Um ihn zu retten, unternahm Kautsky in seinem Buche „Die Agrarfrage", Stuttgart 1902, einen letzten Versuch, den Widerspruch zwischen der marxistischen Theorie und der tatsächlichen Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse aus der Welt zu schaffen. Er behauptete, daß die Konzentration, die Zusammenballung der Landwirtschaft sich trotz der Betriebsstatistik vollzogen habe, nicht hinsichtlich der Betriebsform, sondern hinsichtlich der Besitzform. Die Loslösung der Landwirtschaft vom Grundeigentum vollziehe sich auf den Wegen der Verschuldung und der Ausbreitung des Pachtsystems, der Bauer werde durch den Hypothekengläubiger expropriiert. Demgegenüber kam Eduard Bernstein in seinen „Voraussetzungen des Sozialismus" nach Vergleichung der Agrarstatistik Deutschlands und anderer europäischer Gebiete zu dem Endergebnis, es könne keinem

Zweifel unterliegen, daß im ganzen westlichen Europa, wie übrigens auch in den östlichen Staaten der amerikanischen Union, überall der kleine und mittlere Betrieb in der Landwirtschaft wächst und der große und Riesenbetrieb zurückgeht. Den gleichen Standpunkt vertrat der österreichische Sozialdemokrat Friedrich Hertz in seiner Schrift „Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus" und Dr. David in der „Neuen Zeit" (1899/1900, I. Band, S. 228 ff. und 260 ff.), die an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials den Beweis erbracht haben, daß von einer Konzentration des landwirtschaftlichen Besitzes auch auf dem Wege der Verschuldung in keiner Weise die Rede sein könne.

Die Sozialdemokratie hat von Anfang an in völliger Verkennung der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes den Kardinalirrtum begangen, die industrielle und die landwirtschaftliche Produktion über einen Kamm zu scheren. Sie hielt den Produktionsweg in der Landwirtschaft im wesentlichen für den gleichen wie in der Industrie, während in Wirklichkeit ein großer Unterschied zwischen beiden besteht. Es gibt eine vortreffliche Erklärung für den wesentlichen Unterschied zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion, in dem es begründet liegt, daß die Maschine in der Landwirtschaft keineswegs die Rolle spielen kann wie in der Industrie; denn in der Landwirtschaft produziert nicht die Maschine, Produzentin bleibt überall die Natur. Es handelt sich hier um einen organischen Prozeß, nicht um einen mechanischen, wie bei der industriellen Güterherstellung. In der Landwirtschaft gilt es, die Entwicklung lebender Wesen zu fördern, in der Industrie handelt es sich um die Verarbeitung toter Dinge. Daher ist in der landwirtschaftlichen Produktion nicht der unaufhörliche Fluß möglich wie in der Fabrikation mechanischer Gegenstände. Die Natur bestimmt, wann die Arbeit anfangen und aufhören soll. Auch die Arbeitsart ist dem Wechsel unterworfen und ebenso die Arbeitsstelle, die fortwährend wechselt zwischen Acker, Wiese, Hof, Stall und Scheune. Mit dem Anfangs- und Endtermin des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses bestimmt die Natur auch die Schnelligkeit des Produktionsverlaufes. „Mag der Mensch sich fieberhaft abmühen, mag er Tag und Nacht drängen und treiben, der organische Evolutionsprozeß läßt sich nicht wesentlich beschleunigen, die Natur läßt sich nicht aus ihrem Trott bringen. Sie reift das Korn nicht früher, sie rötet die Kirsche nicht eher, sie vollendet das Kalb im Mutterleibe nicht schneller, als sie will. Die Abkürzungen der Wachstumsperiode, die der Landwirt durch Wahl frühreifer Sorten und durch geeignete Ernährung bewirken kann, ist relativ sehr gering im Vergleich zu der Beschleunigung des Produktionstempos, wie sie die Maschine in der Industrie zu erzielen vermag. In der Landwirtschaft ist die Maschine in dieser Hinsicht ganz ohnmächtig. Der gleichmäßige Atemzug der natürlichen Produktionsmethode spottet ihrer." So schrieb David in seinem Buche: „Sozialismus und Landwirtschaft", S. 74.

In dieser Verschiedenheit der Produktion liegt die Überlegenheit des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft begründet. Wenn Kautsky sich um den Nachweis bemüht, daß auch in der Landwirtschaft der maschinelle Großbetrieb den Sieg behalten müsse, so werden seine an Marx anknüpfenden theoretischen Betrachtungen durch die Praxis widerlegt. Sein grundlegender Irrtum besteht eben darin, daß er auch in der Landwirtschaft den Maschinen-

betrieb für den intensiveren hält, während auf der höchsten Stufe der Bodennutzung, bei der gartenmäßigen Kultur, die Maschine fast ganz ausscheidet.

Nicht nur alle bürgerlichen Agrarpolitiker wie Settegast („Betriebslehre" 1875 I S. 40), J. Kühn („Die Getreidezölle in ihrer Bedeutung für den Klein- und mittleren Grundbesitz", Halle 1885, S. 15), Sering („Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland", S. 70—91), Oppenheimer („Die Siedlungsgenossenschaft", S. 242), Stumpfe („Der landwirtschaftliche Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb" . . . 1902, S. 225/26) sehen die Überlegenheit des Kleinbetriebes in der Landwirtschaft als erwiesen an, auch unbefangene und vorurteilslose Sozialdemokraten, die freilich sehr dünn gesät sind, so der eben erwähnte österreichische Sozialdemokrat Friedrich Hertz, mußten an der Hand nicht wegzuleugnender Tatsachen zugeben, daß überall der kleine und mittlere Betrieb in der Landwirtschaft wächst und der große oder Riesenbetrieb zurückgeht.

Ein besonders aufmerksamer sozialdemokratischer Beobachter, Dr. Arthur Schulz, hat in einem Aufsatz „Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Viehhaltung" (Sozialistische Monatshefte 1909 I 417) nachgewiesen, daß der Klein- und Mittelbetrieb in der Viehwirtschaft zweifellos überlegen ist. Er erhielt darauf vom „Vorwärts" zur Antwort, das seien nur Ausnahmen, und die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht" richtete am 16. März 1909 an den Genossen Schulz die Worte: „Wann und wo wurde je schon das Vieh eines norddeutschen bäuerlichen Besitzers z. B. auf den Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft mit Preisen bedacht? Genosse Schulz wird uns nicht einen derartigen Fall anführen können." Um nun wirklich einwandfrei festzustellen, was die verschiedenen Betriebsgrößen in der Viehzucht zu leisten vermögen, hat Schulz gerade die Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Leipzig im Juni 1909 zum Gegenstand einer Studie gemacht. Hierbei kommt Schulz erst recht zu einer rückhaltlosen Anerkennung der Überlegenheit des Kleinbetriebs, und seine Behauptungen, die er in einem Artikel „Der landwirtschaftliche Groß- und Kleinbetrieb im Spiegel der Leipziger Wanderausstellung" („Sozialistische Monatshefte" 1909, Heft 19—20, S. 1238 ff.) niederlegt, dürften als unumstößlich gelten.

In einem späteren Aufsatz von Arthur Schulz, „Das dänische Beispiel" („Sozialistische Monatshefte" 1909, Heft 21), in dem Schulz übrigens vor einer Überschätzung und Nachahmung der dänischen Freihandelspolitik warnte und betonte, daß Dänemark trotz günstiger Vorbedingungen nur mit schweren Opfern für seine Landwirtschaft die Handelsfreiheit aufrecht zu erhalten vermöchte, hob er nochmals die Überlegenheit der bäuerlichen Viehwirtschaft hervor, indem er schrieb: „Mit zunehmender Arbeitsintensität und besonders mit wachsender Bedeutung der Viehhaltung ist die Tendenz zur Verkleinerung der Betriebe und zur Entstehung neuer Kleinbetriebe erforderlich; diese Anschauung wird durch die Tatsachen der Entwicklung Dänemarks bestätigt. Doch ist die Stärkung des Kleinbetriebs nicht, wie manche meinen, durch den Freihandel, sondern trotz seiner erfolgt." Der „Vorwärts" glaubte alle diese Beweisführungen abtun zu können mit dem Worte: „Es ist immer die alte Geschichte: Der Bauer besteht, weil er seine Arbeitskraft in unrentabler Weise vergeudet." Darauf antwortete Schulz mit Recht: „Verwunderlich ist dabei nur, daß der Bauer das nicht einsieht und, des vergeblichen Mühens müde,

seine Scholle an den Gutsherrn verkauft. Verwunderlich, daß im Gegenteil die Aufteilung von Großgrundbesitz trotz des höheren Getreidepreisniveaus der letzten Jahre einen so beträchtlichen Umfang angenommen hat und daß Bauernkinder und Landarbeiter mit aller Macht danach streben, landwirtschaftlichen Kleinbesitz zu erwerben. Verwunderlich endlich, daß die Agrarstatistik aller westeuropäischen Staaten eine nicht unbedeutende Zunahme der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe aufweist."

Die Bodenständigkeit des Bauerntums setzt dem sozialdemokratischen Streben nach einer Umwandlung der bestehenden Gesellschaftsordnung unüberwindliche Schranken, die von der Sozialdemokratie keineswegs unterschätzt werden. „Wer ist bisher unser gefährlichster Gegner gewesen? Das zähe Festhalten des Bauern an seinem Eigentum, das war die Schranke, an welcher das rasche Wachstum der Sozialdemokratie schließlich hätte zum Stillstand kommen müssen", schrieb schon am 24. Oktober 1880 „Der Sozialdemokrat", Zürich, Nr. 43, Seite 1, und das wird hoffentlich auch in aller Zukunft so bleiben.

Wie wir wissen, fordert das Erfurter Programm die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, also die Verstaatlichung des Grund und Bodens. Diese Forderung wird von der Sozialdemokratie, sobald es sich um die Landwirtschaft handelt, dahin umgedeutet, als wolle das Erfurter Programm die Landwirte aus Privateigentümern oder Privatpächtern lediglich in Staatspächter umwandeln. Die Hypothekenzinsen, die die Landwirte an Private zu zahlen haben, würden in Pachtzinsen verwandelt werden, die an den Staat abzuführen wären. Die dazu notwendigen Geldmittel müßte der sozialdemokratische Staat dann „am besten durch eine entsprechende Erhöhung der Steuern auf die großen Einkommen, Vermögen, Erbschaften" aufbringen. Wenn Kautsky alles Ernstes im „Vorwärts" (Nr. 61 vom 12. März 1911) solche Vorschläge machen konnte, so bewies das nur von neuem, wie niedrig die Sozialdemokratie die Intelligenz der Bauern einschätzt, wenn sie glaubt, daß diese sich durch ein solches Lockmittel fangen lassen werden. Die Bauern kennen heute das sozialdemokratische Parteiprogramm ganz genau. Sie wissen, daß die Sozialdemokratie fordert Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen und in den höheren Bildungsanstalten auch für die fähigen Schüler und Schülerinnen, daß die Sozialdemokratie weiter fordert Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, ferner Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel und endlich Unentgeltlichkeit der Totenbestattung. Schon für diese Zwecke würde der sozialdemokratische Staat ungezählte Milliarden ausgeben müssen, die nicht anders als durch eine gewaltige Erhöhung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer aufzubringen seien. Diese Erhöhung würde vor den Landwirten selbstverständlich nicht Halt machen können. Was ihnen also — vielleicht — an finanziellen Erleichterungen bei der Zahlung der Pachtzinsen gewährt werden könnte, würde ihnen auf der anderen Seite durch gewaltige Steuern in hundert-, ja vielleicht tausendfacher Höhe wieder abgenommen werden müssen, soll anders der sozialdemokratische Staat nicht binnen kurzem in rasender Schnelligkeit dem Bankerott entgegengehen.

Aber auch abgesehen davon würde die Bewirtschaftung des Landes durch

Staatspächter, wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, sehr bald zu einer Staat und Volk schwer schädigenden Vernichtung der gesamten Bodenkultur führen. Selbst ein Sozialdemokrat, der schon mehrfach erwähnte österreichische Sozialdemokrat Hertz, mußte dies zugeben; so schrieb er auf S. 18/19 seines Buches „Agrarfrage und Sozialismus“: „Überdies geht die Arbeit nicht in einer leicht kontrollierbaren Werkstatt, sondern auf oft weitentlegenen, der Aufsicht entrückten Feldern vor sich. Nie würde ein nur nach seinem Selbstinteresse handelnder Staatsarbeiter jene sorgsame, zuverlässige und intensive Arbeit leisten, wie der selbstwirtschaftende Bauer, der von seinem Fleiße seine Existenz abhängen sieht. Die Leitung der Landgüter erfordert die größte Freiheit der Disposition und ungemeine Gewissenhaftigkeit, wie sie der Beamte nicht liefern kann. Wenn die Wirtschaftsbeamten eines Großgrundbesitzers zu arg wirtschaften, so jagt er sie fort. Was aber könnte der sozialistische Staat tun?! Sie vor ein Disziplingericht stellen?! Das dann hochnotpeinlich zu untersuchen hätte, ob die Angeklagten wirklich den Mist zwei Tage zu spät auf die Felder haben fahren lassen. Meist lassen sich vorgefallene Nachlässigkeiten nachher überhaupt nicht mehr aufdecken. Im günstigsten Falle hindert der langwierige Instanzenweg auf administrierten Staatsgütern jeden schnellen Entschluß von größerer Tragweite, wie ihn der Landwirtschaftsbetrieb so oft nötig macht.“

Was Hertz hier vom Staatsarbeiter sagte, gilt auch vom Staatspächter, wenn dieser Staat der sozialdemokratische Staat ist; denn die Vorteile, die in der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung das Pachtsystem noch gewährt, würde nur dann aufrechtzuhalten sein, wenn die Pachtgüter einen gewissen zweckentsprechenden Umfang haben und der Pächter ein intelligenter und mit hinreichenden Kapitalmitteln ausgestatteter Wirtschafter wäre. Im sozialistischen Staate sollen aber möglichst viele am Grund und Boden teilhaben. Das würde zu einer unwirtschaftlichen Verkleinerung der Pachteinheiten, zu einer steten Verkürzung der Pachtzeiten, zu wachsender Unsicherheit des Verbleibs im Pachtgenuß und daher zu einer rücksichtslosen Ausbeutung des Landes führen. Deshalb sagte der bekannte Agrarpolitiker Buchenberger in seiner Schrift: „Grundzüge der Agrarpolitik“, S. 28/29 mit Recht: „Die Sozialdemokratie setzt sich also nicht nur mit den Wünschen der Landbaubevölkerung nach gefestigten Daseinsbedingungen in schärfsten Widerspruch, würde nicht nur deren vornehmste Charaktereigenschaften gründlich zerstören, sondern sie ist auch in ihren Endzielen unvereinbar mit einer ruhigen Fortentwicklung des Volks- und Staatslebens, weil sie die wichtigste Voraussetzung hierfür, die höchste Anspannung der Bodenkräfte im Dienste der Gesamtheit schwer gefährdet. Aus politischen wie aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen ist daher die Sozialdemokratie schon wegen ihrer Bodenverstaatlichungsziele zu bekämpfen, und die Landbevölkerung hat allen Anlaß, in den Reihen der Bekämpfer der Sozialdemokratie in vorderster Linie zu stehen.“

Da die Sozialdemokratie den Bauernstand aus inneren und äußeren Gründen nicht wird für sich gewinnen können, hat sie es seit einer Reihe von Jahren versucht, die Landarbeiter für die Partei zu gewinnen. Selbst die rein landwirtschaftlichen Distrikte (zumal die preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Mark Brandenburg, Sachsen und Hannover) wurden durch Schriften und Versammlungen mit größter Anstrengung be-

arbeitet. Zeitungen, Kalender, Flugblätter wurden dauernd in großen Massen verbreitet. „Haben wir die ostelbischen Landarbeiter, so weht sofort in ganz Deutschland ein anderer Wind," schrieb Fr. Engels in der „Neuen Zeit", 1894/95, Bd. I, S. 305 und fuhr auf S. 306 fort: „Darum aber ist die Gewinnung der ostelbischen Landproletarier von weitaus größerer Wichtigkeit als die der westdeutschen Kleinbauern oder gar der süddeutschen Mittelbauern. Hier, im ostelbischen Preußen, liegt unser entscheidendes Schlachtfeld." Der Landarbeiter hat allmählich gemerkt, daß die Sozialdemokratie die ländlichen Verhältnisse wohl schlecht zu machen versteht, daß sie aber nicht imstande ist, den kleinsten Vorschlag zur Abänderung oder gar zur Besserung vorzubringen. Durchaus richtig hat der Sozialdemokrat Dr. Bruno Schoenlank auf dem Parteitage zu Frankfurt (Main) im Jahre 1894 die Kenntnisse der sozialdemokratischen Landagitatoren eingeschätzt; er sagte (S. 140 des Protokolls): „Die wichtigste Vorbedingung für gute Landagitation ist das Eingeständnis, daß der größte Teil unserer Parteigenossen nichts von ihr versteht." Daß es sich für die Sozialdemokratie in der Hauptsache um eine Aufwiegelung der Landarbeiter handelt, hat Genosse Horn in Köslin auf dem Parteitag der Sozialdemokratie Pommerns offen eingestanden: „Unsere ganze Arbeit", so schloß er seinen Vortrag nach dem „Vorwärts" vom 29. August 1908 in Nr. 202, „wird auch in Zukunft Aufklärungsarbeit sein. Die Landarbeiter sind viel zu zufrieden. Wir müssen sie unzufriedener machen, sie aufhetzen gegen Verhältnisse, die als menschenwürdig nicht zu bezeichnen sind."

Ob diese Agitation auf die Dauer Erfolg haben wird, bleibe dahingestellt. Die im Osten fast überall noch übliche Naturallöhnung begründet eine gewisse Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es ist bemerkenswert, daß sogar Bebel schon im Jahre 1871 den Wert der Naturallöhnung besser erkannt hatte, als der größte Teil seiner Parteigenossen es vermag: „Die Lebensmittel," sagte er in Flugschrift „Unsere Ziele" S. 43, „die er (der kleine Ackerbürger) nach landesüblicher Sitte geben muß, fallen für ihn um so hoher ins Gewicht, als er sie verkaufen und somit höher bewerten könnte, wenn er sie nicht an die ihm dienende fremde Arbeitskraft als Naturalverpflegung abgeben müßte."

Eine verhältnismäßig günstige Beurteilung fand die Naturalverpflegung auch in Nr. 25 der „Sozialistischen Monatshefte" des Jahres 1908. Genosse Arthur Schulz äußerte sich darüber folgendermaßen („Die landwirtschaftlichen Arbeiter"): „Die Naturalverpflegung und besonders die Gewährung von Gelegenheit zur Kuh- und Schweinehaltung ist doch nicht, wie manche Genossen glauben, ein von den boshaften Junkern willkürlich ausgeklügeltes Mittel, die Instleute, Heuerlinge usw. noch besser auszubeuten, sondern das gesetzmäßig entstandene und unvermeidliche Ergebnis des Zusammenwirkens dreier Faktoren: der Großbetriebsform, der unabänderlichen Naturtatsache des Saisoncharakters des landwirtschaftlichen Gewerbes und der Landlosigkeit der Landarbeiter, für deren Abhilfe schon in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu kämpfen jene Genossen bisher noch nicht sonderlich bemüht gewesen sind."

Die Naturallöhnung bildet immer noch in sehr vielen Gegenden, zumal im östlichen Deutschland, den Hauptbestandteil der Löhnung. Eine zahlenmäßige Aufrechnung der sämtlichen Einkünfte eines ostpreußischen Inst-

mannes ergibt, daß drei Viertel seines Einkommens in Natural- und nur ein Viertel in Barbezügen bestehen. Auf den Naturallohn baut sich, wie Dr. Arno Hoffmeister Königsberg in einem Aufsatze über die soziale und wirtschaftliche Lage städtischer und ländlicher Arbeiter („Illustr. landwirtsch. Zeitg." Nr. 89 vom 6. Nov. 1909) treffend bemerkt, die eigene Produktionswirtschaft des landwirtschaftlichen Arbeiters auf. Dem städtischen Arbeiter ist mit der Lohnsumme, die er erhält, seine ganze Wirtschaftsweise vorgeschrieben, sein Haushalt in enge, feste Grenzen geschlossen; für den Landarbeiter fängt mit seinem Lohne, der an sich völlig zum Lebensunterhalt ausreicht, erst der Trieb an, die ihm in den Lohnbezügen gegebenen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Ausgestaltung seines Haushalts zu benutzen. Für den städtischen Arbeiter ist der Lohn das Ende, für den ländlichen der Anfang in wirtschaftlicher Hinsicht.

Der zweite Absatz der ersten Unterabteilung des Erfurter Programms, die den theoretischen, die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie enthaltenden Teil bildet, schließt mit den Worten: „Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie (nämlich die angebliche Monopolisierung der Produktionsmittel, die, wie wir nachgewiesen haben, gar nicht in dem behaupteten Umfange vor sich geht) wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung." Es ist das die bekannte

„Verelendungstheorie",

die Karl Kautsky aber nicht als Theorie, sondern als „Tatsachenschilderung" betrachtet wissen will, eine Wortklauberei, die uns nicht zu beirren braucht; denn es läßt sich unwiderlegbar nachweisen, daß diese vermeintlichen „Tatsachen" falsch sind, womit auch die „Theorie" selbst zusammenbricht. Die oben angeführten Schlußsätze des zweiten Absatzes des Erfurter Programms sind eine ziemlich wörtliche Wiedergabe aus dem berühmten Kapitel in Marx' „Kapital": „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation", in dem der Verfasser die wachsende Masse des „Elends" schildert. Jener Stelle hatte aber Marx einen Passus angehängt, der lautet: es wächst „aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse". Dieser Schluß ist im Erfurter Programm fortgelassen. Aber gerade an ihn halten sich die überzeugten Anhänger der Verelendungstheorie. Als nämlich die wissenschaftlichen Wächter des Nachlaßschatzes von Marx durch die wirklichen Tatsachen, die zeigten, daß das Elend und die Knechtung des Arbeiters keineswegs zunehmen, stark ins Gedränge kamen, da glaubten sie, jene Stelle dadurch aus der Welt schaffen zu können, daß sie die von Marx hinzugefügte Tendenz von der „wachsenden Empörung der geschulten und vereinten Arbeiterklasse" in den Vordergrund schoben, durch die jener im Vordersatze behauptete Verelendungsprozeß wieder ausgeglichen werde. Aber für unsere Betrachtung kann allein maßgebend sein, was im Erfurter Programm enthalten ist, und in diesem fehlt, wie gesagt, der von Marx gemachte Zusatz. Auch ist die von unentwegten Marxgläubigen gezogene Schlußfolgerung logisch schon um deswillen falsch, weil die angebliche Verelendung ein

rein wirtschaftlicher Prozeß, die Schulung und Organisierung der Arbeiterklasse aber ein politischer Vorgang ist, ganz abgesehen davon, daß ein ungeheurer Widerspruch darin klafft, woher eine verelendete, gedrückte, geknechtete, erniedrigte und ausgebeutete Arbeiterklasse überhaupt noch die Kraft nehmen soll, um sich zu empören, zu schulen, zu vereinigen und zu organisieren.

Karl Kautsky und Bruno Schönlank haben in ihrer zuerst 1892 erschienen Schrift: „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie", die wir nach ihrem Untertitel kurz „Erläuterungen" genannt haben, im 2. Kapitel, das die Überschrift trägt: „Kapitalisten und Proletarier", ihre Ausführungen über das Proletariat mit folgenden Worten geschlossen: „Die Gesellschaft hat nur die Wahl, zu versumpfen und zu verfaulen wie das Reich der römischen Kaiser, oder das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen. Die unteren, die ausgebeuteten Klassen haben nur die Wahl, dafür zu kämpfen oder ihrem völligen Verkommen in Überarbeit und Arbeitslosigkeit, in Prostitution und Verbrechen entgegenzusehen."

Das Wort „Proletariat" als Einheit der modernen, lohnarbeitenden Klasse war übrigens seinerzeit, worauf nur nebenbei hingewiesen werden soll, eine rein begriffliche Konstruktion, die zuerst in der neueren Geschichte in durchaus ungeschichtlicher Weise zu rhetorisch-agitatorischen Zwecken gebraucht wurde. Das erhellt, wie Ed. Bernstein durchaus zutreffend bemerkt, schon daraus, daß jener Begriff gar nicht in England gebildet worden ist, wo die mit ihm bezeichnete Sache zuerst und am stärksten entwickelt war, sondern in Frankreich, wo sie in der Industrie nur als Ausnahme bestand. Und in Deutschland hat es niemals einen wirtschaftlichen Zustand der Arbeiterklasse gegeben, der ihre Angehörigen berechtigt hätte, sich als „Proletarier" im altrömischen Sinne (siehe oben im 2. Kapitel, S. 38) zu fühlen.

Wenn nach der Behauptung des Erfurter Programms und der „Erläuterungen" die Unsicherheit der Existenz dieses Proletariats und der angeblich versinkenden Mittelschichten, die, wie wir sahen, gar nicht daran denken, zu verschwinden, wirklich wächst, so müßte zunächst die Arbeitslosigkeit dauernd zugenommen haben. Daß diese aber keineswegs ständig wie ein Damoklesschwert über dem Haupte des Arbeiters schwebte, solange in unserem Vaterlande noch geordnete Zustände herrschten und eine sozial gerichtete Monarchie mit Erfolg bemüht war, durch eine umfassende Sozial- und ausgleichende, gerechte Steuerpolitik die wirtschaftlich schwächeren Volksklassen zu schützen und zu stützen, haben wir bereits in einem früheren Abschnitte im einzelnen nachgewiesen. Es liegt uns daher ob, noch zu untersuchen, ob das Elend, der Druck, die Knechtung und Ausbeutung des Arbeiters gewachsen sind.

Der Begriff des Elends ist nicht leicht zu fassen, da er immer nur relativ sein kann. Auch der letzte und ärmste der deutschen „Proletarier" würde heute sicherlich nicht mit einem in Seehundtran schwelgenden Fürsten der Eskimos oder einem sich an getrockneten rohen Fischen gütlich tuenden Feuerländer tauschen wollen. Wir können daher Ferdinand Lassalle ohne Bedenken zustimmen, wenn er in seinem bekannten „Antwortschreiben" betont, daß alles menschliche Leiden und Entbehren nur von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in derselben Zeit vorhandenen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten abhänge. Denn wir sind imstande, nachzuweisen,

daß nicht nur nicht das Elend der arbeitenden Klasse vor dem Kriege gewachsen war, sondern daß auch ihr Einkommen mehr stieg als die Preise der Lebensmittel, die sie aus diesem ihrem Einkommen zu bestreiten hatten.

Da Marx und seine Anhänger die Ansicht verfochten haben, daß die kapitalistische Produktionsweise die Neigung habe, die Löhne zu senken, wollen wir zunächst untersuchen, wie es mit der Richtigkeit dieser Behauptung bestellt ist. An einer amtlichen Statistik der Löhne in den verschiedenen Gewerben fehlt es im Deutschen Reiche bis zum heutigen Tage. Auch von privater Seite ist eine umfassendere Untersuchung, die mehr als ein einzelnes Gewerbe behandelt, noch nicht veranstaltet worden. Diese Lücke ist, teilweise wenigstens, ausgefüllt worden durch eine ausgezeichnete statistische Arbeit, die der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Dr. R. Kuczynski, im Anfange des Jahres 1909 unter dem Titel „Die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches" bei Georg Reimer in Berlin hat erscheinen lassen. Dr. Kuczynski war im September 1908 vom Volkswirtschaftlichen Bureau des Reichsschatzamtes gelegentlich der Vorbereitungen zur Reichsfinanzreform aufgefordert worden, auf Grund seines im Druck befindlichen Buches über Arbeitslohn und Arbeitszeit in Europa und Amerika und der ihm sonst zugänglichen Materialien ein Gutachten über die Entwicklung der gewerblichen Löhne in Deutschland seit der Begründung des Deutschen Reiches zu erstatten. Das Ergebnis dieser Studien war jenes Buch, durch das zum ersten Male der wissenschaftlich einwandfreie Beweis geliefert wurde, in welch beträchtlichem Maße auch in Deutschland vor dem Kriege die Löhne in allen gewerblichen Betrieben gestiegen waren.

Kuczynski untersuchte die Löhne im Bergbau, Baugewerbe, Steinverarbeitungsgewerbe, Holzverarbeitungsgewerbe, Metallverarbeitungsgewerbe, Buchgewerbe und Verkehrswesen und unterschied dann wieder die einzelnen Arten der großen Gewerbe, so Steinkohlenbergbau, Braunkohlenbergbau, Maurer- und Zimmergewerbe, Malergewerbe, Bau- und Möbeltischlerei, Fuhrwesen, Eisenbahnbetrieb, Seeschiffahrt usw. Diese einzelnen Gewerbszweige wurden wiederum gebietweise betrachtet, beispielsweise der Steinkohlenbergbau in Oberschlesien, im Ruhrgebiet, im Saargebiet, das Baugewerbe in Berlin, Hamburg, Dresden, Nürnberg, Elberfeld, Rostock, Quedlinburg und so fort.

Überblickt man die Entwicklung der durchschnittlichen Jahresverdienste der Bergarbeiter in Preußen bis zum Jahre 1908, so bemerkt man drei Höhepunkte in der Bewegung der Löhne. In den meisten Bezirken treffen sie auf die Jahre 1891, 1900 und 1907. Und zwar waren die Löhne überall im Jahre 1907 höher als je zuvor und das Maximum um die Jahrhundertwende fast ausnahmslos höher, als das zu Beginn der 90er Jahre. Im Steinkohlenbergbau in Oberschlesien betrug im Jahre 1886 der Schichtlohn der eigentlichen Bergarbeiter 2,03 M., im Jahre 1907 aber 4 M.; der Durchschnitt des Schichtverdienstes der Gesamtbelegschaft war 1907 annähernd doppelt so hoch wie 1886. In Niederschlesien erhielten die Bergarbeiter 1886 für die Schicht 2,11 M., 1907 dagegen 3,57 M.; der durchschnittliche Schichtverdienst der Gesamtbelegschaft war 1907 um reichlich ¾ höher als 1886. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund belief sich 1886 der Schichtlohn auf 2,92 M., 1907 auf 5,98 M.; der durchschnittliche Schichtverdienst der Gesamtbelegschaft hatte

sich verdoppelt. Im Aachener Bezirk wurde 1889 3,05 M. für die Schicht gezahlt. 1907 aber 5,28 M.; der durchschnittliche Schichtverdienst der Gesamtbelegschaft hatte sich in den 19 Jahren um reichlich ⅔ höher gestellt. Im Braunkohlenbergbau erhielt im Jahre 1886 im Oberbergamtsbezirk Halle der eigentliche Bergarbeiter für die Schicht 2,35 M., 1907 dagegen 4,10 M.; der durchschnittliche Schichtverdienst der Gesamtbelegschaft war 1907 um mehr als ⅗ höher als im Jahre 1886.

In den „Sozialistischen Monatsheften" (Nr. 23, 1911) hat Arthur Schulz einen Bericht veröffentlicht über landwirtschaftliche Ansiedlungen in Pommern, die er selbst besucht hatte. Bei dieser Gelegenheit lernte Schulz in Galben und Sausgarten zwei Kolonisten kennen, die ihm erzählten, daß sie sich in zehnjähriger Bergwerksarbeit in Westfalen je 4000 M. erspart hatten, die sie zur Anzahlung beim Kauf ihrer Rentengüter und zur Anschaffung des nötigen toten und lebenden Inventars verwendet hätten. Sie hätten, so sagten sie ihm, diese Summe sich erspart, ohne jedoch jemals Streikbrecher zu werden. Dagegen hätten sie den Besuch von Wirtshäusern vermieden und ihr Bier lieber zu Hause getrunken. Auf diese Weise wären sie zu ihren Ersparnissen und damit zu ihrem Landbesitz gekommen, gewiß auch ein Beweis dafür, daß die Behauptungen von den angeblich unzureichenden Entlohnungen der westfälischen Bergarbeiter stark übertrieben gewesen sein müssen, da im anderen Falle jene beiden Bergarbeiter, die vermutlich keine seltene Ausnahme gebildet haben dürften, von ihrem Lohne sicherlich keine Ersparnisse hätten machen können.

Der Stundenlohn der Maurer, Zimmerer und Putzer in Berlin war von 27½ Pf. im Jahre 1871 auf 75 Pf. im Jahre 1908, der Tagelohn von 3 M. auf 6,75 M. gestiegen. Der Stundenlohn der Maurer in Berlin war 1908 2¾mal, der Tagelohn 2¼mal so hoch wie 1871. In Rostock, um eine mittlere Stadt anzuführen, war der Stundenlohn von 22½ Pf. im Jahre 1871 auf 53 Pf. im Jahre 1908, der Tagelohn von 2,50 M. im Jahre 1871 auf 5,30 M. im Jahre 1908 gestiegen, der Stundenlohn also 2⅓mal, der Tagelohn mehr als doppelt so hoch geworden.

Vergleicht man die mittleren Stundenlöhne für Maurer und Putzer zusammen, und zwar für die Jahre 1895 und 1905, so ergibt sich als Lohnsteigerung:

Berlin	Maurer	62 v. H.	Nürnberg	Maurer	60 v. H.
„	Putzer	82 v. H.	„	Stukkateure	57 v. H.
Hamburg	Maurer	50 v. H.	Elberfeld	Maurer	68 v. H.
Altona	„	63 v. H.	Rostock	„	47 v. H.
Wandsbek	„	67 v. H.	Quedlinburg	„	85 v. H.
Dresden	„	65 v. H.			

Der Tagelohn der Steinmetzen in Hamburg wurde im Frühjahr 1885 bei neunstündiger Arbeitszeit auf 4,95 M. festgesetzt. Im Jahre 1887 stieg er auf 6 M., und auf dieser Höhe hielt er sich bis zum Ende der 90er Jahre. Im Frühjahr 1901 wurde er dann unter Verkürzung der Arbeitszeit um ½ Stunde auf 6,15 M. festgesetzt. Im Jahre 1905 betrug er 6,63 M., im Jahre 1907 7,22 M., und er stieg im Jahre 1908 auf 7,60 M.

In Leipzig belief sich der Tagelohn der Tischler im Jahre 1887 bei zehnstündiger Arbeitszeit auf 3 M. Im Jahre 1890 wurde er unter Verkürzung der Arbeitszeit um ½ Stunde auf 3,42 M. erhöht. Drei Jahre später stieg

er unter Herabsetzung der Arbeitszeit um abermals ½ Stunde auf 3,60 M. Dann stieg er laut Tarifvertrag im Herbst 1904 auf 4,14 M., im Frühjahr 1905 auf 4,24 M., im Frühjahr 1907 auf 4,59 M. und im Februar 1908 auf 4,68 M.

Der durchschnittliche Tagesverdienst der Arbeiterschaft bei Krupp in Essen belief sich im Jahre 1871 auf 3,03 M. Er stieg bis auf 3,89 M. im Jahre 1875, sank wieder bis auf 3,02 M. im Jahre 1879 und stieg dann, nur von wesentlichen Rückschlägen unterbrochen, bis auf 4,78 M. im Jahre 1900 und 5,35 M. im Jahre 1909. (Thünen-Archiv 1909, Seite 203.)

In der als Handschrift für die Düsseldorfer Ausstellung 1902 gedruckten Schrift: „Die Konsumanstalt der Gußstahlfabrik Essen", Seite 22, wurde eine Statistik der Tagelöhne bei Krupp seit dem Jahre 1853 veröffentlicht. In diesem Jahre 1853 betrug er 1,33 M., im Jahre 1871 3,03 M. und im Jahre 1900 4,78 M. Das bedeutete gegenüber dem Lohne von 1871 eine Steigerung von 58 v. H., gegenüber dem von 1853 eine solche von 260 v. H!

Das gleich günstige Bild bot auch die Statistik über die Löhne für Setzer und Drucker. Der normale Mindestwochenlohn für diese war 1908 um 28 v. H. höher, als er in den Tarifen von 1873, 1876 und 1878 festgesetzt war. Bei einer Umrechnung auf die Stunde erhöhte sich der Unterschied infolge der Verkürzung der Arbeitszeit sogar auf 37 v. H. Vergleicht man den im Jahre 1909 gültigen Mindestlohn mit den in den Jahren 1886—1907 festgelegten Mindestlöhnen für sämtliche Orte, die am 1. Dezember 1905 mehr als 50 000 Einwohner zählten, so ergibt sich, daß der Mindestlohn 1908/09 um 22 bis 37 v. H. höher war als 1886 und 1889, um 22—31 v. H. höher als 1890 und 1893, um 19—28 v. H. höher als 1896, um 11—17 v. H. höher als 1902 und um 2½ v. H. höher als 1907.

Was hier im einzelnen durch die Statistik für die starke Steigerung der Löhne erwiesen worden ist, findet allgemeine Bestätigung durch die Feststellung der Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen, also die Organe zur Durchführung der staatlichen Unfallversicherung der Arbeiter, zeigten folgendes Bild:

	1886	1906	gegen 1886 gestiegen um %
Versicherte Personen	3 473 435	8 625 500	148,3
Gesamtlöhne der Versicherung .	2 228 338 865	7 714 916 140	246,2
Bevölkerung Deutschlands . .	46 855 704	60 641 278	29,4

Wir sehen aus ihm, daß die Gesamtlöhne der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Arbeiter von 1886 bis 1906 sich um 5487 Mill. M. oder um 246,2 v. H. vermehrt haben und dies war der Fall bei einer Vermehrung der versicherten Personen um nur 148,3 v. H. Der verdiente Lohn war also fast um 100% schneller gestiegen als die Zahl der Verdienenden. Die gleiche Entwicklung hielt auch später an. Im Jahre 1913 waren bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 10 630 437 Personen versichert, die einen Gesamtentgelt von 11 516 973 500 M. erhielten. Die Zahl der Arbeiter hatte sich somit in diesem Zeitraume von 5 Jahren um 22,8 v. H. vermehrt, während ihre Löhne um 49,3 v. H. gestiegen waren. Der verdiente Lohn war also in dieser Zeit sogar um mehr als 100 v. H. höher gestiegen als die Zahl der Verdienenden.

Auch die Wochenbeiträge für die Invalidenversicherung lieferten den Beweis für die Aufwärtsbewegung der Arbeiterlöhne: im Jahre 1900 entfielen von 1000 Wochenbeiträgen auf die niedrigste Lohnklasse 189 und auf die höchste Lohnklasse 73 Beiträge, im Jahre 1908 auf die niedrigste 114 und auf die höchste 201 Beiträge, demgemäß hatte sich die Zahl der Beiträge in der höchsten Lohnklasse fast verdreifacht.

Ferner waren die Ausgaben für Löhne in der preußischen Staatseisenbahnverwaltung nach einer Angabe des Finanzministers Freiherrn von Rheinbaben in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Januar 1909 von 138 Mill. im Jahre 1895 auf 326 Mill. M. im Jahre 1907 gestiegen. Das bedeutete in dieser zwölfjährigen Periode eine Steigerung von nicht weniger als 136 v. H. Es hatte in dieser Zeit selbstverständlich eine große Vermehrung der Arbeiterzahl stattgefunden, so daß die Lohnempfänger zahlreicher waren als früher. Aber die Berechnung ergab, daß auch die gezahlten Durchschnittslöhne, und das ist das Entscheidende, gegen das Jahr 1895 um nicht weniger als 33,6 v. H. gestiegen waren.

Die Aufwärtsentwicklung der Löhne der Eisenbahnarbeiter in Preußen hatte in der Zeit vor dem Kriege ebenfalls ständig vorgehalten. In dem an den König von Preußen erstatteten Bericht des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betitelt „Die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preußen 1900—1910" (Berlin 1911), wurde auf Seite 42ff. eine Darstellung der Löhne der Eisenbahnarbeiter gegeben. Danach betrug der Jahresdurchschnittslohn eines Bahnunterhaltungsarbeiters im Jahre 1900 683 M., im Jahre 1909 aber 825 M., eines Betriebsarbeiters (einschließlich der Gehilfen und Hilfsbeamten) bei Lohnbezug für alle Tage im Jahre 933 M. im Jahre 1900 und 1144 M. im Jahre 1909, eines Werkstättenarbeiters (einschließlich der Lehrlinge) bei durchschnittlich 300 Lohntagen 1123 M. im Jahre 1900 und 1293 M. im Jahre 1909. Die Steigerung betrug demnach in diesem Jahrzehnt für Betriebsarbeiter 22,6 v. H., für Bahnunterhaltungsarbeiter 20,8 v. H. und für Werkstättenarbeiter 15,1 v. H. In demselben Zeitraum war das Durchschnittseinkommen der Beamtenschaft um etwa 22 v. H. gestiegen.

Solchen Arbeitern, die eine längere Reihe von Jahren ununterbrochen im Dienste der preußischen Eisenbahnverwaltung gestanden hatten, wurden bei zufriedenstellenden Leistungen und guter Führung Belohnungen in Gestalt einmaliger Lohnzulagen gewährt. Diese Zulagen betrugen früher für eine 25-, 35- und 50jährige Beschäftigung 30, 60 und 100 M. Seit dem 1. Februar 1904 waren diese Zulagen erhöht worden. Sie betrugen nach 20-, 25-, 30-, 35-, 40-, 45- und 50jähriger Beschäftigung 20, 30, 40, 60, 80, 100 und 150 M. Die Zahl der Zulagenempfänger war seit dem Jahre 1900 von 2803 auf 8003 im Jahre 1909, also um 184,91 v. H. gestiegen. Am 13. März 1910 war eine weitere Erhöhung der einmaligen Lohnzulagen für Arbeiter eingetreten, indem unter Beibehaltung der seitherigen Wartezeit künftig Beträge von 20, 50, 60, 80, 100, 200 und 300 M. gezahlt wurden.

Auf Grund des § 23 des preußischen Einkommensteuergesetzes waren die Arbeitgeber bekanntlich verpflichtet, der Steuerbehörde die von ihnen an ihre Arbeiter gezahlten Löhne bekanntzugeben. Nach dem Inkrafttreten dieser zweckmäßigen Bestimmung, die über so manche Arbeitereinkommen erst volles Licht verbreitet hat, konnte z. B. in Berlin festgestellt werden, daß zahlreiche

Personen, die bisher keine oder nur geringe Steuern bezahlten, Einkommen von mehr als 3000 M. hatten. Der Einblick, der in Berlin in die Einkommen von Chauffeuren, Monteuren, Putzern, Akkordmaurern, Steinsetzern, Zuschneidern, Bildhauern usw. gewonnen werden konnte, übertraf alle vorher gehegten Erwartungen. Bei Bierfahrern waren nach der „Post“ (Nr. 71 vom 12. Februar 1908) Einkommen von 5000 bis hinauf zu 9000 M. ermittelt worden; ohne jene Bestimmung hatten also die besseren Arbeitereinkommen zu wenig Steuern aufgebracht und dementsprechend die geringeren zu viel.

Alle diese zahlenmäßigen Angaben über die Entlohnung und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im ehemals kaiserlichen Deutschland erhalten erst dann ihren vollen Wert, wenn man sie in Vergleich stellt mit den aus den demokratischen Kulturstaaten, vor allem den Republiken Amerika und Frankreich, bekannt gewordenen Tatsachen. Ein sehr lehrreiches Material hierüber enthält eine Reihenfolge von Schriften, die der bekannte Berliner Sozialdemokrat Julian Borchardt, der Herausgeber der „Lichtstrahlen“, vor nicht zu langer Zeit unter dem Sammelnamen „Demokratie und Freiheit“ veröffentlicht hat (Verlag Georg Sturm, Berlin SW 48). In diesen Heften, von denen das erste Amerika, das zweite England und das dritte die Französische Republik behandelt, werden sehr bemerkenswerte Untersuchungen vorgenommen über die Wirkungen, die das parlamentarische System in den westlichen Kulturstaaten ausgelöst hat. Ihre Lektüre kann jedermann aufs wärmste empfohlen werden. Äußerst lehrreich sind unter anderem die Mitteilungen, die Borchardt macht über die Wirkungen des bekannten, nach dem Senator Sherman benannten Gesetzes zur Bekämpfung der Trusts. Dieses 1890 vom amerikanischen Kongreß erlassene Gesetz wurde weniger gegen die Trusts als gegen die Arbeitervereine angewendet. Während auf Grund dieses Gesetzes die Trusts bei Privatklagen nur zu Schadenersatz verurteilt wurden, was ihnen bei ihrem Millionen- und Millardenvermögen nichts Ernstliches antat, wurden gegen die Arbeitsvereine Einhaltsbefehle erlassen, so daß sie ihre Tätigkeit nicht mehr fortsetzen konnten. Und ihre Führer wurden ins Gefängnis gesteckt; so mußte Morrison 6 Monate, Mitchell 9 und Gompers 12 Monate Gefängnis absitzen. Auch wurde der Hutmacherverband zu 240 000 Dollars Schadenersatz verurteilt, während nicht ein einziger Fall bekannt geworden ist, in dem ein Trustvertreter mit Gefängnis bestraft worden wäre. Im Mai 1910 kamen dann die Entscheidungen des Bundesobergerichts in Sachen des Öltrustes und des Tabaktrustes. Sie verfügten allerdings die Auflösung dieser beiden Trusts, aber mit dem Erfolge, daß deren Aktien an der Börse stiegen! Das Urteil bedeutete nämlich in seiner Begründung eine tatsächliche Aufhebung des Shermangesetzes, indem es, entgegen dem Sinne und Wortlaut dieses Gesetzes, zwischen „guten“ und „schlimmen“ Trusts unterschied. Die „schlimmen“ Trusts lösten sich auf, um alsbald als „gute“ wieder aufzuerstehen. So war, wie der amerikanische Generalstaatsanwalt Richard Olney selbst bekannt hat, das Ergebnis eines 30jährigen, in vollem Einverständnis mit dem amerikanischen Volke geführten Krieges gegen die Trusts nur das, daß sie, statt abzunehmen, an Zahl und Ausdehnung erheblich zugenommen haben.

Auch was Julian Borchardt aus der Schrift des ehemaligen Arbeitsministers Willoughby über die Kinderarbeit in den amerikanischen Baumwollspinnereien, vor allem in den Südstaaten Alabama, Georgien und Süd-

Karolina wiedergibt, läßt die Lage der deutschen Arbeiterschaft vor dem Kriege in einer wahrhaft bengalischen Beleuchtung erscheinen. Viele der in diesen Baumwollspinnereien beschäftigten 20000 Kinder verdienen nur 10 Cent (42 Pf.) am Tage, manche sogar nur 5—6 Cent. Dafür müssen sie 12 Stunden arbeiten, von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Um nicht einzuschlafen, müssen die Kinder der Nachtschicht in den letzten Stunden ihrer Arbeit von Zeit zu Zeit den Kopf in kaltes Wasser tauchen. In Alabama hatte Willoughby ein Kind gesprochen, das soeben 40 Nachtschichten hintereinander abgemacht hatte, und ein anderes hatte in seinem 6. Lebensjahre 11 volle Monate hintereinander Nachtarbeit geleistet. In Columbia (Südkarolina) wurde eine Nachtschicht solcher Kleinen angetroffen, die nicht einmal ihr Alter wußten, aber höchstens 9—10 Jahre alt sein konnten. Sie mußten ihre 12 Stunden ableisten, von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, ohne eine Minute Zeit, sich auszuruhen oder einen Bissen zu essen. Diese Lebensweise hatte ihr Wachstum so verkümmert, daß sie in der Regel 3—4 Jahre jünger aussahen, als sie waren. Ein Arzt aus einer dieser Fabrikstädte erklärte, daß 10 v. H. der in den Baumwollspinnereien der südlichen Staaten Nordamerikas arbeitenden Kinder vor ihrem 17. Lebensjahre an Schwindsucht zugrunde gingen. Zahlreich sind auch die Unfälle. Derselbe Arzt hatte in zehnjähriger Praxis mehr als 100 Kindern infolge solcher Unfälle die Finger abnehmen müssen. In der Umgegend von Atlanta soll es viele Kinder geben, die keinen Daumen mehr haben, auch solche, denen sämtliche Finger fehlen, ja sogar Kinder, denen beide Hände abgenommen sind: es sind „alte Arbeiter" aus den Spinnereien. Angesichts dieser Tatsachen kommt Borchardt zu dem Ergebnis: „Die angebliche demokratische Freiheit in Amerika hat nicht vermocht, dem Volke einen wirklichen Einfluß auf seine politischen Angelegenheiten zu verschaffen, noch den Arbeitern in ihrer Gesamtheit eine behagliche wirtschaftliche Existenz zu sichern, noch auch nur sie gegen die besonderen Brutalitäten oder Ausschreitungen des Kapitals zu schützen." Wahrlich, Präsident Wilson hätte sich um das Wohl der Menschheit wirklich verdient machen können, wenn er, anstatt dem amerikanischen Börsen- und Trustkapital zuliebe sich in die europäischen Händel zu mischen, seine Kraft dafür eingesetzt hätte, daß solche himmelschreienden Zustände, wie eben geschildert, dieser Schandfleck der Kultur, endlich beseitigt würden.

In der zweiten demokratischen „Kulturrepublik", in Frankreich, ist die Lage der Arbeiterschaft gleichfalls recht ungünstig gewesen. Nach der internationalen Statistik des englischen Handelsamtes, die für Frankreich im Oktober 1905 aufgenommen wurde und sich über 30 französische Städte erstreckte, dauerte die wöchentliche Arbeitszeit in der dortigen Industrie 60 bis 72 Stunden, also 10—12 Stunden am Tage, und damit verdienten die Arbeiter in den meisten Berufen 30—39 M. Den höchsten Lohn, nämlich 33 und 39 M. in der Woche, verdienten die Maurer in Paris und die Jacquardweber in Roubaix. Selbst die Schriftsetzer in Paris brachten es nur auf ungefähr 34 M. Es wurden aber auch bedeutend niedrigere Löhne bezahlt. So erhielten die Eisendreher in der Großstadt Bordeaux nur 26 bis 28 M., die Tapezierer dort nur 24 M., die Wollkämmer in Lille nur 19—20 und die Bauhilfsarbeiter ebenda sogar nur 16 M. in der Woche. Im Gesamtdurchschnitt der 30 Städte verdienten am meisten die Zimmerer

und Eisendreher. Aber dieser Höchstpunkt betrug auch nur 30—31 M. Am schlechtesten standen im Gesamtdurchschnitt die Bauhilfsarbeiter und die ungelernten Metallarbeiter mit 16—19 M. Auch diese Tatsachen haben Julian Borchardt zu der Überzeugung gebracht, daß „die Volksmassen in Frankreich zum mindesten nicht besser leben als in irgendeinem Lande ohne parlamentarisches System".

Wie aber ist die Lage der arbeitenden Klassen in England? Wenn man mit einem deutschen Arbeiter über diese Dinge sich unterhält und ihn auf die oben wiedergegebenen Zahlen über die dauernde Erhöhung der deutschen Löhne hinweist, dann pflegt man oft die Antwort zu bekommen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des englischen Arbeiters doch erheblich günstigere seien, eine, wie wir gleich sehen werden, durchaus falsche Auffassung, die aber immer noch in den Köpfen der deutschen Arbeiter Verwirrung stiftet. Auch sie müssen also zum Vergleich herangezogen werden, wenn es den Nachweis gilt, wie wenig die Behauptung des Erfurter Programms von der vermeintlichen Zunahme des Elends der Arbeiterschaft für Deutschland zutrifft. Im Sommer 1911 waren in England Riesenstreiks ausgebrochen, die diesmal, im Gegensatz zu den sonstigen Arbeiterbewegungen dort, in dem klassischen Lande der Gewerkvereine, von wüsten Ausschreitungen begleitet waren, — Vorgänge, die so außergewöhnlich waren, daß man zu ihrer Erklärung sogar die große Hitze jenes Sommers ins Treffen führte. Über diese „Arbeiterrevolten und ihre Bedeutung" hat der bekannte englische Publizist J. Ellis Barker in der angesehenen Monatsschrift „The Nineteenth Century and After" einen Aufsatz veröffentlicht, in dem sich lehrreiche Aufschlüsse über die Ursachen jener Streiks finden. Barker räumt darin auch mit der Vorstellung auf, als ob der englische Arbeiter sich in einer besonders beneidenswerten Lage befände gegenüber seinen Kameraden in anderen Ländern, vor allem in den Ländern mit ausgedehntem Schutzzoll. Die Zahlen, die eine solche Annahme zu beweisen scheinen, sind gewissen Statistiken des Board of Trade (der Handels- und Gewerbekammer) entnommen, die zumeist lediglich das von den Gewerkvereinen selbst gelieferte Material verarbeiten. Da liest man allerdings von Wochenlöhnen, die 35—45 Schilling betragen, nur hört man nichts davon, daß solche Löhne nur die günstig gestellten Gewerkvereinler zu erreichen pflegten. Demgegenüber machte Barker auf die vielen gewiß unbekannte Tatsache aufmerksam, daß überhaupt nur ein Siebentel der englischen Arbeiterschaft den Gewerkvereinen angehört. Die große Mehrheit der ungelernten und unorganisierten Arbeiter bezieht dagegen weit geringere Löhne. Darüber gibt die folgende Tabelle Aufschluß, deren Zahlen sich auf das Jahr 1906/07 bezogen:

Zahl der Arbeiter		Durchschnittswochenlohn (1 Sch. etwa gleich 1,10 M)
im Textilgewerbe	482000	28 sh 1 d
im Bekleidungsgewerbe	414211	30 sh 2 d
im Baugewerbe	1200000	32 sh
im städtischen Dienst	268438	28 sh 1 d
im Eisenbahndienst	621341	25 sh
in der Landwirtschaft	956185	9 sh 3 d bis 20 sh 9 d (einschließlich aller Naturalien)

So sahen also die Lohnsätze dieser fast 14 Millionen männlichen erwachsenen Arbeiter Englands in jenem Jahre aus. Im Maschinengewerbe

bezogen die gelernten Arbeiter allerdings hohe Löhne, die ungelernten aber kamen auf 19 Schilling in der Woche. Für zeitweilige Arbeitslosigkeit und verkürzte Arbeitszeit mußte von allen diesen Sätzen auch noch ein Abzug von etwa 2 Schilling für die Woche gemacht werden. Noch geringer gelohnt waren die Millionen von gewöhnlichen Handarbeitern, der Dockarbeiter, der Fuhrleute usw., die zudem meist nur mit einer unregelmäßigen Arbeitszeit rechnen konnten.

Eine weitere Frage ist, ob wirklich die Lebensmittel in England, diesem Lande des Freihandels, wie es sich meist bei uns darstellt, so niedrig im Preise standen, daß die gezahlten Löhne in England eine stärkere Kaufkraft besaßen als in Deutschland, daß also dort der Reallohn höher war als bei uns. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Setzte man nämlich die Preise für Brot, Speck und Zucker, die im Haushalt des englischen Arbeiters die Hauptrolle spielen, im Jahre 1901 = 100, so waren sie im Jahre 1910 = 114,8, 138,9 und 124,3, ohne daß die Löhne eine entsprechende Steigerung erfahren hatten. Nach Berechnungen, die J. A. Hobson für England (vgl. „Frankfurter Zeitung" Nr. 210 vom 31. Juli 1912) und Dr. Brutzer für Berlin angestellt haben, ergab sich bei einem Vergleiche zwischen den gesamten Nahrungskosten und den Löhnen seit dem Jahrfünft 1881—1885 (denn erst seit 1885 hatten wir nennenswerte Agrarzölle) folgendes Bild:

Berlin

	1881/85	1906/10	1911
Betrag der Nahrungskosten im Jahre	600,2 ℳ	676,6 ℳ	701,4 ℳ
Löhne der Bauarbeiter für den Tag	388 ₰	677 ₰	706,6 ₰
mithin Steigerung seit 1881/85 (diese Ziffern = 100 gesetzt):			
Nahrungskosten	100	112,8	116,9
Löhne	100	174,4	182,1
Löhne stärker gestiegen	—	**61,6**	**65,2**

England (Verhältnisziffer zu 1900)

Nahrungskosten	132,8	106,0	111,6
Löhne	85,0	100,3	100,3
mithin Steigerung seit 1881/85 (diese Ziffern = 100 gesetzt):			
Nahrungskosten	100	79,8	84,6
Löhne	100	118,0	118,0
Löhne stärker gestiegen	—	**32,2**	**34,0**

Aus diesen Aufstellungen ergab sich also, daß sich zwar auch in England die Lebenshaltung des Arbeiters gehoben hatte, daß aber der Anteil des englischen Arbeiters an dieser Entwicklung nicht viel mehr als die Hälfte dessen betrug, was der deutsche Arbeiter erreicht hatte — trotz des deutschen Schutzzollsystem.

Einen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands gewähren auch die Zahlen der englischen Armenpflege. Danach hat sich die Zahl der in öffentlicher Armenpflege befindlichen Personen von 1901 bis 1910 nur in England mit Wales von 688 505 auf 790 496 vermehrt, also um mehr als 16 v. H. Rechnet man noch dazu die auf öffentliche Kosten verpflegten Irren — in England nimmt bekanntlich die Zahl der Irren ungewöhnlich stark zu, so stark, daß gelegentlich ein Statistiker berechnet hat, daß in einigen Menschenaltern England überhaupt keine geistig normalen Bewohner mehr haben werde —, die Vagabunden und alle diejenigen, die ganz oder teil-

weise auf private Wohltätigkeit angewiesen sind, so kommt man zu der Annahme, daß dort jeder 15. Einwohner Armenunterstützung erhielt und daß in den letzten Jahren vor dem Kriege 30 v. H. des englischen Volkes in chronischer Armut gelebt haben. Man begreift daher vollkommen, daß Gompers, der vorher erwähnte Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, gelegentlich schreiben konnte: „Was in England den tiefsten Eindruck auf mich gemacht hat, war die Armut" und der bekannte geistige Führer der Neger in Amerika, Booker Washington, äußerte einmal, daß der Zustand seiner meisten Volksgenossen in Amerika beneidenswert sei, verglichen mit dem der Unterklasse der englischen Arbeiter.

Wie leuchtend hebt sich von diesem düsteren Hintergrund die wirtschaftliche Lage des Arbeiters im Deutschland der Vorkriegszeit ab! Die steigende Besserung in der Entlohnung der deutschen Arbeiter fand ihren Ausdruck auch in den Steuerleistungen der arbeitenden Klassen, über die wir bereits in einem früheren Abschnitt Näheres mitgeteilt haben. Aber auch ein Vergleich zwischen der Vermehrung der Bevölkerung und der Steigerung des Gesamteinkommens der physischen Personen zeigt die günstige Entwicklung des Wohlstandes im Deutschland vor dem Kriege. Da die Veranlagung zur Einkommensteuer in den einzelnen deutschen Bundesstaaten sehr verschieden war, läßt sich eine summarische Übersicht über das ganze Reich nicht geben. Nach den statistischen Feststellungen im dritten Teile des Denkschriftenbandes zur Reichsfinanzreform ergab sich folgende Tabelle:

Bundesstaat	Jahr	Bevölkerung	Volkseinkommen in Million. Mark	Steigerung der Volkszahl	Steigerung des Einkommens
Preußen	1896	32379000	10148	—	—
	1907	38421000	15874	+ 19 v. H.	+ 56 v. H.
	1912	40236830	19482	+ 30 v. H.	+ 92 v. H.
Sachsen	1896	3871000	1943	—	—
	1906	4570000	2770	+ 54 v. H.	+ 141 v. H.
Baden	1895	1725000	559	—	—
	1907	2068000	957	+ 29 v. H.	+ 131 v. H.

Die anderen Bundesstaaten zeigten folgendes Bild:

Bundesstaat	Zeitraum	Steigerung der Bevölkerung in Hundertteilen	Steigerung des Volkseinkommens in Hundertteilen	
Hessen	1880—1908	35	151,8	
Großh. Sachsen	1885—1908	28	49	
Oldenburg	1885—1907	33	123	
Braunschweig	1900—1908	8	30	
Sachs.-Meining.	1900—1908	12	33	
Sachs.-Altenbg.	1880—1908	37	102	
Sachs.-Koburg	1895—1907	14	59	
Anhalt	1889/90—1905/06	32	58	
Schwarzburg-Sondershausen	1897—1908	10	52	
Schwarzburg-Rudolstadt	1880—1908	24	107	(Gesamteinkommen)
Reuß j. L.	1880—1907	46	179	
Lübeck	1881—1907	70	171	
Bremen	1880—1906	73	125	
Hamburg	1885—1905	69	133	„

Umstritten ist die Frage, inwieweit aus den Einlagen der Sparkassen Schlüsse auf die Steigerung des Einkommens der arbeitenden Klassen ge-

zogen werden können. Sehen wir zunächst einmal zu, wie sich die Sparkasseneinlagen in Preußen und im Deutschen Reiche bis zum Kriege entwickelt hatten:

Preußen

Jahr	Zahl der Sparkassen	Betrag der Einlagen in Millionen Mark	An Sparkassenbüchern befanden sich am Jahresschlusse im Umlaufe mit einer Einlage					
			bis 60 ℳ	von über 60–150 ℳ	von über 150–300 ℳ	von über 300–600 ℳ	von über 600 ℳ	überhaupt
			in Tausend Stück					
			1	2	3	4	5	6
1850	234	54,3	97,2	77,2	57,8	31,9	14,1	278,1
1860	471	151,38	214,3	146,8	113,2	87,9	51,6	613,8
1870	932	495,65	430,9	305,1	249,2	214,0	192,8	1392,0
1880	1191	1594,62	725,5	559,7	491,8	468,8	631,3	2942,2 [1]
1890	1393	3281,57	1609,9	922,8	811,9	864,9	1334,7	5592,7 [1]
1901	1508	6236,46	2514,8	1353,1	1209,8	1373,2	2540,1	9034,9 [1]
1910	1711	11106,79	3728,0	1743,3	1544,6	1802,2	4082,2	12900,3
1913	1765	13111,27	4347,3	1891,3	1645,3	1930,1	4603,6	14417,6

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, kamen in Preußen im Jahre 1850 3,90 M., 1870 20,3 M., 1880 58,7 M., 1890 110 M., 1901 179,2 M., 1910 278,1 M. und 1913 314,8 M. Spareinlagen. Der durchschnittliche Bestand jedes Sparkassenbuches betrug im Jahre 1850 195 M., 1870 356 M., 1890 586 M., 1900 690 M., 1906 792 M., 1907 794 M., 1908 808 M., 1910 860 M. und 1913 909 M.

Die gleiche Entwicklung finden wir, wenn wir die Sparkassen für das ganze Deutsche Reich betrachten. Es zählten, um nur einige Zahlen zu nennen, im Deutschen Reiche

im Jahre 1906 2889 Sparkassen 18658460 Sparbücher mit 13,4 Milliarden Gesamtguthaben.
„ „ 1910 3072 „ 21534034 „ „ 16,8 „ „
„ „ 1913 3133 „ 23871657 „ „ 19,6 „ „

Rechnen wir aus, in welchem Umfange sich die Spareinlagen in Preußen entwickelt haben, so ergibt sich vom Jahre 1870 bis zum Jahre 1913 eine Steigerung von nicht weniger als 2545 %!

Im Vergleiche mit diesen Zahlen nehmen sich die übrigen europäischen Länder recht bescheiden aus. Nach einer Zusammenstellung in der „Kommunalen Praxis“ (Nr. 7 vom 12. Februar 1910 S. 212) ergeben sich folgende Zahlen:

In	Jahr	Einlagen in Millionen Mark	Auf den Kopf der Bevölkerung Mark
Österreich	1906	4353,86	157
Ungarn	1906	1581,08	77
Frankreich	1905	3723,84	95
England	1906	4263,72	98
Italien	1906	2767,44	82
Schweiz	1897	787,84	255
Dänemark	1906	938,74	365
Schweden	1906	785,96	147
Norwegen	1906	453,88	196

[1]) In den Jahren 1880 bis einschließlich 1901 ergibt die Quersumme der Spalten 1—5 nicht die Zahl in Spalte 6, weil in diesen Jahren einzelne Kassen ihre Bücher wohl im ganzen, aber nicht nach Kontenklassen angegeben hatten.

Von verschiedenen Seiten, auch von bürgerlichen Nationalökonomen, ist nun die Ansicht vertreten worden, daß man mit der Entwicklung der Sparkassen für die Lage der Arbeiter nichts beweisen könne, da nicht entscheidend sei, wieviel Geld in ihnen angelegt sei, sondern wer das Geld angelegt hat. Damit kommen wir zur Besprechung der immer wieder aufgeworfenen Frage, in welchem Maße die ärmeren und die wohlhabenderen Volksklassen an den Spareinlagen beteiligt sind. Barthelme behauptet in seiner Schrift „Das deutsche, insbesondere preußische Sparkassenwesen", 1908, daß die deutschen Sparkassen „zum guten Teile Depositenkassen für die Wohlhabenderen und Wohlhabenden geworden sind", und auf dem Sparkassenverbandstage zu Naumburg 1904 meinte Oberbürgermeister Kraatz, daß nach seinen Erfahrungen die Kreise, für die das Gesetz die Sparkassen errichtet wissen wollte, noch heute den letzteren völlig fern stünden. Auch Adolf Weber vertritt in seinem Werke „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit" die Ansicht, daß die Arbeiterbevölkerung sehr wenig spare, womit er natürlich nicht gesagt haben will, daß sie nicht sparen könnte. Neuerdings ist dieser Frage der Generalsekretär des Preußischen Landesökonomiekollegiums, Ökonomierat Dr. von Altrock, in einem sehr gründlichen Buche „Die öffentlichen Sparkassen in Preußen" 1917 zu Leibe gegangen, dessen Ergebnisse, wie uns scheinen will, es mit ziemlicher Sicherheit wahrscheinlich machen, daß es ungerechtfertigt ist, die Sparkassen als eine Art Depositenbanken für die Besitzer größerer und großer Kapitalien zu bewerten.

Schon für das Jahr 1881 war in dem amtlichen Bericht über die preußischen Sparkassen erwähnt worden, daß im Staatsgebiete 22,23 v. H. der Sparkassenbücher auf Beträge von mehr als 600 M. lauteten und zwar müßten letztere bei der großen Mehrzahl der Kassen diese Summe erheblich überschreiten; denn obgleich 77,77 v. H. der Bücher einen Einlagebestand von weniger als 600 M. aufwiesen, entfielen gleichwohl durchschnittlich 552,29 M. auf ein Sparkassenbuch, und zwar bei den städtischen Kassen 417,18, bei den übrigen Kassen 643,27 M. Es wäre hiernach unzweifelhaft, daß die Sparkassen nicht überall, und zwar auf dem Lande noch weniger als in den Städten, ihrer ursprünglichen Bestimmung, die Sparpfennige des kleinen Mannes zu sammeln und zinsbar anzulegen, treu geblieben seien, sondern daß ein erheblicher Teil der Einlagen aus Depositen größerer Kapitalisten, Gesellschaften und Behörden herrühren.

Ein Vergleich der Verteilung der Sparkassenbücher auf die nach Einlagenhöhe gebildeten Klassen in dem erwähnten Jahre 1881 mit dem Jahre 1912 führt zu folgendem Ergebnis:

Von hundert Sparkassenbüchern entfielen auf die Kontenklassen	in den Jahren 1881	1912	1913	1912 Unterschied gegen 1881
bis 60 ℳ	25,48	30,19	30,15	+ 4,71
über 60 — 150 „	19,25	13,11	13,12	— 6 13
„ 150 — 300 „	16,89	11,47	11,41	— 5,42
„ 300 — 600 „	15,15	13,45	13,39	— 2,70
„ 600 — 1500 „	22,23	16,68	16,48	+ 9,54
„ 1500 — 3000 „		8,39	8,53	
„ 3000 — 10000 „		5,82	6,02	
„ 10000 „		0,88	0,89	

Daß sich die von dem amtlichen Bericht über die preußischen Sparkassen aus dem Jahre 1881 beklagte Entwicklung in verstärktem Maße weiter vollzogen habe, wird sich allerdings aus diesem Vergleich nicht ohne weiteres folgern lassen. Für die kleinsten Konten bis zu 60 M. ist ja auch eine verhältnismäßige Zunahme zu verzeichnen und diese wird sich nicht aus dem sich immer mehr einführenden Brauch der Anlegung von Sparkassenbüchern für Schulkinder erklären lassen, da die Schulsparkassen nicht für das einzelne Kind, sondern für die ganze Klasse oder eine ganze Schule ein Sparkassenbuch anlegen, das kaum je unter 60 M. lauten wird. Der Anteil in den drei nächsten Einlagegruppen (60—600 M.) ist von 52,29 auf 28,04 v. H. zurückgegangen, dagegen weisen von der Gesamtzahl der Sparkassenbücher im Jahre 1912 bereits 31,77 v. H. einen Einlagebestand von mehr als 600 M. auf, während der Prozentsatz derartiger Sparkassenbücher im Jahre 1881 erst 22,23 v. H. ausmachte. Der durchschnittliche Sparbetrag von 552,29 M. ist auf 899,67 M. oder um 62,9 v. H. gestiegen.

Wenn von der Gesamtzahl der Spareinlagen im Jahre 1912 auch 68,23 v. H. auf die Einlagen bis 600 M. und weitere 16,68 v. H. auf die Einlagen bis 1500 M. entfielen, so liegt die weit überwiegende Zahl der Einlagen (84,91 v. H.) doch an der Grenze der kleinen Spareinlagen. Ersparnisse von 600, 1500, ja bis 3000 M. sind Dienstmädchenvermögen. Zu bedenken ist z. B., daß in der Invalidenversicherung für einen Dienstboten in Berlin Ende der 80er Jahre 14-Pfennig-, später aber 40-Pfennig-Marken geklebt werden mußten. Kellner und kleine Handwerker hatten vor dem Kriege vielfach Sparkassenguthaben von 6000 M. und mehr. Das alles sind jedoch „kleine Leute", für die die Sparkassen und Genossenschaften, nicht aber die Banken die zweckmäßigsten Geldinstitute sind.

Das statistische Landesamt Preußens hat durch eine besondere Anfrage von 591 Kassen für das Jahr 1908 Nachweisungen über die Höhe der Spareinlagen nach Kontenklassen eingezogen, auf Grund deren sich der Einlagebestand in den verschiedenen Kontenklassen zwar nur annähernd, aber doch in offenbar ausreichender Weise berechnen ließ. Danach stellte sich der Einlagebestand:

bei den Kontenklassen	bei Sparkassenbüchern	mit einem Durchschnittsbetrage von Mark	auf Millionen Mark	vom Hundert der Einlagen entfallen auf die Kontenklassen	
1	2	3	4	5	
bis zu 60 ℳ	3395367	27,86	94,59	1,0	13,8
über 60— 150 „	1642844	102,28	168,03	1,8	
„ 150— 300 „	1454492	216,67	315,15	3,3	
„ 300— 600 „	1691171	434,75	735,24	7,7	
„ 600— 1500 „	2074969	972,16	2017,20	21,1	41,5
„ 1500— 3000 „	924595	2116,14	1956,57	20,4	
„ 3000—10000 „	581780	5093,91	2963,53	30,0	44,7
„ 10000 „	77474	17703,46	1321,06	13,8	
zusammen	11842692	808,29	9571,38	100,0	

Auch diese Zahlen, besonders die der Spalte 3, lassen die Behauptung einer großkapitalistischen Tendenz im Sparkassenwesen, wie man Dr. von Altrock zugeben muß, durchaus nicht gerechtfertigt erscheinen.

Allerdings entfielen nur wenig über $^1/_7$ (53,8 v. H.) vom gesamten Spareinlagenbestand auf die vier Kontengruppen bis zu 600 M., aber doch über $^4/_{10}$ (41,5 v. H.) auf die Kontenklassen von 600 bis 3000 M. Nicht weniger als 44,7 v. H. kommt auf Einlagen über 3000 M. und auf solche von über 10 000 M. 13,8 v. H., und zwar bei nur 77 474 Kontoinhaber oder noch nicht $^2/_3$ v. H. (0,65 v. H.). Nur $^1/_7$ aller Einlagen oder ebensoviel, wie auf sämtliche 8 183 874, das sind fast $^7/_{10}$ (69,1 v. H.) aller Sparbuchinhaber in den Kontenklassen bis zu 600 M. entfällt, setzt sich aus Einzelbeträgen von mehr als je 10 000 M. zusammen.

Es ist, wie man sieht, nicht so leicht, die Frage klipp und klar zu beantworten, in welchem Umfange die ärmeren und die wohlhabenderen Klassen an den Spareinlagen beteiligt sind. Denn eine allgemeine Berufsstatistik der Einleger ist nicht vorhanden, würde sich auch schwer durchführen lassen, da eingehende Fragen der Sparkassenverwaltung darüber die Einleger leicht mißtrauisch machen könnten, während zugleich der Berufswechsel der Einleger nicht bekannt zu werden brauchte, so daß z. B. ein Kind immer noch als Inhaber des Buches angegeben sein könnte, obwohl es längst erwachsen und selbständig geworden ist. Die amtliche Statistik Preußens hat sich deshalb mit diesem Gegenstande nur einmal versuchsweise und auch nur für einen Regierungsbezirk, Arnsberg, beschäftigt. Danach gab es in diesem Bezirke im Jahre 1883 bei 91 Klassen 206,81 Mill. M. Einlagen, wovon kamen:

auf Handwerksmeister	15,09	Mill.,	im	Durchschnitt	1338	M
„ Gesellen	2,39	„	„	„	393	„
„ Fabrikarbeiter	5,48	„	„	„	571	„
„ Berg- und Hüttenarbeiter	9,52	„	„	„	747	„
„ Dienstboten	6,09	„	„	„	320	„
andere Handarbeiter	15,90	„	„	„	798	„
zusammen auf 78680 Einleger	54,47	„	„	„	692	„

Wenn nun schon 1883 — wenigstens im Bezirke Arnsberg — das Durchschnittsguthaben eines Einlegers aus dem Handarbeiterstande (einschl. der Handwerksmeister) fast 700 M. betrug, so ist, wie die amtliche „Statistische Korrespondenz“ („Deutscher Reichsanzeiger“ Nr. 27 vom 1. Februar 1910) richtig bemerkte, ohne weiteres klar, daß schon damals die Annahme, die Bücher mit mehr als 600 M. Einlage befänden sich im wesentlichen in den Händen der oberen Klassen, nicht zutraf.

In Bayern hat man 1893 für 106 Sparkassen die Berufe der Sparer ermittelt. Dabei stellte sich heraus, daß 35 v. H. der Sparer Arbeiter waren, 14 v. H. wurden als Unternehmer aufgeführt, doch dürften hierunter viele Selbständige gewesen sein, deren Lebenshaltung der der Arbeiter entspricht. Ebenso werden unter den 33 v. H. Sparern, die unmündig waren, viele Kinder aus diesen Kreisen gewesen sein. Eine eingehendere Statistik wurde 1899 in Württemberg vorgenommen. Dabei ergab sich, daß rund 23 v. H. der Einlagen von gewerblichen Arbeitern herrührten, 14 v. H. von weiblichen Dienstboten, 5 v. H. von Unterbeamten, 12 v. H. von landwirtschaftlichen Dienstboten und Tagelöhnern, während die höheren Beamten und sonstigen Berufe nur mit 6 v. H. beteiligt waren; Kassen, Stiftungen und Vereine usw. waren nur mit 4,4 v. H. beteiligt. Auch hieraus war zu sehen, daß die kleinen Leute weitaus den Hauptteil der Sparer stellten.

Wie verbreitet das Sparen unter ihnen ist, zeigte auch eine weitere Aufstellung, die für Württemberg gemacht wurde. Bei Zugrundelegung der Ergebnisse der Berufszählung von 1895 ergab sich, daß auf 100 landwirtschaftliche Knechte und Mägde 66 Sparkassenbücher kamen. Auf 100 weibliche Dienstboten kamen 99,7 Bücher. Diese Zahlen waren zwar in der Folge der Berufsänderung durch Heirat usw. etwas zu hoch, aber auch unter Berücksichtigung dieser Fehlerquelle erstaunlich. Von den Arbeitern und Unterbeamten besaßen 28 v. H. Sparguthaben. Es hatten bei der Württembergischen Sparkasse allein die männlichen Arbeiter im Jahre 1905 40 Millionen Mark Guthaben, weibliche Dienstboten gar 44 Mill. M. Die Frankfurter Sparkasse veröffentlichte jährlich eine Übersicht über die Berufsstellung der neu hinzugetretenen Sparer. Dabei ergab sich, daß von den 19 000 Personen, für die 1907 neue Bücher und Konten angelegt wurden, nur etwa 3500 nicht zu den Kreisen der kleinen Leute gehörten. Man wird daher Richard Calwer unbedingt zustimmen müssen, wenn er die Ansicht geltend macht, daß die kleinen Kapitalsplitterchen in den Sparkassen in ihrer Gesamtheit eine Masse sind, die das Eigentum einer stattlichen Menge von Produktionsmitteln darstellen.

Angesichts aller dieser Tatsachen, die man doch nicht wegzuleugnen vermag, haben allmählich auch sozialdemokratische Zeitungen und Führer zu dem Eingeständnis sich bequemen müssen, daß die Lage der Arbeiter sich in Deutschland erheblich verbessert hat. Sogar Kautsky hat 1906 in seinem Vorwort zum Kommunistischen Manifest folgendes ausgeführt: „Die Proletarier und auch der Bourgeois sind heute nicht mehr ganz dieselben wie vor 60 Jahren . . . Zur Zeit, in der das Kommunistische Manifest erschien, war noch das hervorstechendste Charakteristikum des Proletariats seine Degradation, das Sinken seines Lohnes, die Verlängerung seiner Arbeitszeit, sein physisches, oft auch moralisches und intellektuelles Verkommen, kurz sein Elend . . . Ganz anders steht das Proletariat heute da . . . Die Lage weiter Schichten der besitzlosen Arbeiter erhebt sich heute über die weiter Kreise der besitzenden, d. h. im Besitz ihrer Produktionsmittel befindlichen Arbeiter. Man kann daher heute nicht mit dem Kommunistischen Manifest sagen: der Arbeiter wird zum Pauper, er sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse hinab." Wie Kautsky mit dieser Anschauung den von uns oben angeführten, von Kautsky selbst verfaßten Schlußsatz des 2. Kapitels der „Erläuterungen", nämlich, daß die unteren ausgebeuteten Klassen nur die Wahl hätten, für die Abschaffung des Privateigentumes an den Produktionsmitteln zu kämpfen oder ihrem völligen Verkommen in Überarbeit und Arbeitslosigkeit, in Prostitution und Verbrechen, entgegenzusehen, bleibt Kautskys Geheimnis. Und auch das offizielle Hauptorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts", hat in Nr. 296 vom 19. Dezember 1909 zugeben müssen: „Daß sich speziell in Deutschland die Lage breiter Schichten des Proletariats gehoben hat, in erster Linie dank der Tätigkeit der erfreulicherweise so rasch erstarkten Gewerkschaften, wird schwerlich jemand bestreiten! . . . Daß die Lebenslage des Proletariats sich langsam zwar, aber doch immer hebt, soll gar nicht bestritten werden . . ."

Wenn aber die Arbeiter auch gelegentlich in Stunden, in denen nicht politische Agitation zu ganz bestimmten Zwecken ihren klaren Sinn umnebelt,

offen eingestehen, daß ihre Löhne erheblich gestiegen sind, so geben sie doch oft zu gleicher Zeit ihrer Unzufriedenheit darüber Ausdruck, daß die ihnen gezahlten Löhne nicht immer gerecht seien, daß ihnen nicht ihr voller Arbeitsertrag zugebilligt werde, Anschauungen, die, wie wir im zweiten Kapitel gezeigt haben, auf die von uns als falsch erwiesene Mehrwerttheorie von Marx zurückgehen. Es würde zu weit führen, in diesem Zusammenhange die Frage des vollen Arbeitsertrages eingehender zu behandeln, über die in den wissenschaftlichen Fachschriften, vor allem in dem Buche von Kassel: „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, 1900" Näheres nachgelesen werden möge. Hier sei nur kurz bemerkt, daß das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, wie Schmoller schlagend bemerkt, Sinn und Verstand nur für einen ganz besonderen Fall der Arbeit hätte, wenn nämlich ein im Urwald auf dem Boden liegendes Stück Holz von Wilden gefunden, ergriffen und in tagelanger Arbeit zum Werkzeug oder zur Waffe umgeschaffen wird. In unserer alten Kulturwelt aber, mit ihrem Eigentums- und Erbrecht, mit ihrer Arbeitsteilung, ihrer überwiegenden Arbeit an fremdem Stoff auf fremdem Boden wäre die Durchführung dieses „Rechtes" ein arger Verstoß gegen die Grundbedingungen des wirtschaftlichen Lebens. Denn auch rein technisch ist es, wie Adolf Weber hervorhebt, in der Volkswirtschaft unmöglich, nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch zwischen einem „gerechten Mein" und einem „gerechten Dein" zu unterscheiden.

Es wird bei der Beurteilung dieser Frage vom Arbeiter stets vergessen, daß ja der Lohn nicht das einzige ist, was er von der Gesellschaft als Entgelt für seine Arbeitsleistung erhält. Es sei hier nur an die staatliche Arbeiterversicherung, soweit sie nicht auf den Beiträgen der Arbeiter selbst beruht, und an die gesamte soziale Wohlfahrtspflege erinnert, von der privaten Hilfstätigkeit ganz zu schweigen. Und wenn auf solche Hinweise der Arbeiter zu antworten pflegt, daß die Lage der Reichen sich noch erheblich mehr gebessert habe als seine eigene und daß infolgedessen der Reiche sich viel mehr Genüsse verschaffen könne, so muß er weiter daran erinnert werden, daß in einem kulturell so hochstehenden Staate, wie das Deutsche Reich bis zur Revolution von 1918 es war, alle wahrhaft edlen und höheren Genüsse, wie die der Bildung und der Kunst dem Arbeiter, ohne materielle Opfer für ihn, ebenso zugänglich gewesen sind wie dem Reichen, ja, daß der deutsche Arbeiter — zu seiner Ehre sei es gesagt — durch den ihm innewohnenden Drang, sich zu bilden, von den jedem Staatsbürger offenstehenden Möglichkeiten hierzu in einem höheren Maße Gebrauch gemacht haben dürfte als die meisten Angehörigen der anderen Berufe. Mit Recht sagt der sozialdemokratische Schriftsteller Paul Kampffmeyer in einem seiner Werke vom Proletariat: „Wie eine Kunde aus dem Lande Utopia hätte dem deutschen Kleinbürger der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts irgendein moderner Zeitungsbericht über die Beteiligung der heutigen Arbeiter an künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen der Zeit geklungen."

Aber auch die materiellen Genüsse, die der Reiche sich zu verschaffen in der Lage ist, werden in ihrem Umfange und ihrer Art von dem Arbeiter meist sehr überschätzt. Man übersieht gewöhnlich, daß die Befriedigung der eigenen persönlichen Bedürfnisse der ganz Reichen nur immer einen verschwindend geringen Bruchteil dessen ausmacht, was sie von ihren Einnahmen — und das ist das Entscheidende — an die Gesellschaft wieder zurückgeben.

Vor einer Reihe von Jahren hat einmal der „Vorwärts“ im Anschluß an einen Geschäftsbericht der Firma Krupp geschrieben: „12 Millionen muß das kleine zarte Fräulein Krupp als Ergebnis der sauren Arbeit, die es von den Lohnsklaven verrichten läßt, einstecken. Das Fräulein wird gewiß schwere Sorgen haben, wie es das Geld ordentlich unterbringt, um noch die Dividenden herauszuschlagen.“ Diese Sätze sollten blutiger Hohn sein, in Wirklichkeit hat aber der „Vorwärts“, ohne es selbst zu merken, eine große Wahrheit ausgesprochen, die auf eine ungewollte Verteidigung der privatkapitalistischen Unternehmungen hinauslief. Denn in der Tat hatte Fräulein Krupp nur einen äußerst geringen Teil ihrer Einnahmen für sich persönlich verbraucht, den weitaus größten aber wieder in das Unternehmen hineingesteckt, den Betrieb vergrößert und verbessert und infolgedessen nicht nur ihren alten Arbeitern eine Besserung ihrer Lebenslage sichern helfen, sondern auch neuen Arbeitern Beschäftigung und damit Lohn gegeben und auf diese Weise vielen Tausenden Gelegenheit verschafft, als nützliche Glieder der Gesellschaft wertvolle Güter der Volkswirtschaft herzustellen und zu mehren.

Ein weiterer Einwand, den der Arbeiter zu machen pflegt, ist der, die Erhöhung der Löhne habe nur dadurch erzielt werden können, daß er im Akkordlohn zu „schuften“ gezwungen war. „Akkordlohn ist Mordlohn“, ein Schlagwort, das lange Zeit in der sozialdemokratischen Presse sein Unwesen trieb mit dem Erfolge, daß nach der Aufrichtung der sozialdemokratischen Regierung im Jahre 1918 überall die Akkordentlohnung aufgehoben wurde. Sehr bald aber setzte eine Ernüchterung ein, nachdem man erkannt hatte, daß der Niedergang der Produktion eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft selbst ist, und infolgedessen mehrt sich von Tag zu Tag die Zahl der Betriebe, deren Arbeiter in ihrer Mehrheit sich für die Wiedereinführung der Akkordlöhne erklären. Da zudem weder im Erfurter Programm noch in den Erläuterungen zu ihm diese Frage gestreift wird, kann ihre Behandlung auch an dieser Stelle unterbleiben, so reizvoll es wäre, die Widersprüche zu beleuchten, die auch in dieser Beziehung zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis klaffen. Wer sich des näheren hierüber unterrichten will, nehme das Buch von L. Bernhard „Die Akkordarbeit in Deutschland“, 1903 und den Aufsatz von Ed. Bernstein über die Lohnformen und ihre Fortentwicklung in der 4. Auflage seines schon mehrfach erwähnten Buches „Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus“ zur Hand. In ihm wird auch das System der Prämienlöhne berührt, die bekanntlich die russischen Bolschewisten einführten, als sie mit ihrem Latein zu Ende waren und sich genötigt sahen, zur Hebung der völlig ruinierten Produktion schärfere Maßnahmen zu ergreifen.

Bisher ist immer nur von Löhnen schlechthin die Rede gewesen und darum muß man auf den Einwurf gefaßt sein, daß, zugegeben auch, die Löhne seien erheblich gestiegen und das Einkommen der arbeitenden Klasse hätte sich wesentlich gebessert, die gleichzeitige Steigerung der Preise aller Lebensmittel und anderer notwendiger Bedürfnisse die Erhöhung der Löhne wieder wettgemacht habe. An dieser Entgegnung ist zunächst grundsätzlich richtig, daß eine Erhöhung der Nominallöhne an sich noch nichts für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter bedeuten würde. Es muß daher untersucht werden, wie es mit den Reallöhnen steht, das heißt, ob mit den Löhnen auch die Kaufkraft des Arbeiters gestiegen ist. Um dies genau festzustellen,

wäre eine umfassende Preisstatistik notwendig, der sich aber unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, die aber, selbst wenn sie möglich wäre, auch noch kein scharfes Bild der wirklichen Verhältnisse geben würde, weil die Preisunterschiede für die wichtigsten Lebensbedürfnisse von Ort zu Ort geradezu erstaunlich groß sind. Man muß sich daher mit einem mehr indirekten Beweis zufrieden geben.

Einen solchen Beweis hat der Sozialist Richard Calwer im Februar 1908 in seiner „Arbeitsmarkt-Korrespondenz" versucht, nachdem bereits im Jahrbuche der englischen Arbeitergenossenschaften für 1901 eine statistische Arbeit über die Entwicklung der Löhne im Verhältnis zur Steigerung der Lebensmittelpreise für die Zeit von 1700 bis 1900 veröffentlicht worden war. Aus diesen Zusammenstellungen ergab sich, daß der Geldlohn in England in diesen zwei Jahrhunderten sich um 136 v. H. gehoben hatte, während die Kosten der Lebenshaltung nur um 27 v. H. gestiegen waren, so daß sich für den Reallohn ein Mehr von 85 v. H. ergab. Richard Calwer hat in jener Arbeit auf Grund der Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften, die nach seiner Ansicht im großen und ganzen die Bewegung des Lohnniveaus ziemlich genau wiedergeben, festzustellen vermocht, daß im Durchschnitt aller gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1895 auf eine während 300 Tagen beschäftigte Arbeitskraft ein Jahresverdienst von 746,68 M. entfallen war, während im Jahre 1906 die Jahreslohnsumme im Durchschnitt aller berücksichtigten Arbeiter 1027,59 M. betragen hatte. Das Durchschnittslohnniveau hatte sich also in diesen zwölf Jahren von 1895 bis 1906 um rund 281 M. oder um 37—38 v. H. für die Industriearbeiter gehoben. Calwer stellte dann weiter fest, wie sich die Preise der Konsumeinheit entwickelt hatten. Es ergab sich, daß diese um 22 v. H. gestiegen waren. Es hatte sich also im ganzen Zeitraum das Lohnniveau um etwa 15 v. H. stärker erhöht als das Niveau der Warenpreise. Mit anderen Worten: nicht nur der Nominallohn, auch der Reallohn war wesentlich gestiegen, die Arbeiter hatten also ihren Konsum um mehr als 1 v. H. auf das Jahr vermehren können. Das macht in einem Menschenalter schon das Dreißigfache aus. Calwers Rechnung stützte sich auf die Großhandelspreise. Adolf Weber nimmt zutreffend an, daß die Entwicklung der Kleinhandelspreise relativ für den Arbeiter mindestens nicht ungünstiger war als die der Großhandelspreise; denn gerade in den letzten 10—15 Jahren jenes Zeitabschnittes war bei vielen Waren der Aufschlag des Kleinhandels auf die Verkaufspreise eher kleiner als größer geworden.

Die Feststellungen Calwers haben durch die Statistik ihre Bestätigung gefunden. Die Knappschaftsberufsgenossenschaft veröffentlichte in ihrem Jahresbericht für 1908 Vergleiche über die Bergarbeiterlöhne im Berichtsjahre zu den Löhnen im Jahre 1886. Danach betrug der Jahresdurchschnittslohn 1886 768 M., im Jahre 1908 dagegen 1399 M. Für die Steinkohlenarbeiter, die mit 586 000 unter 800 000 den bei weitem größten Teil der versicherten Arbeiter ausmachten, betrug der Jahresdurchschnittslohn 1886 768 M., im Jahre 1908 dagegen 1478 M. Stellte man nun die Preise der hauptsächlichsten Lebensmittel in Berlin, die dem Reichsdurchschnitt entsprechen, im Jahre 1908 im Vergleich mit denen des Jahres 1886, das sogar noch besonders niedrige Getreide-, Kartoffel- und Viehpreise hatte, so ergab sich folgendes Bild:

	1886	1908	Steigerung in Hundertteilen
Roggen, die Tonne (Berlin)	130,6 ℳ	186,5 ℳ	42,8 v. H.
Weizen, „ „ „	151,3 „	211,2 „	39,6 v. H.
Speisekartoffeln „	29,9 „	54,0 „	80,6 v. H.
Rinder, der Doppelzentner	101,4 „	139,0 „	37,1 v. H.
Schweine, „ „	94,2 „	116,3 „	23,5 v. H.
		im Durchschnitt	44,7 v. H.

Während also die Jahresdurchschnittslöhne der Knappschaftsgenossenschaft um 91,9 v. H., die der Steinkohlenarbeiter sogar um 92,4 v. H. gestiegen waren, sich also in den 22 Jahren fast verdoppelt hatten, betrug die Steigerung jener fünf Konsumartikel noch nicht die Hälfte der Lohnsteigerungen.

Auch in dem Buche „Die Konsumanstalt der Gußstahlfabrik Essen" ist Seite 22 und 23 eine sehr lehrreiche Tabelle über die prozentuale Steigerung der wichtigsten Lebensmittelpreise einerseits sowie der Löhne andererseits veröffentlicht. Aus ihr ergibt sich eine stetige und verhältnismäßig hohe Steigerung der Löhne, während die Lebensmittelpreise teils nur wenig zugenommen hatten, zum großen Teil aber gleichgeblieben oder gar gefallen waren. Während nämlich in der Kruppschen Gußstahlfabrik Essen von 1871 bis 1900 die Löhne um 57,8 v. H., also rund 58 v. H., gestiegen waren, stieg im gleichen Zeitraum der Preis für das Kilogramm Speck nur um 2,6 v. H., der Preis für das Kilogramm Kalbfleisch 1. Qualität um 11,7 v. H., für Kalbfleisch 2. Qualität um 21,7 v. H. Dahingegen fiel der Preis für 100 kg Kartoffeln um 30,5 v. H., für das Kilogramm Schwarzbrot um 16,3 v. H.

Auch eine weitere Erscheinung, die Hebung des Massenverbrauchs, spricht gegen die sozialdemokratische Theorie von der Verelendung. Nach einer Zusammenstellung des Sozialdemokraten P. Kampffmeyer in den „Sozialistischen Monatsheften" vom September 1902 war in den Jahren 1888—1898 der Zuckerverbrauch von 9,9 kg auf 12,4 kg, der Reisverbrauch von 1,81 auf 2,51 kg, der Fleischkonsum im hochindustriellen Sachsen von 12 auf 15,2 kg Rindfleisch und von 20,4 auf 26,2 kg Schweinefleisch auf den Kopf gestiegen. Dasselbe Bild zeigte die amtliche Statistik: der Zuckerverbrauch betrug im Jahre 1901/02 11,6 kg, 1907/08 17,1 kg, 1908/09 17,6 kg, 1910/11 19,0 kg und 1912/13 19,2 kg, der Bierkonsum im Durchschnitt der Jahre 1879/83 85 l, 1907 111 l, um dann allerdings infolge der Antialkoholbewegung wieder langsam zu fallen, der Reisverbrauch in den Jahren 1866/70 1,11 kg, 1886/90 1,76 kg, 1901/05 2,33 kg, im Jahre 1909 2,54 kg und im Jahre 1913 3,56 kg. In ganz Deutschland wurden ferner verzehrt auf den Kopf der Bevölkerung an Kakao 1880 52 g, 1907 528 g, 1909 610 g und 1913 770 g, an Kaffee 1876/80 2,33 kg, 1896/1900 2,69 kg, 1907 3,03 kg und 1909 3,30 kg; an Südfrüchten 1879 0,6 kg, 1907 2,96 kg, 1909 3,05 kg, 1911 4,09 kg und 1912 4,52 kg.

Der Fleischverbrauch in Deutschland wurde im Jahre 1875 berechnet auf nur 25 kg auf den Kopf jährlich, vor dem Kriege betrug er mehr als das Doppelte. Das Kaiserliche Gesundheitsamt hatte anfangs 1909 einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reiche für das Jahr 1906 veröffentlicht. Der erste Teil dieses Berichtes enthielt auch eine Berechnung des Fleischverbrauches in Deutschland, in der zum ersten Male eine auf amtliches statistisches Material gestützte

Berechnung des Durchschnittsgewichtes geschlachteter Tiere verwendet worden war, während man sich früher in der Hauptsache mit Schätzungen hatte begnügen müssen. An der Hand dieser und der sonstigen von der Statistik gelieferten bedenkenfreien Zahlen ist der Fleischverbrauch, der auf den Kopf der deutschen Bevölkerung entfiel, ermittelt worden im Jahre 1883 auf 29,3 kg, 1892 auf 32,5 kg, 1900 auf 43,4 kg, 1904 auf 52,05 kg, 1905 auf 51,39 kg, 1906 (bekanntlich ein Teuerungsjahr) auf 50,29, 1907 aber schon wieder auf 52,59 kg (Amtliche „Berliner Korrespondenz", Nr. 1 vom 5. Januar 1909). Im Jahre 1908 betrug der Fleischverbrauch sogar 53,3 kg. Wie erheblich auch in dieser Beziehung Deutschland die meisten Kulturstaaten überflügelt hatte, kann man daraus ersehen, daß im Jahre 1905 in Frankreich der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung 36 kg, in Dänemark 34½ kg, in Belgien 32 kg und in Schweden sogar nur 28 kg betragen hat. Allein in England ist der Fleischverbrauch fast genau ebenso groß wie in Deutschland. An dieser Tatsache wird nichts dadurch geändert, daß der Fleischverbrauch im Deutschen Reiche im Jahre 1909 auf 53,0 kg und 1910 auf 51,5 kg zurückgegangen war. Er war auch mit dieser Menge immer noch so hoch wie in keinem anderen Kulturlande. („Reichsarbeitsblatt" Nr. 3, 1911.)

Erheblich über dem Durchschnitt war der Fleischverbrauch in den großen Städten, während auf dem Lande nur 31,6 kg Fleisch verzehrt worden sind. Die Hauptstadt der östlichsten preußischen Provinz, Königsberg, begnügte sich in ihrer stark landwirtschaftlichen Umwelt mit 40,7 kg Fleisch im Jahre, Karlsruhe und Mannheim aber verbrauchten 70,9 kg, die genußfreudigen Bewohner von München, Nürnberg und Augsburg sogar 80,2 kg. An der Spitze des Eiweißverbrauchs dürfte die Reichshauptstadt Berlin gestanden haben. Nach einem Bericht des „Vorwärts" vom 18. November 1911 kamen in Berlin im Jahre 1885 auf den Kopf der Bevölkerung 10 Pfd. an verzehrtem Fisch, gegenwärtig, also 1911, aber 94 Pfd. Da der Berliner damals 70 kg Fleisch verzehrte, so ergab sich ein Gesamtverbrauch von 117 kg an Fleisch und Fisch, wozu dann noch der Verbrauch von Geflügel und Wild hinzukam. Allein an Gänsen führte Berlin damals 2,5 Millionen Stück ein. Erwägt man, daß die kleinen Kinder gar kein oder nur wenig Fleisch genießen, daß der Appetit der Frauen auf Fleisch geringer ist als der der Männer, daß die Soldaten ferner täglich nur 125 g Fleisch erhielten, so ist es sicherlich nicht zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege jeder männliche Bewohner Berlins mindestens 125 kg Fleisch jeder Art verzehrt hat.

Sehr lehrreich sind auch die Ziffern über den Brotgetreideverbrauch. Während der Roggenkonsum seit 1883/95 auf gleicher Höhe, etwa 150 kg auf den Kopf der Bevölkerung sich hielt, betrug der Weizenkonsum in Deutschland im Jahre 1879 50,6 kg, 1890 70,15 kg, 1900 91 kg, in den acht Jahren von 1901 bis 1909 aber bereits 92,5 kg und 1913 93,6 kg im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung. Gerade der vermehrte Verbrauch von Weizenbrot dürfte als ein besonders beweiskräftiges Moment für die fortgesetzt steigende Besserung in der Lebenshaltung der Massen gelten.

Hält man alle diese Tatsachen zusammen, dann wird man mit dem großen Nationalökonomen Adolf Wagner, der wahrlich hoch über dem Verdachte steht, einseitig gegen die Arbeiter eingenommen gewesen zu sein, sagen können:

„Kein anderes Volk hat einen solchen Aufschwung genommen wie das deutsche im 19. Jahrhundert, und keines erlaubt sich mehr Genüsse aller Art in allen seinen Klassen, von den höchsten bis zu den niedrigsten, vom Arbeiter bis zum Großkapitalisten."

Auf Grund aller dieser hier vorgebrachten unanfechtbaren Tatsachen kann festgestellt werden: Das Emporsteigen der großen Massen in bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen schritt im kaiserlichen Deutschland unaufhörlich fort und konnte auch durch vereinzelte Rückschläge nicht aufgehalten werden. Diese erfreuliche Erscheinung wurde auch von objektiven Beurteilern innerhalb der Sozialdemokratie mehr und mehr anerkannt. So schrieb das Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, „Der Grundstein", in Nr. 39 vom 24. September 1910 wörtlich folgendes:

> „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hebt sich zusehends, und der moderne Arbeiter ist heute in der Lage, mehr Ansprüche ans Leben zu stellen und seine Bedürfnisse besser und reichhaltiger zu befriedigen, als dies jemals der Fall gewesen ist; auch seine soziale Wertung ist gestiegen, denn man blickt heutzutage im allgemeinen nicht mehr mit jener Verachtung auf den Arbeiter herab, wie es früher der Fall war; in politischer und öffentlich-rechtlicher Beziehung gilt, wenn auch zunächst mehr in der Theorie als in der Praxis, der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, und im Gebiete der Bildung, der Kunst und der sozialen Moral ist die Hebung der Arbeiterklasse ganz unverkennbar. Dies Emporsteigen des modernen Proletariats auf wirtschaftlichem, geistigem, moralischem, sozialem und weltlichem Gebiete macht sich nach außen hin in der veränderten Stellung des Arbeiters im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organismus bemerkbar, und auch die Wandlung im Bewußtsein des Proletariats legt hiervon Zeugnis ab. Der moderne Arbeiter spielt eine ganz andere Rolle als sein Vorfahr früherer Zeiten und er ist sich dieser seiner Stellung bewußt; er hat ein hohes Gefühl für seinen Wert und seine Bedeutung in der Gesellschaft, und sein Klassenbewußtsein hat sich zu einem stark ausgeprägten Selbstbewußtsein entwickelt, das sich am treffendsten mit dem Schillerwort charakterisieren läßt: „So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich neben ihm verachte!" Dieses proletarische Selbstbewußtsein, das nur eine Widerspiegelung der gehobenen Lage der modernen Arbeiterklasse ist, ist unstreitig die erfreulichste Erscheinung der Gegenwart . . ."

Von welcher Seite aus man also die Frage auch betrachten mag, immer wieder zeigt sich mit zwingender Deutlichkeit, daß die sozialdemokratische Theorie von der Zunahme der Verelendung einen elenden Zusammenbruch erlitten hat.

Mit den eben angeführten Worten des „Grundsteins" ist aus sozialdemokratischem Munde selbst die Behauptung des Erfurter Programms widerlegt worden, daß die Arbeiter durch die kapitalistische Produktionsweise geknechtet und erniedrigt würden. Gewiß gibt es auch heute noch unter den Arbeitgebern so manchen, der von einem mißverstandenen „Herr-im-Hause"-Standpunkt aus in dem Arbeiter ein nicht gleichberechtigtes Wesen wertet, das er von oben herab glaubt behandeln zu können. Aber das sind Ausnahmefälle, die man nicht verallgemeinern darf, vor deren Verallgemeinerung vor allem der Arbeiter selbst sich hüten sollte, der am besten weiß, daß auch nicht alle Arbeiter reine Engel ohne Schuld und Fehle sind, die kein anderes Streben haben, als ihrem Arbeitgeber das Leben und den Verkehr mit ihnen zu erleichtern und alle Steine aus seinem dornigen Pfade der Sorge und des Risikos zu entfernen. Der Arbeitgeber ist heute in den meisten Fällen gegenüber den Arbeitern, wenn auch nicht wirtschaftlich, so doch sozial und recht-

lich der Schwächere. Der einzelne Arbeiter ohne Produktionsmittel ist selbstverständlich dem einzelnen Arbeitgeber mit Produktionsmitteln erheblich unterlegen, aber der einzelne Arbeiter hat im Zeitalter der Organisation so gut wie gar kein Verhältnis mehr zu seinem Unternehmer. Während dieser trotz aller Arbeitgeberverbände letzten Endes doch immer allein dasteht, gegenüber der festgeschlossenen Phalanx der Arbeiter seines eigenen Betriebes, vertritt der Arbeitnehmer heute alle seine Forderungen an den Arbeitgeber nicht als Einzelpersönlichkeit, sondern als das Glied einer kraftvollen, zielbewußten Arbeitergewerkschaft, die dem Arbeitgeber als geschlossene Macht gegenübertritt. Darum ist es heute eine sinnlose, nur partei-agitatorischen Zwecken dienende Phrase, wenn der Unternehmer als „Sklavenhalter" hingestellt wird, der kein anderes Streben mehr kenne, als seine Arbeiter durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und schlechte Arbeitsverhältnisse auszubeuten. Vor dem Kriege, als, wie wir sahen, im Deutschen Reiche mehr Arbeitermangel als Arbeiterüberfluß herrschte, hatte der Arbeitgeber selbst das allergrößte Interesse daran, seine Arbeiter bei guter Laune zu erhalten. Aber auch die Rücksicht auf seine dauernden Vorteile gebietet ihm zu allen Zeiten, sich einen guten Stamm zufriedener, tüchtiger, arbeitsfreudiger Arbeiter heranzuziehen und sich zu erhalten. Und da zudem die öffentliche Meinung, die überhaupt mehr mit Gefühlsüberschwang, als mit nüchternem, kühlem Verstande an die Beurteilung der Dinge heranzutreten pflegt, in einer psychologisch vielleicht begreiflichen, aber nicht immer gerechtfertigten Parteinahme sich auf die Seite des „armen" Arbeiters schlägt und zumeist auch im Parlament, in der Presse und vor Gericht eine starke Voreingenommenheit gegen den Arbeitgeber herrscht, so ist die Stellung des Arbeitgebers in der Öffentlichkeit heutzutage die entschieden schwächere.

Es wird nicht nur vom Arbeiter, sondern auch vom großen Publikum leider noch immer nicht zur Genüge die Bedeutung des Unternehmers in unserem Wirtschaftsleben erkannt. Schon in anderem Zusammenhange, bei der Besprechung der marxistischen Lehre im zweiten Kapitel, haben wir die Stellung des Unternehmers im Produktionsprozesse kurz gekennzeichnet. Gerade heute, wo ein utopistischer Wirtschaftsdilettantismus sich anmaßt, den Unternehmer als ein durchaus überflüssiges Element aus dem Wirtschaftsleben auszuscheiden, kann nicht ernst genug vor einer Unterschätzung der Bedeutung und Wichtigkeit dieses Faktors für unsere nationale Volkswirtschaft gewarnt werden. Die prächtige Schilderung, die Werner Sombart, der in manchen seiner ökonomischen Anschauungen dem Marxismus durchaus nahesteht und nicht als Feind der Arbeiterklasse gelten kann, vom deutschen Unternehmer gegeben hat, verdient immer wieder der Allgemeinheit in Erinnerung gebracht zu werden. Der moderne Unternehmer ist danach der Erfinder, der neue Formen der Gütererzeugung, des Verkehrs, des Absatzes ausdenkt und durchführt: der Entdecker, der räumlich neue Felder für seine Betätigung ausfindig macht oder in einem schon eroberten Gebiet neue Bedürfnisse entdeckt; der Eroberer — ein „Konquistador auf ökonomischem Terrain" —, der mit Kraft und Entschlossenheit in großem Wagemut alle Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellen, niederkämpft; der Organisator, der die Fähigkeit besitzt, Menschen auf ihre Leistungsfähigkeit hin zu beurteilen, jeden an die richtige Stelle setzt, wo er das Höchste seiner Leistungsfähigkeit entfalten kann und entfalten wird, der damit auch das Talent verbindet, andere für sich arbeiten

zu lassen, sich entbehrlich zu machen, um das Unternehmen von Zufälligkeiten seiner Persönlichkeit loszulösen. Der Unternehmer muß aber auch Händler sein, d. h. er muß zwei Tätigkeiten zu einem gemeinsamen Zwecke vereinigen, das Berechnen und das Verhandeln. Er muß spekulative und kalkulatorische Fähigkeiten ebenso mitbringen, wie „suggestiv" wirken können, um Interesse zu erwecken, Vertrauen zu erwerben und Kauflust zu wecken. „Es sind" — so zeichnet Sombart die Gesamterscheinung der idealen Unternehmernatur — „Männer (keine Weiber), ausgerüstet vor allem mit einer außergewöhnlichen Vitalität, aus der übernormaler Betätigungsdrang, eine leidenschaftliche Freude an der Arbeit, eine unbändige Lust zur Macht und das Hervorquellen eines Strebens non sunt certi denique fines, das in die Bahnen des Gelderwerbes gelenkt ... der schrankenlosen Entfaltung fähig gemacht wird, Männer mit prononzierter intellektualer Begabung, mit gering entwickeltem Gefühls- und Gemütsleben, robuste Naturen in dem Doppelsinne: robust zur Bewältigung großer Arbeitspensa und Niederwerfung von Hindernissen, robust aber auch in der Lebensbetrachtung und Lebenswertung, Menschen — mit dem Beile zugehauen — smarte Männer."

Der Arbeitnehmer aber und die irregeleitete öffentliche Meinung sieht immer nur den Erfolg, den der Unternehmer hat. Seine Mißerfolge aber, die ja auch nicht ausbleiben, und die unendlichen Sorgen um das Gedeihen seines Werkes, die Aufregungen, die das eingegangene Risiko ihm dauernd bringen, werden nicht beachtet, und niemand denkt darüber nach, welche Unsummen von Fleiß, Arbeit, die keine achtstündige ist, Umsicht, Tüchtigkeit dazu gehört, einen Betrieb auf die Höhe zu bringen und ihn auf dieser Höhe zu erhalten. Der Arbeiter streicht am Ende der Woche seinen Lohn ein, ohne auch nur einmal sich Gedanken darüber zu machen, welche Gehirnarbeit notwendig ist, damit dieses Geld auch immer rechtzeitig zur Stelle ist. Ein Unternehmer ist kein Spekulant, der einen Zufallsgewinn machen will, um dann als behäbiger Rentner sich zur Ruhe zu setzen. Nicht das Geld, nicht der Erwerb sind ihm die Hauptsache, sie sind ihm nur das Mittel zum Zweck, sein Unternehmen zu erweitern, auszubauen, zu vervollkommnen; er will arbeiten, aus dem Drange, zu schaffen, heraus, und darum ist auch der Unternehmer wie der Dichter und Künstler, wie der Schriftsteller und Gelehrte ein schöpferischer Geist, dessen Kräfte wir, wie Adolf Weber treffend bemerkt, in unserer Volkswirtschaft nicht missen können und die vernichten zu wollen, ein verhängnisvoller Irrtum wäre.

Aber ebensowenig wie ein „Sklave" des Arbeitgebers ist der moderne Arbeiter ein Sklave der Maschine. So eintönig auch manchem Außenstehenden die Arbeit an der Maschine erscheinen mag, derjenige, der ihr seine Dienste weiht, weiß, welch geistige Anspannung gerade der vielfach so unendlich komplizierte Mechanismus einer modernen Maschine erfordert, weiß, welche Aufmerksamkeit, welche Geistesgegenwart, welche Schnelligkeit des Blickes und der Hand notwendig ist, um die vorgeschriebenen Verrichtungen stets sicher und auf den Bruchteil einer Sekunde pünktlich vornehmen zu können, soll nicht das technisch aufs feinste ersonnene Werk und damit seine Arbeit gefährdet werden. Für den, der mit Liebe an seine Arbeit geht, ist die Maschine durchaus kein seelenloses Werkzeug, sondern ein lebender Körper, der in seinen Organen, Muskeln, Nerven bis ins kleinste studiert sein will. In den Arbeiterbriefen, die Levenstein veröffentlicht hat, schreibt ein Weber:

„Ich bin nun schon 16 Jahre am Webstuhl beschäftigt und kann nicht sagen, daß er mich jemals als etwas Unsympathisches angewidert hätte. Als ich anfing, am Webstuhl zu arbeiten, erregte er sofort mein ganzes Interesse, hinter seine Geheimnisse mußte ich kommen. Anfangs habe ich kleine, später größere Reparaturen selbst ausgeführt und habe gelegentlich der Aufstellung neuer Webstühle längere Zeit mit einem Monteur zusammen gearbeitet. So kann ich mich der Maschine gegenüber nicht als Sklave fühlen, die ja nicht als unverstandene Größe vor mir steht." Wer die Maschine so auffaßt wie dieser Arbeiter, der wird auch ein inneres, seelisches Verhältnis zu seiner Maschine bekommen und auch in dieser scheinbar so monotonen Arbeit glücklich und zufrieden sein. Auch hier gilt des Dichters Wort: „In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne."

Professor Oswald Spengler hat vor kurzem eine kleinere Schrift: „Preußentum und Sozialismus" veröffentlicht, die mit zu dem Geistvollsten gehört, was in den letzten Jahren aus der Feder eines gelehrten Deutschen geflossen ist. Was der Verfasser dort sagt, ist geistiger Kaviar für jeden literarischen und politischen Feinschmecker und man wird Spenglers Ausführungen auch dann mit großem Genuß lesen, wenn man ihm sachlich nicht zu folgen vermag. Diese Schrift ist aus Aufzeichnungen hervorgegangen, die für des Verfassers großes Werk „Der Untergang des Abendlandes", namentlich den bis zur Stunde noch nicht erschienenen zweiten Band, bestimmt waren. Der Geist des deutschen Sozialismus ist, so meint Spengler, aus dem preußischen Geist hervorgegangen. Ihm ist die Idee des Sozialismus in seiner tiefsten Bedeutung: Wille zur Macht, Kampf um das Glück nicht des einzelnen, sondern des Ganzen. Und in diesem Sinne sieht Spengler nicht in Karl Marx den ersten bewußten Sozialisten, sondern in Friedrich Wilhelm I. Marx habe seine Lehre ganz auf englischen Anschauungen aufgebaut. Das englische Volk sei nach dem Unterschiede von reich und arm, das preußische nach dem von Befehl und Gehorsam aufgebaut. Marx denke rein englisch. Er kannte das Wesen der Arbeit nur in englischer Auffassung, als das Mittel, reich zu werden, als ein Mittel ohne sittliche Tiefe; denn nur der Erfolg, das Geld, die sichtbar gewordene Gnade Gottes war von ethischer Bedeutung. Dem Engländer fehle der Sinn für die Würde der strengen Arbeit. Sie entadle, sie sei eine häßliche Notwendigkeit — wehe dem, der nichts hat als sie, der nichts besitzt ohne immer neue Arbeit, und vor allem, der nie etwas besitzen wird. Hätte Marx den Sinn der preußischen Arbeit verstanden, der Tätigkeit um ihrer selbst willen, als Dienst im Namen der Gesamtheit, für „alle" und nicht für sich, als Pflicht, die adelt ohne Rücksicht auf die Art der Arbeit, so wäre sein Manifest vermutlich nie geschrieben worden.

Aber hier unterstützte ihn, so führt Spengler weiter aus, sein jüdischer Instinkt, den er selbst in seiner Schrift über die Judenfrage gekennzeichnet hat. Der Fluch der Arbeit am Anfang der Genesis, das Verbot, den Sonntag durch Arbeit zu schänden, das machte ihm das alttestamentliche Pathos des englischen Empfindens zugänglich. Er hat dem Proletariat die Mißachtung der Arbeit eingeimpft. Arbeit ist ihm eine Ware, keine Pflicht: das sei der Kern seiner Nationalökonomie. Seine Moral wird zur Geschäftsmoral. Der Lohnkampf wird zur Spekulation, der Arbeiter wird Händler mit seiner Ware „Arbeit". Das Geheimnis der berühmten Phrase vom

Mehrwert sei, daß man ihn als Beute empfindet, die der Händler der Gegenpartei davonträgt. Man gönnt sie ihm nicht. Marxismus sei der Kapitalismus der Arbeiterschaft. Der Streik sei das unsozialistische Kennzeichen des Marxismus, das klassische Merkmal seiner Herkunft aus einer Händlerphilosophie, der Marx aus Instinkt und Gewöhnung angehörte.

Im Staate dagegen ist Arbeit keine Ware, sondern eine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber, und es gibt — das ist preußische Demokratisierung — keinen Unterschied in der sittlichen Würde der Arbeit: der Richter und Gelehrte „arbeiten" so gut wie der Bergmann und Eisendreher. Es war deswegen englisch gedacht, daß in der deutschen Revolution der Handarbeiter das übrige Volk ausbeutete, indem er für möglichst wenig Arbeit möglichst viel Geld erpreßte und seine „Ware" an Bedeutung über jede andere erheben wollte. Der preußische Gedanke dagegen sei die unparteiische staatliche Festsetzung des Lohnes für jede Art von Arbeit, nach Maßgabe der wirtschaftlichen Gesamtlage planmäßig abgestuft, im Interesse des Gesamtvolkes und nicht einer einzelnen Berufsklasse. Das sei das Prinzip der Beamtengehaltsordnung, auf alle Arbeitenden angewandt. Es schließe das Verbot des Streiks als eines antistaatlichen und händlerischen Privatmittels ein.

Aber so fahren wir in unserer Beweisführung fort, die Arbeit ist auch nicht anstrengender geworden. Schon bei den Feststellungen der Löhne konnten wir Berichte wiedergeben, aus denen hervorging, daß die Löhne gestiegen waren trotz dauernder Verkürzung der Arbeitszeit. Während in den sechziger Jahren eine tägliche Arbeitszeit von 14 Stunden sehr häufig vorkam, war sie schon vor dem Kriege in vielen Gewerbezweigen auf zehn und neun Stunden herabgegangen, so daß auch in dieser Beziehung eine entgegengesetzte Entwicklung sich vollzogen hat, als Marx vorausgesagt hatte, der behauptete, daß der kapitalistische Unternehmer das Bestreben habe, die Arbeiter durch Verlängerung der Arbeitszeit immer mehr auszubeuten. Jetzt mußte sogar der „Vorwärts" in seinen Betrachtungen zum 1. Mai 1909 zugeben, daß die Arbeiter fast aller Berufe sich weit entfernt haben von der Arbeitszeit, die zu der Zeit herrschte, als man zum ersten Male zur Maifeier rüstete. Es kommt hinzu, daß noch keineswegs feststeht, ob während der Arbeitszeit auch dauernd gearbeitet und ob die durch Verkürzung der Arbeitsdauer gewonnene freie Zeit vom Arbeiter auch nützlich verwendet wird. Auf Einzelheiten dieser wichtigen Frage wird später bei der Besprechung der sozialdemokratischen Forderung eines Normalarbeitstages noch näher eingegangen werden. An dieser Stelle sei nur so viel bemerkt, daß man nach Schmoller in Australien festgestellt haben will, daß die riesigen Löhne und die kurze Arbeitszeit der Bergarbeiter auf deren Moral nicht günstig eingewirkt haben. Kautsky behauptet allerdings das Gegenteil. Nach Adolf Weber rechnete ein Direktor Graf von der Bismarckhütte den Mitgliedern des Vereins „Eisenhütte Oberschlesiens" unter Zustimmung der Versammlung unter anderem vor, daß der Glüher in der Feinblechglüherei faktisch nur fünf Stunden arbeite, er habe also täglich sieben Stunden Pause, „während dieser sieben Stunden kann der Arbeiter sich ausruhen, raucht seine Pfeife und dergleichen, kurz, er kann sich einrichten ganz nach seiner Bequemlichkeit".

Und auch gefährlicher ist die Arbeit nicht geworden. Zwar hat die Zahl der Unfälle von Jahr zu Jahr zugenommen, vielleicht weil die Übertreiber

und Simulanten aus Rentensucht, die Professor Stier-Somlo eine Volkskrankheit nennt, die Neigung haben, den Unfall so lange als möglich für eine Rente zu benutzen. Doch sei dem, wie ihm wolle, für die Frage der größeren oder geringeren Gefährlichkeit der Arbeit ist ausschlaggebend, daß die Zahl der durch die Unfälle hervorgerufenen schwersten oder gar tödlichen Verletzungen sehr erheblich und dauernd abgenommen hat. Es kamen in den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 100 Verletzte:

Erste Beurteilung (etwa ein Jahr nach der Feststellung und Zahlung der ersten Entschädigung)				Abgeschlossene Beurteilung (etwa nach 4–5 Jahren)		
Jahr	Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit völlige	dauernde Erwerbsunfähigkeit teilweise	Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit völlige	dauernde Erwerbsunfähigkeit teilweise
1887	18,51	17,70	50,88	19,49	3,11	46,98
1890	13,62	7,08	61,01	14,22	2,30	55,63
1900	9,88	1,15	47,95	10,40	1,10	45,46
1911[1])	8,28	0,59	32,49	8,51	0,39	24,71
1913[1])	8,77	0,48	30,56	8,97	0,35	25,89

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der staatlichen Arbeiterversicherung stand das Deutsche Reich unbestritten an der Spitze aller Kulturstaaten. England und Nordamerika blieben hinter dem großen sozialen Friedenswerk, das durch die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 zum Schutze der Arbeiter gegen die Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität in die Wege geleitet worden war, meilenweit zurück. Wiewohl die Sozialdemokratische Partei im Reichstage gegen die grundlegenden Gesetze der deutschen Arbeiterversicherung gestimmt hat, angeblich, weil diese ihr nicht weit genug ging, und die sozialdemokratische Presse oft genug gegen die „elende Bettelsuppe" zu Felde gezogen ist, haben einzelne verständige Sozialdemokraten doch anerkannt, welche gewaltigen Vorteile die Arbeiterversicherungsgesetze dem deutschen Arbeiter gebracht haben. Von diesen sei Paul Kampffmeyer erwähnt, der in einem im Septemberhefte der „Sozialistischen Monatshefte" des Jahres 1902 veröffentlichten Aufsatze ausdrücklich erklärte, daß ohne die deutschen Krankenkassen Hunderttausende deutscher Arbeiter aus Mangel an Krankenunterstützung frühzeitig zugrunde gegangen wären. Wertvoller ist in diesem Falle das Urteil ausländischer Fachkenner, das nicht durch parteipolitische Voreingenommenheit getrübt ist. So hat im Jahre 1906 ein in den Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik als Autorität geltender Amerikaner, Mr. Frank Vanderlip — ehemals Unterstaatssekretär im amerikanischen Schatzamt — in der „North American Review" der deutschen Arbeiterversicherung ein überaus rühmendes Zeugnis ausgestellt. Da hieß es wörtlich: „Das deutsche System der Arbeiterversicherung ist das bei weitem bedeutendste und fortgeschrittenste Experiment auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge des Staates." Ein besonderes Lob beansprucht nach Vanderlip die deutsche Unfallversicherung. Wie ganz anders — so hob er hervor — liegen doch die Dinge nach dieser Richtung hin in Amerika, wo das Leben des

[1]) Die Ziffern liegen bis 1916 vor, nur waren sie nicht zu verwerten, weil die Beurteilung noch nicht abgeschlossen war.

Arbeiters gering geachtet werde im Gegensatz zu Deutschland mit seinen strengen Unfallverhütungsvorschriften. Aber auch dem Gebiete des eigentlichen Arbeiterschutzes konnte Herr Vanderlip seinem Heimatlande Amerika unser deutsches Vaterland als Muster vorhalten. Nach den Ausweisen des amerikanischen „National Child Labor Comitee" belief sich damals die Zahl der gegen Lohn beschäftigten Arbeiter unter 16 Jahren auf mehr als zwei Millionen Köpfe, von denen mehr als die Hälfte auf Kinder im schulpflichtigen Alter entfiel!

Und als ein englischer Arbeiter die deutsche Arbeiterversicherung in Berlin studiert hatte, war er durch die Vollkommenheit unserer Einrichtungen derart überrascht, daß er gelegentlich seiner Abschiedsrede die Stimmung seiner Kameraden dahin ausklingen ließ, daß er erklärte: „Selbst wenn die Namen eines Cäsar und Napoleon längst vergessen sein werden, so wird die Erinnerung an die Allerhöchste Botschaft vom 17. November 1881 fortleben, noch in den fernsten Jahrhunderten die Herzen bewegen und andauernd das Gedächtnis an den großen deutschen Kaiser wachhalten, der die Worte seiner an den Reichstag gerichteten Botschaft nicht nur ausgesprochen, sondern auch kraftvoll in die Tat umgesetzt hat."

Die Sozialdemokratie hat es stets so dargestellt, als ob sie die eigentliche Anregerin des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung gewesen sei. Auf dem Sozialistenkongresse zu Gotha 1876 hatten allerdings Fritsche, Rachow und Hasselmann beantragt: „Der Kongreß verlangt, daß in der nächsten Session ein Arbeiterschutzgesetz durch die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei beantragt werde." Verschiedene Redner waren aber aus „grundsätzlicher Erwägung" dagegen und betonten, „man dürfe nicht von dem heutigen Staate ein derartiges Palliativmittel verlangen". Bebel konnte sich aus „praktischen Gründen nicht für den Antrag erwärmen", Frohme aber beantragte sogar, so heißt es im Protokoll S. 32/33, „das Arbeiterschutzgesetz solle als Agitationsmittel in einer gewissen Zeit ausgearbeitet und den Arbeiterverbindungen vorgelegt werden", und Kapell bezeichnete das Gesetz „als sehr nützlich für die Agitation". Also nicht, weil die Regierungsvorschläge für die staatliche Arbeiterversicherung zu wenig boten, haben die Sozialdemokraten dagegen gestimmt, sondern weil ihnen mit ihr ein wirksames Agitationsmittel aus den Händen genommen worden war. Auf diese Arbeiterversicherung im einzelnen einzugehen, würde Zweck und Rahmen dieses Buches überschreiten, auch dürfen die einschlägigen Verhältnisse wohl als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.

Von welcher Seite man also die Lage der Arbeiter betrachten möge, in keiner einzigen Beziehung trifft die Behauptung des Erfurter Programms zu, daß die arbeitenden Klassen unter einer Vermehrung der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, Ausbeutung und Erniedrigung zu leiden hätten. Hat man sich auf sozialdemokratischer Seite endlich unter dem wuchtigen Drucke dieser Tatsachen zu dem Zugeständnis bequemt, daß allerdings die Lage der Arbeiter besser geworden sei, als Marx und das sozialdemokratische Parteiprogramm vorausgesagt hatten, dann klammert man sich an den letzten Anker zur Rettung der sozialistischen Theorie, nämlich an die Behauptung, daß der Arbeiter mit den Seinigen verurteilt sei, immer und ewig Lohnempfänger zu bleiben, daß er keine Aussicht habe, in eine höhere Klasse aufzusteigen, daß er vor allem niemals die

Möglichkeit habe, in den Besitz von Produktionsmitteln zu kommen. Wir haben schon bei der Betrachtung der Sparkassen und Aktiengesellschaften darauf hingewiesen, daß der Arbeiter zunächst indirekt durch seine Ersparnisse, die er in Aktien, Sparkassen oder Genossenschaften anlegt, an dem Produktionsprozeß teilzunehmen vermag. Aber auch darüber hinaus hat der Arbeiter auch heute, ja, vielleicht heute mehr denn je Aussicht, sogar in die Klasse der Unternehmer aufzusteigen. Nach vielen Tausenden zählen die Beispiele, daß Arbeiter ohne irgendwelchen Besitz an Produktionsmitteln aus den kleinsten Anfängen heraus durch ihren Fleiß, ihre Tüchtigkeit und Sparsamkeit oder durch fremdes Leihkapital sich zu großen Unternehmern emporgeschwungen haben. Wer sich mit offenen Augen in der Welt umsieht, wird die Beispiele hierfür aus seiner nächsten Umgebung zu Dutzenden aufzuführen in der Lage sein. Eine neuere Statistik aller derjenigen, die über 100 Millionen M. auf der Erde besitzen, zeigt, daß die meisten mittellos begonnen haben. Die Geschichte der größten deutschen Firma, des Kruppschen Riesenunternehmens, ist ja jedem Deutschen geläufig. Wer das kleine bescheidene Häuschen betritt, in dem der Begründer der Firma unter den schwierigsten Sorgen und bedrückt von Schulden und Lasten aller Art sein Unternehmen begonnen hat und das auch heute noch in schöner Pietät allen nachfolgenden Geschlechtern zur Mahnung und Nacheiferung inmitten der Hunderte von himmelhoch strebenden Essen erhalten geblieben ist, wird von einem ehrfurchtsvollen Erschauern vor dem Tatwillen und der Arbeitskraft des menschlichen Geistes erfaßt.

Und ähnliches kann man in der sächsischen Maschinenindustrie, vor allem in Chemnitz und Leipzig, in der Lausitzer Textilindustrie und in so manchen anderen Gewerbezweigen im deutschen Vaterland beobachten. Seine nationale Tätigkeit führte den Verfasser auch nach einer mittleren Stadt der preußischen Lausitz, in der überwiegend Textilindustrie betrieben wird, und dort wurde ihm am Abend in einer Versammlung unter Zustimmung der Anwesenden mitgeteilt, daß unter den 150 Unternehmern, welche die Stadt aufzuweisen hat, nicht ein einziger wäre, dessen Vater oder Großvater nicht selbst Arbeiter gewesen sei! Auch in anderen Ländern hat man die gleiche Beobachtung machen können. Marshall teilt mit, daß es Bezirke in England gibt, in denen die Mehrzahl der Fabrikanten früher Arbeiter oder die Söhne von Arbeitern sind. In Amerika pflegt man zu sagen, daß eine Familie in drei Generationen von „Hemdärmeln zu Hemdärmeln" übergehe. Nach einer Statistik, die der amerikanische Nationalökonom Walker aufstellte, begannen mehr als neun Zehntel der von ihm untersuchten Fabrikantenfamilien als Tagelöhner. Also auch dem Arbeiter ist der Aufstieg nicht verwehrt, wie überhaupt immer wieder vergessen wird, daß es in unserem nationalen Leben eine scharfe Scheidung zwischen den verschiedenen Klassen und Berufsständen überhaupt nicht gibt, daß ein ewiger Wechsel stattfindet, ein Auslesеprozeß sich vollzieht, der die einen nach oben, die anderen nach unten bringt, und das gilt für jede Klasse. Gerade in den reichsten Familien scheint sich mit einer Art Naturgesetz ein Aufsteigen und Wiederhinabgleiten zu vollziehen, dem nur die wenigsten entgehen zu können scheinen. Wo der Großvater begonnen hat, hört der Enkel oft wieder auf. Der Großvater erwirbt, der Vater genießt und der Enkel bringt das Erworbene wieder durch. In einer norddeutschen Seestadt ergab eine an-

gestellte Untersuchung, daß von den zu einer gewissen Zeit durch Besitz und soziale Stellung führenden Familien der Stadt nach 150 Jahren nicht mehr eine einzige vorhanden war. Sie waren gestorben — verdorben. Und wie oft geben die Söhne der reichen Kaufmanns- und Fabrikantenfamilien das Geschäft ihrer Väter auf, um Offiziere, Beamte, Künstler oder Gelehrte zu werden. Und umgekehrt: nach Millionen zählen die Arbeiter, die erst Vorarbeiter, dann Werkmeister und schließlich Beamte oder Techniker werden und damit ihre Klasse verlassen. Gerade die moderne Industrie und in ihr wieder der Großbetrieb ist es, der ungezählte neue Stellen für Zwischenmeister und Beamte und damit einen neuen Mittelstand schafft, der äußerlich vielleicht abhängiger sein mag, als der selbständige Handwerker, kleine Kaufmann oder Bauer, der aber vor diesen die Sicherheit der Existenz, die höhere Bezahlung und damit auch die Möglichkeit der höheren Bildung voraus hat. Mit diesen Schichten reicht der Lohnarbeiter vielfach schon selbst in den Mittelstand hin. Ja, die oberen Schichten der Lohnarbeiter zählen mit den $1\frac{3}{4}$ Millionen öffentlicher Beamten, mit den Privatbeamten, die nach der Berufszählung von 1907 schon mehr als 1,6 Millionen Personen ausmachten, den Angestellten aller Art, den Technikern, Kommis usw., überall zu den höheren Schichten. Deren Söhne werden dann entweder Beamte oder sie widmen sich den sogenannten liberalen Berufen, die vielfach mit weiten Unternehmerkreisen die höhere Bildung, fast allgemein aber mit den Arbeitern die ökonomische Grundlage gemein haben.

So darf man wohl Heinrich von Treitschke recht geben, der in den unteren Klassen den Jungbrunnen der Gesellschaft sah. Durch diese erhalten sich die Kraft und die Gesundheit, durch die oberen die Gesittung, der Geist, der Fortschritt, die Genialität, die Tatkraft. Wenn und wo die oberen Klassen im Laufe von einigen Geschlechtern und Jahrhunderten degenerieren, so ist in den unteren und mittleren, soweit sie von den Fehlern und Entartungen der oberen freigeblieben sind, der Ersatz gegeben; ihre Talente dringen als einzelne in die Aristokratie ein, verjüngen diese, teilweise steigen sie als Gesamtheit oder in Gruppen empor. Niemals aber ist für diesen Aufstieg der Besitz das Bestimmende gewesen, jedenfalls nicht das allein Bestimmende. Das Wichtigere und Bedeutsamere sind die geistigen und moralischen Kräfte. Jede Klasse steigt immer nur durch die Fortschritte empor, deren Träger sie sind. Und darum kann wie die obere auch jede mittlere und untere Klasse sinken, wenn sie sich diese geistig sittlichen Kräfte nicht zu bewahren versteht. Je mehr gute Sitten, moralische Kraft, Intelligenz und Fähigkeiten sie besitzt, desto mehr vermag sie dem Sinken Widerstand zu leisten und Verluste, die sie erlitten, wieder auszugleichen. Jedenfalls zeigt die Geschichte, zeigt die innere Entwicklung der Menschheit, daß keine Gesellschaft bestehen kann ohne ein solches Aufsteigen, ohne einen fortwährenden, niemals unterbrochenen Austausch zwischen den Gliedern der einzelnen Klassen. Ein solches Aufsteigen setzt daher zwar verschiedene Klassen voraus, die aber nicht durch scharfe Grenzen voneinander geschieden zu sein brauchen. Wenn es für den einzelnen kein Ziel des Aufstrebens, keine höhere erreichbare Stellung mehr gibt, so erlahmt alle Kraft und alles Streben, dann versiegt aller Wettbewerb und der Drang, vorwärtszukommen, zu schaffen nicht nur für sich, sondern für Kinder und Enkel, dann müßten Fleiß und Tüchtigkeit und höhere Begabung allmählich ver-

kümmern, weil ihrer Betätigung kein Zweck mehr entspricht. Mit anderen Worten: völlige soziale Gleichheit wäre der Tod jeder Gesellschaft (Schmoller).

Schon aus diesen eben geschilderten Erscheinungen geht hervor, wie wenig es der Wirklichkeit entspricht, wenn das Erfurter Programm die Gesellschaft in zwei scharf getrennte feindliche Klassen scheidet, Bourgeoisie und Proletariat, die einen erbitterten Klassenkampf gegeneinander führen. Wir sahen, daß es in der Gesellschaft nicht nur zwei Klassen gibt, sondern eine große Vielheit von Klassen, die zwar vielfach verschiedene Interessen und eine andere Lebenshaltung haben, deren Grenzen aber doch flüssig sind, und daß fortwährend ein Wechsel zwischen diesen Klassen durch Aufstieg des einen oder Herabsinken des anderen vor sich geht. Die Bourgeoisie ist ebensowenig in sich einheitlich und gleichartig, wie es das Proletariat ist. Wer gehört überhaupt zum Proletariat? Diese Frage hat noch kein sozialdemokratischer Theoretiker zu beantworten vermocht. Daß das Einkommen nicht das Entscheidende sein kann, liegt auf der Hand. Gibt es doch auch in Europa Lohnarbeiter, die mehr verdienen, als manche Universitätsprofessoren. Die Sozialdemokratie pflegt Proletariat und Arbeiterklasse gleichzusetzen, aber die moderne Arbeiterklasse ist, wie auch einige kritischer veranlagte Sozialdemokraten zugeben, alles andere, nur kein gleichartiges, unterschiedloses Proletariat. Sogar der Kirchenvater der Sozialdemokraten, Karl Marx, hat einmal gesprochen „von der unendlichen Zersplitterung der Interessen und Stellungen, worin die Teilung der gesellschaftlichen Arbeit die Arbeiter wie die Kapitalisten und Grundeigentümer spaltet", damit also die Verschiedenheit der Interessen sowohl innerhalb der sogenannten Bourgeoisie wie bei der Arbeiterklasse zugestanden.

Und andere sind ihm darin gefolgt. Ludwig Quessel, einer der revisionistischen Sozialdemokraten, der selbst bis zu seinem 26. Lebensjahre als Arbeiter ununterbrochen inmitten der Proletarier gelebt hat, gibt seine in der Arbeiterbewegung gemachten Erfahrungen und Beobachtungen in den „Sozialistischen Monatsheften 1919, S. 811ff." also wieder: „Auch am proletarischen Familientisch sitzt der Individualismus zu Gast. Die erwerbenden Familienmitglieder, Vater, Söhne, Töchter werden in der Regel entsprechend ihrem Beitrag zu den Haushaltungskosten von der Hausfrau verschiedenartig verpflegt. Dabei fühlt sich beispielsweise der Bruder durchaus nicht geniert, wenn die Schwester entsprechend ihrem geringeren Kostgeld mit kleineren Fleischportionen abgefunden wird, sondern er nimmt die größere Ration sogar als sein gutes Recht in Anspruch. Im Gegensatz zu Sombart scheint es mir völlig ausgeschlossen, daß aus dem proletarischen Leben in den Großstädten die ‚sozialistischen Ideale gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens' hervorwachsen könnten. Ganz im Gegenteil." Die Arbeiterklasse hat oder glaubt einen gemeinsamen Feind zu haben, das Kapital, in dessen Bekämpfung sie sich einig ist. Das ist aber auch das einzig Gemeinsame in ihr. Darüber hinaus haben die verschiedenen Unterklassen, in die sie sich teilt, oft ganz entgegengesetzte Interessen. Man wird daher der „Einigkeit", dem damaligen Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften nur recht geben müssen, wenn sie in der Nummer vom 30. September 1905 die Frage: „Wo ist die Solidarität der Arbeiterbewegung?" dahin beantwortete: „Solidarität ist eine Verschleierung divergierender

Tendenzen durch gelegentliche Interessenverwandtschaft." Aus dem Deutsch der Sozialdemokratie, deren Führer und Presse sich von jeher darin gefielen, mit Fremdworten zu prunken, in reines Deutsch übersetzt will jener Satz besagen, daß die angebliche Gemeinbürgschaft der Arbeiterklasse nichts anderes ist, als eine Verschleierung auseinandergehender, entgegengesetzter Neigungen und Absichten durch Betonung solcher Belange, die gelegentlich gleich oder ähnlich sein können.

Wie wenig aber dieses Proletariat, wenn man es mit der Arbeiterklasse gleich setzt, unter sich einig ist, das zeigt die Arbeiterbewegung selbst. Neben den sogenannten „freien" Gewerkschaften, die der Sozialdemokratie nahestehen und die am Ende des letzten Friedensjahres mehr als 2½ Millionen Mitglieder zählten, dann erheblich zurückgingen und jetzt ihren alten Stand wieder erreicht, wenn nicht überschritten haben dürften, gibt es die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine mit rund 106 000 Mitgliedern, die christlich-nationalen Gewerkschaften mit 350 000 Mitgliedern 1903, mit mehr als eine Million zurzeit, ferner die konfessionellen Arbeitervereine mit mehr als 800 000 Mitgliedern (1913) und endlich wirtschaftsfriedliche und Werkvereine, die vor dem Kriege nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 273 725 Mitglieder zählten, inzwischen aber auf viele Hunderttausende gewachsen sind. Alle diese letztgenannten Arbeitervereine stehen in bewußtem Gegensatze zur Sozialdemokratie, so daß also auch die sozialdemokratische Gesinnung nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zum Proletariat sein kann; zumal umgekehrt auch Millionäre, Unternehmer und Angehörige der freien Berufe politisch sich zur Sozialdemokratie rechnen, während wiederum zahlreiche kleine Bauern, Handwerker und Unterbeamte bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmen, ohne deswegen zielbewußte Genossen zu sein, und schließlich die Sozialdemokratische Partei selbst auf dem besten Wege ist, sich „auseinander zu einigen", und Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Spartakisten und Kommunisten sich heftig darüber streiten, wer eigentlich den echten Ring der Parteilehre besitzt.

Auf Grund des bisher angeführten Tatsachen- und Zahlenmaterials ist nunmehr einwandfrei festgestellt, daß die theoretischen Behauptungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms hinfällig und unhaltbar sind. Logischerweise kann daher auch das Mittel nicht anwendbar sein, das die Sozialdemokratie — und damit kommen wir zum vierten Absatz des ersten Teiles des sozialdemokratischen Parteiprogramms — zur Beseitigung der angeblichen, in Wirklichkeit aber gar nicht vorhandenen ökonomischen Unsicherheit der heutigen Gesellschaft vorschlägt, nämlich die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der individualistischen Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Wie aber diese Umwandlung sich vollziehen wird, wie die Gesellschaft und der Staat aussehen werden, wenn das Privateigentum beseitigt sein wird, darüber sucht man vergeblich einen Fingerzeig im sozialdemokratischen Programm oder in den „Erläuterungen" oder sonst irgendwo in der sozialdemokratischen Parteiliteratur. Wenn man eine bestehende Einrichtung als unverbesserlich schlecht in Grund und Boden kritisiert, hat man auch die moralische Verpflichtung, klipp und klar zu sagen,

wie das vermeintlich Bessere aussehen soll, das man an die Stelle des zu beseitigenden Schlechten setzen will. Über diesen Punkt schweigt sich aber die Sozialdemokratie in allen Sprachen der Welt aus und alle neugierigen Fragen, die bei einer so tief einschneidenden Maßregel, wie die Beseitigung des Privateigentums, doch wohl berechtigt sind, tut sie mit nichtssagenden Ausreden ab. Auch Karl Kautsky hat in seinem größeren Kommentar zum Erfurter Programm an dieser Frage, wie denn nun der sozialistische Staat aussehen soll, selbstverständlich nicht vorbeigehen können. Es findet sich in diesem Buche auch ein eigenes Kapitel IV: Der Zukunftsstaat, das zehn Unterabteilungen enthält, von denen die eine die vielversprechende Überschrift „Der Aufbau des Zukunftsstaates" trägt, so daß man höchster Erwartungen voll sich an das Lesen dieser Kautskyschen Ausführungen macht. Die Enttäuschung aber ist geradezu niederschmetternd. Endlich hofft man zu erfahren, wie nun eigentlich dieser berühmte „Zukunftsstaat" aussehen soll, und abermals muß man, wenn man Kautskys Werk und die einschlägigen Kapitel über den Zukunftsstaat gelesen hat, die Erfahrung machen, daß man nicht um einen Deut klüger geworden ist. Das ganze Kapitel ist weiter nichts als eine ewige Wiederholung der Schilderungen der wirtschaftlichen Zustände, wie sie sich angeblich, solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, notwendig entwickeln müßten. Nach einem wirklich neuen Gedanken sucht man vergeblich und man wird beim Lesen dieses Kapitels in Kautskys Buch das drückende Gefühl nicht los, daß getretener Quark breit wird, aber nicht stark.

Doch es ist, weil äußerst bezeichnend für die ganze sozialdemokratische Dialektik, auf deren „Wissenschaftlichkeit" ihre Vertreter sich so ungeheuer viel einbilden, immerhin sehr lehrreich, einmal darzulegen, wie Kautsky, der doch zurzeit unbestritten der anerkannte Theoretiker der sozialdemokratischen Parteilehre ist, sich aus der Verlegenheit zieht, in die ihn, wie jeden, der sich eines solchen Versuches unterfängt, die Unmöglichkeit versetzt, klipp und klar zu sagen, wie man sich die neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eigentlich denkt. Sehen wir uns also die Beweisführung Kautskys einmal des näheren an.

Kautsky erklärt, gewissermaßen vom Katheder seiner sozialdemokratischen Unfehlbarkeit aus, rund und nett: „Ein Beharren in der kapitalistischen Produktion ist unmöglich; es heißt entweder vorwärts zum Sozialismus, oder rückwärts in die Barbarei (!). Angesichts dieser Sachlage (so! Der Verfasser) ist es unnötig, unsere Gegner durch einen verlockenden Prospekt bewegen zu wollen, uns ihren Kredit zu schenken. Wem die greifbaren Tatsachen der heutigen Produktionsweise nicht laut genug die Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaft verkünden, der bleibt erst recht taub für die Lobpreisungen eines Zustandes, der noch nicht besteht, den er weder greifen noch auch begreifen kann." Und dann sucht Kautsky mit unendlich vielen Worten, welche die Leere seiner Ausführungen nur mühsam verdecken, den Nachweis zu führen, daß die Aufstellung eines Planes, wie der Zukunftsstaat eingerichtet werden soll, nicht nur zwecklos geworden, sondern auch mit dem jetzigen Standpunkt der Wissenschaft nicht mehr vereinbar sei. Heute noch positive Vorschläge zum Aufbau des Zukunftsstaates zu entwerfen, sei ungefähr ebenso nützlich und tiefsinnig, als etwa im vorhinein eine Geschichte des nächsten Krieges zu schreiben. Kein Mensch könne die Richtung der Ent-

wicklung nach seinem Willen bestimmen und die Formen, die sie annehmen werde, genau vorhersagen. Es sei demnach nichts lächerlicher, als von der Sozialdemokratie zu verlangen, sie sollte ein Bild des Zukunftsstaates geben, den sie anstrebe. Was die Sozialdemokratie wolle, sei die Umwandlung des Staates in eine sich selbst genügende Wirtschaftsgenossenschaft. Wie diese Genossenschaft sich entwickeln und welche Tendenzen sie erzeugen werde, darüber nachzudenken, sei keineswegs überflüssig, aber was bei diesem Nachdenken herauskomme, sei Privatsache jedes einzelnen, nicht Parteisache. Versuche zu erforschen, welche Richtung die Tendenzen der ökonomischen Entwicklung annehmen dürften, sobald diese von der kapitalistischen auf die sozialistische Grundlage gestellt worden sein werde, seien keineswegs unnütz. Die bedeutendsten Denker der Sozialdemokratie hätten solche Forschungen angestellt. In den Werken von Marx und Engels fänden sich zahlreiche Ergebnisse derartiger Untersuchungen zerstreut und Bebel habe eine zusammenfassende Darstellung seiner Forschungen darüber gegeben in seinem Buche: „Die Frau und der Sozialismus."

Kautsky gilt als ein scharfsinniger Kopf, man darf daher annehmen, daß ihm selbst das Unlogische und Widerspruchsvolle einer solchen Beweisführung nicht entgangen ist, daß also der logische Eiertanz, den er in jenen Sätzen zum Besten gibt, nur der Ausdruck seiner großen Verlegenheit darüber ist, daß er sich außerstande fühlt, etwas Hieb- und Stichfestes auf die Frage nach dem Aufbau des sozialistischen Staates zu antworten. Kein verständiger Mensch wird von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie sich auf das höchst undankbare Geschäft des Prophezeiens lege, etwa wie gewisse Frauen aus Kaffeesatz oder Karten jenen Leuten, die nicht alle werden, einen Blick hinter die Geheimnisse der Zukunft gewähren. Und darum kann man gelten lassen, was Kautsky erklärt, daß kein Mensch die Richtung der Entwicklung nach seinem Willen bestimmen und deshalb auch nicht vorhersagen könne, welche Form sie annehmen werde. Am allerwenigsten kann man ein solches Verlangen an die Sozialdemokratie stellen, die ja von ihrer materialistischen Geschichtsauffassung aus den Einfluß des menschlichen Willens auf die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse überhaupt leugnet und diese nach unabänderlichen Gesetzen sich von selbst vollziehen läßt. Aber darin liegt gerade das Unlogische in der Beweisführung Kautskys und überhaupt in der ganzen marxistischen Lehre, daß trotzdem die Sozialdemokratie die Entwicklung der Produktion und der Eigentumsverhältnisse in eine ganz bestimmte, von ihr genau bezeichnete Entwicklung drängen will. Ja mehr als das, sie gibt sogar in der letzten Unterabteilung des ersten Teiles des Erfurter Programms, welche die Mittel aufzählt, die zur Verwirklichung der Endziele der Sozialdemokratie „führen können und werden", die Wege genau an, auf denen die Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion erreicht werden sollen und müssen. Das soll dadurch geschehen, daß die Arbeiterklasse sich in den Besitz der politischen Macht bringt und dann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit erwirkt.

Also, um nochmals zusammenzufassen: die Sozialdemokratie läßt die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht vollziehen, wie dieser es die „Naturnotwendigkeit" vorschreibt, die — nach sozialdemokratischer Auffassung — zu

beeinflussen doch außerhalb der Kräfte des Menschen, also auch der Sozialdemokratie liegt, sondern sie greift mit rauher Hand in diesen Prozeß ein, um ihn in eine ganz bestimmte Richtung zu zwängen, und zwar dadurch, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobert und dann die bestehenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse radikal umstürzt. Es gibt mithin nur zwei Möglichkeiten: 1. Entweder vollzieht sich die ökonomische Entwicklung mit Naturnotwendigkeit, dann bedarf es eines Eingreifens der Sozialdemokratie nicht, dann kann man auch von ihr nicht verlangen, daß sie angibt, wie das aussehen werde, was später kommt, dann ist es aber auch anmaßend von der Sozialdemokratie, zu behaupten, daß jene Entwicklung — ausgerechnet — zur sozialistischen Produktionsweise führen muß. Das ist zudem schon eine Prophezeiung, die sonst von der Sozialdemokratie abgelehnt wird. Oder aber 2. der menschliche Wille, in diesem Falle also die Sozialdemokratie, besitzt die Kraft, die ökonomische Entwicklung zu zwingen, daß sie zur sozialistischen Produktionsweise und zum gesellschaftlichen Eigentum führt, dann h a t die Sozialdemokratie die moralische Pflicht, zu zeigen, wie das im einzelnen aussehen soll, das sie an Stelle der individualistischen Wirtschaftsordnung setzen soll, die nicht von gestern und vorgestern ist, sondern seit Jahrtausenden bestanden hat. Tertium non datur. Ein drittes, nämlich den Lauf der natürlichen Entwicklung gewaltsam hemmen und die sozialistische Wirtschaftsordnung einführen, ohne vorher zu sagen, wie diese gestaltet sein solle, gibt es n i c h t.

Die Sozialdemokratie beschreitet diesen dritten allen Gesetzen der Logik hohnsprechenden Weg und darum muß es auch gestattet sein, ihr immer wieder die Frage vorzulegen, wie sie sich den Aufbau des sozialistischen Zukunftsstaates und seine Grundlagen denkt. Kautsky versagt, wie wir sahen, in seinem „Erfurter Programm" völlig; er beschränkt sich darauf, gewisse Schilderungen, die durch die Gegner der Sozialdemokratie vom Zukunftsstaate entworfen worden sind, als falsch zurückzuweisen. Es bleibt somit nichts anderes übrig, als sich an die gelegentlichen Angaben zu halten, die andere Sozialdemokraten gemacht haben, die zwar keinen Anspruch darauf erheben können, zu den Theoretikern der Partei gerechnet zu werden, die aber doch zu ihren anerkanntn Führern gehören. An erster Stelle steht August Bebel. Aber schon bei ihm muß man abermals beobachten, wie die Sozialdemokratie sich fortgesetzt im Kreise dreht. Kautsky selbst hat wiederholt Bebel abgeschüttelt und erklärt, daß für die offizielle Auslegung der marxistischen Lehre nur Marx, Engels — und Herr Kautsky selbst — maßgebend seien. Hier aber, weil viele Sozialisten, wie Kautsky im „Erfurter Programm", 14. Auflage, S. 128 selbst mitteilt, ebenfalls die Notwendigkeit eines Planes des sozialdemokratischen Zukunftsstaates behauptet haben, weist er auf Bebels Buch „Die Frau" hin, der seinerseits wiederum in dem Vorworte zu diesem, worauf wir schon im ersten Kapitel (S. 25) in anderem Zusammenhange hingewiesen haben, ausdrücklich erklärt, daß der Inhalt dieses Buches, seine, Bebels, persönliche Auffassung wiedergebe, für die er allein die Verantwortung trage.

Auf dem Parteitage in Erfurt 1891 sah Bebel (Protokoll S. 172) bereits das Morgenrot des Zukunftsstaates. Er gab damals seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Verwirklichung der letzten Ziele der Sozialdemokratie so nahe wären, „daß wenige im Saale seien, die diesen Tag nicht erleben

würden". Der Zukunftsstaat soll im wesentlichen in der Vollendung der Proletarisierung bestehen: alle selbständig arbeitenden Produzenten sind verschwunden, die sämtlichen Produktionsmittel sind in die Hände der „Gesellschaft" übergegangen, der gegenüber in der freien, gleichen und brüderlichen Masse der Proletarier keine Unterschiede mehr vorhanden sind.

Diese Masse besteht aus Lohnarbeitern, oder, wie Bismarck sich dem Genossen von Vollmar gegenüber ausdrückte, nur aus Unterbeamten (Reichstagssitzung vom 15. Dezember 1884): „Der Herr Abgeordnete von Vollmar geht überhaupt, wie mir scheint, von dem Grundirrtum sozialdemokratischer Theorien aus, daß jede Arbeit an und für sich objektiv überall gleichwertig sei, daß kein Unterschied sei in der Qualität und im Werte der Arbeit und daß der eine so viel Recht hat wie der andere, der Ungeschickte so viel wie der Geschickte, der Unwissende so viel wie der Wissende, der Träge so viel wie der Arbeitsame, der Unredliche so viel wie der Redliche — das ist, glaube ich, die Theorie: die Menschen sind gleich in sich, also soll auch alle Besoldung gleich sein; es darf danach nur Unterbeamte geben — denke ich mir. — Das ist ein einfacher, ein kindlicher Irrtum, den Sie anderen Zuhörern weiß machen können."

Wenn sich irgendein entartetes Individuum dieser höchsten Stufe der Kultur nicht anbequemen und eigene Bahnen wandeln will, so wird es mit sanftem Zwange an seine Pflichten erinnert. Mit Recht hat Eugen Richter die Zustände dieses Zukunftsideals mit der Organisation des Zuchthauses verglichen, in dem in gleicher Weise die Arbeit ohne Unterschied und Ansehen der Person sozusagen von Staats wegen verteilt wird. Fürst Bismarck hatte den gleichen Gedanken bereits in der Reichstagssitzung vom 17. September 1878 in erweiterter Form ausgesprochen. Er sagte: „Und jetzt im Zuchthaus, da ist wenigstens ein Aufseher zur Kontrolle, das ist ein achtbarer Beamter, über den man sich beschweren kann; aber wer werden dann die Aufseher sein in dem allgemeinen sozialistischen Zuchthaus? Das werden die Redner sein, die durch ihre Beredsamkeit die große Masse, die Majorität der Stimmen für sich gewinnen, gegen die wird kein Appell sein, das werden die erbarmungslosesten Tyrannen und die anderen Knechte der Tyrannen sein, wie sie je erfunden worden."

Auch das in Aussicht genommene Zwangsmittel erinnert an das Zuchthaus: es ist, wie Kautsky verrät, die „Hungerpeitsche", mit der man etwaige Widerspenstige zähmen will. Und Liebknecht sagt in seinem Buch: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen", Chemnitz 1894, S. 17: „Der Hunger hinfür nicht mehr der Arbeit Fluch, sondern des Müßiggängers Strafe!"

Die Monarchie ist dann abgeschafft: „Daß das Staatsideal auf einem demokratischen Boden, einer auf dem Boden der Gleichheit und Freiheit stehenden Partei die Republik ist, versteht sich für jeden denkfähigen Menschen einfach von selbst." (Protokoll des Parteitages von Halle, 1890, S. 179.)

Statt eines Königs wird es nun Millionen Fürsten geben: „Wir sind alle geborene Regenten, während der Regent nur zufälliger Führer der ordinären Geschäfte, ordinärer Geschäftsführer ist, die sich in der Menge zu Hunderten finden." (Dietzgen: „Die Religion der Sozialdemokratie", S. 14, Berlin 1903.)

Die Fürsten sind also abgeschafft und die höchsten Ämter wechseln unter

den sämtlichen Mitgliedern, jeder hat durch seine proletarische Würde die Fähigkeit, auch das höchste Amt zu bekleiden. Bei der Zukunftsstaatdebatte in der 37. Reichstagssitzung vom 6. Februar 1893 fragte der Abgeordnete Richter: „Also der Minister, der Reichskanzler, wie Sie nun die höchste Autorität denken mögen, mit Abwechslung, in einem gewissen Turnus. Meine Herren! Jeder Sozialdemokrat hat also das angeborene Recht, auch einmal, wenn auch nur auf einige Tage, die oberste Leitung eines Arbeitsfaches zu übernehmen! Glauben Sie noch daran, Herr Bebel, daß das möglich ist?"

Bebel antwortete vor dem ganzen Reichstage mit einem kräftigen „Ja". Darauf sagte Eugen Richter: „So, Sie halten es für möglich?! Dann machen Sie es uns zunächst in Ihrer eigenen Partei vor! Was im Zukunftsstaat möglich sein soll, das muß unter solchen idealen Sozialdemokraten der Gegenwart im beschränkten Rahmen einer Parteiorganisation erst recht möglich sein. Aber wechseln denn die Herren miteinander? Nein, sie denken gar nicht daran! Es sind immer nur Bebel, Liebknecht, Singer, jahraus, jahrein, die durch Wiederwahl an der Spitze geblieben sind. Und noch weniger denken die daran, ihre Damen an der obersten Parteileitung zu beteiligen, wie das ja ausdrücklich für den sozialdemokratischen Staat vorgesehen war."

Das merkwürdigste an diesem „Zukunftsstaat" ist aber, daß er eigentlich gar kein Staat ist, es ist nur noch eine „brüderliche Gemeinschaft von freien Menschen vorhanden", „die vernünftig und gerecht organisierte Gesellschaft; die allgemeine Versicherungsanstalt des Glückes und der Bildung; die brüderliche Gemeinschaft freier und gleichberechtigter Menschen". (Liebknecht: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen." S. 17/18.) Diese Gleichheit wird sich nach dem köstlichen Verse des der Sozialdemokratie kongenialen Heinrich Heine abspielen:

„Strenge Gleichheit! Jeder Esel
Sei befugt zum höchsten Staatsamt,
Und der Löwe soll dagegen
Mit dem Sack zur Mühle traben."

Der Zukunftsstaat hat nur eine einzige Regierungshandlung auszuführen, nämlich zu verfügen, daß der bürgerliche Staat aufgehört hat, zu existieren: „Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt, die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft', er stirbt ab." (Fr. Engels: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", 3. Aufl. S. 301/2.) „Mit dem Staat verschwinden seine Repräsentanten: Minister, Parlamente, stehendes Heer, Polizei und Gendarmen, Gerichte, Rechts- und Staatsanwälte, Gefängnisbeamte, die Steuer- und Zollverwaltung, mit einem Wort, der ganze politische Apparat. Kasernen und sonstige Militärbauten, Justiz- und Verwaltungspaläste, Gefängnisse usw. harren jetzt einer besseren Bestimmung." (Bebel, „Die Frau", 37. Aufl. S. 405.)

Ähnlich hat sich Liebknecht in einem in der Zeitschrift „Cosmopolis" im Januar 1898 veröffentlichten Aufsatz „Zukunftstaatliches" ausgesprochen

(„Nordd. Allg. Ztg." vom 3. Juni 1898): „Der Zukunftsstaat fällt nicht vom Himmel, er liegt zum Glück auf unserer schönen Erde, und nicht von Engeln oder Teufeln wird er bewohnt werden, sondern von den Menschen des Gegenwartsstaates. Große Veränderungen, die auch äußerlich auf den ersten Blick hervortreten, wird es allerdings geben. Verschwinden werden die Kasernen, denn wir haben keine Soldaten mehr, und verschwinden werden die Zuchthäuser, denn die Gesellschaft wird sich ohne Verbrecher behelfen. Verschwinden werden die Justizpaläste, denn an Prozessen wird Mangel sein. Verschwinden werden — rein aus Schönheitsrücksichten — die entsetzlichen Bauungeheuer (Kirchen), durch die man heute den Menschen beweisen will, daß außerhalb dieser Welt der Materie eine „bessere Welt" über dem Sternenzelt sei. Denkmäler der Kunst wird man dafür um so andachtsvoller verehren. Verschwinden werden die Bastillen der Arbeit (Fabriken). Verschwinden werden die Löcher, nicht gut genug für das Vieh. Und verschwinden werden die ungesunden, fieberverbreitenden Häuser-Wüsteneien und Häuser-Sümpfe, genannt Großstädte. Der Unterschied zwischen Stadt und Land wird aufhören und dank den vervollkommneten Beförderungsmitteln (Eisenbahnen, elektrische Bahnen, und mit der Zeit auch Luftschiffe, die Benutzung unentgeltlich wie heute die Landstraße) werden die Menschen nicht mehr Sklaven der Entfernungen sein und, ohne sich von den Kulturgenüssen zu trennen, in der freien Natur leben können."

Wer aber soll in diesem Idealstaate die doch auch notwendigen unangenehmen Arbeiten verrichten? Bebel half sich aus dieser unbequemen Frage mit der Ausrede, daß er diese unangenehmen Arbeiten, philosophisch betrachtet, als recht angenehme und nützliche Verrichtungen bezeichnete oder ihre mechanische Erledigung für nützlich hielt. Er meinte („Die Frau", 37. Aufl., S. 372/73): „Straßenreinigen, Kloakenräumen, Schuttfahren, Tiefbauarbeiten usw. aller Art ließen sich bei dem heutigen Stande unserer Entwicklung mit Hilfe von Maschinen und technischen Einrichtungen in einer Weise erledigen, daß sie keine Spur von den Unannehmlichkeiten mehr haben, die damit vielfach für die Arbeiter verknüpft sind. Genau genommen ist aber ein Arbeiter, der Kloaken auspumpt, um die Menschheit vor gesundheitsgefährlichen Miasmen zu schützen, ein sehr nützliches Glied der Gesellschaft, wohingegen ein Professor, der gefälschte Geschichte im Interesse der herrschenden Klassen lehrt, oder ein Theologe, der mit übernatürlichen Transzendentalen Lehren die Gehirne zu umnebeln sucht, äußerst schädliche Individuen sind."

Ob sich diejenigen, die im Zukunftsstaate diese unsauberen Arbeiten werden verrichten müssen, mit einem solchen philosophischen Troste werden abspeisen lassen, ist doch mehr als fraglich. Und wenn sie es nicht tun, wenn sie sich weigern, diese unangenehmen Arbeiten zu leisten, sobald die Reihe an sie kommt, was dann? Als der freisinnige Abgeordnete Eugen Richter vom 6. Februar 1893 Herrn Bebel wiederholt diese Frage vorlegte, da bequemte sich der Führer der Sozialdemokratie, arg in die Enge getrieben, unter der stürmischen Heiterkeit des ganzen Hauses zu dem vielsagenden Geständnis: „Wer nicht arbeiten will, bekommt auch nichts zu essen." Da im Zukunftsstaate ein Staatsbürger von niemand anderes Essen erhalten kann, als vom Staat, so heißt das: „Arbeitszwang bei Strafe des Verhungerns."

Das Schicksal, das namentlich den geistigen Arbeitern im sozialdemokra-

tischen Staate droht, hat Karl Kautsky in einem Aufsatze über die „Verteilung des Arbeitsertrages im sozialistischen Staate“ geschildert, den er 1881 in Richters „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ veröffentlichte. In ihm belehrt uns Kautsky, daß im sozialistischen Staate eine Arbeit um so schlechter entschädigt werde, „je leichter und angenehmer sie sei“: „Je größer der Genuß, den der Arbeitsprozeß gewährt, desto weniger Genußmittel stehen dem Vollzieher desselben zu Gebote. Es wird keinen Unterschied machen, ob der eine durch seine Arbeit dem Gemeinwesen einen größeren Dienst leistet als der andere; denn nicht der Erfolg, sondern das Opfer an Muße und Arbeitskraft bestimmt deren Entschädigung.“ Kautsky versicherte dann auch, daß ein ganz „gemeiner“ Bergarbeiter eine „viel höhere“ Entschädigung erhalten würde, als „die Watts und Humboldts des Zukunftsstaates“.

In den Tagen, in denen dem deutschen Volke eine sozialdemokratische Regierung beschieden worden ist, die sich darin gefällt, ihr unbequeme Zeitungen auf unbeschränkte Zeit zu verbieten, gewährt es einen besonders prickelnden Reiz, zu lesen, was Bebel in seiner „Frau“, S. 423/24 über die Meinungsfreiheit im Zukunftsstaate zum besten gegeben hat. Dort heißt es wörtlich: „Die naive Anschauung, als werde in einem sozialistischen Gemeinwesen der Meinungskampf unterdrückt, können nur die verfechten, welche die bürgerliche Welt als die vollkommenste ansehen und aus Feindschaft den Sozialismus zu verleumden und zu verkleinern suchen. Eine auf vollkommener demokratischer Gleichheit beruhende Gesellschaft kennt und duldet keine Unterdrückung. Nur die vollste Meinungsfreiheit ermöglicht den ununterbrochenen Fortschritt, der das Lebensprinzip der Gesellschaft ist[1]).“ Bebel hat sich leider in Zürich verbrennen lassen. Hätte er bestimmt, daß sein Leichnam der Erde übergeben werde, dann hätte im Jahre des Heils 1919 festgestellt werden können, daß Bebel sich im Grabe umgedreht hatte.

Der Unterschied zwischen Gut und Böse, zwischen Vernünftigen und Unvernünftigen wird im Zukunftsstaate nicht mehr vorhanden sein: „Schelme und Narren nennen dies Evangelium rohe Gleichmacherei. Wer dagegen unsere Kirchenväter studierte, weiß, daß die heutige Rangordnung, der Unterschied zwischen Großen und Kleinen, Guten und Bösen, Vornehmen und Geringen, Vernünftigen und Unvernünftigen nur darauf hinausläuft, den oder das einzelne zu privilegieren, um das allgemeine Ganze, die Masse oder das Volk in unfreier Dienstbarkeit zu halten“ (Dietzgen: „Die Religion der Sozialdemokratie“ S. 14).

Die eigentümliche Anschauung, daß ein so überaus verwickeltes Gebilde, wie es eine Gesellschaftsorganisation sein müßte, in der von einer Stelle alles geregelt wird, sich gewissermaßen selbsttätig in Betrieb setzen und in Betrieb erhalten wird, hat selbst unter den Genossen Zweifel erregt. Der Sozialdemokrat Köhler z. B forderte einen staatlichen Befähigungsnachweis und ein System von geprüften Beamten (Köhler: „Der sozialdemokratische Staat“ S. 96).

Einer der ausländischen Vertreter der zukunftsstaatlichen Idee, der holländische Sozialdemokrat Pannekoek, kam über die mannigfachen

[1]) Auch im Original gesperrt gedruckt.

Schwierigkeiten, welche die Errichtung des sozialdemokratischen Staates ergeben würde, hinweg durch die Annahme, daß mit dem Eintritt des Zukunftsstaates mit einem Schlage die Kenntnisse der Naturkräfte und ihre technische Anwendung einen solchen Aufschwung nehmen würden, daß sich überall von selbst des „Lebens Überfluß" einstellen würde. Wie „richtig" diese Prophezeiung Pannekoeks war, hat das Jahr 1919 aller Welt bewiesen.

Als Fürst Bismarck im Jahre 1878 das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie dem Deutschen Reichstage vorlegte, schilderte er die Hohlheit der sozialdemokratischen Versprechungen und ihrer Zukunftspläne wie folgt (Reichstagssitzung vom 9. Oktober 1878): „Seit elf Jahren haben wir den Vorzug, mit Sozialdemokraten gemeinschaftlich zu tagen; — mein Gedächtnis läßt mich vielleicht im Stiche, aber ich appelliere an das eines jeden andern: ist Ihnen bei den langen Reden, noch längeren als die, welche wir eben hörten, auch nur eine einzige in Erinnerung, wo auch der leiseste Schatten eines positiven Gedankens, eines Vorschlages über das, was künftig werden soll, über die Gestaltung, über das Programm, das diesen Herren vorschwebt, nachdem sie das Bestehende in Bresche gelegt haben — ist Ihnen etwas Derartiges erinnerlich? Ich wäre dankbar, darauf aufmerksam gemacht zu werden. Ich kenne nichts der Art, und ich glaube auch den Grund zu wissen, warum die Herren darüber, wie sie die Welt künftig gestalten wollen, wenn sie die Herren wären, sorgfältig schweigen: Sie wissen es nicht, sie wissen in dieser Beziehung nichts, sie haben auch den Stein der Weisen nicht."

Ebensowenig wie damals weiß bis zum heutigen Tage die Sozialdemokratie, wie ihr Zukunftsstaat aussehen wird. Aus dieser Verlegenheit hilft sie sich immer wieder durch nichtssagende Ausreden, wie es z. B. der „Vorwärts" tat (Nr. 207 1908), der in einer Auseinandersetzung mit Karl Kautsky folgendes schrieb: „Die Sozialdemokratie lehnt es ab — vielleicht sogar allzu entschieden — Fragern nach dem Inventar des Zukunftsstaates Auskunft zu geben, nicht weil wir verlegen sind um eine Antwort, sondern weil wir zu viele Antworten geben könnten und weil wir doch genau wissen, daß keine vollständig der künftigen Wirklichkeit entsprechen wird."

Andere Sozialdemokraten freilich haben es trotzdem versucht, durch phantastische Schilderungen über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat die kritiklosen Massen für die Partei zu gewinnen. So haben z. B. die hannoverschen Sozialdemokraten in einem Flugblatt zum 1. Mai 1904 verraten, wie nach ihrer Ansicht dieses Zukunftsgebilde aussehen wird. Dort hieß es („Jenaische Zeitung" vom 8. Mai 1904): „Ihr Arbeiter werdet einst auf eigenen Wagen fahren, auf eigenen Schiffen touristisch die Meere durchkreuzen, in Alpenregionen klettern und schönheitstrunken durch die Gelände des Südens, der Tropen schweifen, auch nördliche Zonen bereisen; oder ihr sauft mit eurem Luftgespann über Erden im Wettflug mit Wolken, Winden und Stürmen dahin. Nichts wird euch mangeln, keine irdische Pracht gibt es, die euer Auge nicht schaut. Fragt ihr aber, wer euch solches bringen wird? Nun: einzig und allein der sozialdemokratische Zukunftsstaat! Er ist die Erfüllung unserer kühnsten Träume! Was je euer Herz ersehnt, was euer Mund erwartungsschauernd in stammelnde Worte gekleidet, dann habt ihr das leibhaftige Evangelium des Menschenglücks auf Erden. Schon brach der Morgen an; bald muß der Tag in goldiger Helle erstrahlen!"

Ein französisches Sprichwort lautet: Qui vivra verra. Wer leben wird, wird sehen. Wir haben gelebt und — wir haben gesehen und sehen noch immer den „Tag in goldiger Helle erstrahlen".

So erheiternd auch das Lesen solcher sozialdemokratischen Zukunftsbilder auf das heute lebende Geschlecht wirken mag, das Gelegenheit hat, am eigenen Leibe zu verspüren, wie weit die sozialistischen Träume von der Wirklichkeit entfernt sind, so furchtbar ernst ist es, sich vorzustellen, welche Folgen die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln für unser Wirtschaftsleben haben müßte. Es ist eine ungeheuerliche Irreführung, wenn die sozialdemokratischen Schriftsteller es so darzustellen belieben, als sei die Einführung des gesellschaftlichen Eigentums nichts weiter als die Rückkehr zu Zuständen, die schon in frühesten Zeiten in der Jugend der Menschheit geherrscht hätten. In Wahrheit hat das rein individuelle Eigentum am Beginn aller wirtschaftlichen Entwicklung gestanden, nicht das Kollektiveigentum. Eine prächtige Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Eigentumsverhältnisse hat uns Gustav Schmoller in seinem erst nach seinem Tode erschienenen Werke: „Die soziale Frage" hinterlassen. Besonders scharf wendet sich Schmoller darin gegen die „naive, fast kindliche Vorstellung", daß alle Unterschiede der älteren Grundeigentumsverteilung auf Gewalt und Unrecht beruhten. Eine solche Anschauung könne nur von historischer Unwissenheit ernsthaft vorgetragen werden. Natürlich hat Macht und Gewalt hier wie überall in menschlichen Dingen mitgewirkt, sie hat aber innerhalb der sich bildenden Stammes- und Staatsorganisationen nicht das letzte Wort gehabt. Alle ältere und alle heutige Grundeigentumsverteilung ruht auf starken Rechtsgefühlen und auf Rechtsanschauungen der betreffenden Kreise. Daß man die entstehende Staatsgewalt, die nötige kriegerische und geistliche Aristokratie mit großem Grundbesitz ausstatten mußte, wurde in den Epochen der Staats- und Gesellschaftsbildung nicht als Unrecht, sondern als selbstverständlich empfunden. Ohne das gab es keine höhere Gesellschafts- und Staatsentwicklung. Und die Gewinnenden dabei waren die, welche die Völker zu höherer Kultur führten. Gleiche Grundeigentumsverteilung hätte unser Bleiben auf primitiver Kulturstufe oder Untergang bedeutet.

Von dem großen Grundeigentum, das im Mittelalter sich bildete und das einst die Grundlage der lokalen und politischen Verwaltung der Kirche, des kriegerischen Dienstes gewesen war, ist der größere Teil später in die Hände freier, mittlerer und kleinerer Eigentümer gekommen. So weit der Großgrundbesitz sich erhielt oder neu in den letzten 200—300 Jahren sich bildete, erscheint er als gerechtfertigt, weil er einer Aristokratie angehört, welche politische Pflichten erfüllt, die lokale Selbstverwaltung ermöglicht und Träger des technisch-landwirtschaftlichen Fortschrittes ist. Es ist von seiten der Sozialisten und der Verherrlicher des Großbetriebes neuerdings öfter behauptet worden, bald werde und müsse alles Ackerland zu Großbetrieben vereinigt werden, um besser und mehr zu produzieren. Aber selbst in Nordamerika machen die Riesenfarmen nur einen verschwindenden Bruchteil des bestellten Landes aus; in England sind die Pachteinheiten viel kleiner als die Eigentumseinheiten. Auf dem ganzen europäischen Kontinent dehnt sich heute, wie wir bei der Betrachtung der Stellung der Sozialdemokratie zur Agrarfrage gesehen haben, der landwirtschaftliche Großbetrieb nicht nur nicht

aus, sondern er weicht da und dort bereits dem Kleinbetriebe. Auch ist es nicht allgemein wahr, daß er größere Ernten billiger erzeuge, als der Mittel- und vollends als der Klein- und Gartenbetrieb. Ob künftige Fortschritte in der landwirtschaftlichen Technik das ändern werden, muß dahingestellt bleiben. Für jetzt ist das Nebeneinanderfortbestehen der kleinen, mittleren und großen Güter und Betriebe als das der Produktion und Gesellschaft Zuträglichste anzusehen. Jedenfalls hätten wir, falls heute ein Gesetz das bestehende Grundeigentum durch Rentenentschädigung der Grundeigentümer einziehen wollte, keine fähigen Genossenschaften oder anderweitigen Organe, denen mit denkbar günstigem Erfolg das Land in direkte Pacht oder zur Unterverpachtung übergeben werden könnte. Genossenschaften unserer Bauern und unserer Landarbeiter wie unsere Landgemeinden wären gleich unfähig dazu. Und alles, was wir heute an Triebkräften des Fleißes und der Sparsamkeit in eigenem Besitze so segensreich wirken sehen, was wir an gesunder Verbindung von Familienwirtschaft und landwirtschaftlichem Kleinbesitz, an Verwachsung der Generationen mit dem Hofe der Väter besitzen, wäre mutwillig zerstört. Von den landwirtschaftlichen Arbeitern verlangen heute die meisten nach einem kleinen individuellen, nicht nach einem genossenschaftlichen und staatlichen Eigentum.

In diesem Zusammenhange muß noch mit einigen Worten auf die Frage der Grundrente eingegangen werden, der Kautsky in seinem Buche: „Das Erfurter Programm“ S. 64 ff. ein besonderes Unterkapitel widmet. Durch die ökonomische Entwicklung, namentlich durch die Bildung des Großgrundbesitzes, sei, so führt Kautsky dort aus, der Grund und Boden zu einem Monopol geworden, lange bevor noch die verfügbare Anbaufläche erschöpft gewesen sei. Er sei, wenigstens in allen Kulturländern, von einer Minderheit bereits vollständig in Besitz genommen worden. Dadurch sei ein Monopol ganz eigener Art entstanden. Dieser Monopolcharakter des Grundbesitzes verschärfe sich um so mehr, je stärker die Bevölkerung anwachse, je mehr die kapitalistische Produktionsweise sich entwickle. Dadurch wachse auch die Grundrente Um diese Behauptung zu beweisen, bringt Kautsky gleich zwei Taschenspielerkunststückchen auf einmal fertig. Er macht die Bodenverteilung in England zum Ausgangspunkte seiner Betrachtungen, wo allerdings eine kleine Anzahl von Familien den Grundbesitz des ganzen Landes in Händen hat — heute muß man, was auch Kautsky wissen müßte, aber verschweigt, richtiger sagen „hatte“ — den die Besitzer nicht verkaufen, sondern bloß, meist auf 99 Jahre, gegen einen bestimmten Pachtzins verleihen. Diesen Pachtzins identifiziert Kautsky dann mit der Grundrente, trotzdem er in einer Anmerkung ausdrücklich darauf hinweist, daß streng genommen Pachtzins und Grundrente nicht dasselbe seien. Aber, so fügt er hinzu, „für unsere Zwecke“ dürfe man die beiden Begriffe gleichsetzen — ein typisches Beispiel dafür, wie von den Vertretern der wissenschaftlichen „Sozialdemokratie“ zum Zwecke der Aufpeitschung der Massen mit den Tatsachen Fangball gespielt wird.

David Ricardo, auf dem bekanntlich Marx und mit ihm seine Nachbeter ihre Theorien vielfach aufgebaut haben, gab eine ganz andere Darstellung vom Wesen der Grundrente, als das Kautsky tut. Er stellte die Lehre auf, daß das, was der Grundeigentümer und Landwirt an Gewinn erziele, nur teilweise die Bezahlung an Arbeit und Kapital sei, hauptsächlich aber die Folge

der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens wäre. Nur diesen letzteren Teil nannte er „Grundrente". Er nahm an, daß ursprünglich nur der beste und der dem Markte nächstliegende Boden angebaut worden sei. Solange dieser ausreiche, gebe es keine Grundrente in seinem Sinne. Erst wenn mit dem Wachsen der Bevölkerung schlechterer und entfernterer Boden angebaut werde, erhielten die näheren und besseren Böden eine steigende Grundrente. Die Grundrente stellte sich ihm also in der Hauptsache dar als eine Folge der Kargheit der Natur, erst dann als ein Monopolgewinn der Grundeigentümer, der die Gewinne der Unternehmer, zumal der gewerblichen und den Arbeitslohn immer mehr aufzehre. Im Getreidepreise stecke an sich keine Grundrente, denn dieser werde bestimmt durch den Anbau auf dem schlechtesten und entferntesten Boden, dessen Produkte für den Markt noch notwendig seien.

Es würden den Rahmen und den Zweck dieser Arbeit überschreiten, wenn wir untersuchen wollten, ob die Ricardosche Theorie richtig ist oder nicht, da wir es hier mit Kautsky und nicht mit Ricardo zu tun haben. Es sei daher nur darauf hingewiesen, daß, wie die Geschichte der Besiedlungen lehrt, in den meisten Fällen nicht der fruchtbarste Boden zuerst benutzt, sondern daß dieser vielmehr erst sehr viel später durch Entwässerungen usw. in Bebauung genommen wurde. Man kann zugeben, daß im landwirtschaftlichen Gewinne des selbstwirtschaftenden Eigentümers außer dem persönlichen Arbeitsverdienst und dem gewöhnlichen Kapitalgewinn (für frühere Arbeit, für Meliorationen usw.) auch noch ein Sondergewinn steckt, der auf dem Monopolcharakter des Grundbesitzes beruht. Die Hauptfrage wird aber für den objektiven Beurteiler sein, ob, da der Grund und Boden nun einmal nicht beliebig vermehrbar ist, dieser Monopolgewinn eine übermäßige Ausdehnung zeigt und inwieweit günstigere Verkehrsverhältnisse, landwirtschaftliche Fortschritte, Stillstand und Rückgang der Bevölkerung der Monopolrentenbildung entgegengewirkt haben. Und da ist das Bild, das Deutschland bietet, durchaus günstig. Aus den Untersuchungen von Meitzen, Backhaus und anderen Gelehrten ergibt sich, daß beispielsweise Schlesien, das von allen deutschen Landen unter den zerstörenden Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges verhältnismäßig am wenigsten gelitten hatte, die durchschnittlichen Hufensverkaufspreise in den Jahren von 1638 bis 1769 um das Vierfache, in dem Zeitraume von 1770 bis 1860 sogar um fast das Achtfache gestiegen waren. Aber in diesen Steigerungen steckt die ganze Verbesserung an Gebäuden und Inventar, die Umwandlung der gesamten Agrarverfassung, die große Änderung des Zinsfußes usw. Für die letzten 120 Jahre wird man mit Schmoller sagen können, daß die Grundrente und noch vielmehr die Gutspreise in Norddeutschland von 1780 bis 1806 auf das 2—3fache gestiegen seien, dies aber wesentlich unter dem Druck der ungewöhnlich stark angewachsenen Ausfuhr nach England, daß sie dann 1806—1840 stabil geblieben oder gar gefallen, von da bis 1875 wieder auf das 2—3fache hinaufgegangen, von 1875 bis zur Jahrhundertwende aber wieder um etwa 10 bis 30 v. H. gefallen waren. J. G. Hoffmann, Krug und andere führen aus den ersten 40 Jahren des vorigen Jahrhunderts zahlreiche Beispiele von Bauernhufen an, für die kaum irgendein Abnehmer zu finden war. Die preußischen Domänen verzinsten in den Jahren 1820—1833 nach der Ansicht der ersten Sachverständigen gerade nur das Gebäudekapital mit 5 v. H.

Im Jahre 1902 erzielten 25 preußische Domänen auf den Hektar 36,50 M., in der Vorperiode 46 M. Auf Zeiten steigender Kauf- und Pachtpreise folgen solche langer Krisen, die zahlreiche Landwirte ihrem Ruin entgegenführen. Auch verdient hervorgehoben zu werden, daß in den meisten Ländern der Kleinbesitz die größte Grundsteigerung aufzuweisen hat. Von den deutschen Betriebsleitern sind noch 80—90 v. H. Eigentümer; nur im Parzellen- und im Betriebe von 100 ha und mehr machen die Pächter 38,3 und 26 v. H. aus.

So kann man sagen, daß im großen und ganzen die deutsche Grundeigentumsverteilung und die deutschen Agrarverhältnisse durchaus gesund sind. „In Preußen," sagt der Engländer Toynbee, „wurde die Veränderung (in den landwirtschaftlichen Verhältnissen) durch eine unparteiische Gesetzgebung durchgeführt, in England war sie das Werk der Starken auf Kosten der Schwachen." Infolgedessen ist in England und Schottland der Großgrundbesitz noch bis heute in den Händen einiger weniger: 10 207 Engländer nennen 66,84 v. H., 2584 Schotten sogar 96,78 v. H. des ländlichen Bodens ihr eigen. In England sind 84,5 v. H. dieser Fläche verpachtet, überwiegend an mittlere und große Pächter; der Pachtbetrieb über 100 Acres macht 70 v. H. der Fläche aus. Zwar hat in den beiden letzten Jahrzehnten in England eine starke Reformgesetzgebung eingesetzt — es sei nur an den Allotment-Act von 1882, den Smallholdings-Act von 1882 und 1897 erinnert — aber eine wesentliche Änderung in der agrarischen Zusammensetzung des Landes hat auch sie nicht gebracht. Man begreift, warum Kautsky sich ganz allein auf England bezieht, wenn er die Notwendigkeit einer Vergesellschaftung des Grund und Bodens zu beweisen sich anschickt. Allen auf eine solche einschneidende Maßnahme hinzielenden Bestrebungen gegenüber, die eine schwere Bedrohung des Privateigentums bedeuten, muß mit Schmoller durch den Hinweis entgegengetreten werden, daß alle Versuche, die ganze Monopolgrundrente als solche für den Staat einzuziehen, zur Voraussetzung haben würden, daß in Zeiten sinkender Grundrente die Eigentümer auf Staatskosten entschädigt würden. Daß die Riesensummen, die hierzu notwendig wären, gerade in der heutigen Zeit eines nie gesehenen wirtschaftlichen Tiefstandes nicht aufzubringen wären, bedarf weiter keiner Erörterung. Man muß sich mit der Tatsache ein für allemal abfinden, daß für Länder alter Kultur der hohe Bodenwert eine empfindliche Erschwerung ihrer wirtschaftlichen Daseinsbedingungen bedeutet. An dieser Tatsache würde auch eine Verstaatlichung des Grund und Bodens nichts ändern, denn sie ist der ganz natürliche Ausdruck für das Verhältnis der Bodenfläche zur Bevölkerung. Daß dieses Verhältnis durch den Krieg nicht, wie es die Besten unseres Volkes erhofft hatten, zugunsten des deutschen Volkes geändert werden konnte, mögen diejenigen verantworten, die uns einen Frieden beschert haben, der uns nicht nur nicht neue Siedlungsmöglichkeiten in Ost und West gebracht, sondern sogar die für unser wachsendes Volk an sich schon viel zu engen Grenzen noch enger gezogen hat.

Wie das Privateigentum an Grund und Boden, das für Millionen von kleinen Besitzern zu unermüdlichem Fleiße und niemals rastender Arbeit der Hauptanreiz ist, so muß auch das Privateigentum an den anderen Produktionsmitteln aufrecht erhalten bleiben, soll die Menschheit nicht zugrunde gehen. Wie viele andere Forscher ist neuerdings auch L. Pohle in einer 1919 erschienenen Schrift „Kapitalismus und Sozialismus" auf Grund eingehender Untersuchungen zu der Überzeugung gekommen, die jeder teilen muß,

der die Wirtschaftsgeschichte der Menschheit kennt, daß nur die individualistische, auf wirtschaftlicher Selbstverantwortlichkeit des einzelnen sich gründende Wirtschaftsordnung die Gewähr bietet für den Fortbestand unserer Kultur, unserer politischen und wirtschaftlichen Freiheit und unseres geistigen und nationalen Lebens. L. Pohle kommt zu dem gerade in der Gegenwart doppelt beachtenswerten Ergebnis: „Solange die individualistische Wirtschaftsordnung besteht, wird es auch immer eine sozialistische Bewegung geben. Das sozialistische Ideal gehört aber wohl nicht zu den Idealen, die je dazu bestimmt sind, verwirklicht zu werden; es sei denn, daß die Entwicklung der Menschheit unter ganz anderen Bedingungen sich vollzieht als heute und auch die Menschen selbst andere werden .... Die Verwirklichung des sozialistischen Ideals kann die Menschheit nur in die tiefste Verwirrung stürzen und um Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte in ihrer Entwicklung zurückwerfen. Der Sozialismus jagt einem Phantom sozialer Gerechtigkeit nach, dessen Durchführung nur möglich ist, wenn man nach dem Grundsatz handeln will: Fiat justitia, pereat mundus! Nur wirtschaftliche Kurzsichtigkeit schlimmster Art kann glauben, eine Volkswirtschaft von der Beschaffenheit der deutschen könne ihre Lage durch Übergang zum radikalen Sozialismus, für den in Deutschland nicht weniger als alle Voraussetzungen fehlen, irgendwie bessern."

* * *

Damit können wir unsere Kritik des ersten allgemeinen Teiles des Erfurter Programms schließen. Wir hoffen, den Nachweis erbracht zu haben, daß alle in ihm aufgestellten Theorien vor den wirklich nackten Tatsachen nicht standzuhalten vermögen. Der zweite Teil, der die besonderen praktischen Forderungen der Sozialdemokratie enthält, kann verhältnismäßig kurz behandelt werden, ja er könnte völlig übergangen werden, weil er in einem scharfen logischen Widerspruche steht zu dem ganzen ersten Teile des Programms überhaupt. Wenn nach sozialdemokratischer Auffassung die Zusammenballung des Kapitals, die Konzentration der Betriebe und die kapitalistische Produktionsweise zu einer stets wachsenden Verelendung des Proletariats führen und auch des gesamten Menschengeschlechtes, das unter diesen Zuständen leidet, und wenn diese Zustände nur gebessert werden könnten durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und durch die Einführung der sozialistischen Produktionsweise, so wäre doch der einzig mögliche logische Schluß der, daß die Sozialdemokratie es als ihre Aufgabe betrachten müßte, diese Entwicklung mit allen Mitteln zu fördern und die Gesellschaft für den Zusammenbruch reif zu machen. Daß innerhalb der Sozialdemokratie solche Strömungen immer vorhanden waren, deren Wahlspruch der sozialdemokratische Abgeordnete v. Vollmar dahin kennzeichnete: Je schlechter, desto besser! ist bekannt. Auch Karl Kautsky hat auf dem Parteitage in Dresden im Jahre 1902 erklärt, die Taktik der Sozialdemokratie gehe dahin, „die Gegensätze zu den herrschenden Klassen immer mehr zu erweitern, die herrschenden Klassen immer mehr gegen die Sozialdemokratie zu verbittern."

Dr. Brunhuber, seinerzeit Redakteur der „Kölnischen Zeitung", der sich selbst als Sozialisten bezeichnete, aber kein Sozialdemokrat war, glaubte in seiner kritischen Würdigung der sozialdemokratischen Lehre feststellen zu

können, daß die Mehrheit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei immer das Bedürfnis fühle, den Arbeiter möglichst in Unzufriedenheit zu erhalten, weil diese Unzufriedenheit der beste Dünger für politische Erfolge sei. Wenn aber mehr und mehr auch von ziemlich strengen Sozialdemokraten eine mehr opportunistische Taktik eingeschlagen würde, so geschähe dies lediglich aus äußeren Rücksichten der Agitation. Um so seltsamer müsse es berühren, daß eine so durch und durch auf marxistischem Boden stehende Parteierklärung, wie das Erfurter Programm diesen logischen Saltomortale ausführe: „Nachdem es in drei allgemeinen Teilen die notwendige Entwicklung zu einer künftigen Katastrophe geschildert hat, nachdem der offizielle Parteikatechismus (die „Erläuterungen" Kautskys) in näherer Ausführung dazu bemerkt hat, daß eine wirklich innere, nicht bloß äußere Besserung nur durch radikalen Umsturz der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse zu erreichen ist, nach alle dem tut der umfassende zweite Hauptteil des Programms nichts anderes, als diese wünschenswerte Entwicklung zu hemmen durch die viel getadelten Quacksalbermittel der liberalen demokratischen Sozialreformen."

In der Tat sind in diesem zweiten praktischen Teile des Erfurter Programms eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die nichts der Sozialdemokratie Eigentümliches enthalten, sondern die auch von nichtsozialdemokratischen Parteien gelegentlich erhoben wurden und zum Teil noch erhoben werden. Aus diesem Grunde wollen wir nur noch diejenigen Punkte einer kritischen Erörterung unterziehen, die ausschließlich sozialdemokratischer Natur sind oder doch in der Agitation der Sozialdemokratischen Partei eine größere Rolle spielen.

Über die Staatsform, in der die Sozialdemokratie ihre Ziele zu verwirklichen gedenkt, findet sich im Erfurter Programm keine auch noch so schwache Andeutung. Aus dem Namen der Partei geht aber schon zur Genüge hervor, daß der Volksstaat, die Demokratie, erstrebt wird, und die Sozialdemokratie hat auch stets zugegeben, daß sie eine bewußt republikanische Partei ist. Es genügt daher, aus der Fülle des Stoffes nur wenige Beweise hierfür beizubringen. So schrieb der „Vorwärts" am 14. Juli 1903: „Wir sind grundsätzliche Gegner der Monarchie." Am Vorabend des Sedantages 1910 hielt der sozialdemokratische Redakteur Hermann Wendel in Frankfurt (Main) eine Rede, in der Sehnsucht nach der französischen Revolution geäußert wurde, wo es ganz einfach hieß: „Kopf ab!" Wendel erklärte ausdrücklich: „Wir sind eine republikanische Partei, wir brauchen keinen Kaiser." Und auf dem Magdeburger Parteitage 1910 sagte der damalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und spätere Reichswehrminister Noske wörtlich (Protokoll Seite 390f.): „Wir werden den Rat, den er (der Kaiser) uns vor Jahren gegeben hat, niemals befolgen, den deutschen Staub von den Pantoffeln zu schütteln, werden aber nichts unversucht lassen, um dafür Sorge zu tragen, daß den Vertretern der Gottesgnadenidee die Luft drückend wird im deutschen Vaterlande. Und wenn sie den Staub von den Pantoffeln schütteln würden, würde ihnen sicher die große Masse des deutschen Volkes keine Träne nachweinen .... Dem Bekenntnis des Kaisers zum Gottesgnadentum und Absolutismus setzen wir bei den kommenden Wahlen entgegen die Forderung nach der Republik."

Nur der Sozialdemokrat Richard Calwer, der allerdings offiziell aus der Partei ausgeschieden ist, hat den Mut gehabt, zu bekennen, daß auch in den

Staaten mit demokratischer oder republikanischer Staatsform der wirtschaftliche und politische Einfluß der Arbeiterschaft nicht größer sei als in Ländern mit monarchischer Spitze: „Jede staatliche Organisation hat eine oberste Spitze nötig, sei es nun ein Präsident, sei es ein Monarch. Wenn ich mir die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Frankreich bei Präsidentenwahlen ansehe und die Begleiterscheinungen, die sich infolge dieser Wahlen für die Beamtenschaft bemerkbar machen, dann weiß ich nicht, ob nicht unter den derzeitigen Verhältnissen die Kontinuität der Monarchie den Vorzug verdient." („Das sozialdemokratische Programm" S. 95.)

Weiter fordert die Sozialdemokratie direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes und Wahl der Behörden durch das Volk. Auch hier genügt es, sich auf Calwer zu berufen, der die direkte Gesetzgebung durch das Volk für gänzlich indiskutabel hält: „Auch diese Forderung ist aus dem schönen Begriffe des Volksstaates abgeleitet, ist aber unter den heutigen Verhältnissen durchaus utopisch. Ebenso möge man die Forderung der Wahl der Behörden durch das Volk ruhig fallen lassen. Wie soll das Volk die Leute auf ihre Tüchtigkeit und Würdigkeit prüfen können? Auch hier lehren ja die Erfahrungen der Arbeiterorganisationen ganz von selbst, daß die Wahl der Beamten durch die Mitglieder bei großen Organisationen ein Ding der Unmöglichkeit ist."

Fr. Engels war davon überzeugt, daß im sozialistischen Staate das hohe Bildungsniveau jedem einzelnen Bürger gestatten würde, sich eine selbständige Meinung von allen Vorgängen zu bilden. „Im modernen Staate," meinte Engels, „wird vorausgesetzt, daß jeder Staatsbürger urteilsreif ist über alle Fragen, über die er abzustimmen hat." Einen solchen Glauben vermag Ed. Bernstein nicht zu teilen. Er meint im Gegenteil, daß bei einer Übernahme der gesamten Verwaltung durch die „Gesellschaft" unmögliche Verhältnisse entstehen müßten. Er verweist dabei auf die Verwaltung des Transportwesens: „Hält man es für möglich, daß die Gesellschaft die sämtlichen Beamten dieses wichtigen Verwaltungszweiges alljährlich durch direkte Wahl bestellt? Ebensowenig wird sie diesen und ähnliche Verwaltungszweige an freie Assoziationen verpachten. Sie wird ständige Ämter für sie haben müssen, ausgearbeitete Normen für die Grundsätze ihres Betriebes und, sofern nicht die sozialistische Gesellschaft den Dilettantismus zum leitenden Prinzip erheben will, facherprobte Beamte, die unter der Bedingung tadelloser Führung auf längere Zeit eingestellt werden. Weiter muß sie natürlich auch Organe der Kontrolle über diese und andere Ämter haben. Wer soll nun über all das und die nötig werdenden Änderungen bestimmen? Das Volk selbst? Aber es wird sich dabei oft um Detailfragen sehr spezieller Natur handeln, für die bis zu jener glücklichen Zeit, wo die Menschheit aus lauter wandelnden Enzyklopädisten besteht, nur eine kleine Minderheit Interesse und Verständnis haben wird. Außerdem müßte, selbst wenn nur die wichtigeren Verwaltungsmaßnahmen der Volksabstimmung zu unterbreiten wären, der glückliche Bürger der Zukunft alle Sonntage einen Fragezettel vorgelegt bekommen, bei dem ihm Hören und Sehen vergehen würde. Es brauchte ein sehr verwickeltes Verantwortlichkeitsgefühl, um ihn zu bewegen, vor seiner Abstimmung über

alle diese Fragen sich genauer zu unterrichten. Dieses Verantwortlichkeitsgefühl bei einem Körper von 10 Millionen Abstimmender voraussetzen, heißt sich einer durch nichts berechtigten Illusion hingeben. Alle bisherige Erfahrung hat vielmehr gelehrt, daß, je größer der Kreis der für irgendeine Angelegenheit verantwortlichen Personen, um so geringer das Gefühl der einzelnen für diese Verantwortung ist. Auch hier wirkt der Einfluß der Zahl zurück. Mit der Zeit würde die Abstimmung zur reinen Spielerei werden und jedenfalls viel weniger Gewähr für sachgemäße Behandlung bieten als durch Übertragung der Kontrolle an die Volksvertreter oder dieser verantwortliche Körperschaften . . . Wo Pflichten sich auf Millionen verteilen, kann auf den einzelnen kein übermäßiger Anteil vom Gefühl der Verantwortung für diese Pflichten entfallen. Es ist dieser Gedankengang, der es gerade Sozialisten als bedenklich erscheinen lassen muß, die Agitation und die gesetzgeberische Tätigkeit auf Maßregeln zu richten, die geeignet sind, die Bevölkerung zu Almosenempfängern zu erziehen. Es liegt nicht im Interesse der Sozialdemokratie und ist überhaupt schlechte Sozialpolitik, das Gefühl der sozialen Verantwortlichkeit abzustumpfen (a. a. O. II. Teil S. 65 f.)." Johann Most, der 1876 noch nicht Anarchist geworden war, trat in einer in jenem Jahre veröffentlichten Broschüre, die nach Karl Oldenberg von Partei wegen noch zu Beginn der 90er Jahre vertrieben wurde, für die jederzeitige Absetzbarkeit der Beamten ein.

Die weitere Forderung der Sozialdemokratie, daß das Volk zur allgemeinen Wehrhaftigkeit erzogen werden soll, wird jeder unterschreiben, der aus der Geschichte gelernt hat, daß nur ein solches Volk ein Recht auf nationale Existenz und politische Selbständigkeit besitzt, in dem jeder, auch der letzte Staatsangehörige jederzeit bereit ist, mit den Waffen in der Hand das Vaterland gegen äußere Feinde zu verteidigen, die seine Freiheit bedrohen. Allerdings wird man die Frage aufwerfen dürfen, wie diese „allgemeine Wehrhaftigkeit" am besten und sichersten zu erreichen ist. Die Forderung, daß an die Stelle des stehenden Heeres eine Volkswehr treten solle, besagte für die militärischen Verhältnisse, wie sie im Deutschen Reiche vor dem Kriege herrschten, herzlich wenig. Denn im Staate der allgemeinen Wehrpflicht, die zuerst eingeführt und bis in ihre letzten Äußerungen durchdacht zu haben ein unvergängliches Ruhmesblatt des Preußischen Staates und seiner Herrscher ist, war tatsächlich das stehende Heer nichts anderes als das „Volk in Waffen", und es ist eine ungeheure Übertreibung, um nicht zu sagen Unwahrheit, wenn in den „Erläuterungen" zum Erfurter Programm behauptet wird, daß das damalige Heerwesen im schroffen Gegensatz zum Volke gestanden habe. Jeder, der die Ehre gehabt hat, vor dem Kriege in Deutschland des Kaisers Rock getragen zu haben, wird, wenn er nicht als Opfer sozialdemokratischer Agitation ins Heer trat, bekunden müssen, daß seine Militärjahre zu den schönsten seines Lebens zählen, gerade weil sie ihm zum Bewußtsein brachten, daß er ein wichtiges Glied sei in der Gesamtheit des Volkes, zu der alle Söhne des Vaterlandes rechneten, wes Berufes und Standes sie auch sein mochten. Es ist eine ebenso wahrheitswidrige Übertreibung, wenn in den „Erläuterungen" behauptet wird, daß das Heer im Frieden eine Deckung gegen die aufstrebende Arbeiterschaft gewesen sei. Niemals ist im deutschen Kaiserreiche das Heer aufgeboten worden gegen die streikende Arbeiterschaft, in den Vereinigten Staaten von

Nordamerika aber, die kein stehendes Heer hatten und die bekanntlich keine Monarchie, sondern eine demokratische Republik sind, gehört es zu den alltäglichen Erscheinungen bei den Arbeitskämpfen, daß gegen die Streikenden mit der Waffengewalt des Militärs eingeschritten wird. Erst die letzten Wochen des Jahres 1919 haben uns von solchen Vorgängen berichtet, die sich, wenn nicht alle Anzeichen trügen, in den Vereinigten Staaten in absehbarer Zeit noch in schärferer Zuspitzung wiederholen werden. Welcher Unterschied bestehen soll zwischen einem stehenden Heer, wie es das alte Deutschland hatte, und einer Volkswehr, die alle Wehrfähigen umfaßt, schult und sich eingliedert, haben die Verfasser der „Erläuterungen" zum Erfurter Programm anzugeben vergessen. Sehen diese den Unterschied darin, daß die Volkswehr in erster Reihe die Aufgabe habe, den Staatsbürgern die Sicherheit ihres Daseins, die Freiheit und Wohlfahrt ihres Gemeinwesens zu verbürgen, so wissen wir nicht, zu welch anderen Zwecken im kaiserlichen Deutschland das stehende Heer gehalten wurde als zu dem, die Sicherheit des einzelnen und die Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes zu gewährleisten — des Vaterlandes betonen wir mit vollem Bedacht, weil dieses Wort doch jedem Manne, der noch einen Funken Stolz und Ehrgefühl in seinem Innern spürt, ganz anders, tiefer, gewaltiger an das Herz packt, als das nichtssagende, blasse, blutlose Wort „Gemeinwesen".

Das stehende Heer, so heißt es in den „Erläuterungen" weiter, die zum Zusammenbruche führende Verschuldung des öffentlichen Haushaltes, Verewigung der volksverwüstenden Steuerkraft, wachsende Verteuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse, welche die Massen an die Hungergrenze drängt, bringt den deutschen Michel an den Bettelstab. In den verschiedenen Abschnitten, die der Widerlegung der sozialdemokratischen Theorien galten, haben wir bereits gesehen, so namentlich aus den Feststellungen über die angebliche „Verelendung", wie alle diese Behauptungen von der Verarmung des deutschen Volkes den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Jedes Schulkind konnte es wissen, daß das Deutsche Reich unter dem vermeintlichen „Drucke" seiner militärischen Ausgaben eine wirtschaftliche Blüte erlebt hat, wie noch nie seit seinem Bestehen und wie auch wohl nie ein Volk vorher in einem so kurzen Zeitraume. Und an dieser wirtschaftlichen Blüte haben alle Volksangehörigen — und nicht zuletzt, wie wir gesehen haben, die deutschen Arbeiter — in vollstem Maße teilgenommen. Gerade seiner unangreifbaren militärischen Stellung hatte es Deutschland zu verdanken, daß die deutsche Volkswirtschaft unter den Segnungen eines 43jährigen Friedens jenen glänzenden Aufschwung hatte nehmen können. Das dafür verausgabte Geld war also keine nutzlose Verschwendung, sondern gut angelegt, es war eine Art Versicherungsprämie, die wir alljährlich zahlen mußten, um uns gegen die Schäden eines Krieges ebenso zu schützen, wie wir uns durch die Feuerversicherung schützen gegen die Gefahren eines Brandes, wie wir uns versichern gegen Hagel, Unfall, Einbruch und gegen Diebstahl.

Die Sozialdemokratie sucht es nun so darzustellen, als seien in keinem anderen Lande die durch die Landesverteidigung verursachten Steuerlasten so groß und drückend gewesen wie im Deutschen Reiche. Berechnet man die Ausgaben der Großmächte für Heer und Flotte zusammen, so ergab sich folgendes Bild:

	In 1000 ℳ nach den Etats: 1909	1910	Auf den Kopf der Bevölkerung in Mark 1910
Japan . . .	335 860	334 826	6,61
Italien . . .	376 900	424 577	12,31
Frankreich . .	934 329	998 182	25,27
Rußland . . .	1 245 607	1 221 407	8,06
Deutschland . .	1 260 352	1 241 268	19,07
Großbritannien	1 276 585	1 394 619	30,99

Hiernach stand also Deutschland — absolut genommen — an zweiter Stelle. Berechnete man aber diese Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung, so kam Deutschland erst an dritter Stelle hinter Frankreich und Großbritannien zu stehen. Während Großbritannien im Jahre 1910 30,99 M. auf den Kopf der Bevölkerung verausgabte, Frankreich 25,27 M., hatte das Deutsche Reich für Heer und Flotte zusammen eine Belastung von nur 19,07 M. auf den Kopf aufzuweisen. Dabei war von den drei Großmächten Deutschland, Frankreich und England die erstgenannte die einzige gewesen, die — heute müssen wir mit tief schmerzlichem Bedauern hinzufügen: leider — ihre Ausgaben für Heer und Flotte im Jahre 1910 verringert hatte. Erwägt man endlich, daß die Ausgaben für Heer und Flotte im Inland verblieben, daß ganze Industrien von der Armee lebten, daß nicht nur die Arbeiter in den Militärwerkstätten, sondern auch die Arbeiter in den Wollspinnereien, Tuchwebereien, daß Tausende von Schneidern, Schuhmachern, Lederarbeitern, Eisen- und Stahlarbeitern, Maurern, die die Kasernen bauten usw., aus den für unsere Wehrkraft ausgeworfenen Summen ihren Lohn und damit ihren Lebensunterhalt zogen, so wird man berechtigt sein, starke Zweifel darüber zu äußern, ob die Sozialdemokratie durch Ablehnung aller dieser Summen im Reichstage jemals die wahren Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen hat.

Wenn die Sozialdemokratie an Stelle des stehenden Heeres die Volkswehr fordert, also die Einführung des sogenannten Milizsystems, so verschweigt sie, daß dieses System teurer sein würde als unser früheres, ohne seinen Zweck in gleicher Weise zu erfüllen. So hat die kleine Schweiz für ihr Milizheer ausgegeben 1895: 23 Millionen Franken, 1905: 31, 1906: 35 und 1907: 41 883 830 Franken, d. h. 12,6 Franken auf den Kopf. In diesem letzten Jahre hatten die Einnahmen der Schweiz 83 Millionen Franken, die Ausgaben aber 80 Millionen Franken betragen, von denen 42 Millionen auf das Heer, 6 Millionen auf die Verzinsung der Staatsschuld fielen. Angesichts dieser Zahlen hat auch Kautsky („Der Weg zur Macht", 1909, S. 84) zugeben müssen, daß selbst in der Schweiz der „Militarismus den Löwenanteil der Staatseinnahmen schluckt", wie er auch in seiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution" erklärt, daß eine Miliz unter Umständen ebensoviel kosten kann wie ein stehendes Heer.

Als der Abgeordnete von Liebert in der Reichstagssitzung vom 23. Februar 1911 (Sten. Ber. S. 4871) an einer Reihe von Äußerungen sozialdemokratischer Zeitungen, so des „Hessischen Volksfreundes" vom 18. Dezember 1908, des „Offenbacher Abendblattes" vom 31. Oktober 1910 über den „Fahneneid", des „Braunschweiger Volksfreundes" vom 25. September 1910 u. a. m. die Haltung der Sozialdemokratie in Heeresfragen schilderte und in Zweifel zog, ob die Sozialdemokratie, wenn sie erkläre, für das Vaterland kämpfen zu wollen, darunter das deutsche Kaiserreich verstehe und

nicht die soziale Republik meine, glaubte der sozialdemokratische Abgeordnete Noske, der ehemalige Reichswehrminister, erklären zu müssen, daß die Sozialdemokratie keine Wehrlosmachung Deutschlands wolle. Seitdem Noske als Nachfolger Schippels, der sein Mandat für den Wahlkreis Chemnitz hatte niederlegen müssen, dem Reichstage angehörte — seit dem 13. Februar 1906 —, pflegte er regelmäßig zum Heeresetat das Wort zu nehmen. Auch seine Jungfernrede im Reichstage hielt Abg. Noske am 25. April 1907 zu diesem Gegenstande, und bei dieser Gelegenheit erklärte Noske, die Sozialdemokratie sei davon durchdrungen, daß Deutschland wehrhaft sein müsse und daß die Sozialdemokraten selbstverständlich die „Flinte auf den Buckel" nehmen würden, wenn es sich darum handelte, Deutschland vor wirklichen Gefahren zu bewahren. Diese Jungfernrede Noskes aber erregte nicht nur in der sozialdemokratischen Presse schärfsten Widerspruch, sie wurde sogar der Anlaß zu einem Antrage (Nr. 96) des Sozialdemokratischen Vereins Kiel an den Parteitag zu Essen, in dem gefordert wurde, daß bei Beratung des Militäretats nur solche Fraktionsredner zu bestimmen seien, welche die völlige Gewähr dafür böten, daß sie entschieden Stellung gegen den Militarismus nehmen, und zwar im Sinne der Resolution des Internationalen Kongresses zu Stuttgart. In dieser aus 14 Absätzen bestehenden Entschließung des Stuttgarter Kongresses war am Schlusse erklärt worden, daß beim Drohen des Ausbruches eines Krieges die arbeitenden Klassen und deren parlamentarischen Vertretungen verpflichtet seien, alles aufzubieten, um den Krieg zu verhindern, und daß ferner, falls dies nicht gelingen sollte, wenigstens für eine rasche Beendigung des Krieges gesorgt und mit allen Kräften dahin gestrebt werden müßte, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Der an den Essener Parteitag, September 1907, gerichtete Antrag Kiel hatte eine lange Diskussion entfesselt, die fast den ganzen zweiten Verhandlungstag in Anspruch nahm und ungemein lehrreiches Material beigebracht hat für die Beantwortung der Frage, was von der Heeresfreundlichkeit der Sozialdemokratie zu halten sei. Brecour-Kiel wies auf den Unwillen hin, den Noskes Rede in weiten Parteikreisen hervorgerufen habe. Reichstagsabgeordneter Lehmann-Wiesbaden meinte, daß Noske sich in seinem Bestreben, die Ungefährlichkeit der Sozialdemokratischen Partei zu schildern, etwas zu weit habe fortreißen lassen. Erheblich deutlicher wurde Dr. Karl Liebknecht, der seinem Parteigenossen Noske den im Verlaufe der weiteren Erörterungen von Klara Zetkin noch verschärften Vorwurf machte, daß er, Noske, während seiner Jungfernrede, die auf den Kriegsminister gestimmt gewesen sei, unter dem deprimierenden Einfluß des für die Sozialdemokratie ungünstigen Ausfalles der Reichstagswahlen gestanden habe. Liebknecht meinte weiter, daß die Sozialdemokratie das immerwährende Betonen der Notwendigkeit, daß Deutschland wehrhaft bleibe, doch den „Kriegervereinlern" überlassen sollte. Geradezu sensationell aber wirkte die Mitteilung des Reichstagsabgeordneten Ledebour, daß Noske gar nicht als Fraktionsredner gesprochen hätte, daß als solcher vielmehr Bebel bestimmt gewesen sei. Nach dem offiziellen Fraktionsredner habe aber auch jedes andere Fraktionsmitglied das Recht, sich zum Wort zu melden. Das habe Noske getan,

meist aber komme der Betreffende nicht zu Worte, weil vorher die Diskussion geschlossen werde. Da ergriff der Kriegsminister nochmals das Wort, und es sollte nunmehr diesem ein für schwierige Situationen besonders geeigneter Genosse antworten. Es wurde der Abgeordnete v. Vollmar vorgeschlagen, aber Noske hätte sich, was sein gutes Recht sei, geweigert, zugunsten Vollmars zu verzichten.

Mit dieser Erklärung Ledebours war der Antrag Kiel gegenstandslos geworden und wurde demgemäß mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Verlauf der Diskussion auf dem Essener Parteitage über Noskes Jungfernrede war gleichwohl eine glatte Abschüttelung Noskes, der in klarer Voraussicht des ihm auf dem Parteitage bevorstehenden Schicksals gleich in seiner Eingangs- und Verteidigungsrede darauf hingewiesen hatte, daß die Gegner der Sozialdemokratie den Fall Noske nach Kräften ausschlachten würden. Man werde sagen, im Reichstage hätten zwar ein paar sozialdemokratische Abgeordnete erklärt, daß die Sozialdemokratie das Vaterland verteidigen wolle, wenn es angegriffen würde, aber das sei alles Rederei; denn dafür sei ihnen hinterher von den Genossen der Kopf gewaschen worden.

Heute erscheinen die damaligen Vorgänge wie Märchen aus verklungenen Zeiten, von denen die trübe Gegenwart — ach — so grell sich abhebt. Nur mit einem Gefühle tiefster Wehmut wird man daher heute die Worte lesen können, mit denen auch ein Sozialdemokrat Rich. Calwer im Jahre 1914 seine Hoffnungen auf eine heeresfreundlichere Haltung seiner Partei begleitete: „Heute kann Deutschland nicht zugemutet werden, seine Rüstung dem Ausland gegenüber zu schwächen oder gar abzulegen, im Gegenteil, es muß, wenn es sich nicht preisgeben will, seine Waffen scharf halten, so schwer es auch an dieser Rüstung zu tragen hat. Dazu braucht allerdings die Arbeiterpartei nicht Ja und Amen zu sagen, solange man sie keine politische Verantwortung tragen läßt. Hat sie diese aber zu tragen, so ist gar nicht zweifelhaft, daß sie genau so um die Wehrhaftigkeit des Staates besorgt wäre wie die heutigen bürgerlichen Parteien. Sie würde sich zwar bemühen, auf einen friedlichen Zustand im Verkehr mit anderen Staaten hinzuwirken, aber sie würde nicht in blindem Vertrauen abrüsten, solange sie mit der Eventualität zu rechnen hätte, daß dieses Entgegenkommen ihr unter Umständen ihre Autorität im Rate der Völker, ja sogar ihre politische Selbständigkeit kosten könnte." Calwers Hoffnungen sind kläglich zuschanden geworden. In blindem Vertrauen auf Völkerbund und Internationale wurde im November 1918 die rote Flagge gehißt, die Wehrmacht, die dem Vaterlande 43 Jahre Schutz und Schirm gewesen war und 5 lange Jahre die haßerfüllten Feinde von Deutschlands blühenden Gauen ferngehalten hatte, zerschlagen, Deutschland wehr- und damit ehrlos gemacht. Ein eiserner Ring waffenstarrender Feinde schnürt Deutschland in Fesseln, verurteilt es zu Schande und Schmach, zwingt es, in Knechtschaft zu fronden für fremde Zwingherren, die es so tief erniedrigen wollen, daß es niemals wieder wagt, sich zu erheben — jetzt wissen wir, was das stehende Heer dem deutschen Volke Jahrzehnte gewesen und was es uns Jahrzehnte noch hätte sein können, hätten wir ihm nicht in selbstmörderischem Wahne internationaler Verbrüderung die Waffen aus der Hand geschlagen. —

Die weiteren Forderungen des Erfurter Programms: Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen

Volksschulen, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschl. der Geburtshilfe und der Heilmittel und endlich Unentgeltlichkeit der Totenbestattung lassen sich mit wenigen Worten abtun. Ihre Durchführung würde dem Staate ungezählte Milliarden kosten, die mit den anderen Ausgaben zu einer völligen Beschlagnahme der Einkommen aller, auch der Arbeiter, führen müßten. Eine Partei zudem, die ihre Regierungstätigkeit auf dem Gebiete der Schule damit begann, die in ihrem Parteiprogramm geforderte Unentgeltlichkeit des Schulunterrichtes auf dem Wege einer Erhöhung der Schul- und Kollegiengelder zu erreichen, hat sich selbst das Urteil gesprochen. Könnte Lächerlichkeit töten, so hätte es die folgende Notiz des „Berliner Lokalanzeigers" vom 25. Dezember 1919, 2. Beiblatt, tun müssen: „Die Schuldeputation (des Berliner Magistrats) hat mit Rücksicht auf die hohen Kosten der Durchführung der Lernmittelfreiheit — allein bei den Gemeindeschulen würden sie über 10 Millionen Mark betragen — der Anregung des Stadtkämmerers entsprochen und beschlossen, in den Haushaltungsplan 1920 Mittel für die allgemeine Lernmittelfreiheit nicht einzusetzen." Die sozialdemokratischen Antragsteller hatten wegen Unerschwinglichkeit der Kosten ihren Antrag selbst fallen lassen; die sozialdemokratische Theorie war also auch in diesem Falle an der harten Unerbittlichkeit der Praxis gescheitert Und in welchem Zustande die unentgeltlich gelieferten Lehrmittel sein würden, hat sich bereits gezeigt, wo diese Einrichtung eingeführt worden ist. Schulinspektor Loewer in Elberfeld teilte auf Grund seiner Erfahrungen am 23. Oktober 1910 in Duisburg folgendes mit: „Als wir noch nicht freie Lehrmittel hatten, hatte die größte Anzahl unserer Schulkinder saubere Bücher und Hefte. Seitdem wir dazu übergegangen sind, Lehrmittel und Hefte zu liefern, sind fast sämtliche Lehrbücher und Hefte schmutzig und zerrissen. Sie kosten den Eltern ja nichts mehr, sie stellen nicht mehr wie früher ein Opfer dar, welches die Eltern ihren Kindern brachten, und deshalb werden sie auch für nichts geachtet." („Der Feierabend des Arbeiters", Waldenburg i. Schl., Nr. 95 vom 29. November 1911.)

Unter den Forderungen des ersten, in den „Erläuterungen" „staatsbürgerlich" genannten Abschnittes des zweiten praktischen Teils des Erfurter Programms steht an letzter Stelle die Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle, mit der wir uns noch zu beschäftigen haben. Indirekte Steuern sind solche, die nur nach einzelnen Vorgängen, z. B. Einfuhr, Produktion, Kauf, Erbschaft usw. auferlegt werden und deshalb auch nicht nach Verzeichnissen steuerpflichtiger Personen und Objekte der von ihnen zu entrichtenden Steuern, sondern nur nach bestimmten Tarifsätzen erhoben werden. Indirekte Steuern sind also Tarifsteuern. Fürst Bismarck war der Ansicht, daß die direkten Steuern für die unbemittelten Klassen nicht geeignet seien. Indirekte Steuern, die in kleineren Beträgen und Terminen bezahlt werden, passen sich den Verhältnissen der wirtschaftlich schwachen Kreise besser an, und außerdem steht es bei manchen indirekten Steuern, besonders bei den Genußmitteln, wie bei Tabak und bei alkoholischen Getränken, jedermann frei, die Menge des Verbrauches zu bestimmen, also sich im Notfalle einzuschränken oder gar ihren Genuß ganz aufzugeben, um auf diese Weise den Steuern zu entgehen.

Die Sozialdemokratie hat sich von Anfang an gegen indirekte Steuern

erklärt. Ihre Vorliebe für direkte Steuern entstammt einer früheren Einseitigkeit in der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft. Namentlich Ferdinand Lassalle ist es gewesen, der den Haß gegen die indirekten Steuern säte in seiner 1863 erschienenen, manche schiefe Darstellungen enthaltenden Schrift: „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen". Heute sind sich aber alle Volks- und Finanzwirte der Welt darüber einig, daß mit direkten Steuern allein der Haushalt eines Kulturstaates nicht aufrechterhalten werden kann. Und in der Tat sind es gerade die parlamentarisch regierten Staaten, besonders die Republiken, die das System der indirekten Steuern stark ausgebildet haben.

Ein Rückblick auf die Entwicklung der Steuersysteme zeigt, daß in allen Ländern die indirekten Steuern hinsichtlich ihrer Erträgnisse viel rascher gestiegen sind als die direkten. Nach Gerstfeldts Berechnungen wurden im Jahre 1879 auf den Kopf der Bevölkerung erhoben:

	Zölle und Verbrauchsabgaben	Direkte Steuern	Stempel und Gebühren
	ℳ	ℳ	ℳ
Deutschland . . .	7,15	6,25	1,73
Österreich	10,29	6,91	3,84
Großbritannien .	26,01	7,64	6,62
Frankreich	27,02	11,90	13,22

Dagegen verzeichneten die Zusammenstellungen für das Jahr 1906 folgende Kopferträge:

	Zölle und indirekte Steuern	Direkte Steuern
	ℳ	ℳ
Deutschland	26,52	8,18
Österreich	29,27	9,99
Großbritannien	48,66	18,42
Frankreich	50,81	12,38

Gewiß sind beide Statistiken nicht ganz vergleichbar, immerhin aber zeigen sie, daß Deutschland in der Ausbildung des Systems der Zölle und indirekten Steuern Frankreich, England und selbst Österreich beträchtlich nachstand. Die von der Sozialdemokratie geforderte Abschaffung aller indirekten Steuern würde allen vernünftigen Grundsätzen der Finanzwirtschaft und der von allen Kulturstaaten geübten Praxis in der Aufbringung des Staatsbedarfs ins Gesicht schlagen. Wenn die durch die indirekten Steuern erzielten Summen für den Staatshaushalt ausfielen und durch direkte Steuern aufgebracht werden müßten, dann würde die Folge sein, daß zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt riesige Zuschläge zu den direkten Steuern erhoben werden müßten, um so mehr, als die von der Sozialdemokratie, wie wir sehen, gleichfalls geforderte Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, der Bestattung usw. bereits ungeheure Summen nötig machen würde.

Die Sozialdemokratie behauptete weiter, daß Deutschland mehr als andere Staaten durch die Gesamtlast der staatlichen Steuern bedrückt würde, daß wir also durch Steuern übermäßig belastet seien. Diese Behauptung ist unzutreffend. Wenn wir die gesamte Steuerlast (in Deutschland die vom Reich und die von den Einzelstaaten erhobenen Steuern) zusammenfassen, so ergab sich nach den Berechnungen von Zahn („Die Finanzen der Großmächte") für das Jahr 1906 folgendes Bild:

Gesamtlast an Steuern und Abgaben:

	Mill. ℳ	auf den Kopf ℳ
Deutschland	2103	34,70
Österreich	1027	39,26
Ungarn	555	28,82
Italien	1170	36,04
Frankreich	2480	63,19
Rußland	2751	21,89
Großbritannien	2755	66,45
Vereinigte Staaten von Amerika	2307	30,29
Japan	701	14,99

Demnach war 1906 die steuerliche Gesamtleistung in Deutschland nur etwa halb so hoch wie in Frankreich und Großbritannien. In dem vom Reichsschatzamt zur Reichsfinanzreform 1909 herausgegebenen Denkschriftenband sind für die drei großen Kulturstaaten andere Zahlen der Gesamtsteuerbelastung angegeben. In ihnen sind nicht nur die Reichs- und Staatssteuern, sondern auch die Steuern aller übrigen öffentlichen Körperschaften, der höheren Kommunalverbände, der politischen und kirchlichen Gemeinden mit enthalten. Es ergab sich danach für 1907 folgendes Bild. Der Deutsche zahlte unter Einschluß aller dieser Steuern auf den Kopf der Bevölkerung 49,07 M., von denen 24,04 M. direkte Steuern, 24,03 M. indirekte Steuern und Zölle waren. Der Franzose zahlte dagegen auf den Kopf 82,82 M., davon direkte Steuern 23,11 M., indirekte Steuern und Zölle 59,71 M. und der Engländer sogar 95,70 M., darunter 61,10 M. direkte Steuern und 34 M. indirekte Steuern. Nimmt man an, daß vier Fünftel der kommunalen und direkten Steuern in England auf die Mieter abgewälzt werden, so steigerte sich die Belastung der Masse der englischen Bevölkerung auf 34 M. und 24,37 M. = 58,37 M. auf den Kopf, während 37,30 M. als Raten des wohlhabenden Teiles verblieben. Nach der Reichsfinanzreform von 1909 haben sich die Zahlen für Deutschland selbstverständlich erhöht, aber in der Reihenfolge nicht zuungunsten Deutschlands geändert. Nach dem Stande von 1910 betrug die Gesamtbelastung mit Steuern (Staats- und Gemeindesteuern) auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland ungefähr 57 M., also auch dann noch erheblich weniger als in England und Frankreich im Jahre 1907.

Die Belastung der Bevölkerung Deutschlands durch Zölle nach Einführung der Schutzzollpolitik weist keineswegs, wie vielfach angenommen wird, eine sehr erhebliche Steigerung auf. Berechnen wir die Roherträge der Zölle, so ergibt die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung folgendes Bild:

Im Durchschnitt bzw. im Rechnungsjahre	Roheinnahme auf den Kopf der Bevölkerung
1881—1885	4,74 ℳ
1886—1890	6,65 „
1891—1895	7,63 „
1896	8,75 „
1900	8,74 „
1904	8,71 „
1905	10,60 „
1906	9,61 „
1907	10,93 „
1908	9,30 „
1909	10,95 „
1910	11,01 „

Im Durchschnitt bzw. im Rechnungsjahre	Roheinnahme auf den Kopf der Bevölkerung
1911	11,82 ℳ
1912	11,65 „
1913	10,73 „

In den „Erläuterungen" zum Erfurter Programm zeigt sich die Sozialdemokratie als schärfste Gegnerin des Schutzes der nationalen Arbeit, durch den nach ihrer Meinung die „Auspowerung der Massen" auf eine noch nie dagewesene Höhe gebracht worden sei. Wenn man die Stellung Karl Marx' zu dieser Frage kennt, so muß füglich bezweifelt werden, ob es sachliche und nicht vielmehr agitatorische Beweggründe sind, die ihren Gegensatz zu den Schutzzöllen bestimmt haben. Karl Marx hatte am 9. Juni 1849 in der demokratischen Gesellschaft zu Brüssel eine Rede über die Frage des Freihandels gehalten, die im Anhang II seines Buches: „Das Elend der Philosophie" 1895 abgedruckt worden ist, und in der es (S. 178) heißt: „Wenn alle Waren billiger sind, so wird die Arbeit, die auch eine Ware ist, gleichfalls im Preise sinken, und wie wir später sehen werden, wird diese Arbeit verhältnismäßig mehr sinken als alle anderen Waren. Verläßt sich der Arbeiter dann noch immer auf die Argumente der Nationalökonomen, so wird er finden, daß der Frank in seiner Tasche zusammengeschmolzen ist und nur noch 5 Sous übrig bleiben."

Trotzdem entschied Marx sich für den Freihandel, denn er fuhr fort (S. 188): „Was ist also unter dem heutigen Gesellschaftszustand der Freihandel? Die Freiheit des Kapitals. Habt ihr die paar nationalen Schranken, die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen, eingerissen, so habt ihr lediglich seine Tätigkeit völlig entfesselt. Es wird einem wirklich schwer, die Anmaßung der Freihändler zu begreifen, die sich einbilden, daß die vorteilhaftere Verwendung des Kapitals den Gegensatz zwischen industriellen Kapitalisten und Lohnarbeitern verschwinden machen wird. Ganz im Gegenteil. Die einzige Folge wird sein, daß der Gegensatz dieser beiden Klassen noch klarer zutage tritt."

Und Marx schloß seine berühmte Rede mit den Worten: „Aber im allgemeinen ist heutzutage das Schutzzollsystem konservativ (erhaltend), während das Freihandelssystem zerstörend wirkt. Es zersetzt die früheren Nationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel." Agitatorische Rücksichten sind auch der Grund gewesen, weshalb die Sozialdemokratie beim Kampf um den neuen Zolltarif und die neuen Handelsverträge gerade die landwirtschaftlichen Zölle in den Vordergrund schob, obwohl Karl Kautsky auf dem Parteitag zu Stuttgart im Jahre 1898 folgendes ausgeführt hatte (Protokoll S. 187): „Wollten wir heute die Lebensmittelzölle aufheben und die Industriezölle bestehen lassen, so würden wir die Landwirtschaft schwer belasten und unsere Stellung auf dem Lande verschlechtern. Wer ist der Schwächere in Deutschland: die Industrie oder die Landwirtschaft? Täuschen wir uns nicht, die Landwirtschaft ist in einer sehr bedrängten Lage. Die Erzählungen der Freihändler von den Champagner trinkenden Landwirten haben denselben Wert wie von Champagner

trinkenden Maurern. Es besteht eine Not der Landwirtschaft, die tiefe, innere Ursachen hat . . . Es wäre ungeheuerlich, daß der Landwirtschaft der Zollschutz genommen und der deutschen Industrie, die mit der englischen konkurrieren kann, der Zollschutz gewährt werden sollte. Wenn wir heute noch nicht so weit sein sollten, zu wissen, ob die deutsche Industrie des Zollschutzes entbehren kann, so weiß ich nicht, woher wir wissen, daß die deutsche Landwirtschaft des Zollschutzes nicht bedarf. Wenn wir der Landwirtschaft den Zollschutz verweigern, dürfen wir ihn der Industrie nicht gewähren."

In ähnlicher Weise hatte sich schon früher Friedrich Engels ausgedrückt. In einer Rede in Elberfeld, abgedruckt in dem Werke: „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle", 2. Band, S. 395, führte er aus: „Wenn wir die Handelsfreiheit proklamieren und unsere Zölle aufheben, so ist unsere gesamte Industrie mit Ausnahme weniger Zweige ruiniert. Von Baumwollspinnerei, von mechanischer Weberei, von den meisten Zweigen der Baumwollen- und Wollenindustrie, von bedeutenden Branchen der Seidenindustrie, von beinahe der ganzen Eisengewinnung und Eisenverarbeitung kann dann keine Rede mehr sein. Die in allen diesen Zweigen plötzlich brotlos gewordenen Arbeiter würden in Massen auf den Ackerbau und die Trümmer der Industrie geworfen werden, der Pauperismus würde überall aus dem Boden wachsen."

Auch andere geistige Führer der Sozialdemokratie haben früher und lange genug die Ansicht vertreten, daß billige Lebensmittelpreise nicht immer und nicht unbedingt im Interesse der Arbeiterschaft liegen, und daß ein wirksamer Zollschutz für industrielle Erzeugnisse den Arbeitern sehr wohl erhebliche wirtschaftliche Vorteile bringen könne. Schon der Freund und Nachfolger Lassalles, v. Schweitzer, hatte darauf hingewiesen, daß die Stellung eines Menschen nicht in erster Linie bestimmt sei durch seine Stellung als Konsument, sondern als Produzent, und daß eine Schädigung des Arbeiters als Produzenten durch vorzeitige Aufhebung eines Schutzzolles nicht aufgewogen werden könne durch eine Verbesserung seiner Stellung als Konsument. Sogar der alte Liebknecht hat sich im Reichstage im Jahre 1875 als bedingter Schutzzöllner bekannt. Schutzzoll, Freihandel, Finanzzoll seien, so bemerkte er durchaus richtig, keine prinzipiellen, sondern praktische Fragen, die von Fall zu Fall beurteilt werden müßten. Setzen wir z. B. den Fall, wir hätten in Deutschland eine Fabrikgesetzgebung, welche die Arbeit auf ein bestimmtes Maß normiere, die Frauenarbeit beschnitte, die Kinderarbeit aufhebe. Würde durch diese Beschränkung in Deutschland teurer produziert als in benachbarten Ländern, z. B. in Belgien, wo solche Gesetze nicht bestünden, so würde unzweifelhaft ein Schutzzoll zum Schutze der deutschen Arbeit gerechtfertigt und der Unterstützung eines jeden Sozialdemokraten gewiß sein. Wilhelm Bracke, zuletzt Buchhändler in Braunschweig, der infolge Krankheit am 30. Dezember 1879 sein Mandat zum Reichstage niederlegte, wo er den sächsischen Wahlkreis Glauchau vertrat, hatte auf Grund „eines reichlich überlegten Fraktionsbeschlusses" sich nach einer Mitteilung Ignaz Auers auf dem Stuttgarter Parteitage einmal dahin geäußert, daß der Schutzzoll von der Sozialdemokratie als gerechtfertigt anerkannt werden würde, erstens, wenn es sich um eine sich entwickelnde und zu guten Hoffnungen berechtigende Industrie handele, zweitens, wenn die Beseitigung eines bestehenden Schutzzolles einen vernichtenden Einfluß auf die

Industrie im eigenen Lande ausüben werde, und drittens, wenn durch Reformen auf gewerblichem Gebiete eine ungünstigere Stellung der heimischen Industrie gegenüber der des Auslandes Platz greifen sollte. Sogar Bebel hat sich im Jahre 1879 im Reichstage in beschränktem Sinne für den einen oder anderen Schutzzoll ausgesprochen, da ein solcher unter Umständen einer Industrie und damit dem ganzen Volkswohlstande nützlich sein könne. Am 25. Februar 1881 sagte derselbe Bebel im Reichstage: „Wir Sozialdemokraten gehen von der Ansicht aus, daß die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll eine Frage der Praxis für den einzelnen Fall ist, daß von Fall zu Fall zu entscheiden ist, ob ein Industriezweig stark genug ist, um die ausländische Konkurrenz zu ertragen."

Auch in der sozialdemokratischen Parteischrift „Die Chartistenbewegung", die 1887 unter Mitwirkung von Friedrich Engels herausgegeben wurde, hieß es u. a., daß billiges Korn für die Bourgeoisie billige Arbeitskraft bedeute, und mit Anerkennung wurde in ihr der Aufruf eines englischen Arbeiterführers aus der Zeit der Bewegung gegen die (1847 beseitigten) Kornzölle wiedergegeben, in dem folgende Sätze sich fanden: „Laßt euch von den bürgerlichen Parteien nicht wieder beschwindeln . . . Sie wollen den Widerruf der Korngesetze nicht in eurem Interesse, sondern in ihrem eigenen. Sie rufen: billiges Brot! aber sie meinen: niedrigere Löhne! Höret nicht auf ihren Kant und Humbug!"

Allmählich hatte auch in Deutschland durch die Vertreter des Freihandels gegen die Getreidezölle eine lebhafte Bewegung eingesetzt, die hier und da mancherlei parteipolitische Erfolge aufzuweisen hatte. Auch in diesem Falle siegte bei der Sozialdemokratie wieder einmal das reine Agitationsbedürfnis über die bessere Einsicht und bereits auf dem Parteitage zu Halle 1890 konnte Paul Singer ankündigen, daß die Partei bei der Beratung des im Reichstage eingebrachten Antrages auf Aufhebung der Getreidezölle nachweisen werde, wie verheerend die Getreidezölle auf die Preise der wichtigsten Lebensmittel gewirkt hätten. Während die Großgrundbesitzer aus den durch die Zölle erhöhten Getreidepreisen bedeutende materielle Vorteile zögen, zahle das arbeitende Volk den Gewinn den Agrariern mit der Verteuerung des Brotes. Das war das Stichwort, nach dem fortan von der Sozialdemokratie weiter gearbeitet wurde. Schon in dem Bericht an den Erfurter Parteitag 1891 konnte mit Befriedigung mitgeteilt werden, daß allerwärts von den Parteigenossen in Hunderten von Versammlungen Protest gegen die künstliche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel zum Vorteil „von ein paar tausend Großgrundbesitzern und einiger Kornwucherer" erhoben worden sei. Nach diesem Rezept wurde auch in Zukunft verfahren und die wenigen Männer im sozialdemokratischen Lager, die gegen eine solche unehrliche Agitation ihre Stimme erhoben, blieben Prediger in der Wüste. Max Schippel verhöhnte im Jahre 1898 die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik mit den Worten: „Sitzt der Freihandel auf dem Regierungskarren, so wird gegen den Freihandel losgelegt; sitzt der Schutzzoll auf dem Regierungskarren, so wird gegen den Schutzzoll losgelegt. Die Hauptsache ist, daß tüchtig losgelegt wird", gefruchtet hat aber dieser berechtigte Spott nicht im geringsten.

Der Schutzzollgedanke war bis zum Jahre 1877 einzig und allein in der damals noch sehr kleinen Gruppe von Industriellen verkörpert, deren Füh-

rung der 1876 gegründete „Zentralverband deutscher Industrieller“ übernommen hatte, während Landwirtschaft und Handel völlig auf freihändlerischem Boden standen. Nicht nur die Deutschkonservativen und die Deutsche Reichspartei, auch die Vertretung der Landwirtschaft außerhalb der Parlamente, der Kongreß deutscher Landwirte und der Deutsche Landwirtschaftsrat waren entschiedene Anhänger der Freihandelspolitik. Deutschland war bis dahin ein Getreide überwiegend ausführendes Land gewesen. Betrug doch die Weizenausfuhr aus Deutschland im Jahre 1875 noch 5 700 000 dz. Das Hauptabsatzgebiet für deutschen Weizen war England. Nach 1875 trat ein völliger Umschwung der Verhältnisse ein. Überseeische Länder und Rußland traten in erhöhtem Maße mit Deutschlands Landwirtschaft in Wettbewerb. Die Weizenausfuhr aus Deutschland begann schnell zu sinken, die Getreideeinfuhr aber immer rascher zu steigen. Damals wuchs die Auswandererziffer von 38 000 auf 200 000 und die Einlageüberschüsse in den Sparkassen gingen zurück. Besonders mißlich war die Lage in der Eisenindustrie und im Kohlenbergbau. Ein Werk nach dem anderen kam zum Stillstand. Arbeitslosigkeit griff um sich. Die gemeinsame Not führte Landwirtschaft und Industrie zusammen, die nunmehr unter dem Eindrucke des Rückganges der deutschen Volkswirtschaft sich mit dem Gedanken der Einführung von Schutzzöllen befreundeten. An dieser Wendung hatte der Abgeordnete Wilhelm von Kardorff einen wesentlichen Anteil, dessen 1876 erschienene Flugschrift „Gegen den Strom“ die Aufmerksamkeit des Fürsten Bismarck auf die unerfreulichen Zustände im deutschen Wirtschaftsleben gelenkt und ihm zu einem tieferen Studium dieser Verhältnisse die Anregung gegeben hat.

Deutschland handelte damals unter dem Druck eines harten Zwanges, wie Rich. Calwer in seinem Buche: „Einführung in die Volkswirtschaft“, Berlin 1906, näher bewiesen hat. Jedenfalls hat die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens gezeigt, daß die mit dem Jahre 1879 in die Wege geleitete Politik des Schutzes der nationalen Arbeit den Grund gelegt hat für das einzig dastehende Blühen und Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft, das in den kommenden Jahrzehnten das Erstaunen, aber auch den Neid der ganzen Welt erregt hat. Namentlich die deutsche Industrie wies eine ins Riesenhaft gesteigerte Erzeugung auf; die Kohlenförderung vermehrte sich in dem Zeitraume von 1885 bis 1912 um 252 v. H., die Erzeugung von Roheisen in derselben Zeit sogar um 384½ v. H. (siehe auch mein Buch: „Gemüse- und Obst-Kriegswirtschaft“. Die Geschichte der Reichsstelle für Gemüse und Obst und ihre Arbeit im Rahmen der allgemeinen Kriegswirtschaft, Berlin 1919, Deutscher Schriftenverlag.) Durch diese Schutzzollpolitik hat vor allem der innere Markt eine wesentliche Stärkung erfahren, die es der nicht mehr den ruinösen Preisen des ausländischen Wettbewerbes ausgesetzten Landwirtschaft ermöglichte, als eine kaufkräftige Abnehmerin der deutschen Industrieerzeugnisse aufzutreten und dadurch der industriellen Arbeiterschaft einen stetigen und reichlichen Verdienst zuzuweisen.

In seinem Schriftchen über das Erfurter Programm und ferner auch in verschiedenen Aufsätzen seiner „Konjunktur“, so z. B. in der Nr. vom 26. September 1912 hat Richard Calwer die Notwendigkeit einer zielbewußten Schutzzollpolitik für Deutschland gerade vom Standpunkte des Arbeiters aus in klaren Ausführungen nachgewiesen. Durch den Schutzzoll auf Getreide

würde die Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben wieder lohnend gemacht. Die bäuerliche Bevölkerung verfügte wieder über größere Einnahmen und war daher in der Lage, größere Ausgaben zu machen oder Ersparnisse zurückzulegen. Die größeren Ausgaben vermehren aber die Arbeitsgelegenheit auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt und schaffen dort wieder günstigere Bedingungen, als es der Fall wäre, wenn die Landwirtschaft die Bauern nur kärglich ernährte. Kapitalisieren aber die Bauern, so kommt dies dem Angebot auf dem Geldmarkt zugute, wodurch zum mindesten eine Verteuerung der Geldleihrate verhindert wird. Was hätte also, fragt Calwer, die gewerbliche Arbeiterschaft von niedrigen Getreidepreisen? Glaubt man etwa, der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands hätte sich gerade unter den Schutzzöllen so gewaltig vollzogen, wenn diese die einseitige ungeheure Belastung des Konsums bedeuten würden, die ihnen zugeschrieben wird? Dafür, daß der Konsument belastet wird, tauscht auf der anderen Seite der landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeitsmarkt Vorteile ein, welche die Belastung mehr als ausgleichen. Wer sind denn die Verbraucher? In der Hauptsache sind es die nämlichen Personen, die auf der anderen Seite wieder Schaffende, also Produzenten im landläufigen Sinne sind. Was der Verbraucher am Preise zulegen muß, erhält er als Erzeuger wieder zurück oder muß es zurückzuerhalten suchen. Zunächst bekommen es die Schaffenden in der Landwirtschaft zurück. Weiterhin aber auch die im Gewerbe, da ja die ersteren ihre Ausgaben vermehren. Die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft ist daher von solcher Wichtigkeit für den gewerblichen Arbeitsmarkt in Deutschland, daß bei ihrem Nachlassen der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkte sich nicht nur durch beträchtlichen Zuzug erheblich verschärfen, sondern daß auch die Arbeitsgelegenheit absolut abnehmen würde.

Wenn gegenüber diesen Tatsachen, die doch jedermann einleuchten müssen, die „Erläuterungen" auf die angeblich unerträgliche Belastung des proletarischen Haushaltes durch die Zölle auf Getreide und andere Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel, wie auf Vieh und Petroleum hinweisen, so kann man dem gegenüber sich auf die Berichte der Arbeiterdeputationen aus England berufen, die um die Mitte des verflossenen ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts vielfach in Deutschland umherreisten, um die Lebenshaltung und Lebensweise der deutschen Arbeiterbevölkerung zu studieren. Unter anderem machte im Sommer des Jahres 1905 eine Kommission der englischen Messinginduſtrie zu Birmingham eine Studienreise durch Deutschland, um die deutschen Arbeiterverhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen. Es gehörten dazu: ein Fabrikant, ein Gewerkschaftler und ein Vertreter einer Krankenkasse. Das Studium der Kommission hatte ursprünglich nur die Arbeiter der Messingbranche ins Auge gefaßt, sie fühlte sich aber angeregt, ihren Bericht zu einem allgemeinen Urteil zu erweitern, indem sie sich im besonderen auch über die Ernährungsverhältnisse näher äußerte. Sie fand einige der Nahrungsmittel teurer als in England, den allgemeinen Ernährungszustand der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland aber unzweifelhaft besser. Eine andere Kommission unter Führung Bashfords, eines Berliner Korrespondenten englischer Blätter, wurde am 28. März 1910 vom deutschen Kaiser empfangen. In einem gedruckt vorliegenden Berichte einer dieser englischen Kommissionen (Reports of the Gainsborough Commission. Life and Labour in Germany. London) heißt es auf Seite 227:

„Hinsichtlich der staatlichen Fürsorge für Krankheiten, Betriebsunfälle, Invalidität und Alter ist der deutsche Arbeiter entschieden besser gestellt, als der Arbeiter in unsere Heimat. Er zahlt in einem Schutzzollande nicht mehr für sein Brot, seinen Kaffee, seinen Zucker, seine Kleidung und seine Stiefel, als wir in England. Wir sind verpflichtet zu sagen, daß unter der Herrschaft des Schutzzolls seit 1879 das Deutsche Reich Fortschritte in der industriellen Wohlfahrt gemacht und sich zum größten Rivalen Englands in Europa entwickelt hat, und daß seine Arbeiter sich eines unendlich größeren Anteils an den Lebensgenüssen erfreuen, als ihre Eltern sich jemals hätten träumen lassen."

Aus dem zweiten sozialpolitischen Abschnitt des zweiten Teils des Erfurter Programms sei nur eine einzige Forderung hervorgehoben, die auf Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden

Normalarbeitstages,

eine Frage, die angesichts der Zustände, die sich in Deutschland vom November 1918 entwickelt haben und die nachgerade eine Gefahr für unser wirtschaftliches und politisches Dasein geworden sind, eingehender besprochen werden muß. Man kann mit den „Erläuterungen" zum Erfurter Programm in der Ansicht übereinstimmen, daß ein übermäßig langer Arbeitstag schwere Gefahren für die Sittlichkeit der Arbeiter und nachteilige Folgen für ihre Gesundheit und Leistungsfähigkeit mit sich bringt. Verständige, einsichtsvolle Arbeitgeber, und das sind Gott sei dank immer noch die überwiegende Mehrheit, haben daher niemals sich gegen eine angemessene Herabsetzung der Arbeitszeit gesträubt. Es ist eine durchaus unwahre Behauptung der Sozialdemokratie — die übrigens in ihren eigenen Betrieben, worauf hier nicht näher eingegangen werden kann, oft sehr viel ungünstigere Arbeiterverhältnisse hatte, als sie bei den Privatunternehmen dulden wollte —, wenn sie den ihr anhängenden Arbeitermassen vorspiegelt, daß die Unternehmer ein Interesse daran hätten, die Arbeitsstundenzahl möglichst hoch zu halten. Dies ist durchaus nicht der Fall, der Unternehmer legt nur Wert darauf, daß mit der Verminderung der Arbeitszeit nicht zugleich auch eine Herabsetzung der Leistung des einzelnen verbunden ist. Nach der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" (Nr. 31 vom 30. Juni 1910) äußerte sich z. B. die „Thüringische Industrie" (Nr. 11 vom 15. Juni 1910) in einem längeren Aufsatze zu dieser Frage wie folgt: „Es gibt erfahrungsgemäß eine ganze Reihe von Arbeitsverrichtungen, die ohne Schaden und in gleicher Güte bei höherer Anstrengung in kürzerer Zeit ausgeführt werden können. Ich selbst habe an den Berechnungen in einer großen feinmechanischen Fabrik teilgenommen, die mit minutiöser Genauigkeit ergaben, daß Akkordarbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit mehr leisteten als in einer neunstündigen. Wenn dies der Fall ist, so ist kein Grund einzusehen, weshalb man den Arbeitern die Vorteile der kürzeren Arbeitszeit nicht gewähren sollte. Der Unternehmer hat sich jedoch zu wehren gegen jede Verminderung der Produktionsfähigkeit des Arbeiters."

Die Unternehmer pflegen denn auch, sofern dies mit den Anforderungen ihres Betriebes einigermaßen vereinbar ist, aus freien Stücken die Arbeitszeit herabzusetzen. Auch die Staatsbetriebe waren schon längst mit vorbildlichem Beispiel vorangegangen. So betrug nach den dem Reichstage zu-

gegangenen Übersichten über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Marine- und Heeresverwaltung die normale Arbeitszeit in den Bureaus der Marineverwaltung im Rechnungsjahre 1907 acht Stunden und in den Betrieben neun Stunden. Auch von der preußischen Eisenbahnverwaltung war die Dauer der Dienst- und Ruhezeiten der Betriebsbeamten ununterbrochen zum Vorteile des Personals festgesetzt worden. Von den im Laufe der Jahre eingeführten Verbesserungen seien nur angeführt: Herabsetzung der Höchstdauer einer Dienstschicht von 16 auf 15 Stunden (Schichten von dieser Dauer waren überhaupt nur bei leichtem, durch reichliche Pausen unterbrochenem Dienst zulässig); ferner Einführung besonders ausgiebiger Ruhezeiten vor und nach den viertägigen Nachtdienstperioden; Gewährung je eines Ruhetages zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten an das im Personenzugdienste beschäftigte Fahrpersonal trotz dem an den hohen Festtagen gesteigerten Personenzugverkehr u. a. m. Diese preußischen Vorschriften sind für die übrigen deutschen und auch für fremde Bahnverwaltungen vorbildlich geworden. Sie waren die Grundlage für die im Jahre 1898 zwischen den beteiligten deutschen Bundesregierungen vereinbarten, im Jahre 1909 neu herausgegebenen Bestimmungen über die planmäßige Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahnbetriebsbeamten. Die im Rahmen dieser Bestimmungen gehaltenen preußischen Sonderbestimmungen räumten aber dem Personal in mehreren wichtigen Punkten (Höchstdauer der Dienstschichten, Mindestdauer der Ruhezeiten, Zahl der Ruhetage) weitergehende Vergünstigungen ein, als die Vereinbarungen der Bundesregierungen; überdies galten diese grundlegenden über die Vereinbarungen hinausgehenden Bestimmungen in Preußen nicht nur für die Betriebsbeamten, sondern auch für alle übrigen Eisenbahnbediensteten, einschließlich der Arbeiter. Die Arbeitszeit der im Betriebs-, Verkehrs- und Bahnunterhaltungsdienst tätigen Arbeiter mußte bei den einzelnen Dienststellen verschieden bemessen werden, da sie sich nach der Schwere und der Verantwortlichkeit des Dienstes, dem Umfang der Arbeitspausen und den örtlichen Verhältnissen richtete. Die Arbeitszeit in den Reparaturwerkstätten war dagegen für den preußischen Staatsbereich einheitlich geregelt worden, da die Tätigkeit der Werkstättenarbeiter sich überall unter den gleichen Arbeitsbedingungen vollzog. Im Jahre 1906 ist die reine Arbeitszeit der Werkstättenarbeiter von 9½ auf 9 Stunden herabgesetzt worden, ohne daß die Arbeiter einen Lohnverlust erlitten haben. Von dieser Vergünstigung wurden etwa 64 000 Arbeiter betroffen. (Näheres hierüber in der vom preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten an den Kaiser und König erstatteten Bericht über „Die Verwaltungen der öffentlichen Arbeiten in Preußen 1909—1910", Berlin 1911. Julius Springer.)

Die Sozialdemokratie fordert schlechthin die Einführung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages, das will besagen, daß bei der Festsetzung eines solchen auf die individuell doch ganz verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Gewerbezweigen keine Rücksicht genommen werden soll. Eine solche Forderung geht von der durchaus irrigen Voraussetzung aus, daß alle Arbeit gleich sei und daher auch die Arbeitszeit für alle Arbeiter die gleiche sein müsse. Entscheidend aber für die Beurteilung der ganzen Frage ist, ob durch die Herabsetzung der Arbeitszeit die Arbeitsleistungen des Arbeiters gesteigert werden oder nicht. Leider müssen wir bekennen, daß das bis zum Kriege vorliegende Material eine einwandsfreie, wissenschaftlich

zuverlässige Beantwortung dieser Frage nicht zuließ. Noch immer stand sich Behauptung gegen Behauptung gegenüber. Die sozialdemokratische Presse hat beispielsweise die Feststellung, daß die Produktion der Gewerkschaft Deutscher Kaiser im Bergbau von 69,5 t im Jahre 1905 auf 84,9 t im Jahre 1906 auf den Kopf der Arbeiter stieg, als Beweis dafür ins Treffen geführt, daß der Arbeiter damals mehr leistete als vorher. Ein abschließendes Urteil hierüber hätte aber erst dann gegeben werden können, wenn mit Sicherheit hätte festgestellt werden können, ob nicht technische Vervollkommnungen des Betriebes oder Änderungen in den Natural- und Grundverhältnissen an der Steigerung der Produktion erheblich mit beteiligt gewesen sind. Ebenso voreilig ist es aber auch, wenn man aus der Tatsache, daß auf den preußischen Staatsbergwerken die Förderung der Arbeiter auf den Kopf von Jahr zu Jahr gefallen war, den Schluß ziehen wollte, daß die Arbeitsleistungen der Arbeiter zurückgegangen seien. Auch hierbei wird, worauf Adolf Weber mit Recht aufmerksam macht, meistens übersehen, daß die Fördermenge abhängig ist von der Beschaffenheit und dem Grade des Abbaues, von dem Umfange der Vorrichtungsarbeiten und auch von der Konjunktur, die einen großen Einfluß auf die Art der Verwendung und Anstellung der Arbeitskräfte auszuüben pflegt. Bemerkenswert ist immerhin, daß Friedrich Bähr in seinem Buche: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der Schuhindustrie" behauptet hat, die Leistung der Arbeiter in der amerikanischen Schuhwarenindustrie sei darum größer als die des deutschen, weil der deutsche Arbeiter vielfach mit der Arbeitsleistung zurückhalte. Gerade dadurch würden die sinkenden Arbeitsleistungen auf der Zwickmaschine bedingt, die Bähr in Pirmasens auffielen. Während hier die wöchentliche Durchschnittsleistung von 110 bis 120 Dutzend Paar Schuhen 1901 auf 70—80 im Jahre 1906 zurückgegangen war, bringt es der amerikanische Arbeiter auf 180 Paar in der Woche.

Es ist leider nicht zu leugnen, daß Bähr richtig gesehen hat. Schon seit langem hatte sich innerhalb der unter sozialdemokratischem Einflusse stehenden Gewerkschaften das Bestreben geltend gemacht, den Arbeiter nach Möglichkeit von der vollen Hergabe seiner ganzen Arbeitskraft abzuhalten. Der Arbeiter soll zu einer möglichst geringen Durchschnittsleistung veranlaßt werden, damit auch die weniger tüchtigen und faulen Arbeiter mit durchgeschleppt werden können. Die Arbeiter sollen eben nur so viel leisten, daß ihre etwa feiernden Kollegen eingestellt werden müssen, um die volle Arbeitsleistung zu erzielen. Dieser Gedanke ist ausgegangen von den englischen Gewerkschaftlern sozialistischer Richtung und es kann wohl heute kein Zweifel mehr aufkommen, daß der Rückgang der englischen Industrie und des englischen Handels mit zurückzuführen ist auf diese sogenannte „Ca'canny-Politik" eines großen Teils der englischen Arbeiter. Was heißt Ca'canny? Es ist dies ein terminus technicus, der sich von dem großen Ausstand der englischen Hafenarbeiter herschreibt und in dem Blatt „Seamon's Chronicle" vom 24. Oktober 1896 wie folgt erklärt wird: „Es ist das eine plastische Redensart, durch die man das neueste Ersatzmittel für Arbeitsniederlegung charakterisiert. Wenn zwei Schotten spazieren gehen und der eine läuft dem anderen zu schnell, so sagt dieser: „Ca'canny man, ca'canny!" Das heißt etwa: „Lat di man Tid, Mann, lat di Tid." (Laß dir man Zeit, Mann, laß dir Zeit!) (Näheres hierüber siehe in v. Reiswitz: Ca'canny, Berlin 1902.)

Daß diese Ca'canny-Politik ihre Anhänger auch schon in Deutschland besitzt, beweist ein Schreiben, das seinerzeit die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" (Nr. 34 vom 23. August 1908) veröffentlicht hat. Dieses Schreiben lautete: „Von der Zahlstelle W. . . . ist dem Vorstande mitgeteilt worden, daß Sie für die zweiwöchentliche Lohnperiode bei einer tatsächlichen Arbeitszeit von nur 7½ Stunden einen Lohn von 117 M. erarbeitet haben. Die natürliche Folge eines solchen Verdienstes in einer Zeit beschränkter Arbeitsgelegenheit im selben Betriebe für alle Kollegen ist nicht ausgeblieben. Es ist leider den Kollegen der Preis für die Artikel, die Sie in dieser Zeit gearbeitet haben, herabgesetzt worden. Die Richtigkeit der Mitteilung der Verwaltung voraussetzend, hat der Vorstand Ihre Selbstsucht und Rücksichtslosigkeit, mit welcher Sie die Kollegen schwer geschädigt haben, scharf verurteilt. Von einer Strafe hat der Vorstand für diesmal abgesehen, ich soll aber darauf aufmerksam machen, daß, falls Sie ein zweites Mal auf diese oder andere Weise die Kollegen schädigen, Ihr Ausschluß nach § 3 Ziffer 5 des Statutes erfolgen müßte."

Und in einer Auslassung im „Vereinsanzeiger", dem Organ des sozialdemokratischen Verbandes der Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbinder-Gehilfen, vom 11. Januar 1908, war zu lesen: „Zunächst muß die Gewerkschaft ihre Mitglieder dazu erziehen, die Arbeitsleistung einzuschränken: sei es, daß die Arbeitszeit verkürzt oder daß die Arbeitsintensivität herabgesetzt wird. Die Kollegen müssen solidarisch denken und fühlen, den Egoismus eindämmen und bewußtermaßen auf die Interessen der anderen Kollegen Rücksicht nehmen. Das Drauflosschuften und das Raffen für den eigenen Geldbeutel muß aufhören und jeder Kollege muß denken, daß auch andere Leute etwas verdienen wollen. Es ist ja traurig, aber wahr, daß manchmal in den schlechtesten Zeiten gewisse Auchkollegen so wenig Kollegialität besitzen, den anderen Kollegen die Arbeit von dem Munde wegzunehmen, indem sie Überstunden machen und ihre Leistungen steigern. Wir wissen sehr wohl, daß es im Grunde genommen ein Unsinn ist und daß es jeder vernünftigen Wirtschaftsweise widerspricht, seine Leistung einzuschränken. Aber der Kapitalismus ist nun einmal eine verrückte Ordnung, und die Arbeiter müssen sich leider dieser Verrücktheit anpassen(!?). Und außerdem kommt hinzu, daß die Zeiten einer Krisis Maßnahmen fordern, die unter normalen Verhältnissen zu verwerfen sind. Deshalb bleiben wir dabei, daß die Gewerkschaften ihren Mitgliedern ein gemächliches Arbeiten zur Pflicht machen müssen, unbekümmert darum, ob auch die Unternehmer Zeter und Mordio schreien."

Dieser sozialdemokratische Malerverband hatte nach einer Mitteilung des Organs zur Förderung der Arbeitgeberinteressen im Malergewerbe: „Der Maler" (Nr. 16 vom 8. April 1909) Erhebungen über verschiedene Punkte veranstaltet auf Grund von Fragebogen, die Auskunft verlangten über die Verhältnisse der Arbeitgeber, beispielsweise wieviel Meister am Orte, im Bezirke, im Lande seien und wo, über die einzelnen Werkstätten, die Lehrlingshaltung, die Arbeitsnachweise, die Lohnverhältnisse, die Arbeitszeit usw. Zu diesen Erhebungen äußerte sich jenes Organ des sozialdemokratischen Malerverbandes, der „Vereinsanzeiger" laut „Deutscher Arbeitgeberzeitung" vom 9. Mai 1909 folgendermaßen: „Nicht nur die Verlängerung der Arbeitszeit schafft für die Masse eine verminderte Arbeitsgelegenheit, sondern auch

jede Steigerung des Arbeitspensums. Das Bestreben unserer Organisation geht aber im Gegensatz zu den Arbeitgebern dahin, die industrielle Reservearmee zu verringern, möglichst allen Kollegen ausreichende Arbeitsgelegenheit und Verdienst zu schaffen. Wir haben deshalb alles zu vermeiden, was dieses Bestreben aufhalten könnte."

Unter diesen Umständen mehrten sich die Klagen der Arbeitgeber darüber, daß die Arbeitnehmer vielfach mit ihrer Arbeitskraft zurückhielten. Ein typischer Fall ereignete sich laut „Stuttgarter Tageblatt" vom 29. April 1909 bei einer Firma, die dem Verbande der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzenden Industriebezirke angehörte. Diese hatte einem Manne eine Arbeit übertragen, die vorher von einem anderen Arbeiter verrichtet worden war. Obschon der neue Arbeiter die Arbeit zum ersten Male ausführte, erzielte er einen viel höheren Akkordverdienst als sein Kollege, der daran gewöhnt und darin geübt war. Die Folgen blieben nicht aus. Er mußte nicht nur die Vorwürfe und Sticheleien seiner Mitarbeiter über sich ergehen lassen, sondern wurde sogar vor den Gewerkschaftsbeamten zitiert, der ihm wegen intensiven Arbeitens einen Verweis erteilte.

Eine andere Art der sozialdemokratischen Arbeitsverweigerung sind die Sabotage und die passive Resistenz, die bis zum Kriege wenigstens im Deutschen Reiche noch wenig zur Anwendung gekommen waren. Der Ausdruck Sabotage entstammt der Pariser Volkssprache. Was er bedeutet, schildern die „Münchener Neuesten Nachrichten" nach einer Wiedergabe in der Zeitschrit „Der Bund" Nr. 30 vom 25. Juli 1909 folgendermaßen: „Sabot heißt soviel wie träge, faul. Saboteur ist ein Faulpelz, ein Mann, der gelegentlich passive Resistenz treibt und absichtlich Pfuscherarbeit leistet, Sabotage ist demnach so viel wie absichtlich schlechte Arbeit. Im Kampf gegen die Arbeitgeber gilt es, durch Sabotage die Arbeit so zu verteuern und zu verschlechtern, daß der Arbeitgeber die Kundschaft verliert, gilt es, ihm auch sonst jeden möglichen Schaden im Betrieb zuzufügen. Man hatte geraume Zeit nicht mehr von Sabotage gesprochen, als sich gelegentlich der letzten französischen Verkehrsausstände in erschreckender Weise zeigte, mit welchem Erfolge die Propaganda für die Sabotage in der französischen Arbeiterschaft gearbeitet hat. Was man nur an Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen unbeobachtet ruinieren konnte, das wurde ruiniert, und dabei ging die Zerstörungswut so weit, daß man gelegentlich das Leben der eigenen Kameraden in Gefahr brachte. Eine Reihe französischer Sozialisten, unter ihnen besonders der Sekretär der Pariser Arbeiterbörse, V. Griffuelhes, haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Sabotage besonders auszubilden. In Betrieben, in denen Tages- oder Stundenlohn gezahlt wird, läßt sich die Sabotage am leichtesten durchführen. Es wird einfach nachlässig und umständlich gearbeitet, ja, man hört sogar ganz auf, sobald keine Aufsicht anwesend ist. Wird dagegen Stücklohn bezahlt, so versucht man mit allen möglichen Mitteln, die Ware zu verschlechtern oder die Maschinen zu beschädigen, kurz, auf irgendeine Weise dem Arbeitgeber Schaden zuzufügen. Ein Barbiergehilfe, der Sabotage treibt, wird die Kundschaft seines Arbeitgebers so schlecht bedienen, nötigenfalls sogar beim Rasieren schneiden, daß die Kunden das nächste Mal bestimmt ein anderes Geschäft aufsuchen. Ein Bäckergehilfe wird Seifenwasser in den Teig gießen, ein Tischlergeselle

wird eine Hand voll Salz in den Leim tun, weil damit der Leim und die ganze Arbeit verdorben wird. In einem Restaurant wird man den Wirt dadurch zu schädigen suchen, daß man die Speisen verdirbt oder, wenn man ausnahmsweise einmal auf das Publikum Rücksicht nehmen will, indem man die einzelnen Portionen so groß bemißt, daß der Wirt dabei unbedingt Schaden erleiden muß. In letzter Reihe wird natürlich auch der „Saboteur der Tat" von seiner eigenen Handlungsweise getroffen werden können. Aber leider nicht immer. Denn es wird in sehr vielen Fällen ungeheuer schwer sein, einem Genossen die Absicht der Sabotage nachzuweisen. Er braucht nur ein kleines Eisenstückchen in eine Maschine fallen zu lassen und deren Betrieb muß stunden-, tagelang ruhen . . ."

Der Genfer Sabotprediger und Anarchist Sebastian Faure hat nach einer Mitteilung der in Zürich erscheinenden „Schweizerischen Bürgerzeitung" (Nr. 146 vom 11. Dezember 1909) in einer Versammlung zu Paris am 30. November 1909 seine Zuhörerschaft in der Kunst der Sabotage für die elektrische Industrie unterrichtet. Er setzte ihnen auseinander, wie der Abbau der für die Maschine nötigen Kohle und ihr Transport zur Krafterzeugungsstation gehindert werden können. Gelangt das Brennmaterial doch dorthin, dann zünde man einfach die Kohlenlager dort an. Man hemmt das Funktionieren der Elevatoren und ähnlicher Fördereinrichtungen. Um die Kessel unbrauchbar zu machen, gibt es Explosiv- und Ätzstoffe; bei den Dynamos usw. verursacht man Kurzschlüsse; bei den Stromverteilern stört man die Verbindungsleitungen; letztere werden durch Feuer, Überschwemmung, Bruch oder Dynamit zerstört — usw. . . .!

Diese Lehren des Franzosen, die geeignet sind, den Menschen auf die Kulturstufe niedriger Negerrassen hinabzustoßen, weil sie in ihm das Bewußtsein von dem sittlichen Wert der Arbeit ertöten, können nur dort auf fruchtbaren Boden fallen, wo die Ethik entthront und der krasseste Materialismus zur Herrschaft gelangt ist. Nicht grundsätzliche Gegner der Sozialdemokratie, sondern Anhänger aus den eigenen Reihen der Partei sind es gewesen, denen wir den Hinweis darauf zu danken haben, daß in der Marxschen Theorie nirgend auf die Ethik als grundlegende Kraft zurückgegriffen wird, so daß Werner Sombart, der sich selbst als Marxisten bekennt, sogar von einer „antiethischen Tendenz" im marxistischen Sozialismus hat sprechen können. Dieser Mangel darf freilich nicht wundernehmen in einer Theorie, die den Ideen jeglichen Einfluß auf die Geschichte abspricht, die da meint, daß es nur die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, die bestimmend auf die Entwicklung der Menschheit einwirken. Eine solche Theorie mußte — in diesem Falle kann man den bei den Marxisten so beliebten Ausdruck mit Recht gebrauchen — „mit Naturnotwendigkeit" wie zu einer Mißachtung der religiösen Bedürfnisse in der Menschenseele, so zu einer Ausschaltung der geistig-sittlichen Kräfte und Triebe führen, die nun einmal allein es sind, die den Menschen vom Tiere unterscheiden. Der Sozialdemokraten Bibel ist Karl Marx' „Kapital", in dem man freilich jenes Jahrtausend alte, aber immer noch geltende Gesetz vergeblich suchen wird, das da im Buche aller Bücher lautet: „Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen", ist jenes Werk, dessen Verfasser kein Bedenken trug, in seiner an dem Gothaer Einigungsprogramm von 1875 geübten, bekanntlich erst 1895 veröffentlichten Kritik sich gegen die Forderung des Verbotes

der gewerblichen Kinderarbeit zu erklären, und zwar im Hinblick auf die revolutionäre Bedeutung, welche die frühzeitige Heranziehung der Kinder zur Produktion besitze! Mag Karl Marx in seinen Schriften auch manchmal ein moralisches Urteil gefällt haben, das freilich meist zuungunsten der Kapitalisten und Unternehmer ausfiel, so wird man in ihnen doch jede Andeutung darüber vermissen, welch gewaltiger sittlicher Wert in dem schönen Worte steckt, daß Arbeit adelt.

Im Jahre 1776 erschien Adam Smiths Buch über den Volksreichtum. Er beginnt mit dem einfachen lapidären Satze: „Die Arbeit ist es, welche die Nationen mit allen von ihr jährlich verbrauchten Notwendigkeiten und Bequemlichkeiten versorgt." Die Denker, die nach ihm kamen, haben diesen Satz oft einseitig aufgefaßt und falsch gedeutet, indem sie unterlegten, daß es nur die Hand sei, welche die Werte schaffe, ohne zu bedenken, daß die Arbeit des Kopfes der Arbeit der Hand vorangegangen sein muß, wenn diese wirklich wertvolle, für die Gesellschaft nützliche Güter erzeugen soll. Aber solche Mißverständnisse und Einseitigkeiten haben nicht zu verhindern vermocht, daß seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die Erkenntnis von der Bedeutung der Arbeit für unser soziales Leben in immer weitere Kreise gedrungen ist. Einer unserer Großen im Geiste des Reiches, Fichte, den wir erst voll zu schätzen wissen in diesen Zeiten nationaler Schmach und nationaler Würdelosigkeit, hat nicht das Sein, sondern das Tun zum entscheidenden Triebe im Volksleben erhoben und damit nicht nur im ethischen Sinne eine Heiligung der Arbeit gepredigt, sondern auch die Mittel und Wege angegeben, um durch Handeln das gedemütigte Vaterland zu befreien von fremder Knechtschaft und schimpflichem Joche.

Heute stehen wir wieder da, wo unser deutsches Volk schon einmal vor hundert Jahren gestanden hatte, als Fichte seine Reden hielt an die deutsche Nation. Mit dem Unterschiede freilich, daß dazumal alle Volksangehörigen bis zum letzten die Knebelung des Vaterlandes durch giftgeschwollene Feinde als einen persönlichen Schimpf empfanden, von dem so schnell als möglich sich rein zu waschen kein Opfer ihnen zu hoch erschien. Heute aber, wo noch ganz anders als vor 100 Jahren Rachsucht und maßloser Haß aus dem deutschen Volke eine Schar von Sklaven machen will, denen auch die Seele geraubt werden soll, damit sie nicht einmal mehr fähig sind, ihre und ihres Landes Schande zu empfinden — heute sind weite Kreise unserer Volksgenossen, die noch vor nicht zu langer Zeit einen ehernen, unübersteigbaren Wall um unsere Heimat bildeten und in übermenschlicher Tapferkeit, von denen die Geschichte künden wird bis ans Ende der Tage, von keinem anderen Sehnen erfüllt, als mit möglichst wenig Arbeit möglichst viel Geld zu erraffen. Das sind die verderblichen Folgen davon, daß die materialistische Wertung der Arbeit die idealistische nahezu völlig verdrängt hat, daß eine große, nach Millionen zählende Partei ihren Anhängern Steine statt Brot bot, wenn sie ihnen immer wieder und wieder predigte, was einer ihrer geistigen Führer in die häßlichen Worte kleidete: „Der Lohnarbeiter verkauft seine Lohnarbeit, um davon zu leben. Die Hauptsache ist für ihn der Lohn. Die Arbeit ist ihm Nebensache. Erhielte er den Lohn ohne Arbeit, würde er dagegen nichts einzuwenden haben."

Und nach dieser Lehre ihrer Meister handeln seit den trüben Novembertagen von 1918 ihre verblendeten Jünger, die nicht wissen, was derselbe

Adam Smith, der das schöne Wort von der Arbeit prägte, schon vor langer Zeit gelehrt hatte, daß die Blüte, die Stabilität oder der Rückgang der ganzen Volkswirtschaft das Entscheidende für die Lohnhöhe sei, daß infolgedessen keine andere Klasse von dem Blühen und Gedeihen der materiellen Wirtschaft so abhängig ist, wie gerade der Arbeiter. Ist es schon unter gewöhnlichen Verhältnissen unverantwortlich gehandelt gegen das Vaterland, mit dem wir alle auf Leben und Sterben verbunden sind, wes Berufsstandes wir auch sein mögen, wenn nicht jeder die Kräfte seiner Hand oder seines Geistes restlos in den Dienst der Allgemeinheit stellt, so ist es geradezu ein Verbrechen, wenn in einer Zeit des Niederganges auf allen Gebieten, wie er in seiner Furchtbarkeit wohl noch nie einem großen Volke beschieden war, auch nur ein einziger Volksgenosse, sei er ein Mann der schwieligen Faust oder ein Arbeiter des Kopfes, seine Arbeitskraft verweigert oder die Pflichten lässig erfüllt, die ihm außer seinem nationalen Gewissen auch die schwere Bedrängnis des gequälten Vaterlandes auferlegt. Was bedeutet heute der achtstündige Arbeitstag? Er ist ein Nichts, ein blasses Schemen gegen die blutige Wahrheit, daß nur e i n e s noch unser Volk und Vaterland retten kann vor Schimpf und Schande, vor Not und Tod: das ist die Arbeit und abermals Arbeit und nichts als Arbeit.

V.

Die Internationale.

Mit den Worten: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ hatte Karl Marx 1848 sein Kommunistisches Manifest geschlossen. Aber nur wenige folgten diesem Rufe. Erst zu Beginn der sechziger Jahre fing die Arbeiterbevölkerung wieder an, sich zu regen. Französische Arbeiter sind es gewesen, die gelegentlich eines Besuches der Weltausstellung in London 1862 zuerst den Gedanken einer Internationalen Assoziation der Arbeiter angeregt hatten. Am 24. September 1864 fand in der St. Martins-Hall zu London unter dem Vorsitze des Londoner Professors Beesly eine Zusammenkunft von Arbeitervertretern verschiedener Länder statt, so aus England, Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien und der Schweiz, auf der die Gründung eines Internationalen Arbeiterbundes vollzogen wurde. Karl Marx hatte von vornherein sich einen maßgebenden Einfluß auf diese neue Gründung zu verschaffen gewußt (siehe unter Marxismus), die ganz auf der Grundlage seiner Theorie sich aufbaute und bis zum heutigen Tage von marxistischen Ideen beherrscht worden ist. Der erste Kongreß der Internationale fand 1866 in Genf statt, dem weitere in Lausanne (1867), Brüssel (1868) und Basel (1869) folgten. Bei den Gegensätzen, die trotz aller internationalen Verbrüderungsposen zwischen den Auffassungen der sozialdemokratischen Vertreter der verschiedenen Länder herrschten, waren die auf diesem Kongresse gefaßten Entschließungen meist so verschwommen und vieldeutig, daß die Genossen je nach Belieben aus ihnen herauslesen konnten, was ihnen bei ihrer politischen Taktik im Heimatlande am zweckdienlichsten schien. Höchst wunderlich waren die Beschlüsse des Kongresses in Lausanne.

Neben der Forderung, daß jeder Religionsunterricht gestrichen werden müsse, wurde die Schaffung einer Universalsprache und eine Reform der Rechtschreibung verlangt, von denen man hoffte, daß sie viel zur Einheit der Völker und zur Brüderlichkeit der Nationen beitragen würden. Einführung des Achtstundentages, Aufhebung der direkten Steuern und der stehenden Heere, Verstaatlichung der Bergwerke und Abschaffung des privaten Grundeigentums waren die Fragen, die auf den bis dahin abgehaltenen Zusammenkünften der Internationale behandelt worden waren.

Zur Zeit ihrer höchsten Blüte, zwischen 1869—71, zählte die Internationale, deren Generalrat alle möglichen Verschwörer unter seine schützende Obhut nahm, etwa 100 000 Mitglieder. Aber schon zeigten sich die ersten Keime einer beginnenden Zersetzung. Der russische Anarchist Bakunin war es, der mit Hilfe seiner Gesinnungsgenossen aus der Schweiz, aus Belgien und Spanien den noch immer ausschlaggebenden Einfluß von Marx zu brechen suchte, der freilich persönlich wenig hervortrat, sondern vom Schreibtische seiner Studierstube in London aus der Internationale den Stempel seines Geistes aufzudrücken verstand. Auf dem ersten Kongresse, den Marx selbst besuchte, zu Haag im Jahre 1872, kam es zwischen den beiden Richtungen zu heftigen Zusammenstößen, die dazu führten, daß Bakunin und seine Anhänger aus der Internationale ausgeschlossen wurden. Dadurch aber, daß Marx die Verlegung des Generalrates nach New York durchsetzte, war er es selbst gewesen, der dem Kinde seines Geistes den Todesstoß versetzte. In New York führte die Internationale nur noch ein Scheindasein, dem die im Jahre 1876 erfolgte Auflösung in aller Form ein rasches Ende bereitete. Damit hatte die sogenannte erste Internationale zu bestehen aufgehört, ihr Geist aber ging, wie Jaeckh in seiner Denkschrift zur vierzigjährigen Gründung der internationalen Arbeiterassoziation bemerkt, auf die deutsche Sozialdemokratie über, welche die gradlinige Fortsetzung der Internationale geworden ist.

Die Pflege der internationalen Beziehungen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder wurde seitdem den internationalen Sozialistenkongressen übertragen, die 1877 in Gent, 1881 in Chur und 1883 und 1886 in Paris abgehalten wurden. Von größerer Bedeutung als diese Zusammenkünfte wurde der Pariser Kongreß von 1889, auf dem ein Beschluß gefaßt wurde, der gewissermaßen die Geburtsstunde des Weltfeiertages geworden ist, nämlich am 1. Mai jedes Jahres überall eine internationale Demonstration zugunsten des Achtstundentages ins Werk zu setzen. Auf dem Pariser Kongresse, der 1900 gelegentlich der Weltausstellung zur Jahrhundertfeier dort veranstaltet worden war, wurde beschlossen, in Brüssel ein ständiges internationales Bureau ins Leben zu rufen, dessen Aufgaben darin bestanden, die internationalen Beziehungen zwischen der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder dauernd in Fluß zu halten. Abgestimmt wurde auf diesem Kongresse nach Nationen, so zwar, daß jede Nation, ohne Rücksicht darauf, wieviel Vertreter sie entsandt hatte und ob in ihr die sozialistische Bewegung von Bedeutung war oder nicht, nur immer über zwei Stimmen verfügte, ein lächerliches Verfahren, das erst auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongresse von 1907 einer anderen Form Platz machte, so daß seitdem wenigstens der Stärke der sozialistischen Arbeiterbewegung auf diesen Kongressen etwas mehr Rechnung getragen wurde als bisher.

Der Stuttgarter Kongreß von 1907, der erste, der auf deutschem Boden abgehalten wurde, hat durch die dort gefaßten Beschlüsse eine Bedeutung gewonnen, die auch noch in die Gegenwart hineinragt, so daß den dort gefaßten Beschlüssen eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Auch äußerlich zeigte sich schon das Interesse, das man dieser Tagung entgegenbrachte, darin, daß auf ihm zum ersten Male 25 Nationen durch nicht weniger als 884 Abgesandte vertreten waren, die höchste Zahl, die bisher überhaupt erreicht worden war. Auf dem Stuttgarter Kongresse waren es die französischen Sozialisten, die unter Führung Hervés, der gerade wegen Beleidigung der französischen Armee zu einem Jahre Gefängnis und 3000 Franken Geldstrafe verurteilt worden war, der aber später während des Weltkrieges bekanntlich zu den schlimmsten Kriegshetzern gegen Deutschland gehörte, einen Vorstoß unternahm, um die Deutschen auf den Anti-Militarismus Hervéschen Kalibers jener Zeit zu verpflichten. In Deutschland war es bekanntlich Dr. Karl Liebknecht, der sein ganzes Streben darauf richtete, die antimilitaristische Propaganda nach dem Muster Hervés nach Deutschland zu verpflanzen. Diesem Zweck diente eine im Jahre 1907 erschienene Schrift: „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung", in der Liebknecht unter anderem erklärt hatte, daß das letzte Ziel des Antimilitarismus die Beseitigung des Militarismus, des Heeres in jeder Form sei (S. 104) und weiter die unbedingte und gründliche Wehrlosmachung der Staatsgewalt (S. 109). Wegen dieser Schrift wurde Dr. Karl Liebknecht bekanntlich am 12. Oktober 1907 vom Reichsgericht der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens für schuldig erklärt und mit einer Festungshaft von einem Jahre sechs Monaten bestraft.

Die französischen Vertreter auf dem Stuttgarter Kongresse legten diesem eine Entschließung vor, in der die Verhütung und Verhinderung des Krieges durch nationale und internationale sozialistische Aktionen der Arbeiterklasse „mit allen Mitteln von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand" gefordert wurde. Der Vorstoß Hervés mißglückte, nachdem der Abg. v. Vollmar in einer entschlossenen Rede sich gegen ihn gewandt hatte. In dem schließlich einstimmig angenommenen Entschlusse des Stuttgarter Internationalen Kongresses hieß es: „Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in strenge Formen zu bannen . . . Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten scheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, so ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beendigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen." Für diese Entschließung

konnten auch Hervé und seine Freunde stimmen, überließ sie doch den sozialistischen Parteien in jedem Lande, jedes, auch das weitestgehende Mittel anzuwenden, welches je nach der politischen Lage ihnen angemessen erschien. In welcher Weise Hervé von dieser Möglichkeit Gebrauch machte, werden wir gleich sehen.

Der nächste Internationale Kongreß, der 1910 in Kopenhagen stattfand, befaßte sich mit der Nationalitätenfrage in der Gewerkschaftsbewegung und beschäftigte sich mit einem neuen, abermals mißglückten Versuche der Franzosen und Engländer, beim Ausbruche eines Krieges alle Parteien zum Generalstreik zu verpflichten. Der 1912 wegen des Völkerkrieges einberufene außerordentliche Kongreß, der in Basel abgehalten wurde, nahm ein die Stuttgarter und Kopenhagener Beschlüsse bestätigendes Manifest gegen den Krieg an. Zwei Jahre später brach der Weltkrieg aus. Die zweite Internationale wurde zu Grabe getragen. Sie stand in der dritten wieder auf, zu der sich die durch den radikalen Flügel der deutschen Sozialdemokratie geknüpften Beziehungen in dem Dörfchen Zimmerwald bei Bern (1915) und dann in Kienthal (1916) vereinigten. Auf der Konferenz in Zimmerwald konnte eine Einigung erst erzielt werden, nachdem nach mannigfachen Bemühungen eine gemeinschaftliche Erklärung der deutschen und französischen Vertreter zustande gekommen war, in der die „Verletzung" der belgischen Neutralität entschieden verurteilt und die ungeschmälerte Wiederherstellung Belgiens gefordert worden war. Die dann angenommene Entschließung forderte „die Ablehnung der Kriegskredite, den Austritt der sozialistischen Minister aus den Ministerien, die Denunzierung des kapitalistisch-antisozialistischen Charakters des Krieges von den Tribünen des Parlaments, in den Spalten der legalen und, wo nötig, der illegalen Presse, die schroffste Bekämpfung des Sozialpatriotismus, die Ausnutzung jeder durch die Kriegsfolgen, Not und große Verluste verursachten Bewegung des Volkes zur Organisation von Straßendemonstrationen gegen die Regierungen, die Propaganda der internationalen Solidarität in den Schützengräben, die Förderung der ökonomischen Streiks, das Bestreben, sie bei günstigen Bedingungen in politische zu verwandeln, Burgkrieg, nicht Burgfrieden."

Auf der zweiten Konferenz, die vom 24. bis 30. April 1916 in dem Berner Dörfchen Kienthal tagte, gewannen die radikalen Gruppen die Oberhand. In dem Manifest vom 4. Mai 1916, „an die Völker, die man zugrunde richtet und tötet", wurden die Arbeiter in Stadt und Land zum Kampfe für den sofortigen Frieden ohne Annexionen aufgeboten. „Denkt daran, daß ihr die Mehrzahl seid und, wenn ihr es wollt, die Macht sein könnt." Das bisher stets betonte Verlangen einer gleichzeitigen Aktion in allen kriegführenden Ländern wurde nunmehr fallen gelassen: „Der Militarismus einer Nation kann nur durch sie selbst vernichtet werden." Damit wurden, wie Rich. Fester („Die Internationale 1914—1919") treffend bemerkt, die Tore einer längst vorbereiteten Propaganda für die Revolution aufgestoßen. Daß diese Revolution in erster Reihe das Deutsche Reich wehrlos machen müsse, war für die Ententesozialisten der Internationale unter Führung der Franzosen das zwar unausgesprochene, aber wichtigste Ziel, zu dessen Erreichung sie in inniger Gemeinschaft mit den Gewaltpolitikern und schlimmsten Chauvinisten ihrer Länder jedes nur mögliche Mittel zu ergreifen entschlossen waren.

Auf der Stockholmer Zusammenkunft, die vom 4. bis 11. Juli 1917 stattfand, wurde das Schlagwort geprägt von einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, das kurz darauf im Deutschen Reichstage in der Entschließung vom 19. Juli 1917 einen vollen Widerhall fand. In Stockholm hatte man auch das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert, dessen Durchführung — das war auch den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie, so Dr. Ed. David sofort klar geworden — die völlige Auslösung Österreichs und eine schwere Verstümmelung Deutschlands bedeuten mußte. Die sozialdemokratischen Vertreter der Ententeländer und nicht minder einzelne Vertreter neutraler Staaten, so vor allem der Schwedens, Branting, einer der ärgsten Feinde, die Deutschland hat, standen völlig unter dem Einflusse der französischen Sozialisten, die herausgefunden hatten, daß Gleichheit der Sprache und Rasse für den Zusammenschluß zu einem Volksganzen nicht maßgebend sein dürfe. Es war klar, wohin eine solche Taktik zielte. Schon standen Polen und Tschechen bereit, im Osten und Südosten an Deutschland zu verüben, was die Franzosen im Laufe der Jahrhunderte im Westen mit Erfolg so oft versucht hatten und was sie jetzt zu vollenden gedachten, sobald nur der preußische „Militarismus" durch die internationalen Gimpel im Deutschen Reiche selbst, die man bei den weltbürgerlichen Neigungen der Deutschen schon einzufangen hoffen durfte, von innen heraus vernichtet worden sei.

Und so ist es denn gekommen, wie es kommen mußte. Auch die sozialistische Internationale, von einem nicht unbeträchtlichen Teile der deutschen Sozialdemokratie aufs kräftigste unterstützt, entpuppte sich mehr und mehr als ein Werkzeug zur Niederringung Deutschlands, als eine Waffe seiner Zerstücklung und dauernden Knebelung. Der sinnfällige Vorgang aus der germanischen Göttersage hatte sich abermals wiederholt, wie schon so oft in der deutschen Geschichte. Dem bösen Loki war es gelungen, den blinden Hödur zur Ermordung seines strahlenden Bruders Baldur anzustiften. Hödur konnte zur Entschuldigung dienen, daß er des Augenlichtes beraubt gewesen, für jene deutschen Volksgenossen aber, die Deutschland zur größten Befriedigung seiner auf unseres Vaterlandes Vernichtung sinnenden Feinde durch einen Dolchstoß von hinten wehrlos gemacht haben, gibt es keine Entschuldigung und darf es keine geben. Daß die internationale Solidarität schon immer eine Kulisse gewesen ist, aufgerichtet, um hinter ihr die auf Deutschlands Unschädlichmachung gerichteten Absichten gewisser Drahtzieher in London und Paris zu verdecken, konnte nur denen verborgen bleiben, die nicht sehen *wollten*, und das sind bekanntlich gerade die unheilbar Blinden, die ewig dahinwandeln müssen in der Nacht ihrer geistigen Blindheit. Man brauchte nur an der Hand einer aus sozialdemokratischer Feder stammenden Schrift, des Buches von Dr. Ed. David „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg" die Haltung der Internationale und der feindlichen Sozialisten vom Tage des Weltkrieges ab zu verfolgen, und man wußte, worauf von Anfang an, trotz Verbrüderung, trotz Solidarität, auch ihr Bestreben gerichtet gewesen ist — auf Deutschlands Vernichtung. Diese Dinge müssen dem Gedächtnis erhalten bleiben, denn nur aus der klaren Erkenntnis der Wirklichkeit kann dereinst die Hoffnung auf eine Wiedergeburt unseres armen, geknechteten, darum aber um so mehr geliebten Vaterlandes emporddämmern.

In dem Augenblicke, als der Weltkrieg ausbrach und die deutschen

Truppen aus militärisch notwendigen Gründen durch Belgien marschierten, war der Vorsitzende der sozialistischen Internationale, der belgische Sozialdemokrat Emile Vandervelde. Er trat sofort ins belgische Ministerium ein und begann seine Tätigkeit als Minister mit einer regen Agitation für den Krieg. Nicht nur, daß er in Flandern durch Feldpredigten die Kampfbegeisterung der Truppen der Verbündeten anfeuerte, er reiste auch nach England, um dort als Rekrutenwerber unter den belgischen Flüchtlingen zu wirken. Bei dieser Gelegenheit (am 11. Dezember 1914) hielt er in der Royal Society of Arts zu London einen Vortrag, in dem er sich „als Sozialist, Pazifist, Internationalist für den Krieg bis zum äußersten" erklärte. Schon damals, also nur wenige Monate nach Ausbruch des Krieges enthüllte er bereits die Kriegsziele unserer Feinde, indem Vandervelde als Friedensbedingungen die Herausgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, Schleswig-Holsteins an Dänemark und des Trentinos und Triests an Italien proklamierte!

Die französischen Sozialisten hatten sich früher scharf gegen die Herleitung einer Pflicht Frankreichs zur Kriegsteilnahme aus dem Bundesvertrage mit Rußland ausgesprochen. Noch am 29. Juli 1914 hatte ihr Führer Jean Jaurès auf der Internationalen Kundgebung in Brüssel sich dahin ausgesprochen: „Unsere Pflicht ist es, darauf zu bestehen, daß die französische Regierung mit Nachdruck auf Rußland einwirke, sich zurückzuhalten. Sollte aber unglücklicherweise Rußland dem nicht nachkommen, so ist es unsere Pflicht, zu erklären: „Wir kennen nur einen Vertrag, den Vertrag, der uns an das Menschengeschlecht bindet." Wenige Tage später war Jean Jaurès durch einen Meuchelmord aus dem Felde geräumt, der bis zum heutigen Tage seine Sühne noch nicht gefunden hat. Zwei der führenden Männer der französischen Sozialisten, Marcell Sembat und Jules Guesde, traten in das Ministerium ein, um neben ihren ehemaligen Parteigenossen Viviani, Millerand und Briand Platz zu nehmen, damit das Wort Briands bekräftigend, der gerufen hatte: „Es gibt in diesem Kriege in Frankreich nur noch eine Partei — das französische Volk, und nur noch ein Parteiprogramm — den Sieg." Auch die Fraktion der deutschen Sozialdemokratie hatte im Reichstage für die Kriegskredite gestimmt, aber wie sehr hob sich deren Erklärung, mit der sie ihre Stellungnahme begleiteten und in der sie erklärten: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich," und ihre Sprache ab von den flammenden, haßdurchglühten Worten, die das Manifest der sozialistischen Fraktion in Frankreich zu einem Dokument des ärgsten Chauvinismus machen. Man höre nur folgende Sätze:

„Heute ebenso wie früher nach der ersten Prüfung, wie in der Begeisterung der Mobilisierung, haben wir die Gewißheit, nicht nur für die Existenz des Vaterlandes und die Größe Frankreichs zu kämpfen, sondern für die Freiheit, für die Republik, für die Zivilisation.

Wir kämpfen dafür, daß die Welt von der erstickenden Bedrückung des Imperialismus und der Barbarei des Krieges befreit werde und endlich den Frieden in der Achtung vor den Rechten aller genieße.

Diese Überzeugung werden die sozialistischen Minister auf die gesamte Regierung übertragen. Wir werden damit deren Arbeit beleben. Wir werden diese Überzeugung auf die heldenhafte Armee, in der heute die Blüte

der Natur kämpft, übertragen. Durch ihre ausdauernde Arbeit, durch ihre flammende Begeisterung werden sie gleichermaßen das Wohl des Vaterlandes wie den Fortschritt der Menschheit sichern."

Hätten sich die Sozialisten Frankreichs mit dieser Kundgebung begnügt, so hätten sie schließlich nur dasselbe getan, wie die sozialdemokratische Fraktion in Deutschland, die durch ihre am 4. August abgegebene Erklärung auch den Willen bekundet hatte, die deutsche Regierung in der Durchführung des uns aufgezwungenen Verteidigungskrieges zu unterstützen, um „die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen". Den sehr auffälligen Unterschied in der Sprache der beiden Manifeste hätte man mit dem starken, der französischen Rasse eigenen Temperament zur Genüge erklären können. Aber die französischen Sozialisten taten mehr: sie bemühten sich, immer weitere Nationen in den Krieg hineinzuziehen, allen voran das Haupt des französischen Marxismus, Jules Guesde, der in einem Interview mit dem italienischen Syndikalisten Alceste de Ambris die italienischen Sozialisten davon zu überzeugen suchte, daß die Pflicht und das Interesse Italiens erheische, sich schleunigst dem Kriege gegen die Zentralmächte anzuschließen. Auch sein Ministerkollege Marcell Sembat und andere hervorragende französische Sozialisten haben in diesem Sinne auf Italien, Dänemark und andere Länder einzuwirken gesucht. In einem Aufsatze in der „Humanité" forderte Compère-Morell sogar ganz allgemein die Neutralen auf, sich den Ententemächten anzuschließen. Sache der deutschen Arbeiter, die der Internationale anhängen, wird es sein, zu beurteilen, ob diese Haltung der französischen Sozialisten und ihre jubelnde Freude über die Teilnahme der Senegalneger, Turkos, Sikhs und Gurkas am Kriege, die man auf die europäischen Schlachtfelder schleppte, um „Kultur und Freiheit zu verteidigen", vereinbar waren mit den Grundsätzen der Internationale.

Aber die französischen Sozialisten waren auch damit noch nicht zufrieden, sie gingen noch einige Schritte weiter, die sie den schlimmsten französischen Chauvinisten immer näher brachten. Am 21. Dezember 1914 hatte die französische Regierung in der Kammer durch den Mund Vivianis eine Erklärung abgegeben, in der dem „Kampf ohne Gnade" folgendes Ziel gesteckt wurde: „Getreu seiner Unterschrift im Vertrage vom 4. September, wo es seine Ehre und somit auch sein Leben einsetzte, wird Frankreich die Waffen erst niederlegen, wenn es das verletzte Recht gerächt, die gewaltsam geraubten Provinzen für immer an das französische Vaterland geschmiedet, das heldenmütige Belgien in der Gesamtheit seines materiellen Lebens und seiner politischen Unabhängigkeit wiederhergestellt und den preußischen Militarismus zerbrochen haben wird, um auf der Grundlage der Gerechtigkeit endlich ein neugeborenes Europa aufbauen zu können." Dieser Erklärung stimmten die offiziellen Leiter der französischen sozialistischen Partei in einer am 25. Dezember veröffentlichten Erklärung zu, nur in bezug auf die erhoffte Losreißung Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reiche machten sie die Einschränkung, daß diese beiden Provinzen freien Willens zu dem Vaterland „ihrer Wahl zurückkehren" sollten. Ed. David weist darauf hin, daß von einem freien Willen der Bevölkerung in einem eroberten und militärisch besetzten Lande nicht die Rede sein könne — heute, nach dem Kriege, ist die Bevölkerung Elsaß-Lothringens überhaupt nicht gefragt worden und das Selbstbestimmungsrecht wird nach den vierzehn Grundsätzen Wilsons und

den Bestimmungen des Versailler Schmachfriedens immer nur dann angewandt, wenn man sicher ist, daß es gegen Deutschland entscheiden wird — und fährt dann wörtlich fort: „Die französischen Sozialisten hätten aus zahlreichen Äußerungen unserer Partei wissen müssen, daß die Elsaß-Lothringische Frage für die deutschen Sozialisten schon längst keine „Frage" mehr ist. Wer dieses Land „ein Stück Frankreich" nennt, beweist damit nur, daß er weder seine Ethnographie noch seine Vergangenheit kennt[1]). Elsaß-Lothringen ist nach Abstammung, Geschichte und Sprache zu vier Fünfteln national deutsches Land. Wir sind für seine gleichberechtigte Stellung und demokratische Selbstverwaltung: aber seine Abtrennung vom deutschen **Reichsverband ist für uns ‚undiskutierbar'.**"

Als Dr. David diese Sätze schrieb, hatte er offenbar nicht in Erinnerung, daß der anerkannte Theoretiker der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Karl Kautsky, eine ganz andere Stellung zu der elsaß-lothringischen Angelegenheit eingenommen hatte und wohl auch heute noch einnimmt, die nunmehr wieder eine „Frage" geworden ist, die endgültig niemals anders als im deutschen Sinn gelöst werden kann. Kautsky, also derselbe Parteigenosse Davids, der auch die parteioffiziösen „Erläuterungen" zum ersten Teile des Erfurter Programms verfaßt hat, erwähnt in seinem großen Kommentar zum Erfurter Programm, der bereits in der 14. Auflage vorliegt, auch Elsaß-Lothringens mit einigen Sätzen. Dort heißt es auf S. 117: „Die fünf Milliarden hätte das französische Bürgertum Deutschland längst verziehen. Die Annexion von Elsaß-Lothringen kann es nicht verwinden", und weiter auf S. 118: „Letzterer (der Staatenbund) wäre vielleicht schon Tatsache geworden, hätte Deutschland sich nicht Frankreich durch Abreißung zweier Provinzen zum unversöhnlichen Gegner gemacht". Einer der geistigen Führer der Sozialdemokratie steht also auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Wiedervereinigung eines zu vier Fünftel deutschen Landes, das dem alten deutschen Reiche von Ludwig XIV. mitten im Frieden durch einen schnöden Raub schlimmster Art entrissen worden war, mit seinem deutschen Mutterlande eine Annexion, eine „Abreißung" gewesen ist. Solange Kautsky, von dem man freilich, da er Tscheche jüdischen Geblüts ist, kein deutsches Vaterlandsgefühl verlangen kann, in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands noch wie vorher ein beherrschender Einfluß zugebilligt wird, dürfte es gestattet sein, in die Aufrichtigkeit jener Worte Davids berechtigte Zweifel zu setzen.

Auch mit dem, was bisher über die feindselige Haltung der französischen Sozialisten gegen Deutschland während des Krieges mitgeteilt werden konnte, sind ihre Vergehen gegen die Grundsätze der Internationale noch lange nicht aufgezählt. So haben die französischen Genossen dem Kultus des Hasses gegen Deutschland nicht nur keinen Widerstand geleistet, sondern ihn zum Teil direkt gefördert. Dies geschah nicht nur durch empörende Einzelheiten, wie z. B. durch das Bild in der „Guerre Sociale", auf dem zwei deutsche Soldaten im Schützengraben auf herannahende französische Verwundete anlegen mit der Unterschrift: „Jetzt ist Gelegenheit, zu schießen" und der Unterschrift: „Bei den Boches", sondern die sozialistischen Mitglieder der Regierung und der Parteipresse haben auch die offiziellen Ver-

[1]) Vgl.: Wegener, Die geographischen Ursachen des Weltkrieges. Siegismund, Berlin 1920.

öffentlichungen über die angeblich von den deutschen Truppen begangenen Grausamkeiten kritiklos unterstützt.

Auch in England stellte sich die große Mehrheit der englischen Arbeitervertreter im Parlament sowie die sonstigen Führer der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen rückhaltlos auf die Seite der Regierung. Auch die streng marxistische Gruppe, die „British Socialist Party" folgte diesem Beispiel. Ihr Senior, H. M. Hyndman, scheute sich nicht, in der New York Times vom 21. Oktober 1914 die Sätze zu schreiben, die David als „wütende", wie uns scheinen will, ziemlich milde kennzeichnet. „Es war und ist ein Krieg der Selbsterhaltung gegen verräterische, infame und barbarische Angriffe durch eine überwältigende Heeresmacht." „Ich für meine Person erkläre unumwunden, daß diese französischen, belgischen und britischen antipreußischen Sozialisten absolut im Rechte sind, und ich würde, wäre ich nicht 72 Jahre alt, selbst in den Kampf ziehen . . . Glücklicherweise werden die ‚Banditti von Berlin', wie sie Herr Charles Russell (nebenbei bemerkt, damals Gouverneurskandidat der Sozialistischen Partei für New York!) nennt, aufs Haupt geschlagen werden." Derselbe Bannerträger des englischen Marxismus hat dann auch den Versuch gemacht, Italien mit in den Krieg „gegen den brutalen Militarismus von Berlin" hineinzutreiben, indem er an das italienische Blatt „Secolo" einen Brief richtete, worin er unter anderem sagte, daß Italien die Abtretung der Gebiete fordern müsse, die es mit Recht wünsche.

Das einzige Tageblatt der englischen Arbeiterbewegung, der „Daily Citizen", hat sich nach David geradezu als „chauvinistisches Hetzblatt" gebärdet mit seinen Äußerungen gegen die „deutschen Barbaren", diese „Schädlinge am Baum der Menschheit", die erbaumungslos zu vernichten seien. In das gleiche Horn hat auch der „Clarion", ein Organ des sozialistischen Bundes der Fabier, gestoßen. Dort hat besonders Robert Blatchford, der sich als Verfasser zahlreicher volkstümlicher sozialistischer Schriften einen Namen gemacht hat, Musterleistungen gehässiger Angriffe gegen die Deutschen verbrochen. Er nannte uns Deutsche eine „Rasse militärischer Banditen" und sprach von der „Wildheit des kriegstrunkenen deutschen Volkes". Wörtlich hieß es in einem gegen Bernhard Shaw gerichteten Aufsatze: „Es handelt sich nicht nur darum, daß der deutsche Soldat Kinder verstümmelt, Frauen mißbraucht und gepeinigt, alte Männer ermordet und verwundet habe, es handelt sich nicht nur darum, daß deutsche Luftschiffer Bomben auf die Straßen von Antwerpen und Ostende und Paris warfen, es handelt sich nicht nur darum, daß des Kaisers Raufbolde ein neutrales Land verwüsteten, sondern es ist auch wahr, daß die große Masse der Frauen und Männer in Deutschland halb verrückt ist durch die Gier, die Straßen Londons in Brand zu stecken und in großen Massen unbewaffnete englische Frauen und Kinder zu ermorden." Daß die Aufforderungen im „Daily Citizen" zum Eintritt ins Heer ständig mit dem Schlußsatz versehen waren: „Gott segne den König!", soll nicht unerwähnt bleiben. Dasselbe Blatt hat am 16. Februar 1915 sich über die Kriegsabsichten der Entente wie folgt ausgelassen: „Wir müssen unsere Feinde noch überwinden und vieles mag geschehen, ehe das Ende des Krieges in Sicht gebracht ist. Doch wenn die Alliierten siegreich sind, sollte es kein Zögern geben, Schadenersatz in solchem Maße zu erzwingen, daß Deutschland ruiniert ist."

Inzwischen hatten die Regierungen unserer Feinde eingesehen, daß Deutschland doch nicht so leicht zu besiegen ist, als man sich dies gedacht hatte, und da infolgedessen die Aussicht auf eine militärische Besiegung des Deutschen Reiches in immer weitere Ferne rückte, beschloß man, den Versuch zu machen, durch eine großzügige, mit reichen Mitteln und Kosten ausgestattete Propaganda das deutsche Volk und Reich von innen auszuhöhlen. Eine Karte in diesem teuflischen Spiel sollte auch die Internationale sein, die bisher schon so trefflich die Vernichtungsabsichten der Machthaber an der Seine und Themse gefördert hatte. Am 14. Februar 1915 waren auf Einladung der Britischen Sektion des Internationalen Bureaus in London 40 sozialistische Vertreter der gegen Deutschland verbündeten Länder zusammengekommen, unter ihm fast alle führenden Persönlichkeiten, wie Sembat, Vandervelde, J. Ramsay Macdonald und andere. Auf dieser Konferenz, die unter dem Vorsitze von J. Keir Hardie tagte, wurde eine lange Entschließung angenommen, die in ihrem zweiten Absatze folgende äußerst bezeichnende Stelle enthielt: „Die Sozialisten Großbritanniens, Belgiens, Frankreichs und Rußlands gehen nicht aus auf die politische und wirtschaftliche Zertrümmerung Deutschlands und Österreichs, sie führen keinen Krieg gegen die Völker Deutschlands und Österreichs, sondern nur gegen die Regierungen dieser Länder, die sie unterdrücken. Sie fordern, daß Belgien befreit und entschädigt werde. Sie verlangen, daß die Frage Polens nach den Wünschen des polnischen Volkes gelöst werde, entweder im Sinne einer Autonomie innerhalb eines anderen Staates oder im Sinne vollständiger Unabhängigkeit. Sie wünschen, daß in ganz Europa, von Elsaß-Lothringen bis zum Balkan, jene Bevölkerungen, die durch Gewalt annektiert worden sind, das Recht erhalten, frei über sich selbst zu verfügen."

Wie Ed. David mitteilt, war man anfangs in der deutschen sozialistischen Partei geneigt, in diesen Beschlüssen den Schein einer gewissen Sinneswandlung bei den französischen Genossen zu erblicken. Die deutschen Genossen, die am liebsten sofort auf jene Redensarten, daß man keinen Krieg gegen die Völker Deutschlands, sondern nur gegen die Regierungen führe, angebissen hätten, merkten in ihrer Einfalt gar nicht, daß hier ein abgekartetes Spiel zwischen den Regierungen der Entente und den Sozialisten ihrer Länder vorlag, das geradezu meisterhaft in Szene gesetzt worden war. Man hatte mit der Psyche der deutschen Sozialisten verteufelt richtig gerechnet. Hätte die Regierungspresse der Ententeländer die Londoner Beschlüsse über den grünen Klee gelobt, dann würden die deutschen Genossen vielleicht mißtrauisch geworden sein und das Spiel durchschaut haben. Der Entrüstungssturm aber, der sich in der chauvinistischen Presse namentlich gegen Guesde und Sembat erhob, die man für jene Beschlüsse verantwortlich machte, ließ die Londoner Aktion als eine ganz selbständige Leistung der französischen und englischen Sozialisten erscheinen, von denen die deutschen Sozialdemokraten erwarten durften, daß sie sich ernstlich, wie sie das im dritten Absatze jener Londoner Entschließung versichert hatten, jedem Versuche widersetzen würden, diesen Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg umzuwandeln. Und selbst, als der Berichterstatter des Pariser „Journal" den Schleier des Geheimnisses jener Londoner Zusammenkunft lüftete, vermochten die deutschen Sozialdemokraten, wenigstens die vom rechten Flügel,

immer noch nicht, den feinen Plan zu durchschauen, den David, wie seine Schilderung dieser Vorgänge zeigt, nicht ernst zu nehmen vermochte, indem er ihn mit der Bezeichnung „klug", in Gänsefüßchen, als töricht und unsinnig bei Seite schob.

Und wie sah dieser, wie leider die spätere Zukunft bewiesen hat, wirklich kluge Plan aus? Der Vertreter des Pariser „Journal" hat ihn, wie folgt, dargestellt: „Die französische These ist bekannt: Wir wollen nicht den Frieden fordern, aber das deutsche Volk dazu bringen, ihn zu fordern. Wie werden wir das anstellen? Wir werden dem deutschen Volke zunächst versichern, daß wir es als ein großes Volk ansehen, an dessen Integrität zu rühren wir uns nicht gestatten werden. Denn haben wir denn nicht den Krieg nur gemacht, um das Recht der Nationalitäten zu bewahren? Wir werden ihm endlich verständlich machen, daß wir ihm selbst nichts antun wollen, sondern dem preußischen Militarismus, dessen mehr oder minder bewußtes Opfer es selbst ist. Es ist diese Hydra und sie allein, die wir abschlagen wollen." Auch die von David angeführten, von Sembat wenige Tage vor der Londoner Konferenz gemachten Bemerkungen, daß man die durch die Zertrümmerungsdrohungen geweckten Besorgnisse der deutschen Sozialisten zerstreuen wolle, um der erhofften wachsenden Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie Wind in die Segel zu bringen, vermochten David und seine näheren Gesinnungsgenossen noch immer nicht darüber aufzuklären, daß die Entente-Regierungen Hand in Hand und in brüderlichem, einträchtigstem Zusammenwirken mit den französischen und englischen Sozialisten daran arbeiteten, das deutsche Volk, das sie militärisch nicht niederzuringen vermochten, durch eine klug eingefädelte Spekulation auf das alte deutsche Erbübel der Zwietracht und Uneinigkeit matt zu setzen.

Ja noch mehr: auch die an die deutschen Sozialdemokraten gerichteten Äußerungen des sehr einflußreichen Führers des radikal-marxistischen Flügels, Compère-Morell in der „Humanité", die lauteten: „Solange ihr nicht den Willen bekundet, ein Regime niederzuwerfen, das eine permanente Gefahr für die ganze Welt bedeutet, die es durch Gewalt beherrschen will und dessen ganze Macht durch eure Unterordnung unter seinen Willen zustande gekommen ist, solange keinen Frieden!", vermochten die damals führenden Sozialdemokraten, wenn man David zu ihnen zu rechnen berechtigt ist, von dem Ernste jener Pläne unserer Feinde ebensowenig zu überzeugen, wie die Tatsache, daß die „Humanité" alle Äußerungen der deutschen Opposition, wie das Auftreten Karl Liebknechts, die Schreiben von Rosa Luxemburg, Klara Zetkin und andere, als verheißungsvolle „signes croissantes" (wachsende Zeichen) begrüßte, und daß die sozialistische Kammerfraktion in ihrem Weihnachtsmanifest ausdrücklich auf die Uneinigkeit der Deutschen spekuliert hat. Hieß es darin doch: „Gewiß hat Liebknecht protestiert, aber wir wissen, daß es schon mehr als eine unruhige Brust gibt. Und zur selben Stunde, in der wir den Stolz haben, zugleich mit der Unabhängigkeit unserer Nation die sozialistische Sache zu verteidigen, fragen sich jene vielleicht, ob der Krieg nicht auf einem Umwege den höchsten Zweck hatte, ihren Befreiungskampf zum Ziele zu führen."

Diese Tatsachen hat Ed. David in seinem Buche mit folgenden Worten begleitet: „Die der deutschen Sozialdemokratie gestellte Zumutung, sie solle

den feindlichen Armeen die Arbeit durch eine Revolution im Inneren des Landes erleichtern, entsprach den Erwartungen, die die französischen Sozialisten von anfang an gehegt hatten. Die Belehrungen, die Engels, Liebknecht, der alte Bebel, Vollmar und andere an ihre Adresse gerichtet hatten, waren ebenso vergebens gewesen, wie die verständigen Worte von Jean Jaurès in der französischen Kammer . . . Dieselben französischen Sozialisten, die sich bemühten, die russischen Arbeiter zu veranlassen, Burgfrieden und Kampfgemeinschaft mit dem Zaren zu schließen, muteten uns zu, wir sollten unseren, das Vaterland verteidigenden Armeen in den Rücken fallen. So sehr hatte das Bündnis mit dem Zarismus ihren Geist verwirrt." Diese Worte sind geschrieben im Jahre 1915 und mögen damals — vielleicht — richtig gewesen sein. Aber schon damals hatte, was auch David anführt, die Wühlarbeit eines Karl Liebknecht, einer Rosa Luxemburg und anderer Führer des radikalen Flügels eingesetzt, der sich bald darauf in der „Unabhängigen sozialdemokratischen Partei" und in der „Kommunistischen Partei Deutschlands" eigene Organisationen geschaffen hat. Nicht ohne innere Bewegung wird man heute die — wie gern anerkannt werden soll — von starkem Vaterlandsgefühl und hohem Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Worte lesen, die Ed. David im Schlußkapitel seines Buches über die Sozialdemokratie und den Weltkrieg gesprochen hat. Und auch manche anderen Äußerungen, die aus den David nahestehenden Kreisen der sogenannten Revisionisten in den ersten Kriegsmonaten bekannt wurden, ließen in jener Zeit hochgespannter nationaler Begeisterung die in manchem guten Deutschen schon lange still gehegte Hoffnung laut werden, daß das deutsche Volk endlich im Schmelztiegel eines Krieges um sein nationales Dasein, um seine politische Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu einer geistigen Einheit zusammengeführt werden könnte. Wie ein zartes Blümlein keimte damals zum ersten Male wieder in den Herzen auch des deutschen Arbeiters, der so lange grollend und verbittert abseits gestanden hatte, das Gefühl der nationalen Gemeinbürgschaft, das beglückende Bewußtsein, daß alle Deutschen, wes Standes sie auch seien, welcher Partei sie auch angehören mochten, das einigende Band selbstloser, treuer, opferbereiter und opferfreudiger Vaterlandsliebe umschlang. Es schien, als wollte wie vor 100 Jahren ein neuer Völkerfrühling über Deutschlands Gauen sich ergießen und aus unserem Volke endlich eine auch innerlich einige Nation schmieden, wie sie die Franzosen und Engländer schon lange waren.

Doch keiner dieser Blütenträume konnte reifen: ein grausiges hartes Geschick hatte es anders bestimmt. Unsere Feinde hatten es meisterlich verstanden, den deutschen Hang, die Menschheit über das eigene Volk, die Partei über das eigene Vaterland zu stellen, durch eine raffiniert ausgeklügelte Propaganda zu fördern und zu pflegen, durch eine Propaganda, die vor keinem Mittel zurückschreckte, die Lug und Trug ebenso benutzte, wie die ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel, um weite Kreise unseres Volkes daheim wie an den Fronten irre zu machen an ihrer Überzeugung, daß sie für eine gute heilige Sache ihr Blut und Leben opferten. Noch sind die geheimen unterirdischen Minengänge nicht aufgedeckt, durch die es unseren Feinden möglich wurde, die Front des Heeres, das vier lange Jahre auf allen Schlachtfeldern den anstürmenden Feinden in einer unüberwindlichen Phalanx stand gehalten und übermenschliche Leistungen vollbracht hatte, zu unter-

wühlen, die Stimmung zu zermürben, ihm die Waffen aus der Hand zu schlagen, die bis dahin der Schrecken unserer Gegner gewesen waren. Aber wenn man die Lockungen, die in Millionen von Flugblättern über unser Feld- und Heimatheer sich ergossen, wie von unsichtbaren Händen getragen, vergleicht mit den Äußerungen, namentlich der Sozialisten Frankreichs, das ja, nachdem England das Ziel der Ausschaltung Deutschlands aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker durch den glänzenden Erfolg seiner über uns verhängten Blockade erreicht schien, die treibende Kraft aller gegen Deutschlands politische und militärische Machtstellung gerichteten Angriffe gewesen ist, dann erkennt man deutlich die Zusammenhänge der Fäden, die zur Bezwingung und Knechtung Deutschland gesponnen wurden.

Die Internationale, die zwar angeregt von französischen Sozialisten, aber begründet und ausgebaut wurde von deutschem Geiste und deutscher Organisationsfähigkeit, ist es gewesen, die als willfähriges Werkzeug der Drahtzieher der Entente den deutschen Widerstand von innen heraus unwirksam zu machen, die deutsche Kraft zu lähmen, den deutschen Geist zu verwirren verstand. Mit satanischer Bosheit wurde dem deutschen Michel ein Gaukelspiel vorgespielt, das ihn blendete und narrte, weil er in seiner gutmütigen Ehrlichkeit nur allzusehr geneigt ist, Schlechtigkeiten, die er selbst niemals begehen würde, auch anderen nicht zuzutrauen. So jagte er nur zu bereitwillig dem Phantom nach, das die Internationale wie eine schöne Seifenblase, als die es sich auch später erwies, vor seinem geistigen Auge tanzen ließ: der Krieg, den wir führen, gilt nicht dem deutschen Volke, sondern deiner Regierung. Befreie dich von ihr und du erhältst einen Frieden, der deine politische Freiheit wahrt und die Unversehrtheit deiner Grenzen. So tönte es herüber aus den Reihen unserer Feinde, die schon längst dafür gesorgt hatten, daß auch von der deutschen Heimat aus die gleichen Sirenenklänge an das Ohr unserer Tapferen vom feldgrauen Heerbann drangen, die der technischen und zahlenmäßigen Übermacht der Gegner nur noch Stand zu halten vermochten, so lange ihre geistig-sittlichen Kräfte ungebrochen waren. Daheim aber waren seit langem unterirdische Mächte tätig, die schon immer auf den Krieg gehofft hatten, der eine Revolution und damit die Aufrichtung ihrer Herrschaft im Gefolge haben sollte. Man lese z. B. die Schriften eines Kautsky, durch die sich immer wieder wie ein roter Faden der Hinweis darauf zieht, daß aus einem Kriege die Erhebung der Volksmasse hervorgehen könne, wenn die Armee gebrochen und der Leiden des Krieges satt ist und die Regierung gestürzt wird, nicht um den Krieg energischer weiter zu führen, sondern um einen zwecklosen und verderblichen Krieg mit einem Gegner zu schließen, der auch nichts besseres verlange.

So zu lesen im Kautsky-Buch „Der Weg zur Macht". Fast möchte man glauben, daß aus solchen und ähnlichen Worten, die wir bei Liebknecht und Kautsky und anderen Sozialdemokraten dieses Schlages zu Dutzenden finden, unsere Feinde die Lehre sich geholt haben für die Anwendung der Mittel zur inneren Überwindung Deutschlands, dem sie mit Waffengewalt nicht beizukommen vermochten. Daß die Drachensaat, die diese Männer ausgestreut hatten im deutschen Volke, allmählich schrecklich aufgegangen war, konnte den Feinden nicht verborgen bleiben, dank ihrer vorzüglich eingerichteten Spionage, der Deutschland nichts ähnliches entgegenzusetzen verstand. Sie waren genau unterrichtet über die Stimmung in gewissen Kreisen des deutschen

Volkes, die jahrzehntelang bewußt zu Feinden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erzogen worden waren. Die flammende Begeisterung, die in den herrlichen Augusttagen des Jahres 1914 durch das deutsche Volk zuckte und alle hinriß zu freudiger Bereitwilligkeit, zum Schutze des Vaterlandes ihr Leben aufzugeben, zu sterben, damit das Vaterland lebe, konnte wohl für einige Zeit die Macht der Lüge bannen, die alles im eigenen Lande schlecht gemacht, die Zustände aber im Auslande als vorbildlich im rosigsten Lichte geschildert hatte. Aber Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökelt für lange Jahre. Als dann die schweren Nöte dieses schwersten aller Kriege kamen, die das deutsche Volk je auszufechten hatte in seiner langen Geschichte, da wagten sich alle jene Dunkelmänner, die vor dem gleißenden Glanze vaterländischer Begeisterung für einige Zeit sich verkrochen hatten in die schützende Finsternis, wieder hervor zu neuem verderblichen Tun im Dienste fremder Ideen, die nicht geschürft waren aus den tiefen Schächten des deutschen Geistes, sondern die unserem Volke als Wildling aufgepfropft waren, seine reinen Säfte, sein Edelblut zu vermischen mit fremdem Gewächs.

Als dann die Gewalthaber der Entente mittels der Internationale ausholten zu dem seit langem bis ins kleinste und feinste ausgearbeiteten Plane, war die Stimmung der Deutschen an der Front und daheim so, wie die Feinde sie wollten. Wie in einer Betäubung schnappten wir nach dem Köder, den die Entente uns hingehalten hatte, entwaffneten das Heer, stürzten die Regierung in der Hoffnung, daß dann der Friede als lieblicher Knabe in unser Land einziehen würde, und bekamen — einen Waffenstillstand, der uns in schmachvolle Fesseln schlug, und dann fünf Viertel Jahre später einen Frieden, der den Zustand deutscher Ohnmacht, deutscher Wehr- und Ehrlosigkeit zu verewigen gedenkt.

Karl Kautsky hat an derselben Stelle, an der er die Folgen eines Krieges schildert, auch noch eine andere Folge als möglich angenommen. Es heißt dort („Der Weg zur Macht" 1909, S. 21), daß eine Revolution auch hervorgehen kann aus einer allgemeinen Empörung über einen schmählichen und verlustreichen Friedensschluß, die Armee und Volk gegen die Regierung vereinige. Was Kautsky hier sagt, kann vielleicht dereinst anders sich erfüllen, als er es von seinem Standpunkt aus gemeint hat. Am heutigen Tage, — diese Schlußworte sind am 11. Januar 1920 geschrieben — hat das deutsche Volk endlich den Frieden bekommen, nach dem es solange vergeblich sich gesehnt hatte. Noch ist den wenigsten Deutschen zum Bewußtsein gekommen, was seine Bestimmungen im einzelnen für jeden Deutschen bedeuten. Von heute an sind wir Sklaven geworden im Dienste eines harten Herrn, der diesen Sklaven noch immer fürchtet, auch wenn er ohnmächtig am Boden liegt. Er wird daher bestrebt sein, diesen Zustand der Ohnmacht zu einem dauernden zu machen. Wir werden darum fronden müssen in harter, atembeklemmender Arbeit, unermüdlich, Tag und Nacht, an Werk- und Festtagen, um die Forderungen unseres Gebieters zu erfüllen, die er immer höher schrauben wird. Denn die Früchte unserer Arbeit, die Erzeugnisse der Hand, die Gedanken, die unserem Kopfe entsprungen sind, sollen nicht uns selbst und unseren Kindern zugute kommen, damit dereinst vielleicht einmal die Morgenröte eines neuen Tages aufflammt, der uns wieder stark und kräftig zeigt. Ein starkes Deutschland liegt aber nicht im Sinne unseres

Fronherrn: er will uns niederhalten für immer und wird daher das letzte aus uns herauspressen, was wir hergeben können. Ob wir dabei seelisch und körperlich zugrunde gehen — was tut es? Wenn wir nur schuften und uns placken und schinden, solange noch ein Quentchen Blut in unseren Adern fließt, solange noch eine Muskel ihre Dienste tut. Das ist unser Schicksal, das ist der Lohn dafür, daß wir internationalen Wahnideen nachgelaufen sind, daß wir vertrauensvoll den Versicherungen unserer Feinde geglaubt haben, die niemals auch nur einen Augenblick daran dachten, zu halten, was sie versprochen hatten. Darum aber ist die Strafe, die wir erleiden, auch eine selbstverschuldete; denn wer sein Vaterland verrät, und das haben diejenigen getan, die uns wehrlos gemacht haben, ist der schlimmsten Strafe verfallen, die sich nur denken läßt: das ist, keine Nation und Ehre zu besitzen, kein Vaterland, auf das man stolz sein darf, kein Bewußtsein, einem großen mächtigen Volke anzugehören. Wer das Niederdrückende, das Schmachvolle eines solchen Zustandes nicht empfindet, der ist nicht wert, ein Deutscher zu heißen.

Jawohl, ein Deutscher! Noch dürfen wir mit Stolz uns Deutsche nennen. Noch ist nicht ausgelöscht unsere Erinnerung an die ruhmreiche Vergangenheit, an die glänzenden Taten unserer Vorfahren im Krieg und im Frieden, an die Heldensöhne, die Deutschlands Waffenruhm durch die Welt trugen, an die Fürsten im Reiche des Geistes, welche deutsche Dichtkunst, deutsche Musik, deutsche Wissenschaft ihre Strahlen leuchten ließen zur Aufhellung der dornigen Pfade, auf denen die Menschheit ihrer Höhenentwicklung entgegenkeucht. Ein Volk, das so Gewaltiges geleistet hat auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit, kann zwar sinken, vielleicht tief sinken, aber nicht vergehen, nicht verderben, wenn überhaupt, was wir glauben müssen, soll anders unser Leben Sinn und Zweck haben, eine sittliche Weltordnung über uns thront, die auf der Grundlage innerer Gerechtigkeit das Dasein der Menschheit lenkt. Wir glauben darum an einen höheren Beruf gerade des deutschen Volkes, dem die Vorsehung grollen mag, weil es sich nicht würdig erwies der Aufgaben, die sie ihm zugewiesen hatte. Und so wollen wir die Demütigung, die der „Friede“ von Versailles uns bringt, als ein gottgewolltes Verhängnis mit Würde tragen. Aber wir selbst, und nur wir allein haben es in der Hand, die über uns verhängte Strafe zeitlich abzukürzen und ihre Schwere zu mildern, wenn wir uns möglichst bald wieder auf uns selbst besinnen, wenn wir die guten Eigenschaften, die unserer Rasse eigen sind, die aber seit langem zu schlummern scheinen, wieder lebendig werden lassen in uns, wenn wir uns bewußt werden der Pflichten gegen Volk und Vaterland, die eine ruhmreiche Vergangenheit und eine große, von edlen Vätern uns überkommene Erbschaft uns auferlegen.

Das aber ist nur möglich, wenn wir den internationalen Spuk, der uns so schwere Wunden schlug, wieder von uns scheuchen wie einen häßlichen Traum, wenn wir wieder in der Sonnenhelle des nationalen Gedankens uns zusammenfinden zu einem einigen deutschen Vaterlande, an dessen Größe, Macht und Ehre wir uns wieder aufrichten wollen aus tiefster Erniedrigung. Solange die französische Trikolore auf dem Münster zu Straßburg weht, dieser echt deutschen Schöpfung eines Erwin von Steinbach, solange in der Ostmark, die schon der Deutsche Orden mit edelstem deutschen Blute gedüngt und der deutschen Kultur gewonnen hatte, der verräterische

Pole, der es niemals verstand, aus eigener Kraft schöpferisch Werte zu schaffen, das Deutschtum vergewaltigt, solange das Muttergottesbild auf der Marienburg, diesem herrlichsten Profanbau des deutschen Mittelalters, das schmerzerfüllte Auge auf polnisch gewordene Gefilde senkt, solange im alten deutschen Rhein, der Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze ist, noch irgendein schwarzer, brauner oder weißer Feind seine Rosse tränkt — so lange wird das deutsche Volk in Schmerz und Trauer verharren ob der unserem Vaterlande zugefügten Schmach. Nur unbegrenzte, tief innerliche Vaterlandsliebe kann uns befreien von dieser Schmach, von fremder Knechtschaft, von schimpflicher Fron. Darum darf auch der deutsche Arbeiter nicht abseits stehen, wenn es gilt, diese Vaterlandsliebe zu betätigen in Opfern an Gut und Blut. Auch er hat ein Vaterland, auch er ist ein Sohn der großen Mutter Germania, die uns alle umfängt in Liebe und Treue, die ihre Söhne, unsere Brüder, die uns vorerst verloren gegangen sind, nicht verkommen lassen darf unter fremdem Joch. Darum, deutscher Arbeiter, wirf auch du, der du noch befangen bist in eitlem Wahn nebelhafter Weltverbrüderungsideen, die Fesseln fremden Geistes von dir, besinne dich auch du auf dein Deutschtum und folge der heiligen Mahnung unseres größten Dichters:

Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an,
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen,
Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft;
Dort in der fremden Welt stehst du allein,
Ein schwankes Rohr, das jeder Sturm zerbricht.

VI.

Die deutsche Revolution.

Die Revolution vom 9. November 1918, die der ehemalige Staatssekretär im Reichsernährungsamt, Dr. August Müller, die ideenloseste Revolution nennt, welche die Geschichte kennt, hatte der Sozialdemokratischen Partei zwar nicht die Alleinherrschaft gebracht, aber ihr doch zunächst den allein maßgebenden Einfluß in der demokratisch-sozialistischen Koalitionsregierung gesichert. In einem mehr als 50jährigen Klassenkampfe, der in der Anwendung seiner agitatorischen Mittel sich durch keine Gewissensbedenken beschwert fühlte, war von dieser Partei den Massen in Herz und Hirn gehämmert worden, daß gegen alle sozialen Übel der Welt nur ein Kraut gewachsen sei: der Sozialismus. Was Wunder, daß in dem Augenblicke, wo die Partei ans Ruder kam, die sich zur Trägerin der sozialistischen Ideen gemacht hatte, die auf ihrem Boden stehende Arbeiterschaft auch die schleunige Durchführung der im ersten theoretischen Teile des Erfurter Programms enthaltenen Punkte forderte, nachdem dessen zweiter Teil durch die politischen Folgen der Revolution zum größten Teil verwirklicht worden war. Dort ist, wie wir wissen, klar und deutlich zu lesen, daß nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln, also sie allein, für die bisher ausgebeuteten Klassen zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger

harmonischer Vervollkommnung werden könne. Warum also mit der Anwendung dieses alleinigen Mittels zur Massenbeglückung noch länger zögern, nachdem die bisherige Staatsordnung durch die Revolution in Trümmer geschlagen war? Jetzt auf einmal wurde der Ruf laut nach der „Sozialisierung", ein Wort, das in der älteren sozialistischen Literatur immer nur in theoretischem Sinne gebraucht worden war und nichts anderes besagen sollte, als daß die sozialistische Gesellschaftsordnung ein Ergebnis der ökonomischen Entwicklung sein werde, das mit Naturnotwendigkeit aus der kapitalistischen Gesellschaft herauswachsen müsse. Ob diese Entwicklung in Jahren, in Jahrzehnten oder gar erst in Jahrhunderten sich vollziehen werde, blieb dahingestellt, jedenfalls haben die geistigen Väter der Sozialdemokratie, haben Marx und Engels niemals einen Zweifel daran gelassen, daß, entsprechend der materialistischen Geschichtsauffassung, der Prozeß der Sozialisierung unmöglich in wenigen Monaten durch irgendwelche, vom Willen der Menschen entscheidend beeinflußte Gesetzgebungsakte durchzuführen sei.

Aber der Rationalismus ist nun einmal, wie Dr. August Müller in seiner sehr lesenswerten, von vielen klugen und vernünftigen Gedanken angefüllten Schrift: „Sozialisierung oder Sozialismus?" treffend bemerkt, nicht die Weltanschauung des Mannes auf der Straße. Wünsche, Gefühle und Phantastik geben seinem Streben viel mehr die Richtung, als vernünftige Überlegung, und naive Gläubigkeit an die soziale Wunderkraft des Sozialismus zeichnet ihn mehr aus, als die Erkenntnis der zeitlichen und wirtschaftlichen Schranken, die dem mit der sozialen Weiterentwicklung beschäftigten Menschenwillen gesetzt sind. Und als die mehrheitssozialistische Regierung zunächst keine Anstalten machte, mit dem „Sozialisieren" — ein Wort übrigens, das die vorrevolutionäre Literatur der Sozialdemokratie überhaupt nicht kannte — zu beginnen, zettelten die sozialdemokratischen Arbeiter Streiks über Streiks an, um die Sozialisierung endlich durchzusetzen. Von Anfang an stand die Regierung, die dem deutschen Volke durch die Revolution beschert worden war, völlig hilflos all den Problemen gegenüber, die der politische Umsturz aufgerollt hatte. Die Massen, die in ihren Köpfen mit der Revolution die Vorstellung von möglichst hohen Löhnen und möglichst geringen Arbeitsleistungen verbanden, verlangten gebieterisch die Erfüllung der Forderungen des Erfurter Programms, die sozialistische Regierung aber mußte bald erkennen, daß seine Durchführung keine Verwirklichung des Sozialismus sein, sondern zu einer völligen Atomisierung unseres Wirtschaftslebens führen würde.

Und in dieser Erkenntnis werden heute schon Stimmen laut innerhalb der Sozialdemokratie, die ihre Anhänger und die Welt glauben machen wollen, daß man die Revolution, deren Auswirkungen politischer und wirtschaftlicher Natur die am 9. November zur Herrschaft gelangten Machthaber völlig kopf- und ratlos gemacht haben, nicht gewollt habe. Eine lahme Entschuldigung für eine Partei, die im letzten halben Jahrhundert den ihr blind folgenden Massen in Wort und Schrift und Tag für Tag vorgeredet hatte, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische „Ausbeutung" sein naturnotwendiges Ziel in der Eroberung der politischen Macht haben müsse, da der Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit auf einem anderen Wege nicht zu erreichen sei. Eine solche Ausrede war zugleich aber auch eine Heuchelei von nicht gewöhnlichem Ausmaße, war doch von führen-

den Männern der Partei im ersten Stolze auf das Gelingen des Umsturzes und in dem Rausche der Eitelkeit, an diesem Weltgeschehen an erster Stelle tätig mitgeholfen zu haben, offen zugegeben worden, daß man getreu den Grundsätzen eines Marx und Kautsky, die von den Erschütterungen eines gewaltigen Krieges das meiste für eine rasche Erfüllung ihrer revolutionären Ziele erhofft hatten, von Anbeginn des Weltkrieges an trotz allem Bekenntnis, daß die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stiche lassen werde, und trotz aller Bewilligung der ersten Kriegskredite daran gearbeitet habe, die Begleiterscheinungen eines solchen Daseinskampfes des Vaterlandes nach Kräften für die selbstsüchtige Förderung der eigenen Parteizwecke auszumünzen.

In dem edlen Wettstreite darüber, welche von den beiden sozialistischen Parteien das größte Verdienst an dem Zustandekommen der Revolution sich beimessen dürfe, ist mancherlei ans Tageslicht gekommen, was man in seines Busens Schrein am liebsten ganz verborgen hätte. Herr Ledebour, der den Ehrgeiz hat, von der Nachwelt mit dem Lorbeer des Monarchenstürzers bekränzt zu werden, hat rücksichtslos den Schleier fortgerissen, der vor den Vorgängen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in der Nacht vom 8. zum 9. November schwebte. In jener dunklen Nacht, die dem dunkelsten Tage in der deutschen Geschichte voranging, waren die Unabhängigen in ihrem Fraktionszimmer im Reichstage vollzählig versammelt. Da erschienen Vertreter der Mehrheitssozialisten, die Herren Scheidemann, Ebert und David bei ihnen, um mit den Unabhängigen, zu einer Stunde also, in der die Ausrufung der Republik noch nicht erfolgt war, über die Verteilung der Regierungsgewalt zu verhandeln. „Wir waren längst bereit", hat Herr Scheidemann später bekannt. „Am Abend vor der Revolution waren unsere Vertrauensleute beisammen, und es war uns klar: werden unsere Forderungen nicht heute noch erfüllt, so marschieren morgen die Arbeiter." Aber derselbe Herr Scheidemann hat weiterhin bekannt, daß er von der vierten Woche des Krieges an den Kampf gegen den Krieg aufgenommen habe.

Daß diese Bekenntnisse Scheidemanns nicht etwa nur der Ausfluß von Eitelkeit und Großmannssucht waren, sondern den wirklichen Tatsachen entsprechen, ist heute zur Genüge bekannt. Bereits im Jahre 1916 hatte die Untergrabung des Geistes an der Front begonnen. Richard Müller, der „Leichenmüller", so genannt wegen seiner Äußerung: „Nur über meine Leiche führt der Weg zur Nationalversammlung", hat in seinem Bericht vom 18. Dezember 1918 an den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte offen zugegeben, daß die Vorbereitungen zur Revolution schon im Juli 1916 getroffen worden waren. Die damit einsetzende Wühlarbeit hatte den Erfolg, daß schon im Sommer 1917 in der Marine sich mehrfache Akte offener Auflehnung ereigneten, bei denen unter anderem der Kommandant des Linienschiffes „König" und ebenso sein erster Offizier über Bord geworfen wurden und ertranken. Zwei Matrosen wurden erschossen und viele andere zu schweren Strafen verurteilt. Bei der Untersuchung über die Vorfälle, über deren Einzelheiten leider bis zur Stunde der Öffentlichkeit keine näheren Mitteilungen gemacht worden sind, wurde bekannt, daß die Rädelsführer Druckschriften von den Unabhängigen bezogen hatten und daß Abgesandte der aufrührerischen Mannschaften in einen vertraulichen Verkehr mit dem Reichstagsabgeordneten Haase, Vogtherr und Dittmann getreten waren. In offener Reichstags-

sitzung haben später diese Abgeordneten ihre verschwörerische Tätigkeit in zynischer Weise zugegeben, ohne daß die schwache Regierung es gewagt hätte, diese „Volksvertreter" den Gerichten zur Strafverfolgung zu überantworten.

Diese Wühlarbeit unter den Angehörigen des Feldheeres und der Marine scheint mit dem Beginn des Jahres 1918 besonders kräftig eingesetzt zu haben. Näheres hierüber hat nach Dr. E. Jenny: „Die Errungenschaften der Revolution" der Unabhängige Albert Vater mitgeteilt, der vorübergehend Polizeipräsident in Magdeburg war und später die Aufhebung des mehrheitssozialistischen Ministers Landsberg und dessen Verschleppung nach Braunschweig versuchte, eine Tat, für die er inzwischen zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Dieser Mann hat über diese Propaganda folgendes erzählt: „Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar 1918 haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet — die Arbeit war schwierig und gefahrvoll zugleich. Wir haben sie mit vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis bezahlt. Die Partei hat eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führen, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat sich gelohnt. Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt, die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftslosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen." Der englische General Maurice hatte also nur zu sehr recht, als er das harte, aber wahre Wort aussprach: „Deutschlands Heer ist von rückwärts erdolcht worden."

Bei dieser Zermürbung der Front hat auch der Spartakusbund mit allen Kräften mitgewirkt. Dieser Bund hatte sich bereits im April 1917 innerhalb der Partei der Unabhängigen gebildet. Er stand unter der Leitung von Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und verfolgte das Ziel, eine Revolution nach russischem Muster in Szene zu setzen und dann, wenn dies gelungen, seine eigene Diktatur einzusetzen. Die Mitverantwortung für alles, was von dieser Seite aus geschah, um die Revolution vorzubereiten, wird die Geschichte der Partei der Mehrheitssozialisten nicht abnehmen können, geschah es doch auf das nachdrückliche Betreiben eines ihrer Hauptführer, nämlich Scheidemanns, daß Karl Liebknecht, der sich durch eine Friedensdemonstration auf dem Potsdamer Platze in Berlin eine mehrjährige Zuchthausstrafe zugezogen hatte, in Freiheit gesetzt wurde und damit die Möglichkeit bekam, ungehindert seine ganze Kraft für die Vorbereitung der Revolution einzusetzen. Am 7. Oktober 1918 veranstaltete der Spartakusbund eine Reichskonferenz in Gotha, in der die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten an allen Orten Deutschlands beschlossen wurde. Zur Durchführung dieses Planes schloß er sich mit den Links-Unabhängigen zusammen, die gegen Ende Oktober mit großen Waffenankäufen begannen. Das Geld dazu hatte die russische Bolschewistenregierung geliefert. (S. Friedrich Stampfer: „Der 9. November", Berlin 1919, Seite 17.)

Den stärksten Anteil an der Vorbereitung der Revolution dürfte der spätere Vorsitzende der ersten Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Emil Barth, gehabt haben, der in einer 158 Seiten starken Schrift, die

den Titel führt: „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution“ und ein psychologisches und weltgeschichtliches Dokument von ungewöhnlicher Bedeutung ist, bis in alle Einzelheiten seine und seiner eigenen Freunde Tätigkeit für die Organisierung der deutschen Revolution geschildert hat. Dieses Buch liefert den besten Gegenbeweis für die Behauptung, daß Revolutionen ganz von selbst kommen und lediglich der Ausdruck einer bestimmten Entwicklung der politischen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse seien. Zu Beginn seiner Schrift macht sich Barth über die Theoretiker des Sozialismus geradezu lustig, die da nachweisen wollten, daß es nur so, wie es kam, hätte kommen können, weil eben die gegebenen Voraussetzungen gar keine anderen Wirkungen entstehen lassen konnten. Barth nennt einen solchen Standpunkt „eine wissenschaftlich garnierte Lebensfremdheit“, die jeder Wirklichkeit widerspräche. Das Gegenteil ist, so meint er, die Wahrheit, und er stellt an die Spitze seiner Darstellung den lapidaren Satz: Revolutionen werden gemacht! Dieser Mann, der von sich behauptet, im Verein mit wenigen Gesinnungsgenossen, wie Däumig und Paul Eckert, die deutsche Revolution ins Werk gesetzt zu haben, war nach dem Eindruck, den sein Buch in jedem seiner Sätze macht, von einer unheimlichen Aktivität und einem gelegentlich bis zum Wahnsinne gesteigerten revolutionären Feuer durchglüht, das ihn zu jedem Opfer, auch dem des eigenen Lebens, jederzeit bereit machte. Mit Worten der Verachtung spricht er von der Masse, die nur aus Erfolganbetern bestehe, wetterwendisch und unberechenbar, vor allem kein Fels sei, auf dem zu bauen wäre, und sein Buch zeigt es auf jeder Seite, was unter Umständen ein einzelner Mann, der von einem stählernen Willen getragen wird, auch gegen eine Welt von Hindernissen zu erreichen vermag. Man wird daher nicht ohne Bedauern und Wehmut die Angaben lesen, die Barth in seiner Schrift über die Vorbereitungen zu dem Berliner Streik vom Januar 1919 macht. Es waren Richard Müller, Paul Eckert und noch einige andere Genossen aus der mittleren Verwaltung des Metallarbeiterverbandes (des erweiterten Vorstandes), die mit dem Parteivorstand der Unabhängigen in Verhandlungen traten, durch einen mit seiner Unterschrift gezeichneten Aufruf die Berliner Arbeiterschaft zu einer allgemeinen Massenaktion aufzufordern. Dieser Aufruf wurde entworfen — Barth nennt ihn allerdings „lendenlahm“ — und die Bewegung so vorbereitet, daß am Sonntag, den 27. Januar, in Branchenkonferenzen und Branchenversammlungen der Streik zum anderen Morgen beschlossen wurde. Am Mittwoch hatte eine Vorbesprechung stattgefunden, an der auch ein Spartakist teilnahm, und schon am Freitag wurde von den Spartakisten ein Flugblatt mit der Aufforderung zum Generalstreik am Montag verbreitet. Barth äußert sich über dieses eigenmächtige Vorgehen der Spartakisten sehr entrüstet, nennt es eine „frevelhafte, an Verrat grenzende Leichtfertigkeit“, die von dem Bestreben diktiert war, sich die Urheberschaft an der Aktion zuschreiben zu können, und fährt dann fort: „Hätte das Oberkommando, hierdurch gewarnt, den verstärkten Belagerungszustand verhängt, die Betriebe militarisiert, Standgerichte errichtet, dann wäre die Bewegung erledigt gewesen.“ Doch, so fügt Barth hinzu, „glücklicherweise kam dies nicht“, und so konnte der Streik, an dem allein in Berlin 600 000 Arbeiter teilgenommen hatten, dem sich in den großen Industriezentren des Reiches ähnlich starke Massen anschlossen, vor sich gehen, der dann zwar abbröckelte, nachdem es am Donnerstag an mehreren Stellen

zu Blutvergießen gekommen und am gleichen Tage der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden war, der aber doch, wie Barth triumphierend schreibt, den „Herrschenden und Besitzenden das Grollen in der Tiefe und erneut die Geburtswehen der Revolution angezeigt hatte".

Am Sonnabend, den 9. Februar 1918, fand im Norden Berlins eine Sitzung aller noch in Berlin befindlichen oppositionellen Obleute der illegalen Bewegung statt, zu der 18 Personen erschienen. Emil Barth wurde zum Vorsitzenden gewählt, und er nahm sofort das Wort zu einer längeren Ansprache, aus der zur Kennzeichnung dieses Mannes und der ganzen Bewegung einige Sätze mitgeteilt sein mögen. Barth führte aus:

„Ich lehne ab, den 50 Jahre betriebenen Betrug der Massen fortzuführen, indem ich so tue, als ob ich etwas täte.

Ich bin nur bereit, den Vorsitz zu übernehmen, wenn es vorbei ist mit kleinen, engesteckte Ziele verfolgenden Bewegungen, wenn Sie geloben, mit mir Ihr ganzes Ich selbstlos einzusetzen für eine ausgesprochene revolutionäre Bewegung, revolutionär in ihren Zielen, ihrer Organisation und ihren Kampfmitteln.

Das Ziel ist der proletarische Friede, d. h. der vom Proletariat erzwungene Friede, das ist Sozialismus, das ist die Diktatur des Proletariats.

Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn Sie bewußt und konsequent jede Stunde bereit sind, Ihr Leben für die große gewaltige Idee in die Schanze zu schlagen, wenn Sie erkennen und danach handeln, daß in diesem gewaltigen Kampfe der Menschheit gegen die grausamste Bestie, die Bestie Mensch, nur rücksichtsloseste Rücksichtslosigkeit zum Ziele zu führen vermag. Nur wenn Sie klar erkennen, daß Sie alle Brücken hinter sich abzubrechen haben, daß Sie jedwedes patriotisches Gefühl nicht nur aus dem Herzen zu reißen, sondern auch mit Ihrem Hasse zu verfolgen haben. Denn dieses teuflischste aller Gifte sät nicht nur Haß und Zwietracht unter die aufeinander angewiesenen Völker, sondern auch Mord und Hungersnot, Verwüstung und Brandschatzung, und es bewirkt dauernd die Ausbeutung der arbeitenden Massen.

Um das Ziel der Diktatur des Proletariats zu erreichen, müssen Gedanken, nicht Gefühle auf ein einheitliches Ziel gerichtet sein. Dieses Glück ist die zerstörende, ausrottende, vernichtende und dann aufbauende, Glück und Freiheit, Friede und Wohlfahrt spendende Revolution."

Und diese Revolution kam dann am 9. November desselben Jahres — wie, ist allgemein bekannt. In zahllosen Kundgebungen und in Millionen von Flugblättern, die wahllos hinausgeworfen wurden unter die Masse, ließ die neue Regierung erklären, Sozialismus sei Friede und Freiheit, sei Arbeit und Brot. Wären die Worte, die damals auf das deutsche Volk herniederprasselten wie ein Platzregen und ihm den Himmel auf Erden versprachen, Taten gewesen, Deutschland wäre das glücklichste Land geworden unter der Sonne. Sehr bald aber erwiesen sich all die schönen Versprechungen als eitel Blendwerk, als Schaumschlägereien, hinter denen das graue Elend gähnte und ein Abgrund sich auftat, in dem das deutsche Volk zu versinken droht, wenn es nicht bald sich ermannt und aufwacht aus dem Taumel des Revolutionsrausches zur harten Wirklichkeit und zur Selbstbesinnung auf die Tugenden, die es groß und angesehen gemacht haben in der ganzen Welt: Arbeitsamkeit und Fleiß, Pflichttreue und Ordnung, Anstand und Ehrlichkeit.

Diejenigen, die da meinten, dem deutschen Volk versprechen zu können, daß es den ersehnten Frieden ohne Entschädigung und Annektion haben werde, wenn es sich nur den Wünschen unserer Gegner nach einer Demokratisierung unserer innerpolitischen Verhältnisse gefügig zeige, hatten die wahre

Bedeutung und die inneren Gründe, die zum Weltkriege geführt hatten, überhaupt noch nicht erkannt oder sie verschlossen aus parteipolitischen Rücksichten, aus Rücksichten auf die Agitation sich absichtlich der Erkenntnis, daß das gewaltige Weltenringen nichts anderes gewesen ist als der blutige Abschluß eines Wirtschaftskrieges, der schon Jahrzehnte gedauert hatte und mit unblutigen, aber oft genug nicht minder schwere Wunden schlagenden Waffen gegen den deutschen Wirtschaftskörper geführt worden war. Wir haben bereits an anderer Stelle bei der Besprechung der Haltung der Sozialdemokratie zur Frage des Schutzzolles einige Zahlen von der gewaltigen Entwicklung des deutschen Handels- und Gewerbefleißes gegeben, deren Bedeutung für die Beurteilung der „Schuld" am Weltkriege aber erst dann voll in die Erscheinung tritt, wenn man sie mit den entsprechenden Ziffern für England vergleicht.

Der Gesamthandel Deutschlands hatte in Ein- und Ausfuhr im Jahre 1887 einen Wert von über 6 Milliarden M., im Jahre 1912 dagegen einen solchen von 19,6 Milliarden, ja, er hatte im Jahre 1913 sogar die gewaltige Höhe von 21 Milliarden M. erreicht. Der Handel Englands dagegen betrug im Jahre 1887 10,7 Milliarden M., 1912 aber erst 22,8 Milliarden; es hatte mithin der deutsche Außenhandel in den Jahren 1887 bis 1912 eine Zunahme von 225 v. H. aufzuweisen, während der Handel Englands sich im gleichen Zeitraume nur um 113,2 v. H. vermehrt hatte. Auch der Außenhandel der Vereinigten Staaten von Nordamerika war in jenen Jahren nur um 173 v. H., der Frankreichs sogar nur um 98 v. H. gewachsen. Die gleiche Erscheinung eines erheblichen, beim Roheisen sogar besonders auffälligen Vorsprungs der deutschen Produktion vor der englischen zeigt die folgende Gegenüberstellung der Leistungen auf den Hauptproduktionsgebieten der beiden Nebenbuhler:

1. Kohlengewinnung (Stein- und Braunkohlen)

	Deutschland		England	
1892:	92 544 000	Tonnen	184 704 000	Tonnen
1912:	255 816 000	„	264 595 000	„

2. Eisenerzgewinnung

1892:	11 539 000	Tonnen	11 494 800	Tonnen
1912:	32 692 000	„	14 011 700	„

3. Roheisengewinnung

1892:	4 937 000	Tonnen	6 817 000	Tonnen
1912:	17 617 000	„	9 031 000	„

4. Kupfererzgewinnung

1892:	567 700	Tonnen	6 400	Tonnen
1912:	969 300	„	1 900	„

5. Kupfergewinnung

1892:	25 400	Tonnen	(1897) 58 400	Tonnen
1912:	45 500	„	63 200	„

6. Bleierzgewinnung

1892:	163 400	Tonnen	40 700	Tonnen
1912:	142 800	„	25 700	„

7. Bleigewinnung

1892:	101 200	Tonnen	44 900	Tonnen
1912:	180 800	„	29 000	„

8. Zinkerzgewinnung

	Deutschland		England	
1892:	800 200	Tonnen	24 300	Tonnen
1912:	643 600	„	18 000	„

9. Zinkgewinnung

1892:	139 500	Tonnen	(1897) 23 800	Tonnen
1912:	269 200	„	57 200	„

Wie wir sehen, betrug im Jahre 1892 die deutsche Kohlengewinnung erst etwa die Hälfte der englischen, während 20 Jahre später Deutschland England fast erreicht hatte und dieses sicherlich binnen kurzem überflügelt haben würde, wenn der Weltkrieg dieser Entwicklung nicht ein jähes Ende bereitet hätte. War doch seit dem Jahre 1907 die englische Kohlenförderung ziemlich zum Stillstand gekommen, während die deutsche gerade in den letzten sieben Jahren vor dem Kriege sowohl absolut wie relativ eine große Vermehrung ihrer Kohlengewinnung aufzuweisen hatte. In jenem Zeitraum von 20 Jahren konnte Deutschland seine Kohlenförderung um nicht weniger als 176,4 v. H. steigern, während in England diese Steigerung nur 43,2 v. H. betrug.

Ganz besonders stark hat Deutschland auf dem Gebiete der Eisenerzgewinnung, namentlich aber der Roheisenproduktion, England überflügelt. Jene stieg in den 20 Jahren um 183,3 v. H., diese sogar um 277 v. H., während England sich mit einem Fortschritte von 21,8 v. H. und von 32,4 v. H. begnügen mußte. Absolut genommen war die Förderung an Eisenerzen in beiden Ländern im Jahre 1892 ziemlich gleich, während 20 Jahre später die englische Produktion noch nicht einmal die Hälfte der deutschen ausmachte und bei der Roheisenherstellung nur wenig mehr als die Hälfte. Auch auf diesen beiden Produktionsgebieten war seit 1906 und 1907 sogar ein Rückgang auf englischer Seite zu beobachten, während die deutsche Förderung ein gleichmäßig starkes Anwachsen aufwies. Bei der Kupfer-, Blei- und Zinkerzgewinnung ist von vornherein das deutsche Übergewicht so stark, daß England damit auch nicht entfernt in Wettbewerb zu treten vermag.

Neid und Mißgunst gegen einen unbequemen Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiete also waren es, die schon Jahrzehnte vor dem Weltkriege Englands auswärtige Politik bestimmt hatten. England mußte fürchten, durch das Vordringen des deutschen Handels und die gewaltigen Leistungen der deutschen Industrie in seiner Weltherrschaft bedroht und damit an seinem Lebensnerv getroffen zu werden. Wie eine der bekanntesten englischen Zeitschriften, die „Saturday Review", eines Tages schrieb, wenn Deutschland morgen vernichtet würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer, der nicht um so reicher wäre, so hatten ganz aus derselben Überzeugung heraus zahlreiche englische Zeitschriften schon Jahre vor Kriegsausbruch immer wieder und wieder Aufsätze veröffentlicht, die in der Forderung gipfelten, daß Deutschland vernichtet werden müsse. Und lange bevor das deutsche Flottengesetz, das eine große Beunruhigung in England hervorgerufen haben sollte, unter Dach und Fach gekommen war, hatte sich, was uns Deutschen immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden muß, auf englischem Boden eine politische Gruppe gebildet, die das gleiche Wort: Germaniam esse delendam zu ihrem Feldgeschrei erhoben hatte. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung wurde, je schöner diese Blüte am Baume des deutschen Wirtschafts-

lebens sich entfaltete, für England immer mehr der Stein des Anstoßes, den es früher oder später, so oder so, aus dem Wege zu räumen fest entschlossen war. Nicht der Militarismus war es, gegen den England mit seinen Vasallen zu Felde zog, er war nur die Kulisse, hinter der sich der Kampf abspielen sollte gegen einen ganz anderen Feind, den man seit langem mit glühendem Hasse verfolgte, den deutschen „Kommerzialismus", der jedem Engländer, ohne Ansehen des Standes und der Parteirichtung, schlaflose Nächte bereitete, wenn ihn der Alb des deutschen Wettbewerbes drückte. Nachdem Englands Kriegsziele erreicht waren, hat man offen zugegeben, daß nicht so sehr der deutsche Militarismus, als vielmehr der deutsche Kommerzialismus die „Verantwortung" trug für den Ausbruch des Krieges. Die „Financial News" sind es gewesen, die am 30. November 1918 diese Tatsache hervorhoben und dazu bemerkten: „Mit Recht jubeln wir jetzt über den vernichtenden, gegen den Militarismus geführten Schlag, wir müssen uns aber hüten, vorzeitig ‚Sieg' zu rufen, bis den Kommerzialismus, der den Militarismus hervorbrachte, ein ebenso entscheidender Schlag am Tische der Friedenskonferenz getroffen hat."

In der Tat hat das Verhalten unserer Feinde, das in der Hauptsache von den wirtschaftlichen Wünschen Englands diktiert gewesen ist, in jeder Stunde, die dem schmachvollen Waffenstillstand folgte, immer wieder den Beweis dafür erbracht, daß es England, Frankreich und Amerika darauf ankommt, Deutschland für Jahrzehnte, wenn nicht für immer in wirtschaftliche Fesseln zu schlagen, aus denen es sich nicht wieder befreien kann. Das zeigte die Aufrechterhaltung der Blockade auch während des Waffenstillstandes, die zielbewußte Unterbindung des Wirtschaftsverkehrs zwischen Deutschland und den Neutralen, zeigten die immer neuen wirtschaftlichen Knebelungen bei der jedesmaligen Erneuerung des Waffenstillstandes, zeigten besonders die unerhörten finanziellen Zumutungen beim Abschluß des Trierer Finanzabkommens vom Dezember 1918. Alle Dispositionen über den Goldschatz der Reichsbank, über Devisen und Auslandsguthaben, sogar die Versendung ausländischer Wertpapiere nach dem Auslande waren fortan nur noch mit einer besonderen, für jeden einzelnen Fall einzuholenden Erlaubnis der Alliierten gestattet. In dem fortgesetzten Hinausschieben des endgültigen Friedens lag teuflisches System: nicht nur, daß dadurch Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Kräfte immer von neuem aufs tiefste erschüttert wurden, man gewann durch diese Taktik auch Zeit, die weltwirtschaftliche Absperrung des deutschen Handels und der deutschen Industrie von ihren früheren Absatzmärkten so lückenlos durchzuführen, daß beim endlichen Friedensschluß Deutschland in der ganzen Welt nur noch verschlossene Türen und Plätze vorfand, die nunmehr von anderen, von Engländern und Amerikanern, voraussichtlich für immer, besetzt waren.

In dieser Weise ging es weiter: im Februar 1919 ein neuer Waffenstillstand, der alle drei Tage gekündigt werden konnte und der zum Unrecht auch noch den Schimpf führte. Der unstillbare Rachedurst und grausame Vernichtungswille Frankreichs labten sich daran, Deutschland nicht nur eines wirtschaftlichen, sondern auch eines moralischen Todes sterben zu sehen, jenes Deutschland, das durch das im Nervenzusammenbruch gemachte Angebot vom 5. November 1918 die selbstmörderische Zertrümmerung seines Heeres noch vor Beginn der Friedensverhandlungen und nicht zuletzt durch die Revo-

lution mit allen ihren entsetzlichen Folgen so wehr- und ehrlos geworden war, daß es sich neben allen politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigungen auch noch einen Ton auf seiten seiner Feinde gefallen lassen mußte, der uns immer wieder zum Bewußtsein bringen sollte, daß man im deutschen Volk nicht etwa einen zwar besiegten, aber ebenbürtigen und achtungswürdigen Gegner erblickte, sondern ein verächtliches Strafvolk, das vor aller Welt mit dem Makel gesellschaftlicher Minderwertigkeit behaftet dasteht. Das war der Friede, den die Männer vom 9. November uns bescherten, und als dann endlich nach langem Harren und langem Bangen der schwarze Tag anbrach, an dem der Friede von Versailles unterzeichnet wurde, ohne daß wir die Möglichkeit gehabt hatten, über seine Bedingungen im einzelnen zu verhandeln, da war es ein Friede geworden, der mit Unrecht diesen Namen trug, weil seine Bestimmungen nichts anderes bedeuteten, als die Verewigung eines Kriegszustandes, der, um mit den Worten eines Sozialdemokraten, des Ministers Dr. Südekum, zu sprechen, „das deutsche Volk zu vollständiger Kulturlosigkeit und Verblödung verurteilt".

Das deutsche Volk! Also nicht den einen oder anderen Berufsstand, diese oder jene Gesellschaftsschicht, sondern die Gesamtheit der innerhalb der Grenze des Deutschen Reiches wohnenden deutschen Staatsbürger, mithin den Arbeiter ebenso wie den Unternehmer, die Reichen ebenso wie die Armen. Dieser Tatsache muß sich ganz besonders der deutsche Arbeiter bewußt werden, dem man während der vier Kriegsjahre, um den Siegeswillen in ihm zu töten und die Opferfreudigkeit, für die Größe und Macht des Vaterlandes und die Ehre des deutschen Namens alles, auch das höchste, sein eigenes Leben einzusetzen, immer wieder vorgeredet hat, daß der Kampf der Entente nicht dem deutschen Volke als solchem, sondern nur den „Militaristen" und „Annexionisten" gelte, die schuld an diesem fürchterlichen Blutvergießen seien. Wenn Verfasser seinen Zuhörern in den Wahlversammlungen die wirtschaftlichen Entstehungsursachen des Weltkrieges schilderte, dann wurde ihm oft entgegengehalten, daß Deutschland es ja in der Hand gehabt hätte, den Neid Englands zu vermeiden, wenn es keine imperialistische Politik betrieben, sondern auf eine größere Weltgeltung verzichtet hätte. Und leider nicht nur von sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern hat man solche Äußerungen hören müssen, auch in den Schriften von Männern mit hoher geistiger Bildung, die politisch sich den bürgerlichen Parteien zurechnen, waren gelegentlich ähnliche Gedankengänge zu lesen. Dem Deutschen geht in seiner Mehrzahl leider immer noch eine Fähigkeit ab, die in England seit langem Gemeingut aller Volksgenossen ist, nämlich in Jahrhunderten und in Weltteilen zu denken. Daß Deutschland, nachdem es seine politische und nationale Einigkeit auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Frankreichs errungen hatte, nach Jahrzehnte langen, schweren innerpolitischen Kämpfen nur einer zwangsläufigen Entwicklung folgte, als es seine Handelsflagge über die Meere trug, wird immer noch in weiten Kreisen unseres Volkes übersehen. Deutschland erfreute sich in den 70er Jahren einer ziemlich starken Volksvermehrung, die unserem Volke einen jährlichen Zuwachs von rund einer Million Menschen eintrug. Aber das Wirtschaftsleben stockte, in der Kohlen- und Eisenindustrie herrschten trostlose Zustände: 95 Werke, die ein Kapital von 440 000 000 M. darstellten — eine für die damalige Zeit gewaltige Summe —, arbeiteten laut ihren Rechnungsausweisen vom Jahre 1874—1876 mit einer Unterbilanz von

21 000 000 M., hatten also bereits 5 v. H. ihres Kapitals verloren. Das Kapital der rheinisch-westfälischen Industrie, das etwa 600 000 000 M. betrug, war nach dem damaligen Kurse der Papiere auf einen Wert von 35 v. H. zurückgegangen. Von den 191 Hochöfen im westlichen Deutschland waren nur noch 90 im Betrieb, die übrigen lagen still. Eine Menge von Schiffen mit englischem Roheisen fuhr den Rhein hinauf von Rotterdam bis Mannheim, während die deutschen Arbeiter auf den Puddelwerken in der Hälfte der Woche feierten und vielfach mit Weib und Kind hungerten. Bald trat ein erschreckender Niedergang in allen Gewerben und in ganz Deutschland ein. Denn, so schrieb Professor Dr. Arndt, weil 800 000 früher in der Eisenindustrie in voller Schicht tätige und gutbezahlte Personen sich schlecht ernährten, kleiden und beschränkter wohnen mußten, litt die gesamte vaterländische Erzeugung. Weil die Bergleute in Westfalen und Schlesien sich keinen neuen Rock kaufen konnten, hungerten die Tuchmacher in der Mark; weil die Eisendreher am Niederrhein ihren Frauen kein neues Kleid anschafften, feierten die Spinner im sächsischen Vogtland, und weil die Weber am Grünen Wege zu Berlin in die Industriebezirke keine Schals und Tücher absetzten, konnten sie ihre Mieten nicht bezahlen. Und so wurden mit den Hochöfen am Niederrhein, in Lothringen, an der Ruhr und in Oberschlesien zugleich das Feuer auf den Kochherden vieler Arbeiter ausgeblasen. Die Wirkungen des allgemeinen Niederganges waren furchtbar. Viele wohlhabende Familien verarmten, Entlassungen der Arbeiter und Angestellten in Fabriken und Geschäften zwang die Städte und Gemeindeverwaltungen zu Notstandsarbeiten. Tausende fanden nur notdürftig ihren Unterhalt, wenn sie es nicht vorzogen, aus dem Vaterlande auszuwandern und in fremden Ländern eine neue Existenz zu suchen.

Damals stiegen die Ziffern der Auswanderer von Jahr zu Jahr. Sie erreichten im Jahre 1881, da damals die zwei Jahre vorher durch Bismarck eingeführte Schutzzollpolitik naturgemäß ihre Wirkung noch nicht hatte äußern können, mit 220 902 Personen ihren Höhepunkt. Diese während der 70er Jahre gemachten trüben Erfahrungen wiesen den verantwortlichen Staatsmännern den Weg, den sie fortan in der Wirtschaftspolitik des Reiches zu gehen hatten. Vor die Frage gestellt, ob das neue Reich Menschen oder Waren ausführen sollte, konnte die Wahl des zu tuenden Schrittes nicht zweifelhaft sein. Wenn aber Deutschland sich entschloß, sein wertvolles Menschenmaterial, die kräftigen Arme seiner tüchtigen Arbeiter und die Intelligenz seiner Techniker der eigenen Volkswirtschaft zu erhalten, um seine Söhne nicht unter einem anderen Himmel zum Volksdünger für andere Rassen werden zu lassen, dann blieb ihm keine andere Möglichkeit, als durch eine nachhaltige Hebung der deutschen Industrie und des Außenhandels den deutschen Arbeitern des Kopfes und der Hand Arbeitsgelegenheit im eigenen Vaterland zu beschaffen. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, Waren für die Ausfuhr herzustellen, und damit war Deutschland auf das Weltmeer verwiesen, mußte es notgedrungen in der Weltwirtschaft mit anderen Völkern in Wettbewerb treten — mit welchem Erfolge, haben wir an den Ziffern der deutschen Produktionsstatistik mit Stolz wahrgenommen.

Was also Englands Neid erregte, waren die glänzenden wirtschaftlichen Leistungen der deutschen Arbeiter und Techniker, der deutschen Unternehmer und der deutschen Wissenschaft. Und darum könnte man denjenigen deutschen

Volksgenossen, die durch ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit, ihre Geschicklichkeit und ihre Kenntnisse dem rückständigeren englischen Gewerbe- und Handeltreibenden überall in der Welt und sogar in seiner eigenen Heimat Konkurrenz machten, die letzte Schuld am Weltkriege zuschieben, mit sehr viel größerem Rechte jedenfalls, als den etwas sagenhaften „Militaristen" und „Annexionisten", die angeblich Deutschland in den Weltkrieg getrieben haben, die aber noch niemand irgendwo anders zu sehen bekommen hat, als in gewissen Zeitungen, wo sie verurteilt sind, als schemenhafte Schatten die Rolle eines politischen Kinderschrecks zu spielen.

Aber, so werden diejenigen anführen, die nach dieser Beweisführung Englands Rolle als Friedensstörer vielleicht gelten lassen wollen, mit ihr sei Amerikas Eingreifen in den Krieg noch nicht geklärt. Daß Wilson entschlossen war, am Kriege teilzunehmen, auch wenn Deutschlands militärische Führung auf den verschärften U-Bootkrieg oder sogar auf den U-Bootkrieg überhaupt verzichtet hätte, ist heute längst als Tatsache festgestellt, so daß hierüber kein Wort mehr zu verlieren ist. Die in den Vereinigten Staaten maßgebenden Mächte der Hochfinanz und des großkapitalistischen Trustes waren einmal geschäftlich viel zu eng mit Englands Kapitalgrößen, denen sie auch verwandtschaftlich und geistig sehr nahestehen, und mit deren wirtschaftlichen Interessen verbunden, als daß sie eine Niederlage Englands hätten wünschen können. Aber wichtiger als diese Rücksicht und wichtiger auch als der Umstand, daß auch die Vereinigten Staaten allmählich Deutschlands Wettbewerb empfindlich zu spüren bekamen, ist für Amerikas Verhalten ein anderes Moment gewesen, das, soweit ich sehen kann, bei den Erörterungen über unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten bisher noch wenig Berücksichtigung gefunden hat. Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse in Nordamerika sich nun einmal entwickelt haben, ist für die Union die Frage, ob sie stets über eine genügend große Masse von Arbeitern verfügt, schlechthin entscheidend für ihre wirtschaftliche Zukunft und damit für ihr weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen. Ohne einen starken neuen Zufluß von Arbeitermassen würde die nordamerikanische Industrie sehr bald zum Stillstand verurteilt sein. Aus dem eigenen Lande kann sie diese Mengen nicht erhalten, sie ist also sehr ernst beteiligt an der Frage, ob der Einwandererstrom aus anderen Ländern, vor allem aus Europa — die Zuwanderung japanischer Arbeiter und chinesischer Kulis, die Amerika in jeder beliebigen Menge haben könnte, lehnt es bekanntlich ab — auch stets in solcher Breite fließen wird, daß er genügend Arbeitskräfte mit ans Land spült. Die Gefahr eines empfindlichen Rückganges war in beängstigende Nähe gerückt: noch im Jahr 1912/13 waren in die Vereinigten Staaten 1 997 000, also fast 2 000 000 Menschen eingewandert, während 1914/15 diese Zahl auf 250 000, im Jahre 1915/16 sogar auf 190 000 zurückgegangen war. Wilson, der keineswegs der weltfremde Stubengelehrte ist, wie man ihn sich vielfach in Deutschland vorstellt, sondern ein ganz kühler Rechner und smarter Geschäftsmann, sagte sich folgendes: Ein Europa, das aus dem Kriegsblutbad zwar abgezehrt, aber doch lebensfrisch und tatmütig hervorgeht, wird alle kräftigen Arme, alle Arbeiter zum Wiederaufbau seiner eigenen Wirtschaft dringend benötigen. Eine völlig zerrüttete alte Welt aber, vor allem ein tödlich getroffenes Deutschland, das für Jahrzehnte erledigt ist, wird Amerika die Arbeiterströme hinüberschicken, deren die Union so nötig bedarf und die

bisher die Lücken der amerikanischen Arbeiterheere immer wieder von neuem ausgefüllt haben. Von diesem Gesichtswinkel aus gesehen, wird vieles plötzlich in hellstem Lichte erscheinen, was Wilsons Verhalten bisher so unklar und so unverständlich machte.

Die Beweggründe für Amerikas gegen Deutschland gerichtete Politik werden aber vollends klar, wenn man der Entwicklung nachgeht, die Amerikas wirtschaftliche Verhältnisse im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkriege genommen hatten. Diese Dinge sind in Deutschland verhältnismäßig wenig bekannt, zumal wir Deutschen nur allzusehr geneigt waren, uns nach den Schilderungen, die manche unserer nach Amerika reisenden Landsleute auf Grund oft ziemlich oberflächlicher Beobachtung während eines nur kurzen Aufenthaltes veröffentlicht hatten, eine ganz falsche Vorstellung von diesem „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten" zu machen. So rosig, wie wir zumeist annahmen, waren die wirtschaftlichen und politischen Zustände in Nordamerika keineswegs. Sie hatten sich vielmehr in den letzten Jahren vor dem Kriege derartig zugespitzt, daß sie zu einer gewaltsamen Entladung drängten. Hierüber hat ein bekannter Bremer Großkaufmann, Ludwig Roselius, eine Reihe von wertvollen Tatsachen zunächst in einem Aufsatze der Weserzeitung Nr. 748, 1918, und dann in seinem Buche „Briefe" mitgeteilt. Sie sind so lehrreich für die Beurteilung der amerikanischen Politik und auch für die Zukunft von höchster Bedeutung, daß sie eine genauere Wiedergabe verdienen.

Im Jahre 1913 wurde von Kanada eine Wirtschaftskommission nach Europa entsandt, um Ermittlungen darüber anzustellen, welche Fortschritte Europa auf sozialem Gebiet gemacht hatte. Das Reiseprogramm dieser Kommission lautete: England, Schweden, Rußland, Rumänien, Serbien, Italien, Frankreich. Deutschland war also als rückständig in bezug auf soziale Einrichtung, auf Handel und Kultur bezeichnet worden, so daß man sich entschlossen hatte, von einem Besuch Abstand zu nehmen. Infolge einer Störung der Dampfschiffahrt England—Schweden entschied man sich, in Abänderung der Reiseroute über Hamburg nach Schweden zu fahren. Der unerwartete und nachhaltige Eindruck in Hamburg veranlaßte die Kommission jedoch, auch die deutschen Einrichtungen zu besichtigen. Aus Tagen des Aufenthaltes wurden Wochen. Der Bericht der Kommission war ein einziges Lob für Deutschland. Auch der Rest der Reise durch die anderen Länder vermochte den Eindruck nicht zu schwächen. Die kanadische Kommission stellte fest, daß die soziale Wohlfahrt in Deutschland so außerordentlich über die der anderen Länder hervorragte, daß alle Länder der Welt, insbesondere aber England und Amerika, völlig umlernen müßten. Die Veröffentlichung der Kommissionsberichte wurde bezeichnenderweise untersagt! Der Grund hierfür dürfte durch den Krieg klargelegt worden sein.

Von allen Ländern der Welt hatte sich gerade Deutschland durch Schaffung sozialer Einrichtungen die höchste Kraft geschaffen, der Käuflichkeit des Geldes zu widerstehen. Das war dem amerikanischen Großkapital ein Dorn im Auge. Friedrich Wilhelm I. von Preußen hat den Grundstein zu dem unkäuflichen deutschen Militarismus gelegt, der durch die Arbeit eines Freiherrn von Stein soziales Gut des gesamten deutschen Volkes geworden ist. An diese erste unkäufliche Einrichtung des Deutschen Reiches gliederten sich eine lange Reihe weiterer unkäuflicher, also sozialer Einrichtungen an.

Deutschland war vor dem Kriege eines der wenigen Länder der Welt, die gerechte Richter, unbestechliche Gelehrte und Beamte, sowie staatliche Einrichtungen hatten, die nicht der Selbstsucht einzelner, sondern ausschließlich der Allgemeinheit dienten. Amerika dagegen war dasjenige Land, das soziale Einrichtungen im wahren Sinne des Wortes überhaupt nicht besaß. Die von dort bekanntgewordenen Einrichtungen von scheinbar ähnlicher Natur waren Selbstzweck großer industrieller und kaufmännischer Geschäfte, die durch Schaffung solcher Einrichtungen bessere Geschäfte erhofften.

Sämtliche Bodenschätze des Landes, Eisen, Kupfer, Petroleum, Wälder, ferner die öffentlichen Verkehrsmittel, wie Telephon, Telegraph, Paketversand, Zeitungen, gelangten nach und nach in den Machtbereich einer Gruppe von Menschen, die es fertig brachte, die Hälfte des gesamten Nationalvermögens der Vereinigten Staaten an sich zu reißen. Mehr als 90 000 000 Menschen waren daher gezwungen, für die geheime Macht einer Handvoll Menschen zu arbeiten, denen sie jährlich allein an Zinsen einen Betrag von 5 Milliarden M. zahlen mußten. Niemals hat es in der Welt einen Tyrannen gegeben, der es fertiggebracht hat, von dem unterdrückten Volk einen gleich hohen Prozentsatz des Nationalvermögens in seinen Besitz zu bringen und die Gesamtheit für sich arbeiten zu lassen. Das amerikanische Volk war vor dem Kriege gezwungen, fünfmal einen „Zehnten" zu bezahlen, dessen Eintreibung, wie Roselius treffend bemerkt, in der deutschen Geschichte mehr als einmal genügt hätte, um das Volk zum Aufstand zu reizen. Die Geldmachthaber Amerikas sahen daher die Revolution in Amerika als unausbleiblich an, wenn es ihnen nicht gelang, einen Teil der Lasten, die das eigene Volk nicht mehr zu zahlen bereit war, auf andere Völker abzuwälzen. Der frühere Präsident Roosevelt versuchte im Jahre 1907 das amerikanische Volk von der ihm durch das amerikanische Trustkapital auferlegten Fessel zu befreien. Diese Befreiung mißlang. Roosevelt mußte samt seiner ganzen Regierung vor dieser Macht kapitulieren. Man baute ihm dann eine Brücke und gewann ihn nach dem englischen Worte: „Wir sind das auserwählte Volk — lasset andere Völker für uns arbeiten." Seit 1907 kämpfte also das amerikanische Volk dafür, sich andere Völker tributpflichtig zu machen. Der siebenjährige Kampf brachte sehr kargen Gewinn, da Deutschland wie ein Fels in dem Meer der käuflichen Werte stand. Die Revolution pochte in Wallstreet an die Tür.

Der im Jahre 1913 verstorbene Pierpont Morgan soll eine Art geistigen Testaments hinterlassen haben, worin er darauf hinwies, daß eine Konkurrenzfähigkeit Amerikas gegenüber Europa nur dadurch erzielt werden kann, daß die sozialen und undiskontierbaren Kräfte des deutschen Volkes zerstört werden; da nun diese Werte sich an die Militärmacht, die Militärmacht aber an die Person des Kaisers knüpften, so müsse bei dem sicher kommenden Wirtschaftskampf zunächst die Macht der Hohenzollern gebrochen werden. Im Einvernehmen mit diesen Bestrebungen gründete Carnegie die Friedensgesellschaften in der ganzen Welt, auch in Deutschland. Es war dies nur e i n e r der Propagandawege, auf dem die deutsche Verfassung zertrümmert und die deutschen Staatseinrichtungen in den Dienst des Geldes gebracht werden sollten. Pierpont Morgan stellte fest, daß die nicht käuflichen Werte in Deutschland bereits eine Macht erlangt hätten, die groß genug wäre, die Kaufkraft des amerikanischen Geldes, verglichen mit der Kaufkraft des deut-

schen Geldes um fast 50 v. H. herabzusetzen. Er führte aus, daß man für 1 M. in Deutschland den doppelten Betrag an Arbeit, Vergnügen oder in Kaufobjekten erhalten könne, wie in den Vereinigten Staaten. Er kam zu dem Schlusse, daß entweder Amerika gezwungen sein werde, Deutschland auf dem sozialen Wege zu folgen, um sich ähnliche günstige Erwerbsbedingungen zu verschaffen, oder aber Deutschland müsse demokratisiert, d. h. seiner sozialen Einrichtungen beraubt und dem amerikanischen Gelde dienstbar gemacht werden. Der erste Weg sei hoffnungslos, da der Vorsprung Deutschlands nicht einzuholen wäre und da weiterhin durch sein Beschreiten der in Amerika führenden Gruppe die Macht verloren gehen würde. Der zweite Weg werde jedoch gangbar sein, sobald man England als Bundesgenossen gewonnen habe. Der Pakt zwischen England und Amerika wurde im Jahre 1907 geschlossen. Roselius sieht darin wohl mit vollem Recht den Anfang des Weltkrieges und eine seiner Hauptursachen.

Der Dritte im Bunde unserer Feinde, Frankreich, des Deutschen Reiches haßerfüllter Gegner von dem Augenblicke an, wo durch die Verträge von Verdun (843) und Mersen (870) ein Ost- und Westfrankreich geschaffen wurde, hatte seit dem Tage des Frankfurter Friedens, der den Krieg von 1870/71 beendete und ein wirklicher Friede war, keinen anderen Gedanken, als an Deutschland Rache zu nehmen und dann, wenn irgendmöglich, nicht nur Elsaß-Lothringen, dieses zu 87 v. H. deutsche Land, das uns mitten im Frieden geraubt worden war, wieder zu erobern, sondern seine Grenzen auch bis an den Rhein vorzuschieben — ein alter Traum des französischen Gloire-Gedankens. Dieser Revanche- und Ausdehnungsgedanke Frankreichs hatte so lange nichts Gefährliches für Deutschland, als Rußland, das durch leichtfertiges Aufgeben des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages — er war einem politischen Zwergen, wie Caprivi, „zu kompliziert" — Frankreich in die Arme getrieben worden war, zu einem Kriege gegen Deutschland noch nicht genug gerüstet schien. Durch den Verlust des Krieges mit Japan war Rußlands Heeresmacht sehr erheblich geschwächt, auch hatte sein Prestige starke Einbuße gelitten, zumal eine russische Revolution, die dem Japanischen Kriege folgte, die innere Morschheit dieses Kolosses der Welt ziemlich deutlich zu erkennen gegeben hatte. Da zudem die Triple-Entente damit rechnen mußte, daß die Türkei, auch ohne dem Dreibund anzugehören, in einem europäischen Kriege einen Teil des russischen Heeres voraussichtlich fesseln würde, schien der Weltfriede auf lange Zeit hinaus gesichert. Diese dem Dreibund günstige politische Gesamtlage erfuhr durch den Balkankrieg von 1912, durch die Schlacht bei Kirkilisse, zuungunsten der mitteleuropäischen Bundesgenossen eine wesentliche Veränderung, die Frankreich geschickt für seine Zwecke auszunutzen verstand. Der natürliche Gegensatz zwischen ihm und England, das noch 1898 seinem südlichen Nachbarn in der Faschoda-Angelegenheit eine empfindliche Niederlage beigebracht hatte, war dank Englands weit ausschauender und meisterhafter Politik bereits sechs Jahr später so restlos beseitigt, daß es 1900 ein Bündnis mit Frankreich schließen konnte, das in das neue Geschäft als wertvollen Teilhaber Rußland mit hineinbrachte, dessen Rivalität mit England in Asien durch das Abkommen über Persien im Jahre 1907 fürs erste ausgeschaltet wurde. König Eduard VII. von England hatte allen Anlaß, zu triumphieren — der Ring war geschlossen, das verhaßte Deutschland eingekreist.

Jetzt wurde in den Ländern der Entente mit wahrem Feuereifer zum Kriege gerüstet. Schon im Jahre 1911 standen wir dicht vor einem Weltkriege. Sogar der „Vorwärts", der wie immer, auch in jenen kritischen Monaten, nur allzusehr geneigt war, den Splitter im eigenen Auge zu sehen, den Balken im Auge unserer Feinde aber unbemerkt zu lassen, veröffentlichte in Nr. 281 vom 1. Dezember 1911 einen längeren Brief seines Londoner Berichterstatters, der rückhaltlos zugab, daß England weit davon entfernt war, das friedfertige Lamm zu sein, daß sich nur „gegen deutsche Provokationen" wehrte: „Die allgemeine Überzeugung, daß wir am Rande eines europäischen Krieges standen, hat Sir Eduard Grey nicht bestritten, sondern vielmehr bestärkt. Aber man wird in seiner Rede vergeblich eine befriedigende Antwort auf die Frage suchen, was es eigentlich war, das die englische Regierung hätte veranlassen können, einen Krieg gegen Deutschland zu führen."

Im Dezember 1912 wurde das französische Kadregesetz von der Kammer mit überwältigender Mehrheit angenommen. Alle Hände erhoben sich, nur die äußerste Linke enthielt sich der Abstimmung. Bei der Gegenprobe aber erhob sich nicht eine einzige Hand, welche die Genehmigung der durch jenes Gesetz angestrebten gewaltigen Heeresvermehrung verweigern wollte. Und einige Monate später, zu Anfang des März 1913, stand die französische Kammer abermals vor der Beratung einer neuen Heeresvorlage, für die 500 Millionen gefordert wurden und durch die unter anderem auch die allgemeine dreijährige Dienstzeit ohne irgendeine Ausnahme eingeführt werden sollte. Gerade diese Forderung bedeutete eine ungeheure Belastung des französischen Volkes, brachte sie doch für den jungen Techniker und Kaufmann, den angehenden Gelehrten und Künstler die Drangabe ihrer drei besten und wichtigsten Ausbildungsjahre, verlangte also von ihnen und ihrer Familie ein Opfer, hinter dem jede noch so hohe Steuer weit zurückbleiben mußte. Aber dieses Opfer wurde in vorbildlicher Vaterlandsliebe und Hingabe an die höchsten Interessen des Staates gern und freudig gebracht, und damit war Deutschland überflügelt. Jetzt durfte man in Frankreich das sichere Bewußtsein haben, Deutschland in militärischer Beziehung mindestens gleich, wenn nicht gar überlegen zu sein. Frankreich bereitete nunmehr den Revanchekrieg planmäßig vor und hatte den festen Willen zum Siege, auf den man auch im vollsten Vertrauen auf Frankreichs mächtige Verbündeten mit Sicherheit zu hoffen wagte.

Es kam hinzu, daß damals in Frankreich allgemein die Überzeugung herrschte, in dem neuen Präsidenten Poincaré den rechten Mann an dem rechten Platze zu besitzen. Auch die Tatsache war äußerst vielsagend, daß man an die Spitze des Staates einen geborenen Lothringer berufen hatte, der es sich nicht hatte nehmen lassen, gleich in seiner ersten Kundgebung auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens anzuspielen. Wer damals in jenen Vorfrühlingstagen des Jahres 1913 irgendein französisches Blatt in die Hand nahm, mußte erstaunt sein, wie offen von einem Revanchekrieg gegen Deutschland gesprochen wurde, während man sich bis dahin Gambettas Mahnung „Nie von Elsaß-Lothringen sprechen, aber immer daran denken", zur Richtschnur seines politischen Handelns genommen hatte. Das „Echo de Paris" ging sogar so weit, alles Ernstes vorzuschlagen, daß Frankreich den günstigen Augenblick benutzen möge, über Deutschland herzufallen.

Es führte dabei aus, daß Deutschland, das nunmehr seine Unterlegenheit Frankreich gegenüber eingesehen habe, finanziell am Rande des Abgrundes stehe und daher zum letzten Verzweiflungsakt schreite. Zwischen den Zeilen ließ das Blatt ziemlich deutlich durchblicken, daß es unklug wäre, wenn Frankreich ruhig zusehe, daß Deutschland seinen Verzweiflungskampf[1]) zu Ende führe. Es sei, so schloß das Blatt seinen aufreizenden Artikel, zu erwägen, ob es sich nicht vielmehr empfehle, „zur Schneeschmelze" den Krieg gegen das verzweifelte Deutschland zu erklären.

Zu früh hatte das chauvinistische Pariser Blatt die Katze aus dem Sack gelassen, es mußte sich dafür gefallen lassen, von den „Times" wegen seiner herausfordernden Sprache gerüffelt zu werden. In Frankreich wußte man diesen von der Themse ausgesandten kalten Wasserstrahl richtig zu würdigen. Man hatte seine Abmachungen in der Tasche: Rußland hatte auf Grund dieser Abmachungen die Zahl seiner Armeekorps bereits von 38 auf 41 vermehrt und die Kriegsbereitschaft seines gesamten Heeres gewaltig verbessert. Diese wenigen Tatsachen dürften genügen, um zu beweisen, daß die in der Triple-Entente vereinigten Feinde des Deutschen Reiches schon Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges den längst geplanten Überfall auf unser Vaterland planmäßig vorbereitet hatten. Und doch gibt es noch Tausende in Deutschland, die in würdeloser Selbstbezichtigung die von unseren Feinden in die Welt gesetzte Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege für die reine, lautere Wahrheit halten! . . .

Ebensowenig, wie es der neuen Regierung von Revolutionsgnaden gelang, dem deutschen Volke einen Frieden nach außen zu bringen, der diese Bezeichnung auch wirklich verdient, ebensowenig besaß sie die Kraft und den Willen, unserem armen, von seinen Feinden mißhandelten, ausgepreßten und ausgeraubten Vaterlande friedliche Zustände wenigstens im Innern zu sichern. Immer wieder und wieder flammte der Bürgerkrieg auf, bald hier, bald dort, der nicht nur ungezählte Milliarden unserer Volkswirtschaft, sondern auch wertvolle Menschenleben vernichtete, die oft genug von einer vertierten Menge unter den scheußlichsten Martern — die Feder sträubt sich, sie auch nur andeutungsweise wiederzugeben — zu Tode gequält worden waren. Und auch heute, wo diese Zeilen geschrieben werden, ist noch immer keine Beruhigung eingetreten. Jedermann hat das dumpfe, erstickende Gefühl, daß das schlimmste, der Bürgerkrieg im ganzen Lande und das grauenhafte Elend des Bolschewismus uns erst noch bevorstehen. Gott gebe, daß diese Befürchtungen sich nicht bewahrheiten!

Das zweite Versprechen, das die Männer des 9. November dem deutschen Volke gaben, war, daß Freiheit herrschen sollte überall im deutschen Lande und für jedermann. In mancher Beziehung ist dieses Versprechen in der Tat in Erfüllung gegangen, anders freilich, als ihre Urheber und das mit dieser Freiheit beglückte Volk es sich vorgestellt hatten. Frei waren

[1]) Das war die Durchführung der neuen deutschen Militärvorlage von 1913, die als Antwort auf Frankreichs und seiner Verbündeten Rüstung einer einmaligen Ausgabe von einer Milliarde und laufende Ausgaben von 200 Millionen verlangte, aber mit Rücksicht auf die Stimmung im Deutschen Reichstage nicht alles forderte, was nach Ansicht der militärischen Autoritäten notwendig war, um wenigstens Frankreich gewachsen zu sein. Die erste Marneschlacht im Spätsommer 1914 hat diese Ansicht der deutschen Sachverständigen leider vollauf bestätigt.

wir zunächst geworden von unserer Monarchie, der das neue Deutsche Reich in den 47 Jahren seines Bestehens eine nationale, wirtschaftliche und geistige Blüte zu verdanken hatte, wie sie bis zu dieser Zeit noch niemals dem deutschen Volke in seiner Geschichte beschieden war. Frei waren wir geworden von unserer starken Wehrmacht, die Preußens Könige geschaffen hatten in jahrhundertelanger, treuer, unermüdlicher, opferfreudiger und ihnen oft genug durch die politische Kurzsichtigkeit der eigenen Untertanen erschwerter Arbeit, nicht als Werkzeug der Eroberung, sondern als scharfe Waffe zur Abwehr feindlicher Absichten auf deutschen Boden, zum Schutze unserer Grenzen, zur Wahrung unserer politischen Freiheit und damit zugleich zur Gewinnung und Aufrechterhaltung unserer nationalen Einheit und Geschlossenheit. Frei sind wir geworden von unserer stattlichen, herrlichen Flotte, die das schwarzweißrote Banner des neuen Deutschen Reiches hinaustrug in die fernsten Länder, ein Wahrzeichen für die Macht und das Ansehen des deutschen Namens, unter dem der deutsche Kaufmann, geachtet und beneidet zugleich ob seiner Erfolge, neue Absatzmärkte gewann für die Waren, die deutsche Arbeiter des Kopfes und der Hand daheim im Vaterlande in unerreichter Güte und Schönheit schafften. Frei sind wir geworden von der deutschen Handelsmarine, dem Stolz unserer Hanseaten, deren Schiffe — man denke nur an den „Imperator" und an „Vaterland" von der Hamburg-Amerika-Linie — den Ruhm deutschen Fleißes und deutscher Arbeit kündeten der ganzen Welt. Frei sind wir geworden von der Ordnung, Pünktlichkeit und Sauberkeit, jenen Eigenschaften, die in der vorrevolutionären Zeit unsere öffentlichen Einrichtungen und unsere Beamtenschaft in ihrer unerschütterlichen Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit zum vorbildlichen Muster machten für alle Staaten und Länder, die Anspruch darauf erhoben, als Kulturträger bewertet zu werden. Die Reichshauptstadt, einst unbestritten die sauberste Stadt der Welt, ist heute zu einem Schmutznetz geworden, in dem der Unrat, auch der moralische, sich allerwärts bergehoch türmt. Nichts ist bezeichnender für die Zerrüttung der öffentlichen Moral in allen Schichten unseres Volkes, als die Tatsache, daß im Jahre 1919 die Diebstähle an Eisenbahngut, für die früher eine Jahressumme von durchschnittlich 3 Millionen M. in Ansatz gebracht war, die ungeheuerliche Summe von 185 Millionen M. erreichten. Die Reichspost, früher berühmt wegen ihrer Findigkeit und Pünktlichkeit, ist heute herabgesunken zu einer Einrichtung, die das Gegenteil von dem ist, was man einstmals unter einem Verkehrsinstitut zu verstehen pflegte. Bezeichnend ist ein Erlebnis, das Verfasser auf dem Postamt 5 in Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße, Anfang Juli 1920 hatte. Er gab ein Telegramm nach Bonn auf ohne nähere Bezeichnung. Der Beamte unterstreicht den Bestimmungsort mit Buntstift, stutzt und richtet an den Verfasser die Worte: „Ach, verzeihen Sie, könnten Sie mir wohl sagen, wo Bonn liegt?" Sapienti sat!

Und endlich, wie steht es mit einem der köstlichsten Güter, die den Menschen zu eigen gegeben, der Meinungsfreiheit, im neuen Reiche der Demokratie? Als in früheren Meinungskämpfen über die sozialistischen Lehren diejenigen, die aus der Geschichte gelernt hatten, daß Demokratie und Freiheit sich miteinander vertrügen, wie Feuer und Wasser, gelegentlich gewisse Bedenken darüber äußerten, ob nicht in einem sozialdemokratischen Zukunftsstaate dessen politische Gegner völlig mundtot gemacht werden würden,

da war es kein geringerer, als August Bebel selbst, der mit diesen „Verleumdern" seiner Partei aufs gründlichste abrechnete. In seinem Buche: „Die Frau und der Sozialismus", 3. Aufl. 1891, hat Bebel auf S. 329 (in der 37. Auflage auf S. 423 24) seine Ansichten über diese wichtige Frage in einigen, von uns bereits an anderer Stelle, S. 182, wiedergegebenen Sätzen niedergelegt, die in der Behauptung gipfelten, daß *nur die vollste Meinungsfreiheit den ununterbrochenen Fortschritt ermögliche, der das Lebensprinzip der Gesellschaft sei*. Die geschichtliche Wahrheit gebietet festzustellen, daß Bebel und mit ihm viele seiner eigenen Parteifreunde, ja die ganze Partei als solche nach dieser schönen Theorie in der Praxis nur selten gehandelt haben. Ein klassisches Beispiel dafür, welch ein tiefer Widerspruch gerade in dieser Frage zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis klafft, bot der Verlauf des Dresdner Parteitages, den als Beweismittel ins Treffen zu führen um so weniger beanstandet werden darf, als Bebel am 14. Dezember 1903 im Reichstage ausdrücklich erklärte, daß für die Sozialdemokratie der Dresdner Parteitag ein „Jungbrunnen" war. Auf ihm wurden keine grundlegenden Fragen behandelt, vor allem nicht solche, von denen der Arbeiter eine Besserung seiner Lage zu erhoffen gehabt hätte, sondern er war ausgefüllt mit heftigen Kämpfen gegen die sogenannten „Revisionisten", die man beschuldigt hatte, daß sie eine Annäherung an die bürgerliche Demokratie suchten, gegen die Akademiker, die den Proletarier aus der Bewegung zurückgedrängt haben sollten, und gegen die „Proletarier in gehobener Lebenslage", unter denen namentlich die Angestellten der Gewerkschaften gemeint waren. Als Wortführer der Revisionisten trat der bayerische Abgeordnete von Vollmar auf, der namentlich Herrn Bebel manch bittere Wahrheit zu kosten gab. Es werde zwar bestritten, so meinte der im Kriege 1870 71 schwer verwundete Führer des bayerischen Flügels der Sozialdemokratie, daß eine Gefahr für die Meinungsfreiheit in der Partei herrsche. Aber wie das Koalitionsrecht nichts nütze, wenn es mit Fußangeln und Wolfsgruben umgeben sei, so stehe auch das Recht auf freie Meinungsäußerung nur auf dem Papier, wenn, wie es ihm, von Vollmar, ergangen sei, alle wie Wölfe über einen herfallen und einen anschnappten, als ob sie ihn mit Haut und Haaren auffressen wollten. Herr von Vollmar bekräftigte, daß nur eine bedingte Meinungsfreiheit in der Partei existiere und daß ihn die Art ihrer Beschränkung seit langem anwidere. Gewissen Parteigenossen solle einfach die Lust genommen werden, weiterhin offen ihre Meinung zu sagen. „Genosse Bebel spricht: ‚Ich werde das nicht dulden! Ich werde euch den Kopf waschen! Ich werde Abrechnung halten!' Ja, ich, ich, nur wieder ich! Ist das nicht die Sprache eines Diktators?" rief Herr von Vollmar aus, begleitet von dem lebhaften Beifall seiner Freunde und heftigem Zischen seiner Gegner. In der, wie Genosse Heine sich ausdrückte, „ekelhaften Akademikerdebatte", mit der zwei und ein halber Verhandlungstag verschwendet worden waren, hatte Bebel erklärt: „Die Meinungsfreiheit kann unmöglich darin bestehen, daß jeder Beliebige in jedem gegnerischen Blatte schreiben kann, was er will, ohne auf die Parteianschauungen Rücksicht zu nehmen. Das ist nicht sozialistisch, sondern anarchistisch," und Kautsky hatte seinen Freund Bebel mit dem Bekenntnis unterstützt, daß unter Umständen die Partei nicht die Denkfreiheit gewähren könne, die die

Genossen vom Staate verlangten! Und die Ereignisse nach der Revolution haben gezeigt, daß die Freiheit unter der Herrschaft der Sozialdemokraten nur die ist, die sie meinen, die sie für sich selber zwar in weitestem Umfange in Anspruch nehmen, die sie anderen aber, die nicht der gleichen Meinung sind, nie und nimmer zubilligen können. In den ganzen 47 Jahren, in denen das deutsche Volk unter einer kaiserlichen Monarchie „ein elendes Sklavendasein" führte, sind nicht so oft und so viele Blätter verboten worden, als in den etwa ein und einhalb Jahren nach der „glorreichen" Revolution. Wenn seinerzeit ein großer Teil der sozialdemokratischen Parteipresse unterdrückt wurde, so geschah dies in der Zeit von 1878 bis 1890 auf Grund des von der Volksvertretung, dem Reichstage, mit starker Mehrheit beschlossenen „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", in der Zeit nach dem 9. November 1918 aber unter Zuhilfenahme der Bestimmungen über den Belagerungszustand, mit dem bekanntlich nach den Worten eines Sozialdemokraten sogar „jeder Esel regieren" kann. Auch für die Sozialdemokratie gilt also, was der blutige Freiheitsheld Danton seinem ehemaligen Freunde Desmoulins zurief, der 1789 den Sturm auf die Bastille angestiftet hatte, im Konvent aber später die revolutionären Ausartungen bekämpfte und zum Lohne dafür auf Betreiben Robespierres 1794 hingerichtet wurde: „Die Freiheit mein Freund, besteht darin, daß wir oben und die anderen unten sind."

Die erste Maßregel, welche die neue Regierung traf, um den deutschen Arbeitern Arbeit und Brot zu geben, war, wie wir bereits in dem Kapitel über das Erfurter Programm gesehen haben, die allgemeine Einführung des Achtstundentages. Zunächst muß, der geschichtlichen Wahrheit zuliebe und um der Sozialdemokratie nicht den Ruhm zu lassen, daß sie es gewesen sei, welche die Forderung eines staatlichen Maximalarbeitstages zuerst erhoben habe, festgestellt werden, daß dieser Schritt der Einführung eines staatlichen Maximalarbeitstages zuerst in England getan wurde, zu einer Zeit, in der von Sozialdemokraten im heutigen Sinne des Wortes noch gar nicht die Rede war. Und nicht nur diese Tatsache verdient besonders hervorgehoben zu werden, sondern vor allem die noch viel bemerkenswertere, daß damals die geistigen Väter der „Internationale" und der heutigen Sozialdemokratie scharfe Gegner des Maximalarbeitstages waren. Noch im „Kommunistischen Manifest", kurz vor der Einführung des englischen Zehn-Stundentages, war zu lesen, daß die Organisation des Proletariats die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzform erzwingt, „indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benutzt: so die Zehn-Stunden-Bill in England". Marx und Engels betrachteten damals noch die Einführung des Zehn-Stundentages als eine reaktionäre Maßregel, die den industriellen Fortschritt, die Entwicklung der Produktionskräfte hemme. Der materialistischen Geschichtsauffassung entsprechend sah Marx im staatlichen Zehn-Stundentag einen Eingriff in die kapitalistischen Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, einen Sieg des Prinzips der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht (siehe Paul Kampffmeyer: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, S. 192 und 282). Erst 16 Jahre später hat Marx in seiner Inauguraladresse für die Internationale Arbeiterassoziation die gesetzliche Einführung des Zehn-Stundentages als den Sieg

eines neuen sozialen Prinzips, als den Sieg der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse über die politische Ökonomie der Bourgeoisie gefeiert. In den auf dem ersten Kongreß der „Internationale" in Genf 1866 angenommenen Satzungen wurde dann ganz allgemein der Achtstundentag auf gesetzlicher Grundlage gefordert. Für die Delegierten des provisorischen Generalrates der „Internationale" wurde folgende Instruktion beschlossen: „§ 3 der Instruktion betrifft die Beschränkung der Arbeitszeit. Dies sei eine Präliminarbedingung, ohne die alle weitgehenden Verbesserungs- und Emanzipationsversuche fehlschlagen müßten. Sie sei notwendig, einmal, um die Gesundheit und natürliche Energie der Arbeiterklasse, der großen Masse jeder Nation wiederherzustellen, sodann um dem Arbeiter die Möglichkeit geistiger Fortbildung, gesellschaftlichen Verkehrs, sozialer und politischer (!) Tätigkeit zu gewähren."

Es ist irrig, wenn man annimmt, daß mit der Einführung des Achtstundentages durch die neue Regierung etwas bis dahin in Deutschland völlig Neues geschah, denn schon lange Zeit vor dem Kriege war in solchen Betrieben verschiedenster Art, die eine Tarifgemeinschaft mit ihren Arbeitern eingegangen waren, der Achtstundentag eingeführt worden. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich vom Jahre 1915, S. 88 und 1916, S. 22 ergab sich in den Jahren 1913 und 1914, die letzten, über die statistische Nachweise vorliegen, für das Winterhalbjahr folgendes Bild:

	Arbeitszeit unter 8 Stunden				Arbeitszeit von 8 Stunden			
	Betriebe	i. Proz.	beschäft. Pers.	i. Proz.	Betriebe	i. Proz.	beschäft. Pers.	i. Proz.
1913	34 051	26,1	338 150	27,2	6815	5,2	84 250	6,8
1914	34 657	26,7	388 444	31,4	6769	5,2	86 694	7,0

Es hatten also im Jahre 1913 insgesamt 422 300 Arbeiter in 40 866 Betrieben mit Tarifgemeinschaft eine achtstündige Arbeitszeit und darunter, im Jahre 1914 insgesamt 475 138 Arbeiter in 41 426 Betrieben. Das war freilich erst ein bescheidener Anfang, aber schon der Vergleich zwischen diesen beiden Jahren zeigt, daß die Zahl der Arbeiter, die dieser Vergünstigung sich erfreuten, im Wachsen war, nämlich 1914 4,4 v. H. mehr, als im Jahre vorher. Wir haben schon an der oben erwähnten Stelle im vierten Kapitel ausdrücklich betont, daß dem Arbeiter, vor allem den Schwerarbeitern, die unter Tage oder an den Hochöfen eine in der Tat unendlich schwierige Arbeit zu leisten haben, an sich jede Erleichterung ihres Loses von Herzen zu gönnen ist, wenn nur die Arbeitslust und Arbeitsleistung mindestens die gleiche bleibt und wenn die allgemeine Gütererzeugung nicht darunter leidet, die uns, das steht schon heute fest, mehr Waren wird schaffen müssen, als uns früher zur Verfügung standen. Die Lage der deutschen Ausfuhrindustrie wird sich allem Anschein nach jetzt, nachdem der Friede geschlossen, ganz anders gestalten, als sie vor dem Kriege gewesen. Wir werden uns in dieser Beziehung mancher Hoffnungen entschlagen müssen, die wir bei einem glücklichen Ausgange unseres Daseinskampfes hätten hegen dürfen[1]). Wenn nicht

[1]) Vgl. Hennig, Der neue Weltverkehr. Siegismund, Berlin 1921.

alle Anzeichen trügen, die wir in dem bereits gekennzeichneten Verhalten unserer bisherigen Feinde, die sie nach der wirtschaftlichen Seite hin ja auch in Zukunft bleiben werden, zu erblicken vermeinen, so wird unsere Ausfuhrindustrie schon mit Rücksicht auf die ihr fortan verschlossenen Außenmärkte sich mehr und mehr auf die Versorgung des inneren Marktes einstellen müssen; auf welchem Wege und mit welchen Mitteln, wird vielleicht einmal in einem anderen Zusammenhange näher dargestellt werden können.

Trotzdem wird die deutsche Ausfuhrindustrie ihr Ziel, die verlorengegangenen Absatzgebiete wieder zurückzuerobern, schon um deswillen nicht aus dem Auge verlieren dürfen, weil eine neue politische Konstellation, die einmal über Nacht kommen kann, auch der Außenpolitik des Deutschen Reiches, das ja unter dem Einfluß der bisherigen sozialdemokratischen Außenminister die beste auswärtige Politik darin sah, keine zu treiben, eine neue Wendung geben kann. Und da in diesem Falle auch der Augenblick wiederkehren kann, wo wir von neuem die Möglichkeit haben, auf dem Weltmarkt als Wettbewerber aufzutreten, vorausgesetzt natürlich, daß unsere Erzeugnisse an Güte und Billigkeit die Waren anderer Länder übertreffen, so ist es ein Zeichen politischer Kurzsichtigkeit, die heimische Volkswirtschaft mit staatlichen Maßnahmen zu belasten, die unsere Konkurrenzfähigkeit auf den ausländischen Märkten von vornherein schwächen müssen. Von den Erzeugnissen unserer Industrie gelangten im Frieden im Durchschitt 20 v. H. zur Ausfuhr, das heißt also, daß der fünfte Teil der deutschen Arbeiterschaft ausschließlich Ware für das Ausland herstellte. In einzelnen Zweigen der deutschen Gewerbetätigkeit waren diese Prozentsätze aber erheblich höher, so namentlich in der chemischen Industrie, der Spielwarenindustrie, der Metallindustrie mit allen ihren Verfeinerungsgewerben, der elektrotechnischen und der Porzellan- und Glaswarenindustrie. Von den Erzeugnissen der deutschen chemischen Industrie gingen sogar bis zu 80 v. H. ins Ausland.

Unsere Feinde würden ihr Kriegsziel, die Ausschaltung Deutschlands aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb, nicht oder nur unvollkommen erreicht haben, wenn sie die Zeit des Krieges mit ihrer lückenlosen Abschneidung des deutschen Außenhandels, mit der Abschnürung der deutschen gewerblichen Erzeugnisse, nicht zu Versuchen benutzt hätten, im eigenen Lande solche Industrien zu begründen, die ihnen möglichst viele der bisher von Deutschland bezogenen Waren liefern können. Wenn man die aus den uns feindlichen Ländern eintreffenden Nachrichten für glaubwürdig halten darf, dann muß Deutschland damit rechnen, daß jene Versuche, sich von deutschen Industrieerzeugnissen nach Möglichkeit unabhängig zu machen, überall von Erfolg begleitet gewesen sind. Daß diese Erfolge vielfach nur durch gemeinen Patentraub, durch eine mit widerrechtlichen Mitteln arbeitende Handelsspionage, durch Zwangsliquidierungen deutscher Industrieunternehmungen im feindlichen Auslande und in den Kolonien haben erzielt werden können, stellt dem deutschen Unternehmer und seinen Arbeitern, der deutschen Wissenschaft und Technik zwar ein rühmliches Zeugnis aus, vermag aber an der Tatsache nichts zu ändern, daß den deutschen Waren fortan wichtige Absatzplätze verschlossen sein werden. Während Japan das erzwungene Fernbleiben des deutschen Kaufmanns dazu benutzte, in ganz Ostasien, in Britisch- und Niederländisch-Indien, in Australien, in der ganzen Südsee, ja sogar in Südafrika

und Südamerika die von den Deutschen verlassenen Posten für seinen eigenen Handel zu erobern, sind Amerika und England bemüht gewesen, neue Fabrikationszweige zu begründen für solche Waren, deren Herstellung bis dahin eine Art Monopol für Deutschland bildete. Noch während des Krieges konnten wir lesen, wie schwer Amerika unter dem Mangel an deutschen Farbstoffen litt, heute besitzt Amerika, das durch den Krieg ja so gewaltige Summen verdient hat, daß es über den dritten Teil des gesamten Weltvorrats an Gold verfügt, eine so leistungsfähige chemische Verfeinerungsindustrie, daß es nicht nur seinen eigenen Bedarf zu decken vermag, sondern sogar in der Lage sein soll, an chemischen Erzeugnissen mehr auszuführen, als es bisher eingeführt hatte. Zwei der größten amerikanischen Farbstoffunternehmungen soll es nach achtzehnmonatigen Versuchen gelungen sein, einen künstlichen Indigo — bekanntlich eine deutsche Erfindung — herzustellen, der jeden Vergleich mit dem früher aus Deutschland bezogenen aushalten soll. Sogar das größte, mit Regierungsbeihilfe ins Leben gerufene japanische Unternehmen in Osaka erzeugt jetzt außer Anilinfarben, Phenol und Naphtol ebenfalls synthetischen Indigo. Auch England ist dabei, sich eine leistungsfähige chemische Industrie zu schaffen, und sogar die Schweiz ist bestrebt, die früher aus dem Auslande, vornehmlich aus Deutschland eingeführten chemischen Zwischenprodukte im eigenen Lande herzustellen. Wie aus einem Berichte eines unserer größten chemischen Werke, der bekannten Farbenfabriken von Friedrich Bayer & Co. in Elberfeld und Leverkusen hervorgeht, die in Friedenszeiten 80 v. H. ihrer Gesamterzeugung im Auslande abgesetzt haben, rechnet man in diesen Kreisen damit, daß man in Zukunft auf einen Teil der früheren Produktionen auf alle Fälle und für die Dauer werde verzichten müssen, und in Fachkreisen schätzt man schon heute den Ausfall in der Ausfuhr deutscher chemischer Erzeugnisse auf mindestens 40 Prozent.

In anderen Industriezweigen liegen die Verhältnisse nicht besser. Ein Hauptausfuhrartikel aus Deutschland waren im Frieden bekanntlich auch optische Gläser, die besonders in England reißenden Absatz fanden. England stellte vor dem Kriege nur 10 v. H. seines Bedarfs an optischen Gläsern im eigenen Lande her, 60 v. H. bezog es aus Deutschland, 30 v. H. aus Frankreich. Während der letzten Kriegsjahre ist, dank der Unterstützung durch die Regierung, die englische Glasindustrie so erstarkt, daß jetzt bereits 95 v. H. aller optischen Waren in England selbst erzeugt werden können. Die neuen englischen Laboratoriumsgläser, Thermometer und Opalgläser sollen sogar besser sein, als das beste deutsche Erzeugnis es war.

Diese Entwicklung der Fertigwaren-Industrie in denjenigen feindlichen Ländern, die Fertigwaren bis zum Kriege aus Deutschland bezogen hatten, verdiente bei ihrer Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft und damit besonders auch für die deutschen Arbeiter in einer besonderen Monographie dargestellt zu werden. Hier konnte zur Beleuchtung der Sachlage nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus diesem großen Gebiete gegeben werden, der aber zur Genüge gezeigt haben dürfte, welche Gefahren hier für die deutsche Industrie mit ihren vielen Millionen von Arbeitern heraufziehen, Gefahren, denen man selbst bei den gewaltigsten Anstrengungen unserer Unternehmer, Gelehrten und Techniker, wahrscheinlich nicht wird begegnen können, wenn ohne Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse der Weltwirtschaft grauen Theorien zuliebe und zur Erreichung reiner Parteizwecke sozialpolitische

Experimente versucht werden, ohne daß man sich über deren Tragweite gerade für diejenigen Volkskreise klar geworden ist, die durch sie beglückt werden sollen. Zwei Menschenalter hindurch hatte man den deutschen Arbeitermassen gepredigt, daß ihr Heil von der Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages abhänge, und darum befand man sich, als die Sozialdemokratie mit dem 9. November 1918 ihre Parteiherrschaft aufrichtete, allerdings in einer Zwangslage, der man sich dann ohne weiteres und — nach meiner Überzeugung — ohne auch nur einen Augenblick über seine wirtschaftlichen Folgen nachgedacht zu haben, aus Angst vor den Geistern fügte, die man gerufen hatte. Man mißverstehe diese Betrachtungen ja nicht, wäre ihr Urheber doch der Letzte, der den deutschen Arbeitern eine erheblich verkürzte Arbeitszeit nicht gönnen würde, wenn sie mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Belangen der Gesamtheit des Volkes in Einklang zu bringen ist und wenn sie von dem Arbeiter in verständiger Weise dazu benutzt wird, die gewonnene Muße der Familie zu weihen oder sie zu seiner weiteren Ausbildung vernünftig anzuwenden. Daß in dieser Beziehung ein gewisser Skeptizismus angebracht ist, lassen mancherlei Feststellungen erkennen, die im Laufe der Jahre gemacht worden sind und die nur der Vollständigkeit halber und in der Hoffnung wiedergegeben werden sollen, daß sie Ausnahmefälle darstellen.

Nach einem Berichte der Schlesischen Zeitung vom 1. März 1905 hatte ein gewisser Dr. Löwenstein in einer sozialdemokratischen Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises sein lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen, daß die große Masse einen so außerordentlich geringfügigen Bildungstrieb zeige; sie suche in ihren Freistunden und an Sonntagen lieber qualmige Kneipen und Destillen auf, anstatt von den vielen leicht zugänglichen Bildungsmitteln Gebrauch zu machen, um ihr Wissen zu vervollkommnen. Er kam in seinen Ausführungen zu dem Schlusse, daß, solange das Bildungsniveau der Masse nicht bedeutend höher geworden sei, er an eine Umsetzung der sozialdemokratischen Theorie in die Praxis nicht glauben könne. Dem Redner wurde mehrfach widersprochen, nur vermag man nicht einzusehen, welche Entschuldigung in der von einem der Gegenredner vorgebrachten Behauptung liegen konnte, daß an dem niedrigen Bildungsniveau der Masse die Regierung als Repräsentantin der herrschenden Klassen die Hauptschuld trage. Daß in dem alten Preußen-Deutschland in geradezu vorbildlicher Weise für allgemeine Bildungszwecke gesorgt wurde, geht ja schon aus der Tatsache hervor, daß in Deutschland unter 10 000 Rekruten nur 2 sich befanden, die nicht lesen und schreiben konnten, in England aber 100 und in dem angeblich „an der Spitze der Zivilisation marschierenden" Frankreich sogar 320, von Italien mit 3060 Analphabeten und Rußland ganz zu schweigen. Deutschland gab jährlich für sein Schulwesen 878 000 000 M. aus, während sich England mit 384 000 000 M., Frankreich sogar nur mit 261 Millionen begnügten.

Sehr lehrreich ist auch eine Statistik, die der „Vorwärts" im Jahre 1906 mit sichtlicher Befriedigung veröffentlichte und die das Bildungsbedürfnis der organisierten Arbeiterschaft beleuchten sollte. Es handelte sich damals um die Bibliothek des Metallarbeiterverbandes, der im Jahre 1905 eine Viertelmillion Mitglieder — genau 259 692 — zählte und rund 5 000 000 M. — genau 5 117 717,41 M. — Einnahmen hatte. Die Bibliothek zählte

5000 Bände, kostete jährlich 5000—6000 M. und hatte einen eigenen Bibliothekar. Nehmen wir an, daß dieser, der doch gewiß ein gebildeter Mann gewesen sein muß, 3600 M. Gehalt erhielt, daß ferner für Miete, Einrichtung, Heizung, Licht, Reinigung, Porto weitere 1400 M. draufgingen, so blieb für Neubeschaffung von Büchern so gut wie nichts übrig. Das bewies freilich keinen großen Trieb nach Bildung. Wie gering dieser Drang tatsächlich gewesen ist, zeigten die weiteren Veröffentlichungen des „Vorwärts". Im Jahre 1905 wurden 23 875 Bände (auf den Kopf der Mitglieder also jährlich 0,1 Band) leihweise entnommen gegen 24 352 Bände im Jahre 1904. Nun war aber die Zahl der Mitglieder von 1904 auf 1905 um 60 728 oder 30,52 v. H. gestiegen, während die Benutzung der Bibliothek zurückging. Und weiter meldete der „Vorwärts", daß von den 23 875 entliehenen Bänden 13 266 Bände Romane, Dramen, Geschichten, Novellen, also Belletristik waren. Ähnlich war es mit der Benutzung der Bibliotheken anderer Gewerkschaftsverbände bestellt. Aus der Bibliothek des Holzarbeiterverbandes, der im zweiten Vierteljahr 1906 allein in der Berliner Lokalkasse eine Einnahme von 438 577,45 M. hatte, wurden in dieser Zeit ganze 2737 Bände entliehen, und dabei gab es damals 9850 eingeschriebene Arbeitslose. Für die Bibliothek des Zentralverbandes der Maurer, von dem die Zweigvereinskasse eine Gesamteinnahme von einer Viertelmillion M., genau 254 372,84 M. aufwies, verblieb am Schluß des zweiten Vierteljahrs in der Bibliothekkasse ein Bestand von — 480,60 M.!

Diese Zahlen stellen dem Bildungshunger der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die doch von der Sozialdemokratie als die geistig höherstehende Schicht angesehen wird, gerade kein besonders gutes Zeugnis aus. Wir wollen aber annehmen, daß es in den seit jener Zeit vergangenen 18 Jahren damit besser geworden ist und legen jener Statistik daher keine allzu große Bedeutung bei, wenn auch nicht verschwiegen werden darf, daß neuerdings der mangelhafte Besuch der Volkshochschulen, die doch auf Drängen der Arbeiterschaft ins Leben gerufen worden sind, um dem vermeintlichen Mangel an Bildungsmöglichkeiten abzuhelfen, nicht gerade auf ein starkes Bildungsstreben der Arbeiter schließen läßt. Hat sich doch sogar der sozialdemokratische Kultusminister Haenisch in einem Erlasse sehr scharf gegen die unorganische Entwicklung des Volkshochschulwesens ausgesprochen. Doch viel wichtiger ist naturgemäß die Frage, wie eine erheblich verkürzte Arbeitszeit auf die Produktion wirkt, um so wichtiger, als von sozialdemokratischer Seite, so von Bebel, Kautsky und anderen geistigen Vorkämpfern der Marx'schen Lehre, wie wir später noch im einzelnen sehen werden, immer wieder behauptet worden ist, daß mit dem Sozialismus eine gewaltige Steigerung der Produktion verbunden sein werde. Eine erhöhte Produktion wird aber ganz besonders notwendig in einem Lande wie Deutschland, dessen Gütererzeugung vier lange Jahre in erster Linie auf die Produktion von Kriegsgerät aller Art gerichtet gewesen war. Dieser Umstand sowie die weitere Tatsache, daß der Mangel an Arbeitskräften, die, statt für die Volkswirtschaft zu arbeiten, an der Front ihre Ehrenpflicht als Verteidiger des Vaterlandes erfüllten, der Mangel an Rohstoffen und alle die anderen mit einem Kriege, noch dazu von einem solchen Ausmaße, notgedrungen verbundenen Begleiterscheinungen mußten zu einer schweren Zerrüttung unserer Volkswirtschaft führen, die wieder aufzubauen daher die vornehmste

Pflicht jeder Regierung war, die nach dem Waffenstillstand die Verantwortung für das weitere Gedeihen unseres Volkes und Vaterlandes übernahm. Wir wollen gern anerkennen, daß die neue Regierung es an beweglichen Ermahnungen, zu arbeiten und mehr zu arbeiten als früher, nicht hat fehlen lassen. Der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Wissell trat mit einem als Flugblatt in Massen verbreiteten ernsten Appell an die Arbeiterschaft heran und versuchte, ihr in Worten, die ans Herz gingen, klarzumachen, daß nur die Arbeit uns noch retten kann vor dem Untergange. Unsere Vorräte, so konnte man in diesem Aufruf lesen, sind erschöpft, der Boden gibt nicht mehr, was er früher gab, die Industrie hat keine Rohstoffe, die Verkehrsmittel sind nicht mehr leistungsfähig. Eisenbahnen, Straßen, Häuser bedürfen der Erneuerung oder der Vergrößerung, der Schiffsbau leidet an Arbeitermangel, der Bergbau braucht Menschen. Aber alle diese und ähnliche Ermahnungen, die Zeitungen und Plakate tagtäglich jedermann in die Ohren gellten und in deutlichen Worten den Ernst unserer wirtschaftlichen Lage und die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs schilderten, verhallten ungehört.

Von dem Augenblick an, als die Revolution gesiegt hatte, ohne daß ihr aus den Kreisen der entthronten Gewalten und des Bürgertums irgendein Widerstand entgegengesetzt worden wäre, erfaßte die deutschen Arbeiter ein wilder Taumel nach Geld und Genuß, der nur als pathologisch aufzufassen gewesen wäre, wenn er nicht seine psychologische Erklärung in den Versprechungen gefunden hätte, mit denen die deutschen Arbeiter zwei Menschenalter hindurch von der Sozialdemokratie gefüttert worden waren. „Von heute ab hat der Mindestlohn für den ungelernten Arbeiter 20 M. am Tage, für den gelernten Arbeiter 25 M. zu betragen," erklärte der Arbeiter- und Soldatenrat — auch eine der vielen, ach, nur allzu vielen Errungenschaften der Revolution — mit der Geste des Diktators, und sofort setzte eine wilde Jagd nach Lohnerhöhungen ein, die bis zu der Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, ihr Ende noch nicht erreicht zu haben scheint. Jeder Tag brachte neue Streiks, Demonstrationen und Unruhen, durch die Millionen von Arbeitsstunden verloren gingen. Und nun erlebte man das Schauspiel, daß dieselbe Sozialdemokratie, die früher den Streik als ein unveräußerliches Recht des Arbeiters ausgerufen hatte, ihren Gesinnungsgenossen klarmachen mußte, daß jeder Streik, jeder Arbeitsausfall das eigene Volk, den eigenen Bruder treffe. Es dürfe nicht dahin kommen, etwa gar zu dem Bedauern gezwungen zu werden, daß der kapitalistische Zwang gebrochen sei, bloß weil sozialistisches Pflichtempfinden und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der gesamten Arbeiterschaft kein genügender Antrieb zu Arbeit seien. Unter einer sozialistischen Regierung müsse an die Stelle des Streiks der Ausgleich treten. Ja, die Arbeiter, die streikten, ohne ihre Beschwerden Schiedsgerichten zu unterbreiten oder ihre Klagen der Öffentlichkeit zu unterwerfen, bekamen sogar zu hören, daß sie keine Sozialisten seien! Und die preußische Regierung, damals noch aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen bestehend, erließ am 2. Januar 1919 eine Verordnung, in der sie unter Hinweis auf die Staatsbetriebe, die es nicht ertragen könnten, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen, es als ihre gebieterische Pflicht erklärte, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. In

dieser Verordnung wurden die Fachminister ersucht, an sie herantretende Lohnforderungen sorgfältig auch darauf hin zu prüfen, ob nicht durch ihre Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt würden, die sie nicht tragen könnten, ohne zu erliegen.

Auch diese Verordnung blieb, wie alle ähnlichen Kundgebungen, ein Schlag ins Wasser. Die Arbeiter erblickten in ihrer Mehrzahl in der Revolution nichts anderes als eine gute Gelegenheit, sich zu bereichern, ohne Rücksicht darauf, welche Folgen ihr Tun für die Gesamtheit haben müsse. Der Wuchergeist, der mit den Ausartungen der Zwangswirtschaft einsetzte, die für die wichtigsten Lebensmittel in der Zeit der völligen Sperrung unserer Grenzen während des Krieges eine wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen ist, die aber nach Friedensschluß so rasch als möglich hätte abgebaut werden müssen, hatte auch den Arbeiter ergriffen. Wir haben uns bei der Widerlegung der Marxschen Lehre in einem früheren Kapitel sehr scharf gegen die Auffassung von Karl Marx gewandt, daß die Arbeitskraft des Arbeiters eine käufliche Ware sei. Wer aber dieser Ansicht huldigt, wird auch nicht widersprechen dürfen, wenn man sagt, daß nach der Revolution der Arbeiter mit dieser seiner Ware Arbeitskraft ebenso Wucher getrieben hat, wie irgendein anderer Wucherer mit anderen Waren. Wenn einem solchen Vorwurf gegenüber auf die Höhe der immer noch steigenden Lebensmittelpreise hingewiesen wird, so übersehen die Arbeiter dabei, daß die landwirtschaftlichen Erzeuger für alle ihre Produktionsmittel, für Arbeitskräfte, Maschinen, Gerätschaften, Düngemittel usw. ebenfalls hohe Preise anlegen müssen, die dann naturgemäß in den Preisen der von ihnen erzeugten Bodenfrüchte zum Ausdruck kommen. Es wird aber weiter vergessen, daß die Warenpreise in der Hauptsache bestimmt werden durch die bei ihrer Herstellung gezahlten Löhne und Gehälter. Je höher mithin die Löhne, desto höher naturgemäß die Preise aller Waren und Lebensmittel, so daß der Arbeiter, der hohe Löhne für seine Arbeit erzielt, genötigt wird, das, was er mit der einen Hand einnimmt, mit der anderen Hand wieder auszugeben, infolge derselben hohen Löhne, die seine Berufskollegen in den anderen Gewerbezweigen erzielen. Wir haben uns in anderem Zusammenhange im Kapitel über das Erfurter Programm unter Berufung auf sozialdemokratische Kronzeugen gegen die Auffassung gewandt, daß der Arbeiter in der Hauptsache Konsument sei und haben festgestellt, daß seine Stellung im Wirtschaftsleben in erster Linie bedingt werde durch seine Stellung als Produzent. Aber der Arbeiter ist auch nicht einseitig Produzent, er ist vielmehr Produzent und Konsument zugleich, ein Umstand, der ihn wie keinem zweiten Faktor in unserer Volkswirtschaft eine ganz besondere Stellung zuweist, die ihm auch der Gesamtheit gegenüber Pflichten auferlegt, die er nicht verletzen darf, ohne zugleich sich selbst und alle seine Volksgenossen aller Berufsstände aufs schwerste zu schädigen.

Der Vorsitzende des Direktoriums der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu Berlin, Geh. Kommerzienrat F. Deutsch, hat in seinem schon erwähnten, durch die Berliner Handelskammer verbreiteten Schriftchen über das Verhältnis des Anteils von Arbeit und Kapital am Ertrage die Ausgaben von je 66 Gesellschaften untersucht, die sich auf die verschiedensten Industrien in allen Teilen Deutschlands verteilen — Bergbau, Hüttenwerke, Maschinenbauanstalten, elektrotechnische Unternehmungen, Werften, Automobil-

fabriken u. a. m. Diese Gesellschaften verfügten zur Zeit der Untersuchung über ein Kapital von 2,5 Milliarden Mark und hatten eine durchschnittliche Dividende von 10 v. H. gebracht, lagen also erheblich über dem Durchschnitt der Rentabilität der an der Berliner Börse gehandelten Papiere, die im Durchschnitt nur 6 v. H. Dividende abwarfen (s. im 4. Kapitel Seite 127). Der Gesamtbetrag der von diesen 66 Gesellschaften während der letzten zehn Jahre durchschnittlich gezahlten Dividenden betrug 215 220 000 M. Für Gehälter und Löhne waren in einem Zeitraum von zehn Jahren jährlich 1 424 800 000 M. gezahlt worden, während für die staatlichen, kommunalen und sozialen Lasten im Jahre 217 160 000 M. aufgebracht werden mußten. Die Dividende hatte also 13 v. H. dieser beiden Summen betragen, oder es hatten von jeder Mark, die für diese Posten ausgegeben wurden, erhalten:

Angestellte und Arbeiter	76,7 ₰
Staat und Kommune .	11,7 „
Die Aktionäre	11,6 „
	100,0 ₰

Bei dieser Berechnung blieb sogar noch zu berücksichtigen, daß viele jener 66 Gesellschaften erhebliche Gewinne aus Finanzunternehmungen, Dividenden aus Tochter- und ihnen angeschlossenen Gesellschaften auch im Auslande erzielt hatten. Um diese sehr lehrreichen Untersuchungen noch klarer zu machen, hat Geheimrat Deutsch eine weitere Berechnung aufgestellt. Nach ihr hatten die sämtlichen Gesellschaften während der letzten zehn Jahre durchschnittlich, wie wir sahen, 215 220 000 M. Dividende verteilt und dabei 783 781 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Nähme man an, daß die Aktionäre sämtlich reine Idealisten wären, die sich bereit erklärten, auf eine Verzinsung ihres Besitzes zu verzichten und den Gesamtgewinn den Angestellten und Arbeitern zu überlassen, was, meint man wohl, wäre das Ergebnis? Selbst bei diesen besonders gut rentierenden Unternehmungen hätte jeder Angestellte oder Arbeiter auf den Kopf und die Stunde Arbeitszeit nur 11 Pf., im Jahre also ganze 270 M. mehr erhalten.

Aus diesen Aufstellungen ist auch ersichtlich, welch erheblichen Anteil die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten an den allgemeinen Unkosten haben. Beispielsweise hat man berechnet, daß bei der Kohle die Löhne 60 v. H. der Gesamtunkosten ausmachen. Geht die Entwicklung der Lohnerhöhungen weiter, dann sind zwei Wege möglich: entweder es werden die dauernd steigenden Löhne auf die Preise der hergestellten Waren geschlagen — es gilt dieses für Staatsbetriebe ebenso wie für private, da die wirtschaftlichen Vorbedingungen bei beiden dieselben sind — dann müssen die Warenpreise dauernd steigen, da der Arbeiter bestrebt sein wird, und meistens mit Erfolg, durch neue Lohnforderungen die durch die fortgesetzt steigenden Waren- und Lebensmittelpreise notwendigen Mehraufwendungen für seinen Lebensunterhalt wieder auszugleichen. Hier haben wir dann die Schraube ohne Ende. Oder aber es tritt der zweite Fall ein — und das pflegt bald zu sein —, daß diejenigen Bevölkerungsschichten, die sich entweder nur aus Konsumenten zusammensetzen oder aber nicht in der Lage sind, durch Arbeitseinstellungen höhere Löhne und Gehälter zu erzwingen, die den dauernd steigenden Unterhaltskosten sich angemessen anpassen, nicht mehr imstande

sind, die erhöhten Warenpreise zu zahlen. Dann stockt der Absatz und die Produzenten bleiben mit den von ihnen erzeugten Waren sitzen. Trotzdem wird noch einige Zeit weiter produziert, weil der Unternehmer entweder aus sozialem Pflichtgefühl oder aber in der Hoffnung auf eine Besserung der Absatzverhältnisse seine Arbeiter noch nicht auf die Straße setzen will. Diese aber stellen dauernd neue Lohnforderungen, da die Waren- und Lebenspreise noch immer steigen. Die Absatzstockung hält daher an, die Ausgaben des Unternehmers werden immer größer, die Einnahmen immer geringer: es tritt der Augenblick ein, wo die Wirtschaftlichkeit des Betriebes aufhört. Da niemand dem Unternehmer zumuten kann, sein in das Unternehmen gestecktes Kapital sehenden Auges völlig zu verlieren, stellt er den Betrieb ein, entläßt seine Arbeiter und gibt sein Unternehmen auf. Täte er das nicht, so würde er in absehbarer Zeit sein Vermögen zugesetzt haben, also schließlich Bankerott machen. Das Endergebnis wäre dasselbe: Vernichtung des produzierenden Kapitals und in seinem Gefolge ungeheure Arbeitslosigkeit.

Auch die Sozialisierung der Betriebe, die von den Anhängern der sozialdemokratischen Lehre als Allheilmittel gegen diese eben geschilderte Entwicklung betrachtet wird, kann jenen Prozeß nicht aufhalten. Im Gegenteil: dieser vollzieht sich zwar im einzelnen anders als bei den nichtsozialisierten Privatbetrieben, sein Endergebnis ist aber noch sehr viel verheerender, weil die nicht zu vermeidende Katastrophe nicht mehr den einzelnen Unternehmer und dessen brotlos gewordene Arbeiterschaft trifft, sondern die Gesamtheit der Volksgemeinschaft in Form eines Staatsbankerottes und damit einer völligen Vernichtung der Volkswirtschaft überhaupt. Zunächst natürlich kann der Staat die nicht mehr rentierenden Betriebe noch in Gang halten, da es ihm ja nicht an Geld zur Bezahlung der aufs höchste gestiegenen Löhne und Gehälter zu fehlen braucht, solange er noch in der Lage ist, die Notenpresse zur Herstellung von bedrucktem Papier, das zwar kein Geld ist, aber sich immer noch Geld nennt, ununterbrochen in Tätigkeit zu setzen. Der Staat oder die Gesellschaft — da nach sozialdemokratischer Lehre es in Zukunft gar keinen Staat mehr geben soll, sondern nur noch eine organisierte Gesellschaft —, muß aber schließlich die durch die unbegrenzte Ausgabe bedruckter Papierscheine bis ins Unermeßliche gestiegenen Schulden doch einmal bezahlen. Er kann das aber nur dadurch, daß er seinen Angehörigen Steuern auferlegt, die einer völligen Konfiskation des gesamten Privatvermögens gleichkommen. In beiden Fällen ist also das Ende ein gleiches: die völlige Vernichtung der gesamten Volkswirtschaft. Der wirtschaftliche Tod der Gesamtheit und damit jedes einzelnen ist eingetreten.

Will Deutschland diese entsetzliche Katastrophe vermeiden, der wir nach der Entwicklung, die unser Wirtschaftsleben seit dem verhängnisvollen 9. November 1918 genommen hat, mit Riesenschritten zueilen, so gibt es hierzu nur *einen* Weg: schleunigster Abbau der unsinnig hohen Löhne und Gehälter, mit dem — selbstverständlich — geeignete und durchgreifende Maßregeln zu sofortiger Senkung der Waren- und Lebensmittelpreise Hand in Hand gehen müssen, um zu verhüten, daß ein profitgieriges Schiebertum diesen Eingriff in das Wirtschaftsleben von neuem zu schamloser Bereicherung mißbraucht. Am 4. Juni 1920 hat in München eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes der Bayrischen Industriellen stattgefunden, die sich mit der ernsten Lage der deutschen Industrie beschäftigte.

Der Hauptredner des Tages, Syndikus Dr. Kuhlo, kam am Schlusse seines Berichtes ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die Industrie die drohende Krisis nur dann überstehen könne, wenn sie sich dazu verstehen werde, von ihren Arbeitern erhöhte Leistungen bei geringeren Löhnen zu verlangen. Werden solche Forderungen von Vertretungskörpern der Industrie erhoben, so ist der deutsche Arbeiter, dem durch die 50jährige Agitation der Sozialdemokratie leider die Fähigkeit geraubt worden ist, in wirtschaftlichen Fragen anders als durch die parteipolitische Brille zu sehen, nur allzu sehr geneigt, sie als einen Ausfluß des nackten Eigennutzes der verhaßten Unternehmer zu bewerten und darum mit Hohn und Entrüstung abzulehnen. Wir möchten daher mit aller Entschiedenheit erklären, daß derjenige, der hier an dieser Stelle für den baldigen Abbau der Arbeitslöhne eintritt, nur aus seiner wissenschaftlichen Überzeugung heraus, als Volkswirt und als Freund des Vaterlandes und der Arbeiter diese Forderung erhebt, niemand zuliebe und niemand zuleide, nur aus Besorgnis, daß, wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht bald zur Besinnung kommt, das ganze deutsche Volk dem Untergange geweiht ist und damit jede Hoffnung auf eine Höherentwicklung der Menschheit für immer begraben werden muß.

Ein Abbau der Löhne ist auch um deswillen eine wirtschaftliche Notwendigkeit, weil die Leistungen heute nicht mehr in einem richtigen Verhältnis stehen zu den dafür gezahlten Gegenwerten. Aus allen Gewerben erschallen die gleichen Klagen, daß die Arbeiter auch nicht mehr annähernd soviel leisten wie vor dem Kriege in der gleichen Arbeitszeit. Damit soll kein Vorwurf ausgesprochen werden, der die Arbeiter allein trifft. Die Unlust zur Arbeit ist eine internationale Nachkriegserscheinung, über die die siegenden Länder in gleicher Weise klagen wie die besiegten. Auch ist sie nicht auf die Arbeiter der Hand beschränkt, die Angehörigen der anderen Berufe haben ebenso wie die geistigen Arbeiter noch lange nach Beendigung des Krieges eine tiefe Erschöpfung und Ermüdung gezeigt, die eine natürliche Folge der seelischen Not und körperlichen Entbehrungen gewesen sind, unter denen wohl jeder von uns schwer gelitten hat. Millionen Menschen waren in den letzten Kriegsjahren jeder regelmäßigen Tätigkeit entwöhnt und von den Sorgen für ihre leiblichen Bedürfnisse befreit gewesen; kein Wunder, daß viele von ihnen sich in die alte nüchterne Werktagsarbeit so schnell nicht wieder hineinfanden. Vor dem Kriege hatten wir Millionen volksfremder Arbeiter in unserem Lande, welche die groben Arbeiten in Industrie und Landwirtschaft verrichteten, zu denen sich die deutschen Qualitätsarbeiter nicht mehr hergaben. Daß sich heute, wo uns Polen und Italiener fehlen, die deutschen Arbeiter auch zu diesen groben Verrichtungen verstehen müssen, die gerade in der Urproduktion, in der Landwirtschaft und im Kohlenbergbau, zu leisten sind, soll unsere Volkswirtschaft wieder in Gang kommen, will ihnen immer noch nicht in den Sinn. Auch daß die Moral und das sittliche Empfinden durch die Begleiterscheinungen des Krieges stark erschüttert worden sind, ist menschlich begreiflich. Die erzieherischen Kräfte einer starken Monarchie hätten aber, noch dazu nach einem glänzenden Siegfrieden, die eingerissene moralische Verwilderung bald beseitigt, während die auf das grob Sinnlich-Materielle gerichteten Äußerungen einer Weltanschauung, in der es keinen Raum gibt für das Ethos im Menschen, zu neuer sittlicher Hemumngslosigkeit führen mußten, die ihren Ausdruck fand in einer

dem deutschen Volke, das noch eben so übermenschliche Leistungen im Kriege vollbracht hatte, völlig wesensfremden Verkommenheit.

Unter diesen Erscheinungen wurden die Werkstätten zu politischen Debattierklubs, in denen man an die Pflicht zur Arbeit zuletzt dachte. So mußte eine bekannte große Lokomotivfabrik, in der vor dem Kriege täglich eine Lokomotive hergestellt wurde, klagend berichten, daß im ganzen Dezember des Jahres 1918 noch nicht eine einzige Lokomotive vollendet worden war. Diese betrübende Tatsache erinnerte lebhaft an die Zustände in Rußland unter der Schreckensherrschaft der Bolschewisten. Dort hatten z. B. die Putilow-Werke bei Petersburg, das russische Gegenstück zu Krupp, in den ersten 11 Monaten des Jahres 1918 rund 100 Millionen Rubel verbraucht, aber nur ein Jahreserzeugnis von — sage und schreibe — 3 Lokomotiven aufzuweisen. Später hat der Bolschewismus mit dieser Wirtschaft gründlich aufgeräumt: es ist ein 10—12stündiger Arbeitstag und die Sonntagsarbeit wieder eingeführt worden, auch stehen die schärfsten Strafen auf nicht genügende Arbeitsleistungen.

Nach den statistischen Veröffentlichungen des Oberbergamts Halle förderte der Kaliarbeiter im dritten Vierteljahr 1919 durchschnittlich nur 65 Tonnen. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1918 hatte er noch 149 Tonnen geleistet.

Die durchschnittliche Monatsförderung im Ruhrbezirk betrug im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, etwa 9,6 Millionen Tonnen gegen 8,7 Millionen Tonnen in den Herbstmonaten 1918. In den letzten Monaten des Jahres 1919 waren dagegen nur etwa 6,6 Millionen Tonnen Kohle gefördert worden. Das waren nur noch 68 v. H. der Durchschnittsförderung des Jahres 1913. Die Folgen dieses starken Rückganges waren, daß die Eisenbahnen mit dem Transport großer Mengen von Braunkohlen aus Mitteldeutschland nach dem Westen belastet werden mußten. Die weit schlimmeren Folgen der geringeren Arbeitsleistungen der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter waren die dauernden Unzuträglichkeiten im Verkehrswesen — nach offiziellen Nachrichten waren damals 48 v. H. aller Lokomotiven ausbesserungsbedürftig; in der schlimmsten Zeit der Kriegsjahre waren es 37 v. H., im Frieden nur 12 v. H. — und die Stillegung vieler industrieller Betriebe, das Ausblasen zahlreicher Hochöfen, besonders im Sieger Lande, das notgedrungene Stillegen der Lokomotivfabriken und die mangelhafte Belieferung der Gasanstalten und großen Elektrizitätswerke, die durch diese Zustände zu einer starken Einschränkung ihrer Erzeugung und zeitweiligen Ausschaltung der ihnen angeschlossenen Betriebe genötigt waren[1]).

Auch auf die Herstellung der wichtigsten Lebensmittel wirkte der Mangel an Kohlen vielfach verheerend. Durch die ungenügende Bodenbearbeitung

[1]) Es ist Verfasser natürlich nicht unbekannt, daß einer der Gründe für das Sinken der Förderungsziffern auf den Raubbau an Material während der Kriegsjahre zurückzuführen ist. Durch die ungeheuren Anforderungen, die seitens der Militärverwaltung, der Rüstungsindustrie und der Eisenbahnen an die Kohlenindustrie gestellt wurden, haben die technischen Einrichtungen der Gruben stark gelitten. Mangelhafte Erneuerung der verbrauchten Maschinen, unsachgemäßes und für den Augenblicksbedarf berechnetes Anlegen neuer Stollen, Vernachlässigung der Vorrichtungs- und Wiederinstandsetzungsarbeiten infolge ungenügender Arbeitskräfte haben die technischen Einrichtungen stark leiden lassen. Dieser Umstand, sowie die Tatsache, daß der Rückgang in der Kohlenförderung eine internationale Erscheinung ist,

während des Krieges, das Fehlen von Arbeitskräften, Spannvieh und künstlichem Dünger war die landwirtschaftliche Erzeugung allmählich mindestens um ein Viertel zurückgegangen. Dieser Ausfall war um so empfindlicher, als uns durch den Versailler Schandfrieden 14 v. H. unseres Gesamtgebietes geraubt worden sind. Dieser Verlust ist um deswillen besonders schmerzlich, weil die verlorenen Gebiete, darunter einer unserer besten landwirtschaftlichen Bezirke, die Provinz Posen, die wir ganz allein — milde gesprochen — durch die bodenlose Leichtfertigkeit der damals verantwortlichen Männer, insbesonders des Ministers von Gerlach unseligen Angedenkens, verloren haben, überwiegend Überschußgebiete waren, mit deren Mehrleistungen die Bevölkerung in den Bedarfsgebieten, vor allem in den großen Städten und Industriezentren, ernährt worden war. Die Provinz Posen beispielsweise hatte in normalen Zeiten die stärkste Roggenernte unter allen preußischen Provinzen; sie betrug rund $^1/_{10}$ der gesamten deutschen Roggenernte. Mit Kartoffeln und Gerste war es ebenso, an Hafer und Weizen lieferte die Provinz $^1/_{20}$ der Gesamternte Deutschlands. Wenn man damit die Tatsache zusammenhält, daß die Einwohnerzahl der Provinz Posen nur $^1/_{35}$ der Bevölkerung Deutschlands ausmachte, so kann man die ungeheure Bedeutung ermessen, welche diese wichtige Provinz für die Ernährung Deutschlands hatte.

Angesichts dieser Schwierigkeiten mußte eine weit ausschauende Produktionspolitik alles daransetzen, um die Ertragsfähigkeit des verkleinerten deutschen Bodens mit allen Mitteln zu heben. Eines dieser Mittel war die vermehrte Bereicherung des Ackerbodens durch künstlichen Dünger, die an sich schon notwendig geworden war, weil die ungenügende Bearbeitung der Felder während des Krieges zu einer stärkeren Auslaugung unserer heimischen Erde geführt hatte. Für Kali hatte Deutschland bis zum Friedensvertrage, der uns die mächtigen Kalilager im Elsaß raubte, eine Art von Monopol. Stickstoff lieferte bis zum Kriege in der Hauptsache der Chilisalpeter, aus dem durch Erhitzen mit Schwefelsäure in eisernen Retorten Salpetersäure gewonnen wird. An Chilisalpeter hatten wir im Jahre 1912 eingeführt 812890 Tonnen im Werte von 178838000 M., im Jahre 1913: 774318 Tonnen im Werte von 171899000 M. Mit dem Ausbruch des Krieges hörte unsere Einfuhr mit einem Schlage auf. Da Salpeter bekanntlich auch zur Herstellung von Sprengpulver dient, hatten unsere Feinde gehofft, daß wir auch aus Mangel an Munition den uns aufgezwungenen Krieg sehr bald würden verloren geben müssen. Aber schon im zweiten Kriegsjahre waren wir in der Lage, dank einem neuen von Professor Dr. Haber erfundenen Verfahren, dessen praktische Durchführung durch den Industriellen Dr. Bosch erfolgte, Stickstoff in beliebigen Mengen aus der Luft zu ge-

---

könnten die Minderleistungen der deutschen Bergarbeiter an sich in milderem Licht erscheinen lassen. Nur haben diese Entschuldigungsgründe für das, was hier bewiesen werden soll, keine Bedeutung, weil der Rückgang der Arbeitsleistungen der deutschen Arbeiter ja nicht auf die Kohlenförderung beschränkt geblieben ist, sondern sich in allen Gewerbebetrieben unangenehm bemerkbar macht. Um nur ein dem Bergbau sehr fern stehendes, dem Verfasser aber besonders am Herzen liegendes Gebiet zu erwähnen, sei auf die Nöte des deutschen Buchhandels hingewiesen. In der Druckerei des bekannten Reclam-Verlages in Leipzig wurden im März 1914 von 62 Druckern auf 68 Maschinen 7625200 Drucke für 15151 Mark Lohn hergestellt, im März 1920 wurden von 75 Druckern auf 68 Maschinen nur 5931500 Drucke für 67490 Mark Lohn erzielt.

winnen. Die betreffenden Werke, die zum Teil vom Reiche selbst erbaut wurden, waren so angelegt, daß bei ungestörtem Betriebe die Gesamterzeugung von Stickstoff auf 500 000 Tonnen jährlich gesteigert werden konnte, was das Doppelte der Menge an Stickstoff bedeutet hätte, die vor dem Kriege die deutsche Industrie und Landwirtschaft zusammen verbrauchten. Aber die mit der Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak betrauten Fabriken, also die Kokereien und Gasanstalten, sowie die neuen Anlagen zur Gewinnung synthetischen Ammoniaks und die Kalkstickstoffabriken hatten nach der Revolution infolge der Kohlen- und Arbeiterschwierigkeiten ihren Betrieb vielfach einschränken, teilweise sogar vorübergehend vollständig einstellen müssen, so daß nach dem Kriege auch nicht annähernd so viel Stickstoff zur Verfügung stand, als notwendig gewesen wäre, um eine erheblich erhöhte Lebensmittelerzeugung zu ermöglichen.

Welche Mehrbelastung durch die verkürzte Arbeitszeit und die Arbeitsunlust allein in den Kohlenbetrieben der gesamten Volkswirtschaft auferlegt wurde, hat ein Sozialdemokrat, der von den Dingen etwas versteht, der Abg. Hué, der Führer der sozialdemokratisch organisierten Bergarbeiter, der am 11. Februar 1919 Minister ohne Portefeuille geworden war, in Nr. 51 der Berg- und Hüttenarbeiterzeitung näher dargelegt, ohne daß freilich die von ihm ausgesprochenen Ermahnungen beherzigt worden wären. Hué stellte fest, daß gegenüber dem 1917 üblich gewesenen Hauerlohn von 10,42 M. die nach der Revolution verlangte Zahlung von 20 M. für das Oberbergamt Dortmund allein 948,5 Mill. M., unter Verkürzung der Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden weitere 268 Mill. M., insgesamt also 1 216 000 000 M. an Mehrbelastung der Förderung erbracht hätte, die im Jahre 1913 einen Wert von 1 282 000 000 M. hatte. Die Mehransprüche der Arbeiter allein hätten also die alte Erzeugung ihrem Werte nach völlig aufgezehrt oder sie um 100 v. H. verteuert. Dabei war überall im Kohlenbergbau im Durchschnitt die Leistung auf den Mann und die Schicht von 1,2 Tonnen auf 0,75 Tonnen zurückgegangen.

Im Jahre 1907 waren nach der Berufszählung im Bergbau und Hüttenbetrieb 963 278 Personen im Hauptberufe tätig. Nehmen wir an, daß jetzt 1 Million Arbeiter im Bergbau beschäftigt sind, so würden diese bei einem Arbeitslohn von nur 6—7000 M. im Jahre insgesamt einen Betrag von 6 bis 7 Milliarden Mark erhalten, d. h. das etwa 60fache der gesamten Dividendensumme, die der Bergbau in dem letzten Jahre vor dem Kriege herausgewirtschaftet hat.

Von sozialdemokratischer Seite wird häufig behauptet, daß die hohen Kohlenpreise, die der Verbraucher zu zahlen hat, ihre Hauptursache nicht in den hohen Löhnen, sondern in den Riesengewinnen der Zechenverwaltungen fänden. Da ist denn sehr lehrreich ein Vorgang, der sich in den Sommertagen des Jahres 1920 abgespielt hat. Der an anderer Stelle erwähnte Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin-Schöneberg, Dr. Kuczynski, der auch Mitglied der Sozialisierungskommission ist, hatte an den Reichskohlenverband, das gesetzlich zur Bestimmung der Brennstoffverkaufspreise bestellte Organ, zwei offene Fragen gerichtet: 1. ob es wahr sei, daß der Arbeitslohn für die geförderte Ruhrkohle im April—Mai 1920 etwa 66 M. betragen habe, und 2. ob es wahr sei, daß sich Arbeitslohn und Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau im April—Mai 1920 wie 5 : 3 ver-

halte. In dem an sämtliche Mitglieder des Reichskohlenrates gerichteten Antwortschreiben wurden beide Fragen verneint. Ausführlich wurde nachgewiesen, daß der Arbeitslohn für die geförderte Tonne an jenem Termin 77 M. betragen habe. Da aber von der geförderten Kohlenmenge nur 83 v. H. abgesetzt würden, während der Rest für den Selbstverbrauch der Zechen und für das Deputat der Angestellten und Arbeiter verwendet werden müsse, habe der Arbeitslohn für die abgesetzte Tonne 90 M. betragen! Der Unternehmergewinn habe nicht annähernd ⅗ des Arbeitslohnes betragen, er sei vielmehr über das für die Vorkriegszeit berechnete Verhältnis von ⅕ nicht nur nicht gestiegen, sondern wesentlich gefallen!

Außerst lehrreich sind auch die Angaben, die einer der führenden Männer der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie in Nr. 165 der „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 18. Juni über die Ergebnisse des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus im Jahre 1919 gemacht hat. Es handelt sich hierbei um solche Gesellschaften, die öffentlich Rechnung legen, also um die großen und größeren Gesellschaften, die etwa 70 v. H. der Förderung der Brikettfabrikation in mitteldeutschem Gebiete ausmachen. Die fehlende Zahl mittlerer und kleinerer Zechen, die meist ein kümmerliches Dasein führen, würde das Gesamtergebnis nur erheblich verschlechtern. Die 14 bedeutendsten Werke, deren Aktien sich übrigens in der Mehrzahl in den Händen vieler mittlerer und kleiner Kapitalbesitzer befinden, haben im Jahre 1913 eine Durchschnittsdividende von 10,8 v. H., im Jahre 1919 aber nur 9,7 v. H. gebracht. Berücksichtigt man dabei, daß die Dividende sich, wie üblich, nur auf das Nominalkapital der Gesellschaft bezieht, nicht aber auf die wirklich in den Anlagen investierten Werte, die teils aus Betriebsmitteln früherer Jahre gedeckt, teils durch Aufgeld bei der Neuausgabe von Aktien gewonnen wurden, so käme man bei einer Zugrundelegung des wirklichen Wertes höchstens auf eine Durchschnittsdividende von 3 bis 4 v. H. Der sachverständige Gewährsmann der „Leipziger Neuesten Nachrichten" untersuchte weiter die Frage, wie hoch die absoluten Geldbeträge der Dividenden sich belaufen, wie sich die Förderung gestaltete und welcher Gewinn auf die Tonne Förderung erzielt wurde, und er kam zu dem Ergebnis, daß der Gewinn, der an der Tonne Kohlen gemacht wird, nur 0,75 v. H. des Wertes der geförderten Kohlen ausmacht. Das will besagen, daß die mitteldeutschen Unternehmungen des Braunkohlenbergbaues am Jahresschluß einen Ertrag haben, der noch nicht 1 v. H. des Umsatzes beträgt, eines Umsatzes übrigens, der heute im wesentlichen für ins Phantastische gesteigerte Löhne und Materialien sowie für Steuern aufzuwenden ist.

Eine weitere von jenem Fachmann mitgeteilte Aufstellung der Gesamtguthaben und der Schulden ergibt, daß es in keinem einzigen Jahre von 1913 bis 1919 jenen Gesellschaften gelungen war, so viel Mittel anzusammeln, um die Schulden ausgleichen zu können. Die Entwicklung hat sogar gezeigt, daß nach der Revolution eine weitere erhebliche Verschuldung eingetreten ist, die in einer Reihe von Fällen die Gesellschaften zwang, Kapitalerhöhungen vorzunehmen, um in den Besitz entsprechender Mittel zu gelangen. Sogar der Wirtschaftsminister hat erklärt, daß der Verdienst an der geförderten Tonne Kohlen unter den heutigen Verhältnissen mindestens 5—6 M. betragen müßte. Die mitteldeutschen Braunkohlenwerke haben aber genau 0,51 M. verdient, gewiß ein Beweis dafür, wie „reif" diese

Industrie für eine Ausführung der Sozialisierungsgesetze in der Kohlenwirtschaft ist.

Zur Kennzeichnung der Wirkungen der Revolution auf die Arbeiterschaft gibt Dr. Jenny (Die Errungenschaften der Revolution S. 44) für die Hochofenproduktion des Düsseldorfer Bezirks folgende Zahlen wieder: Noch im Oktober 1918 betrug die erblasene Masse Roheisen 116 282 Tonnen, im März darauf nur noch 80 000, im April 1919 gar nur 54 635 Tonnen. Eines der dortigen Werke hatte in einem bestimmten Zeitabschnitt des Jahres 1919 eine Fabrikation im Werte von 2 500 000 M. zu verzeichnen bei 1200 vollwertigen Arbeitskräften, während mitten in den Kriegsnöten von 900 vielfach aushilfsweise beschäftigten Leuten im gleichen Zeitraum 1918 noch für 4 600 000 M. Erzeugnisse hergestellt worden waren. Ein anderes Werk verzeichnete als Ergebnis der ersten fünf Betriebsmonate nach der Revolution einen Warenzugang von 1 050 000 M., dessen Herstellung aber einen Kostenaufwand von 1 900 000 M. verursacht hatte.

Bei der Hagener Bergbau-Aktiengesellschaft forderten nach Zeitungsmeldungen die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 5 M. für die Schicht. Das bedeutete eine Mehrforderung von 48 Mill. M., während der Reingewinn der Gesellschaft im letzten Geschäftsjahre überhaupt nur 13,8 Mill. M. betragen hatte.

Bei den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin forderten die streikenden Arbeiter Mehrlöhne von rund 70 Mill. M., die Angestellten eine Erhöhung ihrer Gehälter um 54 Mill. M. jährlich, das wäre also zusammen ein Mehraufwand an Löhnen und Gehältern von 124 Mill. M. gewesen, während sich im letzten Jahre der gesamte Gewinn nur auf 13,5 Mill. M. belaufen hatte, nachdem die Löhne im Kriege bereits von 113 auf 208 Mill. M. erhöht worden waren.

Ähnlich gestalteten sich die Verhältnisse bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. Diese immer wieder von neuem bestreikten Werke hatten bei jedem Groschen Mehrstundenlohn 12 Mill. M. Mindergewinn im Jahre, bei 1 M. also einen Verlust von 120 Mill. M. Dabei hatte die A. E. G. im Jahre 1914 überhaupt nur 154 Mill. M. Kapital, das also in kurzer Zeit hätte aufgebraucht werden müssen, wenn man nicht durch ungeheure Preisaufschläge die emporgeschraubten Löhne wieder hätte wettmachen wollen. Eine solche Verteuerung der Erzeugnisse hätte diese aber wahrscheinlich unverkäuflich gemacht und damit den Ruin des Unternehmens herbeigeführt.

Erwähnt werden muß auch noch, daß die Arbeiter vielfach das Werk, für das sie arbeiteten, nicht nur durch ihre mangelhaften Leistungen schädigten, sondern auch direkt bestahlen. Sie verarbeiteten z. B. das Material der Werke eigenmächtig an den Maschinen und Öfen, um dann die während der Arbeitszeit, für die sie sich, wie wir sahen, sehr anständig bezahlen ließen, hergestellten Waren mit nach Hause zu nehmen und dort für ihre eigene Tasche zu verkaufen. Es war ein Raub im großen, der damals in Deutschland ausgeführt wurde. Moralische Hemmungen und Gewissensbisse waren unbekannte Vorstellungen.

Ein Führer der deutschen Webwarenindustrie, Kommerzienrat Claviez in Adorf (Sachsen), der durch Fleiß und Tüchtigkeit es vom Arbeiter zum Großindustriellen und Besitzer von allein neun Fabriken im feindlichen Aus-

land gebracht hat, machte im Mai 1920 nach einer Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ (Nr. 228 vom 26. Mai 1920) sehr lehrreiche Mitteilungen über die Lage der deutschen Textilindustrie, die an sich nicht schlecht wäre, da es gelungen sei, für die fehlenden Rohstoffe des Auslandes brauchbare Ersatzstoffe im einheimischen Boden zu finden. Aber die Industrie sei unfehlbar verloren, wenn die jetzigen Löhne fortdauerten. Ein Teppich, aus feinem Kokosstoff gearbeitet, 3 m lang, 2 m breit, stellte sich früher auf 60 bis 70 M. Materialkosten, das aus geringstem deutschen Ersatzstoff hergestellte Material kostet heute 40 M., die Arbeitslöhne aber betragen 1233 M. Die Löhne stellten sich also heute auf das Dreißigfache des Materialpreises! Kapitalverzinsung, Versicherungskosten, Risikoprämie usw. des Fabrikanten sind in diesen Preis noch nicht mit eingerechnet.

In den Staatsbetrieben haben sich die gleichen Mißstände, nur noch in gesteigertem Maße, entwickelt. Die deutschen Verkehrsinstitute galten bis zur Revolution nicht nur als musterhaft, sie bildeten auch für die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten sehr ergiebige Einnahmequellen. Die deutsche Reichspost, die bayrische und württembergische Post warfen in den letzten Jahren vor dem Kriege folgende Überschüsse ab (in Millionen Mark):

	Reichspost:	Bayern:	Württemberg:	Insgesamt:
1907	37,3	10,1	6,5	53,9
1909	4,2	9,2	9,4	22,8
1911	90,8	14,0	7,7	112,5
1913	89,7	16,4	9,0	115,1

Die Eisenbahnen der preußisch-hessischen Betriebsgemeinschaft brachten vor dem Kriege folgende Überschüsse:

1910	1911	1912	1913
710717000 ℳ	816274000 ℳ	843101000 ℳ	787489000 ℳ

Vom Tage der Revolution an arbeiteten diese Verkehrsinstitute mit einer gewaltigen Unterbilanz, die sich seitdem dauernd vergrößert. Im Jahre 1919 hatte die Reichspost ein Defizit von 1 Milliarde, also — eintausend Millionen Mark, die Eisenbahnen einen Fehlbetrag von fast 14 Milliarden, sprich 14000 Millionen Mark. Geradezu erschütternd waren die Angaben, die der Reichsfinanzminister Wirth am 1. Juli 1920 dem Deutschen Reichstage über die Fehlbeträge bei der Post und Eisenbahn machte. Noch wenige Wochen vorher hatte man den voraussichtlichen Fehlbetrag bei der Post auf 870 Mill. Mark, bei der Eisenbahn auf 12 Milliarden geschätzt, so daß sich ein Defizit von annähernd 13 Milliarden ergeben hätte. Am 1. Juli aber hatte man bereits die Überzeugung gewonnen, daß die Eisenbahnverwaltung mit einem Fehlbetrag von 14—15000 Mill. M., wenn nicht mehr, werde rechnen müssen, ein Posten, der allein so groß ist wie unsere Ausgaben aus der Reichsschuld und den Pensionen für die Kriegshinterbliebenen und die Kriegsbeschädigten. Der Hauptgrund für diese jammervolle Lage der deutschen Verkehrsverwaltungen liegt nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers in den riesenhaft steigenden Aufwendungen für die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten. Es muß damit gerechnet werden, daß diese Aufwendungen noch weiter in die Höhe gehen, weil die Länder in ihren neuen Besoldungsordnungen vielfach über die Bestimmungen der Reichsbesoldungsordnung hinausgehen und das Reich dadurch gezwungen wird, ihnen nachzufolgen. Hier muß man an das Wort des Dichters denken: „Ist es auch Wahnsinn,

hat es doch Methode." Ein Keil treibt den anderen und ein Ende ist nicht abzusehen. Dabei sollen nach einer Mitteilung der „Germania" vom Anfang Juli 1920 ab bei der Post 40 000, bei der Eisenbahn sogar 120 000 überflüssige Arbeiter beschäftigt werden.

Als ein Symptom, das tief blicken läßt, soll auch eine Mitteilung nicht verschwiegen werden, die sich in dem Schriftchen des Geheimen Regierungsrats und Mitgliedes der Preußischen Landesversammlung, Garnich: „Errungenschaften der Revolution im Verkehrswesen" findet (S. 6) und äußerst bezeichnend ist für den Geist, von dem heute die Staatsarbeiter beseelt sind. Bei den Verhandlungen, die mit den Vertretern der Eisenbahnerschaft, und zwar zum Teil unter dem Vorsitz des Reichskanzlers selbst, stattgefunden hatten, um die Staatsarbeiter zur freiwilligen Annahme eines neuen Lohnsystems zu bewegen, wurde von einem ihrer Vertreter die Drohung ausgestoßen, daß an dem Tage, an dem man etwa versuchen würde, ein neues Lohnsystem von oben herab anzuordnen, viele Eisenbahnwerkstätten im Reiche in Flammen aufgehen würden.

Diesem trüben Bilde der Verkehrsinstitute entspricht die gesamte Finanzlage des Reiches. Auch während des letzten Kriegsjahres haben sich die Ausgaben und Schulden des Reiches dauernd vermehrt, aber sie hielten sich doch immerhin in vorstellbaren Grenzen und, gemessen an dem Riesenloch, das heute die Finanzverwaltung aufweist, waren sie gering zu nennen. Der Gesamtbedarf des Jahres 1916 an laufenden Ausgaben hatte sich auf fünf Milliarden Mark gestellt, denen 2 Milliarden Einnahmen gegenüberstanden, so daß sich ein Fehlbetrag von 3 Milliarden ergab. Auch im folgenden Jahre stiegen, da der Krieg immer kostspieliger wurde, die Ausgaben ganz erheblich, desgleichen im Jahre 1918. Die eigentliche Krisis der Finanzen trat aber erst ein, als die Revolutionswirtschaft einsetzte. Ende Mai 1916 betrug die deutsche Kriegsschuld 42 Milliarden, beim Waffenstillstand stellte sie sich auf 142 Milliarden, war also in den letzten 21 Kriegsmonaten um etwa 100 Milliarden gewachsen. Im Frühjahr 1920 aber betrugen sie schon 200 Milliarden M., das will besagen, daß 16 Monate des Revolutionsfriedens ungefähr halb so viel gekostet haben als 52 Monate des Krieges. Jeder Revolutionsmonat kostete dem deutschen Volke 1½mal soviel als der Durchschnitt des Kriegsmonats.

Inzwischen ist die Reichsschuld weiter angewachsen. Am 30. April 1920 machten, wie gesagt, unsere Schulden 200 Milliarden aus, darunter 108 Milliarden M. schwebender Schulden. Am 1. Juli jedoch betrug sie bereits 209 Milliarden, aber da das Reich außerdem noch aufzukommen hat für die Kriegsaufwendungen der Länder und Gemeinden, die auf 15—16 Milliarden geschätzt werden, und da endlich noch die Abfindungen für die Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich einen Betrag von 39,25 Milliarden M. erfordern, so würde sich die ganze Reichsschuld nach den Angaben des Reichsfinanzministers auf 264—265 000 Millionen M. belaufen. Daneben wies auch noch der Reichshaushalt für 1919 die geradezu fabelhafte Summe von 72 Milliarden auf, die sich im Jahre 1920 voraussichtlich noch weiter erhöhen. Daß der Haushalt für 1920 am 1. Juli dieses Jahres noch nicht einmal fertiggestellt war, ist gleichfalls bezeichnend für die Zustände, die mit dem 9. November 1918 über das deutsche Volk hereingebrochen sind.

Zu der in allen Betrieben, privaten wie staatlichen, herrschenden Arbeits-

unluſt mag nicht wenig die Art der Erwerbsloſenfürſorge und Arbeitsloſenunterſtützung beigetragen haben. Der Sozialminiſter Unterleitner in Bayern erwähnte gelegentlich einen Fall, in dem eine Familie es fertiggebracht hatte, durch Müßiggang 1046 M. monatliche Unterſtützung zu beziehen. Dazu paßt trefflich ein anderer Fall, den die „Kreuz-Zeitung“ in Nr. 37 vom 25. Januar 1919 und andere veröffentlicht hatte. Es iſt eine ſelbſterlebte Geſchichte, die dem Leiter eines großen Induſtrieunternehmens im Oſten Berlins begegnet iſt. Kommt da eines Tages ein alter Arbeiter zu dem Betreffenden, verlangt ſeine Papiere und erklärt, die Arbeit einſtellen zu wollen. Nach dem Grunde befragt, gibt der Arbeiter zur Antwort: „Für 3 M. die Woche kann ich nicht arbeiten.“ „Aber Sie verdienen doch nicht 3 M., ſie bekommen doch jetzt 105 M. die Woche!“ „Das iſt ſchon richtig und iſt auch ganz ſchön, aber ſehen Sie, Herr Direktor, wenn ich nicht arbeite“ — er rechnete das vor — „bekomme ich mit Frau und Kind 102 M. Arbeitsloſenunterſtützung. Dafür kann ich ſchön zu Hauſe bleiben und mir von meiner Ollen Kaffee kochen laſſen. Det ick vor lumpige 3 M. die Woche arbeete, mir in die Elektriſche drängeln laſſe und die Schuhſohlen verloofe, det kann keen Menſch verlangen.“ Sprach's, nahm ſeine Papiere und ging.

Und ſolcher Fälle, in denen auf Grund der Erwerbsloſenfürſorge die Leute mit verhältnismäßig hohen Summen unterſtützt wurden, die oft höher waren als der Arbeitslohn der Angeſtellten und Arbeiter, ſo daß natürlich jeder Anſporn fehlte, ſich um Arbeit zu bemühen, gab es nach der Verſicherung des damaligen ſozialdemokratiſchen Reichswirtſchaftsminiſters unzählige. Nach den Mitteilungen Berliner Blätter ſuchte die Berliner Stadtverwaltung im Winter 1918/19 nach dem erſten Schneefall 1000 Mann. Auf ihre öffentliche Aufforderung ſollen ſich ganze 17 Mann gemeldet haben, trotzdem es zu jener Zeit 100 000 angeblich Arbeitsloſe in der Reichshauptſtadt gab. Damals ſoll Berlin täglich etwa 1 Mill. M. Arbeitsloſenunterſtützung gezahlt haben. Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsminiſters Bauer in der Sitzung des Reichstags vom 4. Auguſt 1920 hatten das Reich und die Länder bis dahin an Arbeitsloſenunterſtützungen 1400 Mill. M. ausgezahlt.

So hat ſich denn auch das dritte der Verſprechen, welche die Revolutionsregierung gemacht hatte, als ein Luftgebilde, als eine nicht mal ſchöne Seifenblaſe erwieſen, die über das wirtſchaftliche Elend nicht hinwegtäuſchen können, das unſer Volk immer raſcher dem Abgrund zuführt, wo Bolſchewismus und leiblicher und geiſtiger Tod auf uns lauern und aus dem unſer Volk niemals wieder zu neuem politiſchen und wirtſchaftlichen Aufſtieg ſich zu erheben vermöchte. An Stelle der Arbeit Streiks, an Stelle der Arbeitsfreude Arbeitsunluſt, die nur ungern und mit Widerwillen geleiſtete Arbeit in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Koſten, infolgedeſſen Unwirtſchaftlichkeit aller Betriebe, Verſchuldung, Verarmung, Zerrüttung der Volkswirtſchaft — das iſt das Bild Deutſchlands nach der Revolution!

Gegen alle dieſe Gebreſten ſoll nun die Sozialiſierung helfen, oder, wie es im Erfurter Programm heißt: die Verwandlung des kapitaliſtiſchen Privateigentums an den Produktionsmitteln in geſellſchaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in ſozialiſtiſche, für und durch die Geſellſchaft betriebene Produktion. Wir glauben in dem Kapitel über das Erfurter Programm unwiderlegbar nachgewieſen zu haben, daß die Vorausſetzungen, von denen die ſozialdemokratiſchen, auf der Lehre von Marx be-

ruhenden Theorien ausgehen, samt und sonders falsch sind, daß darum auch die Folgerungen, die aus dieser Lehre gezogen werden, nicht richtig sein können. Es liegt uns nunmehr ob, darzutun, wie die Sozialdemokratische Partei, nachdem sie ans Ruder gekommen war, verfahren ist, um ihre Forderungen und Grundsätze in die Praxis zu überführen und zu untersuchen, ob sie überhaupt ernstlich bestrebt war, dahingehende Versuche anzustellen und wenn ja, ob ihr diese gelungen sind oder nicht. Hier handelt es sich also nicht um die praktisch politischen Fragen, wie sie in dem zweiten Teile des Programms enthalten sind und die zum Teil entweder schon in dem bürgerlichen Staate im Laufe der Jahrzehnte, die der Festsetzung des Erfurter Programms folgten, auf dem Wege der geschichtlich organischen Entwicklung ihre Lösung fanden oder mit dem Tage der Staatsumwälzung als deren natürliche Folge Wirklichkeit wurden. Vielmehr stehen wir jetzt vor der Frage, ob und wie die Sozialdemokratie den grundlegenden Satz des Erfurter Programms aus der Gedankenwelt der bloßen und blassen Theorie in die klare Nüchternheit des blühenden praktischen Lebens übertragen hat.

Gleich zu Beginn dieser Untersuchung stehen wir vor einem Vakuum. Fast 30 volle Jahre hatte die Sozialdemokratie Zeit, bis ins kleinste zu überlegen, wie ihr sozialdemokratischer Staat aussehen würde, wenn sie dermaleinst zur Herrschaft kommen würde. Daß sie diese Herrschaft einmal erringen müsse, war doch wohl das ausgesprochene Ziel ihrer Arbeit, da man unmöglich annehmen kann, daß, wie das allerdings einzelne Sozialdemokraten gelegentlich ausgesprochen haben, ihr dieses Ziel, vielleicht weil sie es selbst für unerreichbar hielt, nichts, die Bewegung zu diesem Ziel aber alles gewesen sei. Denn diese Annahme würde bedeuten, daß die Sozialdemokratische Partei dieses Ziel nur als eine Fata Morgana, als eine Luftspiegelung ihren Anhängern vorgegaukelt habe, um jener rein negativen Arbeit, die in der Erregung von Unzufriedenheit mit der damals geltenden Staats- und Gesellschaftsordnung bestand, auch einen positiven Inhalt zu geben, indem man den durch eine unermüdliche Agitation gewonnenen Massen ein Paradies auf Erden versprach, wenn die Partei die politische Macht errungen hätte. Wir haben in einem früheren Kapitel bei der Besprechung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates der Sozialdemokratischen Partei sogar zugebilligt, daß man von ihr nicht verlangen könne, schon jetzt, solange sie noch nicht zur Herrschaft gelangt sei, zu sagen, wie im einzelnen das Gebilde aussehen werde, das sie später an die Stelle des von ihr vernichteten zu setzen gedenke. Aber e i n e s mußte man von ihr verlangen, daß sie für den Zeitpunkt, an dem sie ihre Herrschaft antreten werde, ein fertig ausgearbeitetes Programm jener Gesellschaftsordnung in der Tasche habe, die nunmehr nach dem Willen der Sozialdemokratie die bisherige abzulösen berufen sei. Ihren Einwand, daß sie von den Ereignissen überrascht worden sei, darf man schon um deswillen nicht gelten lassen, weil die Revolution, wie wir gezeigt haben, seit Jahr und Tag planmäßig vorbereitet worden ist. In dieser Zeit hätte sich sehr wohl auch ein fest umrissenes Bild des sozialdemokratischen Gesellschaftsideals ausarbeiten lassen, zumal das Erfurter Programm schon seit 1891 gilt und in dieser langen Zeit niemals abgeändert worden ist. Die Partei war von seiner Vortrefflichkeit überzeugt, es wäre also ihre Pflicht gewesen, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß die Welt am Tage des Beginns der sozialdemokratischen Regierung auch erfuhr, wie die neue Herrlichkeit aussehe, mit der

das deutsche Volk fortan beglückt werden soll. Eine Partei, die Staat und Gesellschaftsordnung für konstruierbar hält, kann von dieser Pflicht nicht entbunden werden.

Nach dem 9. November sehen wir aber ein hilfloses Tasten, unsicheres Lavieren, planloses Experimentieren. Das Erfurter Programm schien nur noch eine politisch-geschichtliche Mumie zu sein, wert, in einem Museum ausgestellt zu werden —, wie wir vorschlagen möchten, möglichst nahe jenen schreckhaft aufgeputzten Fetischen, mit denen die Medizinmänner wilder Völkerschaften ihre Gläubigen in ihren Bann zu zwingen verstanden. Den Massen war die Revolution zunächst nichts anderes, als eine lang ersehnte Gelegenheit, sich zu bereichern und in einem wilden Taumel zweifelhaften Genüssen zu frönen, in denen nach ihrer durchaus törichten Ansicht, die man ihnen aber zwei Menschenalter hindurch eingetrichtert hatte, die sogenannten besitzenden Klassen ihre Zeit und Kraft vergeudeten. Als dieser Taumel etwas nachließ und die Zahl der allmählich wieder nüchtern werdenden Parteigenossen sich mehrte, die einzusehen begannen, daß das Jagen nach Geld und Genuß auch nicht des Menschen Glückseligkeit ausmache, auf der anderen Seite aber die ganz Unentwegten immer stürmischer die endliche Erfüllung der gegebenen Versprechungen und der alten Forderungen des Parteiprogramms verlangten, rafften sich die regierenden Männer zu einer großen Tat auf: sie setzten eine Sozialisierungskommission ein, der die Aufgabe zuteil wurde, die einschlägigen Fragen zu studieren und darüber sich schlüssig zu werden, welche Betriebe wohl reif für eine Sozialisierung seien. In diese Studien, die natürlich mit einer der Größe der Aufgabe angepaßten Gründlichkeit betrieben wurden und darum nur langsam vom Fleck kamen, platzte in den Märztagen 1919 höchst unangenehm der von den Spartakisten angezettelte Berliner Generalstreik hinein, der das Wunder zuwege brachte, daß die Regierung schleunigst den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes veröffentlichte, der den Stempel eines überhasteten Angstproduktes deutlich an der Stirn trägt: dieser Entwurf bestand aus ganzen fünf Paragraphen und war offenbar mit solcher Eile zusammengehauen worden, daß man nicht einmal mehr Zeit gefunden hatte, ihm eine Begründung mit auf den Weg zu geben. Auch die ihm kurz darauf folgenden Gesetzentwürfe über die Kohlen- und die Kaliwirtschaft entbehrten einer solchen Begründung — ein schlagender Beweis dafür, daß am 9. November 1918 die verkörperte geistige Impotenz auf den leergewordenen Sesseln der Regierung großspurig Platz genommen hatte.

Der erste Satz des ersten Paragraphen dieses in der Welt bisher wohl einzigen Gesetzes seiner Art: „Jeder Deutsche hat seine körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert" ist eine glatte Selbstverständlichkeit, die einen Grundsatz aufstellt, der bisher noch für jede auf sittlichen Fundamenten ruhende Kulturgemeinschaft gegolten hat und allenfalls in einem Verfassungsartikel über die Grundrechte des Volkes einen Platz finden könnte, an dieser Stelle aber sich wie eine bloße Redensart und Verlegenheitsphrase ausnimmt. Nicht viel mehr ist der zweite Satz, der besagt, daß die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut der Nation unter dem Schutze des Reiches steht, es sei denn, daß man so boshaft wäre, in ihm die Ankündigung eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen gegen den Terrorismus zu sehen — eine Annahme freilich, die bei der Geistesverfassung der Väter dieses Gesetzentwurfes außerhalb

dem Bereiche jeder Möglichkeit liegt. Von grundsätzlicher Bedeutung ist dagegen der dritte Satz, der lautet: „Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten." Gelingt es ihm — so heißt es im letzten Satze des ersten Paragraphen — nicht, Arbeitsgelegenheit zu finden, so soll ihm auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes der Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt werden. Die Frage einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist eine Frage der Zweckmäßigkeit und — eine Geldfrage, keine grundsätzliche, braucht daher in diesem Zusammenhange nicht besprochen zu werden, zumal dies schon an anderer Stelle (siehe das Kapitel über das Erfurter Programm) ausführlich geschehen ist. Der dritte Satz dagegen legt die Axt an die Grundvesten unserer heutigen Gesellschaftsordnung, die nicht etwa erst eine junge Schöpfung der neueren, durch die Vorherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise gekennzeichneten Zeit ist, sondern auf dem uralten individualistischen Rechtsprinzip beruht, das da besagt, daß der Staat die wirtschaftliche Initiative und damit die Verantwortung für ihr wirtschaftliches Fortkommen den einzelnen Staatsbürgern überläßt, mithin weder ein Recht auf Arbeit und Einkommen bei seinen Bürgern anerkennt, noch ihnen auf der anderen Seite eine Arbeitspflicht auferlegt. Diese individualistische Wirtschaftsordnung ist mit dem Staate selbst entstanden, also ebenso alt wie dieser, greift mithin in eine Zeit zurück, die wir geschichtlich nicht mehr zu bestimmen vermögen. Allerdings kann das Recht auf Arbeit etwas sehr Verschiedenes besagen. In der Bedeutung, wie es in gewissem Umfange das Allgemeine preußische Landrecht anerkennt und wie es auch Bismarck 1884 verteidigte, hat es Sinn und Verstand, soweit man darunter die Pflicht von Staat und Gesellschaft versteht, möglichst jedem Arbeitsfähigen durch Arbeitsnachweis, durch Notstandsarbeiten, durch eine zweckmäßige Wirtschaftspolitik eine leidlich bezahlte Beschäftigung zu verschaffen und den Arbeitswilligen gegen den Terror seiner nichtarbeitenden Berufsgenossen zu schützen.

Das Sozialisierungsgesetz war der erste gesetzgeberische Vorschlag, den die neue Regierung gemacht hatte, die zwar eine Koalitionsregierung war, in der aber der Einfluß ihres sozialdemokratischen Teils allein ausschlaggebend gewesen ist. Wenn daher in den ersten Paragraphen dieses ersten sozialistischen Gesetzes das „Recht auf Arbeit" gefordert wird, also die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz des einzelnen durch den Staat, dem die Pflicht auferlegt wird, eine Organisation zu schaffen, welche die Möglichkeit der Stellenlosigkeit von vornherein ausschließt und jedes Mitglied des Gemeinwesens von allen Zufälligkeiten der Geburt und allen Schwankungen der Konjunktur unabhängig machen soll, so darf man wohl annehmen, daß die Väter eines solchen Gesetzes in der Garantie der wirtschaftlichen Existenz aller Staatsbürger durch den Staat den Grundgedanken des Sozialismus erblicken. Man wird daher L. Pohle („Kapitalismus und Sozialismus, 2. Aufl. S. 60) nicht unrecht geben können, wenn er entgegen der üblichen Auffassung betont, daß die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln nicht das eigentliche Ziel des Sozialismus sei, sondern nur das Mittel, das Ziel zu erreichen; wenigstens derjenigen Spielart des Sozialismus, die den sozialistischen Standpunkt am reinsten und konsequentesten durchführt und die man als Kommunismus zu bezeichnen pflegt. Jeder Sozialismus, der ernst machen wolle mit der Durchführung der sozialistischen

Grundsätze, werde — so meint Pohle (S. 71) — schließlich, sei es freiwillig, sei es gezwungen, beim Kommunismus ankommen. Insofern sei die Entwicklung, die wir jetzt innerhalb der sozialistischen Bewegung erleben und die dadurch gekennzeichnet sei, daß der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus kläglich zusammenbreche und vor dem Kommunismus mit seinen primitiven Instinkten das Feld räumen müsse, kein Zufall.

Dieser Kommunismus muß sich durchaus folgerichtig zum allgemeinen Arbeitszwang und zur allgemeinen Zwangsregelung des Konsums bekennen. Denn, wenn der Staat in der Lage sein soll, die ihm zugewiesene Aufgabe der Gewährleistung der Existenz des Einzelwesens zu erfüllen, dann muß er nicht nur sich in den Besitz der dazu erforderlichen Produktionsmittel setzen, sondern er muß auch über die Arbeitskräfte seiner Bürger verfügen können. Damit ist aber die freie Wahl des Berufes und der Arbeitsstätte, das Recht des Arbeiters, ganz nach eigenem Ermessen seine Beschäftigung zu wählen und den Ort der Arbeit zu wechseln, also das Recht der Freizügigkeit, völlig unvereinbar, was auch August Bebel, wie wir früher sahen, einmal im Reichstage zugegeben hat, als er, in die Enge getrieben, eine entsprechende Frage Eugen Richters dahin beantwortete, daß im sozialistischen Zukunftsstaat derjenige, der nicht arbeiten wolle, auch nicht zu essen bekommen werde. Das heißt also Arbeitszwang bei Strafe des Verhungerns, heißt ein Staatszuchthaus, ein Zuchthausstaat mit dem verglichen die ärgsten Despotien, welche die Geschichte der Menschheit je gekannt hat, als ein wahres Paradies und ein Hort schrankenloser Freiheit bezeichnet werden könnten.

Im zweiten Paragraphen des Entwurfs des Sozialisierungsgesetzes wurde es für eine Sache des Reiches erklärt, wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte, in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Es wurde also nicht gesagt, wie das sonst in einem Gesetze üblich zu sein pflegt, das und das hat zu geschehen, sondern das Gesetz sprach lediglich dem Reiche die Befugnis zu, etwas tun zu dürfen. In Ausübung dieser Befugnis wurde dann im vierten Paragraphen dieses famosen Gesetzes angekündigt, daß ungesäumt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung von Brennstoffen, Wasserkräften und sonstigen Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werde, daß zunächst ein Gesetz über die Kohlenwirtschaft zugleich mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft treten solle. An diesen Bestimmungen hat die Nationalversammlung einige wesentliche Änderungen vorgenommen, einmal insofern, als ausdrücklich in der endgültigen Fassung des Gesetzes gesagt wird, daß nur „für eine Vergesellschaftung geeignete" wirtschaftliche Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft überführt werden sollen, ferner, daß dies im Wege der Gesetzgebung, also nicht etwa durch einfache Verordnung zu geschehen habe, weiter, daß eine angemessene Entschädigung an die Besitzer der zu sozialisierenden Unternehmungen zu zahlen sei, eine Bestimmung übrigens, gegen die, was festgehalten zu werden verdient, die gesamte Sozialdemokratie in einträchtiger Brüderlichkeit gestimmt hat, und endlich, daß die im ursprünglichen Entwurfe des Paragraphen 2 vorgesehene gemeinwirtschaftliche Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter „im Falle dringenden Bedürfnisses" erfolgen soll.

Auf diese Weise war der vom Standpunkte der konsequenten Sozialdemokraten an sich schon recht wenig gehaltvolle Sozialisierungstrank durch

die Nationalversammlung noch weiter verwässert worden und auch das Gesetz über die Kohlenwirtschaft war schon in seinem Entwurfe alles andere, nur nicht die praktische Durchführung der Forderung des sozialdemokratischen Parteiprogramms auf Umwandlung des Privateigentums an den Gruben und Bergwerken in gesellschaftliches Eigentum. Ob die Ausführungen des damaligen Staatssekretärs, Dr. August Müller, der in einem Ende Dezember 1918 vor Vertretern der Presse gehaltenem Vortrage laut „Berl. Tagebl." vom 29. Dezember es eine „Dummheit" nannte, den Bergbau zu verstaatlichen, ja die Sozialisierung des Bergbaus sogar ein „Verbrechen" hieß, die Haltung der Reichsregierung zu dieser wichtigen Frage beeinflußt haben, wissen wir nicht. Das Kohlenbewirtschaftungsgesetz brachte jedenfalls lediglich ein Kohlenhandelsmonopol des Reiches und überließ den Bergbau selbst nach wie vor der Privatwirtschaft. Die Kohlenbewirtschaftung wird unter Oberaufsicht des Reiches einem Reichskohlenrat unterstellt, dem wiederum ein Sachverständigenrat zur Seite steht. Die Erzeuger werden für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese wieder zu einem Gesamtverband zusammengeschlossen. Diesen Verbänden liegt, immer unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrats, die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz der Kohlen ob. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist die Befürchtung nicht gestattet, daß eine völlige Ausschaltung des privaten Kohlenhandels beabsichtigt sei, und auch nach den ausdrücklichen Erklärungen der Regierung liegt eine solche Möglichkeit nicht in der Richtung der mit dem Gesetze ins Auge gefaßten Ziele. Aber von einem freien Kohlenhandel wird fortan nicht mehr die Rede sein, weil er zu Vermittlungs- und Verteilungsstellen des Reichskohlenrats herabsinken wird, der allein darüber zu entscheiden hat, welche Mengen und Sorten und in welcher Güte er diese wichtigen Urstoffe, auf denen die wirtschaftliche Tätigkeit der gesamten nationalen Produktion sich aufbaut, an die Verbraucher liefern will. Alle Zusicherungen, daß auf die Wünsche und Bedürfnisse der Verbraucher jede mögliche Rücksicht genommen werden soll, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit diesem Handelsmonopol eine Einrichtung geschaffen wird, deren Auswirkungen unter Umständen zu schweren Katastrophen unseres Wirtschaftslebens führen können.

Daß dieses ganze Kohlenbewirtschaftungsgesetz ein mißgestalteter Wechselbalg aus einer Ehe ist, zu der sich Frau „Möchtegern" mit Herrn „Kannnicht" verbunden hatten, geht aus dem köstlichen Berichte der Sozialisierungskommission hervor, den der „Vorwärts" am 10. März 1919 veröffentlicht hat, also allem Anscheine nach unter dem Eindrucke der Handgranaten und Maschinengewehre, die damals in den Straßen Berlins eine deutliche Sprache zu sprechen sich anschickten. Dieser Bericht ist ein Dokument von weltgeschichtlicher Bedeutung: er wird noch fernen Geschlechtern ein Rätsel aufgeben, wie es in Deutschland des gesegneten Jahres 1919 hat kommen können, daß der gesunde Menschenverstand von doktrinärem Parteifanatismus totgeschlagen wurde in demselben Augenblicke, in dem die Verfechter des Sozialismus in ihrer geradezu erbarmungswürdigen Hilflosigkeit sich genötigt sahen, die Bankerotterklärung eben dieses Sozialismus selbst zu unterschreiben. In diesem Berichte heißt es:

„Die nächstliegende Form der Sozialisierung, an die in der Öffentlichkeit auch fast ausschließlich gedacht wird, ist die Überführung in den Staats-

betrieb, zumal ja der Staat bereits über einen großen Bergwerksbesitz verfügt. Die Kommission hat jedoch diese Lösung einstimmig (!) verworfen. Zwar haben ihre umfangreichen Erhebungen nicht ergeben, daß, wie vielfach behauptet wird, die Leistung der Arbeiter auf den Staatsbetrieben geringer sei als auf den Privatgruben (?). Dennoch steht die wirtschaftliche Unterlegenheit des Staatsbetriebes gegenüber dem Privatbetriebe außer jedem Zweifel und erklärt sich aus der Herrschaft des bureaukratischen Prinzips, welches durch seine zahlreichen Kontrollen die freie Bewegung aller expansiven Kräfte unmöglich macht, ja den Geist der Initiative völlig erstickt, so daß selbst die Tüchtigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Bergbeamten die organisatorischen Mängel nicht auszugleichen vermochte. Auch ist die Besoldung dieser Beamten, wiederum aus bureaukratischen Gründen, im Verhältnis zu den entsprechenden Ziffern der Privatindustrie geradezu lächerlich. Die Kommission hat es daher für nötig gehalten, andere Wege der Sozialisierung einzuschlagen. In bezug auf den Grad der Sozialisierung und die Art der zu schaffenden Organisation wurde Übereinstimmung in der Kommission nicht erzielt, so daß die Mehrheit und die Minderheit ihre jeweilige Auffassung über diesen Punkt gesondert niedergelegt haben. . . . Die Mehrheit glaubt, daß die Rückkehr zur kapitalistischen Produktionsweise, welche in technischer und organisatorischer Hinsicht für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft zweifelhaft Hervorragendes leisten könnte, aus psychologischen Gründen unmöglich ist. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist eine solche, daß niemand daran denken kann, sie zur Rückkehr in das Joch des Kapitalismus, in die Arbeit für den Gewinn der Unternehmer zu veranlassen. Auch eine zweite sich bietende Gelegenheit, nämlich eine zwangsweise Kartellierung der Volkswirtschaftung unter weitgehender Kontrolle und Beteiligung des Staates, kommt bei dem Stande der politischen und psychologischen Entwicklung nicht mehr in Frage. So bleibt als einzige Lösung eine straffe Sozialisierung übrig, bei deren Einrichtung auf die Erhaltung und Hebung der Produktivität in erster Reihe Bedacht genommen werden mußte. Jede andere Lösung, jedes Kompromiß mit den privatwirtschaftlichen Prinzipien würde gerade den wichtigsten Vorzug dieses Wirtschaftssystems, die private Initiative, an ihrem Nerv treffen, ohne andererseits die Vorzüge des gemeinwirtschaftlichen Prinzips, die Möglichkeit der Nationalisierung voll ausnutzen zu können."

Man muß den Bericht immer wieder und wieder lesen, weil man sich fragt, ob wirklich vernunftbegabte Wesen einen solchen Gallimathias von Unlogik, Widersprüchen, Künsteleien und Tüfteleien überhaupt haben niederschreiben können, die eben nur möglich sind, weil die Quacksalber, die heute an dem kranken Leibe unserer Volkswirtschaft herumdoktern, zwar ein Mittel zu seiner Heilung gefunden zu haben glauben, sich aber nicht klar darüber werden können, was dieses Mittel eigentlich ist. Die einen nennen es Verstaatlichung, die anderen Sozialisierung, die dritten Nationalisierung, und alle verstehen unter den verschiedenen Begriffen auch etwas durchaus Verschiedenes. Die Form der Sozialisierung, die man Verstaatlichung nennt, wird einstimmig abgelehnt. Über den Grad der Sozialisierung kann man sich nicht einigen, man wählt daher als einzige Lösung die „straffe Soziali-

sierung"! Das verstehe, wer kann. Daß der Privatbetrieb dem Staatsbetrieb überlegen ist, steht für die Kommission ebenso außer allem Zweifel, wie die Tatsache, daß für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft die kapitalistische Produktionsweise Hervorragendes leisten würde. Da man den Wiederaufbau der Volkswirtschaft will, diese überhaupt der Zweck der von der Sozialisierungskommission vorzuschlagenden Maßregel ist, so würde die einfachste Logik hieraus schließen, daß man zur Erreichung jenes Zweckes den Weg der Privatwirtschaft und der kapitalistischen Produktionsweise beschreiten müsse. Weit entfernt: vernünftige wirtschaftliche Gründe sprechen zwar dafür, aber solche können nicht maßgebend sein, sondern nur psychologische, nämlich Rücksichten auf die Stimmung der Arbeiter, jener Arbeiter, denen man in einer, in der Wahl der Mittel nicht gerade wählerischen Agitation jahrzehntelang vorgeredet hat, daß durch die Privatwirtschaft und die kapitalistische Produktionsweise die Arbeiterschaft „schamlos ausgebeutet" wird.

Aber es kommt noch besser. Die Minderheit der Kommission verlangte sogar die Beteiligung des Privatkapitals. In dem Kommissionsberichte heißt es darüber:

„Die Minderheit will mit Rücksicht auf die Fülle der bestehenden technischen Aufgaben das Privatkapital nicht ganz ausschalten, da sie der Meinung ist, daß die Machtvollkommenheit und Gewinnbeteiligung der Betriebsleiter, wie sie im Antrage der Mehrheit vorgesehen sind, nicht ausreichen, um die Privatinitiative völlig zu erhalten. Es erscheint der Minderheit fraglich, ob sich die führenden Industriellen in ein noch so glänzendes Angestelltenverhältnis begeben werden und ob sie auf die Möglichkeit des Kapitalsgewinnes über diejenige einer hohen Entlohnung hinaus verzichten wollen. Auch muß erst abgewartet werden, bis zu welchem Grade die Umgestaltung der Staatsbetriebe zum Erfolge führt. Die Minderheit der Kommission hält die von ihr vorgeschlagenen Maßregeln, namentlich die Ausschaltung aller Monopolgewinne, für einen so scharfen Eingriff in die bisherigen Zustände, daß es ihr gefährlich erscheint, in einem isolierten Wirtschaftszweige noch weiter zu gehen, solange andere Wirtschaftszweige in der bisherigen Form belassen sind."

Diese sehr gewichtigen Gründe, die von der Minderheit der Kommission gegen die Überstürzung der Sozialisierung vorgebracht wurden, solange noch keine genügenden Erfahrungen vorliegen, hätte die Mehrheit, wenn sie Vernunftgründen überhaupt zugänglich gewesen wäre, davon abhalten sollen, blutleeren Theorien zuliebe den festen Boden der Wirklichkeit zu verlassen und in ein noch unbekanntes Traumland zu entweichen. Die Gründe für dieses vernunftwidrige Verhalten — zum Teil sogar, wie der Kommissionsbericht zwischen den Zeilen erkennen läßt, gegen die eigene bessere Einsicht — sind in der Rücksicht auf diejenigen Elemente zu suchen, die in jenen Märztagen lange Zeit die Herren der Straße waren. Aus dem Protokoll über die Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitages, der vom 10. bis 15. Juli 1919 in Weimar abgehalten wurde, läßt sich unschwer herauslesen, daß diese Rücksichten in der Tat ausschlaggebend waren für die Maßnahmen, die mit der plötzlichen Veröffentlichung des Sozialisierungsgesetzes einsetzten. Besonders bemerkenswert waren in dieser Beziehung die Ausführungen, die der frühere Reichswirtschaftsminister Wissell auf dem Parteitage gemacht hat, nicht ohne später in den Darlegungen anderer

Redner Widerspruch zu finden, aber doch unter dem lebhaften Beifall der großen Mehrheit der anwesenden sozialdemokratischen Parteivertreter.

Wissell sprach nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Genosse zu Genossen, indem er dem Lassalleschen Grundsatz folgte, zu sagen, „das, was ist". Er gab zunächst offen zu, daß die Weimarer Nationalversammlung den Erwartungen des Volkes keineswegs entsprochen habe. Die neue Verfassung wurde fertiggestellt ohne tiefere Anteilnahme der Bevölkerung. Die Wünsche der Masse konnte die Partei nicht befriedigen, weil sie kein richtiges Programm hatte, das ihr, so fügte Wissell hinzu, auch bis zur Stunde noch fehlt. Es hat ihr an dem Geist und an den Ideen gefehlt, mit denen sie Herz und Seele des Volkes wecken konnte, und darum werde dereinst, wie über die Nationalversammlung, so auch über die Sozialdemokratische Partei die Geschichte ein hartes, bitteres Urteil fällen. Und dann erklärte Wissell wörtlich: „Nur unter dem Eindruck der Berliner Straßenkämpfe haben wir das Sozialisierungsgesetz durchgedrückt." Das Parteitagsprotokoll (S. 364) verzeichnet an dieser Stelle: „Lebhafte Zustimmung".

Ebenso lebhaft war die Zustimmung, als Wissell darlegte, daß die Massen der Arbeiterschaft vom Privatstreben angesteckt seien, weil sie im Sozialismus nur die ökonomische Besserstellung erkennen: „Daran sind wir schuld, wir haben in unserer ganzen Agitation ausschließlich die ökonomischen Triebkräfte betont, nicht aber die Elemente der Ethik, die doch auch in ihnen liegen . . . Wer die Formulierung des Programms dafür findet, daß neben dem bei keinem Menschen auszuschaltenden Egoismus auch sittliche und geistige Kräfte im einzelnen und im ganzen Volke wirksam sein müssen, der, glaube ich, hat die Zukunft an seine Fahnen geheftet. Und wir sollten sie finden. Denn es handelt sich da um die in unserer Agitation bisher vernachlässigten Seiten des Sozialismus. Wir haben diese Formulierungen bisher nicht gefunden und das hat große Massen des Volkes nach links abgetrieben. Nicht weil dort die Formulierung gefunden wäre — weil dort unter Umschmeichelung den Massen vorgegaukelt wird, die Diktatur des Proletariats werde alle Nöte der Masse beheben."

Wissell untersuchte dann die Gründe für die Erfolge der Unabhängigen. Daß diese den Massen die Erfüllung ihres Sehnens bringen könnten, glaubt er nicht, weil sie einer solchen Aufgabe geistig nicht gewachsen wären. Denn dort würden ja dem Volke nur Rechte versprochen, aber niemals habe man den Mut, dem Volke auch zu sagen, daß es Pflichten der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen habe. Wenn er, Redner, sich frage, weshalb die Unabhängigen Erfolge gehabt hätten, so suche er die Schuld auch mit bei der eigenen Partei, die das Bedürfnis der Massen nach einem tieferen Lebensinhalt nicht habe befriedigen können. Das Volk vermisse den Geist sozialer Gerechtigkeit, den Geist planmäßiger Einordnung in das Ganze. Darum bedaure er auch, daß es der Partei bisher noch nicht möglich gewesen sei, über jeden Zweifel klarzustellen, welche Wirtschaftsführung für die Sozialdemokraten gelten soll. Und dann fuhr Wissell wörtlich fort (Prot. S. 366):

„Der laute Lärm der Anhänger des reinen Spiels der Kräfte in den letzten Wochen läßt, wie ich glaube, in den Massen die Befürchtung hochkommen, daß es uns nicht Ernst sei mit der Verwirklichung sozialistischer Grundsätze. Freilich auch das müssen wir sagen, die Massen erwarten mehr, als man erfüllen kann. Daß unser Wirtschaftsleben heute nicht glatt sozia-

lisiert werden kann, das werden sie wahrscheinlich alle in der Mehrzahl eingesehen haben. Aber, so höre ich immer wieder die Frage: warum nicht wenigstens dort, wo die Vorbedingungen dazu gegeben sind, warum nicht beim Bergbau? Dein Kohlengesetz ist doch keine Sozialisierung in dem Sinne, wie wir es meinen. Das Eigentum an den Produktionsstätten ist doch den privaten Besitzern verblieben. Hier hätte man es doch in den Staatsbesitz überführen können. (Sehr richtig!) Sie rufen mir zu: Sehr richtig! Ich habe nach allen Seiten überlegt, ob es richtig sei, wenigstens den Versuch zu machen, so vorzugehen. Ich habe mich nicht von meinen Wünschen leiten lassen, ich habe rein verstandesmäßig geprüft, und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß wir dem Gedanken des Sozialismus mit der heute erfolgenden Sozialisierung des Bergbaues den schwersten Schaden zugefügt hätten, den wir ihm hätten zufügen können . . . Hätten wir den Bergbau sozialisiert, was wäre die Folge gewesen? Die Behauptung der Gegner des Sozialismus, daß sich ja jetzt eklatant erwiesen habe, zu welcher wahnwitzigen Verteuerung der Kohle die Sozialisierung geführt habe. Man kann nicht mit dem Einwand kommen, daß bei geschehener Sozialisierung die Lohnforderungen nicht in dieser Höhe gekommen wären. Die wären doch gekommen wegen der Preissteigerung der Lebenshaltung, und ich glaube, daß wir in noch höhere Lohnaufbesserungen hätten einwilligen müssen; denn vom Staate meint man ja alles fordern zu müssen. Pflichten gegenüber dem Staate, davon spricht man heute nicht."

Wissell wies weiter darauf hin, daß, ganz abgesehen vom Bergbau, eine Vollsozialisierung, das heiße also die Übernahme der wirtschaftlichen Unternehmungen in das Eigentum des Reiches, dem Reiche Mittel kosten würde, die heute aufzuwenden keiner verantworten könne, der an verantwortlicher Stelle stehe. Es möge vielleicht nicht ganz leicht sein, den Massen plausibel zu machen, daß die Verhältnisse heute ganz andere seien, als jene, unter denen die Sozialdemokratische Partei sich seinerzeit die Entwicklung zum Sozialismus vorgestellt habe. Die Theoretiker der Partei hätten alle vorausgesetzt, und Marx und Engels vor allem, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen auf dem Wege zunehmender Konzentration zur Übernahme für die Gesamtheit reif würden, und sie glaubten, daß sich gewissermaßen aus der immer größeren Steigerung des Kapitalismus schließlich der Sozialismus von selbst entwickeln würde. In einer Zeit der Hochkonjunktur, einer Überfülle der Güter, würde eine Überführung der durch und für den Staat betriebenen Produktion aus dem Kapitalismus von selbst einsetzen. Heute aber hätten wir keine Überfülle von Gütern, sondern wir stünden vor einer Verarmung unseres Landes, wie sie keiner für möglich gehalten habe, und darum halte er sich für verpflichtet, wiederum in die Öffentlichkeit hinauszurufen: „Viel größer und viel schlimmer ist diese Verarmung, als sie die große Masse und auch mancher von ihnen wohl ahnt . . . Es wird eine bittere Enttäuschung für denjenigen geben, der da meint, daß mit dem Frieden etwa die Verhältnisse besser werden würden."

Im Laufe der weiteren Verhandlungen des Parteitages war es vor allem der Reichsminister Dr. David, der zunächst lebhaft gegen Wissell polemisierte, aber in seinen späteren Ausführungen, wenigstens indirekt, nur bestätigte, was Wissell über die Unmöglichkeit der Sozialisierung gesagt

hatte. Auch die Kritik, die Wissell an der Anhängerschaft der Sozialdemokratischen Partei geübt hatte, fiel bei David nicht anders aus. Er erinnerte an das Wort Eberts: „Sozialismus ist Arbeit". Was aber sei die Antwort gewesen? Eine Streikpsychose! Eine weitere Zerrüttung des Wirtschaftslebens, weil große Gruppen des arbeitenden Volkes in der Revolution nur eine große Lohnbewegung gesehen hätten: „Man dachte gar nicht daran, aus sozialem Pflichtbewußtsein den Interessen des Ganzen zu dienen und, um die Nöte zu heben, jetzt intensiver und gewissenhafter zu arbeiten, als früher, weil man nur daran dachte, die Geldlöhne möglichst rasch in die Höhe zu treiben, die Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen und, das war das schlimmste, in der gegebenen Arbeitszeit nicht intensiver, nicht gewissenhafter zu arbeiten, sondern schlechter und weniger. (Zurufe: Der Hunger!) Der Hunger, wird eingeworfen, aber diese intensive, gewissenhafte und von sozialem Pflichtgefühl erfüllte Arbeit war ja das einzige Mittel, um dem Hunger zu entgehen" (Protokoll S. 376).

Dr. David kam dann näher auf die Frage der Vollsozialisierung zu sprechen, die auch er nicht für möglich hält. Häufig werde gegenüber einer solchen Meinungskundgebung eingeworfen, daß eine rein sozialistische Regierung doch vielleicht die Sozialisierung hätte durchführen können. David erklärte eine solche Ansicht für einen Trugschluß. Und stellte dann, was ganz besonders unterstrichen werden muß, vor aller Öffentlichkeit fest, daß den sozialdemokratischen Parteigenossen *aus den Reihen der nicht sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder Hemmungen* auf diesem Gebiete *nicht* gekommen sind. Im Kabinett sind, so teilte Dr. David mit, die Beschlüsse über das *Rätesystem* und über die *Gesamtdirektiven der Sozialisierung* usw. *einmütig* gefaßt worden.

Wir haben diese Verhandlungen vom letzten Sozialdemokratischen Parteitage absichtlich etwas ausführlicher wiedergegeben, weil sie besser als alle anderen Tatsachen den Katzenjammer beleuchten, der heute zahlreiche führende Persönlichkeiten der Partei erfaßt hat, die bereits nach kurzer Zeit angemaßter Regierungsherrlichkeit haben einsehen müssen, daß die schillernden Seifenblasen der sozialistischen Theorien, mit denen man zwei Menschenalter hindurch die Massen hypnotisiert hat, sofort platzen, wenn sie mit den harten Felsen eherner Tatsachen in Berührung kommen. Über diesen Ausführungen in der Partei angesehener Männer lag ein grauer Schleier der Resignation zerstörter Hoffnungen, aber auch der Wehmut darüber, daß man ein Geschöpf, noch kaum geboren, so schnell wieder ins Grab werde betten müssen. Man suchte sich selbst und seine Zuhörer durch große Worte über den vermeintlich ethischen Gehalt des Sozialismus darüber hinwegzutäuschen, daß die 1½ Jahre, die der Aufrichtung der sozialdemokratischen Parteiherrschaft folgten, zugleich das völlige Fiasko des Sozialismus bedeuten. Noch aber schreckt man davor zurück, aus der gewonnenen Erkenntnis die letzten Schlußfolgerungen zu ziehen, weil man damit zugleich bekennen müßte, daß die Ideale, für die man gelebt und gestrebt, gestritten und gelitten und die man den Massen ins Herz gegraben hat, falsche waren, daß man Götzen angebetet und Phantomen nachgejagt, daß man in geistiger Verblendung Utopien für Wissenschaft gehalten hat. Nur einzelne freilich erst sind es, die den Mut haben, das Erlöschen ihrer wirtschaftlichen

und politischen Leitsterne zuzugeben, die Fanatiker der Partei aber werden bei den Ewig-Blinden und Denkfaulen und der großen Menge der Vielzuvielen, die niemals etwas anderes erfüllte, als grobmaterielle Wünsche, noch weiter die Vorstellung aufrechtzuerhalten wissen, daß der Sieg des Sozialismus, dem die Zukunft gehöre, nicht ausbleiben könne.

Zu ihnen gehört mit an erster Stelle Karl Kautsky, der Hohepriester des Marxismus, einer der Unentwegtesten des Sozialismus, der — wie auch sein schärfster Gegner anerkennen wird — mit einem wahren Bienenfleiße Aufsätze über Aufsätze, Flugschriften über Flugschriften, Bücher über Bücher schreibt, um immer wieder die Richtigkeit der Lehren von Marx und die Ausführbarkeit der sozialistischen Theorien nachzuweisen. Auch nach der Revolution ist Kautsky der einzige gewesen, der es sich hat angelegen sein lassen, in einer Reihe von Aufsätzen und Reden ein abgeschlossenes Bild davon zu entwerfen, wie sich ihm die nunmehr von der Sozialdemokratischen Partei zu leistende Arbeit darstellt und was unter dem Begriff „Sozialisierung" zu verstehen sei. Da außer von Kautsky die Frage: Was Sozialisierung ist, bisher noch von keinem für die Partei verantwortlichen und maßgebenden Sozialdemokraten eingehend beantwortet worden ist, müssen wir uns an die Rede Kautskys halten, die dieser auf dem Reichskongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Betriebsräte am 14. April 1919 gehalten hat, und die dann als besondere Schrift unter dem Titel „Was ist Sozialisierung?" im Verlage der Verlagsgesellschaft „Freiheit", Berlin, erschienen ist. Kautsky zählt sich zwar formell zu der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er nimmt aber innerhalb der gesamten Sozialdemokratie als ihr führender literarischer Vorkämpfer eine so hervorragende Stellung ein, daß seinen Kundgebungen stets eine besondere Wichtigkeit beizumessen ist. Die Bedeutung der Stellung Kautskys zeigte sich auch darin, daß der „Vorwärts" bereits am 2. Februar 1919 in auffälliger Schrift und in einer Sonderbeilage aus der Feder Kautskys „Richtlinien für ein sozialdemokratisches Arbeitsprogramm" veröffentlichte und diesen ein besonderes Geleitwort mit auf den Weg gab, in dem das Zentralorgan der Mehrheitssozialistischen Partei ausdrücklich versicherte, daß man in den „Richtlinien" vergeblich auch nur einen einzigen Satz suchen würde, den ein Sozialdemokrat grundsätzlich verwerfen müßte; es zeige sich vielmehr, daß Kautsky in allen grundsätzlichen Fragen auf dem Standpunkt stehe, der von der Sozialdemokratischen Partei und besonders auch vom „Vorwärts" vertreten werde. Geschrieben sind die Richtlinien aus der Erkenntnis heraus, daß die allgemeinen Sätze des Erfurter Programms nicht mehr genügten, um die rascheste Durchführung seiner Forderungen planmäßig und einheitlich durchzuführen. Kautsky verfaßte daher seine Richtlinien und legte diese der Öffentlichkeit zur Diskutierung vor, damit möglichst alle „wahrhaft sozialdemokratisch Gesinnten" sich über ein gemeinsames Arbeitsprogramm zu einmütigem Handeln verständigten.

Den näheren Kommentar zu diesen „Richtlinien" bildet die Rede Kautskys auf dem zweiten Rätekongreß, die wir daher noch im einzelnen einer Betrachtung unterziehen müssen, soweit diese beiden Verlautbarungen neue Gesichtspunkte enthalten, die daher nicht schon bei unserer Widerlegung des Erfurter Programms berücksichtigt werden konnten. Das Hauptgewicht aber werden wir vor allem darauf legen, festzustellen, welche Widersprüche

sich zwischen dem Kautsky nach und dem Kautsky vor der Revolution ergeben, also dem Kautsky, der sich selbst für den klassischen Interpreten des Erfurter Programms gehalten und auch in den Kreisen seiner Parteigenossen dafür gegolten hat.

Die Frage, was Sozialisierung ist, beantwortet Kautsky gleich im ersten Kapitel seiner Ausführungen dahin, Sozialisierung heiße Aufhebung des Kapitalismus, aber heiße auch Weiterführung der Produktion auf der vom Kapitalismus geschaffenen Grundlage. Diese Grundlage sei vom Proletariat nicht zu zerstören, sondern zu benutzen. Schon diese Definition steht im Widerspruch zum Erfurter Programm, in dem mit keinem Worte davon die Rede ist, daß die Produktion auf der vom Kapitalismus geschaffenen Grundlage weitergeführt werden soll. Dort wird vielmehr klipp und klar erklärt, nur die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion könne es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde. Es wird also im Erfurter Programm gefordert die Aufhebung des Kapitalismus und die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in sozialistische, das will besagen, daß mit dem Tage der Aufhebung des Kapitalismus auch die kapitalistische Produktionsweise und zwar doch restlos aufgehoben werden muß. Kautsky hat in seinem Kommentar zum Erfurter Programm — wir zitieren auch hier die 14. Auflage vom Jahre 1919 — Seite 109 ff. ausdrücklich betont, daß die Warenproduktion und das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf das innigste miteinander zusammenhängen. Die Warenproduktion setze dieses Privateigentum voraus, sie vereitele jeden Versuch, es zu beseitigen. Wem es also ernst damit sei, das genossenschaftliche — oder wie es im Erfurter Programm heißt — gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln an Stelle des kapitalistischen zu setzen, müsse auch einen Schritt weitergehen, nämlich zur Aufhebung der Warenproduktion. Und dann setzt Kautsky in seinem „Erfurter Programm" auseinander, was die Aufhebung der Warenproduktion bedeute; sie heiße Ersetzung der Produktion für den Verkauf durch Produktion für den Selbstbedarf. Eine solche genossenschaftliche Produktion für den Selbstbedarf sei nichts anderes als eine kommunistische, oder, wie man heute sage, sozialistische Produktion (diese Gleichstellung von kommunistisch und sozialistisch ist übrigens sehr bemerkenswert), nur durch eine Produktionsweise dieser Art sei die Warenproduktion zu überwinden, sie sei die einzig mögliche Form der Produktion, wenn die Warenproduktion unmöglich geworden.

An einer anderen Stelle seines Kommentars zum Erfurter Programm (S. 157 f.) hat dann Kautsky auch noch die Vorteile geschildert, die der Übergang zur sozialistischen Produktion bringen müsse. So werde er „unbedingt" ein rasches Emporschnellen der jährlich erzeugten Produktionsmasse bewirken. Durch diesen Übergang würde aber auch die Aufsaugung der Kleinbetriebe und deren Ersetzung durch Großbetriebe gefördert, damit aber die Produktivität der Arbeit im allgemeinen erheblich gesteigert. Es wäre dann möglich, nicht bloß das Einkommen der Arbeiter zu erhöhen, sondern auch die Arbeitszeit zu verringern.

Aus diesen Ausführungen geht sonnenklar hervor, daß nach der früheren Ansicht Kautskys Aufhebung des Privateigentums und sozialistische Produktion einander bedingen. Die eine ist ohne die andere nicht denkbar. Solange die Warenproduktion für den Verkauf besteht, solange ist an eine Aufhebung des Privateigentums gar nicht zu denken. Da „Aufhebung des Kapitalismus" doch nichts anderes heißen kann, als Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, so müßte logischerweise die Aufhebung des Kapitalismus notgedrungen bis zu dem Zeitpunkte hinausgeschoben werden, an dem endgültig die kapitalistische Produktionsweise beseitigt ist. Versteht also Kautsky heute die Sozialisierung dahin, daß sie Aufhebung des Kapitalismus, zugleich aber auch Weiterführung der Produktion auf kapitalistischer Grundlage bedeute, so vermengt er jetzt zwei Dinge, die sich nach seinen früheren Anschauungen ausschlossen. Macht Kautsky heute das Zugeständnis, daß die Sozialdemokratie auf der Grundlage der kapitalistischen Produktion weiterarbeiten solle, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder erwartet er von der Weiterführung der kapitalistischen Produktionsweise Vorteile für das Proletariat — und das scheint doch der Fall zu sein, weil er ja ausdrücklich dem Proletariat empfiehlt, diese kapitalistische Grundlage nicht zu zerstören, sondern zu benutzen — dann ist die Behauptung des Erfurter Programms, daß die kapitalistische Warenproduktion für die ausgebeuteten Klassen eine Quelle des Elends und der Unterdrückung sei, eine Lüge gewesen. Oder die Behauptungen des Erfurter Programms und sein eigener Kommentar zu ihm haben die ökonomischen Verhältnisse richtig geschildert, dann darf die heutige Sozialdemokratie nicht die Aufhebung des Kapitalismus, d. h. die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln fordern, da sie ja jetzt die Weiterführung der kapitalistischen *Produktionsweise* gut heißt und nach der früheren Versicherung Kautskys an eine Aufhebung des Privateigentums nicht zu denken ist, solange die kapitalistische Warenproduktion noch besteht. Graduelle Unterschiede hat weder das Erfurter Programm noch Kautsky gemacht. Ist also die Warenproduktion für den Verkauf noch in irgendeiner Form in Übung, so kann das Privateigentum nicht aufgehoben werden.

Sollte Kautsky sich aber darauf berufen wollen, daß er nur von der vom Kapitalismus geschaffenen *Grundlage* der Produktion gesprochen habe, so sei er schon jetzt daran erinnert, daß er auf S. 15 seines „Erfurter Programms" als die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise eine Expropriation, eine Revolution gekennzeichnet hat, wie sie blutiger und grausamer die Geschichte nicht kennt, eine Revolution freilich, so fügt er noch ausdrücklich hinzu, der Reichen und Mächtigen gegen die Schwachen und Geringen. Jene haben zur Gewalt gegriffen und es war die Gewalt in ihrer brutalsten, grausamsten Form, die zur Geburtshelferin der kapitalistischen Gesellschaft wurde. Es ist doch nicht anzunehmen, daß gerade die Sozialdemokratie dadurch, daß sie solche „Grundlagen" mit der von Kautsky empfohlenen Form der Weiterführung der kapitalistischen Produktionsweise verewigt, sich noch nachträglich zum Mitschuldigen machen will an jener blutigen, brutalen und grausamen Gewalt.

Kautsky will die Sozialisierung nicht so verstanden wissen, daß die Arbeiter jedes einzigen Betriebes diesen an sich nehmen und in ihm nach Gutdünken wirtschaften. Auch die Staatsgewalt könne unmöglich ohne

weiteres alles kapitalistische Eigentum an sich ziehen und es von der Regierungsbureaukratie verwalten lassen. Kautsky gibt sogar zu, daß es nicht möglich sein werde, alle Produktionszweige sofort zu sozialisieren. Denn Sozialismus sei durchaus nicht überall und unter allen Umständen möglich. Für jeden Produktionszweig aber, der sozialisiert werde, müsse eine neue Organisation geschaffen werden, in der die drei großen Faktoren: die Arbeiter, die Konsumenten und die Wissenschaft zusammenwirken, wodurch die glücklichsten Wirkungen erzeugt würden. Sehr bezeichnend für den Wandel in den Ansichten Kautskys seit dem Ausbruch der Revolution sind die Gründe, die er anführt, um zu zeigen, warum man den Arbeitern nicht allein die verschiedenen zu sozialisierenden Erwerbszweige überlassen darf. Geschähe dies, so liegt, wie Kautsky meint, die Gefahr vor, daß die Arbeiter die Löhne erhöhen und die Arbeitszeit verkürzen, die Menge der Produktion verringern und ihren Preis erhöhen würden, ohne sich um die Gesamtheit zu kümmern. Am ehesten dürften sich das die unentbehrlichen Arbeiter erlauben, bei den entbehrlichen fände das Hinaufschreiben der Preise ihrer Erzeugnisse bald ein Ende. Der ganze Prozeß liefe auf eine Gewaltherrschaft der ganz unentbehrlichen Arbeiter über die eher, wenigstens vorübergehend entbehrlichen hinaus, etwa der Kohlengräber über die Textilarbeiter, Schneider, Schuhmacher usw., ein Zustand übrigens, der nach der Meinung Kautsky ebenso unerträglich wäre wie die kapitalistische Ausbeutung.

Was hier Kautsky sagt, ist durchaus zutreffend, nur hat er vergessen, hinzuzufügen, einmal, daß das Erfurter Programm in dem Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlung gerade der Arbeiterklasse eine besondere Rolle zuweist und nur dieser allein. Den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit kann, so wird dort ausgeführt, die Arbeiterklasse nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Besitz kann sie ohne politische Rechte nicht erringen. Darum ist der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendigerweise ein politischer Kampf. Da alle anderen Klassen auf dem Boden des Privateigentums stehen und die Erhaltung der Grundlage der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben, so kann die gesellschaftliche Umwandlung eben nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Im Erfurter Programm wird somit für den großen Umwandlungsprozeß der Sozialisierung, die nach Kautsky doch Aufhebung des Kapitalismus bedeutet, nur einer der von Kautsky genannten Faktoren als mitwirkender zugelassen, nämlich der Arbeiter, nicht aber der Konsument, nicht die Wissenschaft. Zum zweiten aber ist die Entwicklung, wie sie Kautsky voraussieht für den Fall, daß man nur dem Arbeiter allein jeden Erwerbszweig überließe, nach der Revolution de facto schon eingetreten, auch ohne daß formell die Aufhebung des Privateigentums, also die Sozialisierung und die Einführung der sozialistischen Produktionsweise verfügt worden wäre. Durch die Revolution und ihre Folgeerscheinungen, wie den Acht-Stundentag, die ununterbrochenen Streiks und dauernden Lohnerhöhungen sind alle die Gefahren, die Kautsky an die Wand malt, schon Wirklichkeit geworden, hat der Arbeiter heute die „Gewaltherrschaft" (nach Kautsky) bereits angetreten und hat sich ein Zustand herausgebildet, der den Arbeiter zum Ausbeuter der Gesamtheit macht, auf die er, der Arbeiter, was auch Wissel, Dr. David und andere mehrheits-

sozialistische Führer, wie wir sahen, ausdrücklich festgestellt haben, schlechthin keine Rücksicht mehr nimmt. War die kapitalistische „Ausbeutung“ mehr ein Schlagwort, erfunden, um die Arbeitermassen gegen die Unternehmer einzunehmen, sie unzufrieden zu machen und damit in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei zu treiben, so ist die Ausbeutung durch die Arbeiterklasse seit der Revolution eine nicht mehr wegzuleugnende Tatsache, unter der die Gesamtheit der Volkswirtschaft, die Produktion und jeder einzelne Staatsbürger, auch der Arbeiter selbst, aufs schwerste leiden. Auch Mitte April 1919, als Kautsky seine Ausführungen machte, waren diese Zustände bereits für jedermann, der sehen wollte, deutlich erkennbar. Es ist daher nicht anzunehmen, daß eine so kluge Persönlichkeit wie Kautsky sie nicht gesehen haben sollte. Vermutlich wird es der Ort, an dem er sprach, und die Zusammensetzung seiner Zuhörerschaft gewesen sein, die ihm rätlich erscheinen ließen, eine nackte Tatsache in die Form einer Hypothese zu kleiden, und so hat Kautsky es lieber unterlassen, der Katze in diesem Falle die Schelle umzuhängen.

Der zweite Faktor, der bei der Sozialisierung mitzuwirken hat, sind die Konsumenten. Kautsky ist sich über die Bedeutung der Konsumentenklasse in unserem Wirtschaftsleben durchaus klar. Er hat ihr in seinem Vortrage daher ein besonderes Kapitel gewidmet und in ihm das Konsumenteninteresse für das höchste und stärkste ökonomische Interesse in der Gesellschaft überhaupt erklärt. Konsument ist alle Welt, die Gesamtheit der Konsumenten ist gleich der Gesamtheit der Gesellschaft. Keine Produktionsweise könne sich infolgedessen auf die Dauer behaupten, die das Konsumenteninteresse verletzt, d. h. welche die Produktion hindert, ihre volle Produktivität zu entwickeln. „Eine revolutionäre Klasse“, so sagt Kautsky wörtlich, „die siegen und Dauerndes schaffen will, muß nicht bloß ihr eigenes Interesse, sondern auch das allgemeine, gesellschaftliche Interesse, das Konsumenteninteresse vertreten.“

Sind Arbeiter und Konsumenten in einer Organisation vereinigt, so kann kein Teil den anderen vergewaltigen. Aber ein Ausgleich zwischen den Gegensätzen muß, soll nicht die Organisation von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, gefunden werden. Eine in der Tat schwierige Frage, aus der Kautsky keinen anderen Ausweg weiß, als daß die Männer der Wissenschaft herangezogen werden, die sich nun den Kopf darüber zu zerbrechen haben, wie der Gegensatz zwischen Konsumenten und Arbeitern „organisatorisch geregelt“ werden kann. Der Theoretiker der Sozialdemokratie verspricht sich in dieser Beziehung viel davon, daß es durch die vollkommenste Technik gelingen werde, mit dem kleinsten Kraftaufwand das größtmögliche Ergebnis zu erzielen. Näheres hat Kautsky unterlassen zu sagen. Über diese allgemeine Redensart ist er nicht hinausgekommen, auch ist er schon zufrieden, wenn wenigstens die „Möglichkeit“ gegeben ist, jenen Gegensatz zwischen den beiden Faktoren durch das Eingreifen der Wissenschaft zu „überwinden“. Daß er völlig beseitigt werde, wagt also auch Kautsky nicht zu hoffen. Aber die Wissenschaft werde manches leisten können in der sozialisierten Produktion, was ihr unter dem Kapitalismus nicht möglich sei. Und wie der alte Bebel, wenn er mit seinem Latein zu Ende war, flugs als Retter aus allen Nöten die Statistik aufmarschieren ließ, in der er die wichtigste Hilfswissenschaft sah, die das Maß liefern

werde für alle gesellschaftliche Tätigkeit in der neuen Gesellschaft, so hofft auch Kautsky, daß Nationalökonomen und Statistiker dem Absatz seine Bahnen weisen und bewirken werden, daß möglichst wenig Produkt unnütz oder gar schädlich vergeudet werde, daß mit dem gleichen Produkt für die Befriedigung der Konsumenten mehr geleistet werde als bisher.

Man hätte erwarten dürfen, daß Kautsky in diesem Zusammenhange auch ein Wort darüber sagen würde, welche Bezahlung denn die Männer der Wissenschaft für die von ihnen erwartete gewaltige Arbeit erhalten würden. Da er dies unterlassen hat, muß man nach Beispielen aus der deutschen Gegenwart suchen, aus denen dann für die Zukunft die entsprechenden Schlüsse zu ziehen sein werden. Da hört man von Schuldienern, die mehr erhalten als die Oberlehrer, von Reinmachefrauen eines Lazaretts, die sich besser stehen, als der leitende Arzt, von einer Eingabe der Assistenzärzte der Berliner Charité, die darum ersuchen, wenigstens den — Scheuerfrauen gleichgestellt zu werden, von einem Kutscher, der monatlich 100 M. mehr bezieht als sein Fabrikdirektor, den er zu fahren hat, von außerordentlichen Universitätsprofessoren, die auch heute noch sich mit einem Jahresgehalt von 3600 M. zufrieden geben müssen. Ein Schneidergeselle aber steht sich heute vielfach auf 18—20 000 M., ein Berliner Müllkutscher auf 18 000 M., ein ungelernter, lediger städtischer Arbeiter in Berlin auf 10 634 M., ein lediger städtischer Handwerker auf 11 383 M., ein verheirateter auf 11 563 M. In Bad Nauheim wurden die Lohnforderungen der Hotelangestellten im Mai 1920 durch Vergleich dahin geregelt, daß ein Oberkellner 1000 M. monatlich erhält, ein Saalkellner unter 20 Jahren 500 M., über 20 Jahre 600 M., der Portier 1000 M. und die Zimmermädchen 200—300 M. Zu diesen festen Gehältern kommen dann noch freie Wohnung und Kost hinzu, sowie der prozentuale Anteil am Bedienungsgeld, das durch einen Aufschlag von 8 bis 12 v. H. auf die Rechnung des Gastes erzielt wird.

In Berliner Blättern, so in der „Deutschen Tageszeitung" Nr. 236 vom 21. Mai 1920 wurde mitgeteilt, daß im Charlottenburger Städtischen Krankenhaus Westend der Heizer des Krankenhauses ein Jahresgehalt von 18 000 M. bezieht. Die Gärtner bekommen fast 12 000 M., die Hausdiener rund 300 M. weniger, die Wärterinnen fast 9000 M., die Köchinnen über 9000 M. Selbst die Küchenmädchen werden mit 8560 M. bezahlt. Eine Kleinigkeit mehr hat mit über 25 Dienstjahren der Inspektor, der 11 100 M. Gehalt erhält, wovon 990 M. für Miete abgerechnet werden. Und nun die Ärzte und Schwestern. Ein Arzt erhält monatlich 541 M., wovon 225 M. für Wohnung und Essen abgehen. Er muß also mit 316 M. barem Gelde zufrieden ein. Ein Hilfsassistent erhält das Riesengehalt von 390 M., wovon für Wohnung und Kost 210 M. abgerechnet werden. Dieser geistige Arbeiter mit akademischer Bildung ist also in der beneidenswerten Lage, im Monat 115 M. weniger zu bekommen, als das Küchenmädchen. Weit unter dem Küchenmädchen stehen auch die Schwestern, die 338 M. Besoldung haben, wovon 220 M. für Kost und Wohnung abgezogen werden. Ein Stationsmädchen, das in der Hauptsache Reinigungsarbeiten auszuführen hat, erhält bei selbstverständlich achtstündiger Arbeitszeit sofort beim Eintritt mehr als eine Oberschwester, die zwölf Jahre im Dienst ist.

Diese Tatsachen geben einen Vorgeschmack davon, welche Stellung dem geistigen Arbeiter im sozialistischen Zukunftsstaate zugebilligt werden wird.

Kautsky hat sich auch in seinem Buche vom „Erfurter Programm“ über die Bezahlung der geistigen Arbeiter nicht näher ausgesprochen, sondern sich darauf beschränkt, darzutun, warum die sozialistische Gesellschaft die Tendenz haben werde, die Unterschiede in den Einkommen auszugleichen, so daß die niederen Einkommen erhöht und den höheren gleichgemacht werden dürften. Sehr ausführlich aber hat sich Bebel in seinem Werke über die Frau zu dieser Frage geäußert, und zwar in einer Weise, daß aus jedem Satze ein nur mühsam verhüllter Haß gegen den höher Gebildeten herausklingt. Bebel geht davon aus, daß der Gegensatz zwischen Kopfarbeit und Handarbeit aufgehoben werden muß, weil er nach seiner Meinung den herrschenden Klassen lediglich dazu dient, sich auch die geistigen Mittel zur Herrschaft zu sichern. Er frägt: „Mit welchem Rechte verlangt einer den Vorzug vor dem anderen?“ und beantwortet diese Frage wie folgt (Die Frau S. 369 f.): „Ist jemand von Natur so stiefmütterlich bedacht, daß er beim besten Willen nicht zu leisten vermag, was andere leisten, so kann ihn die Gesellschaft für den Fehler der Natur nicht strafen. Hat irgend jemand durch die Natur Fähigkeiten erhalten, die ihn über die anderen erhöhen, *so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, zu belohnen, was nicht sein persönliches Verdienst ist**). Für die neue Gesellschaft kommt hinzu, daß die Mittel, die jeder für seine Ausbildung in Anspruch nimmt, *das Eigentum der Gesellschaft sind**). Die Gesellschaft kann also nicht verpflichtet sein, *das* besonders zu honorieren, was sie erst möglich gemacht hat, und was ihr *eigenes Produkt**) ist.“ Wenn Bebel trotz dieser Anschauung, die in die Wirklichkeit übertragen, jedes Bildungsbestreben von vornherein im Keim ersticken, jede Neigung, etwas Besonderes zu leisten, von Haus aus unterdrücken und jede Erfindung unmöglich machen würde, glaubte, daß die künftige Gesellschaft Künstler und Gelehrten jeder Art in ungezählter Menge besitzen würde, so ist das ein Utopismus, der kaum noch übertroffen werden kann.

Besonders hatten es ihm aber unsere Gelehrten angetan, von denen er auf Seite 373 seines Buches das folgende, wenig schmeichelhafte Bild entwarf: „Genau genommen ist ein Arbeiter, der Kloaken auspumpt, um die Menschen vor gesundheitsgefährlichen Miasmen zu schützen, ein sehr nützliches Glied der Gesellschaft, wohingegen ein Professor, der gefälschte Geschichte im Interesse der herrschenden Klassen lehrt, oder ein Theologe, der mit übernatürlichen transzendenten Lehren die Gehirne zu umnebeln sucht, äußerst schädliche Individuen sind. Unser heute in Amt und Würde stehendes Gelehrtentum repräsentiert zu einem großen Teil eine Gilde, die dazu bestimmt und bezahlt ist, die Herrschaft der leitenden Klassen mit der Autorität der Wissenschaft zu verteidigen und zu rechtfertigen, sie als gerecht und notwendig erscheinen zu lassen, sowie die vorhandenen Vorurteile zu erhalten. In Wahrheit treibt diese Gilde zu einem großen Teil Afterwissenschaft, Gehirnvergiftung, kulturfeindliche Arbeit, geistige Lohnarbeit im Interesse der Bourgeoisie und ihrer Klienten. Ein Gesellschaftszustand, der künftig die Existenz solcher Elemente unmöglich macht, vollzieht eine menschheitbefreiende Tat.“ So lautete das Urteil eines der hervorragendsten Führer der heute zur Herrschaft gelangten Sozialdemokratie über die deutschen Ge-

*) Auch im Original gesperrt.

lehrten, um die uns die Welt beneidet hat und die namentlich noch im Kriege Leistungen hervorgebracht haben, die auch dann noch durch die Jahrhunderte leuchten werden, wenn die Menschheit in den sozialdemokratischen Theorien nur noch eine geistige Verirrung sehen und über sie so urteilen wird, wie wir heute über den Hexen- und Geißlerwahn des Mittelalters denken. —

Kautsky untersucht dann in einem weiteren Kapitel, was und wie sozialisiert werde, auch hier immer wieder betonend, daß es undenkbar sei, die sozialistische Produktion auf allen Gebieten gleichmäßig aufzubauen, daß man nur schrittweise vorgehen, nur solche Gebiete sozialisieren dürfe, die schon reif dazu sind, um erst Erfahrungen zu sammeln, die man bei späteren Sozialisierungen mit Nutzen verwerten könne. Sehr leicht sei die Verstaatlichung der Privatforsten, da hier hauptsächlich Eigentums-, also Machtfragen in Betracht kämen, Schwierigkeiten in der Produktion aber kaum vorhanden wären — eine Äußerung, die beweist, daß Kautsky wie von Landwirtschaft auch von Forstwirtschaft nichts versteht. Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches für 1919, S. 62, hat es im Deutschen Reiche 1913 im ganzen 14 421 172 ha Forsten und Holzungen gegeben. Unter diesen waren:

Kronforsten mit	282 941 ha	Gemeindeforsten mit	2 288 757 ha
Staatsforsten mit	4 625 729 ha	Genossenschaftsforsten mit	289 808 ha
Staatsanteilforsten mit	29 482 ha		

Es sind also, da die Kronforsten zu einem großen Teile inzwischen in den Besitz der Länder übergegangen sein werden, schon heute 7 516 717 ha, d. h. mehr als die Hälfte in den Besitz der öffentlichen Hand, kommen also für eine Sozialisierung nicht mehr in Frage. Die Privat- und Stiftungsforsten machen eine Fläche von nur 6 704 455 ha aus, die aber keineswegs durchweg für eine Sozialisierung geeignet sind. Kautsky erklärt in dem auf die Forderung der Sozialisierung der großen Privatwaldungen folgenden Satz ausdrücklich, daß die Sozialisierung der bäuerlichen Landwirtschaft ein schwieriges, nicht leicht und nicht sofort zu lösendes Problem sei, auf das er nicht näher eingeht, woraus man wohl schließen darf, daß Kautsky von einer Sozialisierung der bäuerlichen Landwirtschaft zunächst überhaupt absehen will. Da wird zu untersuchen sein, wieviel von diesen 6 704 455 ha Privatforsten in bäuerlicher Hand sich befinden. Die letzten statistischen Aufnahmen über die Fläche und Bodenbenutzung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Unterscheidung der Betriebsgrößenklassen ist 1907 erfolgt, so daß die Endziffern mit denen von 1913 nicht mehr stimmen. Aber das Bild, das sich 1907 ergab, wird sich im einzelnen seitdem nicht allzu stark verändert haben. Danach betrug das forstwirtschaftlich benutzte Land, das sich 1907 im Besitze der landwirtschaftlichen Größenklassen bis zu 100 ha, also des Kleinbesitzes und der kleinen, mittleren und großbäuerlichen Landwirte befand, von einer Sozialisierung, also nach Kautsky, ausgenommen bleiben muß, 5 486 394 ha, während sich im Besitze der landwirtschaftlichen Größenklassen von 100 ha und darüber nur 2 193 860 ha befanden. so daß also nur rund ein Siebentel des gesamten Forstlandes im Deutschen Reiche für die Sozialisierung in Betracht käme.

Die Sozialdemokratie behauptet bekanntlich, daß durch eine Aufhebung des Privateigentums und die Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in gesellschaftliche die Produktivität gewaltig gesteigert würde. Zweck

jeder Sozialisierung soll auch ausgesprochenermaßen die Hebung der Produktion sein. Ist nun anzunehmen, daß die Verstaatlichung der Privatforsten diesen Zweck erfüllen würde? Zunächst einmal ist ganz allgemein die Frage zu stellen, ob es bei dem Vernichtungswillen unserer Feinde, der auch in Spa von neuem wilde Orgien feierte, überhaupt rätlich und vernünftig ist, den Staatsbesitz, auf den die übermütigen und übermächtigen Ententegenossen ihre Hand legen könnten, um über Faustpfänder zu verfügen, ohne Not zu vermehren. Und eine solche Notwendigkeit liegt schon in Ansehung der geringen Flächen nicht vor. Eine Sozialisierung würde bei dem heutigen Wert der Wälder eine sehr starke Inanspruchnahme des Reiches bedeuten, dessen Finanzen heute, wie wir wissen, bereits derartig jammervoll sind, daß kaum die dringendsten Aufgaben in Angriff genommen werden können. Eine Anleihe aber würde sich überhaupt nicht verzinsen, weil die Verzinsung des in der Forstwirtschaft angelegten Kapitals unter normalen Verhältnissen im Durchschnitt 3 v. H. nicht überstiegen hat und auch während der besten Kriegskonjunktur nicht höher war als 4½ v. H. Die üblen Erfahrungen, die man seit der Revolution mit den staatlichen Betrieben der Post und Eisenbahn gemacht hat, machen es mehr als wahrscheinlich, daß diese geringe Verzinsung der Waldungen sehr rasch in einen erheblichen Fehlbetrag verwandelt und damit dem Reiche, letzteren Endes also dem Steuerzahler, neue Lasten aufgebürdet werden würden.

Über die Produktion der Privatwaldungen nach den Größenklassen stehen Verfasser zurzeit keine Zahlen zur Verfügung. Aus dem in dem schon erwähnten Werke Dr. Horlachers veröffentlichten Gutachten des Geschäftsführers des bayerischen Waldbesitzerverbandes, Forstmeister Hoffmann, ist aber ersichtlich, daß die Besitzer der größeren Waldungen ihren Aufgaben und Pflichten hinsichtlich der Bewirtschaftung dieses wichtigen und wertvollen Nationalgutes einwandfrei nachgekommen sind. In Bayern erzeugt nach diesen Mitteilungen der Staatswald auf den Hektar 5 fm Holz, der größere Waldbesitz mit einzelnen wenigen Ausnahmen durchschnittlich ebensoviel, der kleinere Wald- und Parzellenbesitz nur 2 fm, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß dieser, der übrigens in Bayern von 1 250 000 ha Gesamtfläche der Privatwaldungen 1 000 000 ha, also den bei weitem größten Teil ausmacht, hauptsächlich mit kleinbäuerlichem Besitz verbunden ist und daß daher bei ihm viel weniger die Holzerzeugung für die Allgemeinheit eine Rolle spielt, als die Sorge für den Eigenbedarf an Ökonomie-, Nutz- und Brennholz. Außerdem aber dient diesen landwirtschaftlichen Größenklassen der aufgesparte Holzvorrat des Waldes als Rücklage, als Sparkasse für Zeiten finanzieller Notlage des Landwirtes, der oft genug in schlechten Jahren seine Steuern aus den Einkünften der Waldparzellen decken muß.

Forstmeister Hoffmann hebt in seinem Gutachten weiter mit Recht hervor, daß der Forstbetrieb zur Höchstleistung nur auf großer Fläche gebracht werden kann. Diese Eigenheit des Forstbetriebes muß besonders unterstrichen werden, konnte man doch während des Wahlkampfes bei den Reichstagswahlen oft genug erleben, daß die sozialdemokratischen Parteien in Wort und Schrift durch das Versprechen der Aufteilung der Waldungen an die kleinen Landwirte im wahrsten Sinne des Wortes Bauernfang trieben. Der Wald schöpft seine beste Kraft in erster Linie aus dem Boden. Der Boden kann jedoch nur dann in dem für das Wachstum des Holzes gün-

stigsten Zustande erhalten werden, wenn er auf einer möglichst großen Fläche vor den aushagernden Wirkungen der Sonnenstrahlen und des Windes durch das geschlossene Kronendach der Bäume geschützt und ständig feucht und locker gehalten wird, da die Zersetzung der aus den abgefallenen Blättern und Nadeln gebildeten Streuschicht, zusammen mit den Mineralsalzen der Erde den Wurzeln und Bäumen erst die für ein gutes Gedeihen nötigen Nährstoffe liefert. Die zu bewirtschaftende Waldfläche muß aber auch noch aus einem anderen Grunde möglichst groß sein, d. h. mindestens 2000 ha betragen, weil nur in diesem Falle sich die Anstellung eines wissenschaftlich gebildeten Betriebsbeamten lohnt, ohne den eine wirkliche Nutzbarmachung des Waldes und die Erzielung eines Ertrages niemals gewährleistet werden kann. Die bösen Erfahrungen, die man im Süden und Osten Europas und vor allem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit der Aufteilung des Waldes gemacht hat, müssen uns geradezu eine Warnung sein, die gleichen Experimente zu wiederholen. Rasche Entwaldung und dauernde Holznot wären notgedrungen ihre traurigen Begleiterscheinungen.

Wir führten schon an, daß Kautsky die kleinbäuerliche Landwirtschaft noch nicht sozialisieren will, offenbar, weil er inzwischen gesehen hat, daß diese so ungeeignet wie möglich hierzu ist. Noch in seinem Buche über das „Erfurter Programm" vertrat Kautsky eine durchaus gegenteilige Ansicht. Ihm galt es damals als eine unumstößliche Grundwahrheit, daß der selbständige, vom Kapital unabhängige Kleinbetrieb dem Untergange unhaltbar verfallen sei (S. 146). Um aber diese bittere Wahrheit den Handwerkern und Bauern etwas schmackhafter zu machen, meinte er damals, daß nur die Sozialdemokratie es den Bauern und Handwerkern ermögliche, in ihrer Gesamtheit zu Arbeitern des Großbetriebes zu werden, ohne ins Proletariat hinabzusinken. Denn dadurch verbessere sich ihre Stellung bedeutend, da sie auf diese Weise Teilhaber würden an allen Vorteilen des Großbetriebes. Die Triebkraft der ökonomischen Entwicklung werde nicht mehr die Konkurrenz bilden, sondern die Anziehungskraft, welche die höher entwickelten Betriebe und Betriebsformen auf die Arbeiter der rückständigen Betriebe und Betriebsformen ausüben würden. Das sollte nichts anderes besagen, als daß die Arbeiter in den Kleinbetrieben, die nach sozialdemokratischer Anschauung rettungslos verloren sind, weil in der sozialistischen Gesellschaft sich der Großbetrieb immer mehr entwickeln und den Kleinbetrieb schließlich aufsaugen wird, es vorziehen werden, in den höher entwickelten Betriebsformen Arbeit zu suchen und die Kleinbetriebe zu verlassen, die nunmehr, ohne Arbeiter, genötigt sein würden, zu schließen. So denkt sich die Sozialdemokratie die „Aufsaugung" der rückständigen Kleinbetriebe durch die Großbetriebe. Vielleicht werde, sagt Kautsky (Erfurter Programm S. 148) in der sozialistischen Gesellschaft die bäuerliche Wirtschaft noch eine Zeitlang fortbestehen, schließlich werde man aber auch in diesen Kreisen die Vorteile des gesellschaftlichen Großbetriebes kennen lernen. Alle diese Verschleierungen des wahren Gesichts der Sozialdemokratie und alle ihre Liebenswürdigkeiten an die Adresse der Vertreter des Kleinbetriebes werden diese schwerlich darüber täuschen, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Tage des Handwerkers und des selbständigen Bauern gezählt sind. Sie haben nur noch die Wahl, Arbeiter und Angestellte des Staates zu werden, der ja dann der einzige Arbeitgeber sein wird, oder unterzugehen.

Der alte Liebknecht hat einmal in den neunziger Jahren einem Parteigenossen geschrieben: „Wir brauchen die Bauern nicht, um Revolution zu machen, aber keine Revolution kann sich halten, wenn die Bauern dagegen sind", — ein Bekenntnis, das erklärlich macht, warum jetzt nach der Revolution die sozialdemokratischen Parteien sich alle nur erdenkliche Mühe geben, um die Bauern zu gewinnen und sie vergessen zu machen, wie man vor der Revolution über sie und ihr zukünftiges Schicksal im sozialistischen Staate gedacht hat. Dafür, daß diese Lockungen vergeblich bleiben werden, sorgt schon der sozialdemokratische Landarbeiterverband, dessen Ausschreitungen besonders in Pommern im Sommer 1920 wohl auch diejenigen Bauern gründlich aufgeklärt haben dürften, welche die ihnen von der Sozialdemokratie her drohenden Gefahren bis jetzt noch nicht in ihrer vollen Größe erkannt hatten, sorgt weiter sein Vorsitzender, Georg Schmidt, der in der „Neuen Zeit" vom 5. September 1919 eine längere Abhandlung über die Neugestaltung der landwirtschaftlichen Produktion veröffentlicht hat, in der es u. a. hieß: „Innerhalb der sozialistischen Kreise ist eine eigenartige Stellung bezüglich der Sozialisierung der Landwirtschaft zu beobachten. Man will den Großgrundbesitz enteignen und Bauerngrundbesitz schaffen. Die Bauern aber verstehen die Sozialisierung natürlich so, daß sie das Land in Privatbesitz erhalten . . . Wollte man in diesem Sinne verfahren und jedem der etwa 10 Millionen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft den gleichen Anteil an Grund und Boden geben, dann würde jeder über 5,2 ha verfügen. Ich halte derartige Vorschläge nicht für sozialistisch und ihre Propagierung für schädlich." Derselbe Georg Schmidt hat dann auf der Tagung des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes vom 19. Februar 1920 folgendes ausgeführt: „Der Großgrundbesitz kann nicht in Bauernwirtschaften aufgeteilt werden. Wenn die Sozialisierung kommt, dann ist mit den Großgrundbesitzern besser fertig zu werden als mit den kleinen Bauern, denn letztere sind die größten Eigentumsfanatiker. Das Reichssiedlungsgesetz ist keine gesetzgeberische Tat, es werden sich große Enttäuschungen einstellen. Es sind Luftschlösser, die sich wirtschaftlich nicht aufbauen lassen."

Nicht nur die Landwirtschaft, auch andere Erwerbszweige hält Kautsky für noch nicht reif zur Sozialisierung. Es hat einen eigenen Reiz, zu verfolgen, wie dieser Theoretiker der Sozialdemokratie, der seine Lebensaufgabe darin sah, schriftstellerisch und rednerisch stets von neuem die Notwendigkeit der Durchführung des Sozialismus zu beweisen, nun, wo die Sozialdemokratie die Macht hätte, ihre Theorien zur Tat werden zu lassen, durch die zwingende Gewalt der wirtschaftlichen Entwicklung dazu gebracht wird, aufs eindringlichste vor dem Versuche zu warnen, blutleere Doktrinen zur Grundlage praktischer Wirtschaftsarbeit zu machen. Man könne nicht sofort an die allgemeine Sozialisierung gehen, ruft Kautsky in seiner Rede vor dem Rätekongreß immer wieder aus. Die sofortige Vollsozialisierung sei ein leeres Schlagwort, und darum wäre es gänzlich verkehrt, die Sozialisierung eines Industriezweiges durch die allerdings sehr populäre Methode beschleunigen zu wollen, daß man die Arbeiter antreibt, Forderungen zu stellen, die es notwendig machen, entweder mit Unterbilanz zu arbeiten oder die Preise der Erzeugnisse in einer Weise zu erhöhen, die jeden erheblichen Absatz ausschließen. Das heiße nichts anderes als Sozialisierung des Bankerotts.

Sogar vor der russischen Methode erhebt Kautsky seine warnende Stimme.

Diese Methode, die da sagt: Erst wag's, dann wäg's, habe die Notlage des russischen Proletariats gesteigert und ungeheures Lehrgeld gefordert. Aus den in Rußland begangenen Fehlern zu lernen, habe die deutsche Sozialdemokratie alle Ursache, um so mehr, weil wir rettungslos verhungern müßten, wenn nicht die Produktion überall da, wo es möglich sei, einsetze. Da wir in Deutschland keine Mittel hätten, um ohne Produktion auch nur vorübergehend zu leben, verlangt Kautsky, der starre Antikapitalist, angesichts des drohenden Zusammenbruchs des Sozialismus sogar, daß dort, wo die sozialistische Produktion noch nicht in Gang gebracht werden könne, *auch die kapitalistische zu Hilfe* zu nehmen sei! Und mit eindringlichen Worten fordert er die Arbeiter auf, auch *für* das Kapital weiter zu arbeiten, dasselbe Kapital, das derselbe Kautsky ein langes Leben hindurch als die vermeintliche Ursache des Elends des von ihm ausgebeuteten Lohnarbeiters mit seinem Hasse verfolgt hat. Und beinahe flehentlich sucht er die Arbeiter zu überreden, ja doch etwas Geduld mit der Sozialisierung zu haben, die nicht von heute auf morgen komme, wenn sie nur den entschiedenen Willen sähen, etwas zu tun, und wenn wirklich *etwas* im Sinne der Sozialisierung geschehe. Gingen die Massen von sich aus dazu über, planlos, ohne Vorbereitung in jedem Betriebe auf eigene Faust jegliche kapitalistische Produktion unmöglich zu machen, so bedeute das den vollständigen ökonomischen Ruin.

Aber, so fährt Kautsky fort — und nun kommt ein logisches Saltomortale, wie es einem nicht oft geboten wird —, die heutige (lies damalige) Regierung, die Koalitonsregierung, genieße das Vertrauen nicht, daß sie alle Energie daransetze, die praktischen Schwierigkeiten zu überwinden, die der Sozialisierung im Wege stehen. Ihre Haltung erwecke den Eindruck, als wolle sie an Sozialisierung nicht mehr gewähren, als sie gerade müsse. Freilich, leichtfertige, aufs Geratewohl unternommene Experimente seien niemals gefährlicher als im Zustande größter wirtschaftlicher Bedrängnis. Aber diese Überzeugung dürfe nicht in Furcht vor allem Neuen ausarten, das vielmehr aufs sorgsamste studiert und vorbereitet werden müßte. Heute sei alles, was man tue, ein Experiment, das *gefährlichste Experiment* aber wäre der Versuch, *zum alten Kapitalismus zurückzukehren*!

Das Bild, das wir in den Darstellungen dieses Kapitels von den Zuständen in Deutschland seit dem verhängnisvollen Tage der deutschen Revolution in einigen charakteristischen Strichen entworfen haben, zeigt uns die ganze Trostlosigkeit der politischen und wirtschaftlichen Lage in so düsteren Farben, daß man fast verzweifeln möchte an der Zukunft des deutschen Volkes, das wir nach dem tiefen Erleben der Augusttage des Jahres 1914 für berufen hielten, in seiner geistigen Einheit, die ihm bis dahin gefehlt hatte und nun endlich errungen schien, der Menschheit Wegweiser zur Höhe und Erzieher zu sein in dem Streben nach sittlicher Vollkommenheit. Damals, in jenen hellen Sommertagen, als vom blauenden Himmel die ewige Sonne herableuchtete auf die mit einer üppigschweren Ernte bestandenen Fluren unseres deutschen Vaterlandes, ging ein brausender, alles mit sich fortreißender Sturm der Begeisterung durch unser Volk, so daß man hoffen durfte auf den endlichen Sieg der Vaterlandsliebe über alles Undeutsche und Fremde, das uns bis dahin unfähig gemacht hatte, unsere besten Eigenschaften zu entfalten, deren schlummernde Kräfte immer erst wach wurden unter den harten Hammerschlägen eiserner Not. Wohl keiner unter uns Deutschen zweifelte einen Augenblick, daß

jene Tage, an denen die Kriegserklärungen über unser Deutschland herniederprasselten wie ein schweres Hagelwetter, die Entscheidung einleiteten nicht darüber nur, ob wir militärisch siegen und unserer Feinde und Neider uns erwehren, ob wir uns und der Menschheit die Freiheit der Meere und die Freiheit des selbstbestimmenden Handelns erkämpfen würden, sondern auch darüber, ob das prophetische Wort unseres Schillers in seiner tiefen Bedeutung sich an uns erfüllen würde: „Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte, doch der Tag der Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit." Alle Anzeichen ließen die Hoffnung auf eine Bewährung dieser Zuversicht in unser aller Herzen mächtig emporschwellen. Der nationale Hader schien vergessen, das Otterngezücht der Uneinigkeit und Zwietracht war wie auf ein Zauberwort verschwunden, es gab fortan nur Deutsche noch und keine Parteien mehr.

Auch aus den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie wurden Bekenntnisse laut, wie man sie bis dahin noch niemals gehört hatte. Das Feuer der patriotischen Begeisterung war zum Schmelztiegel geworden, in dem die Schlacken des internationalen Wahns verbrannten und das lautere Gold echter reiner Liebe zum Lande, das uns alle geboren, in funkelndem Glanze glühte und leuchtete. Und als dann der feldgraue Heerbann hinauszog zur Walstatt, der graubärtige Mann neben dem Jüngling, der von der Schulbank kam, der derbknochige Bauer neben dem feinnervigen Städter, der schlichte Arbeiter neben dem stolzen Handelsherrn, alle über sich hinausgehoben durch das hehre Bewußtsein, ihre Lebenserfüllung zu sehen im Tode fürs Vaterland, da stiegen aus Millionen deutscher Herzen heiße Gebete zum Himmel, daß dieses starke Gefühl deutscher Gemeinbürgschaft zum Kitt werden möge für alle Volksgenossen, die bisher im politischen und gesellschaftlichen Leben einander gegenüberstanden wie Feinde, die sich hassen, nur sinnend darauf, wie sie sich schaden und vernichten können. Endlich, ach endlich, schienen die Deutschen ein einig Volk von Brüdern zu sein, fest entschlossen, sich nie mehr zu trennen in Not noch in Gefahr. Und die ersten Berichte liefen ein, die da kündeten, wie in den blutigsten Schlachten, die jemals geschlagen wurden, die tapferen Krieger in treuester Kameradschaft für die Verteidigung unserer Grenzen und die Ehre des deutschen Namens sich willig opferten, ohne Ansehen des Berufes, des Bekenntnisses und der Partei. Die Stunde schien gekommen, in der auch Deutschlands geistige Einheit geboren ward.

In dieser großen Zeit, die niemals aus unserer Erinnerung erlöschen, die ein erschütterndes Erleben sein wird für alle, denen es vergönnt gewesen, an ihm teilzunehmen, und die uns heute, wo wir wieder wandeln im Sumpfe der Schande und Schmach als fronende Soldknechte übermütiger Herren, die es wagen dürfen, durch schwarze Bestien die Peitsche schwingen zu lassen über dem edlen deutschen Volke, der Stern der Hoffnung sein muß, daß die Nacht, die uns umfängt, nicht ewig dauern kann — damals in seinen glücklichen Tagen, an die man heute zurückdenkt, wie an einen schönen Traum, hatte auch ich im heiligen Schauer der Freude über das Geschaute aus heißem Herzen gehofft, daß auch die Sozialdemokratische Partei als ein zu positiver Mitarbeit am Vaterlande bereites Glied sich in den Volksorganismus einfügen und daß, wie es in der preußischen Thronrede vom 13. Januar 1916 hieß, „der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch im Frieden fortwirken würde in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate".

In diesem Vertrauen schrieb ich am Ausgang des Jahres 1915 mein Buch „Deutschland an der Zeitenwende", das den Nachweis führen sollte, daß ein einiges, in sich geschlossenes, von Vaterlandsliebe durchglühtes deutsches Volk vom Weltenschicksal zu den höchsten Leistungen auf dem Gebiete des Geistes und der Sittlichkeit berufen, daß ihm die Aufgabe gestellt sei, Neuschöpfer zu werden für die kranke und alternde Menschheit, die im Materialismus zu versinken drohte und alles höheren Strebens nach Vervollkommnung entbehrte. Die Worte des großen Denkers Giordano Bruno: „Gib, o Jupiter, den Deutschen, daß sie ihrer Kraft sich bewußt werden und daß sie sich höhere Ziele stecken — und sie werden nicht Menschen, sondern Götter sein", war der rote Faden, der mich beim Abfassen meines Buches leitete, nachdem die ans Märchenhafte reichenden Taten unserer Feldgrauen offenbart hatten, daß den Deutschen, wenn sie von einem starken, festen Willen geleitet werden, selbst unmöglich Scheinendes noch möglich ist. Und in diesem Vertrauen auf die geistig-sittlichen Kräfte im deutschen Volke hatte ich in meiner Schrift der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es nach solchen Leistungen und solchem Erleben auch die Kraft besitzen werde, die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft in das nationale Gefüge des Reiches einzugliedern.

Der Verlauf des Jahres 1918 hat mir zu meinem tiefsten Schmerze gezeigt, daß diese meine Hoffnung — ich will nicht sagen eine trügerische — aber eine verfrühte gewesen ist. Keinem sterblichen Wesen ist es gegeben, das Geheimnis der Vorsehung zu ergründen, wir müssen uns dem Schicksal, das sie über uns verhängt, in Demut beugen, in dem tröstlichen Bewußtsein, daß, wie die Geschichte gerade des deutschen Volkes uns fast auf jedem ihrer Blätter zeigt, die uns zunächst hart und unverdient dünkenden Schläge letzten Endes doch zu unserem Besten gewesen sind. Keinem Volke sind so schwere Prüfungen auferlegt worden wie dem deutschen. Und immer sind wir schließlich doch noch aus ihnen, wenn auch meist erst nach unsäglich mühevoller, quälender Arbeit, unter der wir oft zu ermatten drohten, gestärkt und geläutert hervorgegangen. So grauenvoll freilich, wie in den Herbsttagen des Jahres 1918, ist der Zusammenbruch noch nie gewesen. Und es ist durchaus verständlich, daß nach diesem völligen Versagen aller jener Kräfte, die uns noch während des blutigen Ringens im Weltkriege von Erfolg zu Erfolg geführt hatten, zahllose Deutsche, und keineswegs die schlechtesten unter ihnen, die Hoffnung auf eine deutsche Wiedergeburt für immer zu begraben zu müssen glaubten. Durch einen grausamen Frieden für Jahrzehnte in schmachvolle Ketten gelegt, im Innern von Fieberschauern geschüttelt, die uns das Antlitz des an sich so braven deutschen Volkes in nie gesehener Verzerrung zeigen, dazu in enge Grenzen gezwängt, wie noch niemals in unserer langen Geschichte — wahrlich, es gehört ein Berge versetzender Glaube dazu, unter solchen Umständen noch auf die Möglichkeit eines neuen Aufstiegs zu hoffen.

Trotz alledem — diesen Glauben dürfen wir nicht aufgeben; denn wirklich verloren ist nur der, der sich selbst aufgibt. Es hieße an der inneren Gerechtigkeit einer über uns waltenden sittlichen Weltordnung verzweifeln, wenn wir annehmen wollten, daß der unglückliche Ausgang des Krieges mit seinen revolutionären Folgeerscheinungen das Ende der deutschen Geschichte bedeuten soll. Besäße ich diese Überzeugung — ich bekenne es offen

— nicht einen Tag mehr möchte ich länger leben. Wir müssen Optimisten sein, und zwar unverwüstliche Optimisten. Die Vorsehung hat uns neue Prüfungen auferlegt, vielleicht gerade in der Absicht, uns durch eine neue harte Leidenszeit reif zu machen für die Aufgabe, der Menschheit den Widersinn des Sozialismus zu beweisen. Auf deutschem Boden sind schon wiederholt die Entscheidungen gefallen in den geistigen Schlachten, die eine ganze Welt in ihren Grundfesten erschütterten. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Ende des Weltkrieges der Beginn eines neuen geistigen Kampfes zwischen zwei Weltanschauungen werden, des Kampfes um die Frage, ob die materialistische oder die idealistische siegen soll. Wir haben gesehen, wie die politische Vertreterin der materialistischen Weltanschauung, die Sozialdemokratische Partei, rat- und hilflos den Weltproblemen gegenübersteht, die Krieg und Revolution aufgerollt haben: In sich gespalten in mehrere Teile, die sich gegenseitig im wahrsten Sinne des Wortes bekämpfen bis aufs Messer, verzweifelnd an der Möglichkeit, die Versprechungen zu erfüllen, mit denen sie ihre Anhänger jahrzehntelang bei der Parteifahne gehalten hat, in erbarmungswürdiger Unsicherheit mit tastenden Versuchen beschäftigt, blutlosen Schemen verstiegener Theorien Leben und Wärme einzuhauchen, unfähig zu schöpferischer Arbeit, nirgends aufbauend, überall vernichtend, unter ihren führenden Männern auch nicht einer, der den mäßigen Durchschnitt auch nur um ein Geringes überragte, dazu der Mangel an Mut, offen zu bekennen, daß man sich geirrt, daß die grundlegenden Forderungen des Parteiprogramms nicht ausführbar sind und daß darum der Sozialismus nicht berufen sein kann, den Massen die verheißene Glückseligkeit auf Erden zu bringen — so stellt sich dem objektiven Kritiker das Bild der Sozialdemokratie dar nach den Tagen der Revolution von 1918. Eine solche Partei kann keine Zukunft haben. Sie muß daher und wird überwunden werden, wenn alle, die sich von der Falschheit ihrer Lehre überzeugt haben, diese Erkenntnis hinaustragen in die weitesten Kreise der deutschen Volksgenossen, vor allem der deutschen Arbeiter, die mehr als bisher endlich einzusehen beginnen, daß sie ihr Heil nicht suchen dürfen unter dem roten Wimpel einer verschwommenen Internationalität, sondern unter dem nationalen Banner eines starken deutschen Volkstums.

Quellen-Verzeichnis*).

Bebel, August. Die Frau und der Sozialismus. 37. Aufl. Stuttgart 1904.

— Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien. Stuttgart 1890.

— Unsere Ziele. 14. Aufl. Berlin 1919.

Berndt, Paul. Die Arbeitslosigkeit, ihre Bekämpfung und Statistik. Berlin 1899.

Bernstein, Ed. Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich? Berlin 1901.

— Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus. 4. Aufl Berlin 1904.

Bertheau, Friedrich. Fünf Briefe über Marx. Jena 1895.

Biermann, Dr. W. Ed. Die Weltanschauung des Marxismus. Leipzig 1908.

Brunhuber, Dr. Robert. Die heutige Sozialdemokratie. Jena 1906.

Calwer, Richard. Das sozialdemokratische Programm. Jena 1914.

David, Dr. Eduard. Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. Berlin 1915.

Engels, Friedrich. Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. 2. Aufl. Jena 1886.

Eras, Dr. Wolfgang. Der Zwangsstaat und die deutschen Sozialisten. Leipzig 1868.

Ferri, Enrico. Sozialismus und moderne Wissenschaft. Übers. von Dr. H. Kurella. Leipzig 1895.

Garnich, Hugo. Errungenschaften der Revolution im Verkehrswesen. Berlin 1919.

Haecker, Walter. Die ererbten Anlagen und die Bemessung ihres Wertes für das politische Leben (Natur und Staat IX). Jena 1907.

Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler. 3. Aufl. Berlin 1911.

Haushofer, Max. Der moderne Sozialismus. Leipzig 1896.

Herkner, Dr. Heinrich. Die Arbeiterfrage. 6. Aufl. Berlin 1916.

Hesse, Dr. Albert. Natur und Gesellschaft (Natur und Staat IV). Jena 1904.

Horlacher, Dr. Michael. Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. Dießen vor München 1919.

Hoesch, Dr. phil. h. c., Ökonomierat. Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit. Berlin 1916.

Jentsch, Karl. Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Leipzig 1893.

Kampffmeyer, Paul. Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Berlin 1919.

Kautsky, Karl. Das Erfurter Progamm. 14. Aufl. Stuttgart 1919.

— Der Weg zur Macht. Berlin 1909.

— Bernstein und das sozialdemokratische Progamm. Stuttgart 1899.

— Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch die Gelehrten des Zentralverbandes deutscher Industrieller. 2. Aufl. Berlin 1911.

— Die soziale Revolution. 3. Aufl. Berlin.

de Laveleye. Der Sozialismus der Gegenwart. Übers. von Chr. Jasper. Halle a. d. S.

Liebig, Hugo. Über die marxistisch-sozialdemokratische Gedankenwelt und die Grenze des Sozialismus. Mühlhausen i. Thür.

Ludwig, Dr. Franz. Kommunismus, Anarchismus, Sozialismus. Berlin 1908.

— Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Berlin 1910.

Mehring, Franz. Karl Marx. Geschichte seines Lebens. Leipzig 1918.

Müller, Dr. August, Staatssekretär a. D. Sozialisierung oder Sozialismus? Eine kritische Betrachtung über Revo-

*) Ich habe hier, außer den im Text selbst angeführten Schriften, nur die hauptsächlichsten Werke nennen können, die ich benutzt habe. Es ist bekannt, wie groß die Literatur über die in meinem Buche behandelten Fragen ist. Prof. Sombart hat im XXI. Bande des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" allein 300 Schriften über den Marxismus aufgeführt. Auch im Anhange seines Buches „Sozialismus und soziale Bewegung", 8. Aufl., hat er eine zahlreiche Literatur zusammengestellt.

lutionsideale. Berlin 1919. Ullstein & Co.

Neumann, Dr. **Fritz Stephen**. Denkt Kinder und Enkel! Eine Materialsammlung zur Beurteilung der demokratischen und sozialistischen Politik. Berlin 1919. Otto Elsner.

Oldenberg, Dr. **Karl**. Die Ziele der deutschen Sozialdemokratie. Leipzig 1891

Oppenheimer, Dr. **Franz**. Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre. Berlin 1903.

Die soziale Frage und der Sozialismus. Jena 1912.

Quessel, Dr. **Ludwig**. Der moderne Sozialismus. Berlin 1919.

Rosselius, Ludwig. Briefe. Bremen 1919.

Schaefer, Dr. **W**. Die Unvereinbarkeit des sozialdemokratischen Zukunftsstaates mit der menschlichen Natur. Berlin 1891.

Schallmeyer, Dr. **Wilhelm**. Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker (Natur und Staat III). Jena 1903.

Schmoller, Gustav. Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. 1. und 2. Teil. 1901 und 1904.

— Die soziale Frage. München und Leipzig 1918.

Schöler, Hermann. Das Sozialisierungsprogramm der Sozialdemokratie. Berlin 1919.

— Die materialistische Geschichtstheorie. Berlin 1919.

Sombart, Dr. Werner. Sozialismus und soziale Bewegung. 8. Aufl.

Spengler, Oswald. Preußentum und Sozialismus. München 1920. Oskar Beck.

v. Sybel, Heinrich. Vorträge und Aufsätze. Berlin 1874

Warschauer, Dr. **Otto**. Geschichte des Sozialismus und neuen Kommunismus. 1. 2. 3. Leipzig 1892.

Weber, Dr. **Adolf**. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Tübingen 1910.

Woltmann, Dr. **Ludwig**. Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus. Düsseldorf 1899.

— Politische Anthropologie. Eisenach und Leipzig 1903.

Namen- und Sachverzeichnis.

A.

Achtstundentag 89, 204–209, 246, 277.
Agrarfrage 129—144.
Agrarverhältnisse in England 187.
Akkordlohn 101.
Akkumulation des Kapitals 90f., 95, 112, 128f.
Aktiengesellschaften 124 bis 129. 253.
Alexander II., Zar v. Rußland 87.
Alexander d. Große 48
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft 127, 252, 260.
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 77f., 81—85.
Altona, Bericht der Handelskammer 102.
v. Altrock, Dr. 156.
Amsterdam 97.
Analphabeten 249.
Anarchismus 15.
Andalusien 26.
Angestellte 253.
Arbeiterbewegung 174f.
Arbeitermangel 93f.
Arbeiterschutz 89, 130, 170f.
Arbeiterversicherung 170f.
Arbeitskammer 90.
Arbeitsleistungen 205ff.
Arbeitslosigkeit 96—103, 263.
Arbeitszeit 169, 204—208, 246f., 255.
Arndt, Prof. Dr. 236.
Arnsberg 111.
Auer, Ignaz 200.
Auswanderung 202, 236.

B.

Babeuf, Franz Noël 14.
Bähr, Friedrich, „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der Schuhindustrie" 206.
Bakunin, Michael 47, 212.
Balkankrieg 1912 240.
Bamberger, Ludwig, über Lassalle 70.
Barker, Ellis 152.
Barth, Emil, „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution" 229ff.
Basel, Kongreß d. Internationale 84, 131, 211.
Bashford 203f.
Baßler 133. [263.
Bauer, Reichsarbeitsminister
Bauer, Bruno 40.
Bauer, Edgar 41.
Bauer, Egbert 41.
Bauern 131f., 135ff., 138ff., 141ff., 281ff., 284.
Baumwollindustrie in England 16ff., 29f., 67f., 126f.
Bayer & Co., Friedrich, Elberfeld-Leverkusen 248.
Bayern 158.
Bebel, August 25, 82—85, 132f., 194, 244, 250, 267, 280.
— über Bauern 136.
— über Fourier 25, 29.
— „Die Frau und der Sozialismus" 125, 136, 177f., 182, 186f., 280.
— über Kriegskredite 1870 53.
— über Meinungsfreiheit 182, 244.
— über Schutzzoll 201.
— „Unsere Ziele" 107.
— über Zukunftsstaat 178ff.

Becker, Bernhard 81.
Beesly, Prof. 211.
Belagerungszustand 245.
Bellamy, Edward, „Rückblick aus dem Jahre 2000" 13.
Bergarbeiter 100.
Bergbau 116f., 258, 260.
Bergpartei 14.
Bergwerke 88, 175.
Berlin 101, 230f., 243, 263, 268, 271.
„Berliner Volksblatt" 87.
„Berliner Volkszeitung" 75.
Berndt, Paul, „Die Arbeitslosigkeit" 99.
Bernhard, L., Prof., „Die Akkordarbeit in Deutschland" 000.
Bernstein, Eduard 43, 44, 45, 87, 92, 95, 104, 114, 117f., 129, 138, 145, 161.
Bierverbrauch 163.
Bildungstrieb 249f.
Birk 133.
v. Bismarck, Otto 16, 54, 79, 82, 179, 183, 196, 236, 266.
— über Lassalle 78f.
Blanc, Louis 23, 32, 37, 41, 80.
Blei 232f.
Blos, Wilhelm 87.
Blum, Robert 77.
„Boches" 218.
Bock, Sozialdem. Reichstagsabgeordneter 122, 133.
Boeckh, August 80.
Böhmert, Prof. W., über Marx' „Das Kapital" 55.
Böhmische Brüder 13.
Bolschewismus 242, 256, 263.
Bömelburg, Vors. des Maurerverbandes 101.
Booker Washington 154.
Borchardt, Julian, „Demokratie u. Freiheit" 150ff.
Bordeaux 151.
Bosch, Dr., Industrieller 257.
Bovenschen, Albert, Dr., „Gemüse und Obst" 202.
Bracke, Wilhelm 85, 200.
Braß, August 81f.
Braunkohlenindustrie 259f.
Brecour, Kiel 194.
Brennstoffe 267.
Breslau 80, 101.
Breuer, Königsberg 136.
Briand 216.
Brotgetreide 164.
Brunhuber, Dr. Robert, „Die heutige Sozialdemokratie" 188f.
Bruno, Giordano 287.
Brutzer, Dr. 153.
Buchenberger, „Grundzüge der Agrarpolitik" 142.
Bücher, Prof. 120.
Buchez, Franz. Sozialist 73.
Bund der Kommunisten 42, 45, 46.
Burns, Mary, Geliebte Engels' 49f.

C.

Cabet, „Reise nach Ikarien" 13.
„Ca'canny-Politik" 206f.
Calwer, Richard 43, 189f., 195, 202.
— über Aktiengesellschaften 125.
— über Löhne 162.
Campanella, „Sonnenstaat" 13.
v. Caprivi 240.
Carnegie 239.
Carnot 22.
Cartwright 92.
Cäsar 48, 171.
Chartistenbewegung 201.
Chilesalpeter 257f.
Christengemeinden 13.
Chur 212.
Citeaux, Ort in der Bourgogne, 31.
„Clarion" 219.
Clausewitz, pr. General 52.
Claviez, Commerzienrat in Adorf 260f.
Compère-Morell 217, 221.
Comte, Auguste 21.
Considerant, Victor 29ff., 43.
Curier 22.

D.

Dade, Prof. 103.
„Daily Citizen" 219.
Danton 245.
Danzig 47.
Däumig 230.
David, Dr. Eduard, 130f., 133, 139, 221f., 228, 272ff., 277.
— „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg" 215ff.
Demokratisches Wochenblatt 83f.
Desmoulins 245.
Dessau 101.
Deutsch, Felix, Geh. Kommerzienrat 127f., 252f.
Deutsch-Französischer Krieg 53
Deutscher Arbeiterkongreß 75, 77.
Deutscher Landwirtschaftsrat 202.
Deutscher Orden 47, 225.
Diederici, Prof. 106.
Dietzel, Prof., Heinr. 105.
Dietzgen, über Zukunftsstaat 179, 182.
v. Dirksen, Abgeordneter 137.
Dittmann, Abgeordneter 228.
Domänen 186f.
v. Döniges, Helene 79.
Dorten, Dr. 46.
Dortmunder Arbeiterzeitung über Bauern 137.
Dreibund 240.
Duisburg, Bericht der Handelskammer 93f.
Düsseldorf 111.

E.

Ebert 228.
Eckert, Paul 230.
Eduard VII., König v. England 240.
Ehernes Lohngesetz 77, 86.
Eichler, Maschinenbauer 75.
„Einigkeit", Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften der Arbeiterbewegung 174f.
Einkommen in Preußen 106, 109, 111.
— im Deutschen Reiche 154ff.
— in Sachsen 110.
Einkommensteuer 89, 106 bis 109, 141, 149f., 154.
Eisen 232f., 235f., 260.
„Eisenacher" 83, 132.
Eisenbahnarbeiter 149f.
Eisenbahnen 243, 261f., 282.
Ekener, „Arbeitermangel oder Geldknappheit" 94.
Elsaß-Lothringen 216ff., 220. 240, 241, 257.
Engels, Friedrich 37, 38ff., 39, 41, 42, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 53, 56, 57 58, 59, 60, 65, 67, 69, 72, 73, 82, 86, 104f., 106, 121, 130, 133, 136, 177f., 200f., 245.
— „Herrn Eugen Düring's Umwälzung der Wissenschaft" 56, 60.
— über die materialistische Geschichtsauffassung 57.

Engels, Friedrich, über Zölle 200 f.
— über Lassalle 71.
— über Bauern 143.
— über Zukunftsstaat 180.
Freiland 30, 48, 99, 103, 150, 152, 187, 232, 236 ff., 240 f., 248.
— Zahl der Armen 107.
Erbschaftssteuer 89, 141
Erfurter Programm 6, 7, 44, 60, 86 ff., 95, 100, 103, 105 f., 112, 117, 125 f., 128 f., 129 f., 132, 141, 144, 152, 165, 171, 175, 177, 185, 188 f., 195 f., 199, 202 f., 218, 226 f., 245, 263 ff., 274 ff., 277 f., 283.

F.

Farbstoffe 248.
Faschoda 240.
Faure, Sebastian, frz. Anarchist 209.
Feiter, Richard, „Die Internationale" 214
Feuerbach, Ludwig 43.
Filialsteuer 124
„Financial News" 243.
Fleischverbrauch 163 f.
Florenz 28.
Flotte, Ausgaben 192 f.
Forsten 289 ff.
Fortschrittspartei 75, 79, 83.
Fourier, Karl 24—29, 33, 34, 41, 43, 45.
Frankfurter Frieden 240.
Frankfurter Parlament 46.
Frankreich 103, 150 f., 216 ff., 232, 241 f., 248.
— Mobiliar-, Tür- u. Fenstersteuer 107.
Französische Revolution 46.
Freihandel 199—204.
Freiligrath 48.
Freizügigkeit 267.
Friede ohne Entschädigungen 231 f.
Friedlaender, Schwager Lassalles 71.
Friedrich Wilhelm I., König v. Preußen 238.
Fritsche 84.

G.

Galm-Seligenstadt 135.
Garnich, Abg. 262.
Geck 133, 136.
Geistige Arbeiter 181 f., 279 ff.
Genf 131, 211.
Gent 212.
v. Gerlach, Minister 257.
Gerste 257.
Gesetz gegen d. gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 183, 245.
Getreidepreise 201.
Getreidezölle 201 ff.
Gewerbefreiheit 112 f.
Gewerkschaften, freie 175.
— christlich-nationale 175.
Gewerkvereine, engl. 152.
— Hirsch-Dunckersche 175.
Glaswaren 248.
Glauchau-Meerane, Wahlkreis Bebels 85.
Godwin, William, „Über die politische Gerechtigkeit"
Gompers 150, 154. [14.
Gotha, Soz. Kongreß 1875 85, 132, 171, 209.
v. Goethe, Wolfgang 29.
Gotthard-Tunnel 28.
Grey, Eduard, Sir 241.
Großbetriebe 87, 114—119, 122 ff., 275, 283.
Großgrundbesitzer 87 f.
Gruben 88, 175.
Grund und Boden 88, 175, 185 f., 284.
Grundrente 185 f.
Grundstein, Der, „Über Verelendung" 165.
Guesde, Jules 216 f., 220.
Guizot 41.

H.

Haase, Abg. 228.
Haber, Prof. Dr. 257.
Hafer 257.
Hagener Bergbau-Aktiengesellschaft 260.
Hamburg 101.
Hamburg-Amerika-Linie 243.
Handel (Betriebsstatistik) 115.
— Ein- und Ausfuhrhandel 232, 246 f.
Handwerk 119—124.
Hänisch, Kultusminister 250.
Harmoniten, Mitglieder der Kolonie New Harmony im Staate Indiana 19.
Hasenclever 84.
v. Hatzfeldt, Gräfin Sophie 70 f., 81.
Heer, Ausgaben 192 f.
Hegel, Friedrich Wilhelm 40, 43, 69.
Heine, Heinrich 70, 180
Heine, Wolfgang 244 f.
Henning, Abg. 137.
Herkner, Prof., Heinrich 113, 120.
Hertz, Friedrich, Dr. 139, 142.
Hertzka, Theodor, „Freiland"
Hervé, Gust. 213 f. [13.
Herwegh 70.
Herzog von Kent 18.
Hildebrandt, Prof., Dr. Bruno, über Engels 38 f.
Hitze, Prof. 105.
Hobson, J. A. 153.
Hödel 86.
Hoffmann-Bielefeld 136.
Hoffmann, Forstmeister 282 f.
Hopdale, Phalange in Massachusetts 31.
Hoffmeister, Arno, Dr. 144.
Horn-Köslin über Landarbeiter 143.
Hue Abgeordneter 258.
Hug 133.
v. Humboldt, Alexander 70.
Hus, Johann 58.
Hyndman, H. M. 219.
Hypothekenzinsen 141.

J (i).

Indigo 248.
Industrielle Reservearmee 95 f., 100, 104.
Inka-Reich in Peru 13.
Die Internationale 211 bis 226, 245 f.
Internationale Arbeiterassoziation 52, 83, 130, 211.
Internationaler Kongreß in
— Basel 131, 212, 214.
— in Brüssel 131.
— in Chur 212.
— Genfer Manifest 131.
— in Gent 212.
— in Haag 1172.
— in Kienthal 214.
— in Kopenhagen 214.
— in Lausanne 131.
— in Paris 212.
— in Stockholm 214.
— in Stuttgart 212 f.
— in Zimmerwald 214.
Invalidenversicherung 100.
v. Itzenplitz, Graf, preuß. Handelsminister 82.

J (j).

v. Jagetzow, Robertus, 23.
— Gesetz der fallenden Lohnquote 34—36, 77.
— über Streik 35.

Japan 240, 248.
Jaurès, Jean 216.
Jenny, Dr., „Die Errungenschaften d. Revolution" 229, 260.
Jesuiten-Mission in Paraguay 13.
Jomini, franz. General 52.
Jungen, Die 87.

K.

Kaiserliche Botschaft vom 17. Nov. 1881 16, 52, 171.
Kaiserslautern 48.
Kakao 163.
Kali 257, 265.
Kaliarbeiter 256.
Kampfmeyer, Paul 160, 163, 246.
Kanada 238.
v. Kardorff, Wilh., „Gegen d. Strom" 202.
Karl, König v. Frankreich 25.
Karlsruhe 48, 99
Kartoffeln 257.
Kassel „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag" 160.
Katzenstein 133.
Kautsky, Karl 5, 24, 44, 56, 59, 87, 93, 95, 103, 114, 117, 119, 122, 128, 129f., 134f., 137, 139, 141, 144f., 159, 176, 177f., 182, 183, 185, 188f., 199, 218, 223f., 228, 250, 274ff., 277f., 284f.
— „Der Weg zur Macht" 5, 193.
— über englische Baumwollindustrie 93.
— „Karl Marx' ökonomische Lehren" 93.
— über Marx' Werttheorie 65.
— „Die soziale Revolution" 122f., 193.
— „Die Agrarfrage" 138.
— „Richtlinien für ein sozialdemokrat. Arbeitsprogramm" 274ff.
— „Was ist Sozialisierung?" 274ff.
Keir Hardie 220.
Kelten 48.
Kinderarbeit 89, 209f.
Kinkel, Gottfried 51.
Klassenkampf 41, 59, 60.
Kleinbetriebe 87, 112—119, 122ff., 283.
Knappschaftskasse in Bochum 100.
Koalitionsrecht 90.
Kohlen 232f., 235f., 256f., 258f., 265, 267, 268.
Köhler, „Der sozialdemokratische Staat" 182.
Köln 46, 51.
Kommerzialismus 234.
Kommune von Paris 96.
Kommunistische Partei 40, 175.
Kommunistisches Manifest 42, 43, 44, 45, 52, 136, 159, 211, 245.
Kongreß deutscher Landwirte 202.
„König", Linienschiff 228.
Königgrätz, Schlacht 53.
Konstantes Kapital 91.
Konsumvereine 122f.
Konsumvereine in England (Owen) 20.
Konzentration der Betriebe 90f., 95.
Konzentrationstheorie 112. bis 119, 136.
Köppen, Historiker 41.
Krankenversicherung 100.
Krieg 213f., 223.
Krisen 103—106.
Krupp, Fr. 148, 161, 163.
Kuczynski, Dr. K. 146, 258.
Kuhlo, Dr., Syndikus 255.
Kühn, J. 140.
Kupfer 232f.

L.

Landarbeiter 142ff., 284.
—verband 284.
Landprogramm (siehe auch Agrarfrage) 129—144.
Landsberg, Dr. 229.
Landwirtschaftliche Kleinbetriebe 129—141, 281f.
Lassalle, Ferdinand 23 35 69—81, 87, 106f., 145, 197, 200
— Ehernes Lohngesetz 80f.
— „Herr Bastiat-Schulze v. Delitzsch, der ökonomische Julian oder Kapital und Arbeit" 79.
— „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klasse" 79.
— „Arbeiter-Lesebuch" 77.
— „Offenes Antwortschreiben" 76.
— „Die Wissenschaft und die Arbeiter" 76.
Lassalle, Ferdinand, „Was tun?" 74.
— „System d. erworbenen Rechte" 73.
— „Der ital. Krieg und die Aufgabe Preußens" 72.
— „Über die Philosophie des Heraklit" 71f.
Lassalleaner 53, 83, 84, 132.
Lausanne 131.
Lebensmittelzölle 199f.
Lebensmittelpreise in England 203f.
Ledebour, Abg. 194, 228.
Lederindustrie 117.
Lehrmittel 89, 141, 195f.
Leipzig 75.
Leipziger „Volkszeitung" über Bauern 137.
Lewy, Kaufmann in Düsseldorf 71.
v. Liebert, Abg. 193f.
Liebknecht, Karl, Dr. 194, 221f.
— „Militarismus und Antimilitarismus" 213.
Liebknecht, Wilhelm, 53, 54, 81, 84—86, 87, 133, 135.
— „Kunde von Nirgendwo" 13.
— Kriegskredite 1870 53.
— „Zur Grund- und Bodenfrage" 131f.
— über Zukunftsstaat 179ff.
— über Bauern 284.
Lille 151.
Lipton, F. 123.
List, Friedrich, Nationalökonom 45, 77.
Lohnarbeiter 94f., 210.
Löhne 146ff., in England 152ff., 162f., 251f., 252f., 255, 279f.
Lohngesetz, Ehernes 76, 88.
Lohnsteigerungen 95, 146ff., 252f., 272, 277.
Lokomotiven 256.
London 48, 49, 51, 52.
Löwe, Kalbe 75.
Löwenstein, Dr. 248.
Ludwig XIV. 218.
Luther, Marthin 58.
Lux-Langenbielau 135.
Luxemburg, Rosa, 221f., 229.

M.

Maifeier 169 214.
Malthus, Bevölkerungstheorie 80.
Mannheimer Volksstimme über Bauern 137.

Marneschlacht 242.
Marseille 24.
Marx, Karl 23, 24, 25, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 53, 57, 58, 59, 60, 62, 63, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 81, 82, 87, 90, 91, 95, 100, 106, 107, 117, 130, 138, 177f., 186, 199f., 211f., 228, 245, 250, 252, 274.
— „Das Elend der Philosophie" 41f., 56, 65, 104, 199
— „Das Kapital" 40, 54ff., 59, 61, 64, 56, 71, 91, 103, 104, 132, 144, 209.
— „Zur Kritik der politischen Ökonomie" 56, 71.
— Werttheorie 61—66.
— über Lassalle 72, 73, 74.
— Kritik am Gothaer Programm 85.
— über Freihandel 199f.
— für Kinderarbeit 210.
Marx, Eleonora, Tochter von Karl Marx 39
Marxismus 24, 36ff., 47.
Masaryk, „Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus" 58.
Materialistische Geschichtsauffassung 36, 41, 56 bis 61.
Maurice, engl. General 229.
Mawdsley, Sekretär der engl. Spinnergewerkschaft 127.
Maximalarbeitstag (Normalarbeitstag) 245.
Mayendorf, Baronin 79.
Mayer, G. 97.
Mehring, Franz, Marx' Biographie 39, 41, 43, 44, 50, 51, 74.
— über Lassalle 69.
Meinungsfreiheit 182, 244.
Mende 84.
Mendelsohn, Dr., Arzt 70.
Mersen, Vertrag 240, 870.
Militarismus 105, 213ff., 214, 234.
Milizsystem 193.
Millerand 216.
Millionäre in Preußen 111.
Mitchell 150.
Moltenbuhr, Herm. 133, 135.
Moll, Jos., Uhrmacher 42, 44.
Monarchie 188ff., 255.
Moniteur von 1793 48.
Morelly, Basiliade 13.
Morgan, Pierpont 239.
Morris, William, „Kunde von Nirgendwo" 13.
Morrison 150.
Morus (More) „Utopia" 12, 13.
Most, Johann 00, 28.
— „Kapital u. Arbeit" 92.
Most, Dr. Otto 101f.
Motteler 87.
Müller, Dr. August 226f., 268.
— „Sozialisierung od. Sozialismus?" 227.
Müller, Darmstadt 135.
Müller Richard (Leichenmüller) 228, 230.

N.

Nachtarbeit 89.
Nahrungs- und Genußmittel-Industrie 117
Napier, Engl. General 52.
Napoleon I. 48, 171.
Napoleon III. 30, 53.
Nationalverein 75f.
Nationalversammlung 123, 228, 268, 271.
Neapel 28.
Neue Preuß. Zeitung 48.
Neue Rheinische Zeitung 46, 48.
„Neue Zeit" über Bauern 136.
v. Neumann, F. J. Prof. Dr. 121.
New Lanark, Baumwollspinnereien Owens 16ff.
Nietzsche, Friedr. „Nachträge zur fröhlichen Wissenschaft" 69.
Nizza 28.
Nobiling 86.
Norddeutsche Allg. Zeitg. 81.
Norddeutscher Reichstag 53, 84.
Nordlicht 26.
Nordpol 26.
Normalarbeitstag 89, 169, 204—209.
Noske, über Monarchie 189.
— über Heer 194f.

O.

Oquliner 48.
Oldham, New-Spinnerei 67.
— Castleton-Spinnerei 67.
Oppenheim, Kammergerichtsassessor 70.
Oppenheimer, Franz 92f., 140.
— „Das Grundgesetz der marxistischen Gesellschaftslehre" 66.
— über das Gesetz der Akkumulation 91.
Ostmark 47, 225.
Owen, Robert 16—21, 24, 31, 38, 45.

P.

Pachtsystem 142.
Pachtzinsen 141, 185.
Palmitar, Ort in Brasilien
Pannekoek 182f. [31.
Panslawismus 47.
Papierindustrie 117.
Paraguay, Jesuiten-Mission 13.
Paris 28, 29, 30, 41, 42, 48, 49, 70, 151, 212, 213.
Pauperismus 43, 130.
Peel, Robert 79.
Pennsylvanien 31.
Perikles 96.
Perser 48.
Petersburg 28, 256.
Peus, soz.-dem. Reichstagsabg. 122f.
Phalange, Phalanstère Fourier's 26ff., 29, 30.
Philipp, König von Mazedonien 26.
Pirmasens 206.
Plato, „Politeia" 11, 12, 36.
Pohle, L. Prof., „Kapitalismus und Sozialismus" 187f., 266f.
Poincaré, Präsident 241.
Polen 47.
Portugal 14.
Posen 47, 257.
Post 243, 261, 282.
Preßburg, Henriette, Mutter v. Karl Marx 39, 51.
Preußen 46, 47, 52, 82, 84.
Privateigentum 87, 141, 175, 177f., 184f., 187, 263, 275, 277.
Privatkapital 270.
Produktionsweise 88, 100 134, 269f., 275f., 277f.
Produktionsmittel 87f., 128, 141, 166, 175, 177f., 184, 187, 263, 275, 277.
Produktivgenossenschaften 80f., 84, 86, 132.

Proletariat 38, 41, 42, 130, 134, 145 f., 159, 165, 168, 174 f., 230, 244, 245.
Proportionalwahlsystem 89.
Proudhon, Pierre Joseph, Eigentum ist Diebstahl 5, 32—34, 41, 131.
Putilow-Werke 256.

Q.

Quarck 133.
Quessel, Dr. Ludwig, über Kautsky 129.
— „Der moderne Sozialismus" 129 f.
— über Proletariat 174.

R.

v. Racovitza, Janko 79.
Rapp, Georg, Kolonie in New Harmony 19 f.
Ramsay-Macdonald 220.
Reallohn 161 ff.
Recht auf Arbeit 266.
Reclam, Verlag 257.
Reichsfinanzreform 154, 189.
Reichshaushalt 262.
Reichsschulden 261 f.
Reichstagswahlen 8, 9.
Reis 162
Religion 89.
Revisionisten 244.
Revolution 1848 47, 48, 51.
Revolution vom 9. Novemb. 1918 226—288.
v. Rheinbaben, Freih., preuß. Finanzminister 149.
Rheinische Zeitung 40.
Rheinprovinz 46.
Ricardo, David, englischer Nationalökonom 34 f.
— Werttheorie 63.
— Lohnlehre 80.
— über Grundrente 185 f.
— über Zukunftsstaat 179 f.
Richter, Eugen 267.
Riga 47.
Robespierre 245.
Rodbertus, s. v. Jagetzow.
Roggen 257.
Roggenverbrauch 164.
Rohstoffe 88, 175, 250 f.
Rom 96.
Roosevelt 239.
Roselius, Ludwig 238, 240.
Roubaix 151.
Ruge, Arnold, Herausgeber d. Deutsch-Franz. Jahrbücher 39 f.
Russell, Charles 219.
Rußland 47, 241, 242.

S.

Sabotage 208 ff.
Sächsische Arbeiterzeitung 121, 124.
v. Saint-Simon, Graf, Claude-Henri de Rouvray 21 f., 25, 36, 45, 73.
Salpeter 257 f.
Satursday Review über Deutschland 233
Schuhindustrie 206.
Sembat, Marcell 216 f., 220 f.
Sereschaner 48.
Sering, Prof. Dr. 140.
Settegast, Prof. Dr. 140.
Shaw, Bernhard, „Militarismus" 219, 221.
Sherman, Senator 150.
Sibirien 28.
Sigville, Ort in Algier 31.
Siemens-Schuckert-Werke 260.
Simkhowitz, Wladimir, „Die Krisis in der Sozialdemokratie" 66.
Simon-Offenbach 135.
Singer, Paul 123, 180, 201.
Sismondi 15 f.
Sizilien 28.
Smith, Adam 15, 210 f.
Sombart, Werner, Prof. 105.
— über den Unternehmer 166 f., 209.
„Sozialdemokrat" (Zürich) 81 f., 87, 140.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands 5, 69 ff., 88 f.
Sozialdemokratischer Parteitag in Breslau 133, 136, 137.
— in Dresden 244.
— in Erfurt 87, 178, 121 f.
— in Essen 194.
— in Frankfurt (Main) 132 f. 136, 143.
— in Halle 86, 87, 179, 201.
— in Köln 122, 132.
— in Magdeburg 137, 189.
— in Stuttgart 129, 132, 199.
— in Weimar 270 ff.
Sozialdemokrat, Der neue 86.
Sozialisierung 227 ff., 254, 263, 268 ff., 271 ff., 277 f., 284.
Sozialisierungsgesetz 265 ff., 266 f.
Sozialisierungskommission 265.
Sozialismus 13, 25, 29, 33, 168, 209, 230, 231 f., 250, 266, 268, 273, 284, 288.
Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands 76, 86.
„Sozialistische Monatshefte" 103, 140.
Sparkassen 154—159, 202.
Spartakus 175, 229, 230, 265.
Spengler, Arnold, „Preußentum und Sozialismus" 168 f.
Spiers and Pont in London 127.
Südfrüchte 163.
v. Sybel, Heinr., Prof. über Unternehmer 63 f.

Sch.

Scheidemann 228.
Schiller, Fr. 226, 286.
Schippel, Dr. Max 123, 133, 194, 201.
Schlesien 186.
Schmidt, Georg, Landarbeiterverband 284.
v. Schmoller, Gustav, 80, 97, 99 f., 160, 169, 184, 186.
v. Schoenberg, über Produktivgenossenschaften" 81.
Schönlank, Dr. Bruno 103, 132 f., 143, 145.
„Schuhmacher-Fachblatt" 122.
Schule 89 196.
Schulz, Arthur, Dr. 140, 147.
Schulze-Cossebande 133.
Schulze-Delitzsch, Genossenschaften 73, 75, 76, 77, 79, 83
Schurz, Karl 51.
Schutzzollpolitik 198 ff., 201 ff., 232, 236.
v. Schweitzer, J. B. 81 bis 85, 201.

St.

Staatsbankerott 254.
Staatsbetrieb 269.
Stampfer, Friedrich 229.
Stein, Lorenz, „Sozialismus und Kommunismus" 41.
Stempel 197.
Steuern, direkte 196 ff.
— indirekte 196 ff.
Stickstoff 257 f.

Stier-Somlo, Prof. Dr 170.
Stille Reserven 128.
Stockholm 28, 215.
Straßburg, Münster 225.
Streik 36, 169, 227, 229, 230, 251, 265, 277.
Stumpfe, Dr. 140.
Stuttgart 99, 212f.

T.

Tantiemerand 22.
Techow Leutnant 51.
Texas 31.
Textilindustrie, englische 17ff.
Thronrede, preußische 286.
Tobolsk 28.
v. Treitschke, Heinrich, über Engels 38f., 41.
— über Lassalle 47.
Trierer Finanzabkommen 234.
Triple-Entente 240f., 241.
Troelsch, E. Prof. 58, 100.
Trusts 150, 230.
Tscherkesow, Wladimir 43.
Tschechen 47, 48.
Türkei 240.

U.

U-Bootkrieg 237
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 175, 274.
Unfälle 169f.
v. Unruh 75.
Unterleitner 263.
Unternehmer 64, 165ff.
Utopie, Utopismus, 13, 25, 29.

V.

Vanderlip, Frank, über Arbeiterversicherung 170f.
Vandervelde, Emile 216f., 220.
Vater, Albert 229.
Vaterland 192.
Verband der bayerischen Industriellen 254.
Verband deutscher Arbeitervereine 82—84.
Verbrauchsabgaben 197.
Verdun, Vertrag 8, 43, 240.
„Verein für Sozialpolitik" 104, 120.
Vereinigte Staaten v. Nordamerika 99, 150, 232, 237f.—240, 248.
Verelendungstheorie 43, 44, 144ff.
Verkehr 115.
Verkehrsmittel 88, 175.
Vermögen in Preußen 110f.
Vermögenssteuer 89, 141.
Versailles, Friede, 1919, 235, 257.
Viviani 216.
Vogtherr, Abg. 228.
Völkerbund 195.
Volkshochschulen 250.
„Volksstaat" 86.
Volkswehr 89, 191f.
v. Vollmar, Georg 132f., 179 187, 213, 244.
„Vorwärts", Revolutionsblatt in Paris 41.
„Vorwärts", Parteiorgan d. S. P. D. 86, 87, 123, 161, 169, 183, 250, 268, 274.
— über Bauern 13f. 140.
— über Monarchie 188.

W.

Warenhaussteuer 124.
Waffenstillstand 234.
Wahlrecht, Allgemeines 75, 79, 89.
Wasserkräfte 267.
Weber, Adolf 93, 100, 156, 169, 206, 251, 262.
Weizen 202, 257.
Weizenverbrauch 164
Weltkrieg 234f., 247, 255, 285.
Wendel, Hermann, über Monarchie 188.
Werkvereine 175.
Werkzeuge 88, 175.
v. Westphalen, Jenny, Braut v. Karl Marx 40.
Wiedertäufer 13.
Wiener Kongreß 46.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser 52, 86.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser 203, 239.
Willoughsby, amer. Arbeitsminister 150f.
Wilson, Präsident 150, 237.
Wirtschaftsfriedliche Arbeitervereine 175.
Wissell, Reichswirtschaftsminister 251, 270ff., 277.
Wolf, Julius, Prof., „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung" 92. — 105.
Württemberg 156.

Z.

Zahn, „Die Finanzen der Großmächte" 196f.
Zehn-Stunden-Bill in England 245.
Zentralverband deutscher Industrieller 202
Zetkin, Klara 135, 194, 221.
Zink 232.
Zölle 197ff.
Zuckerverbrauch 163.
Zukunftsstaat 176ff.

Herrose & Ziemsen, G. m. b. H., Wittenberg

University of British Columbia Library

DUE DATE

FEB 12 1975

FEB 5 1975 RET'D

MAR 19 1975

MAR 12 1975 RET'D

FORM 310

3783/0
UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 01276 7049
DISCARD